Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/2313

23. 11. 78

Sachgebiet 707

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Jahresgutachten 1978/79 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vorwort

1. Gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 in der Fassung vom 8. November 1966 und vom 8. Juni 1967 [1]) legt der Sachverständigenrat sein fünfzehntes Jahresgutachten vor [2]).

2. Als im Frühjahr dieses Jahres die Hoffnung gering wurde, die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik werde die in sie gesetzten Erwartungen noch erfüllen können und zumindest über das Jahr hinaus den Weg zu einem höheren Beschäftigungsstand nehmen, hat der Sachverständigenrat der Bundesregierung ein Sondergutachten gemäß § 6 Abs. 2 des Sachverständigenratsgesetzes vorgelegt. Er ist darin der Vorstellung entgegengetreten, daß erneut konjunkturpolitischer Handlungsbedarf bestehe und eine Politik abermals erhöhter Staatsdefizite angezeigt sei, hat aber zugleich die Bedeutung von Anstrengungen herausgestellt, die auf ein kräftigeres wirtschaftliches Wachstum auf mittlere Sicht zielen.

---

[1]) Das Gesetz mit den Änderungen durch das Änderungsgesetz vom 8. November 1966 und durch die den Sachverständigenrat betreffenden Bestimmungen des „Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" vom 8. Juni 1967 sowie die §§ 1 bis 3 dieses Gesetzes sind als Anhang I und II angefügt. Wichtige Bestimmungen des Sachverständigenratsgesetzes sind im Vorwort der Jahresgutachten 1964/65 bis 1968/69 erläutert.

[2]) Eine Liste der bisher erschienenen Jahresgutachten und der Sondergutachten ist als Anhang III abgedruckt.

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56,

3. Die Frage, ob die Konjunktur in der Bundesrepublik auf Wachstumskurs schwenkt, steht auch im Mittelpunkt der Analysen zur wirtschaftlichen Lage, zur absehbaren Entwicklung und zu den wirtschaftspolitischen Erfordernissen in der Bundesrepublik, die den Hauptteil dieses Gutachtens ausmachen. Zuversichtliche Erwartungen sind der tatsächlichen Entwicklung vorausgeeilt. Sie haben ihr eigenes Gewicht. Doch die Konjunkturbewegung ist noch immer stark von Impulsen, die der Staat gesetzt hat, angetrieben, und das wird auch 1979 noch so sein. Die Unsicherheit, ob diese Impulse sich bald als nicht mehr nötig erweisen und dann sogar schädlich würden, läßt sich nur überwinden, wenn die Anstrengungen darauf gerichtet bleiben — in der Bundesrepublik und in den anderen Industrieländern, die dieselben Probleme haben —, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Faktoren, die außerdem die Angebotsneigung in der Wirtschaft bestimmen, namentlich das gesamtwirtschaftliche Kostenniveau, so zu verbessern, daß mehr Produktion und damit mehr Beschäftigung dauerhaft lohnend erscheinen. Das Jahr 1979 wird in konjunktureller Sicht, also in kurzfristiger Betrachtung, ein besseres Jahr werden. Wir sehen daher gegenwärtig keinen zusätzlichen Handlungsbedarf für die Wirtschaftspolitik. Wichtig ist, daß es auch in längerfristiger Betrachtung ein besseres Jahr wird. Wenn die Bundesrepublik nachhaltig dem Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes näherkommen will, dann muß man die Wirtschaftspolitik über das Ende des gegenwärtig erst einmal kräftiger werdenden konjunkturellen Aufschwungs hinaus anlegen.

Auf längere Sicht kommt noch größere Bedeutung dem anderen Hauptthema dieses Jahresgutachtens zu. Geplant ist eine währungspolitische Weichenstellung in Europa. Die unbefriedigenden Erfahrungen der vergangenen Jahre haben das Bewußtsein wieder geschärft, daß die in hohem Grade wirtschaftlich miteinander verflochtenen Länder Europas einen Ordnungsrahmen benötigen, der ihrer wechselseitigen Abhängigkeit Rechnung trägt und diese Abhängigkeit mehr als bisher ins Positive wendet. Mit dem Plan, ein Europäisches Währungssystem zu gründen, wird ein Beitrag zur Lösung dieser Aufgabe gesucht. In dem Plan ist angelegt, daß sich die Geldverfassung der Bundesrepublik grundlegend ändern wird. Der Sachverständigenrat hat sich eingehend mit den Hoffnungen und mit den Gefahren befaßt, die sich mit dem geplanten Währungssystem verbinden; er hat sich mit der Frage auseinandergesetzt, welche Ausgestaltung des Europäischen Währungssystems wahrscheinlicher macht, daß die Wirtschaft Europas eine auf stabiles Geld gegründete Wirtschaft wird. Sehr ernst zu nehmen ist die Sorge, daß dies auch bei diesem neuen Anlauf Hoffnung bleiben könnte. Sie ist besonders groß in der

---

Gemäß § 6 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zugeleitet mit Schreiben des Bundeskanzlers — 14 (42) — 600 06 — Gu 15/78 — vom 23. November 1978.

Bundesrepublik, deren Wirtschaft auf der Basis einer Entscheidung für stabiles Geld entstand und Erfolg hatte. Bei der Frage einer Währungsordnung für Europa kann es nicht nur darum gehen, Schlimmes zu verhüten; es geht darum, eine Aufgabe von außerordentlichem Rang besonders gut zu lösen.

4. Ein Mitglied des Sachverständigenrates hat sich den Auffassungen der Mehrheit nicht in allen Punkten anschließen können, namentlich nicht bei der Frage, welche Bedeutung einer Politik zukommt, die mehr Beschäftigung durch mehr wirtschaftliches Wachstum zu erreichen sucht. Er hat seine abweichende Meinung in einem Minderheitsvotum gemäß § 3 Abs. 2 des Sachverständigenratsgesetzes dargelegt.

5. In der Diskussion im Nachgang zu unserem letzten Jahresgutachten ist öffentlich der Vorwurf erhoben worden, der Sachverständigenrat halte sich nicht an den gesetzlichen Auftrag, der seine Arbeit begründe und begrenze, namentlich nicht bei den Aussagen, die den Bereich der Lohnpolitik berühren. Der Sachverständigenrat soll untersuchen, wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können. Er soll Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder deren Beseitigung aufzeigen, jedoch keine Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen aussprechen. Die Urteile des Sachverständigenrates darüber, welche Entscheidungen in der Tariflohnpolitik zu den Hauptzielen der Wirtschaftspolitik passen würden, sind keine Empfehlungen an die Wirtschafts- und Sozialpolitik, sondern richten sich an die Öffentlichkeit und an die Tarifvertragsparteien, die unter dem wohlbegründeten Schutz der Tarifautonomie Entscheidungen zu treffen haben, die nicht nur das Interesse der jeweils von ihnen vertretenen Unternehmen und Arbeitnehmer berühren, sondern die Interessen aller. Die Aussagen des Sachverständigenrates zur lohnpolitischen Grundlinie eines Jahres sind überdies in keinem Falle Empfehlungen für „bestimmte" Maßnahmen, sondern betreffen das Ergebnis der Gesamtheit sehr zahlreicher Einzelverträge. Seit langem gibt es allerdings unterschiedliche Auffassungen darüber, wie zweckmäßig eine quantitativ orientierte Diskussion hierüber ist. Der Vorwurf der Untreue gegenüber dem Gesetz, ersetzt weder die Diskussion über den einen noch die über den anderen Problemkreis.

Dem Feld des Streits von Interessen, der legitim ist, mit dem der Sachverständigenrat jedoch nichts zu tun hat, entstammt auch der Vorwurf, der Rat würde seinen gesetzlichen Auftrag durch parteiliche Einseitigkeit verletzen. Die Mitglieder des

Rates werden auf Vorschag der Bundesregierung vom Bundespräsidenten berufen. Der Sachverständigenrat ist nur an den durch das Gesetz begründeten Auftrag gebunden und in seiner Tätigkeit unabhängig. Er wird weiterhin seine Aufgabe so verstehen, mit Blick auf die Ziele, die das Gesetz ihm vorgibt, die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge, die durch aktuelle Probleme besonders bedeutsam erscheinen, auszudiskutieren, dabei konkurrierende Hypothesen zu prüfen, und das Ergebnis dessen unabhängig davon, für wen sie unbequem erscheinen, in seinen Gutachten darzulegen. Zum weit überwiegenden Teil ist der Sachverständigenrat in allen Jahren zu Auffassungen gelangt, die von den Mitgliedern des Rates einvernehmlich getragen wurden. Das gilt mit ganz wenigen Ausnahmen auch für die Auffassungen zu Fragen der Lohnpolitik.

Als ein Gremium, dessen Existenz auf die öffentliche Diskussion hin angelegt ist, muß der Sachverständigenrat in besonderem Maße den Rückschritt in der einkommenspolitischen Diskussion bedauern, der gegenwärtig zu beobachten ist.

6. Der gesetzlichen Regelung entsprechend schied Professor Dr. Armin Gutowski, Universität Frankfurt, am 28. Februar 1978 aus dem Sachverständigenrat aus. Herr Gutowski hatte dem Sachverständigenrat seit dem 3. Dezember 1970 angehört. Als sein Nachfolger wurde am 2. Mai 1978 Professor Dr. Horst Albach, Universität Bonn, durch den Bundespräsidenten für fünf Jahre in den Sachverständigenrat berufen.

7. Der Sachverständigenrat hatte in den vergangenen zwölf Monaten mehrfach Gelegenheit, mit dem Bundesminister für Wirtschaft, dem Bundesminister der Finanzen sowie mit dem Präsidenten und den Mitgliedern des Direktoriums der Deutschen Bundesbank aktuelle konjunktur- und währungspolitische Fragen zu erörtern. Aus gegebenem Anlaß führte der Rat ein Gespräch mit dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, vertreten durch Herrn Ministerialdirektor Dr. Werner Tegtmeier.

Die Urteilsbildung des Rates erleichterten Berichte des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit und von Mitgliedern des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

Wie in früheren Jahren hat der Rat Vertreter der Sozialpartner, des Deutschen Industrie- und Handelstages und des Bundesverbandes der deutschen Industrie zu anstehenden Problemen gehört.

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften gab dem Sachverständigenrat Gelegenheit zu einem ausführlichen Gespräch über wirtschaftspolitische Probleme der Europäischen Gemeinschaften.

8. Mit Vertretern der Wirtschaftswissenschaften an Hochschulen und Forschungsinstituten hat der Rat Gespräche führen können, die ihm für seine Arbeit wertvolle Hinweise vermittelt haben.

9. Professor Dr. Jürg Niehans, Bern, stand dem Rat für ein Gespräch über aktuelle und konzeptionelle Fragen der Geldpolitik zur Verfügung.

Dr. Roland Vaubel, Kiel, stellte dem Rat zu währungspolitischen Problemen eine schriftliche Ausarbeitung zur Verfügung.

10. Wiederum hat der Deutsche Industrie- und Handelstag durch kurzfristige Umfragen bei den Kammern dem Sachverständigenrat besonders aktuelle Informationen zukommen lassen. Herr Dr. Hans Flick vom Deutschen Industrie- und Handelstag, Bonn, hat dem Rat zu Fragen des Außensteuerrechts zur Verfügung gestanden.

11. Bei den Abschlußarbeiten an dem vorliegenden Gutachten haben uns Professor Dr. Hermann Albeck, Saarbrücken, Professor Dr. Manfred Feldsieper, Köln, Dr. Hans-Hagen Härtel, Düsseldorf, Dr. Carsten Thoroe, Kiel, und Dr. Roland Vaubel, Kiel, geholfen. Wir fanden ferner wiederum wertvolle Unterstützung durch Diplom-Volkswirt Bernhard Filusch, Essen, und Diplom-Volkswirt Klaus-Dieter Schmidt, Kiel. Ihnen allen gilt der Dank des Rates.

12. Die volkswirtschaftliche und die statistische Abteilung der Deutschen Bundesbank haben wie immer den Sachverständigenrat bei seinen statistischen Arbeiten in großzügiger Weise unterstützt, in zahlreichen Einzelfragen beraten und ihm bei der Materialbeschaffung wertvolle Hilfe geleistet.

Unterstützung bei der Beschaffung von Informationen und statistischem Material hat der Sachverständigenrat außerdem durch die Kommission der Europäischen Gemeinschaften erfahren.

Die Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt war auch in diesem Jahr sehr gut. Der weit über das Normale hinausgehende Einsatz vieler Angehöriger des Amtes, insbesondere der ständigen Mitarbeiter der Verbindungsstelle, hat die Arbeiten des Rates wesentlich erleichtert. Allen Beteiligten zu danken, ist dem Rat ein besonderes Anliegen.

13. Auch dieses Jahresgutachten hätte der Sachverständigenrat ohne die unermüdliche Arbeit seiner Mitarbeiter nicht erstellen können. Dem wissenschaftlichen Stab des Rates gehörten beim Abschluß dieses Gutachtens an: Diplom-Volkswirt Peter Bofinger, Diplom-Volkswirt Heiner Flassbeck, Dr.

Heinz Herrmann, Diplom-Volkswirt Gerhard Kaufhold, Dr. Wolfgang Sengebusch und Dr. Axel Siedenberg.

Ein besonderes Maß an Verantwortung für die wissenschaftliche Arbeit des Stabes hatte der Generalsekretär des Sachverständigenrates, Dr. Hans J. Barth, zu tragen.

Alle Fehler und Mängel, die das Gutachten enthält, gehen indessen allein zu Lasten der Unterzeichneten.

Wiesbaden, 19. November 1978

H. Albach G. Fels G. Scherhorn K. Schmidt O. Sievert

Inhalt

Anhang

Verzeichnis der Schaubilder

Verzeichnis der Tabellen im Text

Verzeichnis der Tabellen im statistischen Anhang

Statistische Materialquellen — Abkürzungen

Angaben aus der amtlichen Statistik für die Bundesrepublik Deutschland stammen, soweit nicht anders vermerkt, vom Statistischen Bundesamt. Diese Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet einschließlich Berlin (West); andere Gebietsstände sind ausdrücklich angemerkt.

Material über das Ausland wurde in der Regel internationalen Veröffentlichungen entnommen. Darüber hinaus sind in einzelnen Fällen auch nationale Veröffentlichungen herangezogen worden.

AFG = Arbeitsförderungsgesetz
BA = Bundesanstalt für Arbeit
BMA = Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung
BMF = Bundesministerium der Finanzen
BML = Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
BMWi = Bundesministerium für Wirtschaft
DIW = Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
EFTA = Europäische Freihandels-Assoziation
EG = Europäische Gemeinschaften
EGKS = Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion)
ERP = Marshallplan
ESVG = Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen
Eur = Rechnungseinheit der Europäischen Gemeinschaften
FE = Forschung und Entwicklung
HWWA = HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg
IAB = Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit
Ifo = Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München
IFW = Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel
IAO/ILO = Internationale Arbeitsorganisation
IWF/IMF = Internationaler Währungsfonds
JG = Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
JWB = Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung
OECD = Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Öffa = Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG
OPEC = Organisation ölexportierender Länder
RWI = Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen
SAEG = Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften
SG = Sondergutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
SZR = Sonderziehungsrechte
UN = Vereinte Nationen
WSI = Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes GmbH, Düsseldorf

Zeichenerklärung

—	=	nichts
0	=	weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit
.	=	kein Nachweis
...	=	Angaben fallen später an
— oder |	=	der zeitliche Vergleich ist durch grundsätzliche Änderungen beeinträchtigt
×	=	Nachweis ist nicht sinnvoll bzw. Fragestellung trifft nicht zu

Eine kürzere Fassung

Der Internationale Rahmen

Kein konjunktureller Durchbruch

1*. Die wirtschaftliche Entwicklung der westlichen Industrieländer hat auch im Jahre 1978 nicht den konjunkturellen Durchbruch gebracht, der nötig gewesen wäre, um der Hoffnung auf eine baldige Rückkehr zu einer weltweiten Vollbeschäftigung Auftrieb zu geben. Dabei waren zu Beginn dieses Jahres die Bedingungen für eine konjunkturelle Erholung günstiger als im vergangenen Jahr.

Zu einer durchgreifenden Belebung kam es weder in Europa noch in Japan. In den Vereinigten Staaten setzte sich die schon seit drei Jahren anhaltende Expansion fort. Das Leistungsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten ist erneut größer geworden. Auch bei der Inflationsbekämpfung waren keine Erfolge zu verzeichnen.

Fast alle anderen Industrieländer konnten ihre außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte verringern. Erfolgreicher waren sie auch in der Bekämpfung der Inflation. Dabei kam ihnen freilich die schwache Nachfrageentwicklung zu Hilfe. Zwar ist das durchschnittliche Inflationstempo noch immer hoch, aber die mittlere Rate der Geldentwertung konnte immerhin auf jetzt etwas weniger als 7 vH vermindert werden, nachdem sie im Vorjahr noch über 8 vH betragen hatte.

Das reale Sozialprodukt der Industrieländer war um knapp 4 vH höher als im Vorjahr.

2*. An der Höhe der Arbeitslosigkeit in den westlichen Industrieländern hat sich auch im Jahre 1978 kaum etwas geändert (Ziffern 18 ff.). Entsprechend den Unterschieden in der konjunkturellen Entwicklung stand den recht deutlichen Beschäftigungserfolgen in den Vereinigten Staaten eine noch immer zunehmende Arbeitslosigkeit in Europa gegenüber. Auch in Japan ist die Arbeitslosigkeit weiter angestiegen.

In Europa waren es Großbritannien, die Bundesrepublik und Italien, die die Arbeitslosigkeit geringfügig vermindern oder zumindest ein weiteres Ansteigen vermeiden konnten.

Welthandel ohne Schwung

3*. Im Verlauf des konjunkturellen Rückschlages des Jahres 1977 waren in allen größeren Industrieländern mit Ausnahme der Vereinigten Staaten die Importe zurückgegangen, jedenfalls dem Volumen nach. Die konjunkturelle Belebung zu Beginn dieses Jahres brachte dann einen neuen Anstieg mit sich. Die Ausweitung des Welthandels ist mit etwa 5 vH dennoch deutlich unter der durchschnittlichen Wachstumsrate der Vergangenheit von etwa 8,5 vH geblieben (Ziffern 26 ff.). Der Handel der Industrieländer untereinander nahm nur mäßig zu. Die Nachfrage der nicht ölfördernden Entwicklungsländer und der OPEC-Länder brachte ebenfalls keine kräftigen Impulse. Die Importe der Industrieländer aus diesen Ländergruppen stagnierten nahezu.

4*. Durch die schwache Weltnachfrage sind auch die Preise für die meisten Rohstoffe zu Beginn dieses Jahres unter starken Druck geraten. Im Herbst 1978 zogen die meisten Rohstoffpreise zwar wieder an, im Durchschnitt dieses Jahres werden sie aber unter den Vorjahreswerten liegen. In den Aufwertungsländern verbilligte die Abwertung des Dollar die Rohstoffeinfuhr zusätzlich. Da die Exportpreise der Industrieländer weit weniger stark sanken als die Einfuhrpreise, größtenteils sogar noch stiegen, haben sich die Austauschbedingungen der Länder aus der OECD-Gruppe zum Teil erheblich verbessert. Als Folge dieser Entwicklung verwandelte sich das Handelsbilanzdefizit der OECD-Länder von über 23 Mrd Dollar im Jahre 1977 in einen Überschuß von 3 Mrd Dollar in diesem Jahr.

5*. In Japan, der Schweiz und der Bundesrepublik hat die starke Aufwertung die Leistungsbilanzüberschüsse zunächst nicht vermindert, vor allem weil die Importpreise dieser Länder stärker auf die Aufwertung reagierten als die Exportpreise. Immerhin: Die Gefahr des Verlustes von Marktanteilen im Wettbewerb mit ausländischen Anbietern konnte teilweise nur durch Preiszugeständnisse und damit um den Preis von Ertragsschmälerungen abgewendet werden. In den Abwertungsländern verbesserten sich dagegen die internationale Wettbewerbsposition und die Ertragslage der Unternehmen.

Nimmt man diese Momentaufnahme für das Ganze, so hat sich — und das kann für den Fortgang der konjunkturellen Entwicklung in der Welt sehr wichtig sein — vor allem die internationale Leistungsbilanzsituation wesentlich entspannt. Etliche der stabilitätsschwachen Länder haben ihre Defizite beseitigen können oder erzielen sogar Überschüsse. Die Vereinigten Staaten haben im Zusammenhang mit ihrem noch hohen Defizit eine Abwertung des Dollar zu verzeichnen, die sie hoch wettbewerbsfähig erscheinen läßt. Am stärksten auf eine Belebung der Binnenkonjunktur angewiesen sind die Länder, deren Währungen an den Devisenmärkten unter einem fortwährenden Aufwertungsdruck stehen. Die Frage für sie ist, ob sie, ähnlich wie die Vereinigten Staaten in den letzten Jahren, eine binnenwirtschaftliche Dynamik entwickeln können, die es ihnen erlaubt, die außenwirtschaftlichen Rückschläge zunächst zu überspielen. Die Frage für

die stabilitätsschwächeren Länder ist, ob sie die Voraussetzungen für mehr Wachstum bei sinkender Inflationsrate wahren können. Für die gemeinsam gewünschte Besserung der Weltkonjunktur sind alle auf alle angewiesen. Die Lösung des Problems kann wohl nur darin liegen, daß jedes Land bei sich die Bedingungen schafft, unter denen mehr Investitionen rentabel erscheinen.

6*. Im Zuge der anhaltenden Wachstumsschwäche in den Industrieländern hat in den letzten Jahren die Neigung zugenommen, durch protektionistische Maßnahmen wirtschaftliche Vorteile anzustreben (Ziffern 29 ff.). Diese Tendenz konnte auch in diesem Jahr trotz zunehmender öffentlicher Bekenntnisse zu freiem internationalem Handel und trotz der gerade auch bei den Entwicklungsländern wachsenden Einsicht in die Vorteile eines ungehinderten internationalen Warenaustausches nicht wesentlich vermindert werden. Zwar wurden weniger als noch in den vergangenen Jahren spektakuläre globale Maßnahmen ergriffen, da akute Zahlungsbilanzprobleme weniger im Vordergrund standen, aber zum Schutz einzelner Sektoren nahm man auch in diesem Jahr vermehrt zu offener oder versteckter Diskriminierung ausländischer Konkurrenzprodukte Zuflucht.

Mühsamer Erholungsprozeß in Europa

7*. In Europa dürften 1977 und 1978 wichtige Länder den Bedingungen nähergekommen sein, unter denen eine wirtschaftliche Belebung nicht schon bald wieder durch eine Beschleunigung der Inflation oder eine Vergrößerung der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte an Grenzen stößt, wie es 1976 bei dem ersten Anlauf zu einem kräftigen konjunkturellen Aufschwung der Fall gewesen war (Ziffern 33 ff.). Das Jahr 1978 war für Produktion und Beschäftigung noch kein gutes Jahr. Aber es war immerhin ein Jahr mit steigenden Wachstumsraten und vermindertem Geldwertschwund. Diese Kombination war auch Hauptziel in den wirtschaftspolitischen Programmen der meisten Länder. Sie wird es bleiben müssen, wenn die Beschäftigung nachhaltig steigen soll.

8*. Die Zahlungsbilanzungleichgewichte in Europa haben sich, betrachtet man die Salden der Leistungsbilanz, rascher und stärker vermindert, als es gemeinhin erwartet worden war. Vor allem Italien und Frankreich konnten ihre Leistungsbilanzdefizite in beachtliche Überschüsse verwandeln; in Großbritannien ist die Leistungsbilanz nahezu ausgeglichen. Das sagt allerdings noch wenig darüber aus, ob die Verbesserung nicht wiederum nur Reflex der Nachfrageschwäche ist oder ob eine dauerhafte Verbesserung erreicht werden konnte (Ziffern 34 ff.).

Das weiter bestehende Stabilitätsgefälle zwischen Großbritannien mit einer Inflationsrate von zuletzt etwa 8 vH, Italien mit rund 12 vH und der Bundesrepublik mit 2,1 vH ist auch der wichtigste Grund für die Skepsis, die dem Plan einer Erweiterung und Umformung des Währungsverbundes entgegengebracht wird (Ziffern 344 ff.).

Die Binnenkonjunktur 1978

9*. In der Bundesrepublik hat sich das konjunkturelle Klima im Verlauf des Jahres 1978 deutlich verbessert. Die Belebung setzte jedoch später ein als erwartet. Obwohl Bund, Länder und Gemeinden ihre Ausgaben von Jahresbeginn an wieder verstärkt ausweiteten und umfangreiche Steuererleichterungen die private Nachfrage stützten, blieben die Unternehmen bei der Entscheidung über Produktion, Beschäftigung und Investitionen zumeist sehr vorsichtig, vor allem wenn sie mit ausländischen Anbietern im Wettbewerb standen. Denn bei nur wenig verminderten Lohnsteigerungen brachte die kräftige Höherbewertung der D-Mark vielfach Gewinneinbußen und neue Unsicherheit in den Absatz- und Ertragserwartungen mit sich. Dies wirkte den expansiven Impulsen entgegen, die von der Finanzpolitik ausgingen. Erst von der Jahresmitte an überwogen die Auftriebskräfte. Das reichliche Geldangebot wurde nun vermehrt genutzt.

Im Jahresdurchschnitt nahmen die gesamtwirtschaftlichen Ausgaben nicht stärker zu als ein Jahr zuvor. Da die Preissteigerungen weiter nachließen — auf der Verbraucherstufe betrugen sie zuletzt 2,1 vH — war der reale Nachfragezuwachs indes etwas größer als 1977. Der Anteil, der davon auf Importe entfiel, hat weiter zugenommen. Der Anstieg der inländischen Produktion übertraf mit 3 vH den des vorigen Jahres nur wenig. Für eine spürbare Erhöhung des Beschäftigungsstandes blieb er noch zu schwach. Die Anzahl der Arbeitslosen lag im Jahresdurchschnitt nur geringfügig unter einer Million.

10*. Nach der Enttäuschung, die das Jahr 1977 gebracht hatte, waren die Erwartungen für das Jahr 1978 von vornherein gedämpft gewesen und, was den Jahresdurchschnitt anbelangt, auf kein wesentlich günstigeres Ergebnis als das tatsächlich erreichte gerichtet. Allgemein war jedoch damit gerechnet worden, daß die Konjunktur im Jahresverlauf früher anziehen würde.

Anlaß dazu hatte der Kurswechsel gegeben, den die Finanzpolitik im Herbst 1977 vollzogen hatte, nachdem sie bis dahin bestrebt gewesen war, die hohen öffentlichen Defizite zu vermindern. Steuersenkungen und zusätzliche Staatsausgaben versprachen einen kräftigen Anstoß. Wie nachhaltig dieser sein würde und ob er — worauf es vor allem ankam — die Beschäftigungsmöglichkeiten über das Jahr 1978 hinaus verbessern würde, war allerdings ungewiß geblieben. Dies hing zum einen von der außenwirtschaftlichen Entwicklung ab, zum anderen aber auch von der Lohnpolitik. Denn so wichtig die Belebung der Nachfrage für eine Ausweitung des Angebots war, so dringlich war zugleich, daß von den Kosten her mehr Produktion dauerhaft rentabel er-

schien und daß die Suche nach neuen Absatzmärkten, neuen Techniken und neuen Produkten, von der die wirtschaftliche Dynamik auf mittlere Sicht abhängt, hinreichenden Gewinn in Aussicht stellte.

Finanzierungsengpässe waren kaum zu befürchten. Die Liquidität in der Wirtschaft war groß, und bei einer Ausweitung der Zentralbankgeldmenge um 8 vH, wie sie die Bundesbank für den Jahresdurchschnitt 1978 angekündigt hatte, war Spielraum für eine kräftige Steigerung der öffentlichen und der privaten Ausgaben vorgesehen (Ziffern 133 ff.).

11*. Die Erwartungen, die sich an die neue staatliche Initialzündung knüpften, wurden dadurch bestärkt, daß noch vor der Jahreswende eine deutliche Belebung der wirtschaftlichen Aktivität zu verzeichnen war. Schon bald nach der Jahreswende kam jedoch mit der anhaltenden Höherbewertung der D-Mark neue Unsicherheit auf (Ziffer 58). Bis dahin war der beschleunigte Wechselkursanstieg, der im Herbst 1977 eingesetzt hatte, noch mit Gelassenheit hingenommen worden. Dies änderte sich, als der Kurs für die D-Mark in den ersten Monaten 1978 weiter stieg und vor allem gegenüber dem Dollarraum immer mehr über das hinausging, was bei den Unterschieden in den Inflationstendenzen zwischen dem Inland und dem Ausland wettbewerbsneutral gewesen wäre.

Überdies waren die Lohnverhandlungen wesentlich schwieriger als in den drei vorangegangenen Jahren, zumal Verhandlungsgegenstand nicht nur die Erhöhung der Arbeitsentgelte, sondern in zunehmendem Maße auch Einkommensicherungen für jene Arbeitnehmer waren, die von Rationalisierungsmaßnahmen betroffen werden (Ziffern 59 ff.). Obwohl die Lohnsteigerungen mit 5 vH bis 6 vH im Durchschnitt etwas niedriger ausfielen als ein Jahr zuvor, brachten sie weitere Kostenbelastungen, die angesichts der wechselkursbedingten Verschärfung des Wettbewerbsdrucks nicht in allen Bereichen über entsprechende Preiserhöhungen wettgemacht werden konnten.

12*. Die Aufwertung hatte allerdings auch Vorteile. Begünstigt waren außer den Konsumenten, denen bei zahlreichen Produkten der geringere Preisanstieg zugute kam, die Unternehmen in den Binnenbereichen, die auf ihren Absatzmärkten nicht mit ausländischen Anbietern konkurrieren, einen Teil der benötigten Vorprodukte aber jetzt billiger beziehen. Die aufwertungsbedingte Verbilligung importierter Rohstoffe und Halbwaren minderte den Kostendruck, der von den Löhnen ausging, so daß es bei den erzielbaren Preisen nicht selten zu einer Ausweitung der Gewinnmargen kam. Unternehmen, die einen wesentlichen Teil ihrer Produktion exportieren oder deren Erzeugnisse auf den Inlandsmärkten mit Einfuhrgütern in Wettbewerb stehen, mußten dagegen überwiegend eine weitere Verschlechterung ihrer Ertragslage hinnehmen (Ziffern 161 ff.). Zwar konnten sie die Absatzeinbußen, wie es scheint, zumeist in vergleichsweise engen Grenzen halten; zur Verteidigung ihrer Marktanteile mußten sie jedoch Preiszugeständnisse machen. Hinzu kam, daß die Unsicherheit darüber zunahm, welche Erzeugnisse in der Bundesrepublik auf mittlere und längere Sicht wettbewerbsfähig hergestellt werden können.

13*. Die Folge war, daß die expansiven Impulse der Finanzpolitik bis zum Sommer nicht in die Breite wirkten und daß auch eine Ausweitung des Geldangebots, die infolge der Interventionen der Bundesbank an den Devisenmärkten noch erheblich über die Zielvorgabe hinausging, die Ausgaben im ganzen nicht nachhaltig anregte (Ziffern 133 ff., 173 ff.). Ausgeprägt waren die Auftriebskräfte nur in der Bauwirtschaft, die außer von der zügigen Auftragsvergabe des Staates vor allem von der immer stärker werdenden Wohnungsbaunachfrage profitierte. Günstige Finanzierungsbedingungen und Steuererleichterungen förderten auch den privaten Verbrauch. Die Unternehmen blieben dagegen zum großen Teil bei ihrem vorsichtigen Verhalten (Ziffern 68 ff.). Der Lageraufbau hielt sich in engen Grenzen, und die Bereitschaft, eigenes oder geliehenes Geld in neue Produktionsanlagen zu investieren, nahm nicht in dem erhofften Maße zu. Für einen durchgreifenden Aufschwung fehlte es so an den notwendigen Selbstverstärkungskräften.

14*. Ende Juli 1978 beschloß die Bundesregierung ein neues Bündel zeitlich gestaffelter finanzpolitischer Maßnahmen (Ziffer 175). Sowohl dem Umfang wie dem Zeitpunkt des Inkrafttretens nach wurde das Schwergewicht auf weitere Erleichterungen in der Einkommensbesteuerung gelegt. Diese sollen zusammen mit einer Verbesserung beim Kindergeld vom Jahresbeginn 1979 an wirksam sein und erst ab Mitte kommenden Jahres durch eine Anhebung der Mehrwertsteuer zum Teil ausgeglichen werden. Daneben ist vorgesehen, 1979 die Mittel zur Förderung von Forschung und Entwicklung weiter zu erhöhen und die Lohnsummensteuer 1980 abzuschaffen.

15*. Verglichen mit der ersten Jahreshälfte ist die allgemeine Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung in den letzten Monaten spürbar besser geworden. Vor allem in der Industrie, wo der Rückschlag zu Beginn des Jahres besonders ausgeprägt war, sind die Unternehmen wieder zuversichtlicher. Zwar ist die Nachfrage dort bis zuletzt nur wenig über das Niveau hinausgegangen, das sie Ende 1977 bereits erreicht hatte, doch ist eine steigende Tendenz erkennbar, die inzwischen auch ihren Niederschlag in der Produktion gefunden hat. Die Basis für die konjunkturelle Belebung ist damit breiter geworden, und die Aussicht, daß sich die Erholung fortsetzt, größer, denn die Verbrauchsneigung ist weiterhin hoch, und in der Bauwirtschaft sind die Auftragsbestände nochmals gestiegen. Das heißt indes nicht, daß schon ein Aufschwung sicher wäre, der beim Abbau der Arbeitslosigkeit wesentlich mehr Fortschritte als bisher verspricht.

16*. Die Verbesserung der konjunkturellen Lage könnte trotz der Verzögerung, mit der sie eintrat, ohne große Vorbehalte als Beginn eines kräftigen Aufschwungs angesehen werden, wäre die wirt-

schaftliche Entwicklung nicht seit drei Jahren in Wellen kurzfristig wechselnder Phasen schwächerer und stärkerer Expansion verlaufen und wäre sie nicht im Hinblick auf die Beschäftigungsprobleme bis zuletzt unbefriedigend geblieben. Bei der Frage, warum es sich so und nicht anders verhielt, ist der Konjunkturverlauf und damit die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion nicht nur in Abhängigkeit von autonomen Bestimmungsfaktoren der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zu sehen, sondern auch von der Erwartung der einzelnen Produzenten darüber, welche Absatzchancen sie sich mit einem attraktiven Güterangebot zu günstigen Preisen verschaffen oder erhalten können. Zu den Bedingungen, die von der Nachfrageseite her das Klima für die Produktionsentscheidungen prägen, gehört die Auslandskonjunktur ebenso wie der konjunkturelle Impuls, der vom Staat ausgeht, und nicht zuletzt die Konsumneigung. Unter den Angebotsbedingungen spielen Löhne und Zinsen, und zwar die aktuellen wie die erwarteten, eine dominierende Rolle; hinzu kommen die staatlichen Abgabeansprüche, aber auch Hilfen, die der Staat zur Risikominderung leistet. Zusammen mit dem Wechselkurs, der die Kosten für die Inanspruchnahme ausländischer Vorleistungen, vor allem aber die Wettbewerbsposition gegenüber dem Ausland entscheidend beeinflußt, bestimmt all dies den Umfang der rentabel erscheinenden Produktion. Verbesserungen oder Verschlechterungen bei den Nachfrage- wie den Angebotsbedingungen wirken sich gemeinsam in Veränderungen des Tempos aus, mit dem die Produktion an die jeweilige Auftragslage angepaßt wird, in Veränderungen der Neigung, Vorräte zu bilden, und in Veränderungen der Neigung, vorhandene Produktionsanlagen zu erneuern und zusätzliche zu schaffen, kurz in Veränderungen der Angebotsneigung der Wirtschaft. Diese wiederum beeinflussen Beschäftigung und Einkommen und wirken so auf Nachfrage und Produktion zurück.

17*. Für mehr konjunkturelle Dynamik kann eine bloße Verbesserung der Nachfragebedingungen ausreichend sein, und dies um so eher, je günstiger sich die Bedingungen auf der Nachfrageseite in der Breite darstellen, weil sich positive Erwartungen dann wechselseitig stützen. Es müssen jedoch günstige Angebotsbedingungen hinzukommen, wenn der Aufschwung nachhaltig, also von Wachstumsdynamik bestimmt sein soll. Von beiden Seiten her hat es 1978 Verbesserungen gegeben. Gleichwohl scheinen noch immer Angebotsprobleme die Rückkehr zu mehr Wachstum und zu einem hohen Beschäftigungsstand zu hemmen.

Die voraussichtliche Entwicklung

18*. Wenn wir zögern, die Entwicklung der letzten Monate uneingeschränkt zur Grundlage unserer Prognose zu machen, so vor allem aus folgenden Gründen:

— Die konjunkturelle Dynamik kommt noch immer zu einem großen Teil von der Wirtschaftspolitik. Noch läßt sich nicht hinreichend beurteilen, ein wie großer Teil der Belebung lediglich auf konjunkturpolitische Maßnahmen zurückzuführen, und wieviel davon einer größeren Eigendynamik zuzurechnen ist.

— Die konjunkturelle Erholung ist von Unruhe an den Devisenmärkten überschattet. Zwar scheint der Kursverfall des amerikanischen Dollar im Herbst die Unternehmen weit weniger verunsichert zu haben, als dies offenbar im Frühjahr der Fall war. Dabei mag die Erwartung mitspielen, es werde früher oder später zu einem Kursanstieg kommen. Es ist aber nicht auszuschließen, daß sich erneut Enttäuschung einstellt, wenn ein zu den Bedingungen der Gütermärkte besser passender Dollarkurs ausbleibt.

— Ungewiß ist zudem, ob die Verbesserung der Angebotsbedingungen anhält. Unsicherheit besteht dabei nach wie vor über den Kurs der Lohnpolitik. Wir können nicht ausschließen, daß Unsicherheit und Enttäuschung erneut die Oberhand gewinnen und die Konjunktur einen ähnlichen Verlauf nimmt wie in den letzten drei Jahren, in denen der Aufschwung immer wieder zu versanden drohte und immer wieder neu gestützt werden mußte.

19*. Gegen eine solche Skepsis spricht jedoch die überraschend hohe Zuversicht der Unternehmen. Sie zeigt sich bisher vor allem in solchen Indikatoren, die Stimmung und Erwartung wiedergeben, aber auch schon in Nachfrage und Produktion. Dies deutet darauf hin, daß die endogenen Aufschwungskräfte diesmal stärker und die Aussichten für den Erfolg der konjunkturpolitischen Maßnahmen besser sind als in den vergangenen Jahren. Es ist vor allem die bessere Grundstimmung in der Wirtschaft, die uns veranlaßt, auf eine Verstärkung der konjunkturellen Auftriebskräfte zu setzen (Ziffern 240 ff.).

20*. Im Jahre 1978 war es vor allem die Nachfrage aus dem Inland, die den Konjunkturverlauf bestimmte. Das muß, wenn die Konjunktur an Schwung gewinnen soll, auch 1979 so bleiben. Unter den veränderten außenwirtschaftlichen Bedingungen darf man nicht in gleicher Weise wie früher auf die Nachfrage aus dem Ausland als Schrittmacher des Aufschwungs bauen.

21*. Für eine deutliche Belebung der Auslandsnachfrage sehen wir derzeit jedenfalls wenig Anzeichen. Zwar ist der Zustand der Weltwirtschaft etwas besser als vor einem Jahr: In den meisten Ländern, die für den deutschen Export Bedeutung haben, sind die Aussichten für eine konjunkturelle Belebung gestiegen. Doch muß man davon ausgehen, daß die kräftige Höherbewertung der D-Mark den exportintensiven Bereichen eine Verschlechterung ihrer Wettbewerbsposition gebracht hat.

Alles in allem gehen wir davon aus, daß sich die Nachfrage aus dem Ausland zwar wieder belebt,

das Expansionstempo aber nach wie vor verhalten bleibt. Für den Jahresdurchschnitt rechnen wir mit einer Zunahme der Ausfuhr von Waren und Diensten um 4 vH, nach 3½ vH im Jahre 1978.

22*. Die expansiven Impulse, die von der Finanzpolitik ausgehen, werden 1979 noch größer sein als in diesem Jahr. Sie ergeben sich nicht nur aus den Steuersenkungen, die vorwiegend den privaten Haushalten zugute kommen, sondern auch aus der Steigerung der Staatsausgaben in nahezu allen Bereichen (Ziffern 414 ff.). Nach unserer Schätzung werden die Ausgaben der Gebietskörperschaften das hohe Niveau dieses Jahres nochmals um 6½ vH überschreiten. Demgegenüber rechnen wir bei den Einnahmen nur mit einem Anstieg um 5 vH. Das Finanzierungsdefizit wird sich weiter erhöhen, und zwar von 41½ Mrd DM auf 49½ Mrd DM.

Bei den Sozialversicherungen werden sich dagegen infolge der Sanierungsmaßnahmen Einnahmen und Ausgaben nahezu ausgleichen.

Berücksichtigt man bei der konjunkturellen Wertung des Defizits, daß ein Teil der öffentlichen Ausgaben immer durch Verschuldung finanziert wird und der Staat infolge der Unterauslastung des Produktionspotentials noch immer Steuerausfälle hinnehmen muß, so verbleibt ein Betrag von 26 Mrd DM, der nach unserem Konzept des konjunkturneutralen Haushalts für den expansiven Impuls des öffentlichen Gesamthaushalts steht. Er ist um 9 Mrd DM höher als im Jahre 1978.

23*. Zu den Komponenten der Inlandsnachfrage, bei denen auch 1979 mit einer deutlichen Aufwärtsbewegung zu rechnen ist, gehört nicht zuletzt der private Verbrauch. Das Vertrauen der privaten Haushalte in die wirtschaftliche Entwicklung ist gegenwärtig groß. Hinzu kommt, daß die von der Bundesregierung vorgesehenen Maßnahmen in der Hauptsache auf eine Stützung der Verbrauchsnachfrage zielen. Außerdem werden zu Beginn des nächsten Jahres die Renten erhöht, wodurch die Kaufkraft vor allem von Haushalten mit kleinen Einkommen gestärkt wird. Aus den Annahmen unserer Prognose, insbesondere aus den Annahmen über die Lohnentwicklung (Ziffer 256), ergibt sich eine etwa gleich starke Zunahme des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte wie im Jahre 1978. Da vieles dafür spricht, daß die Sparquote weiterhin niedrig bleibt, rechnen wir auch für den privaten Verbrauch mit einer ähnlich hohen Zuwachsrate wie 1978; wir veranschlagen sie, in realen Größen gerechnet, auf 3½ vH.

24*. Zuversichtlich beurteilen wir auch die Baukonjunktur. Die Nachfrage nach Bauleistungen hat inzwischen so viel Eigendynamik entwickelt, daß sie nicht mehr allein von staatlichen Konjunkturprogrammen getrieben wird. Die Bauproduktion wird 1979 vor allem von den Produktionsmöglichkeiten bestimmt werden. Dabei scheint weniger der Mangel an Gerätekapazitäten als der Mangel an Arbeitskräften die Grenzen für die Ausweitung der Produktion zu setzen. Deshalb rechnen wir damit, daß die realen Bauinvestitionen im Verlauf des Jahres 1979 etwas langsamer zunehmen werden als 1978; beim Vergleich der Jahresdurchschnitte ergibt sich indes mit 5½ vH eine etwas höhere Rate (1978: 4½ vH).

25*. Die gute Baukonjunktur darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Investitionsklima im ganzen noch recht labil ist. Die Investitionsneigung vor allem in der gewerblichen Wirtschaft ist, wie die Entwicklung der Auftragseingänge bei den Investitionsgüterherstellern zeigt, bisher nur wenig gestiegen und dabei recht unstet gewesen. Erst im September haben sich die Inlandsbestellungen beim Maschinenbau überaus kräftig erhöht. Dies reicht jedoch allein nicht aus, um daraus auf eine deutliche Beschleunigung der Investitionstätigkeit zu schließen.

Die Verbesserung der Erträge und der Absatzerwartungen hat in letzter Zeit die Investitionsbereitschaft sicherlich gefördert. Doch scheint auf mittlere Sicht bei den Unternehmen noch Skepsis zu überwiegen.

In unsere Prognose haben wir für den Jahresdurchschnitt 1979 eine Zunahme der realen Ausrüstungsinvestitionen um 6½ vH eingesetzt, was etwa den Zuwachsraten im Durchschnitt der beiden vorangegangenen Jahre entspricht.

Von der Lageraufstockung erwarten wir für das kommende Jahr keine deutlichen Impulse für die Konjunktur; wir nehmen an, daß die Vorratsinvestitionen nicht viel höher sein werden als 1978.

26*. Die Einfuhr von Rohstoffen und Vorprodukten wird sich 1979 voraussichtlich nur im Rahmen der Steigerung der Industrieproduktion bewegen. Weitaus kräftiger wird dagegen die Zunahme der Einfuhr von Fertigwaren sein, und zwar bei Investitionsgütern und bei Konsumgütern gleichermaßen. In diesen Bereichen werden die Anbieter aus dem Ausland aufgrund der Verbesserung ihrer Wettbewerbsposition ihre Marktanteile weiter erhöhen können. Insgesamt rechnen wir für 1979 mit einer Zunahme des Importvolumens von Waren und Diensten um 6 vH, nach 5½ vH im Jahre 1978.

27*. Alles zusammen fügt sich zum Bild einer konjunkturellen Aufwärtsbewegung, bei der das reale Sozialprodukt nach unserer Schätzung im Jahresdurchschnitt 1979 um 3½ vH bis 4 vH zunehmen wird, gegenüber 3 vH im Jahresdurchschnitt 1978.

Da die Zunahme der Produktion über das Wachstum des Produktionspotentials — wir veranschlagen es auf rund 3 vH — hinausgehen wird, zeichnet sich erstmals seit 1976 wieder eine Zunahme des Auslastungsgrades der Produktionskapazitäten ab. Auch dies wird die Investitionsbereitschaft festigen.

Die bessere Auslastung der Kapazitäten bedeutet, daß wieder mehr Arbeitsplätze besetzt werden können. Denn nur ein Teil der Mehrproduktion läßt sich durch eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität

erreichen. Es ist indes schwer abzuschätzen, wie viele Arbeitskräfte zusätzlich eingestellt werden. Der Produktivitätszuwachs ist keine feste Größe, sondern ergibt sich aus dem Wechselspiel von Kapazitätsauslastung, technischem Fortschritt, Kostendruck und anderen Faktoren.

28*. Nach unserer Einschätzung tut sich die Lohnpolitik nach wie vor schwer, den beschäftigungspolitischen Erfordernissen Rechnung zu tragen. Gleichwohl ist nicht zu übersehen, daß eine Anpassung im Gange ist, auch wenn sie sich in kleinen Schritten vollzieht. Bei der Durchrechnung der Prognose sind wir davon ausgegangen, daß sich 1979 die Erhöhung der effektiven Stundenverdienste, unter Einschluß aller tariflichen und außertariflichen Nebenleistungen, in der Nachbarschaft dessen bewegen wird, was 1978 zustande gekommen ist. Dabei haben wir angenommen, daß die tariflichen Stundenverdienste etwas weniger stark angehoben werden als in diesem Jahr.

29*. Wie groß der Beschäftigungseffekt ist, der sich daraus ergibt, daß die realen Stückkosten schrittweise weiter gesenkt werden, ist nur grob zu quantifizieren. Wir sind davon ausgegangen, daß die Produktionsleistung je Stunde 1979 nicht stärker steigt als im Jahre 1978. Daher erwarten wir, daß 1979 die Anzahl der Erwerbstätigen zum ersten Mal seit der Rezession wieder nennenswert zunimmt. Im Jahresdurchschnitt veranschlagen wir diese Zunahme auf 100 000 bis 150 000 Personen.

Die Zunahme der Beschäftigung reicht freilich nicht aus, um den Arbeitsmarkt spürbar zu entlasten. Immerhin rechnen wir damit, daß die Anzahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt erstmals die Millionengrenze nennenswert unterschreiten wird.

30*. Als gut betrachten wir dagegen die Aussicht, daß die Erfolge, die in den letzten Jahren bei der Bekämpfung der Inflation erzielt worden sind, im großen und ganzen verteidigt werden können. Allerdings halten wir für wahrscheinlich, daß die Preissteigerungsrate im Verlauf des Jahres 1979 wieder zunehmen wird. Die Preise für Nahrungsmittel dürften wieder anziehen, und was die Preise für industriell erzeugte Güter anbelangt, könnte man angesichts der konjunkturellen Situation möglicherweise sogar eine Beschleunigung des Preisanstiegs erwarten.

Dennoch glauben wir, daß bei den Angebots- und Nachfragebedingungen, wie wir sie für das Jahr 1979 einschätzen, die Preiserhöhungsspielräume nicht nennenswert größer sein werden als im Jahre 1978. Dabei setzen wir darauf, daß die preisdämpfenden Effekte der Höherbewertung der D-Mark nachwirken, die schon in diesem Jahr eine wichtige Rolle bei der Stabilisierung gespielt haben.

Die Erfahrungen aus früheren Konjunkturzyklen lassen es jedenfalls nicht als überwiegend wahrscheinlich erscheinen, daß es ohne kräftigen Aufschwung, ohne hohe Kapazitätsauslastung und ohne beschleunigten Kostenanstieg rasch zu einem Wechsel in der Preistendenz bei Waren aus industrieller Produktion kommt. Unter solchen Umständen herrscht im allgemeinen noch eine zurückhaltende Preispolitik der Unternehmen vor. Das heißt nicht, daß es auch 1979 so sein muß. In weiten Bereichen der Industrie werden die Gewinnmargen nicht als befriedigend angesehen, so daß eine Besserung der Nachfrage rascher zu einer Reaktion bei den Preisen führen könnte als früher. Gleichzeitig ist jedoch der Wettbewerb, namentlich mit ausländischen Anbietern, schärfer und das Risiko, bei höheren Preisen Marktanteile zu verlieren, größer.

31*. Alles in allem rechnen wir für den Preisindex für die Lebenshaltung im Jahresverlauf nur mit einer geringen Beschleunigung des Anstiegs, und zwar von 2 vH bis 2½ vH in diesem auf knapp 3 vH im nächsten Jahr. Wegen des geringen Überhanges am Jahresende 1978 wird die Steigerungsrate von Jahresdurchschnitt 1978 zu Jahresdurchschnitt 1979 mit 2½ vH nicht höher sein als von Jahresdurchschnitt 1977 zu Jahresdurchschnitt 1978.

Basis für diese Prognose ist, daß sich die Annahmen hinsichtlich der Lohnentwicklung nicht als falsch erweisen und daß die Geldpolitik auf Stabilitätskurs bleibt.

Beschäftigung, Wachstum, Währung

32*. Noch herrscht Skepsis vor, ob die Bedingungen für ein kräftiges und stetiges Wachstum, das die drängenden Beschäftigungsprobleme der kommenden Jahre lösen kann, gesichert sind. Die Gefahr, daß die Belebung nicht von Dauer sein wird, liegt auf der Angebotsseite der Volkswirtschaft, bei der Neigung, Arbeitskräfte einzustellen, die Kapazitäten auszuweiten und neue Märkte zu erschließen. Hier sieht der Sachverständigenrat die wichtigsten Ansatzpunkte für eine mittelfristig angelegte Wirtschaftspolitik, die mehr Beschäftigung durch ein stärkeres Wachstum der Investitionen zu erreichen sucht.

33*. Einer solchen Angebotspolitik stellt sich unter anderem die Aufgabe, Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen sich in Volumen und Struktur ein Gleichgewicht der Investitionen herausbildet, das die Stabilitäts- und Wachstumsziele der Volkswirtschaft erfüllt. Das heißt, es soll sich ein ausgewogenes Verhältnis zwischen expansiven jungen Aktivitäten auf auch weltweit expandierenden Märkten auf der einen und ertragsicheren etablierten Aktivitäten mit vergleichsweise hohem Arbeitskräftebedarf auf der anderen Seite herausbilden können. Aktivitäten dagegen, die sich einer stagnierenden Nachfrage gegenübersehen, die hohen Löhnen auch auf Dauer nicht gewachsen sind, deren internationale Wettbewerbsfähigkeit also nachhaltig gefährdet ist, sollten nicht durch staatliche Wirtschaftspolitik am Leben erhalten werden.

34*. Angebotspolitik und Nachfragepolitik werden häufig als unvereinbare Gegensätze hingestellt. Das gibt ein falsches Bild. Wer die angebotsseitig bestimmten Investitionen in der gegenwärtigen Situation für besonders wichtig hält und auch einen Teil der vordergründig nachfrageabhängigen Investitionen letztlich als von jenen bestimmt ansieht, braucht nicht zu leugnen, daß es auch Investitionen gibt, die primär von der aktuellen Nachfrage abhängen. Wenn der Sachverständigenrat die Ursachen des Beschäftigungsproblems vor allem auf der Angebotsseite sieht, so bedeutet das nicht, daß er einzig und allein auf die Angebotspolitik setzt. Er hat es auch nicht getan, sondern in der konkreten Situation des Jahres 1977 eine Doppelstrategie für richtig gehalten, die sowohl die Angebotsseite wie die Nachfrageseite einbezog.

35*. Als wichtigste Aufgabe bleibt bestehen, von der Kostenseite her eine solide Basis für ein kräftigeres Wachstum zu schaffen. Damit stellt sich erneut die Frage, ob nach wie vor die Notwendigkeit besteht, die Reallöhne zu korrigieren. Der Sachverständigenrat hat in der Vergangenheit diese Frage nie ohne Vorbehalte bejaht, sondern dafür geworben, daß die Tarifparteien das zur Vollbeschäftigung passende Lohnniveau im Rahmen der Tarifautonomie herausfinden müssen. Eine wissenschaftliche Methode, mit der festgestellt werden könnte, wie hoch das vollbeschäftigungskonforme Lohnniveau ist, gibt es nicht. Wenn allerdings Unterbeschäftigung herrscht und alle mittelfristigen Analysen die Erwartung begründen, daß sich das Problem von selbst nicht löst, und gleichzeitig festgestellt werden muß, daß die realen Lohnstückkosten auf einem Niveau sind, bei dem es Vollbeschäftigung in der Bundesrepublik noch nie gegeben hat, so läßt sich die Vermutung nicht einfach von der Hand weisen, daß das Kostenniveau korrigiert werden muß.

36*. In der Kontroverse um die Beschäftigungspolitik wird häufig in Frage gestellt, daß die Lohnpolitik einen Beitrag zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit leisten kann. Die Diskussion über das letzte Jahresgutachten befaßte sich im wesentlichen mit diesem Thema. Wir nehmen zu den kritischen Argumenten Stellung (Ziffern 287 ff.).

Finanzpolitik auf mittlere Sicht

37*. Auf mittlere Sicht hat es die Finanzpolitik vor allem mit zwei Problemen zu tun. Zum einen zeichnet sich eine höhere öffentliche Kreditaufnahme auf Dauer ab. Zum anderen sind wichtige Änderungen in der Besteuerung vorgenommen worden oder stehen für die nächste Zukunft zur Entscheidung an.

38*. Die Verschuldung des Staates hat in den siebziger Jahren drastisch zugenommen. Der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte, der sich von 1950 bis 1962 und von 1962 bis 1970 verdoppelt hatte, verdreifachte sich von 1970 bis 1978. Auch wenn man in Rechnung stellt, daß wirtschaftliches Wachstum den Spielraum für staatliche Kreditaufnahme erweitert und Inflation den Wert der absoluten Schuldbeträge gemindert hat, bleibt es dabei, daß die Staatsverschuldung in den siebziger Jahren stark angestiegen ist. Das Finanzierungsdefizit des öffentlichen Gesamthaushalts, gemessen am gesamtwirtschaftlichen Produktionspotential, machte im Durchschnitt der Jahre 1962 bis 1967 etwa 1½ vH aus; im Durchschnitt der Jahre 1974 bis 1979 werden es etwa 3½ vH sein.

39*. Nimmt man die Wirkungen zusammen (die Zinslasten, die Beschränkung des konjunkturpolitischen Potentials, die Verdrängung von privaten Investitionen beziehungsweise die Veränderung der Einkommensverteilung), die von einer erhöhten staatlichen Kreditaufnahme vermutlich ausgehen, und bezieht die Bedingungen ein (Steuerwiderstand, Sensibilität in bezug auf Inflation und Streit um die Verteilung), von denen wir ausgegangen sind, dann überwiegen die Bedenken gegen eine deutliche und dauerhafte Erhöhung der Kreditfinanzierungsquote des Staates. Eine erhöhte staatliche Kreditaufnahme paßt auf die Dauer nicht gut in ein Konzept, das Vollbeschäftigung durch Wachstum zu erreichen sucht. Die Gefahr, daß das wirtschaftliche Wachstum beeinträchtigt wird, mag man gegenwärtig für gering halten; sie würde aber um so deutlicher werden, je näher die Volkswirtschaft an die Normalauslastung ihres Produktionspotentials käme.

40*. Diese Bedenken richten sich gegen höhere Kreditfinanzierungsquoten des Staates auf Dauer und nicht dagegen, daß die staatliche Kreditnachfrage vorübergehend höher ist. Aber ohne weiteres das zum Programm zu machen, was sich gegenwärtig an Tendenzen in der mittelfristigen Finanzplanung abzeichnet, wäre nicht unbedenklich. Die Konsolidierung könnte bis 1982 weitgehend erledigt sein, wenn die Zuwachsraten der Staatsausgaben, die sich derzeit nach den Finanzplanungen abzeichnen, für jeweils zwei Jahre um einen ganzen Prozentpunkt und für jeweils zwei Jahre um einen halben Prozentpunkt gemindert würden (Ziffern 314 ff.).

41*. Was im vergangenen Jahr an finanzpolitischen Entscheidungen gefallen ist und was in diesem Jahr noch an Entscheidungen erwartet werden kann, führt, zusammen genommen, zu beachtlichen Steuersenkungen. Aber auch Änderungen im Steuersystem sind damit verbunden. Hierin kann man eine Antwort auf Probleme der Besteuerung sehen, die seit Jahren bestehen, sich über die Zeit verschärft haben, bisher jedoch nicht oder nur in Teilen grundsätzlich angegangen worden sind. Als besondere Aufgabe stellt sich für die Steuerpolitik, die Bedingungen für Wachstum und Beschäftigung auf mittlere Sicht zu verbessern. Der Sachverständigenrat erörtert diese Fragen ausführlich (Ziffern 319 ff.).

Währungspolitik in Europa

42*. Im Lichte der Vertrauenskrise in bezug auf den US-Dollar und dem — von ihr abhängigen — Ungenüge an beweglichen Wechselkursen, muß man die Pläne sehen, in Europa zu einer neuen Währungsordnung zu kommen. Im Grunde ist es nicht die Bundesrepublik, die in besonderem Maße zu klagen hätte über die Erfahrungen mit der Beweglichkeit der Wechselkurse. Sie gehört zwar zu den Ländern, die seit einiger Zeit vom Aufwertungsdruck ihrer Währung besonders herausgefordert sind. Dieser Aufwertungsdruck hat aber auch ein unerwartet hohes Maß an Stabilisierung gebracht. Die währungspolitischen Voraussetzungen für einen Fortgang und eine Harmonisierung der wirtschaftlichen Stabilisierung in ganz Europa zu verbessern, ist jedoch gemeinsames Interesse aller Länder der Europäischen Gemeinschaft.

Die europäischen Regierungen, die in diesem Jahr die Schaffung eines Europäischen Währungssystems (EWS) vereinbarten, haben einerseits den Anschluß an das bestehende Festkurssystem des Europäischen Währungsverbundes gewahrt, wollen jedoch zugleich den Rahmen schaffen für eine Entwicklung, die längerfristig über ein System „fester, aber anpassungsfähiger Wechselkurse" hinaus zu einer Europäischen Währungsunion führt (Ziffern 335 ff.).

43*. In dem geplanten Währungssystem wäre das Interventionspotential selbst bei restriktiven Regeln hinsichtlich des währungspolitischen Beistandes so enorm groß, daß die Bundesbank kaum hoffen könnte, ihre geldpolitische Grundlinie mit Hilfe kompensierender geldpolitischer Maßnahmen durchhalten zu können, wenn auch nur ein größerer Teil dieses Potentials im Zusammenhang mit der Erwartung einer wohlbegründeten Änderung der D-Mark-Parität in Bewegung geriete. Für die Möglichkeit, in solchen Fällen rechtzeitig, nach Möglichkeit sogar vorbeugend die Parität ändern zu können, müßte ausreichender Spielraum gewährleistet bleiben.

44*. Daß dieser Spielraum gegeben sein wird und rechtzeitig genutzt wird, versteht sich nicht von selbst. Zu den geplanten Regelungen soll gehören, daß Paritätsänderungen nur im Einvernehmen der Partner des Europäischen Währungssystems vorgenommen werden dürfen. Dies würde zumindest de facto eine Änderung der deutschen Geldverfassung bedeuten. Zwar gibt es eine entsprechende, unauffällig zustande gekommene Vorschrift auch schon im Europäischen Währungsverbund. Sie hat dort jedoch eine weniger einschnürende Bedeutung, da das Gewicht der Bundesrepublik in der Gruppe der Länder des Europäischen Währungsverbundes groß ist.

Eine Änderung der deutschen Geldverfassung bedeutete es auch, wenn über vielfältige Detailregelungen zur Interventionspflicht der Bundesbank und zur Unterordnung der deutschen Geldpolitik unter die Erfordernisse einer Aufrechterhaltung bestimmter Wechselkurse die geldpolitische Verantwortung der Organe der Deutschen Bundesbank ausgehöhlt würde. Die quasi-gesetzgeberische Tätigkeit der Organe der Europäischen Gemeinschaft erlaubte es, hier schrittweise Veränderungen vorzunehmen, die je für sich wenig bedeutend erscheinen mögen, die im ganzen jedoch die Grundlage der Stabilitätspolitik in der Bundesrepublik einschneidend verändern können.

45*. Nimmt man den Plan für ein Europäisches Währungssystem, die Ziele auf kurze und auf längere Sicht, die sich mit ihm verbinden, die Probleme, die aus seiner Realisierung erwachsen können, im ganzen ins Bild, so ist deutlich zu sehen, daß der Plan auf die Vorstellung hin angelegt ist, die Bedingungen für eine Harmonisierung der Wirtschaftspolitik in Europa würden sich durchgreifend ändern lassen. Diese Vorstellung hat wenig Dekkung durch die Erfahrung. Die Erfahrungen mit dem Werner-Plan Anfang der siebziger Jahre legen Skepsis nahe. Inzwischen hat man zwar hinzulernen können. Von den internationalen Unterschieden im Inflationstempo her ist die Ausgangssituation aber eher schlechter als damals. Das Europäische Währungssystem wird die Bedingungen für seinen Erfolg auch nicht einfach aus sich selbst heraus hervorbringen. So ist sehr viel auf die Zuversicht der Politiker gestellt, die Bedingungen für einen Erfolg noch schaffen und dann erhalten zu können.

Unabhängig von der Frage, ob ein Teil der Partnerländer ein Wechselkurssystem bei Konvergenz der Inflationsraten auf mittlerem Niveau zum Ziele haben könnte, muß man wohl für realistisch halten, daß die Länder, die noch hohe Inflationsraten haben, ihr Risiko in der Gemeinschaft vorläufig vor allem als ein Beschäftigungsrisiko ansehen und ihrerseits für zumutbar halten, daß umgekehrt die Länder mit niedriger Inflationsrate bereit sind, ein Geldwertrisiko einzugehen. Richtig ist: Im Erfolgsfalle werden alle gewinnen, nicht zuletzt bei Wachstum und Beschäftigung. Und ohne Risiko ist auch die Chance möglicherweise nicht zu haben. Aber es handelt sich um ein Risiko besonderer Qualität. Der hohe Rang des Ziels der Geldwertstabilität gehörte zu den grundlegenden Bedingungen, unter denen die Wirtschaft der Bundesrepublik entstand und Erfolg hatte. Soll es bei diesem hohen Rang bleiben, so müßte das Europäische Währungssystem von vornherein auf einen Konsens der Partner gegründet sein, daß Politik zur Wahrung der Geldwertstabilität den Rang einer Spielregel hat. Der neue Anlauf zu mehr europäischer Integration mag vielfältige Formen erhöhter Solidarität unter den Partnern verlangen. Ausdrücklich sollte gelten, daß Solidarität auf Kosten des Geldwerts nicht verlangt werden darf. Der Sachverständigenrat erörtert diese Fragen ausführlich (Ziffern 344 ff.).

Wirtschaftspolitik für 1979 und danach

46*. Nach der Hektik der vergangenen Jahre muß die Wirtschaftspolitik zu mehr Konstanz zurückfin-

den. Einen weiteren Handlungsbedarf für die Konjunkturpolitik sehen wir nicht. Bis weit ins Jahr 1979 hinein wird die konjunkturelle Erholung durch Impulse der Finanzpolitik gefördert werden. Dann muß sich erweisen, ob die Konjunktur auch ohne staatliche Stützen auskommen kann. Im Jahre 1976 hatte sich gezeigt, daß die Auftriebskräfte im privaten Bereich den Aufschwung nicht tragen konnten, als der Staat sich zurückzog. Seither sind die Angebotsbedingungen in zahlreichen kleinen Schritten verbessert worden, aber noch ist nicht sicher, daß der Boden für ein spontanes Wachstum genügend vorbereitet ist. Die Wirtschaftspolitik darf nicht davon ablassen, die Wachstumsbedingungen weiter zu verbessern. Das ist auch dann nicht falsch, wenn der Aufschwung kräftiger ausfallen sollte, als gegenwärtig abzusehen ist.

47*. Wenn die deutsche Wirtschaft im internationalen Wettbewerb nicht Boden verlieren soll, sind weitere Anstrengungen um Neuerungen erforderlich und eine stärkere Orientierung auf solche Produkte, die ein reiches Industrieland wie die Bundesrepublik mit hochqualifizierten Arbeitskräften auch bei hohem Lohnniveau wettbewerbsfähig produzieren kann. Dies geht nicht von heute auf morgen und würde durch eine zurückhaltende Lohnpolitik erleichtert werden. Mit dem Druck auf die Exportbereiche ging zunächst ein Teil der Dynamik verloren, die früher so häufig von der Exportwirtschaft ausgegangen war. Der Staat ist mit expansiven Haushalten und nach und nach mit mehr wachstumspolitischen Maßnahmen in die Bresche gesprungen (Ziffern 377 ff.).

Finanzpolitik als Wachstumspolitik (Ziffern 414 ff.)

48*. Auf mittlere Sicht läßt sich diese Rolle des Staates jedoch nicht festschreiben. Defizite der gegenwärtigen Größenordnung gewinnen ihre Rechtfertigung aus der Notwendigkeit, in der Phase des Übergangs, auch des Übergangs zu einem stärker binnenwirtschaftlich getragenen Wachstum, für Impulse zu sorgen. Mit fortschreitender konjunktureller Erholung muß sich der Staat wieder zurückziehen, damit die aufkommende Dynamik der Privatwirtschaft sich entfalten kann. Von der Finanzpolitik, nicht nur der des Bundes, wird Augenmaß verlangt. Baut der Staat seine stützenden Impulse zu schnell ab, könnte daraus erneut eine Konjunkturbremse werden. Zieht er sich nicht schnell genug zurück, könnte er den Spielraum für private Aktivitäten einengen und damit als Wachstumsbremse wirken. Maßgebend für den konjunkturpolitischen Rückzug des Staates könnte die Entwicklung der Unternehmensinvestitionen sein. Deren Anstieg kann als Indiz dafür gelten, in welchem Maß sich die Eigendynamik der Wirtschaft festigt.

49*. Zur Stützung der konjunkturellen Auftriebskräfte war für 1978 ein hoher expansiver Impuls angemessen. Inzwischen zeichnet sich aber eine konjunkturelle Belebung ab, und diese dürfte auch die Entwicklung im kommenden Jahr tragen. Deshalb halten wir nicht für dringlich, daß der expansive Impuls im nächsten Jahr um so viel höher ausfällt als im Jahre 1978, wie sich gegenwärtig abzeichnet. Im Rahmen eines mittelfristigen Konzepts zur Stärkung der Wachstumskräfte erscheint es daher vernünftig, daß erwogen wird, im Zuge der Haushaltsberatungen bei den Ausgabenansätzen für das nächste Jahr noch mäßige Kürzungen vorzunehmen (Ziffern 418 ff.).

Die kräftige Erhöhung der staatlichen Investitionsausgaben hat — verstärkt durch die staatliche Förderung von Energiesparmaßnahmen im Wohnungsbau — bereits einen starken Anstieg der Bauaufträge bewirkt. Engpässe in der Bauausführung und Preissteigerungstendenzen machen deutlich, daß hier von zusätzlichen Maßnahmen kurzfristig nur wenig zusätzliche Bauleistungen zu erwarten sind.

50*. Bei der Festlegung des finanzpolitischen Kurses erscheint es ratsam, die wachstumspolitischen Anstrengungen weiter zu verstärken. Das heißt nicht, daß wir neue Programme für angezeigt hielten. Mehr Klarheit über die künftige Struktur der Besteuerung zu schaffen, ist möglicherweise wichtiger, als umgehend noch die eine oder andere Steueränderung zu beschließen. Auf der Ausgabenseite erscheint es im Interesse des wirtschaftlichen Wachstums ratsam, den Ausgaben, die geeignet sind, die Anpassung von Unternehmen und Arbeitnehmern an den Strukturwandel zu fördern, höheren Rang zu geben. Eine neue Dynamik des Investierens ist angesichts der drängenden Beschäftigungsprobleme unabdingbar. Dort wo der Staat die Neuerungstätigkeit der privaten Wirtschaft wirksam unterstützen kann, sollte er nicht zögern. Zögern sollte er dagegen bei Ausgaben, die von ihm zur Erhaltung einer überkommenen Produktionsstruktur gefordert werden. Die Flucht nach vorne zu finanzieren, ist hier im Zweifel billiger als die Verteidigung von Produktionsbereichen, die im Strukturwandel auf Dauer nicht überleben können. Notleidende Bereiche sollten nur noch vom Staat unterstützt werden bei Maßnahmen, mit denen sie ihr Produktionsprogramm neuen Marktbedingungen anpassen, wobei weiterhin als Grundsatz gelten müßte, daß der Staat nicht mit in die unternehmerische Verantwortung eintreten soll.

51*. Damit die Unternehmen in Zukunft auch risikobehaftete Investitionschancen in größerem Maße nutzen können, brauchen sie eine ausreichende Eigenkapitalausstattung. Im längerfristigen Trend ist der Anteil des Eigenkapitals am eingesetzten Kapital erheblich zurückgegangen. Eine normale Kapitalstruktur läßt sich zwar kaum bestimmen, doch die zu beobachtende Entwicklung stützt wohl die verbreitete These, daß die Eigenkapitaldecke heute zu dünn sei, als daß es möglich wäre, einen hohen Anteil riskanter Investitionen zu tätigen. Die Bereitschaft zu mehr risikobehafteten Investitionen wäre jedoch zur Wiedererlangung der Vollbeschäftigung nötig.

Den Möglichkeiten der Selbstfinanzierung über höhere Gewinne sind vom verschärften Wettbewerb

und von den Einkommensansprüchen der Arbeitnehmer her Grenzen gezogen. So würde es in hohem Maße darauf ankommen, daß sich die Unternehmen über Außenfinanzierung genügend Eigenkapital beschaffen können. Da aber die Gewinne letztlich auch über die Attraktivität der Unternehmen für Anleger entscheiden, die dem Unternehmen Eigenkapital im Wege der Außenfinanzierung zur Verfügung stellen könnten, ergeben sich auch von daher Grenzen. Die Grenzen werden noch enger gesteckt, wenn der Staat Mittel zur Finanzierung größerer Defizite an sich zieht, und dies etwa gerade deshalb, weil es an Wachstumsdynamik fehlt. Er vergrößert dann die Probleme, die es zu lösen gilt. Denn diese Mittel stehen den Unternehmen weder als Eigenkapital noch als Fremdkapital zur Verfügung. Auch deshalb kann auf eine Konsolidierung der hohen Staatsdefizite nicht verzichtet werden.

Für die Anleger ist es durch die Reform der Körperschaftsteuer rentabler geworden, sich an Kapitalgesellschaften zu beteiligen, aber für die Unternehmen bestehen bei der Eigenkapitalfinanzierung nach wie vor steuerliche Nachteile gegenüber der Fremdfinanzierung. Die Unternehmer und die Arbeitnehmer könnten sich auf eine tarifvertragliche Gewinnbeteiligung einigen, wie sie der Sachverständigenrat schon mehrmals erörtert hat. Das hätte nicht nur verteilungspolitische Bedeutung, sondern würde auch den Bedarf der Unternehmen an Eigenkapital vermindern. Erwogen wird derzeit, steuerlich den Anreiz für Arbeitnehmer zu erweitern, sich in verstärktem Maße am risikotragenden Kapital zu beteiligen. Der Staat könnte außerdem im Rahmen der Reform des Steuersystems weitere Möglichkeiten nutzen, den Unternehmen die Übernahme von Risiken zu erleichtern. Bei der Förderung der Wachstumsdynamik von unten können schließlich auch haftende Darlehen oder Bürgschaften des Staates helfen, wie sie derzeit zur Förderung von Unternehmensgründungen geplant werden. Die Verbesserung der Möglichkeiten der Eigenkapitalfinanzierung und die Minderung des Eigenkapitalbedarfs gehören zu den Hauptaufgaben einer Wirtschaftspolitik, die zu einem hohen Beschäftigungsstand zurückführen soll.

Geldpolitik (Ziffern 402 ff.)

52*. Die Geldpolitik muß in den nächsten Jahren das wiedergewonnene Vertrauen in die Stabilität des Geldwertes verteidigen. Bei zunehmender Auslastung des Produktionspotentials muß sie zeigen, daß sie inflationären Preisauftriebstendenzen entgegenwirken kann. Die Bewährungsprobe der neuen Geldpolitik in einem kraftvollen Aufschwung steht noch aus; sie könnte schon im Jahre 1979 anstehen. Angesichts der aktuellen Widrigkeiten mag es Mühe kosten, das Konzept der mittelfristig orientierten Geldmengenpolitik durchzuhalten.

Die gewiß nicht leichte Aufgabe der Geldpolitik besteht darin, weithin sichtbar ihr Geldwertziel zu befolgen und es zu verteidigen, wenn aus binnenwirtschaftlichen Gründen das Drängen nach einem erhöhten Geldangebot, sei es aus Gründen des Nachfragesogs oder des Kostendrucks, mit diesem Ziel in Konflikt gerät. Sie muß aber auch eine angemessene Antwort finden, wenn sich aus einer verstärkten internationalen Nachfrage nach D-Mark eine Aufwertung ergibt, die stärker auf die inländischen Preise drückt, als kurzfristig ohne nachteilige Folgen für die Beschäftigung verkraftet werden kann.

Die Vorankündigung eines Geldmengenziels kann gerade dann, wenn es um der Geldwertstabilität willen notwendig ist, andrängende Geldwünsche abzuwehren, sehr hilfreich sein. Die Bundesbank sollte deshalb trotz der Schwierigkeiten, die daraus erwachsen, daß Abweichungen notwendig sein können, bei diesem Konzept bleiben.

53*. Was das Geldmengenziel für das Jahr 1979 anlangt, so hielten wir es für angemessen, daß die Bundesbank die weitere monetäre Expansion allmählich so dämpft, daß die bereinigte Zentralbankgeldmenge im Verlauf des gesamten Jahres 1979 nicht stärker zunimmt, als dem Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials (etwa 3 vH) zuzüglich einer — gemessen am Preisindex für das Bruttosozialprodukt — weiter ermäßigten Inflationsrate (etwa 3 vH) entspräche. Die monetäre Expansion würde dann im Verlauf des Jahres 1979 hinter die Expansion des nominalen Sozialprodukts zurückfallen, und zwar zunehmend. Dies paßte zu der Vorstellung, daß im konjunkturellen Aufschwung nicht nur die Auslastung der Produktionskapazitäten zunimmt, sondern auch die Ausnutzung einer gegebenen Geldmenge, die durchschnittliche Kassenhaltung also sinkt oder, was dasselbe ist, die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes steigt. Drückt man einen solchen Expansionspfad durch das aus, was er für die Veränderung der jahresdurchschnittlichen Zentralbankgeldmenge bedeuten würde, so ergibt sich — unter der vorläufigen Annahme, daß am Jahresende 1978 die bereinigte Zentralbankgeldmenge um etwa 5 vH über dem Bestand im Jahresdurchschnitt 1978 liegen wird — eine Jahreszuwachsrate von 8 vH bis 9 vH. Diese Zielsetzung stünde jedoch unter zwei Vorbehalten.

54*. Erstens muß man für möglich halten, daß inzwischen eine Überversorgung mit Zentralbankgeld eingetreten ist. Damit das Finanzierungspotential, das heute schon vorhanden ist, nicht zur Finanzierung von Preissteigerungen zur Verfügung steht, müßte es bei der weiteren monetären Expansion angerechnet werden, rechtzeitig, wenn auch nicht abrupt. Konkret besagt dies: Ein Geldmengenziel für das Jahr 1979 in der angegebenen Größenordnung, sollte unter dem Vorbehalt der Abweichung nach unten stehen für den Fall, daß der konjunkturelle Aufschwung sehr kräftig zu werden tendiert — ein Vorbehalt im Zeichen der Normalisierung des Geldangebots.

Ein zweiter Vorbehalt bezieht sich auf die Wechselkursentwicklung. Hält etwa die Tendenz zur Höherbewertung der D-Mark an den Devisenmärkten an und geht sie überdies deutlich über das hinaus, was durch die internationalen Unterschiede im In-

flationstempo erklärt wird, so darf das als Indiz für eine Nachfrage nach D-Mark angesehen werden, die mit ausreichender Sicherheit inflationsfrei zusätzlich befriedigt werden kann. (Ziffern 410 ff.).

Lohnpolitik (Ziffern 383 ff.)

55*. Die Lohnpolitik steht in den nächsten Monaten vor der Aufgabe, einen Ausgleich zu finden zwischen den Erwartungen der Arbeitnehmer auf höhere Realeinkommen, mehr Freizeit und bessere Arbeitsbedingungen einerseits und einem möglicherweise noch ungedeckten Korrekturbedarf beim Kostenniveau andererseits. In einer Situation der konjunkturellen Erholung müßte diese Aufgabe leichter zu lösen sein als bei darniederliegender Konjunktur. Die Tarifparteien müssen jedoch im Auge haben, daß die Kraft und die Dauer des Aufschwungs auch von ihren Entscheidungen abhängt. Häufig ist es nicht allein die Prozentzahl eines Tarifabschlusses, die das Investitionsklima bestimmt, sondern auch die Erwartungen auf mittlere Sicht, die sich im Zusammenhang damit bilden.

In unserem letzten Jahresgutachten hatten wir dafür geworben, daß die Lohnpolitik auf die Möglichkeit setzen sollte, durch einen gößeren Schritt rascher zu deutlichen Erfolgen beim Beschäftigungsziel zu kommen. Dies hat eine heftige öffentliche Diskussion ausgelöst. Man kann den Eindruck gewinnen, daß — außer unter außergewöhnlichen konjunkturellen Umständen — nicht mehr als eine allmähliche Änderung der lohnpolitischen Grundlinie konsensusfähig ist. Die Lohnabschlüsse dieses Jahres werden anscheinend weithin, also nicht nur bei den Gewerkschaften, als situationsgerecht gewertet oder hingenommen. Wenn dies zutrifft, so wäre das für die zentrale Frage der Wiedergewinnung von Vertrauen in die Lohnpolitik auf längere Sicht schon ein wichtiger Vorgang. Allerdings kommt in dem vorherrschenden Urteil über die Lohnpolitik dieses Jahres die Situation derjenigen Unternehmen nicht hinreichend zum Ausdruck, die bei dem gegenwärtigen und für die Zukunft erwarteten Kostenniveau auf Dauer keine oder nur verminderte Absatzchancen sehen und daher ihre Produktion einschränken oder aufgeben oder Neues nicht beginnen, allemal zumindest Investitionszurückhaltung üben.

56*. Als Grundlinie für die Lohnpolitik im Jahre 1979 halten wir Tarifabschlüsse für angemessen, die im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt unter denen des Jahres 1978 liegen. Unserer Prognose haben wir allerdings Tarifabschlüsse als Annahme zugrunde gelegt, die nur etwas niedriger sind als die von 1978. Der Beschäftigungsanstieg, den wir für 1979 erwarten, hält sich daher in engen Grenzen. Wenn schon ein größerer Schritt zur Verbesserung der Angebotsbedingungen nicht erreichbar sein sollte, so wäre es doch im Interesse von Investitionen und Beschäftigung geboten, die Lohnpolitik der kleinen Schritte in Richtung auf eine allmähliche Korrektur des Kostenniveaus fortzusetzen.

57*. Falsche Erwartungen hinsichtlich der Preis- und Konjunkturentwicklung waren in den letzten Jahren häufig ein Grund für Lohnabschlüsse, die im nachhinein zu einem stärkeren Anstieg der Reallöhne geführt haben, als ursprünglich abzusehen und möglicherweise auch beabsichtigt war. Bei hoher Unsicherheit über die künftige Entwicklung der Preise und der Produktivität ist es verständlich, daß die Gewerkschaften Risiken von ihren Mitgliedern fernhalten wollen. Stabilere gesamtwirtschaftliche Bedingungen für die Einkommenspolitik können aber von der Wirtschaftspolitik nicht garantiert werden. Aus diesen und anderen Gründen läßt sich die Qualität der Wirtschaftsprognosen nicht so leicht verbessern. Dies legt nahe, nach neuen Wegen der Lohnfindung zu suchen. Eine Chance, die Prognoserisiken zu mindern und zugleich dem Interesse der Unternehmen an einer möglichst sicheren Kalkulationsgrundlage stärker entgegenzukommen, also Tarifverträge für längere Zeit möglich zu machen, läge darin, daß die Tarifparteien bei den Tarifabschlüssen eine Revisionsklausel vereinbarten und sich im übrigen von einer vorsichtigen Einschätzung der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung leiten ließen. Die Revisionsklausel längerfristiger Tarifverträge könnte Neuverhandlungen oder ein vorzeitiges Kündigungsrecht vorsehen.

58*. Mit den Revisionsklauseln könnte Befürchtungen der Arbeitnehmer Rechnung getragen werden, daß sie im Zuge eines Aufschwungs, der stärker ausfällt, als von Anfang an abzusehen ist, verteilungspolitisch ins Hintertreffen geraten. Für die Unternehmen wären derartige Tarifverträge attraktiv, weil sie gesamtwirtschaftlicher Unsicherheit in bezug auf die Ertragsaussichten besser Rechnung tragen und zugleich für das unternehmensspezifische Risikokalkül eine längerfristige Grundlage schaffen könnten (Ziffern 398 ff.).

Alternativen zum Status quo

59*. Folgen die Wirtschaftspolitik und die Lohnpolitik den aufgezeigten Grundlinien, so ist Spielraum und Anreiz für mehr private Investitionen und damit für mehr Wachstum auf mittlere Sicht gegeben. Man kann sich davon keine schnellen Erfolge versprechen. Die Förderung der wirtschaftlichen Dynamik und die Begrenzung des Kostenanstiegs werden erst auf mittlere Sicht die Nachfrage nach Arbeitskräften so stark erhöhen, wie es für eine Lösung des Beschäftigungsproblems nötig ist.

In der Öffentlichkeit ist nach wie vor umstritten, ob eine Politik der Vollbeschäftigung durch mehr Wachstum zum angestrebten Ziel führt, oder ob nicht ganz andere Wege beschritten werden müssen, wenn auf mittlere Sicht wieder ein hoher Beschäftigungsstand erreicht werden soll. Teils wird bezweifelt, daß die Verbesserung der Angebotsbedingungen die Nachfrage nach Arbeitskräften im notwendigen Umfang steigern kann, teils herrscht Skepsis darüber, ob die dazu notwendigen Schritte, namentlich in der Lohnpolitik, getan werden oder

getan werden können. Die beiden wichtigsten Strategievorstellungen hierzu sind die Politik einer forcierten Arbeitszeitverkürzung und die Politik einer verstärkten staatlichen Nachfragestimulierung.

60*. Gegenwärtig wird vorgeschlagen, die Arbeitszeit auch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Diese Strategie basiert auf der Auffassung, daß die in der Volkswirtschaft nachgefragte Menge an Arbeit nach oben begrenzt sei und daß es deswegen darauf ankomme, diese durch Verkürzung der Arbeitszeit auf mehr Personen zu verteilen. Die Vorschläge reichen von der Verkürzung der Wochenarbeitszeit, der Verlängerung des Urlaubs bis hin zur Verkürzung der Arbeitszeit für bestimmte Arbeitnehmergruppen. Die Strategie einer forcierten Arbeitszeitverkürzung setzt darauf, daß die nachgefragte Menge an Arbeit durch die Beschränkung der individuellen Arbeitszeit nicht berührt wird und daß die Arbeitslosen die freiwerdende Arbeit übernehmen können. Um ein Bild davon zu gewinnen, ob diese Erwartung realistisch ist, und um die volkswirtschaftlichen Erträge und Kosten sichtbar zu machen, haben wir zu unserer Status-quo-Prognose eine Variante durchgerechnet, die über die bereits angenommene Arbeitszeitverkürzung von 0,5 vH hinaus eine zusätzliche von 1,5 vH vorsieht (Ziffern 468 ff.).

61*. Eine zweite Alternative wird vielfach in einer Ausweitung der staatlichen Nachfrage gesehen, die durch eine zusätzliche Kreditaufnahme finanziert werden soll. Sie wird aus unterschiedlichen Motiven vorgeschlagen. Die einen erhoffen sich von einer noch massiveren Initialzündung des Staates, als sie in den Haushaltsplänen für 1979 angelegt ist, die Anstöße für einen Aufschwung, der anschließend von der privaten Nachfrage der Konsumenten und Investoren weitergetragen wird. Das Ziel ist also letztlich auch hier die Förderung der privaten Nachfrage. Andere glauben jedoch, daß der Staat nicht nur vorübergehend, sondern dauerhaft an die Stelle der Privaten treten müsse, da diese ihre Einkommen nicht voll für ihre privaten Bedürfnisse, für Konsumgüter und die dafür notwendigen Investitionen, ausgeben wollen, so daß der Staat ungenutzte Einkommen aufnehmen und für öffentliche Aufgaben verwenden könne und müsse. Wir haben eine zweite Variante zu unserer Status-quo-Prognose durchgerechnet, die sich von ihr durch einen zusätzlichen finanzpolitischen Impuls von 10 Mrd DM auf der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte unterscheidet (Ziffern 479 ff.).

Minderheitsvotum

62*. Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Gerhard Scherhorn, weicht von der Mehrheit in der Interpretation des Wachstumsziels ab und damit auch in der Einschätzung des Weges, der zur Vollbeschäftigung führt. Eine Wirtschaftspolitik des qualitativen Wachstums scheint ihm nicht nur möglich und gewünscht zu sein, sondern auch erfolgversprechend. In einem Minderheitsvotum nimmt er zu vier Fragen Stellung, in denen das Jahresgutachten 1978 seinen besonderen Widerspruch findet: zu den Fragen nach der Bedeutung des Staates für Wachstum und Beschäftigung und nach der Rolle der Lohnpolitik, zu dem Urteil über die Verkürzung der Arbeitszeit und über die Entwicklung der Nachfrage (Ziffern 485 ff.).

ERSTES KAPITEL
Die Konjunkturlage

TEIL A
Der internationale Rahmen

I. Kein konjunktureller Durchbruch

1. Die wirtschaftliche Entwicklung der westlichen Industrieländer hat auch im Jahre 1978 nicht den konjunkturellen Durchbruch gebracht, der nötig gewesen wäre, um der Hoffnung auf eine baldige Rückkehr zu einer weltweiten Vollbeschäftigung Auftrieb zu geben. Dabei waren zu Beginn dieses Jahres die Bedingungen für eine konjunkturelle Erholung günstiger als im vergangenen Jahr.

Zu einer durchgreifenden Belebung kam es indes weder in Europa noch in Japan (Schaubild 1). In den Vereinigten Staaten setzte sich die schon seit drei Jahren anhaltende Expansion fort. Bei nur geringem Produktivitätszuwachs stieg hier auch die Beschäftigung stark an, und die Arbeitslosigkeit konnte weiter gesenkt werden. Das Leistungsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten hingegen ist erneut größer geworden. Auch bei der Inflationsbekämpfung waren keine Erfolge zu verzeichnen.

Fast alle anderen Industrieländer konnten ihre außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte verringern. Erfolgreicher waren diese Länder auch in der Bekämpfung der Inflation. Dabei kam ihnen freilich die schwache Nachfrageentwicklung zu Hilfe. Zwar ist das durchschnittliche Inflationstempo noch immer hoch, aber die mittlere Rate der Geldentwertung konnte immerhin auf jetzt etwas weniger als 7 vH vermindert werden, nachdem sie im Vorjahr noch über 8 vH betragen hatte. Die Anzahl der Arbeitslosen fiel nicht unter das Niveau des Vorjahres.

Unter dem Eindruck steigender Leistungsbilanzdefizite in Amerika, sinkender in Europa, steigender Inflationsraten dort, sinkender hier, und verstärkt von der um sich greifenden Vorstellung, die Vereinigten Staaten gingen ihre Probleme nicht energisch genug an, geriet die amerikanische Währung an den internationalen Devisenmärkten ab Mitte des Jahres 1977 unter immer heftigeren Druck. Der äußere Wertverlust des Dollar gegenüber den Währungen jener Länder, in denen der innere Kaufkraftschwund gering oder die Leistungsbilanzüberschüsse hoch waren, überstieg schließlich jedes vorher für realistisch gehaltene Maß.

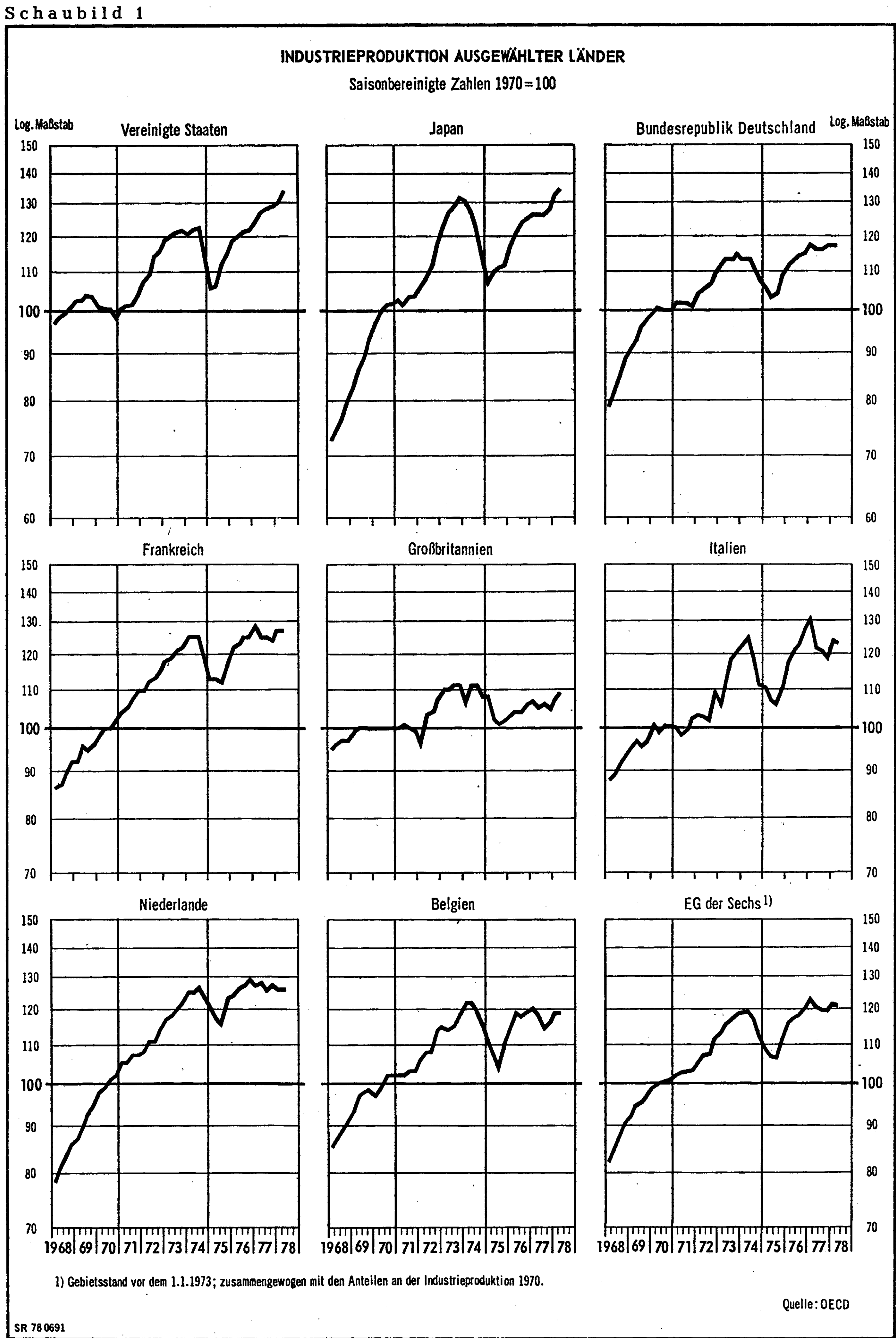
Der Welthandel expandierte wiederum lediglich um rund 5 vH. Das reale Sozialprodukt der Industrieländer war um knapp 4 vH höher als im Vorjahr, und dabei schlägt das Gewicht der Vereinigten Staaten und Japans besonders zu Buche. Wie im Vorjahr waren 15 Millionen Personen arbeitslos; das entspricht einer Arbeitslosenquote von 5 vH.

Anhaltend differenzierte Konjunkturentwicklung

2. Daß sich schon bald nach der weltweiten Rezession von 1975 zwischen den Vereinigten Staaten und den übrigen Industrieländern eine Konjunkturschere geöffnet hatte, beruhte darauf, daß die einzelnen Länder in unterschiedlicher Weise mit den Problemen fertig geworden waren, die zu der Rezession geführt hatten und die in der Rezession nur teilweise gelöst worden waren — Inflationstendenz, realer Kostendruck, Leistungsbilanzprobleme. Die Vereinigten Staaten hatten in dieser Hinsicht 1975 im ganzen gesehen deutlich geringere Schwierigkeiten und waren zudem von der Weltkonjunktur unabhängig genug, um diesen Vorsprung nutzen zu können. Sie zogen konjunkturell davon. Hingegen geriet die Konjunktur in den anderen Industrieländern nach einer kurzen Erholungsphase, die auf die Rezession folgte, wieder ins Stocken. Dabei bildeten sich unter diesen Ländern zwei Gruppen mit unterschiedlichen Ausgangsbedingungen heraus, auf der einen Seite Japan, die Bundesrepublik und die Schweiz, die am weitesten in der Inflationsbekämpfung fortgeschritten waren und deren Zahlungsbilanzen Überschüsse aufwiesen, auf der anderen Seite Länder mit Leistungsbilanzdefiziten und noch hohen Inflationsraten wie Großbritannien, Frankreich und Italien.

Die Währungen dieser Länder kamen schon 1976 wieder unter starken Druck; denn die Leistungsbilanzen verschlechterten sich im Zuge der konjunkturellen Erholung erneut, und auch das Inflationstempo nahm abermals zu, so daß die Wirtschaftspolitik sich zu einem restriktiven Kurs gezwungen sah. Das führte zu einem konjunkturellen Rückschlag in Westeuropa, der aber weitere Kursverluste beim Pfund, dem Franken und der Lira zunächst nicht aufhalten konnte. Sowohl der Konjunkturrückschlag als auch die Wechselkursänderungen beeinträchtigten die Exporte und damit die konjunkturellen Erholungschancen der Bundesrepublik und der anderen Aufwertungsländer, was dann wie-

Schaubild 1



1) Gebietsstand vor dem 1.1.1973; zusammengewogen mit den Anteilen an der Industrieproduktion 1970.

Quelle: OECD

SR 78 0691

derum auf die übrigen zurückwirkte. Erst als sich die zahlungsbilanzschwachen Länder erfolgreicher in der Bekämpfung der Inflation zeigten und die Leistungsbilanzdefizite abnahmen, konnten sie auch den Außenwert ihrer Währungen einigermaßen stabilisieren.

Demgegenüber war der Aufschwung in den Vereinigten Staaten trotz einer Verschlechterung der Leistungsbilanz lange Zeit ohne schwerwiegende Auswirkungen auf den Kurs des Dollar verlaufen. Erst nachdem das Leistungsbilanzdefizit sich rapide vergrößert und die Inflationsgefahr zugenommen hatte, entstand der dann sich selbst verstärkende Abwertungsprozeß des Dollar, der vor allem die Kursrelation zum Schweizer Franken betraf, aber auch erneut zu einer kräftigen Höherbewertung der D-Mark führte und diesmal stärker sogar noch des Yen. Die gewogene Aufwertung des Schweizer Franken vom Oktober 1977 bis zum Oktober 1978 betrug schließlich rund 35 vH, die der D-Mark nahezu 10 vH. Der Kurs der japanischen Währung war zwar zunächst nur wenig gestiegen. Die extrem hohen bilateralen Überschüsse gegenüber den Vereinigten Staaten brachten dann jedoch eine Aufwertung des Yen gegenüber dem Dollar und auch gegenüber den europäischen Währungen in Gang, die sich zunehmend verstärkte. Im ganzen ist der gewogene Kurs des Yen in den zwölf Monaten von Oktober 1977 bis Oktober 1978 um etwa 25 vH gestiegen. Der Dollar verlor in dieser Zeit, berücksichtigt man die Kursrelationen gegenüber allen Welthandelswährungen, rund 6 vH seines Wertes (Schaubild 2).

3. In Japan, der Schweiz und der Bundesrepublik hat die starke Aufwertung die Leistungsbilanzüberschüsse zunächst nicht vermindert, vor allem weil die Importpreise dieser Länder stärker auf die Aufwertung reagierten als die Exportpreise. Immerhin: Die Gefahr des Verlustes von Marktanteilen im Wettbewerb mit ausländischen Anbietern konnte teilweise nur durch Preiszugeständnisse und damit um den Preis von Ertragsschmälerungen abgewendet werden. In den Abwertungsländern verbesserten sich dagegen die internationale Wettbewerbsposition und die Ertragslage der Unternehmen.

Nimmt man diese Momentaufnahme für das Ganze, so hat sich — und das kann für den Fortgang der konjunkturellen Entwicklung in der Welt sehr wichtig sein — vor allem die internationale Leistungsbilanzsituation wesentlich entspannt. Etliche der stabilitätsschwachen Länder haben ihre Defizite beseitigen können oder erzielen sogar Überschüsse. Die Vereinigten Staaten haben im Zusammenhang mit ihrem noch hohen Defizit eine Abwertung des Dollar zu verzeichnen, die sie hoch wettbewerbsfähig erscheinen läßt. Am stärksten auf eine Belebung der Binnenkonjunktur angewiesen sind die Länder, deren Währungen an den Devisenmärkten unter einem fortwährenden Aufwertungsdruck stehen. Die Frage für sie ist, ob sie, ähnlich wie die Vereinigten Staaten in den letzten Jahren, eine binnenwirtschaftliche Dynamik entwickeln können, die es ihnen erlaubt, die außenwirtschaftlichen Rückschläge zunächst zu überspielen. Die Frage für die stabilitätsschwächeren Länder ist, ob sie die Voraussetzungen für mehr Wachstum bei sinkender Inflationsrate wahren können. Für die gemeinsam gewünschte Besserung der Weltkonjunktur sind alle auf alle angewiesen. Die Lösung des Problems kann wohl nur darin liegen, daß jedes Land bei sich die Bedingungen schafft, unter denen mehr Investitionen rentabel erscheinen.

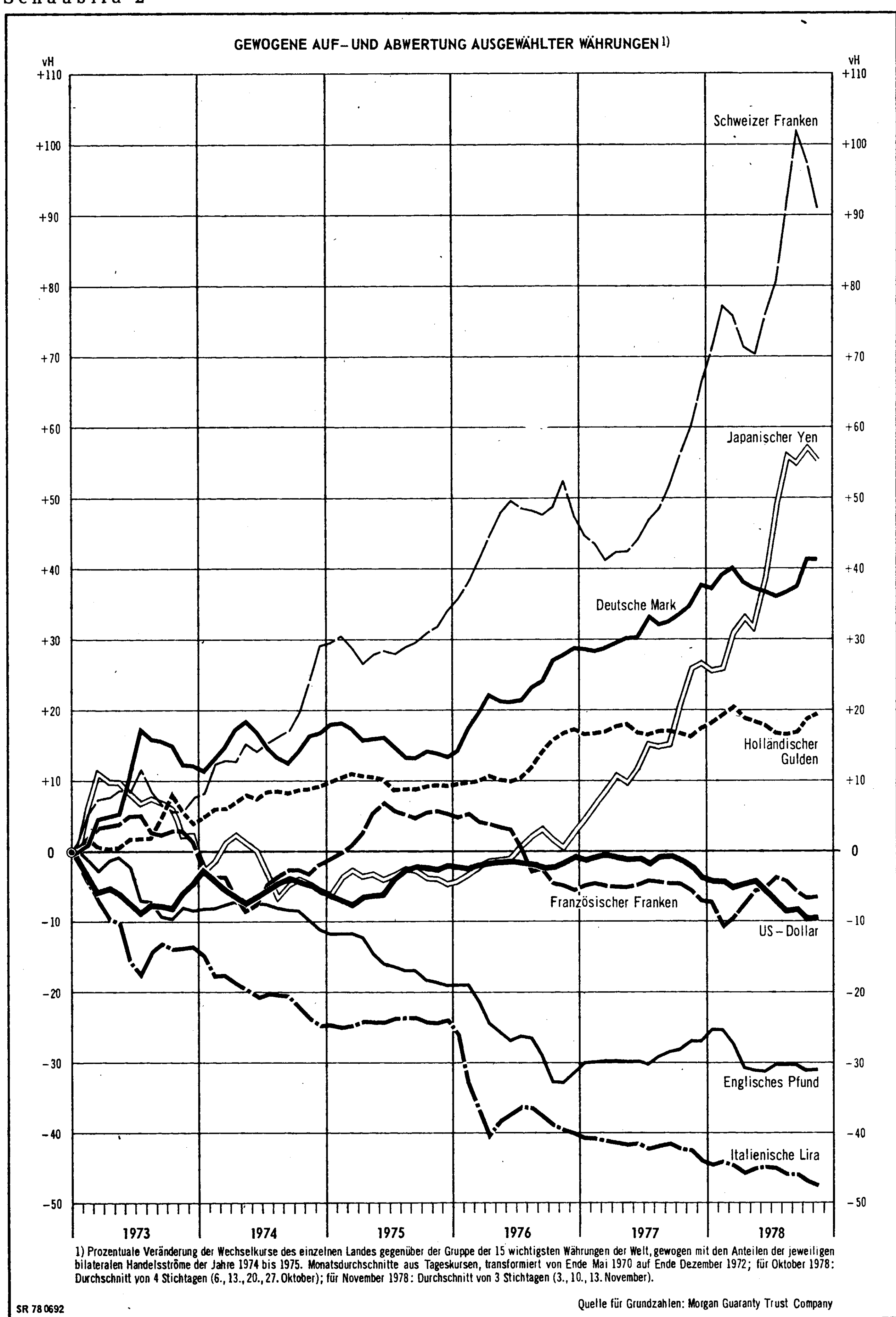
4. In den Vereinigten Staaten ließ der konjunkturelle Aufschwung in diesem Jahr noch kaum Anzeichen einer entscheidenden Abschwächung oder gar die Gefahr einer rezessiven Entwicklung erkennen. Nach einer Zunahme des realen Sozialprodukts von 6 vH und nahezu 5 vH in den beiden vorangegangenen Jahren wird 1978 noch eine Steigerung von knapp 4 vH erreicht werden. Im Zuge des Aufschwungs, also seit 1975, ist es gelungen, die Anzahl der Beschäftigten um rund neun Millionen Personen zu erhöhen; das entspricht einer Zunahme von über 11 vH.

5. Die Expansion wird inzwischen allerdings nicht mehr von den Kräften getragen, die drei Jahre lang das Bild bestimmten. Zunächst war es die hohe Ausgabeneigung der privaten Haushalte gewesen, die der Konjunktur die stärksten Impulse gegeben hatte. Insbesondere der private Wohnungsbau, die Automobilnachfrage und die Ausgaben für andere langlebige Konsumgüter hatten kräftig expandiert. Die Sparquote der privaten Haushalte war weit unter ihren Trendwert gefallen. Die Neigung zum Sparen normalisierte sich zwar allmählich, doch kam sehr bald ein kräftiger Anstieg des verfügbaren Einkommens hinzu. Der private Verbrauch nahm mit einer durchschnittlichen Rate von 5 vH zu.

Seit der Jahreswende hat sich das Bild geändert. Die Bautätigkeit der privaten Haushalte ist schwächer geworden. Die Hypothekenkredite an private Haushalte sind zurückgegangen. Nicht zuletzt die steigenden Zinsen dürften dazu beigetragen haben. Auch die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern gibt dem Aufschwung keine weiteren Impulse mehr. Doch das ist nur die eine Seite. Denn zugleich hat sich die Investitionsneigung der Unternehmen weiter gefestigt. Erst in einer recht späten Phase des Aufschwungs hatten die Unternehmen begonnen, vermehrt zu investieren. In diesem Jahr werden immer noch rund 8 vH mehr Investitionen vorgenommen werden, nach einem Zuwachs von 9 vH im vergangenen Jahr. Die Gründe dafür dürften in der mittlerweile sehr hohen Kapazitätsauslastung und der verbesserten Ertragslage der amerikanischen Unternehmen liegen. Die Ertragslage hatte sich überdies, im Gegensatz zu der in anderen größeren Industrieländern, in den Jahren vor 1975 nur wenig verschlechtert.

6. Wegen der hohen Kapazitätsauslastung hat die Produktivität nur noch wenig zugenommen, nämlich kaum um mehr als 1 vH. Bei weiter anhaltender Nachfrageexpansion führt dies zu einer starken

Schaubild 2



1) Prozentuale Veränderung der Wechselkurse des einzelnen Landes gegenüber der Gruppe der 15 wichtigsten Währungen der Welt, gewogen mit den Anteilen der jeweiligen bilateralen Handelsströme der Jahre 1974 bis 1975. Monatsdurchschnitte aus Tageskursen, transformiert von Ende Mai 1970 auf Ende Dezember 1972; für Oktober 1978: Durchschnitt von 4 Stichtagen (6., 13., 20., 27. Oktober); für November 1978: Durchschnitt von 3 Stichtagen (3., 10., 13. November).

Quelle für Grundzahlen: Morgan Guaranty Trust Company

Beschäftigungssteigerung, birgt aber auch die Gefahr einer beschleunigten Geldentwertung. Im Jahre 1978 wird der Anstieg der Verbraucherpreise etwa 7 vH betragen, nach 6,5 vH im Jahre 1977 und 5,5 vH 1976. Eine Zeitlang ist die zunehmende Teuerung zwar vor allem von einer äußerst starken Erhöhung der Nahrungsmittelpreise, insbesondere für Fleischprodukte, bestimmt worden. Doch zuletzt hat sich auch der Anstieg der Erzeugerpreise industrieller Produkte wieder beschleunigt. Die Preise für Rohstoffe haben schon seit Beginn des Jahres eine deutlich steigende Tendenz.

Neue Gefahren zeichnen sich auch von der Lohnseite her ab. Im kommenden Jahr steht für wesentlich mehr Arbeitnehmer als in diesem Jahr der Abschluß neuer Tarifverträge an. Die günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt mag außerdem dazu führen, daß die Stundenverdienste wieder stärker zunehmen; im Jahre 1978 stiegen sie um etwa 8 vH.

7. Die Geldpolitik in den Vereinigten Staaten wirkte auch in diesem Jahr der Tendenz zu kräftig steigenden Zinsen keineswegs entgegen. Der Diskontsatz, der Anfang des Jahres noch bei 6,5 % gelegen hatte, wurde bis November auf 9,5 % angehoben. Geld ist knapper geworden, und das war vorherzusehen. Denn bei einer Zunahme des nominalen Sozialprodukts von rund 11 vH im Jahre 1978 war mit dem ursprünglichen Ziel, die Geldmenge M1 (Bargeld und Sichteinlagen bei Banken) nur um 4 vH bis 6,5 vH steigen zu lassen, eine kräftige Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit einkalkuliert worden. Die tatsächliche Ausweitung der Geldmenge wird allerdings mit 8 vH oberhalb der Bandbreite der Zielvorgabe liegen (Tabelle 1).

Tabelle 1

Wirtschaftspolitisch wichtige Ereignisse im Ausland

Datum	
	Internationale Ereignisse
1977	
24. September	In dem Kommuniqué des Interimsausschusses, das anläßlich der Jahrestagung des IWF in Washington herausgegeben wird, heißt es unter anderem: „Während der Ausschuß den Fortschritt begrüßt, den viele Länder zur Verbesserung der Stabilität und des Wachstums gemacht haben, ist er besorgt über die Abschwächung der wirtschaftlichen Aktivität in einigen Industrieländern in den vergangenen Monaten. Die Schwäche der privaten Investitionsnachfrage bleibt auch weiterhin bestimmend für die aktuelle wirtschaftliche Situation."
21. Dezember	Die Mitgliedsländer der OPEC können sich bei ihrer Tagung in Caracas nicht über eine Erhöhung des Ölpreises einigen.
1978	
1. Januar	Das Multifaserabkommen, das Ende 1977 auslaufen sollte, wird um 4 Jahre verlängert, um eine Expansion des Handels mit Textilprodukten und eine Verringerung von Handelshemmnissen sicherzustellen.
1. April	Eine Satzungsänderung des IWF tritt in Kraft, in der unter anderem eine Erhöhung der Quoten von 29,2 Mrd SZR auf 39 Mrd SZR vorgesehen ist, sofern die Mitglieder die ihnen zugedachte Erhöhung der Quote akzeptieren.
30. April	Der Interimsausschuß des Gouverneursrates des IWF stellt anläßlich seiner Tagung in Mexiko City fest, daß das Risiko eines stärkeren Rückgriffs auf protektionistische Maßnahmen zunimmt und daß ein erfolgreicher Abschluß der laufenden internationalen handelspolitischen Verhandlungen erheblich dazu beitragen könnte, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten. Des weiteren bemerkt der Ausschuß, daß „... angesichts der Möglichkeit eines auflebenden inflationären Drucks eine Politik angebracht ist, die den Kostendruck in der gegenwärtigen Situation zu mindern sucht ... Die Verbesserung der grundlegenden Bedingungen trägt auf diese Weise dazu bei, eine größere Stabilität der Devisenmärkte zu gewährleisten, die äußerst wichtig für die Gesundung der Weltwirtschaft ist".
19. Juni	Die Mitglieder der OPEC beschließen auf ihrer Tagung in Genf, den Preis für leichtes Rohöl aus Saudi-Arabien nicht über 12,70 $ je barrel zu erhöhen.
17. Juli	In einem Kommuniqué der Staats- und Regierungschefs der sieben größten westlichen Industrieländer nach ihrem Treffen in Bonn heißt es unter anderem: „... Sorgen macht uns vor allem die weltweite Arbeitslosigkeit, weil sie seit Jahren viel zu hoch ist, die schwächsten Teile der Bevölkerung am höchsten trifft und hohe wirtschaftliche und noch höhere menschliche Kosten mit sich bringt ... Dabei werden wir auf dem im Kampf gegen die Inflation bereits erzielten Fortschritt aufbauen und uns um weitere Erfolge in diesem Kampf bemühen."

noch Tabelle 1

Datum	
1978	
24. September	In dem Kommuniqué des Interimsausschusses, das anläßlich der Jahrestagung des IWF in Washington herausgegeben wird, heißt es unter anderem, daß „... in den meisten Mitgliedstaaten die Preiserhöhungsraten weiterhin viel zu hoch sind und daß die beträchtliche Unterauslastung der Produktionsfaktoren und die hohe Arbeitslosigkeit noch immere anhält...". Der Ausschuß betont, daß eine Rückkehr zur Devisenmarktstabilität in den einzelnen Ländern eine Wirtschaftspolitik zur Senkung der Inflationsraten voraussetzt.
	Europäische Gemeinschaften
1977	
21. November	Der Ministerrat stimmt im Grundsatz überein, die Mittel für den mittelfristigen Finanzbeistand für Mitgliedsländer mit Zahlungsbilanzproblemen zu verdoppeln.
19. Dezember	Der Ministerrat beschließt ein Referenzsystem von Mindestpreisen für bestimmte Stahlimporte aus Drittländern für die Dauer von 3 Monaten, wobei sich die Referenzpreise nach den Produktionskosten der Anbieter richten, die unter „normalen Bedingungen" produzieren, dadurch soll Zeit für Verhandlungen über bilaterale Abkommen gewonnen werden.
1978	
23. Januar	Die Kommission führt befristete Antidumping-Zölle für die Importe bestimmter Stahlprodukte aus sieben Nicht-EG-Ländern ein.
4. April	Der Ministerrat stimmt einer Vereinbarung mit Japan zu, wonach japanische Stahlexporte in die Gemeinschaft 1978 nicht über das Niveau von 1977 hinausgehen sollen. Den japanischen Stahlexporteuren wird gestattet, ihre Produkte 4 bis 6 Prozent billiger als EG-Stahlhersteller abzusetzen.
7. Juli	Der Europäische Rat beschließt auf seiner Tagung in Bremen „... ein gemeinsames Vorgehen..., um durch Bekämpfung der Inflation durch Herstellen einer größeren Währungsstabilität, durch Ausweitung des internationalen Handels, durch Fortschritte im Energiebereich, durch Abbau der regionalen Ungleichgewichte und durch eine Belebung der Nachfrage in Europa ein fühlbar höheres Wirtschaftswachstum zu erreichen und damit die Arbeitslosigkeit zu verringern... Im Anschluß an die Kopenhagener Beratungen vom 7. April 1978 hat der Europäische Rat das ... von Mitgliedern des Europäischen Rates vorgeschlagene System für eine engere währungspolitische Zusammenarbeit (Europäisches Währungssystem) erörtert, das zu einer stabilen Währungszone in Europa führt. Der Europäische Rat betrachtet eine solche Zone als ‚ein sehr wünschenswertes Ziel... Die Regierungschefs Belgiens, Dänemarks, der Bundesrepublik Deutschland, Luxemburgs und der Niederlande erklären,... daß die ‚Schlange' unverändert beibehalten wird... In bezug auf Wechselkurssteuerung wird das Europäische Währungssystem mindestens ebenso strikt sein wie die ‚Schlange'... Im Prinzip werden die Interventionen in den Währungen der beteiligten Länder erfolgen. Änderungen der Leitkurse werden im gegenseitigen Einvernehmen vorgenommen".
	Floating-Block
1978	
13. Februar	Die norwegische Krone wird gegenüber den anderen Währungen des europäischen Währungsverbundes (Schlange) um 8 vH abgewertet.
15. Oktober	Mit Wirkung vom 16. Oktober gelten in der „Schlange" neue Interventionskurse. Die Deutsche Mark wird gegenüber dem holländischen Gulden und dem belgischen und luxemburgischen Franken um 2 vH, gegenüber der dänischen und norwegischen Krone um 4 vH aufgewertet.
	Belgien
1977	
14. November	Das Parlament stimmt einem Gesetzentwurf der Regierung zur Belebung der privaten Investitionstätigkeit zu. Die Kosten des Programms belaufen sich auf 5,4 Mrd belgische Franken im Jahre 1978. Zusätzlich will die Regierung erweiterte Abschreibungsmöglichkeiten für neue Investitionen zulassen und Steuervergünstigungen für Dividenden auf neu gebildetes Eigenkapital gewähren.

noch Tabelle 1

Datum	
1977	
18. November	Eine Vereinbarung zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und Regierung zur Verminderung der Unterbeschäftigung sieht unter anderem Anreize durch Zuschüsse zum Arbeitslosengeld und eine erhöhte Rente vor, damit ältere Arbeitslose oder noch Beschäftigte frühzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Die Arbeitgeber müssen ausscheidende ältere Arbeitnehmer durch Arbeitnehmer unter 30 Jahren ersetzen. Zusätzlich werden 27 000 Halbjahres- oder Jahreslehrstellen für Jugendliche im Jahre 1978 zur Verfügung gestellt.
2. Dezember	Im Zusammenhang mit Unruhen am Devisenmarkt erklärt die Nationalbank, daß der belgische Franken stabil bleiben wird. Sie erhöht den Diskontsatz von 6 % auf 7 %.
14. Dezember	Die Nationalbank erhöht den Diskontsatz von 7 % auf 9 %.
1978	
5. Januar	Die Nationalbank senkt den Diskontsatz bis 30. März in mehreren Schritten von 9 % auf 5½ % als sich der Abwertungsdruck auf den belgischen Franken abschwächt. Dies ist der tiefste Wert sei Juli 1973.
27. Juli	Wegen der Anhebung der Diskontsätze in anderen Ländern erhöht die Nationalbank ihren Diskontsatz von 5½ % auf 6 %.
5. August	Die Regierung legt den Haushaltsentwurf für 1979 vor. Darin wird ein Anstieg des nominalen BSP um 7,8 vH unterstellt. Die geplante Ausgabensteigerung beträgt 6,1 vH und das Defizit beläuft sich auf 210 Mrd bfrs. Der Entwurf enthält Maßnahmen zur Investitionsförderung und Maßnahmen zur Begrenzung des mittelfristigen Haushaltsdefizits, unter anderem soll der jährliche Ausgabenanstieg die Inflationsrate nicht übertreffen.
12. Oktober	Die belgische Zentralbank führt einen gespaltenen Diskontsatz ein und erhöht den Lombardsatz auf 8½ %.
	Dänemark
1977	
30. November	Die Regierung legt ihren Haushaltsentwurf für die Periode von April bis Dezember 1978 vor. Der Finanzierungssaldo beträgt 33,2 Mrd dänische Kronen, von denen 5 Mrd im Ausland aufgenommen werden sollen.
1978	
25. Juli	Die Nationalbank senkt ihren Diskontsatz von 9 % auf 8 %. Dies geschieht vor dem Hintergrund leicht sinkender Preissteigerungsraten, eines geringeren Leistungsbilanzdefizits im zweiten Quartal und eines nachlassenden Drucks auf die eigene Währung.
15. August	Die Regierung legt ihren Haushaltsentwurf für 1979 vor. Darin geht sie davon aus, daß sich das Leistungsbilanzdefizit 1979 wieder erhöhen und die Arbeitslosigkeit von 8 vH auf 9 vH zunehmen wird.
31. August	Die Regierung beschließt ein Stabilisierungsprogramm, das eine Erhöhung der Mehrwertsteuer enthält und eine Preiserhöhungs- und Gewinnbegrenzung bis März 1979 vorsieht. Dies soll dazu dienen, das für 1978 erwartete Leistungsbilanzdefizit zu vermindern.
	Frankreich
1977	
13. Oktober	Der Haushaltsentwurf der Regierung wird dem Parlament vorgelegt. Darin sind unter anderem Entlastungen bei der Einkommensteuer, höhere Abschreibungsbeträge bei energiesparenden Investitionen und steuerliche Erleichterungen für kleine und mittlere Unternehmen vorgesehen. Hinzu kommen auf der anderen Seite eine Erhöhung der Straßengebühren und der Mineralölsteuer. Die Regierung empfiehlt, die Löhne nicht stärker als die Verbraucherpreise steigen zu lassen und sieht eine Zuwachsrate des Geldangebots (M2) für 1978 von 12 vH vor.
3. November	In einem Nachtragshaushalt für 1977 werden zusätzlich 7,1 Mrd ffrs für öffentliche Ausgaben vorgesehen, wobei 1,9 Mrd für öffentliche Investitionen ausgegeben werden sollen. Allerdings werden an anderen Stellen des öffentlichen Haushalts Einsparungen vorgenommen.

noch Tabelle 1

Datum	
1977	
24. November	Obwohl die Regierung auch weiterhin freie Tarifverhandlungen befürwortet, erneuert sie ihren Appell, die Löhne und Gehälter 1978 prinzipiell nicht stärker als zur Erhaltung der Kaufkraft notwendig erscheint, zu erhöhen.
27. Dezember	Die Regierung kündigt einen Plan zur Erneuerung und zum Neubau von Wohnungen an, der Ausgaben von rund 4 Mrd ffrs im Jahre 1978 vorsieht.
1978	
24. April	Die Regierung gibt ihre Entscheidung bekannt, alle Kontrollen industrieller Preise ab Mitte 1978 auszusetzen.
26. April	Die Regierung erhöht die Gebühren für öffentliche Dienstleistungen, um die Defizite staatlicher Unternehmen abzubauen.
10. Mai	Die Regierung beschließt einen Nachtragshaushalt für 1978, der zusätzliche Ausgaben von 4,3 Mrd ffrs vorsieht. Dennnoch soll das Budgetdefizit nicht über die angekündigten 8,9 Mrd ffrs hinaus ansteigen. Anfang Juni schließt die Regierung eine Erhöhung jedoch nicht mehr aus, da das reale Wachstum mit 3,5 vH hinter dem erwarteten Wachstum (4,5 vH) zurückbleibt.
31. Mai	Die Regierung beschließt einen Gesetzentwurf zur Erleichterung der Eigenkapitalbildung, der unter anderem Steuererleichterungen für Aktienkäufe vorsieht.
15. August	Nahezu alle Kontrollen über die industriellen Erzeugerpreise werden aufgehoben.
6. September	Die Regierung legt den Haushaltsentwurf für 1979 vor. Darin wird ein Anstieg des realen BSP von 3,7 vH und eine Zunahme des Preisniveaus auf der Verbraucherstufe von 7,9 vH unterstellt. Die Ausgaben sollen um 15,2 vH, die Einnahmen um 14,4 vH zunehmen. Das Haushaltsdefizit soll 15 Mrd ffrs betragen.
	Großbritannien
1977	
12. September	Die Bank von England senkt ihren Mindestausleihesatz von 7 % auf 6½ %. Danach wird dieser Satz in drei Schritten bis zum 17. Oktober auf 5 % gesenkt.
31. Oktober	Die starken Kapitalzuflüsse im Zusammenhang mit der Stabilisierung des Pfundkurses gefährden die heimische Geldpolitik. Daraufhin wird das Ziel der Stabilisierung des Wechselkurses aufgegeben und eine Aufwertung des Pfundes zugelassen.
28. November	Die Bank von England erhöht den Mindestausleihesatz von 5 % auf 7 %.
14. Dezember	In ihrem zweiten „letter of intent" an den IWF stellt die britische Regierung fest, daß „... während des ersten Jahres des Stabilisierungsprogramms das Vertrauen der Devisenmärkte wiederhergestellt ist, die Zahlungsbilanzsituation sich deutlich verbessert hat und das Tempo der Inflation sich verlangsamt hat". Die Regierung bemerkt weiter, daß „... der Handlungsspielraum, um die Wirtschaftstätigkeit anzuregen, entscheidend von der Wettbewerbsfähigkeit der britischen Industrie und der Veränderung von Kosten und Preisen bestimmt ist". Die Regierung will weiterhin eine bewegliche Politik verfolgen; sie will geldpolitische Leitlinien einhalten und die Wettbewerbsfähigkeit der britischen Industrie erhalten. Die Regierung will darauf verzichten, allgemeine protektionistische Maßnahmen aus Zahlungsbilanzgründen anzuwenden.
1978	
9. Januar	Die Bank von England senkt ihren Mindestausleihesatz von 7 % auf 6½ %.
26. Januar	Die Regierung gibt ihre Entscheidung bekannt, vorzeitig 1 Mrd Dollar ihrer Verbindlichkeiten beim IWF aus dem Jahre 1976 zurückzuzahlen.
11. April	Die Regierung legt ihren Haushaltsentwurf für 1978/79 vor. Er sieht ein Defizit von 8,5 Mrd Pfund vor, das sind über 5 vH des BSP. Die Regierung setzt ein Geldmengenziel (M3) von 8 vH bis 12 vH für die nächsten 6 Monate. Das reale BSP soll um 3 vH zunehmen; der Anstieg der Lebenshaltungskosten soll nur noch 7 vH im Laufe des Jahres betragen. Daneben beschließt die Regierung Einkommensteuersenkungen, Steuersenkungen für kleine Unternehmen und Renten- und Kindergelderhöhungen. Daneben bleibt das Ziel bestehen, die Steigerung der öffentlichen Ausgaben bis 1980 zurückzunehmen.
11. April	Die Bank von England erhöht den Mindestausleihesatz von 6½ % auf 7½ % und im Mai von 7½ % auf 9 %.

noch Tabelle 1

Datum	
1978	
25. Mai	In ihrem dritten „letter of intent" an den IWF bestätigt die Regierung das Haushaltsdefizit von 8,5 Mrd Pfund für das Haushaltsjahr 1978/79.
8. Juni	In Anbetracht der starken Expansion des Geldvolumens erhöht die Bank von England den Mindestausleihesatz von 9 % auf 10 % und führt die Kontrolle des Einlagenzuwachses der Geschäftsbanken (Korsett) wieder ein.
21. Juli	Die Regierung empfiehlt eine allgemeine Lohnerhöhungsleitlinie von 5 vH ab 1. August. Ausnahmeregelungen sind für untere Lohngruppen und für produktivitätsabhängige Zuschläge vorgesehen.
17. August	Die Kontrolle des Einlagenzuwachses der Banken wird auf einen Zeitraum von 8 Monaten ausgedehnt.
1. November	Die britische Regierung zahlt 1 Mrd Pfund an den IWF zurück.
9. November	Die Bank von England erhöht ihren Mindestausleihesatz von 10 % auf 12½ %.
	Italien
1977	
9. September	Die Bank von Italien zahlt 500 Mio des 2 Mrd Dollarkredits der Bundesbank zurück.
30. September	Die Regierung legt den Haushaltsentwurf für 1978 vor. Darin ist unterstellt, daß das BSP real um 2 bis 3 vH steigen wird, daß die Inflationsrate von 18 vH auf 12 vH vermindert wird und daß die Leistungsbilanz einen Überschuß von 2 Mrd Lire aufweisen wird. Das gesamte Defizit der öffentlichen Haushalte wird wiederum rund 10 vH des Sozialprodukts betragen.
15. Dezember	Die Regierung legt ein Maßnahmenpaket vor, daß bestimmte Bereiche der Wirtschaft ohne zusätzliche inflatorische Impulse stützen soll. Unter anderem sind vorgesehen: Zusätzliche öffentliche Investitionen vornehmlich im Bau-, Energie- und Transportbereich. Die Regierung gibt gleichzeitig den Plan bekannt, das öffentliche Defizit deutlich zu reduzieren. Vorgesehen ist, die öffentlichen Ausgaben 1978 nicht stärker als 7 vH steigen zu lassen, die öffentlichen Tarife stärker den Kosten anzupassen und einige Steuern zu erhöhen.
1978	
2. März	Die noch ausstehenden 300 Mio SZR eines Kredits des IWF in Höhe von 1 Mrd SZR aus dem Jahre 1974 werden zurückgezahlt.
6. März	Die Bank von Italien zahlt weitere 500 Mio $ an die Bundesbank zurück. Am 20. März und am 20. Juni wird jeweils ein Viertel eines Dollarkredits der EG zurückgezahlt.
30. März	Die Entlastung der Arbeitgeber von einem Teil der Sozialversicherungsbeiträge wird bis Mai 1978 verlängert.
26. Mai	Die Regierung beschließt zur Verringerung des öffentlichen Defizits die Erhöhung mehrerer öffentlicher Tarife sowie die Anhebung bei einigen kleineren Steuern.
3. Juli	Die Bank von Italien gibt bekannt, daß sie vorzeitig die noch ausstehende Verbindlichkeit gegenüber der Bundesbank in Höhe von 1 Mrd $ getilgt hat.
9. August	In Anbetracht der verbesserten Leistungsbilanzsituation und der höheren Devisenreserven beschließt die Regierung, daß Importe nunmehr bis zu 120 Tage im voraus bezahlt werden dürfen; bisher waren es 60 Tage.
31. August	Die Regierung schlägt ein Stabilisierungsprogramm für 3 Jahre vor. Es sieht unter anderem vor: Verlagerung gewisser öffentlicher Ausgaben, hinzu mehr öffentliche Investitionen. Ein Einfrieren des realen Kostenniveaus und ein allmähliches Auslaufen des automatischen Kaufkraftausgleichs. Anreize für erhöhte Mobilität der Arbeitnehmer und eine Verbesserung der Finanzierungsstruktur der Unternehmen. Ziel des Programms ist es, in drei Jahren rund 500 000 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das gesamte Defizit der öffentlichen Haushalte soll von gegenwärtig 16½ vH des BSP auf 15½ vH vermindert werden.
4. September	Die Bank von Italien senkt den Diskontsatz von 11½ % auf 10½ %.

noch Tabelle 1

Datum	
	Japan
1977	
3. September	Die Regierung legt ein Programm zur Konjunkturbelebung vor, damit der angestrebte Zuwachs des BSP für das Fiskaljahr 1977/78 von 6½ vH erreicht wird. Es sieht vermehrte staatliche Ausgaben, Finanzierungshilfen für den Wohnungsbau und Investitionshilfen für private Unternehmen vor.
5. September	In Ergänzung des Programms der Regierung senkt die Bank von Japan den Diskontsatz von 5 % auf 4¼ %.
18. November	Um die starken Kapitalzuflüsse aus dem Ausland zu vermindern, verbieten die Regierung und die Bank von Japan alle Verkäufe von kurzfristigen Staatspapieren an Ausländer.
6. Dezember	Um den Leistungsbilanzüberschuß zu vermindern, beschließt die Regierung, daß Importzölle gesenkt, Importfinanzierung erleichtert und mehr öffentliche Aufträge ins Ausland vergeben werden sollen.
23. Dezember	Die Regierung legt den Haushaltsentwurf für 1979 vor. Darin geht sie von der Ausnahme aus, daß das reale Sozialprodukt um 7 vH zunehmen, die Preissteigerung bei 5 vH liegen und der Leistungsbilanzüberschuß sich nahezu halbieren wird. Das Finanzierungsdefizit liegt um rund 30 vH über dem Vorjahresstand.
1978	
13. Januar	Japan und die Vereinigten Staaten kommen überein, daß Japan seinen Leistungsbilanzüberschuß in den folgenden zwei Jahren deutlich reduzieren wird. Die Vereinigten Staaten verkünden, daß sie ihr Leistungsbilanzdefizit vermindern und die Abhängigkeit von importiertem Rohöl vermindern wollen.
26. Januar	Die Regierung trifft eine Reihe von Maßnahmen zum Abbau von Kapitalverkehrsbeschränkungen.
16. März	Die Bank von Japan senkt den Diskontsatz von 4¼ % auf 3½ %.
18. März	Um die Aufwertung des Yen zu bremsen, erhöht die Bank von Japan die Zuwachsmindestreserven auf Ausländereinlagen von 50 vH auf 100 vH.
2. September	Die Regierung legt ein Programm zur Belebung der Konjunktur in Höhe von 2 500 Mrd Yen vor. Damit soll das ursprüngliche Ziel von 7 vH beim Zuwachs des Sozialprodukts erreicht werden. Schwerpunktmäßig ist darin vorgesehen, die Finanzierung von Wohnungen zu erleichtern und zusätzliche öffentliche Investitionen durchzuführen, so ist vor allem der Bau von Straßen, Häfen und Abwasseraufbereitungsanlagen vorgesehen.
	Kanada
1977	
20. Oktober	Die Regierung kündigt an, die Kontrolle über Preise und Löhne ab April 1978 aufzuheben und expansive finanzpolitische Maßnahmen durchzuführen, in erster Linie durch die Senkung der Einkommensteuer und durch zusätzliche Ausgaben für arbeitsintensive öffentliche Arbeiten. Die Regierung geht für 1978 von einem Anstieg des realen BSP von 5 vH und einer Inflationsrate von 6 vH aus.
1978	
10. April	Die Regierung legt den Haushaltsentwurf für 1978/79 vor. Das Finanzierungsdefizit wird sich auf 5 vH des BSP erhöhen.
	Niederlande
1977	
20. September	Die Regierung legt ihren Haushaltsentwurf für 1978 vor. Darin wird eine Zunahme des realen BSP um 3 vH und ein Anstieg der Verbraucherpreise von 6 vH unterstellt. Eine Mehrwertsteuererhöhung auf Energieträger wird beschlossen und Erhöhungen der Tabak- und Branntweinsteuer sind vorgesehen. Das Finanzierungsdefizit wird 3½ vH des BSP betragen.

noch Tabelle 1

Datum	
1977	
1. November	Die Regierung kündigt ein Programm zur Verminderung der Unterbeschäftigung und zur Erhaltung der Kaufkraft der Arbeitnehmer in Höhe von 2,5 Mrd hfl an. Es enthält unter anderem: Zusätzliche öffentliche Arbeiten, eine Subventionierung energiesparender Maßnahmen und eine Entlastung der Unternehmen durch die Übernahme von Soziallasten in den Haushalt.
11. November	Die Niederländische Bank erhöht den Diskontsatz von 3½ % auf 4½ %.
1978	
10. Februar	Die Regierung kündigt ein weiteres Konjunktur- und Beschäftigungsprogramm in Höhe von 2,5 Mrd hfl an. Vorgesehen sind Baumaßnahmen, Maßnahmen zur Verminderung der Arbeitslosigkeit Jugendlicher, Steuerentlastungen für Unternehmen und verstärkte finanzielle Unterstützung für längerfristig Arbeitslose.
30. März	Die Niederländische Bank begrenzt die im Jahre 1978 zulässige Expansion der Kreditvergaben der Banken an Private auf 8 vH.
17. April	Die Niederländische Bank senkt den Diskontsatz von 4½ % auf 4 %.
30. Juni	Die Regierung kündigt eine Verminderung des Anstiegs der Staatsausgaben für die nächsten drei Jahre an. Vor allem sollen bei Personalausgaben und Sozialleistungen Einsparungen vorgenommen werden.
26. Juli	Die Niederländische Bank erhöht ihren Diskontsatz von 4 % auf 4½ %. Bis zum 13. Oktober wird der Satz im Zusammenhang mit dem Abwertungsdruck auf den Gulden auf 6½ % angehoben.
	Österreich
1977	
18. Oktober	Die Regierung legt ihren Haushaltsentwurf für das Jahr 1978 vor. Darin wird ein Anstieg des realen BSP von 1½ vH unterstellt. Um das Defizit zu vermindern, beschließt die Regierung eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Güter des gehobenen Bedarfs, eine Senkung verschiedener Steuerfreibeträge, Erhöhungen der Sozialversicherungsbeiträge und die Einführung eines Straßenverkehrsbeitrages für ausländische Lastkraftwagen.
1978	
9. Januar	Die Regierung legt ein langfristiges Investitionsprogramm in Höhe von 580 Mrd Schilling vor, mit dem private und öffentliche Investitionen gefördert werden sollen. Diese Maßnahmen werden im April von Liquiditätshilfen für private Investitionsvorhaben durch die Nationalbank unterstützt.
	Schweden
1977	
3. Oktober	Die Regierung legt ein Maßnahmenpaket vor, das für 30 000 Personen Arbeit und Ausbildungsmöglichkeiten schaffen soll. Einkommensteuersenkungen und eine Anhebung des Kindergeldes in Höhe von 6 Mrd skr ergänzen dieses Programm.
1978	
10. Januar	In ihrem Haushaltsentwurf geht die Regierung davon aus, daß das reale BSP 1978 um 0,2 vH zunehmen und die Inflationsrate bis Ende 1978 auf 9 vH sinken wird. Das Defizit des Haushalts soll nahezu unverändert bleiben und 8 vH des BSP betragen.
16. Februar	Die Regierung legt ein weiteres Beschäftigungsprogramm in Höhe von 900 Mio skr vor, das mehr öffentliche Investitionen und Lohnkostensubventionen vorsieht.
	Schweiz
1977	
21. Oktober	Die Bundesregierung legt ihren Haushaltsentwurf für 1978 vor. Angenommen wird eine Zunahme des realen BSP von 2 vH. Das Defizit soll 1,8 Mrd sfr betragen.
19. Dezember	Die Nationalbank setzt das Ziel von 5 vH für den durchschnittlichen Zuwachs der Geldmenge (M1) im Jahre 1978.

noch Tabelle 1

Datum	
1978	
25. Februar	Angesichts des Aufwertungsdrucks auf den Schweizer Franken beschließen die Regierung und die Nationalbank unter anderem, den Diskontsatz auf das historische Tief von 1 % zu senken und Negativzinsen auf bestimmte Einlagen von Ausländern zu erheben. Es folgen das Verbot des Verkaufs von schweizerischen Wertpapieren an Ausländer und das Verbot, ausländische Banknoten über bestimmte Höchstgrenzen hinaus in die Schweiz einzuführen.
21. Oktober	Nachdem die Aufwertung des Schweizer Frankens gegenüber der D-Mark im Verlauf eines Jahres nahezu 30 vH beträgt, entschließt sich die Schweizerische Nationalbank, keinen Kurs der D-Mark gegenüber dem Franken zuzulassen, der unter 80 Franken für 100 D-Mark liegt. Sie verkündet, daß sie alles tun werde, um dieses Ziel durchzuhalten. Die Zuwachsrate der Geldmenge (M1) wird im Jahre 1978 um rund 15 vH über dem Durchschnitt des Jahres 1977 liegen.
	Vereinigte Staaten
1977	
26. Oktober	Die Federal Reserve Bank von New York erhöht ihren Diskontsatz von 5¾ % auf 6 %.
9. November	Der Vorsitzende des Federal Reserve Board gibt vor dem Kongreß die neuesten Zielgrößen für die Zunahmen der Geldmengen vom Jahresende 1977 bis zum dritten Vierteljahr 1978 bekannt. Danach sollen M1 um 4 vH bis 6½ vH, M2 um 6½ vH bis 9 vH und M3 um 8 vH bis 10½ vH steigen.
6. Dezember	Die Regierung legt einen Plan vor, der die Stahlindustrie wettbewerbsfähiger machen soll. Er enthält unter anderem die Einführung von Referenzpreisen für Stahlimporte, um Dumping ausländischer Anbieter zu verhindern, und verschiedene Steuererleichterungen für die heimische Stahlindustrie.
1978	
4. Januar	Angesichts der starken Abwertung des Dollar beschließen das Schatzamt und der Federal Reserve Board, stärker an den Devisenmärkten zu intervenieren; dazu dient auch die Einräumung einer Kreditlinie durch die Deutsche Bundesbank.
9. Januar	Die Federal Reserve Bank von New York erhöht ihren Diskontsatz von 6 % auf 6½ %. Für die Entscheidung spielt die ständige Unruhe an den Devisenmärkten eine bedeutsame Rolle.
23. Januar	Der Präsident legt den Haushaltsentwurf für das Fiskaljahr 1978/79 vor. Darin wird ein Zuwachs des realen Sozialprodukts von 4,7 vH im Jahre 1978 und 4,8 vH im Jahre 1979 sowie eine Preissteigerung von 5,9 vH bzw. 6,1 vH unterstellt. Das geplante Defizit des Haushalts beträgt nahezu unverändert rund 60 Mrd Dollar, das sind etwa 2,6 vH des BSP.
	Der Haushalt enthält zudem Steuererleichterungen in Höhe von 24 Mrd $, unter anderem sind eine Einkommensteuersenkung sowie Verringerung der Sozialbeiträge für Unternehmen vorgesehen.
13. März	In einem gemeinsamen Kommuniqué erklären die Regierungen der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik, daß „... beide Seiten darin übereinstimmen, daß die Situation der Devisenmärkte durch ungeordnete Verhältnisse gekennzeichnet sei, was einschließt, daß kurzfristig starke Bewegungen stattfinden, die nicht durch die grundlegenden volkswirtschaftlichen Bedingungen gerechtfertigt sind". Die Kreditlinie der Bundesbank an die Federal Reserve Bank wird verdoppelt.
11. April	Zur Bekämpfung der Inflation wirbt der Präsident für eine Zurückhaltung bei Preis- und Lohnerhöhungen; diese sollten unter dem Durchschnitt der vergangenen zwei Jahre bleiben. Für die Bundesbediensteten ist eine Lohnerhöhung von 5 vH vorgesehen.
11. Mai	Die Federal Reserve Banken erhöhen ihre Diskontsätze von 6½ % auf 7 %.
11. Mai	Der Präsident gibt bekannt, daß die angekündigten Steuererleichterungen um 5 Mrd $ gekürzt und erst am 1. Januar 1979 in Kraft treten sollen. Damit vermindert sich das Haushaltsdefizit für 1979 entsprechend.
17. Mai	Der Kongreß billigt den Haushaltsentwurf, der noch ein Defizit von 50 Mrd $ ausweist.
7. Juli	Die Federal Reserve Banken erhöhen ihren Diskontsatz von 7 % auf 7¼ %.

noch Tabelle 1

Datum	
1978	
15. Oktober	Das Energieprogramm der Regierung wird verabschiedet. Es sieht in erster Linie vor, daß die Preise für neu entdecktes Erdgas stufenweise erhöht und dann freigegeben werden; ferner ist ab 1980 eine Steuer auf Kraftfahrzeuge, deren Benzinverbrauch eine gewisse Grenze überschreitet, Steuererleichterungen für Energiesparmaßnahmen in Häusern und Steuervergünstigungen für Unternehmen, die ihre Energieversorgung auf Kohle umstellen, vorgesehen.
24. Oktober	In seinem dritten Antiinflationsprogramm verkündet der Präsident, das Haushaltsdefizit solle von nunmehr 40 Mrd $ auf 30 Mrd $ oder weniger vermindert werden, es solle eine Kaufkraftgarantie für Gruppen von Arbeitnehmern gegeben werden, die sich an die 7-Prozent-Leitlinie halten, wenn die Inflation höher läge. Wenn die Leitlinien nicht eingehalten würden, werde die Regierung Importrestriktionen aufheben, auch werde sie die Vergabe öffentlicher Aufträge daran binden. Nach Bekanntgabe des Programms sinkt der Dollar an den Devisenmärkten auf neue Tiefststände.
1. November	Die Regierung verkündet, sie werde einen weiteren Dollarverfall nicht hinnehmen. Die Goldverkäufe sollen ausgeweitet werden; die Ziehungsrechte beim IWF verstärkt in Anspruch genommen und Devisenkredite an den Geld- und Kapitalmärkten aufgenommen werden. Gleichzeitig erhöht die Federal Reserve Bank den Diskontsatz auf den neuen historischen Höchststand von 9½ vH.

Die Finanzpolitik war 1978 bemüht, die Inflationstendenzen nicht durch zusätzliche staatliche Beanspruchung der weitgehend ausgelasteten Kapazitäten zu verschärfen. Das Defizit des Bundeshaushalts nahm entgegen den ursprünglichen Haushaltsplänen bei langsamer steigenden Ausgaben und stärker zunehmenden Steuereinnahmen weiter ab. Es dürfte nun etwa 40 Mrd Dollar betragen. Berücksichtigt man den Überschuß der Bundesstaaten und der Gemeinden, so zeigt sich, daß die öffentlichen Haushalte 1978 insgesamt kaum noch ein Defizit haben. Überdies: Schon beim Bundeshaushalt ist die Verringerung des Defizits größer, als den konjunkturbedingten Mehreinnahmen und Minderausgaben entsprochen hätte.

8. Die starke Abwertung des Dollar hat in diesem Jahr noch nicht zu einer Verminderung des amerikanischen Leistungsbilanzdefizits geführt. Die Wechselkursänderung brachte eine erhebliche Verschlechterung des Verhältnisses der Ausfuhrpreise zu den Einfuhrpreisen mit sich, und die Mengenreaktionen bei den Exporten und den Importen sind noch nicht so stark ausgefallen, daß dieser Effekt mehr als ausgeglichen worden wäre. Allerdings hat die Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Exportindustrie und der Industriebereiche, die mit Importen konkurrieren, in den vergangenen beiden Jahren noch einmal kräftig zugenommen (Schaubild 3). Und die Zunahme der amerikanischen Exporte war in diesem Jahr beträchtlich. Doch stärker noch nahmen die Importe zu. Das Defizit der Leistungsbilanz erhöhte sich um etwa 5 Mrd Dollar auf 20 Mrd Dollar. Der Anteil des Rohöls an den Gesamtimporten ist zum ersten Mal seit Beginn der siebziger Jahre nicht weiter gestiegen. In den vergangenen drei Jahren betrug dieser Anteil durchschnittlich 21 vH; in diesem Jahr dürfte er bei 18 vH liegen.

9. Die japanische Wirtschaft erzielt derzeit nur etwa halb so hohe Zuwachsraten des realen Sozialprodukts wie in der Zeit vor der Ölkrise (Tabelle 2). Die inländische Nachfrageschwäche hat allerdings eine starke Ausweitung der Exporte und eine Verminderung der Importe bewirkt. Die Höherbewertung des Yen führte bis heute nicht zu einer Verminderung des Leistungsbilanzüberschusses, wohl aber zu einer Gewinnschmälerung der Exportwirtschaft. Die Stärke der Wechselkursbewegung verunsicherte die Unternehmen anscheinend erheblich; die Investitionsbereitschaft blieb gering.

10. Vor diesem Hintergrund muß die konjunkturelle Entwicklung Japans im Jahre 1978 gesehen werden. Nachdem sich im zweiten Halbjahr 1977 der Zuwachs des realen Sozialprodukts auf eine Jahresrate von 3½ vH verlangsamt hatte, brachte das erste Quartal dieses Jahres zwar zunächst eine Belebung. Diese erwies sich aber nicht als dauerhaft. Immerhin: Die privaten Konsumausgaben, bisher die schwächste Nachfragekomponente, nahmen etwas deutlicher zu. Die Inflationsrate sank. Steuererleichterungen stützten die Expansion des verfügbaren Einkommens. Die Sparquote ging auf ihren Trendwert zurück. Auch der private Wohnungsbau expandierte aufgrund der staatlich gewährten Finanzierungshilfen äußerst kräftig. Gleichwohl begründete dies insgesamt keine Zuversicht. Denn inzwischen zeigte sich beim Export eine deutliche Abschwächung; die japanischen Exporteure konnten die starke Aufwertung offenbar nicht länger durch Preissenkungen auffangen; auch versuchten

Schaubild 3

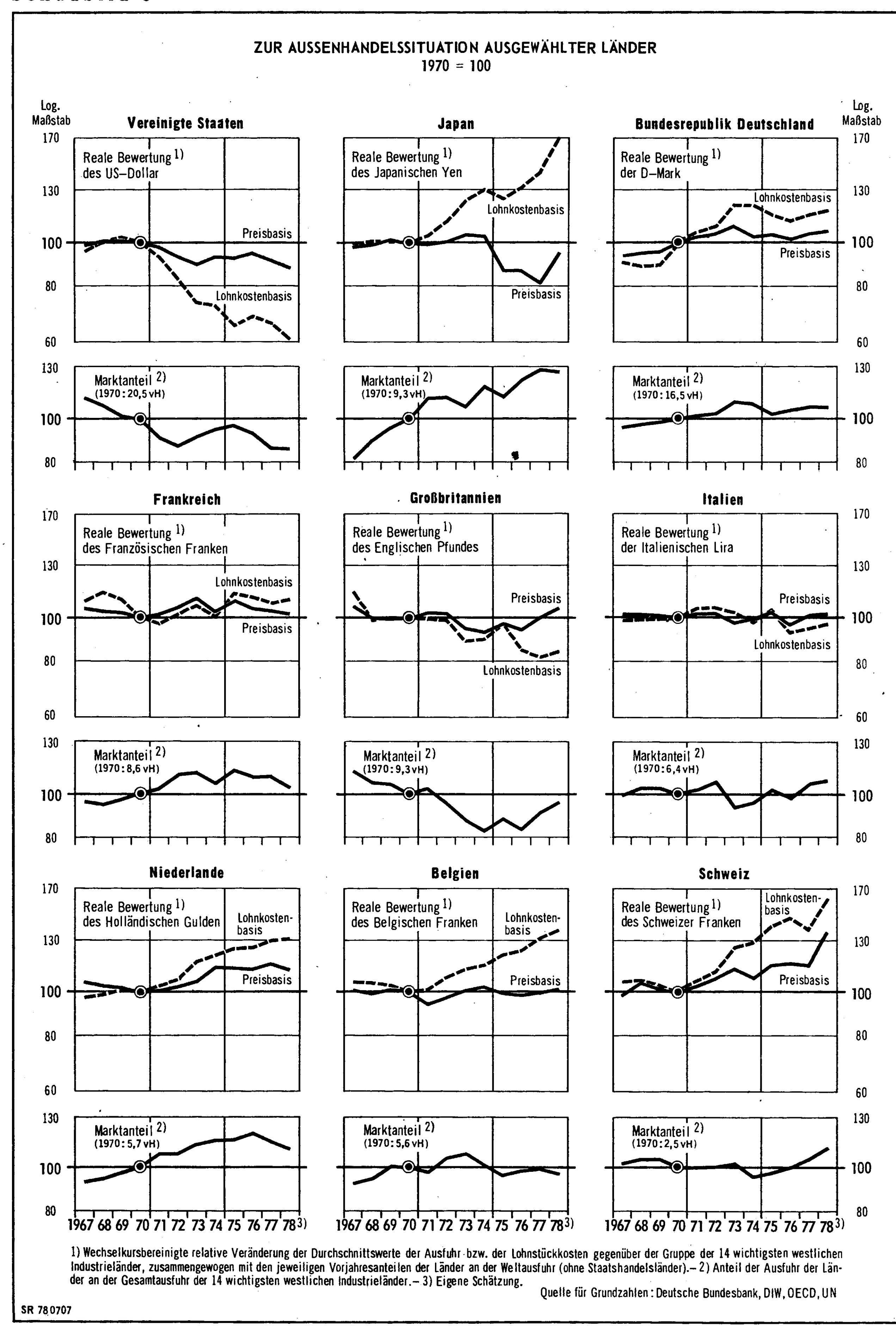

ZUR AUSSENHANDELSSITUATION AUSGEWÄHLTER LÄNDER
1970 = 100
Log. Maßstab
Vereinigte Staaten
Japan
Bundesrepublik Deutschland
Reale Bewertung 1) des US-Dollar
Reale Bewertung 1) des Japanischen Yen
Reale Bewertung 1) der D-Mark
Preisbasis
Lohnkostenbasis
Marktanteil 2) (1970: 20,5 vH)
Marktanteil 2) (1970: 9,3 vH)
Marktanteil 2) (1970: 16,5 vH)
Frankreich
Großbritannien
Italien
Reale Bewertung 1) des Französischen Franken
Reale Bewertung 1) des Englischen Pfundes
Reale Bewertung 1) der Italienischen Lira
Marktanteil 2) (1970: 8,6 vH)
Marktanteil 2) (1970: 9,3 vH)
Marktanteil 2) (1970: 6,4 vH)
Niederlande
Belgien
Schweiz
Reale Bewertung 1) des Holländischen Gulden
Reale Bewertung 1) des Belgischen Franken
Reale Bewertung 1) des Schweizer Franken
Marktanteil 2) (1970: 5,7 vH)
Marktanteil 2) (1970: 5,6 vH)
Marktanteil 2) (1970: 2,5 vH)
170
130
100
80
60
1967 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78 3)
1) Wechselkursbereinigte relative Veränderung der Durchschnittswerte der Ausfuhr bzw. der Lohnstückkosten gegenüber der Gruppe der 14 wichtigsten westlichen Industrieländer, zusammengewogen mit den jeweiligen Vorjahresanteilen der Länder an der Weltausfuhr (ohne Staatshandelsländer). – 2) Anteil der Ausfuhr der Länder an der Gesamtausfuhr der 14 wichtigsten westlichen Industrieländer. – 3) Eigene Schätzung.
Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank, DIW, OECD, UN
SR 78 0707

Tabelle 2

Reales Bruttosozialprodukt in wichtigen Industrieländern

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Land	1960 bis 1972 [1]	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978 [2]
Bundesrepublik Deutschland	+ 4,5	+3,3	+3,6	+4,9	+0,4	−2,0	+5,7	+2,6	+3
Belgien	+ 4,9	+3,7	+5,4	+5,3	+4,3	−2,0	+5,5	+1,8	+2
Dänemark	+ 4,8	+3,6	+5,0	+3,8	+1,8	−1,1	+6,3	+1,8	+1
Frankreich	+ 5,8	+5,0	+5,5	+6,5	+3,9	+0,1	+4,2	+3,0	+3
Großbritannien	+ 3,1	+1,6	+3,5	+5,2	−0,2	−1,7	+3,0	+0,2	+3
Irland	+ 4,0	+3,3	+4,0	+5,3	+1,0	+0,4	+3,2	+5,0	+7
Italien	+ 5,5	+1,4	+3,4	+6,3	+3,4	−3,5	+5,7	+1,7	+2
Niederlande	+ 5,2	+4,3	+4,4	+4,2	+2,0	−1,1	+4,6	+2,3	+2
EG der Neun [3]	+ 4,8	+3,3	+4,2	+5,5	+1,9	−1,5	+4,8	+2,1	+2½
Vereinigte Staaten	+ 4,1	+2,8	+6,1	+5,9	−2,1	−1,8	+6,0	+4,9	+4
Japan	+11,0	+6,3	+9,4	+9,9	−1,8	+2,4	+6,0	+5,1	+6
Österreich	+ 5,1	+5,2	+7,1	+5,8	+4,4	−2,0	+5,2	+3,5	+1½
Schweden	+ 4,2	+0,3	+2,5	+3,1	+4,1	+0,6	+1,4	−2,5	+2
Schweiz	+ 4,7	+4,3	+5,8	+3,5	−0,8	−7,6	−1,3	+4,3	+1½
Industrieländer insgesamt [3]	+ 5,4	+3,5	+5,8	+6,2	−0,4	−1,1	+5,4	+3,8	+3½

[1]) Durchschnittlich jährliche Veränderung.
[2]) Eigene Schätzung.
[3]) Zusammengewogen mit den Anteilen am Bruttosozialprodukt zu Wechselkursen von 1976.

Quelle: OECD, DIW

viele Länder, durch Selbstbeschränkungsabkommen und andere protektionistische Regelungen die japanische Exportoffensive zu bremsen. Im gesamten Jahr 1978 dürfte die japanische Ausfuhr das Vorjahresergebnis real nur um 2 vH übertreffen. Gleichzeitig stieg wegen der schwachen Inlandsnachfrage die Einfuhr nur wenig, und zwar trotz eines deutlichen Abbaus von Handelshemmnissen. Daher dürfte der hohe Handelsbilanzüberschuß kaum abnehmen. Der Überschuß der Leistungsbilanz wird sogar noch steigen, nämlich auf rund 20 Mrd Dollar, fast 3 vH des Sozialprodukts. Die privaten Investitionen liegen 1978 anscheinend kaum mehr als 4 vH höher als 1977, und das nachdem sie im vergangenen Jahr nur um 1 vH gestiegen waren. In erheblichem Maße konjunkturstützend wirkten weiterhin die öffentlichen Investitionen. Im Jahr 1978 werden voraussichtlich rund 20 vH mehr öffentliche Investitionen vorgenommen als 1977. Dies soll die erwartete Abflachung der Ausfuhr ausgleichen helfen, solange beim privaten Verbrauch und im Wohnungsbau kein Durchbruch erzielt worden ist und auch vom Lageraufbau keine Impulse zu erwarten sind.

11. Die Inflationsrate ist in Japan seit 1974 stetig gesunken. In diesem Jahr dürfte sie nicht mehr über 5 vH hinausgehen. Vor vier Jahren waren es 24 vH gewesen. Mit der Inflationsrate sind auch die Zinssätze gefallen. Kurzfristige Schatzwechsel etwa erbringen nun weniger als 4 %. Der Diskontsatz der Bank von Japan wurde im März auf seinen bisher tiefsten Stand gesenkt (3½ %). Die Geldmengenexpansion war weniger stark als in den anderen Aufwertungsländern; sie ging kaum über den Anstieg des nominalen Sozialprodukts hinaus. Die expansive Ausrichtung der Finanzpolitik hat die öffentliche Verschuldung in Japan stärker steigen lassen als in irgendeinem anderen westlichen Industrieland. Das Defizit des Zentralhaushalts dürfte 1978 über 30 vH der gesamten Ausgaben betragen. Das Defizit aller öffentlichen Haushalte erreicht etwa 6,5 vH des Sozialprodukts.

12. Auch in den europäischen Industrieländern ist es noch nicht gelungen, die Auslastung der Produktionskapazitäten und die Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer nach dem Rückschlag des vergangenen Jahres deutlich zu erhöhen. Das reale Sozialprodukt dürfte 1978 mit 2½ vH nur wenig stärker steigen als 1977 und damit wiederum erheblich hinter der durchschnittlichen Zunahme früherer Jahre zurückbleiben. Allerdings hatte es zu Beginn dieses

Tabelle 3

Verbraucherpreise in ausgewählten Ländern [1])

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum

Land	1960 bis 1972 [2])	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978 1. Hj.	Letzter Monatsstand	
	vH										Monat
Bundesrepublik Deutschland	+3,0	+5,3	+5,5	+ 6,9	+ 7,0	+ 6,0	+ 4,5	+ 3,9	+ 2,9	+ 2,1	Okt
Belgien	+3,3	+4,3	+5,5	+ 7,0	+12,7	+12,7	+ 9,2	+ 7,1	+ 5,0	+ 3,9	Okt
Dänemark	+6,0	+5,5	+6,9	+ 9,0	+15,4	+ 9,9	+ 9,0	+11,2	+11,8	+ 9,1	Sep
Frankreich	+4,3	+5,5	+5,9	+ 7,3	+13,7	+11,7	+ 9,6	+ 9,5	+ 9,1	+ 9,2	Sep
Großbritannien	+4,7	+9,5	+7,0	+ 9,2	+15,9	+24,3	+16,5	+15,9	+ 8,5	+ 7,8	Sep
Irland	+5,4	+8,9	+8,7	+11,3	+17,0	+20,9	+18,0	+13,6	+ 7,3	+ 8,2	Aug
Italien	+4,2	+5,0	+5,5	+10,8	+19,1	+17,0	+16,8	+18,4	+12,5	+12,2	Sep
Luxemburg	+3,0	+4,7	+5,2	+ 6,1	+ 9,6	+10,7	+ 9,8	+ 6,7	+ 3,2	+ 3,2	Sep
Niederlande	+4,6	+7,5	+7,8	+ 8,0	+ 9,6	+10,2	+ 8,8	+ 6,4	+ 4,5	+ 4,3	Sep
Vereinigte Staaten	+2,9	+4,3	+3,3	+ 6,2	+11,0	+ 9,1	+ 5,8	+ 6,5	+ 6,8	+ 8,3	Sep
Kanada	+2,9	+2,9	+4,8	+ 7,6	+10,9	+10,8	+ 7,5	+ 8,0	+ 8,9	+ 8,6	Sep
Japan	+5,7	+6,3	+4,3	+11,7	+24,5	+11,8	+ 9,3	+ 8,1	+ 4,1	+ 4,3	Aug
Österreich	+3,9	+4,7	+6,3	+ 7,5	+ 9,5	+ 8,5	+ 7,3	+ 5,5	+ 3,8	+ 3,4	Sep
Schweden	+4,5	+7,4	+6,5	+ 6,1	+13,8	+ 9,7	+10,2	+11,1	+12,3	+ 7,9	Sep
Schweiz	+3,9	+6,6	+6,7	+ 8,7	+ 9,8	+ 6,7	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,1	Sep

[1]) Aus Angaben in Landeswährung.
[2]) Durchschnittlich jährliche Veränderung.

Quelle: OECD, SAEG; Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle

Jahres Anzeichen einer konjunkturellen Belebung in einigen europäischen Ländern gegeben. In Frankreich, Großbritannien, Belgien und Italien hatten sich die konjunkturellen Auftriebskräfte, überwiegend getragen vom privaten Konsum und vom Export, verstärkt. Im Verlauf des Jahres zeigte sich jedoch, daß dies noch keine Wende war; schon im Sommer schwächte sich die Nachfrage wieder deutlich ab. In den Niederlanden und den skandinavischen Ländern blieb das Produktionsniveau sogar durchweg niedrig, während sich in der Bundesrepublik — nach der Abschwächung zu Beginn des Jahres — im zweiten Halbjahr deutliche Anzeichen einer Erholung zeigen.

Erfolge konnten die europäischen Länder, wie erwähnt, in der Bekämpfung der Inflation und vor allem der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte verzeichnen. So gelang es in Großbritannien, den Geldwertschwund gegenüber dem Vorjahr von über 16 vH auf rund 8 vH, und in Italien von rund 18½ vH auf 12 vH zu vermindern (Tabelle 3). Auch die Länder des europäischen Währungsverbundes kamen in der Stabilisierung des Preisniveaus weiter voran. Entlastend wirkten hier die starke Senkung der Weltmarktpreise für Rohstoffe und die Aufwertung nahezu aller Währungen gegenüber dem Dollar. Allenthalben dürften auch die Lohnstückkosten in diesem Jahr etwas weniger steigen als 1977 (Tabelle 4). Die durchschnittliche Inflationsrate der europäischen Länder liegt nun bei knapp 7 vH. Die starke Abflachung des Preisauftriebs, die von Mitte 1977 an zu beobachten war, hat sich im Verlauf des Jahres 1978 allerdings zumeist nicht fortgesetzt. Die Leistungsbilanzdefizite der bisher schwächsten Länder haben sich zurückgebildet (Ziffer 34).

13. In Frankreich war die konjunkturelle Belebung um die Jahreswende besonders ausgeprägt. Eine erhöhte Konsumnachfrage war zu den schon im vergangenen Jahr stark expandierenden Exporten hinzugekommen. Im Jahre 1977 hatten die französischen Unternehmen rund 7 vH mehr exportiert als im Jahr zuvor; sie konnten damit ihre Anteile am Welthandel vergrößern. Frankreich hatte seine Wettbewerbsfähigkeit insbesondere im Jahre 1976 infolge der Abwertung des Franken verbessern können; seit dieser Zeit ist der gewogene Kurs des Franken nahezu konstant geblieben. Im Verlaufe dieses Jahres schwächte sich der Exportanstieg allerdings ab; dennoch dürfte die Zunahme im ganzen Jahr noch 5 vH betragen. Rege blieb die Nachfrage nach Konsumgütern, wobei wie fast allenthalben

Tabelle 4

Lohnkosten je Produkteinheit [1]) in ausgewählten Ländern

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH [2])

Land	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978 a)
Bundesrepublik Deutschland [3])	+ 8,9	+ 5,7	+ 7,9	+ 9,4	+ 6,3	+ 1,2	+ 3,8	+ 3
Belgien	+ 9,2	+ 8,7	+ 8,5	+15,2	+16,1	+ 8,6	+ 8,6	+ 6,5
Dänemark	+ 9,2	+ 7,6	+12,4	+17,3	+15,5	+ 6,2	+ 9 a)	+ 7,5
Frankreich	+ 6,6	+ 6,4	+ 8,6	+15,4	+17,2	+10,6	+10,1	+10,5
Großbritannien	+ 8,0	+ 9,0	+ 9,1	+20,1	+32,1	+11,2	+ 9,7	+10
Irland	+12,0	+10,0	+14,0	+17,4	+27,3	+16,7	+15,5 a)	+ 9
Italien	+12,8	+ 8,0	+13,8	+20,7	+26,0	+15,4	+19,8	+11,5
Niederlande	+ 9,8	+ 7,7	+10,8	+12,2	+14,0	+ 6,0	+ 6,0	+ 5,5
Vereinigte Staaten	+ 3,7	+ 4,1	+ 6,0	+11,4	+ 7,6	+ 5,1	+ 6,4	+ 8
Japan	+10,6	+ 6,5	+14,9	+26,5	+14,6	+ 6,6	+ 7 a)	+ 4,5
Österreich	+ 9,3	+ 6,5	+10,5	+11,0	+15,2	+ 4,8	+ 6,5	+ 6
Schweden	+ 8,6	+ 6,3	+ 4,3	+10,7	+19,2	+17,0	+15,5	+10
Schweiz	+11,5	+ 9,9	+10,5	+ 8,3	+10,6	+ 2,4	− 1,5 a)	+ 1,5

[1]) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttosozialprodukts.
[2]) Aus Angaben in Landeswährung.
[3]) Bundesrepublik Deutschland: Eigene Schätzung.
a) Schätzungen auf 0,5 Prozentpunkte gerundet.

Quelle: DIW

Automobile mit im Vordergrund des Interesses standen. Zu einer verstärkten Investitionstätigkeit kam es auch in Frankreich noch immer nicht. Die Unternehmensinvestitionen werden noch hinter der Zunahme des Sozialprodukts zurückbleiben, das real um 3½ vH und damit etwas stärker als 1977 steigen wird.

14. Anders als in den meisten europäischen Industrieländern ist in Frankreich die Inflationsrate — die hier ihren Höchststand 1974 mit 13½ vH hatte — in diesem Jahr verhältnismäßig wenig gesunken. Von Herbst 1977 bis zum Herbst 1978 ist der Index der Verbraucherpreise um fast ebensoviel gestiegen wie im Jahr zuvor, nämlich etwas mehr als 9 vH. Auch die Lohnkosten stiegen mit etwa 10½ vH unverändert stark. Etwas verzeichnet ist das Bild allerdings wegen der Freigabe einer Reihe administrierter oder administrativ kontrollierter Preise. Daraus hat sich zumindest vorübergehend ein gewisser „Nachholeffekt" ergeben. Im Zuge der jetzt konsequenter marktwirtschaftlich ausgerichteten Wirtschaftspolitik Frankreichs wurde dies als Zwischenphase hingenommen. Scharfer Wettbewerb soll künftig die französische Wirtschaft mehr bestimmen als in der Vergangenheit.

Die französische Leistungsbilanz ist auch in diesem Jahr nahezu ausgeglichen, nachdem es 1977 noch den Anschein gehabt hatte, als sei die Verminderung des Defizits allein auf den konjunkturellen Rückschlag zurückzuführen.

15. Großbritannien verzeichnete eine vergleichsweise günstige Konjunkturentwicklung. Für 1978 wird mit einem Zuwachs des realen Sozialprodukts von 3 vH gerechnet — für Großbritannien eine hohe Rate. Vor allem der private Konsum, aber auch der private Wohnungsbau nahmen kräftig zu. Bemerkenswert ist, daß der Export noch einmal um fast 4 vH gesteigert werden konnte, nachdem es hier bereits 1977 zu einem starken Anstieg gekommen war. Obwohl das Volumen des Welthandels nur um 4 vH größer geworden war, hatte Großbritannien 1977 seine Ausfuhr um rund 7 vH erhöhen können. In diesem Jahr hat jedoch auch die Einfuhr wieder verstärkt zugenommen, so daß sich die Handelsbilanz nicht weiter verbesserte. Die abnehmende Teuerung sowie Steuererleichterungen trugen dazu bei, daß trotz ermäßigter Steigerung der nominalen Einkommen eine reale Zunahme des verfügbaren Einkommens von über 5 vH erreicht wird. Daraus erklärt sich weitgehend die kräftige Belebung des privaten Verbrauchs. Insbesondere die Automobilindustrie profitierte davon. Aber auch die private Investitionsnachfrage hat sich in diesem Jahr weiter verstärkt. Die öffentlichen Investitionen blieben erneut, wenn auch weniger stark als 1977, unter dem Niveau des Vorjahres.

In Großbritannien ist es gelungen, die Inflationsrate in zwei Jahren nahezu zu halbieren. Die Einkommenspolitik der Regierung und stabilere Importpreise als Folge der Stabilität des Wechselkurses — diese allerdings selbst als Folge der recht erfolgreichen Einkommenspolitik — haben dazu geführt, daß Mitte des Jahres der Geldwertschwund gegenüber dem Vorjahr nur noch 7,4 vH betrug. Die Lohnstückkosten steigen aber schon wieder stärker, und von den Importkosten kommt weniger Entlastung. So hat sich die Preissteigerungsrate zuletzt wieder erhöht.

16. Auch für Italien ist 1978 ein Jahr beginnender konjunktureller Erholung. Im vergangenen Jahr war es dort zum stärksten Einbruch innerhalb der Gruppe der großen europäischen Länder gekommen. Schon zur Jahreswende haben die privaten Konsumausgaben wieder zugenommen, vor allem aufgrund einer überaus starken Erhöhung der Renten. Diese Impulse hielten auch im Verlauf des Jahres an; denn das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte steigt 1978 zum ersten Mal seit zwei Jahren real wieder deutlich. Die Exporttätigkeit, die schon 1977 mit einer Zunahme von rund 6 vH einen noch stärkeren Konjunktureinbruch in Italien verhindert hatte, blieb auch in diesem Jahr lebhaft. Gleichwohl wird das reale Sozialprodukt nur einen Zuwachs von etwa 2 vH aufweisen.

Denn obwohl die Inflationsrate abgenommen hat, die Leistungsbilanz einen unerwartet hohen Überschuß von 5 Mrd Dollar aufweist und die Arbeitslosigkeit nicht weiter gestiegen ist, sind in Italien dauerhafte Probleme weiterhin ungelöst. Die Investitionsnachfrage der Unternehmen wird im Durchschnitt dieses Jahres deutlich geringer sein als 1977. Der Rückgang hatte schon in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres begonnen. Die inzwischen wieder sehr geringe Kapazitätsauslastung, nicht zuletzt aber die schwierige finanzielle Situation vieler privater, aber auch vieler öffentlicher Unternehmen sowie die Unsicherheit über die im Herbst dieses Jahres beginnende neue Lohnrunde scheinen die Investitionsneigung und die Investitionsfähigkeit der Wirtschaft nachhaltig beeinträchtigt zu haben.

Von den öffentlichen Ausgaben wird auch in diesem Jahr ein noch einmal steigender Teil der volkswirtschaftlichen Gesamtausgaben gestellt. Obwohl die Regierung sich bemüht, den Ausgabenanstieg zu begrenzen, wird das öffentliche Defizit weiter steigen. Zwar wurden Steuern erhöht und öffentliche Tarife in Richtung Kostendeckung umgestaltet, aber die Belastungen für die öffentlichen Haushalte, die sich allein aus dem Versuch ergaben, bestimmte Wirtschaftsbereiche, etwa den Wohnungsbau, stark zu fördern und generell den Kostendruck der Unternehmen durch die Übernahme von Sozialleistungen in den Staatshaushalt zu mildern, ließen noch keine Rückführung der öffentlichen Verschuldung zu. Die Regierung hat dies allerdings für die nächsten drei Jahre zu ihrem Programm gemacht.

17. In den Niederlanden und Belgien blieben Anzeichen für eine deutliche konjunkturelle Erholung bisher aus. In den Niederlanden stagniert die Industrieproduktion bereits seit über einem Jahr, und in Belgien ist gerade wieder erst das Niveau des Vorjahres erreicht. Entscheidend für die schwache Konjunkturentwicklung dürfte in beiden Ländern sein, daß die verminderte Wettbewerbsfähigkeit aufgrund der Höherbewertung der Währungen nur eine geringe Exportsteigerung zuließ. Der Außenbeitrag verminderte sich sogar geringfügig. Noch 1977 war es in den Niederlanden zu einer Zunahme der privaten Investitionsnachfrage und des Wohnungsbaus von rund 15 vH und außerdem zu einer kräftigen Expansion des privaten Verbrauchs gekommen. Daß dies nicht eine stärkere konjunkturelle Dynamik hervorgerufen hat, ist wohl dem deutlichen Verlust von Marktanteilen im Außenhandel zuzuschreiben.

Da beide Länder bestrebt sind, die Zuwachsraten der öffentlichen Ausgaben dauerhaft zu vermindern, um die Staatsdefizite zu begrenzen, gehen auch von der öffentlichen Nachfrage kaum konjunkturelle Impulse aus. Allerdings wurden in beiden Ländern neue Programme zur Investitionsbelebung verabschiedet.

Ebenso wie in den Niederlanden und Belgien wird auch in weiteren europäischen Ländern die Zuwachsrate des Sozialprodukts 1978 sehr gering ausfallen (Tabelle 2). In den skandinavischen Ländern steht noch immer das Ziel der Inflationsbekämpfung im Vordergrund, immerhin konnte ein weiterer konjunktureller Rückschlag verhindert werden. In Österreich gelang es nicht, die Anstöße, die noch immer von der Exportnachfrage ausgingen, zur Belebung der binnenwirtschaftlichen Nachfrage zu nutzen, da der rückläufige private Verbrauch die Erwartungen verdüsterte. In der Schweiz war es die enorme Aufwertung der eigenen Währung, die trotz einer bisher noch deutlichen Exportzunahme die Unternehmen verunsicherte. Zudem wurden erheblich mehr Güter eingeführt. In beiden Ländern liegt der Zuwachs des Sozialprodukts nur wenig über 1 vH.

Arbeitslosigkeit noch unvermindert

18. An der Höhe der Arbeitslosigkeit in den westlichen Industrieländern hat sich auch im Jahre 1978 kaum etwas geändert. Entsprechend den Unterschieden in der konjunkturellen Entwicklung stand den recht deutlichen Beschäftigungserfolgen in den Vereinigten Staaten eine noch immer steigende Unterbeschäftigung in Europa gegenüber. Nur einige europäische Länder können auf eine gewisse Verbesserung der Situation verweisen. Auch in Japan, das eine für japanische Verhältnisse sehr geringe, international gesehen aber immer noch beträchtliche Produktionsausweitung erlebt, ist die Arbeitslosigkeit weiter angestiegen (Tabelle 5). Sie ist hier allerdings grundsätzlich sehr viel geringer als in anderen Industrieländern, da ein Großteil der Japaner praktisch auf Lebenszeit angestellt ist.

Tabelle 5

Arbeitslosenquoten in ausgewählten Ländern

vH

Angaben in Spalte A: ILO, nationale Quellen [1])

Angaben in Spalte B: SAEG (standardisierte nationale Angaben) [2])

Land	Berechnungsmethode [2])		1974		1975		1976		1977		1978 [3]) [4])	
	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B
Bundesrepublik Deutschland	I	II	2,6	2,2	4,7	4,2	4,6	4,1	4,5	4,0	4,4	3,9
Belgien	I	II	4,0	3,2	6,7	5,3	8,6	6,8	7,7	7,8	.	8,4
Dänemark	I	II	2,5	2,0	6,0	4,6	6,1	4,7	7,7	5,8	8,5	6,5
Frankreich	I	II	2,9	2,3	4,9	3,9	5,9	4,3	6,3	4,9	6,6	5,2
Großbritannien	I	II	2,7	2,4	4,4	3,8	5,8	5,3	6,3	5,7	6,3	5,7
Irland	IV	II	7,9	6,3	12,2	8,7	12,3	9,8	11,8	9,7	10,5	8,5
Italien	I	II	5,1	4,8	5,6	5,2	6,3	5,5	7,0	6,4	.	6,9
Niederlande	I	II	3,6	2,9	5,2	4,1	5,5	4,4	5,3	4,3	5,3	4,3
Vereinigte Staaten	III	.	5,6	.	8,5	.	7,7	.	7,0	.	6,1	.
Kanada	III	.	5,4	.	7,1	.	7,2	.	8,1	.	8,6	.
Japan	III	.	1,4	.	1,9	.	2,0	.	2,0	.	2,3	.
Österreich	I	.	1,5	.	2,0	.	2,0	.	1,8	.	2,1	.
Schweden	III	.	2,0	.	1,6	.	1,6	.	1,8	.	2,4	.

[1]) Wegen der zum Teil stark voneinander abweichenden Auffassungen vom Tatbestand „Arbeitslosigkeit" und unterschiedlichen Berechnungsmethoden sind die Arbeitslosenquoten von Land zu Land nur bedingt vergleichbar.

[2]) Berechnungsmethode:

I: Anteil der durch die Arbeitsverwaltung am Monatsende als arbeitslos registrierten Personen an den abhängigen (zum Teil auch an den gesamten) Erwerbspersonen.

II: Anteil der durch die Arbeitsverwaltung als arbeitslos registrierten Personen an den gesamten zivilen Erwerbspersonen (für den EG-Gebrauch standardisierte nationale Angaben).

III: Anteil der durch regelmäßige Haushaltsbefragungen (Stichproben) ermittelten Arbeitslosen an den geschätzten gesamten Erwerbspersonen.

IV: Anteil der als arbeitslos registrierten und gegen Arbeitslosigkeit versicherten Arbeitnehmer an der geschätzten Gesamtzahl der versicherten Arbeitnehmer mit Ausnahme der in der Landwirtschaft, Fischerei und in privaten Haushalten Beschäftigten.

[3]) Eigene Schätzung.

[4]) Für Belgien und Italien werden nur noch Angaben entsprechend der Definition der Spalte B veröffentlicht. Die in Spalte A eingetragenen Zahlen entstammen älteren Veröffentlichungen, in denen die Angaben entsprechend der Definition der Spalte A zum letzten Mal nachgewiesen wurden.

19. Von der Verbesserung der Arbeitsmarktsituation in den Vereinigten Staaten bekommt man durch die noch verbliebene Arbeitslosenquote von 6 vH einen falschen Eindruck; für europäische Ansprüche ist dies ein nach wie vor ungewöhnlich hoher Stand. Beträchtlich ist immerhin auch hier die Veränderung. Während der Rezession betrug die Arbeitslosenquote fast 9 vH. Vor allem aber muß man sehen, daß auch in den Vereinigten Staaten die Anzahl der Erwerbspersonen wegen des Eintritts geburtenstarker Jahrgänge in das Erwerbsleben stark zugenommen hat und auch weiterhin deutlich ansteigt; der Rückgang der Arbeitslosigkeit unterzeichnet daher bei weitem das Ausmaß der Beschäftigungssteigerung, das der Aufschwung hervorgebracht hat. Es ist freilich nicht das Ausmaß der Produktionssteigerung, das diese Beschäftigungsentwicklung erklärt. Wie erwähnt ist in den Vereinigten Staaten der Zuwachs im Produktionsergebnis je Beschäftigten außerordentlich gering. Geringer als in den anderen Industrieländern ist er ohnehin schon seit vielen Jahren. Jetzt kommt hinzu, daß nach drei Jahren Aufschwung die Produktivitätsreserven, die vorher noch in unausgelasteten Kapazitäten lagen, aufgebraucht sind. Ein kräftiges Produktionswachstum ist also nur noch bei kräftiger Beschäftigungssteigerung möglich.

Unterschiede zwischen den Vereinigten Staaten und Europa sind auch zu bedenken, wenn es darum geht, die Höhe der amerikanischen Arbeitslosenquote konjunkturell zu beurteilen. Die gegenwärtige Quote von 6 vH liegt nur noch um einen Prozentpunkt über dem in den siebziger Jahren bisher erreichten Minimum von 4,9 vH. Daß dieses Minimum so hoch liegt, mag teilweise seine Gründe in

Besonderheiten der amerikanischen Arbeitslosenstatistik haben (Ziffer 24). Ein deutlicher weiterer Abbau der Arbeitslosigkeit ist aber anscheinend auch wegen struktureller Besonderheiten des amerikanischen Arbeitsmarktes nicht ohne weiteres zu erwarten. In einigen Altersklassen, etwa bei Jugendlichen unter 20 Jahren, gibt es in vielen Gebieten der Vereinigten Staaten seit langem Arbeitslosenquoten von bis zu 20 vH, bei Farbigen dieses Alters sogar bis zu 40 vH. Die demographische Entwicklung hat den Anteil solcher Gruppen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen weiter ansteigen lassen. Daraus ist die verbreitete These erwachsen, daß es nicht leicht möglich sein werde, in diesem nun schon so lange anhaltenden konjunkturellen Aufschwung die Arbeitslosenquote auch nur auf das Niveau zu drücken, das in früheren Jahren der Hochkonjunktur immerhin erreicht worden ist.

20. In Europa waren es Großbritannien, die Bundesrepublik und Italien, die die Arbeitslosigkeit geringfügig vermindern oder zumindest ein weiteres Ansteigen vermeiden konnten. In anderen Ländern dagegen erhöhte sich die Arbeitslosigkeit weiter, so vor allem in Belgien (jetzt 8,4 vH) und in Dänemark (8,5 vH), aber auch in Frankreich (6,6 vH). Kanada hat ebenfalls nach wie vor sehr große Beschäftigungsprobleme zu lösen. Hier sind jetzt 8,6 vH der Erwerbspersonen arbeitslos.

Angesichts dieser Stagnation am Arbeitsmarkt versuchten viele Regierungen auch 1978, die Arbeitslosigkeit bestimmter Gruppen durch gezielte Maßnahmen in Grenzen zu halten. So wurden den Betrieben in bestimmten Fällen Lohnzuschüsse gezahlt (Schweden) oder zusätzliche Beschäftigte im öffentlichen Dienst eingestellt (Österreich) oder zumindest zeitweise dort beschäftigt (Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Schweden). Diese Maßnahmen sind allerdings weitgehend zeitlich befristet, so daß sie keine Erhöhung der Dauerbeschäftigung bedeuten. Sie können die tatsächliche Höhe der Arbeitslosigkeit nur verdecken, wenn nicht damit gerechnet werden kann, daß an die Stelle solcher Arbeitsplätze neue treten werden.

21. Ein zusätzliches Angebot am Arbeitsmarkt ergibt sich in den kommenden Jahren daraus, daß in fast allen Industrieländern, besonders aber in Europa, wegen der geburtenstarken Jahrgänge sehr viel mehr Jugendliche in das Erwerbsleben treten. Erst in fünf bis sechs Jahren wird sich diese Entwicklung abschwächen. In vielen Ländern gibt es deshalb Zuschüsse an die Betriebe für die Einstellung von Jugendlichen, Anreize zu längerer Ausbildung und Programme zur Schaffung von Lehrstellen im öffentlichen Bereich.

22. *Die Abgrenzung der Personen, die als „arbeitslos" gelten sollen, ist von Land zu Land sehr unterschiedlich. Während man grundsätzlich nach einer Definition des internationalen Arbeitsamtes (ILO) davon ausgeht, daß solche Personen als arbeitslos gezählt werden sollten, die arbeitsfähig sind und eine bezahlte Arbeit suchen, gibt es im einzelnen bedeutsame Abweichungen in der Definition der Arbeitslosigkeit. In erster Linie sind es folgende Fragen, die recht unterschiedlich beantwortet werden: 1. Sollten Personen als arbeitslos gelten, die nur vorübergehend keiner Arbeit nachgehen? 2. Sollten arbeitsfähige Personen, die nicht wirklich Arbeit suchen, sondern sich nur arbeitslos melden, um zum Beispiel Vorteile des Sozialversicherungssystems wahrzunehmen, als arbeitslos gelten? 3. Sollten arbeitsfähige Personen, die zwar grundsätzlich eine Arbeit annehmen würden, aber nicht aktiv suchen, weil sie erwarten, daß zur Zeit keine Arbeitsplätze in ihrer näheren Umgebung verfügbar sind, als Arbeitslose gezählt werden?*

23. *Schon die Wahl der Erhebungsmethode enthält eine Antwort auf diese Fragen. In den Ländern, in denen Arbeitsämter die Arbeitslosen registrieren, weil diese dort Unterstützungszahlungen erhalten und ihre Arbeitswilligkeit erklären, werden Personen der ersten und zweiten Gruppe als arbeitslos gezählt, nicht aber Personen der dritten. In Ländern, in denen die Höhe der Arbeitslosigkeit durch Haushaltsstichproben, das heißt also durch direkte Befragung, ermittelt wird, werden die ersten beiden Kategorien — wenn auch nur unvollkommen — ausgeschlossen, die dritte aber vermutlich weitgehend eingeschlossen.*

24. *Die OECD hat versucht, die Angaben besser vergleichbar zu machen. Sie geht davon aus, daß die Befragung grundsätzlich die besten Ergebnisse liefern kann, Personen der dritten Kategorie aber ausgeschlossen werden sollten. Sie korrigiert die Arbeitslosenquoten in den Ländern, in denen die Angaben von den Arbeitsämtern stammen, auf der Basis von jährlichen oder unregelmäßigen Haushaltsstichproben der statistischen Ämter, und zwar indem sie für den Zeitpunkt ihrer Stichproben Relationen zwischen den so ermittelten Arbeitslosen und den Arbeitslosen der offiziellen Statistik errechnet und mit diesen Relationen dann die Zahlen der Arbeitsamtsstatistik fortschreibt. Für die Bundesrepublik ergibt sich nach diesem Verfahren eine niedrigere Arbeitslosenquote, vermutlich deswegen, weil Personen der ersten und zweiten Gruppe in der Stichprobe nicht als arbeitslos gezählt werden, wohl aber von den Arbeitsämtern. Hingegen bleibt die für die Vereinigten Staaten offiziell ermittelte Arbeitslosenquote unverändert, weil diese das Ergebnis einer Befragung ist, wie sie die OECD grundsätzlich anerkennt, obwohl die Quote vermutlich Teile der dritten Gruppe enthält.*

Auch sonst hat das Bereinigungsverfahren der OECD noch Mängel. Zum einen ist die Relation zwischen den Erwerbslosen der Stichproben und denen der Arbeitslosenstatistik äußerst instabil; sie schwankt für die Bundesrepublik in den vergangenen vier Jahren zwischen 73 Prozent im Jahre 1974 und 98 Prozent im Jahre 1976, so daß für eine Fortschreibung keine gesicherte Basis besteht. Zum anderen entspricht die Definition der Erwerbslosen im Mikrozensus, der in der Bundesrepublik an die Stelle einer eigenen Stichprobe tritt, nicht der Definition des Arbeitslosen des Internationalen Arbeitsamtes, da registrierte Arbeitslose, die vorübergehend geringfügige Tätigkeiten ausüben, in der Stichprobe als Erwerbstätige gezählt werden. Dies erklärt in erster Linie, daß eine geringere Anzahl von Erwerbslosen ermittelt wird, als zugleich als arbeitslos gemeldet sind, obwohl die Abgrenzung der Erwerbslosen prinzipiell umfassender ist. Bedeutender noch dürfte sein, daß die quantitativ wichtige dritte Kategorie der Arbeitslosen, die „Stille Reserve" (discouraged workers, inactive seekers) in der Statistik der Arbeitsämter sicherlich nicht enthalten ist, aber kein eindeutiges Wissen darüber vorliegt, ob und wie viele dieser Personen von der Befragung erfaßt werden.

25. *Für den Vergleich der Arbeitslosenquoten in Europa ist bedeutsamer, wie die Gesamtheit der Personen definiert ist, auf die man die Anzahl der Arbeitslosen bezieht. In den Ländern der Europäischen Gemeinschaft werden keine regelmäßigen Stichproben durchgeführt, sondern alle Arbeitslosen von der Arbeitsverwaltung erfaßt. Während aber in einigen Ländern die abhängigen Erwerbspersonen als Maßgruppe dienen, ist es in anderen die Gesamtzahl aller zivilen Erwerbspersonen. Die dadurch sich ergebenden Unterschiede versucht das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften zu korrigieren, indem für alle Länder die Gesamtzahl der zivilen Erwerbspersonen geschätzt wird, zu der dann die Anzahl der erfaßten Arbeitslosen in Beziehung gesetzt wird. Diese Korrektur der Quoten löst sicherlich die oben angesprochenen Probleme nicht. Wir haben dennoch in Tabelle 5 neben den nationalen Angaben diese Arbeitslosenquoten angeführt, um einen besseren Vergleich innerhalb der Europäischen Gemeinschaft zu ermöglichen.*

Welthandel ohne Schwung

26. Im Verlauf des konjunkturellen Rückschlages des Jahres 1977 waren in allen größeren Industrieländern mit Ausnahme der Vereinigten Staaten die Importe zurückgegangen, jedenfalls dem Volumen nach. Im Vergleich zum Vorjahr hatte sich für 1977 nur noch ein Zuwachs von 4 vH ergeben. Die konjunkturelle Belebung zu Beginn dieses Jahres brachte dann einen neuen Anstieg mit sich. Die Ausweitung des Welthandels ist mit etwa 5 vH dennoch deutlich unter der durchschnittlichen Wachstumsrate der Vergangenheit von etwa 8,5 vH geblieben. Der Handel der Industrieländer untereinander nahm nur mäßig zu. Die Nachfrage der nicht ölfördernden Entwicklungsländer und der OPEC-Länder brachte ebenfalls keine kräftigen Impulse. Die Importe der Industrieländer aus diesen Ländergruppen stagnierten nahezu. Die Öleinfuhren der Industrieländer sanken 1978 sogar geringfügig. Die Exporte der Industrieländer in die Ölförderländer stiegen mit rund 5 vH weit weniger als in den vergangenen Jahren. Ihre Exporte in die übrigen Entwicklungsländer hingegen nahmen mit etwa 7 vH stärker zu als im vergangenen Jahr.

27. In der Wirtschaft der nicht ölexportierenden Entwicklungsländer dürfte sich auch in diesem Jahr keine Belebung gegenüber den vergangenen beiden Jahren ergeben. Auffällig ist, daß selbst die weiterentwickelten Länder in dieser Gruppe eine nochmals verringerte Zuwachsrate der Produktion aufweisen. Nur in einigen südostasiatischen Ländern setzt sich die sehr günstige Entwicklung der vergangenen drei Jahre fort. Das Leistungsbilanzdefizit aller nicht ölexportierenden Entwicklungsländer, das 1977 leicht zurückgegangen war, ist 1978 schätzungsweise um 10 Mrd Dollar gestiegen und liegt jetzt wieder nahe dem bisherigen Höchstwert des Jahres 1975, nämlich bei 33 Mrd Dollar. Zwar sind Verschuldungsgrenzen weniger spürbar geworden als noch 1975, aber das kann sich rasch ändern, wenn sich die Exporterlöse nicht deutlich verbessern.

Bei den ölexportierenden Ländern ist Inflationsbekämpfung ein wichtiger Grund dafür geworden, daß die gesamtwirtschaftliche Expansion gedämpft verläuft. In den Jahren 1974 bis 1976 stieg die Gesamtnachfrage um rund 12 vH. Für 1978 ist wahrscheinlich nur mit 10 vH zu rechnen. Dies erklärt neben den verringerten Leistungsbilanzüberschüssen aus vermindertem Ölabsatz die schwache Zunahme der Importe dieser Ländergruppe.

Die Staatshandelsländer werden 1978 nur wenig mehr importieren als im Vorjahr. Damit wird die bereits einige Jahre anhaltende Stagnation im Handel mit diesen Ländern auch in diesem Jahr nicht überwunden werden können. Zwar haben sich ihre Defizite gegenüber den Industrieländern in den vergangenen Jahren vermindert, sie streben aber anscheinend einen weiteren Abbau an. Das schließt freilich nicht aus, daß im Rahmen von Kompensationsgeschäften der Handel mit diesen Ländern künftig stärker zunimmt.

28. Durch die schwache Weltnachfrage sind auch die Preise für die meisten Rohstoffe zu Beginn dieses Jahres unter starken Druck geraten. Deren Produktion kann kurzfristig nicht rasch an Nachfrageschwankungen angepaßt werden, so daß leicht Angebotsüberschüsse entstehen. Im Herbst 1978 zogen die meisten Rohstoffpreise zwar wieder an; im Durchschnitt dieses Jahres werden sie aber unter den Vorjahreswerten liegen. In den Aufwertungsländern verbilligte die Abwertung des Dollar die Rohstoffeinfuhr zusätzlich.

Da die Exportpreise der Industrieländer weit weniger stark sanken als die Einfuhrpreise, größtenteils sogar noch stiegen, haben sich die Austauschbedingungen der Länder aus der OECD-Gruppe zum Teil erheblich verbessert. Am stärksten profitierten Japan, die Schweiz und die Bundesrepublik. Aber auch Frankreich, Italien und Großbritannien konnten Verbesserungen verzeichnen, während die Vereinigten Staaten eine deutliche Verschlechterung hinnehmen mußten. Die Verbesserung der Terms of Trade der Industrieländer dürfte zu etwa gleichen Teilen zu Lasten der OPEC-Länder und der anderen Entwicklungsländer gegangen sein.

Als Folge dieser Entwicklung verwandelte sich das Handelsbilanzdefizit der OECD-Länder von über 23 Mrd Dollar im Jahre 1977 in einen Überschuß von 3 Mrd Dollar in diesem Jahr. Das Defizit der Leistungsbilanz sank um 25 Mrd Dollar auf nunmehr 1,3 Mrd Dollar. Zugleich ging der Leistungsbilanzüberschuß der Ölförderländer um etwa 20 Mrd Dollar auf 12 Mrd Dollar zurück. Diejenigen OPEC-Länder, die aufgrund einer größeren Bevölkerung importfähiger sind, haben inzwischen sogar zum ersten Mal seit 1973 deutliche Defizite zu verzeichnen. In den Industrieländern scheint es gelungen zu sein, die Abhängigkeit von Öleinfuhren aus dem OPEC-Raum auch dauerhaft zu mildern, da zum einen das Öl aus der Nordsee und aus Alaska in verstärktem Maße zur Verfügung steht, zum anderen Einsparungsmaßnahmen allmählich Wirkung zeitigen.

29. Im Zuge der anhaltenden Wachstumsschwäche in den Industrieländern hat in den letzten Jahren die Neigung zugenommen, durch protektionistische Maßnahmen wirtschaftliche Vorteile anzustreben. Diese Tendenz konnte auch in diesem Jahr trotz zunehmender öffentlicher Bekenntnisse zu freiem internationalem Handel und trotz der gerade auch bei den Entwicklungsländern wachsenden Einsicht in die Vorteile eines ungehinderten internationalen Warenaustausches nicht wesentlich vermindert werden. Zwar wurden weniger als noch in den vergangenen Jahren spektakuläre globale Maßnahmen ergriffen, da akute Zahlungsbilanzprobleme weniger im Vordergrund standen, aber zum Schutz einzelner Sektoren nahm man auch in diesem Jahr vermehrt zu offener oder versteckter Diskriminierung ausländischer Konkurrenzprodukte Zuflucht. Weiter verstärkt hat sich dabei die Neigung zu nichttarifären Benachteiligungen der Einfuhr, wie sie sich etwa hinter verschärften Qualitätsnormen und Anti-Dumping-Überprüfungen verbergen können und in Genehmigungspflichten, Kartellen zum Schutz gegen Importe und bilateralen Selbstbeschränkungsabkommen offenkundig werden. Auch die Ausfuhr wird zunehmend begünstigt; versteckte Exportsubventionen sind ein besonders schwer zu kontrollierendes Übel.

30. In Europa war es wiederum in erster Linie die Stahlindustrie, der Anti-Dumping-Maßnahmen, Selbstbeschränkungsabkommen und Mindestpreisvorschriften dienten. Neben den schon im vergangenen Jahr beschlossenen Mindestpreisen und Einschränkungen der Stahlproduktion wurden schon bestehende Anti-Dumping-Zölle, so etwa für Einfuhren aus Japan, der Tschechoslowakei, Spanien und Polen, verlängert und unbefristete Anti-Dumping-Zölle für Bleche aus Bulgarien und Rumänien sowie Warmbreitband aus Südkorea neu eingeführt.

Für den Bereich der Chemiefasern werden ähnliche Regelungen wie für Stahlerzeugnisse angestrebt. Die großen europäischen Hersteller haben Mitte dieses Jahres ein Strukturkrisenkartell gebildet, das der Europäischen Gemeinschaft zur Genehmigung vorgelegt wurde. Es sieht Kapazitätseinschränkungen um rund 15 vH vor sowie Produktionsquoten, soll aber nicht auf die Preisbildung Einfluß nehmen. Der Import aus Drittländern soll im Prinzip nicht beeinträchtigt werden. Zumindest letzteres wäre aber wahrscheinlich die Folge. Anbieter aus Drittländern würden versuchen, die Produktionseinschränkung zu einer Ausweitung der Marktanteile zu nutzen, was dann die zuständigen Behörden der Europäischen Gemeinschaft, sollten sie das Kartell doch noch genehmigen, zu Importrestriktionen veranlassen dürfte.

31. Es ist nicht nur wichtig, neuen protektionistischen Tendenzen entgegenzutreten, sondern darüber hinaus in internationalen Verhandlungen Zollsenkungen und einen Abbau von Handelshemmnissen anzustreben. Tatsächlich behindern aber die protektionistischen Tendenzen die laufenden Verhandlungen der GATT-Runde in Genf. Diese sind vor allem auf den Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse, daneben aber auch auf weitere Zollsenkungen gerichtet. In diesem Jahr ist es bisher nur gelungen, ein Rahmenabkommen über die weitere Fortsetzung der Verhandlungen und deren endgültige Ziele abzuschließen. Die vorliegenden Zollsenkungsangebote der größten Handelspartner lassen hoffen, daß es immerhin im Bereich der tarifären Handelsbeschränkungen am Ende dieser Runde, das allerdings noch nicht abzusehen ist, zu substantiellen Verbesserungen kommen wird. Schwer wird es sein, über die besonderen Problembereiche, staatliche Subventionspolitik, Maßnahmen gegen Marktstörungen und Öffnung des europäischen Marktes für Agrarexporte aus den Vereinigten Staaten, eine Einigung zu erzielen.

32. Immerhin gab es auch in diesem Jahr nicht nur weitere protektionistische Maßnahmen, sondern auch Handelserleichterungen. So hat besonders Japan Zölle auf bestimmte Lebensmittel, elektrotechnische Geräte und Kraftfahrzeuge gesenkt beziehungsweise ganz beseitigt. Spanien hob Einfuhrkontingente auf und senkte Zölle für Chemikalien, Maschinen und Kraftfahrzeuge. Auch einige Entwicklungsländer taten bedeutende Schritte zur Liberalisierung, so etwa Indien, Mexiko und einige südamerikanische Länder; sie erleichterten oder beseitigten Genehmigungsverfahren und hoben Mengenbeschränkungen für Importe auf.

II. Mühsamer Erholungsprozeß in Europa

33. In Europa dürften 1977 und 1978, wie erwähnt, wichtige Länder den Bedingungen nähergekommen sein, unter denen eine wirtschaftliche Belebung nicht schon bald wieder durch eine Beschleunigung der Inflation oder eine Vergrößerung der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte an Grenzen stößt, wie es 1976 bei dem ersten Anlauf zu einem kräftigen konjunkturellen Aufschwung der Fall gewesen war. Das Jahr 1978 war für Produktion und Beschäftigung noch kein gutes Jahr. Aber es war immerhin ein Jahr mit steigenden Wachstumsraten und vermindertem Geldwertschwund. Diese Kombination war auch Hauptziel in den wirtschaftspolitischen Programmen der meisten Länder. Sie wird es bleiben müssen, wenn die Beschäftigung nachhaltig steigen soll.

Zahlungsbilanzungleichgewichte abgebaut

34. Die Zahlungsbilanzungleichgewichte in Europa haben sich, betrachtet man die Salden der Leistungsbilanz, rascher und stärker vermindert, als es gemeinhin erwartet worden war (Tabelle 6). Daß es zu einem Wechsel vom Defizit zum Überschuß kommen würde, war allenfalls Großbritannien zugetraut worden, das mehr und mehr seine Ölquellen in der Nordsee nutzen kann. Tatsächlich konnten aber vor allem Italien und Frankreich ihre

Tabelle 6

Salden der Handelsbilanz und der Leistungsbilanz ausgewählter Länder

Mio US-Dollar

Land	1973	1974	1975	1976	1977 [1]	1978 [1]
			Salden der Handelsbilanz			
Bundesrepublik Deutschland	+15 467	+22 173	+17 677	+16 689	+19 300	+24 100
Belgien-Luxemburg	+ 1 224	+ 879	+ 548	− 873	− 1 400	− 900
Dänemark	− 1 188	− 1 787	− 1 304	− 2 878	− 2 700	− 2 200
Frankreich	+ 776	− 3 862	+ 1 510	− 4 685	− 2 800	+ 1 700
Großbritannien	− 5 344	−11 659	− 6 542	− 5 710	− 3 000	− 2 500
Irland	− 527	− 1 073	− 463	− 608	− 600	− 800
Italien	− 3 682	− 8 511	− 1 149	− 4 242	+ 100	+ 3 100
Niederlande	+ 998	+ 595	+ 1 311	+ 1 776	− 200	− 1 600
EG-Länder	+ 7 724	− 3 245	+11 588	− 531	+ 8 700	+20 900
Vereinigte Staaten	+ 913	− 5 338	+ 9 051	− 9 353	−31 100	−37 600
Kanada	+ 2 992	+ 1 939	− 378	+ 1 661	+ 3 100	+ 3 600
Japan	+ 3 686	+ 1 438	+ 5 030	+ 9 890	+17 300	+27 900
Österreich	− 1 515	− 1 410	− 1 417	− 2 506	− 3 900	− 3 100
Schweden	+ 2 273	+ 607	+ 695	+ 441	+ 300	+ 3 000
Schweiz	− 1 685	− 2 109	+ 98	+ 439	+ 300	+ 800
OECD-Länder	+ 8 000	−26 250	+ 6 000	−17 250	−23 200	+ 3 500
OPEC-Länder [2]	+21 500	+77 750	+49 750	+66 250	+61 500	+42 800
Entwicklungsländer (ohne OPEC-Länder) [3]	− 7 500	−23 500	−38 500	−25 000	−23 500	−34 000
			Salden der Leistungsbilanz			
Bundesrepublik Deutschland	+ 4 371	+ 9 804	+ 4 059	+ 3 902	+ 3 700	+ 6 800
Belgien-Luxemburg	+ 1 153	+ 911	+ 705	− 296	− 700	− 100
Dänemark	− 464	− 981	− 488	− 1 909	− 1 600	− 1 200
Frankreich	− 691	− 5 942	− 3	− 6 048	− 3 300	+ 2 300
Großbritannien	− 2 146	− 8 224	− 3 667	− 1 504	+ 500	− 100
Irland	− 234	− 671	− 24	− 262	− 200	− 400
Italien	− 2 234	− 8 039	− 556	− 2 855	+ 2 300	+ 5 500
Niederlande	+ 2 342	+ 2 061	+ 1 990	+ 2 690	+ 200	− 2 000
EG-Länder	+ 2 097	−11 081	+ 2 016	− 6 282	+ 900	+10 800
Vereinigte Staaten	+ 6 881	+ 1 720	+18 456	+ 4 339	−15 300	−19 600
Kanada	+ 107	− 1 487	− 4 696	− 3 841	− 3 900	− 3 900
Japan	− 136	− 4 693	− 682	+ 3 680	+10 900	+20 600
Österreich	− 319	− 450	− 333	− 1 490	− 3 000	− 1 500
Schweden	+ 1 215	− 933	− 1 624	− 2 389	− 3 400	− 1 000
Schweiz	+ 280	+ 171	+ 2 587	+ 3 518	+ 3 400	+ 4 400
OECD-Länder	+ 3 000	−32 750	− 6 250	−24 500	−27 600	− 1 300
OPEC-Länder [2]	+ 9 000	+61 250	+28 750	+39 250	+32 500	+12 000
Entwicklungsländer (ohne OPEC-Länder) [3]	− 8 000	−24 000	−39 500	−26 500	−23 000	−33 000

[1]) Eigene Schätzung aufgrund von Unterlagen internationaler Organisationen.
[2]) Algerien, Bahrein, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Oman, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.
[3]) Afrika ohne Republik Südafrika, Mittel- und Südamerika, Asien ohne Japan und Staatshandelsländer, Ozeanien.

Quelle: IMF, OECD

Leistungsbilanzdefizite in beachtliche Überschüsse verwandeln; in Großbritannien ist die Leistungsbilanz nahezu ausgeglichen. Die Überschüsse der Aufwertungsländer haben sich nur wenig verringert oder sogar erhöht.

35. All dies sagt allerdings noch wenig darüber aus, ob die Verbesserung nicht wiederum nur Reflex der Nachfrageschwäche ist oder ob eine dauerhafte Verbesserung erreicht werden konnte. Dauerhaft entscheiden über die außenwirtschaftliche Lage in erster Linie die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Länder und die dahinter stehende Kostensituation.

36. Die starke Abwertung von Pfund und Lira hat die Wettbewerbsfähigkeit der englischen und italienischen Exportunternehmen deutlich verbessert. Dies gilt unabhängig davon, ob man für ein solches Urteil den Wechselkursänderungen die Entwicklung der Preise oder der Kosten gegenüberstellt (Schaubild 3). So konnten diese Länder ihre Marktanteile im internationalen Handel erhöhen. In Großbritannien ist dies sogar die erste deutliche Verbesserung seit Beginn der sechziger Jahre. Insofern kann heute wahrscheinlich eher als 1975 damit gerechnet werden, daß die Abwertungsländer in einer erneuten Belebung weniger schnell an außenwirtschaftliche Grenzen stoßen werden. Ihre Fähigkeit, zu exportieren und mit Importen zu konkurrieren, hat sich verbessert.

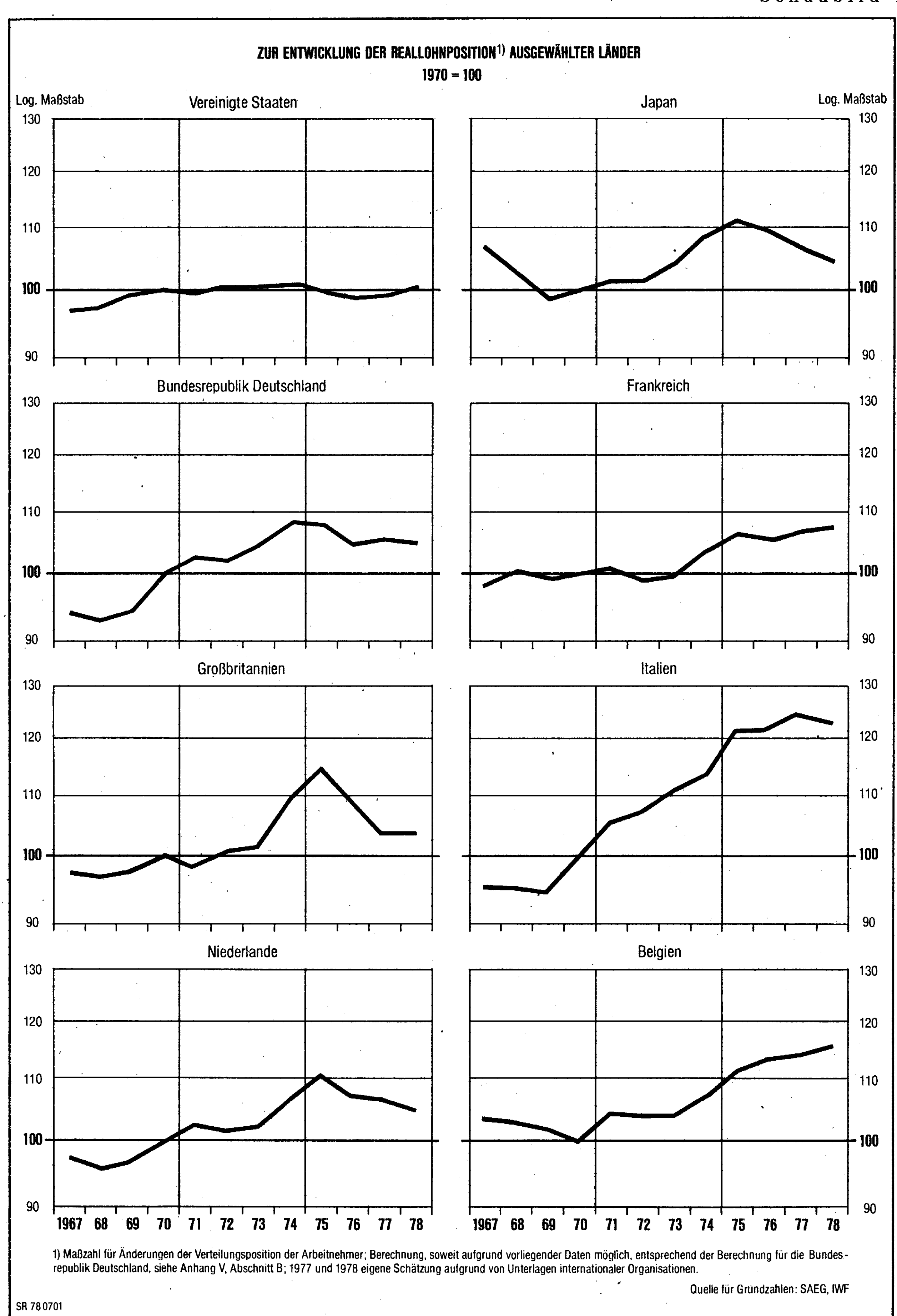
37. Auf der anderen Seite werden die Aufwertungsländer zunehmend weniger konkurrenzfähig. Zwar haben sich in der Bundesrepublik und in der Schweiz zunächst keine eindeutigen Mengenreaktionen als Folge der starken Aufwertungen gezeigt, aber die Preis-Kosten-Relation der außenwirtschaftlichen Sektoren steht unter Druck. Wie schon im Falle Japans besonders deutlich geworden ist, reagierten die exportierenden Unternehmen auf eine Wechselkursänderung zunächst meist damit, daß sie die Preise senkten oder weniger stark anhoben, um zumindest einen Teil der Höherbewertung der eigenen Währung auszugleichen. Auf diese Weise verschlechterte sich, nimmt man diese Zusammenhänge für sich, die Ertragslage in diesen Ländern, da inländische Kosten, namentlich die Löhne, verglichen mit dem Ausland nicht um soviel weniger stiegen, wie sich der Wechselkurs erhöhte.

38. Diese Veränderungen müssen vor dem Hintergrund einer längerfristigen Entwicklung gesehen werden. Anfang der siebziger Jahre war es zunächst in fast allen Ländern zu einer Verschlechterung der Gewinnsituation der Unternehmen gekommen, weil die Lohnstückkosten noch schneller stiegen als das Preisniveau. Dies schlägt sich in Änderungen der Reallohnposition nieder, in der außerdem Veränderungen im Verhältnis der Ausfuhrpreise zu den Einfuhrpreisen berücksichtigt sind. Während seit 1974 in einigen Ländern eine Umkehr dieser Entwicklung eingetreten ist, die bislang anhält, so besonders in Großbritannien, ergab sich in der Bundesrepublik und in den Niederlanden nur zeitweise eine leichte Verbesserung der Gewinnsituation; die Korrektur setzte sich nicht fort. In Belgien und besonders in Italien gab es sogar bis 1977 eine ununterbrochene Verschlechterung der Ertragslage. In Italien ist es den Unternehmen offensichtlich nur in geringem Ausmaß gelungen, die Chance für eine Verbesserung der Ertragslage, die sich aus der Abwertung der Lira ergab, zu nutzen; die Arbeitnehmer konnten immer wieder umgehend entsprechend stärkere Lohnsteigerungen durchsetzen. Frankreich nimmt eine mittlere Stellung ein. Dort wurde die Währung weniger stark abgewertet; die außenwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit konnte nicht verbessert werden, und auch die Ertragslage in der Gesamtwirtschaft ist seit 1975 nahezu unverändert geblieben (Schaubild 4).

39. Was speziell die Exportbereiche anbelangt, so hat es auf der Seite der Abwertungsländer in den letzten Jahren keine die Abwertung vollständig kompensierenden Lohnsteigerungen gegeben; dies gilt auch für Italien. Die Unternehmen konnten ihre Ertragslage im Außenhandel verbessern oder Marktanteile gewinnen. Noch ist jedoch nicht sicher, daß dies auch weiterhin gelingt. Stärkere Lohnsteigerungen könnten die gerade gewonnene Wettbewerbsfähigkeit gefährden und erneut zu einer Abwertungs-Inflations-Spirale führen. In Großbritannien wird befürchtet, daß es dazu kommt. Bisher hat die Einkommenspolitik der Regierung Erfolge zu verzeichnen gehabt. In diesem Jahr konnten, wie erwähnt, eine kräftige wirtschaftliche Belebung erreicht, die Inflationsrate gesenkt und sogar eine deutliche reale Steigerung der Löhne sowie eine Stabilisierung des Pfundkurses erzielt werden. Insbesondere die Reallohnerhöhung könnte Anlaß sein, die Lohnleitlinie der Regierung von 5 vH — produktivitätsabhängige Steigerungsmöglichkeiten kommen hinzu — zu beachten. Doch sieht es gegenwärtig nicht danach aus. Auch in Frankreich und besonders in Italien wird viel davon abhängen, ob die Arbeitnehmer bereit sind, eine weitere Dämpfung der Preissteigerungen möglich zu machen. Letzteres ist besonders dort schwierig, wo es, wie in Italien, eine so enge Bindung der Löhne an Preisänderungen gibt, daß selbst vorübergehende Preiserhöhungen zur Anhebung der Lohnsätze führen können. In Frankreich besteht die Sorge, daß nach der Freigabe der staatlich kontrollierten Preise erhöhte Lohnsteigerungen den Stabilisierungsprozeß erst einmal wieder weiter verzögern werden.

40. In den Aufwertungsländern ist es im Zusammenspiel von Wechselkursänderung, Preisanpassung und Lohnerhöhung in den letzten Jahren nicht dazu gekommen, daß der Anstieg der Lohnstückkosten in den Außenhandelsbereichen hinter dem Anstieg des Preisniveaus zurückgeblieben ist. Die Verbilligung der Einfuhr konnte dies nicht ausgleichen. Die Bundesrepublik, die Niederlande und Belgien können offensichtlich weniger als früher darauf setzen, ihre Probleme primär über eine von ihnen selbst zu schaffende neue außenwirtschaftliche Dynamik zu lösen. Der ständige Aufwertungsdruck steht dem entgegen.

Schaubild 4



1) Maßzahl für Änderungen der Verteilungsposition der Arbeitnehmer; Berechnung, soweit aufgrund vorliegender Daten möglich, entsprechend der Berechnung für die Bundesrepublik Deutschland, siehe Anhang V, Abschnitt B; 1977 und 1978 eigene Schätzung aufgrund von Unterlagen internationaler Organisationen.

Quelle für Grundzahlen: SAEG, IWF

Geld- und Finanzpolitik vorsichtig expansiv

41. Im Jahre 1977 war die Finanzpolitik in fast allen Ländern in Europa von der Konjunkturabschwächung überrascht worden, so daß sich im nachhinein die expansiven Impulse als weniger stark erwiesen, als der konjunkturellen Entwicklung förderlich gewesen wäre. Die wirtschaftliche Stagnation führte dazu, daß in den Ausgabe- und Steuerbeschlüssen für 1978 Konsolidierungsvorhaben aufgeschoben oder aufgegeben wurden und die Finanzpolitik erneut versuchte, der Konjunktur Impulse zu geben. Dies gilt jedenfalls für die Länder, in denen die Aufwertung der Währung die Konjunkturaussichten erneut verschlechterte, zumal der damit von außen kommende Druck auf die Inflationsraten eine expansive Politik ermöglichte, ohne daß diese sogleich neue Sorgen hinsichtlich der angestrebten Geldwertstabilität hervorrufen mußte.

Die expansiven Impulse der Finanzpolitik kamen 1978 vor allem über die Einnahmenseite der öffentlichen Haushalte zustande. Die Einkommensteuer wurde in Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien und in der Bundesrepublik gesenkt. Daneben wurden in mehreren Ländern Investitionszulagen oder Abschreibungserleichterungen eingeführt.

In Italien und in den Niederlanden hingegen gab es in diesem Jahr vor allem das Bestreben, die Staatsfinanzen dauerhaft zu sanieren und die öffentliche Verschuldung einzuschränken. In Italien wurden öffentliche Ausgaben gekürzt, Steuern erhöht und die Preise öffentlicher Dienstleistungen angehoben. Damit soll schon in diesem Jahr eine Verminderung des Anteils der Staatskredite an der Finanzierung der öffentlichen Ausgaben erreicht werden. Die Niederlande betreiben ein Sparprogramm, das die Zuwachsrate der öffentlichen Ausgaben, insbesondere der Ausgaben für Sozialleistungen und Gehälter im öffentlichen Dienst, bis 1981 begrenzen und so die öffentliche Verschuldung reduzieren soll.

Insgesamt haben sich die Defizite der Zentralhaushalte der europäischen Länder in diesem Jahr wieder erhöht oder zumindest nicht weiter vermindert. Lediglich Frankreich hat das Defizit seines Zentralhaushalts mehr als halbiert; dieses ist ohnehin gering, was aber mit Besonderheiten der französischen Budgettechnik zusammenhängen mag.

42. Die Geldpolitik der vergangen zwei Jahre war in den meisten Ländern Europas vor allem von dem Ziel geprägt, die Inflationsrate zu drücken. Dabei spielten außenwirtschaftliche Rücksichten eine wichtige Rolle. Obwohl der Inflationssockel deutlich abgebaut werden konnte, ist in den Ländern mit hohen Inflationsraten noch immer die Sorge groß, abermals in einen Strudel von Abwertung und anschließender Inflationsbeschleunigung zu geraten. Das Interesse an einem kräftigeren konjunkturellen Aufschwung mußte demgegenüber zunächst zurückstehen. Immerhin waren auch diese Länder bemüht, nicht etwa durch eine restriktive Geldpolitik die konjunkturelle Erholung zu behindern, und teilweise war die monetäre Expansion zuletzt auch wieder beträchtlich. In den Aufwertungsländern wurde von Anfang an eine recht expansive Geldpolitik betrieben; denn die Aufwertung verminderte die Gefahren für die interne Stabilität, ja, die Notenbanken sahen sich veranlaßt, den von ihr ausgehenden konjunkturdämpfenden Einflüssen entgegenzuwirken.

43. Großbritannien und Frankreich stehen für die erste Gruppe, die Bundesrepublik und die Schweiz für die zweite. Die britische Geldpolitik hatte sich 1977 zum Ziel gesetzt, den gewogenen Kurs des Pfundes zu stabilisieren. Im Verlauf des Jahres geriet das Pfund infolge starker Kapitalzuflüsse unter Aufwertungsdruck. Dem hätte durch Devisenkäufe begegnet werden können, was aber eine Ausweitung der Geldmenge über den Zielbereich von 9 vH bis 13 vH hinaus bedeutet hätte. Um dies zu vermeiden, wurde auf die Stabilisierung des Pfundkurses verzichtet und eine Höherbewertung zugelassen. Als sich diese Höherbewertung dann ab Februar dieses Jahres zurückzubilden begann, nahm die Bank von England dies nicht hin; denn inzwischen hatte sich auch aus binnenwirtschaftlichen Gründen die monetäre Expansion kräftig beschleunigt. Der Diskontsatz wurde von 6,5 % im Januar schrittweise auf 10 % im Juni dieses Jahres erhöht. Der Wechselkurs des Pfundes ist seitdem nahezu stabil geblieben, nahe dem Niveau des vergangenen Jahres (Schaubild 2). Dennoch ist es im Verlauf dieses Jahres zu einer überaus starken Expansion der Geldmenge gekommen (im August + 20 vH gegenüber dem Vorjahr). Die Notenbank sah sich veranlaßt, erneut Einlagenzuwachsbeschränkungen einzuführen.

In Frankreich war es schon 1977 nur zu einer mäßigen monetären Expansion gekommen. Anders als in Großbritannien wurde dieser Kurs auch 1978 konsequent durchgehalten, obwohl die französische Notenbank Wechselkursänderungen mit monetären Maßnahmen entgegentrat, also ebenso wie in Großbritannien versuchte, sowohl Geldmengenziele einzuhalten als auch in bestimmten Grenzen Rücksicht auf den Außenwert der Währung zu nehmen. Im Februar dieses Jahres wurde eine starke Zinssteigerung für kurzfristige Gelder zugelassen. Das wirkte einem Abwertungsdruck auf den Franken im Frühjahr entgegen. Die Expansion der Geldmenge blieb danach in etwa auf dem Zielpfad, der einen Anstieg von 12 vH vorsah. Der vorübergehenden Abwertungstendenz beim Franken im Herbst 1978 trat die Geldpolitik nicht mehr entgegen.

44. In der Schweiz hat die Notenbank seit Beginn dieses Jahres versucht, dem überaus starken Aufwertungsdruck für den Schweizer Franken mit einer elastischen Interventionspolitik zu begegnen. Sie war dabei allerdings lange Zeit von dem Ziel geleitet, zugleich die monetäre Expansion in Grenzen zu halten. Nach einer Zwischenphase, in der die Notenbank sogar Dollar abgab, kam es im Herbst zu einer dramatischen Zuspitzung der Situation. Mit administrativen Maßnahmen und massi-

ven Interventionen, vor allem gegenüber der D-Mark, wehrte sich die Notenbank gegen eine weitere Höherbewertung. Der Schweizer Franken hatte vom September 1977 bis September 1978 um 30 vH gegenüber der D-Mark an Wert gewonnen. Zeitweise wurde die D-Mark für 75 Rappen gehandelt. Ende Oktober erklärte die Notenbank dann, sie werde den vollkommen unrealistisch gewordenen Wechselkurs des Schweizer Franken gegenüber der D-Mark nicht hinnehmen und dem Devisenmarkt die Information zur Verfügung stellen, die er offensichtlich benötige. Sie werde eine „Orientierungshilfe" geben, indem sie durch Interventionen einen Wechselkurs des Schweizer Franken gegenüber der D-Mark sichert, der nicht unter 80 Franken für 100 D-Mark liegt.

45. Im europäischen Währungsverbund ist es nach der Mitte des Jahres und nach den Diskussionen um eine Erweiterung des Verbundes zu einem Abwertungsdruck auf den holländischen Gulden und den belgischen Franken gekommen, die beide an der unteren Grenze des Kursbandes lagen und, ebenso wie die D-Mark an der oberen Bandgrenze, nur durch massive Interventionen innerhalb der Bandbreiten gehalten werden konnten. Die Notenbanken der beiden Länder versuchten auch hier, durch Diskontsatzerhöhung dem Kapitalabstrom entgegenzuwirken.

Der Druck auf diese Währungen dürfte auf einen in der Vergangenheit angestauten Abwertungsbedarf zurückzuführen sein. Auch in diesem Jahr sind die Differenzen in den Inflationsraten zwischen diesen Ländern und der Bundesrepublik noch beträchtlich; allerdings sind sie kleiner geworden. Unter dem Einfluß des Anpassungsdrucks im Währungsverbund ist es gelungen, die Inflationsrate in den Niederlanden um mehr als die Hälfte und in Belgien um fast zwei Drittel zu senken. Eine Korrektur der Wechselkurse erwies sich gleichwohl als unvermeidlich. Dasselbe galt abermals auch für die Währungen Dänemarks und Norwegens, Länder, in denen das Inflationstempo noch immer sehr hoch ist. Am 15. Oktober wurde die D-Mark um 4 vH gegenüber der dänischen Krone und der norwegischen Krone und um 2 vH gegenüber dem holländischen Gulden und dem belgischen Franken aufgewertet.

Das weiter bestehende Stabilitätsgefälle zwischen Großbritannien mit einer Inflationsrate von zuletzt etwa 8 vH, Italien mit rund 12 vH und der Bundesrepublik mit 2,1 vH ist auch der wichtigste Grund für die Skepsis, die dem Plan einer Erweiterung und Umformung des Währungsverbundes entgegengebracht wird. In den stabilen Ländern ist es die Furcht vor einer abermals beschleunigten Geldentwertung, in den weniger stabilen Ländern hingegen die Sorge vor einem „deflationären" Anpassungsdruck, der die ungelösten Beschäftigungsprobleme verschärfen könnte, die die Diskussion beherrschen.

Dennoch haben die Erfahrungen mit unterschiedlichen Währungssystemen in Europa und der Wunsch, einer gemeinsamen europäischen Währung näherzukommen, zu einer grundsätzlichen Einigung darüber geführt, daß ab 1. Januar nächsten Jahres alle Länder der Europäischen Gemeinschaft im Prinzip wieder feste Wechselkurse zwischen ihren Währungen haben sollen (Ziffern 344 ff.).

TEIL B
Die Binnenkonjunktur 1978

I. Überblick

46. In der Bundesrepublik hat sich das konjunkturelle Klima im Verlauf des Jahres 1978 deutlich verbessert. Die Belebung setzte jedoch später ein als erwartet. Obwohl Bund, Länder und Gemeinden ihre Ausgaben von Jahresbeginn an wieder verstärkt ausweiteten und umfangreiche Steuererleichterungen die private Nachfrage stützten, blieben die Unternehmen bei der Entscheidung über Produktion, Beschäftigung und Investitionen zumeist sehr vorsichtig, vor allem wenn sie mit ausländischen Anbietern im Wettbewerb standen. Denn bei nur wenig verminderten Lohnsteigerungen brachte die kräftige Höherbewertung der D-Mark vielfach Gewinneinbußen und neue Unsicherheit in den Absatz- und Ertragserwartungen mit sich. Dies wirkte den expansiven Impulsen entgegen, die von der Finanzpolitik ausgingen. Erst von der Jahresmitte an überwogen die Auftriebskräfte. Das reichliche Geldangebot wurde nun vermehrt genutzt.

Im Jahresdurchschnitt nahmen die gesamtwirtschaftlichen Ausgaben nicht stärker zu als ein Jahr zuvor. Da die Preissteigerungen weiter nachließen — auf der Verbraucherstufe betrugen sie zuletzt 2,1 vH —, war der reale Nachfragezuwachs indes etwas größer als 1977. Der Anteil, der davon auf Importe entfiel, hat weiter zugenommen. Der Anstieg der inländischen Produktion übertraf mit 3 vH den des vorigen Jahres nur wenig. Für eine spürbare Erhöhung des Beschäftigungsstandes blieb er noch zu schwach. Die Anzahl der Arbeitslosen lag im Jahresdurchschnitt nur gringfügig unter einer Million.

47. Nach der Enttäuschung, die das Jahr 1977 gebracht hatte, waren die Erwartungen für das Jahr 1978 von vornherein gedämpft gewesen und, was den Jahresdurchschnitt anbelangt, auf kein wesentlich günstigeres Ergebnis als das tatsächlich erreichte gerichtet. Allgemein war jedoch damit ge-

rechnet worden, daß die Konjunktur im Jahresverlauf früher anziehen würde.

Anlaß dazu hatte der Kurswechsel gegeben, den die Finanzpolitik im Herbst 1977 vollzogen hatte, nachdem sie bis dahin bestrebt gewesen war, die hohen öffentlichen Defizite zu vermindern. Steuersenkungen und zusätzliche Staatsausgaben versprachen einen kräftigen Anstoß.

Wie nachhaltig dieser sein würde und ob er — worauf es vor allem ankam — die Beschäftigungsmöglichkeiten über das Jahr 1978 hinaus verbessern würde, war allerdings ungewiß geblieben. Dies hing zum einen von der außenwirtschaftlichen Entwicklung ab, zum anderen aber auch von der Lohnpolitik. Denn so wichtig die Belebung der Nachfrage für eine Ausweitung des Angebots war, so dringlich war zugleich, daß von den Kosten her mehr Produktion dauerhaft rentabel erschien und daß die Suche nach neuen Absatzmärkten, neuen Techniken und neuen Produkten, von der die wirtschaftliche Dynamik auf mittlere Sicht abhängt, hinreichenden Gewinn in Aussicht stellte.

Finanzierungsengpässe waren kaum zu befürchten. Die Liquidität in der Wirtschaft war groß, und bei einer Ausweitung der Zentralbankgeldmenge um 8 vH, wie sie die Bundesbank für den Jahresdurchschnitt 1978 angekündigt hatte, war Spielraum für eine kräftige Steigerung der öffentlichen und der privaten Ausgaben vorgesehen.

48. Die Erwartungen, die sich an die neue staatliche Initialzündung knüpften, wurden dadurch bestärkt, daß es noch vor der Jahreswende zu einer deutlichen Belebung der wirtschaftlichen Aktivität kam. Die Inlandsbestellungen beim verarbeitenden Gewerbe, die vom Frühjahr 1977 an teils stagniert hatten, teils rückläufig gewesen waren, zogen spürbar an, die Aufträge an die Bauwirtschaft stiegen beschleunigt, und der private Verbrauch expandierte verstärkt; zugleich zeigte auch die Auslandsnachfrage wieder eine steigende Tendenz. Die Produktion nahm vom dritten zum vierten Vierteljahr in der Wirtschaft insgesamt mit einer Jahresrate von 5½ vH zu. Setzte sich dieser Anstieg 1978 das Jahr über fort, so war auch bei der Beschäftigung mit einer Verbesserung zu rechnen.

49. Schon bald nach der Jahreswende kam jedoch mit der anhaltenden Höherbewertung der D-Mark neue Unsicherheit auf. Bis dahin war der beschleunigte Wechselkursanstieg, der im Herbst 1977 eingesetzt hatte, noch mit Gelassenheit hingenommen worden. Dies änderte sich, als der Kurs für die D-Mark in den ersten Monaten 1978 weiter stieg und vor allem gegenüber dem Dollarraum immer mehr über das hinausging, was bei den Unterschieden in den Inflationstendenzen zwischen dem Inland und dem Ausland wettbewerbsneutral gewesen wäre (Ziffern 161 ff.).

Überdies waren die Lohnverhandlungen wesentlich schwieriger als in den drei vorangegangenen Jahren, zumal Verhandlungsgegenstand nicht nur die Erhöhung der Arbeitsentgelte, sondern in zunehmendem Maße auch Einkommenssicherungen für jene Arbeitnehmer waren, die von Rationalisierungsmaßnahmen betroffen werden. Obwohl die Lohnsteigerungen mit 5 vH bis 6 vH im Durchschnitt etwas niedriger ausfielen als ein Jahr zuvor, brachten sie weitere Kostenbelastungen, die angesichts der wechselkursbedingten Verschärfung des Wettbewerbsdrucks nicht in allen Bereichen über entsprechende Preiserhöhungen wettgemacht werden konnten.

50. Die Aufwertung hatte allerdings auch Vorteile. Begünstigt waren außer den Konsumenten, denen bei zahlreichen Produkten der geringere Preisanstieg zugute kam, die Unternehmen in den Binnenbereichen, die auf ihren Absatzmärkten nicht mit ausländischen Anbietern konkurrieren, einen Teil der benötigten Vorprodukte aber jetzt billiger beziehen. Die aufwertungsbedingte Verbilligung importierter Rohstoffe und Halbwaren minderte den Kostendruck, der von den Löhnen ausging, so daß es bei den erzielbaren Preisen nicht selten zu einer Ausweitung der Gewinnmargen kam. Unternehmen, die einen wesentlichen Teil ihrer Produktion exportieren oder deren Erzeugnisse auf den Inlandsmärkten mit Einfuhrgütern in Wettbewerb stehen, mußten dagegen überwiegend eine weitere Verschlechterung ihrer Ertragslage hinnehmen. Zwar konnten sie die Absatzeinbußen, wie es scheint, zumeist in vergleichsweise engen Grenzen halten; zur Verteidigung ihrer Marktanteile mußten sie jedoch Preiszugeständnisse machen. Hinzu kam, daß die Unsicherheit darüber zunahm, welche Erzeugnisse in der Bundesrepublik auf mittlere und längere Sicht wettbewerbsfähig hergestellt werden können.

51. Die Folge war, daß die expansiven Impulse der Finanzpolitik bis zum Sommer nicht in die Breite wirkten und daß auch eine Ausweitung des Geldangebots, die infolge der Interventionen der Bundesbank an den Devisenmärkten noch erheblich über die Zielvorgabe hinausging, die Ausgaben im ganzen nicht nachhaltig anregte. Ausgeprägt waren die Auftriebskräfte nur in der Bauwirtschaft, die außer von der zügigen Auftragsvergabe des Staates vor allem von der immer stärker werdenden Wohnungsbaunachfrage profitierte. Günstige Finanzierungsbedingungen und Steuererleichterungen förderten auch den privaten Verbrauch. Die Unternehmen blieben dagegen zum großen Teil bei ihrem vorsichtigen Verhalten. Der Lageraufbau hielt sich in engen Grenzen, und die Bereitschaft, eigenes oder geliehenes Geld in neue Produktionsanlagen zu investieren, nahm nicht in dem erhofften Maße zu. Für einen durchgreifenden Aufschwung fehlte es so an den notwendigen Selbstverstärkungskräften.

52. Ende Juli 1978 beschloß die Bundesregierung ein neues Bündel zeitlich gestaffelter finanzpolitischer Maßnahmen. Sowohl dem Umfang wie dem Zeitpunkt des Inkrafttretens nach wurde das Schwergewicht auf weitere Erleichterungen in der Einkommensbesteuerung gelegt. Diese sollen zusammen mit einer Verbesserung beim Kindergeld vom Jahresbeginn 1979 an wirksam sein und erst

ab Mitte kommenden Jahres durch eine Anhebung der Mehrwertsteuer zum Teil ausgeglichen werden. Daneben ist vorgesehen, 1979 die Mittel zur Förderung von Forschung und Entwicklung weiter zu erhöhen und die Lohnsummensteuer 1980 abzuschaffen.

53. Verglichen mit der ersten Jahreshälfte ist die allgemeine Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung in den letzten Monaten spürbar besser geworden. Vor allem in der Industrie, wo der Rückschlag zu Beginn des Jahres besonders ausgeprägt war, sind die Unternehmen wieder zuversichtlicher. Zwar ist die Nachfrage dort bis zuletzt nur wenig über das Niveau hinausgegangen, das sie Ende 1977 bereits erreicht hatte, doch ist eine steigende Tendenz erkennbar, die inzwischen auch ihren Niederschlag in der Produktion gefunden hat. Die Basis für die konjunkturelle Belebung ist damit breiter geworden, und die Aussicht, daß sich die Erholung fortsetzt, größer, denn die Verbrauchsneigung ist weiterhin hoch, und in der Bauwirtschaft sind die Auftragsbestände nochmals gestiegen. Das heißt indes nicht, daß schon ein Aufschwung sicher wäre, der beim Abbau der Arbeitslosigkeit wesentlich mehr Fortschritte als bisher verspricht.

II. Verzögerter Aufschwung

54. Die Verbesserung der konjunkturellen Lage könnte trotz der Verzögerung, mit der sie eintrat, ohne große Vorbehalte als Beginn eines kräftigen Aufschwungs angesehen werden, wäre die wirtschaftliche Entwicklung nicht seit drei Jahren in Wellen kurzfristig wechselnder Phasen schwächerer und stärkerer Expansion verlaufen und wäre sie nicht im Hinblick auf die Beschäftigungsprobleme bis zuletzt unbefriedigend geblieben. Bei der Frage, warum es sich so und nicht anders verhielt, ist der Konjunkturverlauf und damit die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion nicht nur in Abhängigkeit von autonomen Bestimmungsfaktoren der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zu sehen, sondern auch von der Erwartung der einzelnen Produzenten darüber, welche Absatzchancen sie sich mit einem attraktiven Güterangebot zu günstigen Preisen verschaffen oder erhalten können. Zu den Bedingungen, die von der Nachfrageseite her das Klima für die Produktionsentscheidungen prägen, gehört die Auslandskonjunktur ebenso wie der konjunkturelle Impuls, der vom Staat ausgeht, und nicht zuletzt die Konsumneigung. Unter den Angebotsbedingungen spielen Löhne und Zinsen, und zwar die aktuellen wie die erwarteten, eine dominierende Rolle; hinzu kommen die staatlichen Abgabeansprüche, aber auch Hilfen, die der Staat zur Risikominderung leistet. Zusammen mit dem Wechselkurs, der die Kosten für die Inanspruchnahme ausländischer Vorleistungen, vor allem aber die Wettbewerbsposition gegenüber dem Ausland entscheidend beeinflußt, bestimmt all dies den Umfang der rentabel erscheinenden Produktion. Verbesserungen oder Verschlechterungen bei den Nachfrage- wie den Angebotsbedingungen wirken sich gemeinsam in Veränderungen des Tempos aus, mit dem die Produktion an die jeweilige Auftragslage angepaßt wird, in Veränderungen der Neigung, Vorräte zu bilden, und in Veränderungen der Neigung, vorhandene Produktionsanlagen zu erneuern und zusätzliche zu schaffen, kurz in Veränderungen der Angebotsneigung der Wirtschaft. Diese wiederum beeinflussen Beschäftigung und Einkommen und wirken so auf Nachfrage und Produktion zurück.

Für mehr konjunkturelle Dynamik kann eine bloße Verbesserung der Nachfragebedingungen ausreichend sein, und dies um so eher, je günstiger sich die Bedingungen auf der Nachfrageseite in der Breite darstellen, weil sich positive Erwartungen dann wechselseitig stützen. Es müssen jedoch günstige Angebotsbedingungen hinzukommen, wenn der Aufschwung nachhaltig, also von Wachstumsdynamik bestimmt sein soll. Von beiden Seiten her hat es 1978 Verbesserungen gegeben. Gleichwohl scheinen noch immer Angebotsprobleme die Rückkehr zu mehr Wachstum und zu einem hohen Beschäftigungsstand zu hemmen. Nach wie vor fürchten offenbar zahlreiche Unternehmen, sie könnten bei den Kosten, mit denen sie produzieren und im internationalen Wettbewerb bestehen müssen, auf den angestammten Märkten mittelfristig nicht genügend rentable Absatzmöglichkeiten finden. Und die Risiken und Hindernisse, sich neue Märkte zu erschließen, erscheinen vielen als zu hoch. Dies gibt Anlaß, bei der Diagnose der wirtschaftlichen Entwicklung im Jahre 1978 den Blick zunächst auf die Angebotsbedingungen zu richten.

Fortbestehende Angebotsprobleme

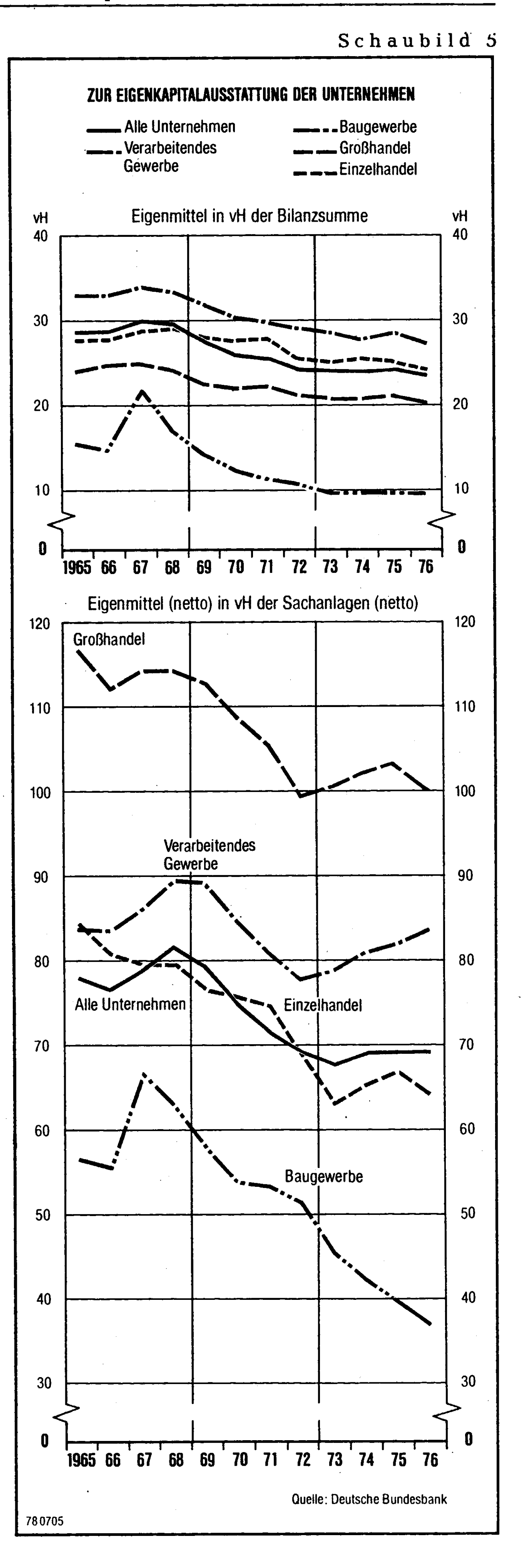
55. Das finanzpolitische Expansionsprogramm, das im Herbst letzten Jahres verabschiedet wurde, sollte nach dem Willen der Bundesregierung zwar in erster Linie für eine neue Initialzündung bei der Nachfrage sorgen, daneben aber auch mit angebotsorientierten Maßnahmen das Investieren attraktiver machen und den notwendigen Strukturwandel erleichtern. Nachdem mit der Reform der Körperschaftsteuer zum Jahresbeginn 1977 die Doppelbelastung der an Inländer ausgeschütteten Gewinne von Kapitalgesellschaften beseitigt worden und mit dem Steueränderungsgesetz 1977 höhere Freibeträge in der Gewerbesteuer sowie eine Senkung der Vermögensteuersätze zum Jahresbeginn 1978 beschlossen worden waren, brachte das Programm vom Herbst 1977 eine Anhebung des Höchstsatzes für die degressive Abschreibung von beweglichen Wirtschaftsgütern von 20 vH auf 25 vH, rückwirkend ab 1. September 1977; außerdem wurde zum gleichen Termin die degressive Abschreibung für Wirtschaftsbauten und den frei finanzierten Mietwohnungsbau wieder zugelassen. Hierdurch wurden die Investitionsrisiken der Unternehmen gemindert und die Finanzierungsmöglichkeiten verbessert. Darüber hinaus wurden die in den öffentlichen Haushalten vorgesehenen Mittel zur Förderung von Forschung und Entwicklung, insbesondere in mittleren und kleinen Unternehmen, aufgestockt und die Hilfen bei Existenzgründungen verstärkt.

56. Von den Kapitalkosten kam 1978 zunächst ebenfalls noch Entlastung. An allen monetären Märkten setzte um die Jahreswende der Zinsrückgang wieder ein, nachdem dieser in der zweiten Jahreshälfte 1977 weitgehend zum Stillstand gekommen war (Ziffern 134 ff.). Mit 5½ % erreichte der Kapitalmarktzins im Frühjahr 1978 den niedrigsten Stand seit zwanzig Jahren. Danach zog er jedoch wieder um gut einen Prozentpunkt an; auch bei den kurzfristigen Zinsen kam der Rückgang erneut ins Stocken, und dies, obwohl die Bundesbank das Geldangebot in einem Maße ausweitete, das über eine potentialorientierte Geldversorgung weit hinausging (Ziffern 134 ff.). Von den Realzinsen her hielt sich der Anreiz zu mehr Investitionen in noch engeren Grenzen. Denn angesichts der Verschärfung des Wettbewerbs mit ausländischen Anbietern mußten viele Unternehmen, namentlich in der Industrie, ihre Preiserwartungen revidieren, so daß im Investitionskalkül nicht nur die Kosten, sondern auch die künftigen Erträge niedriger zu veranschlagen waren. So war in vielen Fällen der Anreiz zur Konsolidierung größer als der Anreiz zu mehr Investitionen.

57. Je risikoreicher Investitionen sind, um so wichtiger ist, daß die Unternehmen über genügend Risikokapital verfügen. Da Fremdkapitalgeber im allgemeinen das Verlustrisiko nicht tragen, kommt für den Umfang der Investitionen nicht nur dem Kapitalangebot im ganzen, sondern auch dessen Struktur eine erhebliche Bedeutung zu. Im Jahre 1976, für das die letzten Angaben vorliegen, war der Anteil der Eigenmittel an der Bilanzsumme im Durchschnitt aller Unternehmen um etwa ein Fünftel niedriger als Mitte der sechziger Jahre (Schaubild 5); nach Ermittlungen der Bundesbank betrug er bei Kapitalgesellschaften 25½ vH, bei Personengesellschaften und bei Einzelkaufleuten weniger als 20 vH. Auch im Verhältnis zu den Sachanlagen sind die Eigenmittel im Trend gesunken. Daß es abweichend davon im verarbeitenden Gewerbe seit den frühen siebziger Jahren zu einem Anstieg kam, spiegelt im wesentlichen die in diesem Bereich besonders geringe Investitionstätigkeit wider. Erhöhte Risiken und gedämpfte Ertragserwartungen ließen die Geldvermögensbildung steigen. Der Spielraum für eigenfinanzierte Investitionen, der sich daraus ergeben hat, ist in manchen Fällen beträchtlich, und im ganzen keinesfalls gering zu veranschlagen. Gleichwohl dürfte für viele Investoren in der Eigenkapitalausstattung, auch wenn sich diese im allgemeinen 1977 und 1978 nicht weiter verschlechtert zu haben scheint, nach wie vor ein wesentlicher Engpaß gelegen haben, zumal die Entwicklung an den Devisenmärkten zur Vergrößerung der Investitionsrisiken beitrug.

58. Wie in früheren Phasen der Währungsunruhe wurde die D-Mark neben dem Schweizer Franken und dem Yen zur wichtigsten Zufluchtswährung, als der Dollar im Herbst vergangenen Jahres einmal mehr unter Druck geriet. Von Ende September 1977 bis Anfang März 1978 stieg der Kurs der D-Mark gegenüber dem Dollar um nahezu 15 vH und gegenüber den Währungen der wichtigsten

Schaubild 5



Handelspartner im gewogenen Durchschnitt immerhin um fast 8 vH. In den Frühjahrsmonaten kam es zwar zu einer gewissen Entspannung, und die Aufwertung bildete sich etwas zurück; im Sommer folgte indes eine neue Dollarschwäche, die im Herbst in einen rapiden Kursverfall mündete und die Mitte Oktober auch eine, allerdings eng begrenzte, Aufwertung der D-Mark gegenüber den Währungen des europäischen Festkursverbunds nach sich zog. Im Durchschnitt der ersten zehn Monate 1978 war der gewogene Wechselkurs der D-Mark um 8$^1/_2$ vH höher als ein Jahr zuvor; gegenüber dem Dollar war eine Höherbewertung um 15$^1/_2$ vH zu verzeichnen. Gegenüber dem Schweizer Franken (−15 vH) und dem Yen (−10 vH) ergab sich indes eine Abwertung der heimischen Währung, die nicht zuletzt auf manchen Drittmärkten verhinderte, daß sich der Wettbewerbsdruck weiter verschärfte.

Auf der Kostenseite brachte die Höherbewertung der D-Mark dagegen den Verarbeitern wie dem Handel Entlastung. Die Einfuhrpreise für Rohstoffe und Halbwaren, die bereits in der zweiten Jahreshälfte 1977 nachgegeben hatten, gingen 1978 weiter zurück, und die Preise für importierte Fertigwaren stiegen das Jahr über nur mäßig. Insgesamt waren ausländische Waren, legt man die Durchschnittswerte der Einfuhr zugrunde, in den ersten neun Monaten 1978 um gut 4 vH billiger als im gleichen Zeitraum 1977. Preisvorteile bei der Inanspruchnahme ausländischer Dienstleistungen kamen hinzu.

59. Die Lohnpolitik, die über die gesamtwirtschaftlich wichtigste Kostenkomponente entscheidet, hat im Jahre 1978 zwar nur wenig dazu beigetragen, mehr Produktion rentabel zu machen und damit die Bedingungen für mehr Beschäftigung zu verbessern; anders als im vorangegangenen Jahr hat sie diese aber auch nicht verschlechtert.

60. Die Lohnrunde 1978 wurde durch den Vertragsabschluß für die Hafenarbeiter in den deutschen Seehäfen eröffnet, der eine lineare Anhebung der Tariflöhne um 7 vH brachte. Diesem Verhandlungsergebnis kam indes ebensowenig Signalwirkung für die anderen Tarifbereiche zu, wie dem Abschluß in der Eisen- und Stahlindustrie, der als nächster folgte. Dort einigten sich Arbeitgeber und Gewerkschaften darauf, die Tarifverdienste um 4 vH anzuheben. In der Metallindustrie, wo die Beschäftigungslage nicht durchweg unbefriedigend war, kamen die Tarifvertragsparteien nach Arbeitskämpfen überein, die Tariflöhne und -gehälter um 5 vH zu erhöhen. Im öffentlichen Dienst vereinbarten die Verhandlungspartner anschließend eine Anhebung der Tarifverdienste um 4,5 vH. Bis zur Jahresmitte wurden — wie auch in den Jahren zuvor — für die Mehrzahl der Arbeitnehmer neue Lohn- und Gehaltsabkommen abgeschlossen (Tabelle 7). Die durchschnittliche lineare Steigerungsrate lag bei 5$^1/_2$ vH und damit um einen Prozentpunkt unter der des Jahres 1977. Auch 1978 zeigten sich dabei keine großen Unterschiede zwischen den einzelnen Bereichen. Berücksichtigt man jedoch die tariflichen Nebenvereinbarungen, wie die Verlängerung des Jahresurlaubs, die Erhöhung der Urlaubsgelder oder die Aufstockung von Jahressonderzahlungen, so ergibt sich ein differenzierteres Bild. Einschließlich der Nebenvereinbarungen wurden die tariflichen Stundenlöhne im Durchschnitt um 6 vH angehoben. Merklich darunter lag das Verhandlungsergebnis im Steinkohlenbergbau; dort wurde eine Erhöhung der tariflichen Arbeitsentgelte um rund 4$^1/_2$ vH vereinbart. Deutlich nach oben wich mit über 9 vH die Steigerungsrate für die Bauarbeiter ab.

61. Eine zusätzliche Dimension erhielten die Tarifverhandlungen im Jahre 1978 durch Abkommen, die den Besitzstand der Arbeitnehmer im Prozeß des technischen Fortschritts stärker als bisher sichern sollen.

In der Druckindustrie, wo es in den letzten Jahren zu einer Rationalisierungswelle in der maschinellen Textverarbeitung gekommen war, einigte man sich nach einem Arbeitskampf auf ein Abkommen, das den von Rationalisierungsmaßnahmen betroffenen Arbeitnehmern eine weitreichende materielle Absicherung bietet. Für die Dauer von acht Jahren müssen Arbeitsplätze im Bereich der neuen rechnergesteuerten Textsysteme vorrangig mit den Fachkräften besetzt werden, deren Arbeitsplätze durch die Einführung der neuen Techniken entfallen. Nötigenfalls sind die betroffenen Arbeitnehmer dabei auf

Tabelle 7

Einkommenspolitisch wichtige Ereignisse

Monat		
1977		
Dezember	Einzelhandel — Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland und Berlin Begünstigte: 340 000	Ab 1. Januar 1978 erhalten alle Vollzeitbeschäftigten einen Anspruch auf vermögenswirksame Leistungen in Höhe von 13 DM monatlich.
	Großhandel — Bayern Begünstigte: 180 000	Ab 1. Januar 1978 erhalten die Beschäftigten vermögenswirksame Leistungen in Höhe von 13 DM monatlich. Die Laufzeit des Vertrages beträgt zwölf Monate.

noch Tabelle 7

Monat		
1978		
Januar	Sozialversicherung	Die Altershilfe für Landwirte wird um 9,9 vH erhöht. Die Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung steigen um 7,3 vH. Ab 1. Januar beträgt die Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten sowie in der Arbeitslosenversicherung 3 700 DM, in der knappschaftlichen Rentenversicherung 4 600 DM, in der gesetzlichen Krankenversicherung 2 775 DM.
	Deutsche Seehäfen — Hafenarbeiter Begünstigte: 20 000	Mit Wirkung vom 1. Februar 1978 werden die Tariflöhne um 7 vH erhöht. Für den Monat Januar wird eine Pauschale von 115 DM gezahlt. Der Tarifvertrag läuft bis zum 31. Dezember 1978.
Februar	Eisen- und Stahlindustrie — Nordrhein-Westfalen, Bremen, Osnabrück und Saarland Begünstigte: 260 000	Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter sowie der Ausbildungsvergütung rückwirkend zum 1. November 1977 (im Saarland zum 1. Dezember 1977) um 4 vH. Für die letzten beiden Monate des Jahres 1977 und den ersten Monat des Jahres 1978 wird insgesamt eine Pauschale von 200 DM vereinbart. Die Laufzeit des Tarifvertrages beträgt zwölf Monate. Ab 1. Januar 1979 erhalten Arbeiter wie Angestellte einen gleichmäßigen Monatslohn. Weiterhin wird beschlossen, daß Arbeiter und Angestellte bei vorübergehender Umgruppierung in niedriger bezahlte Tätigkeiten eine Sicherung des bisherigen Arbeitseinkommens für die Dauer von sieben Monaten, bei dauerhafter Umgruppierung von zwölf Monaten erhalten.
April	Metallindustrie	
	— Baden-Württemberg Begünstigte: 870 000	Mit Wirkung vom 1. April 1978 werden die Tariflöhne und -gehälter um 5 vH erhöht. Für die Monate Januar, Februar, März wird ein Pauschalbetrag von monatlich 137 DM vereinbart. Die Ausbildungsvergütungen werden ebenfalls aufgestockt. Außerdem wird ab 1. Januar 1978 der Lohn der Arbeitswertgruppe I auf den Lohn der Arbeitswertgruppe II angehoben. Der Lohntarifvertrag läuft zwölf Monate. Schließlich wird ein Rationalisierungsschutzabkommen geschlossen, das erstmals Mitte 1983 kündbar ist.
	— Niedersachsen Begünstigte: 125 000	Die Tarifverdienste werden ab 1. Januar 1978 um 5 vH erhöht. Die unteren Arbeitswertgruppen fallen weg. Die Leistungszulagen für Angestellte werden nach einem vierjährigen Stufenplan am 1. Januar 1979 um 1 vH und in den folgenden Jahren um jeweils 0,5 vH angehoben. Der Tarifvertrag gilt für zwölf Monate.
	— Nordverbund Begünstigte: 280 000	Ab 1. März 1978 werden die Tariflöhne und -gehälter um 5 vH angehoben. Für die Monate Januar und Februar wird eine Pauschale von monatlich 137 DM vereinbart.
	— Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland Begünstigte: 500 000	Ab 1. Januar 1978 werden die Tarifverdienste um 5 vH erhöht. Außerdem wird ein Abgruppierungsschutzabkommen für die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen, das am 1. September 1978 in Kraft tritt.
	— Nordrhein-Westfalen Begünstigte: 1 000 000	Ab 1. Mai 1978 werden die Tariflöhne und -gehälter um 5 vH angehoben. Für die Monate Januar, Februar, März und April wird eine Pauschale von insgesamt 440 DM gezahlt.
	— VW-Werke Begünstigte: 106 000	Anhebung der Tariflöhne und -gehälter ab 1. Februar 1978 um 5,9 vH.
	— Bayern Begünstigte: 630 000	Ab 1. Februar 1978 werden die Tariflöhne und -gehälter um 5 vH erhöht. Für die Monate Januar, Februar und März 1978 wird eine Pauschale von monatlich 128 DM gezahlt. Die Laufzeit des Vertrages beträgt ein Jahr.
	— Berlin Begünstigte: 120 000	Anhebung der Tarifverdienste ab 1. Januar 1978 um 5 vH.
	Öffentlicher Dienst — Gebietskörperschaften Begünstigte: 1 950 000	Ab 1. März 1978 erhalten alle Arbeiter und Angestellten 4,5 vH mehr Lohn und Gehalt. Für rund 70 vH der Angestellten und alle Arbeiter werden zwei zusätzliche Urlaubstage- für rund 30 vH der Angestellten wird ein zusätzlicher Urlaubstag vereinbart.
	— Deutsche Bundespost, Deutsche Bundesbahn Begünstigte: 367 000	Die Arbeiter und Angestellten der Deutschen Bundespost und der Deutschen Bundesbahn erhalten ab 1 März 1978 ebenfalls 4,5 vH mehr Lohn und Gehalt. Die Urlaubsregelung wird analog dem Tarifvertrag der Gebietskörperschaften gestaltet.

noch Tabelle 7

Monat		
1978		
April	Druckindustrie Begünstigte: 167 800	Ab 1. April 1978 werden die Tariflöhne und -gehälter um 5 vH erhöht. Die Laufzeit des Tarifvertrages beträgt zwölf Monate. Außerdem wird ein Rationalisierungsschutzabkommen geschlossen.
	Bankgewerbe Begünstigte: 300 000	Rückwirkend ab 1. März 1978 werden die tariflichen Gehälter um 5 vH erhöht. Alle Arbeitnehmer erhalten vom 28. Lebensjahr an die Haushaltszulage. Außerdem wird der tarifliche Jahresurlaub um einen Tag erhöht. Die Vereinbarung läuft über zwölf Monate.
	Groß- und Außenhandel — Hamburg Begünstigte: 70 000	Ab 1. April 1978 erhöhen sich die tariflichen Gehälter um 5,1 vH.
	Genossenschaftlicher Großhandel — Hessen Begünstigte: 10 000	Ab 1. Mai 1978 werden die Tariflöhne und -gehälter um durchschnittlich 5,2 vH erhöht.
Mai	Steinkohlenbergbau — Ruhrgebiet, Saarland Begünstigte: 168 300	Rückwirkend zum 1. Mai 1978 werden die Tariflöhne und -gehälter um 4,35 vH angehoben. Die Arbeitszeit wird vom 1. September 1978 an in den Kraftwerken und Kokereien von 42 Wochenstunden auf 40 Wochenstunden herabgesetzt. Die unterste Lohngruppe wird gestrichen. Die Laufzeit des Vertrages beträgt zwölf Monate.
	Textilindustrie — Niedersachsen/Bremen Begünstigte: 26 300	Ab 1. Juni 1978 werden die Tarifverdienste sowie die Ausbildungsvergütungen um 5,2 vH erhöht. Außerdem werden die Jahressonderzahlung sowie das Urlaubsgeld für das Jahr 1978 aufgestockt.
	— Westfalen, Nordrhein Begünstigte: 91 900	Die Tariflöhne und -gehälter sowie die Ausbildungsvergütungen werden ab 1. Mai 1978 um 4,8 vH erhöht. Daneben werden die Jahressonderzahlung und das Urlaubsgeld für das Jahr 1978 angehoben. Im Tarifgebiet Nordrhein wird beschlossen, ab 1. Oktober 1978 für die Drei-Schicht-Arbeit eine Arbeitszeitverkürzung von 1¼ Stunde pro Woche einzuführen.
	— Hessen, Rheinland-Pfalz Begünstigte: 22 200	Ab 1. Mai 1978 werden die Tarifverdienste sowie die Ausbildungsvergütungen um 5,2 vH erhöht. Zusätzlich werden Jahressonderzahlung und das Urlaubsgeld für das Jahr 1978 aufgestockt.
	— Baden-Württemberg Begünstigte: 101 100	Die Tariflöhne und -gehälter werden ab 1. Mai 1978 um 5 vH, die Ausbildungsvergütungen um 5,1 vH angehoben. Außerdem wird der Jahresurlaub verlängert und das Urlaubsgeld erhöht.
	— Bayern Begünstigte: 53 400	Ab 1. Mai 1978 werden die Tarifverdienste sowie die Ausbildungsvergütungen um 5,2 vH erhöht. Außerdem werden die Jahressonderzahlung und das Urlaubsgeld angehoben.
	Bekleidungsindustrie Begünstigte: 237 000	Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter um 5 vH ab 1. Mai 1978. Außerdem werden ein bezahlter Urlaubstag zwischen Weihnachten und Neujahr 1978 sowie Verbesserungen des Lohnschemas beschlossen.
	Baugewerbe Begünstigte: 1 034 000	Ab 1. Mai 1978 werden die tariflichen Löhne und Gehälter um 5,6 vH erhöht. Außerdem erhalten alle Arbeiter eine einmalige Pauschale von 135 DM. Der tariflich abgesicherte Teil eines 13. Monatseinkommens wird von bisher 36 auf 48 Tarifstundenlöhne im Jahre 1978 und auf 60 tarifliche Stundenlöhne im Jahre 1979 angehoben.
	Industrie der Papier-, Pappe- und Kunststoffverarbeitung Begünstigte: 108 600	Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter ab 1. Januar 1978 um durchschnittlich 5 vH.
	Groß- und Außenhandel — Bayern Begünstigte: 180 000	Rückwirkend ab 1. März 1978 werden die Tarifverdienste um durchschnittlich 5,2 vH erhöht.
	— Hessen Begünstigte: 98 000	Anhebung der Tariflöhne und -gehälter ab 1. Februar 1978 um 5,3 vH.
	— Nordrhein-Westfalen Begünstigte: 280 000	Ab 1. Januar 1978 werden die tariflichen Löhne und Gehälter sowie die Ausbildungsvergütungen um 5,1 vH erhöht. Das Urlaubsgeld wird um 5 vH, die vermögenswirksamen Leistungen werden von 13 DM auf 26 DM aufgestockt.

noch Tabelle 7

Monat		
1978		
Mai	Einzelhandel — Nordrhein-Westfalen Begünstigte: 380 000	Ab 1. April 1978 werden die Tarifverdienste um 5,4 vH erhöht.
	— Hessen Begünstigte: 124 000	Die Tariflöhne werden ab 1. März 1978 um 5,5 vH, die Tarifgehälter um durchschnittlich 5,4 vH erhöht.
	— Baden-Württemberg Begünstigte: 200 000	Die Tarifverdienste werden ab 1. April 1978 um 5,3 vH angehoben.
	Chemische Industrie Begünstigte: 621 500	Die Tariflöhne und -gehälter sowie die Ausbildungsvergütungen werden ab 1. April 1978 in den Tarifgebieten Nordrhein-Westfalen, Hessen und Rheinland-Pfalz und ab 1. Mai 1978 in den übrigen Tarifgebieten um 4,3 vH erhöht. Der tarifliche Jahresurlaub wird um zwei Tage erweitert. Die Laufzeit des Vertrages beträgt zwölf Monate.
	Lederwarenindustrie — Hessen, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen Begünstigte: 13 500	Rückwirkend zum 1. November 1977 werden die Tariflöhne um 5,8 vH erhöht. Für das Jahr 1978 wird erstmals ein 13. Monatseinkommen in Höhe von 20 vH eines Monatseinkommens bezahlt.
	Industrie der Steine und Erden — Hessen Begünstigte: 28 900	Ab 1. April 1978 werden die Tariflöhne und -gehälter um 5,0 vH erhöht. Außerdem wird vereinbart, die Urlaubsdauer und das Urlaubsgeld von 1978 bis 1981 schrittweise aufzustocken.
	— Bayern Begünstigte: 32 400	Die tariflichen Stundenlöhne werden ab 1. Mai 1978 um 5,4 vH bis 5,7 vH erhöht.
	— Baden-Württemberg Begünstigte: 30 200	Ab 1. April 1978 werden die Tariflöhne und -gehälter um 5,5 vH erhöht. Außerdem wird die Jahresabschlußvergütung aufgestockt.
	Privates Versicherungsgewerbe Begünstigte: 200 000	Ab 1. April 1978 werden die Tarifgehälter um 5 vH erhöht. Neben der Anhebung von verschiedenen Zulagen wird der tarifliche Jahresurlaub um einen bis zwei Tage verlängert. Außerdem werden die Ausbildungsvergütungen angehoben. Die Laufzeit des Vertrages beträgt ein Jahr.
	Wohnungswirtschaft Begünstigte: 35 000	Die Tarifgehälter werden ab 1. Juni 1978 um 5 vH erhöht. Außerdem werden die Ausbildungsvergütungen angehoben. Die vermögenswirksamen Leistungen werden von monatlich 13 DM auf 39 DM aufgestockt. Die Vertragsdauer beträgt zwölf Monate.
September	Brauwirtschaft — Nordrhein-Westfalen	Die Tarifvertragsparteien vereinbaren, die Löhne ab 1. September 1978 um 4,7 vH zu erhöhen. Außerdem tritt ein Manteltarifvertrag in Kraft. Für Arbeiter, die im Drei-Schichten-Betrieb arbeiten, wird die 37½ Stunden-Woche eingeführt. Arbeitnehmer, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, und die zehn Jahre in einem Betrieb der Brauwirtschaft beschäftigt waren, erhalten bis zum frühestmöglichen Bezug der Rente zusätzlich achtundzwanzig bezahlte Arbeitstage frei. Außerdem wird der Urlaub in einem Stufenplan bis 1981 erhöht und das Urlaubsgeld angehoben. Die Jahressonderzahlung wird bis 1981 in Stufen bis auf 100 Prozent eines Monatsgehaltes aufgestockt. Arbeitnehmer mit einer Betriebszugehörigkeit von dreißig Jahren können nur noch aus einem wichtigen Grund gekündigt werden.
	Zigarettenindustrie	Es wird beschlossen, die Arbeitszeit für Arbeitnehmer, die das 60. Lebensjahr vollendet haben und in einem Unternehmen mindestens zehn Jahre lang beschäftigt sind, zu verkürzen. Ein Arbeitnehmer kann wählen, ob seine wöchentliche Arbeitszeit bei vollem Arbeitsentgelt auf 20 Stunden herabgesetzt werden soll, oder ob er mit 75 Prozent seiner Bruttobezüge ausscheiden will.

Kosten der Unternehmen umzuschulen. Müssen Arbeitnehmer infolge der Einführung der neuen Techniken entlassen werden, sei es, daß sie nicht erfolgreich umgeschult werden können, sei es, daß in den Unternehmen mehr Arbeitsplätze wegfallen als neue geschaffen werden, so sind ihnen Abfindungen aus einem betrieblichen Sozialplan zu zahlen. Besteht bei den Arbeitnehmern, deren Arbeitsplätze durch die neuen Textsysteme entfallen, der Wunsch, das Unternehmen zu verlassen, so ist dieses zu Mobilitätsbeihilfen verpflichtet.

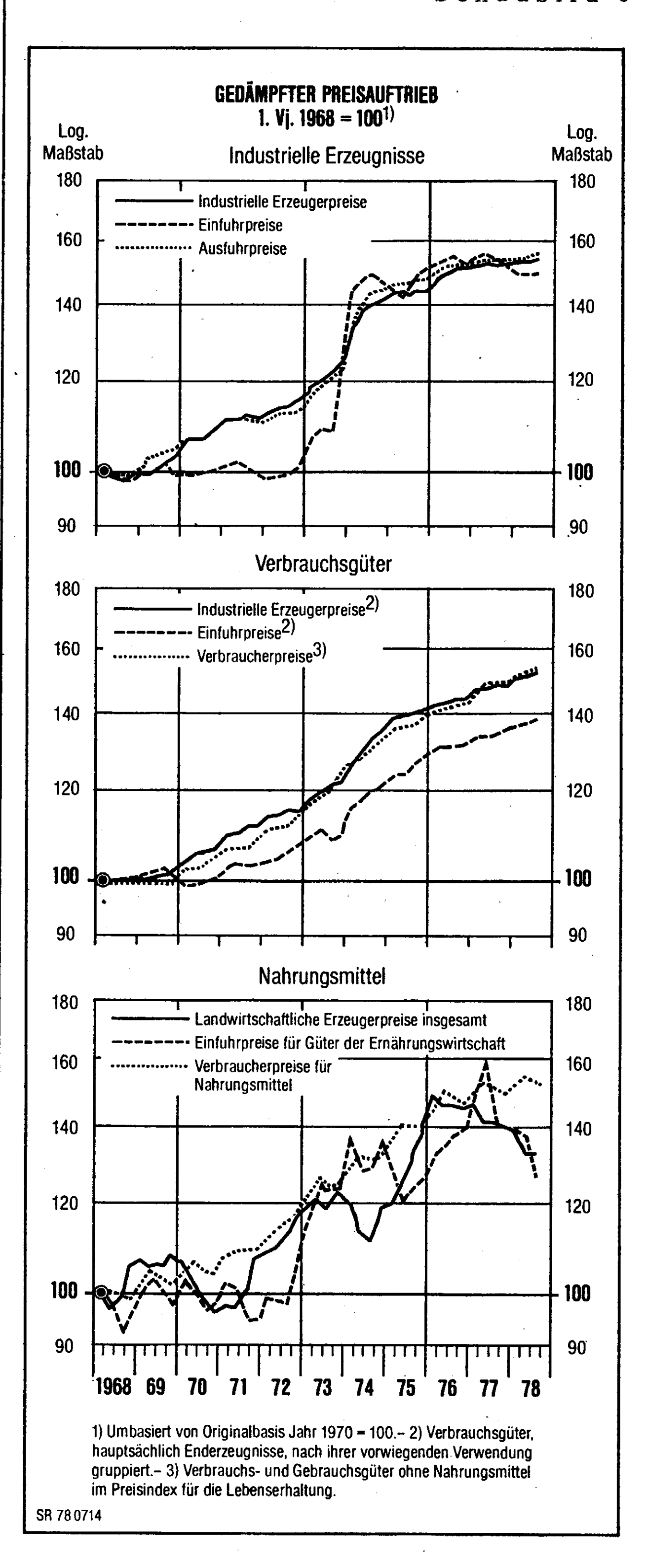
Die Absicherungsabkommen, wie sie in mehreren Bereichen der Metallindustrie beschlossen wurden, sehen im Vergleich zu den Vereinbarungen in der Druckindustrie eine weniger lange zeitliche Bindung der Unternehmen vor. Auch hier hat das Unternehmen den von Rationalisierungsmaßnahmen betroffenen Arbeitnehmern einen gleichwertigen und zumutbaren Arbeitsplatz ohne Verdienstausfall anzubieten. Ist ein solcher Arbeitsplatz nicht vorhanden, so muß der Arbeitnehmer bei vollem Verdienstausgleich umgeschult werden. Kann das Unternehmen nachweisen, daß es keine gleichwertigen Arbeitsplätze hat, würde also der Arbeitnehmer an seinem neuen Arbeitsplatz in eine niedrigere Lohngruppe eingestuft werden, so sehen die neuen Abkommen weitgehende Schutzmaßnahmen vor. Ein Arbeiter kann nicht mehr als zwei Lohnstufen, ein Angestellter nicht mehr als eine Gehaltsstufe abgruppiert werden. Für die Dauer von achtzehn Monaten wird dem Arbeitnehmer ein Ausgleichsbetrag gezahlt, der die Differenz zwischen dem neuen Verdienst und dem früher bezogenen abdeckt. Nach Ablauf dieser Frist wird der Ausgleichsbetrag mit den neuen Lohn- und Gehaltserhöhungen verrechnet, und zwar die erste Tariflohnerhöhung voll, die nachfolgenden zur Hälfte.

62. Da sich schon bald abzeichnete, daß die Produktion nicht viel stärker steigen würde als im vergangenen Jahr und die Abschwächung des Preisauftriebs anhalten würde, blieb die Nachfrage nach zusätzlichen Arbeitskräften gering, und für die meisten Unternehmen bestand kein Anlaß, mehr als die tariflich vereinbarten Lohnsteigerungen zu zahlen. Nur in einzelnen Branchen, wie beispielsweise in der Bauwirtschaft, mußte mit verstärkten übertariflichen Lohnzuschlägen um Arbeitskräfte, vor allem Facharbeiter, geworben werden. Im Durchschnitt der Branchen dürfte das effektive Lohnniveau je Stunde einschließlich der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung 1978 um gut $5^1/_2$ vH höher sein als 1977.

63. Bei einer Steigerung des Produktionsergebnisses je Beschäftigtenstunde um $3^1/_2$ vH sind die Lohnstückkosten damit im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt 1978 um 2 vH gestiegen; das ist zwar weniger als im vergangenen Jahr (+3,8 vH), aber mehr als 1976 (+1,2 vH). Im Produzierenden Gewerbe, wo die Ausbringung je Beschäftigtenstunde weniger als in den übrigen Wirtschaftsbereichen erhöht werden konnte, nahmen die Lohnkosten je Produkteinheit mit knapp 4 vH ebenso kräftig zu wie im Vorjahr.

64. Die Chancen der Unternehmen, die gestiegenen Kosten über höhere Preise weiterzugeben, waren im Jahre 1978 in vielen Fällen noch geringer als im Jahr zuvor, vor allem dort, wo sich mit der Höherbewertung der D-Mark der Wettbewerbsdruck verschärfte. Auf der industriellen Erzeugerstufe fiel der Preisanstieg merklich geringer aus als 1977 (Schaubild 6). Die Preise für Grundstoffe und Produktionsgüter sowie für Nahrungs- und Genußmittel blieben im Vergleich zum Vorjahr stabil. Bei Verbrauchsgütern und bei Investitionsgütern hielt sich der Preisanstieg in engen Grenzen. Insgesamt waren Industrieerzeugnisse im Inland in den ersten neun Monaten 1978 um rund 1 vH teurer als im

Schaubild 6



1) Umbasiert von Originalbasis Jahr 1970 = 100.– 2) Verbrauchsgüter, hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.– 3) Verbrauchs- und Gebrauchsgüter ohne Nahrungsmittel im Preisindex für die Lebenserhaltung.

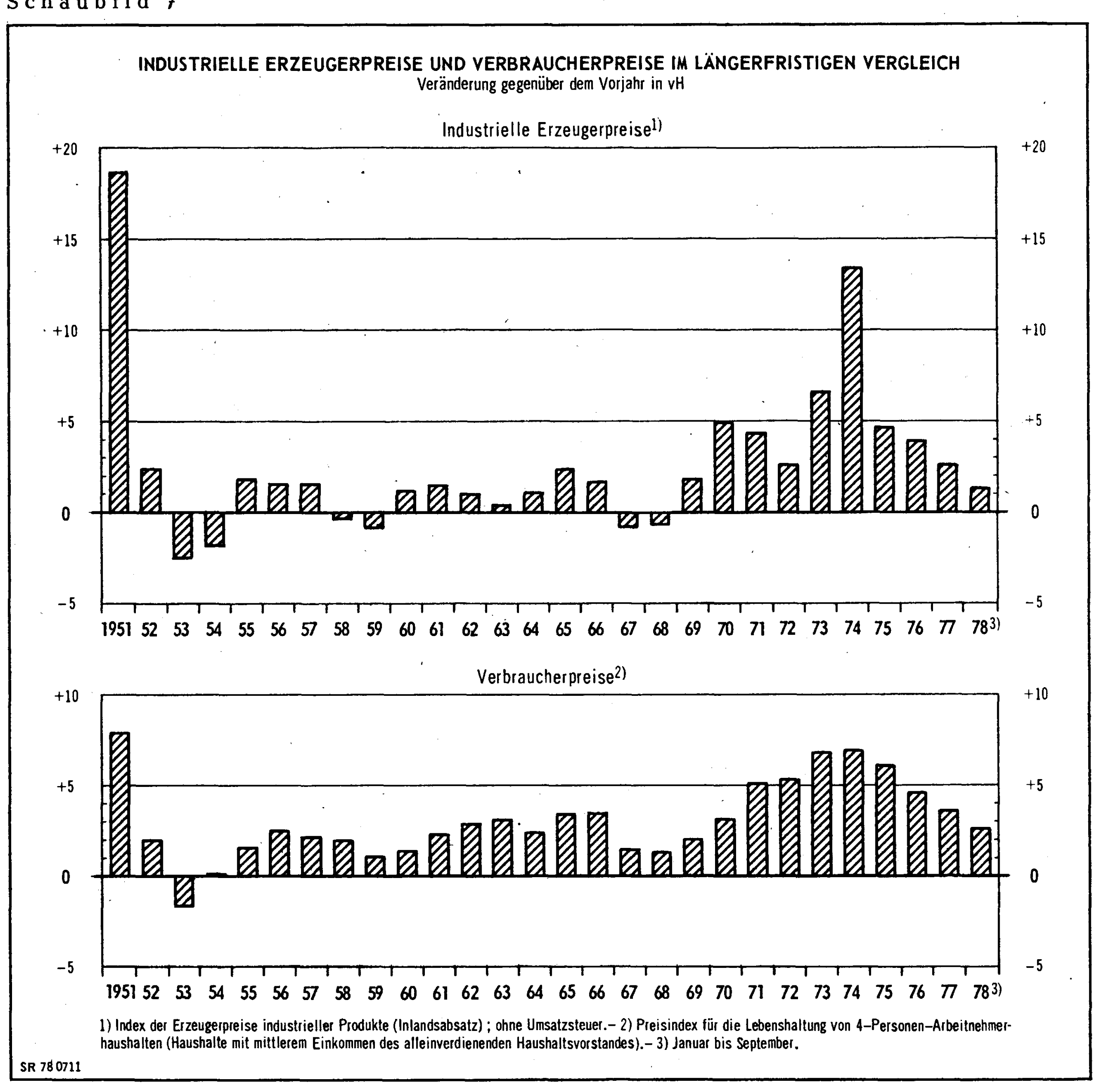
gleichen Zeitabschnitt des vorangegangenen Jahres. Damals hatte der Abstand zum Vorjahr noch 3 vH betragen. Wie scharf der Wettbewerb aus dem Ausland war, zeigt sich daran, daß die Einfuhrpreise für Erzeugnisse der verarbeitenden Industrie im Durchschnitt der ersten neun Monate 1978 um gut 2 vH niedriger waren als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Merklich verengt haben sich auch die Preiserhöhungsspielräume der inländischen Produzenten auf den Weltmärkten. Im Durchschnitt der ersten neun Monate waren die Ausfuhrpreise nur um 1 vH höher als vor Jahresfrist.

Kräftig fielen dagegen die Preiserhöhungen in der Bauwirtschaft aus. Die spürbare Nachfragebelebung nahmen die Bauunternehmen zum Anlaß, merklich höhere Preise zu fordern, zumal ihre Gewinnmargen in den vorangegangenen Jahren beträchtlich geschrumpft waren. Im Durchschnitt der Branche gingen die Preiserhöhungen mit 6 vH deutlich über das Ausmaß der Preisanhebungen hinaus, das die Unternehmen dort in den Vorjahren hatten durchsetzen können.

In der Landwirtschaft hielt der Rückgang der Erzeugerpreise bei reichlichem Angebot an. Für Agrarprodukte, die der europäischen Marktordnung unterliegen, wurden die Marktordnungspreise im Frühjahr zwar um durchschnittlich 2 vH angehoben, doch schlug diese Erhöhung bei den meisten Erzeugnissen nicht auf die Marktpreise durch. Insgesamt waren die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise in den ersten neun Monaten 1978 um 5½ vH niedriger als ein Jahr zuvor.

65. Die gedämpfte Preisentwicklung auf der Erzeugerstufe kam zu einem großen Teil den Verbrauchern zugute (Schaubild 7), zumal der Wettbewerb im Handel lebhaft blieb, wie sich nicht zuletzt daran zeigte, daß die Anpassung der Preise an die höhere Mehrwertsteuer allenfalls über das Jahr verteilt vorgenommen werden konnte. Häufiger als in

Schaubild 7

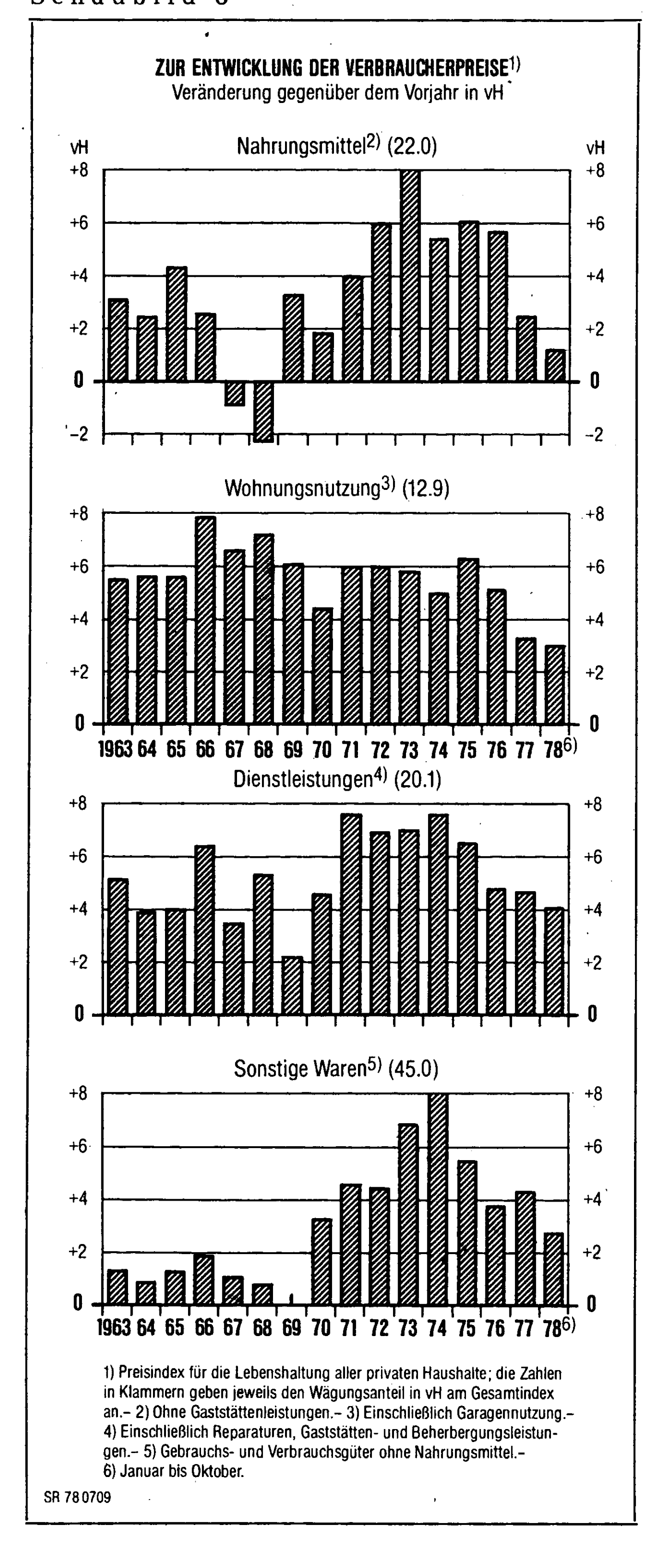


1) Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte (Inlandsabsatz); ohne Umsatzsteuer.– 2) Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten (Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes).– 3) Januar bis September.

den vergangenen Jahren wurden auch Preise gesenkt.

Am deutlichsten fiel die Preisberuhigung bei den Nahrungsmitteln aus (Schaubild 8). Bei industriell erzeugten Konsumgütern, die sich 1977 zeitweilig wieder beschleunigt verteuert hatten, ließ der Preisauftrieb ebenfalls spürbar nach. Auch der Anstieg der Wohnungsmieten hat sich trotz der stark steigenden Baupreise weiter abgeflacht, nicht zuletzt, weil sich die Nebenkosten weniger erhöhten als 1977. Am wenigsten nahmen die Preissteigerungen für Dienstleistungen ab. Da diese zumeist arbeitsintensiv erstellt werden, die Verbilligung der Importe und niedrige Zinsen somit weniger zu Buche schlagen, machen sich Lohnerhöhungen dort unmittelbar in höheren Preisforderungen bemerkbar. Außerdem sind 1978 einige Verkehrstarife angehoben worden, die in der Regel nicht jährlich, sondern in größeren Zeitabständen angepaßt werden. Teilweise wurden aber auch öffentliche Gebühren, wie Telefongebühren, gesenkt. Im Oktober 1978 war die Lebenshaltung insgesamt nur mehr um 2,1 vH teurer als vor Jahresfrist; im Durchschnitt des Jahres dürfte der Geldwertschwund 2½ vH betragen, verglichen mit 3,9 vH im vorigen Jahr und 4,5 vH im Jahre 1976.

Schaubild 8



1) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte; die Zahlen in Klammern geben jeweils den Wägungsanteil in vH am Gesamtindex an.– 2) Ohne Gaststättenleistungen.– 3) Einschließlich Garagennutzung.– 4) Einschließlich Reparaturen, Gaststätten- und Beherbergungsleistungen.– 5) Gebrauchs- und Verbrauchsgüter ohne Nahrungsmittel.– 6) Januar bis Oktober.

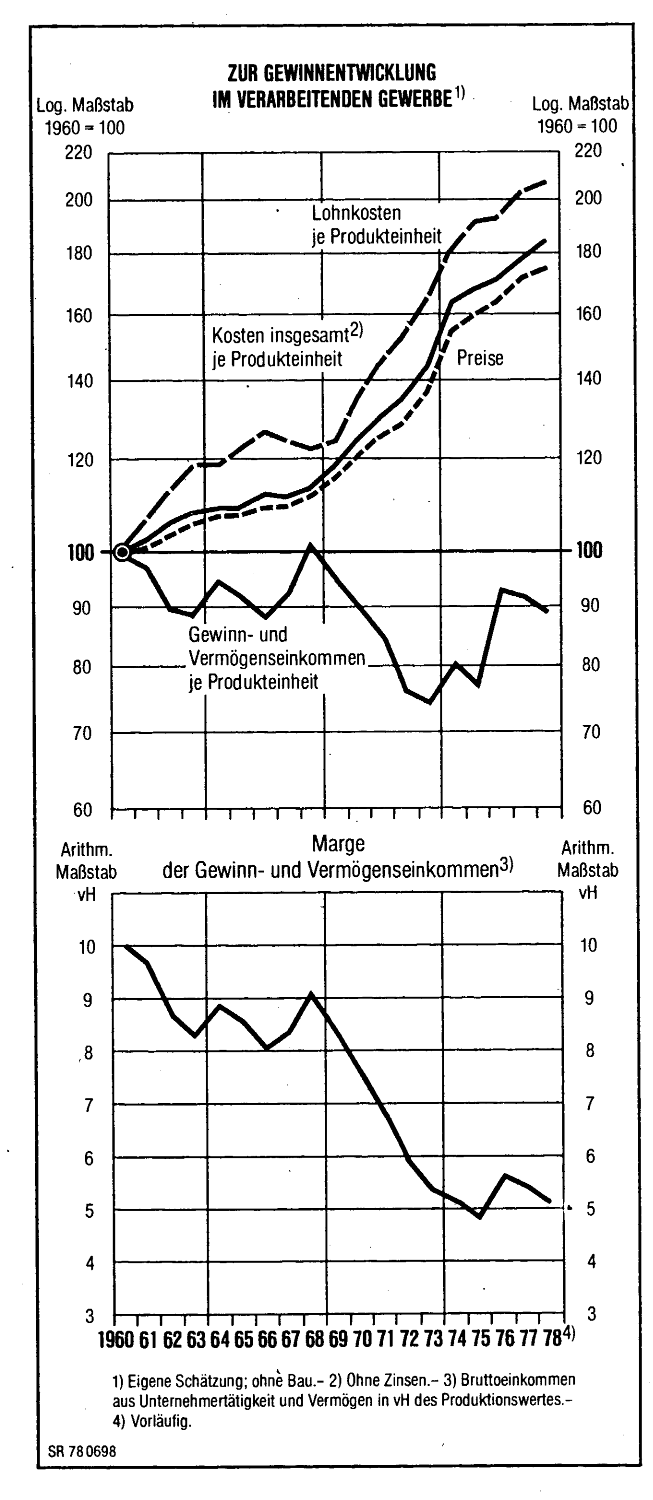
SR 78 0709

66. Aus dem Zusammenspiel von höheren Lohnkosten, niedrigen Zinsen und gesunkenen Importkosten ergab sich je nach der Preisentwicklung eine von Bereich zu Bereich unterschiedliche Entwicklung der Gewinnmargen. Im Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes dürfte die Gewinnmarge unter der des Jahres 1977 liegen (Schaubild 9); in den einzelnen Branchen ist die Entwicklung jedoch unterschiedlich verlaufen — je nachdem, wieviel Entlastung die aufwertungsbedingte Verbilligung der Einfuhr auf der Kostenseite brachte und wie stark die Höherbewertung der D-Mark die Erlöse drückte. Außerhalb des industriellen Sektors dürften die Gewinnmargen dagegen zumeist etwas gestiegen sein. Merklich verbessert haben sie sich zweifellos in der Bauwirtschaft, aber auch im Dienstleistungsbereich haben sie vermutlich weiter zugenommen. In der Landwirtschaft dürften sie dagegen gesunken sein.

67. Bisweilen wird die These vertreten, dem Unternehmenssektor insgesamt fehle es nicht an Gewinnen. Diese seien zwischen den einzelnen Unternehmen nur falsch verteilt. Sie konzentrierten sich zu stark bei großen Unternehmen, die weniger als kleine gezwungen seien, mit Innovationen um Marktanteile zu kämpfen. Den kleineren Unternehmen aber bliebe zu wenig Gewinn, um alle gewünschten Investitionen vornehmen zu können. Bei dieser Argumentation wird nicht nur häufig die Ertragssituation mit der Liquiditätssituation gleichgesetzt, sondern es wird oft auch übersehen, daß es für die Investitionen nicht nur auf den aktuellen Gewinn ankommt, wenn dieser für die Finanzierungsmöglichkeit auch eine wichtige Rolle spielt, sondern vor allem auf die Gewinnerwartungen. Diese mögen bei großen Unternehmen, etwa wenn sie internationalem Wettbewerb stärker ausgesetzt sind, durchaus, wenn auch von Branche zu Branche unterschiedlich, ungünstiger sein als bei kleineren.

Was den empirischen Befund anbelangt, so scheinen eindeutige Aussagen, die sich nicht nur auf Einzelbeispiele stützen, bislang nur schwer möglich. Eine Analyse der Jahresabschlüsse von deutschen Industrieaktiengesellschaften ergab bei einem Vergleich der größeren mit den kleineren Unternehmen in der Stichprobe folgendes Bild: Die

Schaubild 9



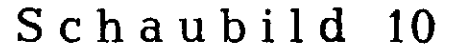
Gewinnmargen der großen lagen während des Zeitraums von 1960 bis 1977 deutlich über denen der kleineren Unternehmen. Seit 1973 hat sich dieser Unterschied sogar vergrößert. Seit diesem Jahr streuen zudem die Gewinnmargen der kleinen stärker als die der großen. Die großen Aktiengesellschaften haben ihre Gewinne und Abschreibungen überwiegend in Sachanlagen investiert und in den Aufschwungsperioden dank ihrer größeren Verschuldungsfähigkeit zusätzlich Kredite zur Investitionsfinanzierung aufgenommen. Die kleineren Unternehmen dagegen wiesen eine niedrigere Investitionsquote auf. Seit 1976 zeigt sich allerdings eine Tendenz zu verstärkten Investitionen bei den kleineren Unternehmen, und deren Investitionsquote steigt über die der großen hinaus. So sammelte sich bei den kleinen Unternehmen erheblich weniger Liquidität, bezogen auf die Bilanzsumme, an als bei den großen, und der Unterschied in der Liquiditätssituation, der auch früher schon zwischen beiden Gruppen bestanden hatte, vergrößerte sich noch erheblich. Eindeutige Schlüsse auf eine Investitionszurückhaltung der großen Unternehmen lassen die Jahresabschlüsse jedoch nicht zu. Es ist durchaus möglich, daß sich große Unternehmen derzeit stärker als kleine in einer Phase vermehrter Auslandsinvestitionen befinden. Unsicher ist, in welchem Maße die hohe Liquidität der großen Unternehmen darauf zurückzuführen ist, daß diese wegen der Erwartung einer anhaltenden Höherbewertung der D-Mark ihre Finanzierungsgewohnheiten geändert haben mit der Folge, daß sie stärker als früher die Liquidität ihrer ausländischen Beteiligungsgesellschaften an sich ziehen.

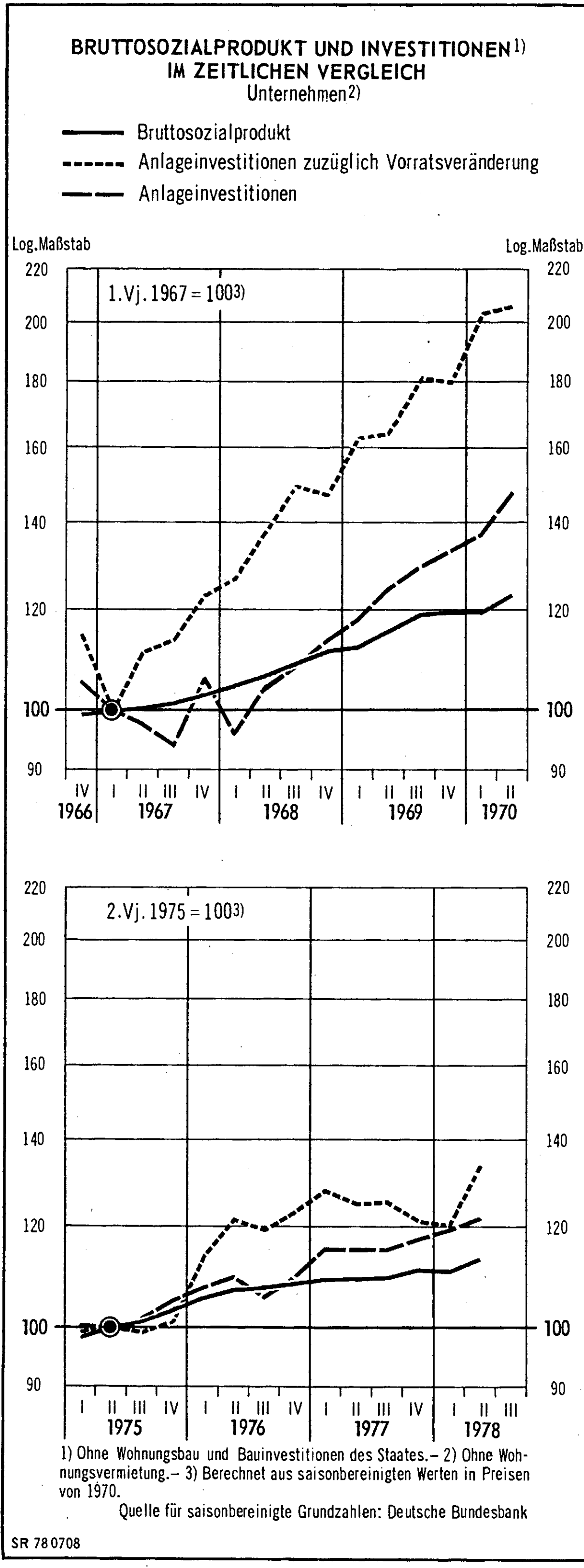
In dem vorliegenden Material sind überdies die verschiedenen Branchen in den beiden Größenklassen unterschiedlich stark repräsentiert. Das Material ist auch nicht umfassend genug, als daß der Sachverständigenrat zu der These abschließend Stellung nehmen könnte. Er wird diesen Fragen weiter nachgehen.

Unternehmen noch zögernd

68. Nimmt man alles zusammen — stärkere Beteiligung des Staates an den Investitionsrisiken und an den Kosten des Strukturwandels, Verschärfung des Wettbewerbs und Vergrößerung der Risiken in den außenwirtschaftlichen Sektoren, deutliches Sinken der Importkosten, wenig Entlastung bei Zinsen und Löhnen — so ist es auch 1978 von den Angebotsbedingungen her nicht zu einer Entwicklung gekommen, die bei aller Differenzierung zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen bereits genügend viele Unternehmen veranlaßt hätte, Produktion und Investitionen im Vertrauen auf künftigen Gewinn über die aktuelle Nachfrage hinaus auszuweiten. Der konjunkturelle Rückschlag in den ersten Monaten des Jahres wäre weniger ausgeprägt gewesen, hätten die Unternehmen nicht ihre eigene Nachfrage besonders stark eingeschränkt, indem sie die Produktion dem rückläufigen Auftragseingang unverzüglich anpaßten und Bestellungen neuer Anlagen hinausschoben. Obwohl sich dann vom Sommer an die Einschätzung des weiteren Konjunkturverlaufs besserte, blieb auf mittlere Sicht Unsicherheit vorherrschend. So hielt sich nicht nur der Zuwachs der Anlageinvestitionen, sondern auch der Lageraufbau, die beide in den Jahren nach 1967 eine wichtige Rolle bei der Selbstverstärkung des Aufschwungs gespielt hatten, nach wie vor in weit engeren Grenzen als damals (Schaubild 10).

69. Was den Lageraufbau betrifft, so ist sicherlich zu berücksichtigen, daß inzwischen auch bei der Vorratshaltung Rationalisierungserfolge erzielt


Schaubild 10



1) Ohne Wohnungsbau und Bauinvestitionen des Staates.– 2) Ohne Wohnungsvermietung.– 3) Berechnet aus saisonbereinigten Werten in Preisen von 1970.

Quelle für saisonbereinigte Grundzahlen: Deutsche Bundesbank

SR 78 0708

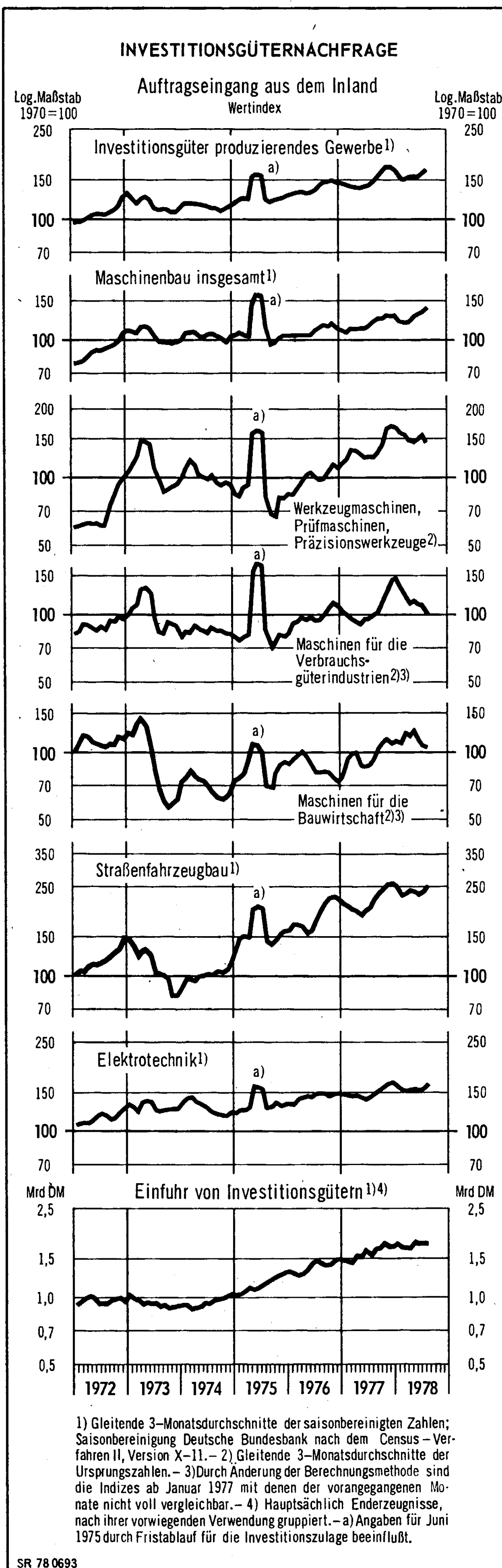
wurden. Insoweit sind also wohl nicht mehr die gleichen Impulse wie früher zu erwarten. Daß diese 1978 ganz ausblieben, läßt sich damit jedoch nicht erklären. Den Ausschlag dafür, daß die Fertigwarenläger nur wenig aufgestockt wurden, nachdem es Ende 1977 mit dem unerwarteten Orderschub zu einem Lagerabbau gekommen war, gab vielmehr das Zögern der Hersteller wie des Handels, mehr fertige Waren auf Lager zu nehmen, als sich mit einiger Sicherheit binnen kurzem absetzen ließen. Dies minderte auch den Bedarf an Vorprodukten, und zu einer verstärkten Vorratshaltung von Rohstoffen und Halbwaren bestand kein Anreiz, da deren Preise, durch den Wechselkursanstieg mitbedingt, stabil blieben oder gar weiter sanken. Insgesamt waren die Vorratsinvestitionen im ersten Halbjahr 1978 mit 7,3 Mrd DM um mehr als ein Viertel niedriger als ein Jahr zuvor; auch im ganzen Jahr dürften sie den Umfang von 1977 nicht erreichen.

70. Bei den Anlageinvestitionen schien sich im Herbst letzten Jahres eine deutliche Wende anzubahnen. Zumindest in der Nachfrage nach Ausrüstungsgütern war eine kräftige Belebung zu erkennen. Selbst wenn man berücksichtigt, daß sich in dem Anstieg der Inlandsbestellungen beim Investitionsgüter produzierenden Gewerbe auch einige Großaufträge des Staates und hohe zusätzliche Bestellungen bei der Automobilindustrie spiegeln, war die Zuwachsrate mit rund 15 vH vom dritten zum vierten Vierteljahr 1977 beträchtlich. Ähnlich wie ein Jahr zuvor kam es Anfang 1978 jedoch bereits wieder zu einem Rückgang (Schaubild 11). Im Verlauf der ersten Jahreshälfte stagnierten die Aufträge dann. Obwohl sie seither wieder etwas angezogen haben, gingen sie dem Volumen nach im Durchschnitt der ersten neun Monate um nicht mehr als 6½ vH über das Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums hinaus. Nimmt man die Einfuhr von Investitionsgütern hinzu, so stellt sich die Investitionsneigung zwar günstiger dar; eine ähnlich kräftige Zunahme, wie sie für die Aufschwungsphase früherer Zyklen kennzeichnend war, ist bislang jedoch ausgeblieben.

71. Daß die Investitionsneigung nicht wesentlich zunahm, zeigt sich besonders deutlich an den Inlandsaufträgen beim Maschinenbau, der nicht nur die meisten Ausrüstungen liefert, sondern anders als etwa die Elektroindustrie und der Straßenfahrzeugbau ausschließlich Investitionsgüter und nicht auch Verbrauchsgüter herstellt.

Eine erhebliche Belebung der Investitionsneigung war in der Bauwirtschaft zu verzeichnen, die 1977 ihren Gerätebestand noch abgebaut hatte (Ziffer 100). Auch die Automobilindustrie sowie die Hersteller von Datenverarbeitungsgeräten und ein Teil der Investitionsgüterproduzenten selbst, die von der Technik her in vielen Fällen eine vergleichsweise starke Marktstellung haben und deshalb dem Wettbewerb mit ausländischen Anbietern weniger ausgesetzt sind, weiteten ihre Investitionstätigkeit spürbar aus, wie nicht zuletzt die Nachfrage nach Werkzeugmaschinen, Prüfmaschinen und Präzisionswerkzeugen zeigt. Die Mehrzahl der Industrieunternehmen blieb jedoch bei der Bestellung neuer Ausrüstungen das Jahr über zurückhaltend. Im Handel und in der Energieversorgung wurden bestehende Investitionsprogramme zum Teil gestreckt, zum Teil ist es sogar zu Kürzungen der Investitionsbudgets im Vergleich zum Vorjahr gekommen.

Schaubild 11



1) Gleitende 3-Monatsdurchschnitte der saisonbereinigten Zahlen; Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11. – 2) Gleitende 3-Monatsdurchschnitte der Ursprungszahlen. – 3) Durch Änderung der Berechnungsmethode sind die Indizes ab Januar 1977 mit denen der vorangegangenen Monate nicht voll vergleichbar. – 4) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert. – a) Angaben für Juni 1975 durch Fristablauf für die Investitionszulage beeinflußt.

SR 78 0693

72. Wie bei der Nachfrage nach Ausrüstungsgütern zögerten die Unternehmen überwiegend auch bei der Vergabe von Bauaufträgen. Zwar ließen sie sich in zunehmendem Umfang Bauvorhaben genehmigen; anders als in der zweiten Jahreshälfte 1977 hatten sie zumeist jedoch keine Eile, genehmigte Projekte sogleich in Angriff zu nehmen. Vielmehr stagnierte die Auftragsvergabe auf dem erhöhten Niveau, das sie in den letzten Monaten des Jahres 1977 erreicht hatte. Da Bauinvestitionen meist für einen vergleichsweise langen Zeitraum geplant werden, schlugen die steuerlichen Entlastungen und der zeitweilige Rückgang bei den Zinsen im Investitionskalkül zwar deutlicher als bei Ausrüstungsinvestitionen zu Buche, doch galt das auch für die erneute Verunsicherung hinsichtlich der künftigen Investitionserträge. Vor allem aber spielte das Erweiterungsmotiv, das gerade bei Bauinvestitionen oft den entscheidenden Anstoß gibt, auch 1978 nur eine untergeordnete Rolle.

73. Weniger als ein Fünftel der Industrieunternehmen beabsichtigte nach den Angaben zum Ifo-Investitionstest, mit den Investitionen, die 1978 vorgenommen wurden, in erster Linie vorhandene Kapazitäten zu erweitern. Wichtiger war den meisten noch immer, durch Modernisierung ihrer Produktionsanlagen oder durch Einführung besserer Techniken in der Verwaltung ein günstigeres Verhältnis von Kosten und Erträgen zu erreichen. Von erheblicher Bedeutung war auch die Ersatzbeschaffung, ein Zeichen für das Veralten des vorhandenen Kapitalstocks. Während in der Industrie jedes dritte Unternehmen die Ersetzung ausgedienter Anlagen als Hauptziel seiner Investitionstätigkeit im Jahre 1978 nannte, waren es in der Bauwirtschaft sogar neun von zehn Unternehmen. Was die Ausweitung ihrer Produktionsmöglichkeiten anbelangt, schien einem Großteil der Unternehmen also der Kapazitätseffekt ausreichend, der sich bei Rationalisierungsinvestitionen und auch bei der Ersatzbeschaffung daraus ergibt, daß die neuen Anlagen in der Regel leistungsfähiger sind als die alten, an deren Stelle sie treten. Bemerkenswert ist außerdem, daß der Anteil der Unternehmen, die investieren, weil sie ihr Produktionsprogramm ändern wollen, in den letzten Jahren nicht zugenommen hat — ein Zeichen für Hemmnisse beim Strukturwandel.

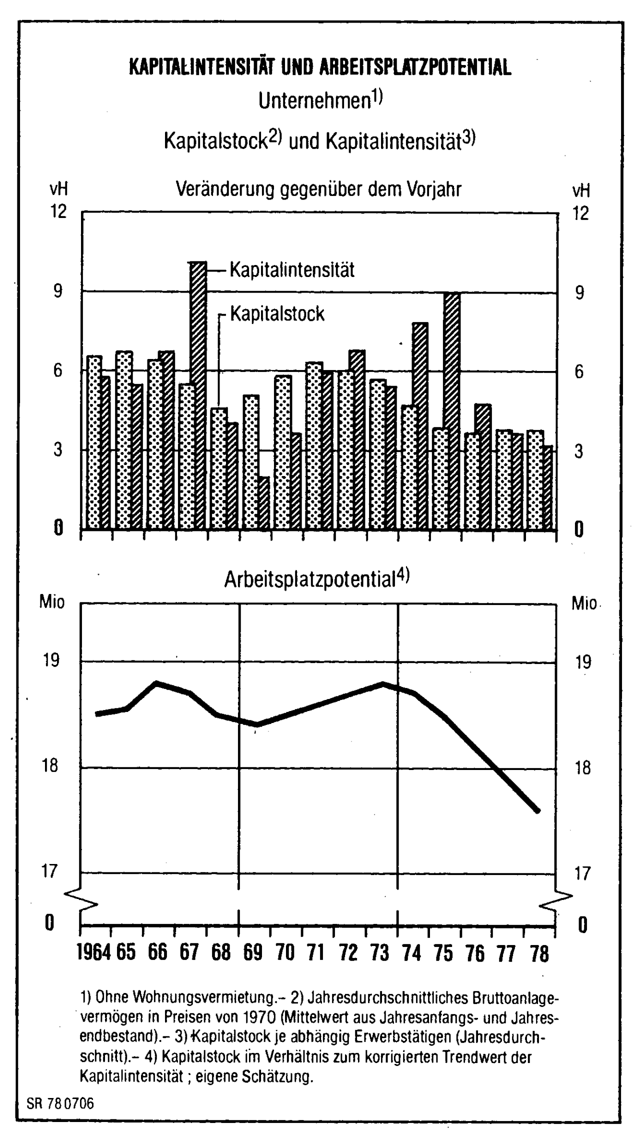
Die Zwischenberichte von Industrieaktiengesellschaften zum 30. 6. 1978 bestätigen dieses Bild. In der Eisen- und Stahlindustrie waren die Investitionen des ersten Halbjahres 1978 vorwiegend auf Rationalisierung und Qualitätsverbesserung gerichtet und gingen nicht über das Niveau im Jahre 1977 hinaus. In der chemischen Industrie entsprachen die Investitionsausgaben ebenfalls denen des Vorjahres; für die zweite Jahreshälfte weisen sie eine steigende Tendenz auf. Für den Maschinenbau und die elektrotechnische Industrie lauten die Berichte ähnlich. In der Elektrizitätswirtschaft sind die Investitionsausgaben im ersten Halbjahr 1978 im Vergleich zum Vorjahr leicht angestiegen. Dagegen werden aus der Automobilindustrie zweistellige Zuwachsraten berichtet; ähnliches gilt für die Kraftfahrzeugzulieferindustrie.

74. Die Ausgaben der Unternehmen für Ausrüstungen und Bauten, die nur zum Teil Ausdruck der Auftragsvergabe im jeweiligen Jahr sind, da bis zur Lieferung oder Fertigstellung in der Regel einige Zeit vergeht, dürften 1978 insgesamt, ohne den Wohnungsbau gerechnet, um knapp 8 vH zunehmen. Der Anstieg war damit sogar etwas geringer als in den beiden vorangegangenen Jahren; damals hatte sich allerdings nicht zuletzt deshalb ein vergleichsweise hoher Zuwachs ergeben, weil Projekte, die im Hinblick auf die befristete Investitionszulage während der Rezession in Angriff genommen worden waren, teils Mitte 1976, teils Mitte 1977 abgeschlossen sein mußten. Real, also nach Abzug der Preissteigerungen, dürften die Anlageinvestitionen des Unternehmenssektors, die 1976 und 1977 jeweils um knapp 7 vH zugenommen hatten, um 4½ vH höher sein als im Vorjahr. In den Aufschwungsjahren nach 1967 waren sie durchschnittlich um 14 vH gestiegen. Während sich ihr Anteil am realen Sozialprodukt damals von knapp 12 vH im Tiefpunkt der Rezession auf 14½ vH im Jahre 1970 erhöht hatte, nahm er zwischen 1975 und 1978 nur von gut 12 vH auf 13 vH zu.

75. Die zurückhaltenden Dispositionen der Unternehmen finden nicht nur in der gegenwärtigen Produktion und Beschäftigung ihren Niederschlag. Die schwache Investitionstätigkeit beeinflußt darüber hinaus auch die zukünftigen Produktionsmöglichkeiten. Insgesamt vergrößerten die Unternehmen ihr Bruttoanlagevermögen 1978 erneut um weniger als 4 vH. Das Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials veranschlagen wir auf knapp 3 vH, da für die Kapitalproduktivität, also die Menge der Güter, die je Kapitaleinheit hergestellt werden kann, weiterhin eine im Trend rückläufige Entwicklung anzunehmen ist (JG 76 Anhang V). Das Wachstum ist damit zwar erstmals seit sechs Jahren nicht mehr zurückgegangen, es war aber weiterhin erheblich geringer als im langjährigen Durchschnitt (+4 vH). In der Industrie ist das Produktionspotential 1978, wie schon seit Beginn der siebziger Jahre, noch weniger gewachsen als in der Gesamtwirtschaft. Zwar hat die Investitionsbereitschaft seit 1976 wieder etwas zugenommen, aber gleichzeitig waren die Unternehmen vielfach bestrebt, die vorhandenen Anlagen länger zu nutzen. Die Folge war, daß dann auch solche Kapazitätserweiterungen unterblieben, die mit Ersatzinvestitionen häufig verbunden sind.

76. Die Anzahl der vorhandenen Arbeitsplätze im Unternehmenssektor ist im Laufe des Jahres 1978 weiter zurückgegangen, denn der Kapitalaufwand je Arbeitsplatz ist stärker gestiegen als der Kapitalbestand. Nach unserer Schätzung, die, wie alle solche Schätzungen, mit erheblichen Unschärfen behaftet ist (JG 76 Anhang VIII), hat sich das Arbeitsplatzpotential des Unternehmenssektors seit 1973 um insgesamt 1,1 Millionen Arbeitsplätze verringert (Schaubild 12). Danach gab es in den Unternehmen 1978 rund 17,6 Millionen Arbeitsplätze, das wären fast 600 000 mehr, als tatsächlich besetzt waren. Diese Arbeitsplätze stünden also kurzfristig

Schaubild 12



1) Ohne Wohnungsvermietung.– 2) Jahresdurchschnittliches Bruttoanlagevermögen in Preisen von 1970 (Mittelwert aus Jahresanfangs- und Jahresendbestand).– 3) Kapitalstock je abhängig Erwerbstätigen (Jahresdurchschnitt).– 4) Kapitalstock im Verhältnis zum korrigierten Trendwert der Kapitalintensität; eigene Schätzung.

SR 78 0706

zur Verfügung, wenn sich die konjunkturelle Belebung verstärkt; doch kann nicht ohne weiteres davon ausgegangen werden, daß all diese Arbeitsplätze besetzt würden, da auch in einer Hochkonjunktur nicht alle Unternehmen ausgelastet sind und sich andererseits auch nicht für alle offenen Stellen geeignete Bewerber finden. Selbst wenn man dies außer acht läßt, gilt, daß bei dem gegenwärtigen Kapitalbestand nicht genügend Arbeitsplätze vorhanden sind, um alle zu beschäftigen, die eine Arbeit suchen, zumal dies mehr sind als nur die registrierten Arbeitslosen (Ziffer 92). Um auf mittlere Sicht genügend Arbeitsplätze zu schaffen, sind weit mehr Investitionen erforderlich, als gegenwärtig vorgenommen werden, es sei denn, der Kapitaleinsatz je Arbeitsplatz steigt wesentlich langsamer, als dies in der Vergangenheit der Fall war.

Nach dem Ergebnis einer Unternehmensumfrage, die das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und das Ifo-Institut Ende 1977 in der verarbeitenden Industrie und im Bauhauptgewerbe durchgeführt haben, gab es dort etwa 650 000 unbesetzte Arbeitsplätze. Zusätzlich, so vermuten die genannten Institute, haben auch die Unternehmen, die eine volle Auslastung ihrer Kapazitäten angaben, noch in geringem Umfang Arbeitsplatzreserven.

77. Mehr Investitionen in Produktionsanlagen und in Läger hätten auch zu einer kräftigeren Belebung der Konjunktur geführt. Auf dem Wege über mehr Beschäftigung hätten sie mehr Einkommen geschaffen und von daher zugleich mehr Nachfrage, und zwar nicht nur bei den Investitionsgüterherstellern, sondern auch in der Breite der Wirtschaft.

Hohe Ausgabeneigung der privaten Haushalte

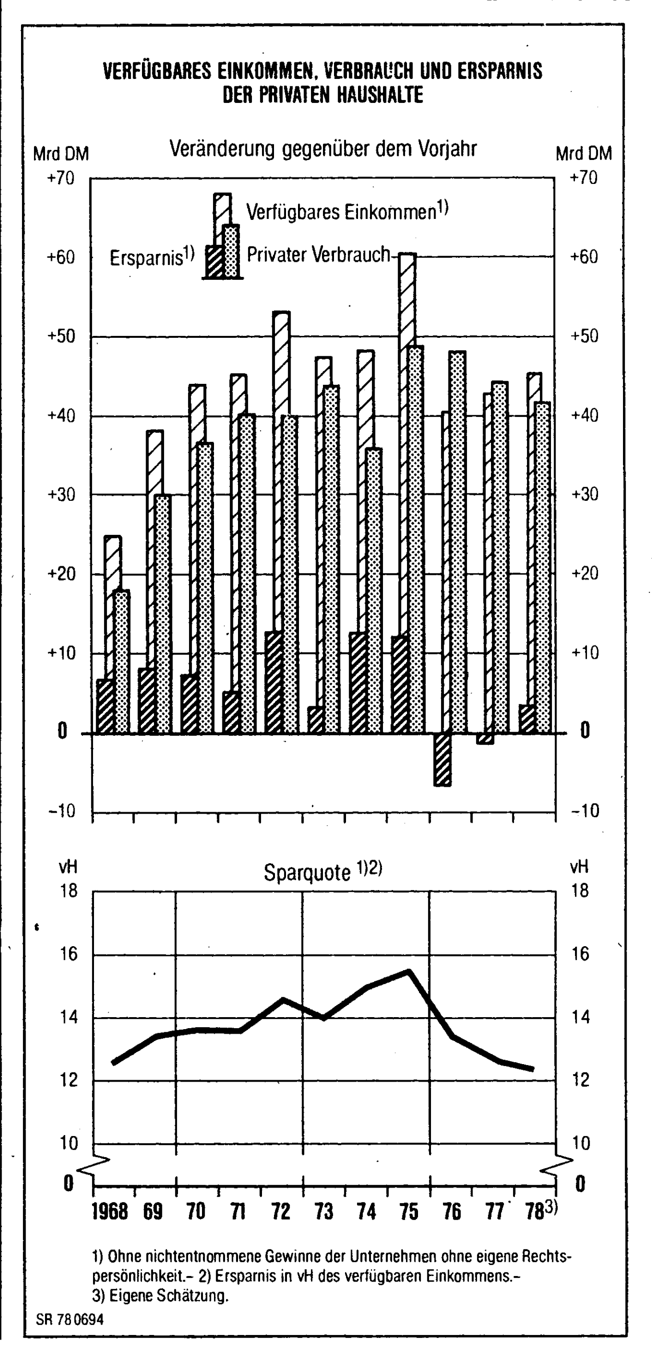
78. Bei günstigerer Beschäftigungsentwicklung und dem dabei von den privaten Haushalten zusätzlich erzielbaren Einkommen hätte die Verbrauchsnachfrage angesichts der hohen Ausgabeneigung noch kräftiger steigen können, als es 1978 der Fall war.

Nachdem die privaten Haushalte ihre Käufe Ende letzten Jahres verstärkt ausgeweitet hatten, wozu außer dem erhöhten Weihnachtsfreibetrag auch die Mehrwertsteueranhebung zum Jahreswechsel beigetragen haben mag, kam es Anfang 1978 zunächst zu einer Nachfrageabschwächung, die allerdings nicht lange anhielt. Wie in den vorangegangenen Jahren galt das Interesse auch 1978 vor allem langlebigen Konsumgütern und Reisen. Während sich hier jedoch die Expansion der Nachfrage verlangsamte, nahm sie bei Gütern des täglichen Bedarfs zum Teil etwas zu. Insgesamt dürften die Verbrauchsausgaben 1978 um knapp 6½ vH höher sein als im vorangegangenen Jahr. Der Anstieg fiel damit zwar geringer aus als 1977; der Zuwachs der nachgefragten Gütermenge war aber mit 3½ vH etwas größer als damals, denn die Preissteigerung ging trotz der Mehrwertsteueranhebung von knapp 4 vH auf 2½ vH im Jahresdurchschnitt zurück, das Geld, das die Haushalte ausgaben, büßte also weniger an Kaufkraft ein.

79. Daß der private Verbrauch nicht noch kräftiger zunahm, lag nicht etwa an einer zu geringen Ausgabeneigung der Haushalte, sondern daran, daß das verfügbare Einkommen mit knapp 6 vH — dem Betrage nach waren das 45 Mrd DM — nicht stärker als 1977 stieg. Dies ist um so bemerkenswerter, als allein die Entlastung bei den Steuern rund 12 Mrd DM ausmachte. Weitere 1,8 Mrd DM kamen durch die Erhöhung des Kindergeldes hinzu. Dem steht zwar gegenüber, daß das Einkommen der Rentnerhaushalte um 4½ Mrd DM mehr zugenommen hätte, wäre die Rentenanpassung nicht von Mitte 1978 auf Anfang 1979 verschoben worden; insgesamt überwogen jedoch die stimulierenden Maßnahmen bei weitem. Eine Beschleunigung im Anstieg der Markteinkommen, wie sie sonst im Aufschwung zu beobachten war, ist 1978 dagegen abermals ausgeblieben. Das heißt nicht, daß es dazu höherer Lohnsteigerungen bedurft hätte. Die Erhöhung der tariflichen Arbeitsentgelte war 1978 ebenso groß wie im Aufschwung 1968 und 1969; was fehlte, war eine Zunahme der Beschäftigung wie damals. Bei einer Erhöhung der Beschäftigtenzahl um 2½ vH — dies hätte der Entwicklung von 1968 bis 1970 entsprochen — wäre das verfügbare Einkommen 1978, die Verminderung der staatlichen Einkommenszahlungen aufgrund der dann geringeren Arbeitslosigkeit berücksichtigt, um fast 7 Mrd DM mehr gestiegen; bei der gegebenen Ausgabeneigung hätte das zusätzliche Konsumausgaben von annähernd 6 Mrd DM bedeutet, und die Zuwachsrate des realen Verbrauchs hätte nahezu 4½ vH betragen.

80. Die Ausgabeneigung hat dagegen weiter zugenommen. Die Bereitschaft der Haushalte, ihr Einkommen auszugeben und sich für den Kauf von Konsumgütern auch zu verschulden, war vermutlich sogar erheblich größer, als in der statistisch gemessenen Sparquote zum Ausdruck kommt, die mit etwas mehr als 12 vH ihren niedrigen Vorjahreswert noch leicht unterschritt (Schaubild 13).

Schaubild 13



1) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.– 2) Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens.– 3) Eigene Schätzung.

SR 78 0694

Denn die Entwicklung dieser Quote ist auch davon abhängig, in welchem Maße die Haushalte Ersparnisse auflösen, die sie in früheren Jahren gebildet haben, und zur Finanzierung von Verbrauchsausgaben verwenden. Unterstellt man, vorliegenden Schätzungen folgend, daß 1978 kein wesentlich größerer Teil der aus vermögenswirksamen Sparanlagen frei gewordenen Mittel für zusätzliche Ausgaben genutzt wurde als 1977, hätte die gemessene Sparquote steigen müssen, da diese Mittel im laufenden Jahr um etwa 13 Mrd DM geringer waren als im letzten. Im übrigen zeigt auch die anhaltend kräftige Zunahme der Konsumentenkredite, daß die Ausgabeneigung der privaten Haushalte nicht nur unverändert groß war, sondern durch die günstigen Finanzierungsbedingungen noch verstärkt wurde (Tabelle 8).

Tabelle 8

Konsumentenkredite [1])

Monatsende		Bestand	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat	
		Mrd DM		vH
1973	März	46,44	+ 9,40	+25,4
	Juni	48,88	+ 9,04	+22,7
	September	49,14	+ 7,25	+17,3
	Dezember	50,00	+ 5,03	+11,2
1974	März	48,90	+ 2,46	+ 5,3
	Juni	49,93	+ 1,05	+ 2,1
	September	50,01	+ 0,87	+ 1,8
	Dezember	49,91	− 0,09	− 0,2
1975	März	49,73	+ 0,83	+ 1,7
	Juni	51,31	+ 1,38	+ 2,8
	September	53,33	+ 3,32	+ 6,6
	Dezember	56,22	+ 6,31	+12,6
1976	März	58,05	+ 8,32	+16,7
	Juni	62,54	+11,23	+21,9
	September	65,52	+12,19	+22,9
	Dezember	69,15	+12,93	+23,0
1977	März	69,75	+11,70	+20,2
	Juni	74,78	+12,24	+19,6
	September	77,78	+12,26	+18,7
	Dezember	81,25	+12,10	+17,5
1978	März	83,70	+13,95	+20,0
	Juni	88,56	+13,78	+18,4
	September	92,65	+14,87	+19,1

[1]) Bankkredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen; ohne Kredite für den Wohnungsbau.

Quelle: Deutsche Bundesbank

81. Einen steigenden Teil ihrer verfügbaren Mittel verwenden die privaten Haushalte inzwischen wieder für die Modernisierung vorhandener Wohnungen und vor allem für den Bau von neuen. Nachdem die Baugenehmigungen, die privaten Haushalten erteilt wurden, bereits im Verlauf des Jahres 1977 deutlich zugenommen hatten, ergab sich 1978 ein weiterer kräftiger Anstieg. Auch der Mietwohnungsbau hat bei dem niedrigen Niveau der Hypothekenzinsen und den verbesserten Abschreibungsmöglichkeiten wieder an Attraktivität gewonnen. Wie es scheint, wurden genehmigte Bauvorhaben meist ohne langes Zögern auch begonnen. So übertraf der Auftragseingang im Wohnungsbau in den ersten acht Monaten 1978 den Wert des entsprechenden Vorjahreszeitraums um nicht weniger als 33 vH; in konstanten Preisen gerechnet betrug der Zuwachs fast 27 vH. Damit war die Wohnungsbaunachfrage die weitaus stärkste Antriebskraft in der Wirtschaft (Ziffer 99).

Kräftige Ausweitung der staatlichen Nachfrage

82. Deutliche expansive Impulse gingen außerdem von der Nachfrage aus, die der Staat im Zuge des 1977 vollzogenen Kurswechsels in der Finanzpolitik zusätzlich entfaltete. Wie bei der privaten Nachfrage war die Bauwirtschaft davon besonders begünstigt. Bei den Tiefbauaufträgen öffentlicher Stellen war es bereits im Verlauf des letzten Jahres zu einem spürbaren Anstieg gekommen; dieser beschleunigte sich 1978 noch. Wesentlichen Anteil daran hatte die zügige Auftragsvergabe im Rahmen des mittelfristigen Investitionsprogramms, das im Frühjahr 1977 beschlossen worden war. Von den darin bis 1980 vorgesehenen Investitionen zur Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur von insgesamt 14 Mrd DM wurden 1977 Projekte für rund $4^1/_2$ Mrd DM und 1978 für etwa $6^1/_2$ Mrd DM vergeben. Daß Bund, Länder und Gemeinden die zuvor gerade bei den Investitionen besonders stark gekürzten Ausgabenansätze in den Haushaltsplänen für 1978 spürbar heraufsetzten (Ziffer 176), schlug sich im laufenden Jahr auch in einer Zunahme der öffentlichen Hochbauaufträge nieder. Im ganzen wurden so dem Bauhauptgewerbe von Januar bis August 1978 dem Wert nach 26 vH mehr öffentliche Aufträge erteilt als ein Jahr zuvor.

83. Die vermehrte Nachfrage des Staates kam indes nicht nur der Bauwirtschaft und deren Vorlieferanten zugute. Auch seine Verbrauchsausgaben hat der Staat 1978 wieder verstärkt ausgeweitet, und dies nicht nur, indem er mehr Personal beschäftigte, sondern auch, indem er mehr Güter für den Verwaltungsbedarf, für die Gesundheitsbetreuung, für Unterrichtsleistungen und für Sicherheitszwecke kaufte. Dabei war die deutlichste Steigerung bei den statistisch ebenfalls zum Staatsverbrauch zählenden Ausgaben für Ausrüstungen der Bundeswehr zu verzeichnen, die 1977 zum Teil erheblich gekürzt worden waren. Alles in allem dürften die Verbrauchsausgaben des Staates 1978 um gut

$6^1/_2$ vH höher sein als im vorangegangenen Jahr. Preisbereinigt entspricht dem ein Anstieg von 3 vH, nachdem die Zuwachsrate 1977 lediglich 1 vH betragen hatte.

Verschärfte Konkurrenz aus dem Ausland

84. Demgegenüber blieben die Impulse, die früher häufig vom Ausland auf Produktion und Beschäftigung ausgegangen waren, auch 1978 schwach. Die Belebung, die bei der Auslandsnachfrage wie bei der Inlandsnachfrage in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres eingesetzt hatte, war nur von kurzer Dauer. Bereits in den ersten Monaten 1978 fielen die Exportaufträge wieder zurück; bis zum Sommer verharrten sie dann auf einem Niveau, das nur geringfügig höher war als im ersten Halbjahr 1977. Bei erheblichen Schwankungen von Monat zu Monat sind sie im ganzen auch bis zuletzt nur mäßig gestiegen. Wie schon im vergangenen Jahr hatten indes nicht alle Exporteure in gleichem Maße über einen schleppenden Auftragseingang aus dem Ausland zu klagen. Hersteller von Grundstoffen und Produktionsgütern, beispielsweise die chemische Industrie, konnten einen weiteren Anstieg der Auslandsbestellungen buchen, ebenso die Produzenten von Verbrauchsgütern. Demgegenüber mußten die Hersteller von Investitionsgütern, die im Export ein besonders großes Gewicht haben, bis über die Jahresmitte hinaus wieder einen Nachfragerückgang hinnehmen. Im Durchschnitt der ersten neun Monate 1978 war das Volumen der Auftragseingänge aus dem Ausland insgesamt nur um knapp $3^1/_2$ vH höher als vor Jahresfrist.

85. In dieser Entwicklung spiegeln sich Einflüsse der noch immer verhaltenen Konjunktur in zahlreichen Partnerländern ebenso wie Einflüsse, die ihren Ursprung im inländischen Kostenniveau und in den Veränderungen der Wechselkurse haben. Was überwog, läßt sich nicht mit Sicherheit sagen. Daß es nicht die Hersteller von im allgemeinen vergleichsweise leicht durch ausländische Konkurrenzerzeugnisse zu ersetzenden Vorprodukten oder von Verbrauchsgütern waren, die es auf den Auslandsmärkten am schwersten hatten, sondern die Investitionsgüterproduzenten, spricht eher für einen ausschlaggebenden Einfluß der Auslandskonjunktur. Nicht sichtbar wird darin allerdings, daß viele Exporteure Preiszugeständnisse machen mußten, um keine Abnehmer zu verlieren, und daß es ihnen dort, wo die Märkte wuchsen, oft nicht gelang, ihren Anteil zu halten, zumal sich außer der aktuellen Wechselkursentwicklung auch die Höherbewertung der D-Mark in den vorangegangen Jahren wohl noch ausgewirkt haben dürfte. Denn erfahrungsgemäß schlagen Wechselkursänderungen meist erst verzögert auf die Nachfrage durch, weil die Abnehmer Zeit brauchen, sich neue Lieferanten zu suchen, sofern ihnen die bisherigen nicht durch Preiszugeständnisse entgegenkommen, und dies ist bei einer fortwährenden Aufwertung nur begrenzte Zeit möglich.

86. Da viele Industrieunternehmen zusätzlich zu den laufenden Bestellungen noch Aufträge aus dem Ausland auszuführen hatten, die ihnen bereits im vergangenen Jahr, oder wie häufig bei Ausrüstungsgütern, noch früher erteilt worden waren, wurden trotz des verhaltenen Auftragseingangs von Januar bis September 1978 rund $5^1/_2$ vH mehr Waren an das Ausland geliefert als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Dagegen war bei den Leistungen, die Ausländer vom heimischen Gastgewerbe, von Transportunternehmen, Banken und Versicherungen oder anderen Dienstleistungsunternehmen in Anspruch nahmen — bei der Ausfuhr von Dienstleistungen also —, nach einem Rückgang im vergangenen Jahr nur eine geringe Zunahme zu verzeichnen, sieht man von einem vorübergehenden Nachfrageschub im ersten Vierteljahr 1978 ab. Insgesamt dürfte die Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung dem Volumen nach 1978 um $3^1/_2$ vH höher sein als 1977; damals hatte die Zuwachsrate knapp 4 vH betragen.

87. Im Gegensatz dazu ist die Menge der aus dem Ausland bezogenen Waren und Dienstleistungen 1978 stärker gestiegen als 1977. Nach der Entwicklung im bisherigen Jahresverlauf zu schließen, dürfte der Zuwachs mit fast $5^1/_2$ vH nach knapp $4^1/_2$ vH im Vorjahr deutlich über den der Exporte hinausgehen. Der Überschuß der Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen über die Einfuhr, der Außenbeitrag, hat dem Volumen nach abgenommen, und zwar um schätzungsweise 3 Mrd DM auf rund 24 Mrd DM. Dies allein würde freilich über die Wettbewerbssituation der heimischen Anbieter wenig aussagen, wäre der Rückgang, wie sonst im Aufschwung, Reflex zunehmender Angebotsengpässe im Inland. Die reale Gesamtnachfrage — die Summe der von privaten Haushalten, von Unternehmen und vom Staat sowie von ausländischen Käufern im Inland nachgefragten Gütermenge — lastete bei einem Anstieg um $3^1/_2$ vH jedoch auch 1978 die vorhandenen Kapazitäten nicht aus. Gleichwohl nahm der auf Importe entfallende Anteil der Nachfrage weiter zu; im Jahresdurchschnitt 1978 dürfte er gut $20^1/_2$ vH betragen. Dabei waren es nicht etwa Rohstoffe und Halbwaren, also mit inländischen Erzeugnissen großenteils nicht konkurrierende Güter, die vermehrt eingeführt wurden, sondern Fertigwaren. Wo Wettbewerb mit ausländischen Anbietern besteht, konnten diese somit weitere Marktanteile gewinnen.

Der nominale Außenbeitrag ist anders als der reale 1978 gestiegen, und zwar um etwa 5 Mrd DM auf rund 34 Mrd DM. Darin kommt zum Ausdruck, daß sich das Austauschverhältnis im Außenhandel durch die Höherbewertung der D-Mark zugunsten des Inlands verschob. Während heimische Ausfuhrgüter im Durchschnitt noch zu knapp 1 vH höheren Preisen als im Vorjahr abgesetzt werden konnten, verbilligten sich Einfuhrgüter um 2 vH. Für die Volkswirtschaft insgesamt ergab sich daraus, ähnlich wie bei einer Steigerung der Produktivität, ein

Einkommensvorteil — für eine gegebene Menge an Exportgütern konnten mehr Importgüter getauscht werden.

Kaum Zunahme der Beschäftigung

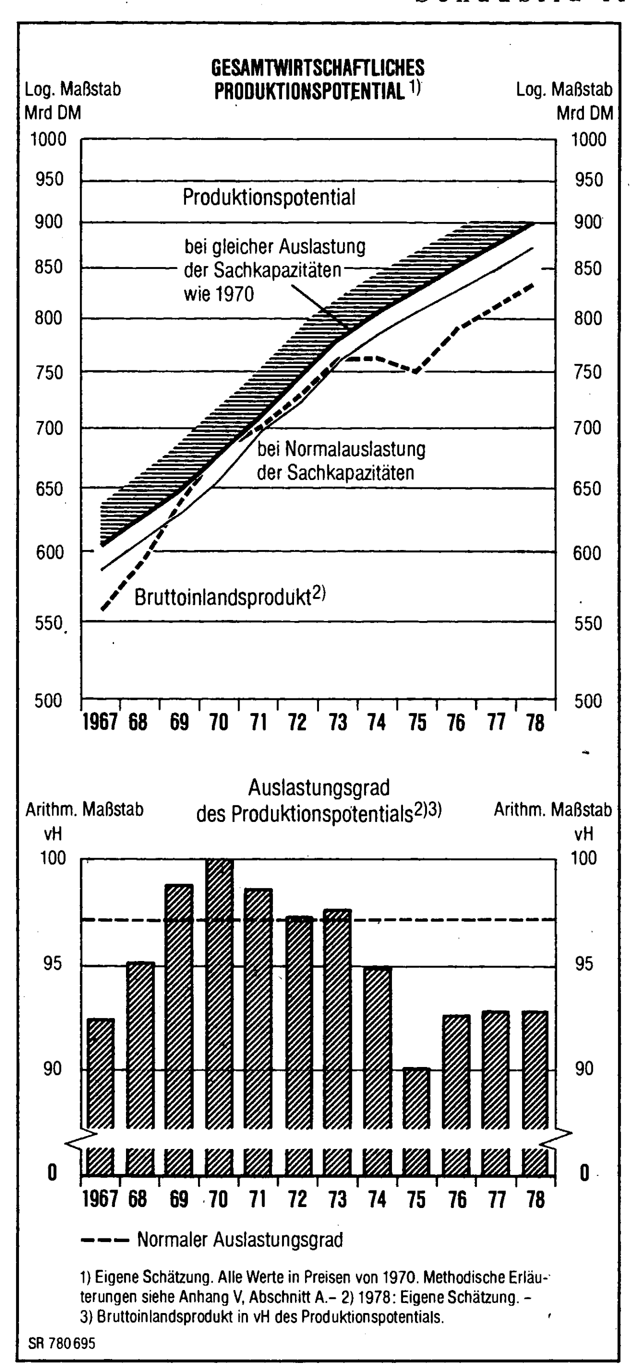
88. Die geringe Neigung der Unternehmen, im Vorgriff auf künftige Nachfrage die Läger aufzustocken, vorhandene Produktionsanlagen zu erneuern und zusätzliche in Auftrag zu geben, führte zusammen mit einer unbefriedigenden Entwicklung der Auslandsnachfrage und einer auch auf den Inlandsmärkten geschwächten Wettbewerbsposition gegenüber ausländischen Anbietern dazu, daß die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahresdurchschnitt trotz der kräftigen Impulse, die von der Finanzpolitik ausgingen, nur mäßig ausgeweitet wurde; das reale Bruttoinlandsprodukt war 1978 um 3 vH höher als ein Jahr zuvor. Die Zunahme war damit erneut nicht größer als das Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials. Die Auslastung der Produktionsanlagen ist somit unverändert geblieben; im Jahresdurchschnitt 1978 betrug sie knapp 93 vH (Schaubild 14). Legt man den Durchschnitt der sechziger und frühen siebziger Jahre zugrunde, so kann erst eine Kapazitätsauslastung von gut 97 vH als normal gelten.

89. In der Industrie hatten die Unternehmen ihre Produktion Ende 1977 wieder spürbar ausgeweitet. Als dann die Nachfrage zu Beginn des Jahres 1978 abflaute, paßten sie ihre Fertigung unverzüglich an; schon im Februar wurde wieder weniger produziert als im Herbst des Vorjahres. In den folgenden Monaten stagnierte die Produktion zunächst; erst vom Sommer an nahm sie wieder zu. In den ersten neun Monaten 1978 war sie arbeitstäglich nur um 1 vH höher als ein Jahr zuvor. Die Auslastung der Produktionsanlagen blieb daher auch hier gegenüber dem vergangenen Jahr nahezu unverändert; sie entsprach nach Berechnungen des DIW mit rund 88 vH etwa dem langjährigen Durchschnitt. Nach der Einschätzung der am Ifo-Konjunkturtest beteiligten Firmen lag sie dagegen um gut vier Prozentpunkte unter der betriebsüblichen Auslastung. Daß die Auslastung der industriellen Sachanlagen, unabhängig von der Ermittlungsmethode, im Durchschnitt über die Jahre kleiner ist als jene des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials, hängt vor allem damit zusammen, daß konjunkturbedingte Unterauslastung in der Industrie ausgeprägter auftritt als in den anderen Bereichen der Wirtschaft.

In der Bauwirtschaft zog die Produktion, anders als in der Industrie, deutlich an; insgesamt wurden 1978 fast 5 vH mehr Bauleistungen erbracht als im vorangegangenen Jahr. Der Produktionsanstieg blieb damit allerdings erheblich hinter dem Zuwachs der Baunachfrage zurück (Ziffern 99 f.).

90. Wegen der weiterhin geringen Ausweitung der Produktion nahm die Ausbringung je Erwerbstätigen in der Gesamtwirtschaft nur mit knapp

Schaubild 14

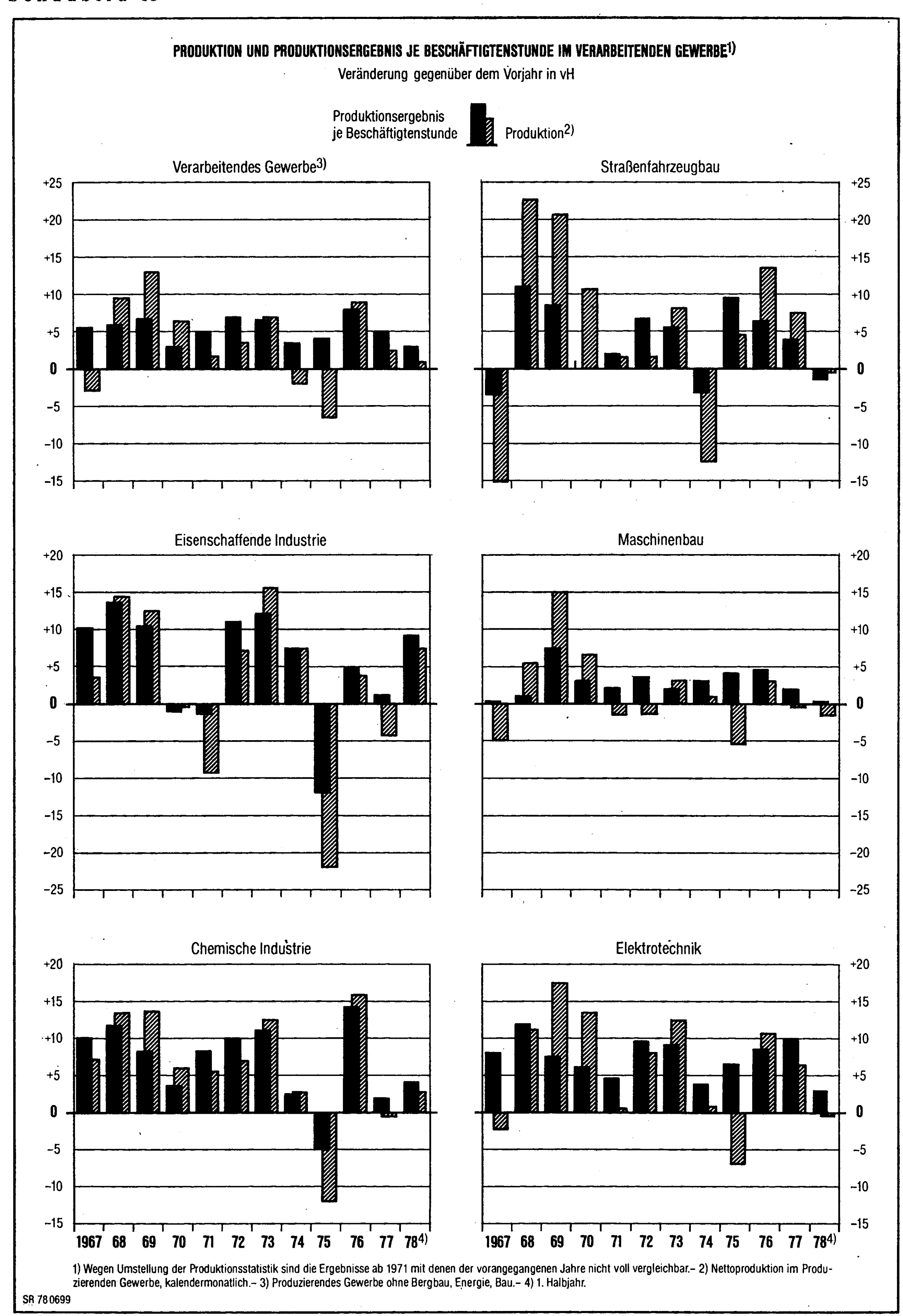


1) Eigene Schätzung. Alle Werte in Preisen von 1970. Methodische Erläuterungen siehe Anhang V, Abschnitt A.– 2) 1978: Eigene Schätzung. – 3) Bruttoinlandsprodukt in vH des Produktionspotentials.

3 vH zu. Je Arbeitsstunde gerechnet, fiel die Produktionssteigerung etwas größer aus ($3^1/_2$ vH), da die durchschnittliche Arbeitszeit, die von den Erwerbstätigen geleistet wurde, gegenüber 1977 noch etwas zurückging. Im verarbeitenden Gewerbe ergab sich je Beschäftigten gerechnet ein Produktionsanstieg von $1^1/_2$ vH und je Arbeitsstunde von 3 vH (Schaubild 15). Hier wie in der Gesamtwirtschaft war die Zunahme der Arbeitsproduktivität damit geringer als im Vorjahr.

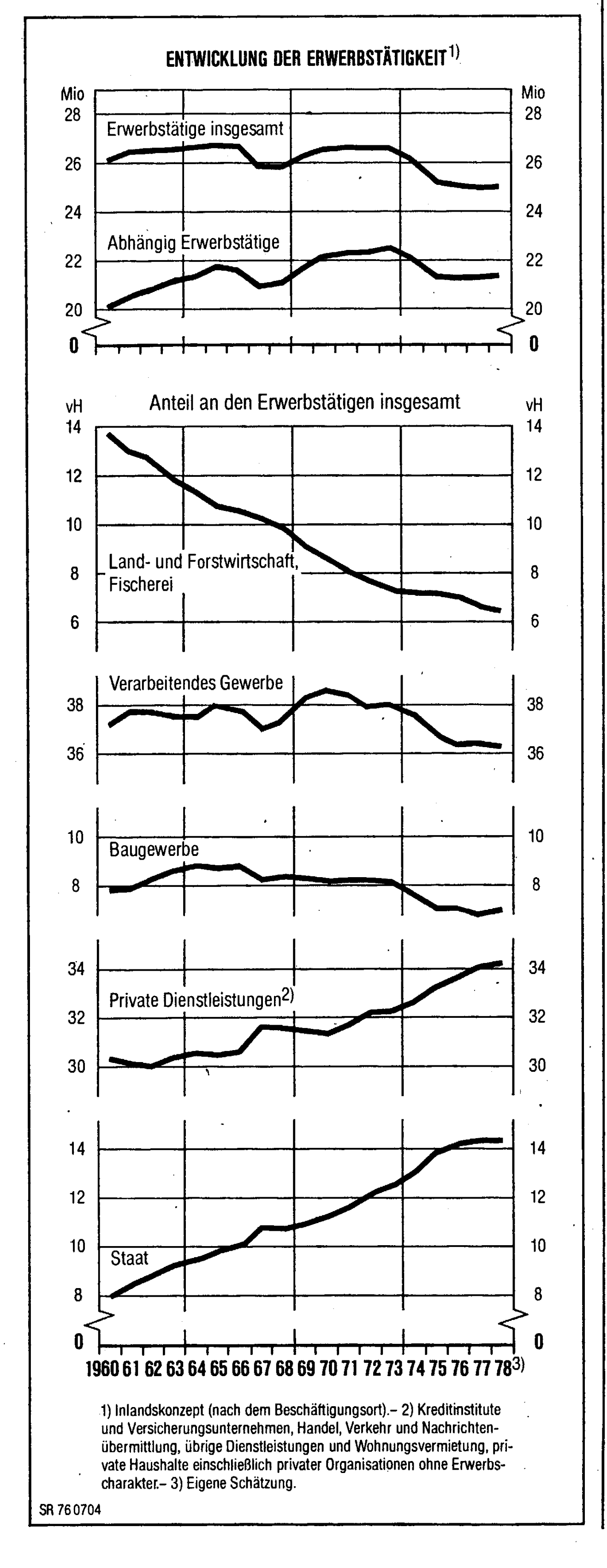
91. Während die Industrie ihren Personalbestand noch einmal verringerte, nahm die Anzahl der Beschäftigten im Handel, im Handwerk und im Dienstleistungsgewerbe sowie zuletzt auch in der

Schaubild 15



Bauwirtschaft zu (Schaubild 16). Die Gebietskörperschaften besetzten neu geschaffene Stellen überwiegend erst in der zweiten Jahreshälfte. Im öffentlichen Dienst insgesamt, Bundesbahn und Bundespost eingeschlossen, blieb die Beschäftigung etwa auf dem gleichen Niveau wie im Vorjahr.

Schaubild 16



1) Inlandskonzept (nach dem Beschäftigungsort). – 2) Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen, Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, übrige Dienstleistungen und Wohnungsvermietung, private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter. – 3) Eigene Schätzung.

SR 76 0704

Insgesamt waren im Durchschnitt des Jahres 1978 etwa 75 000 Arbeitnehmer mehr beschäftigt als ein Jahr zuvor. Es waren aber wiederum weniger Personen selbständig tätig, so daß die Anzahl der Erwerbstätigen insgesamt gegenüber 1977 nur um rund 40 000 gestiegen ist. Die Entwicklung war damit allerdings günstiger als in den letzten beiden Jahren, in denen sich der Beschäftigungsabbau noch fortgesetzt hatte. Im Durchschnitt dieses Jahres waren insgesamt 25,1 Millionen Personen erwerbstätig.

92. Der leichte Anstieg der Erwerbstätigkeit führte dazu, daß im Jahresdurchschnitt etwa 30 000 Personen weniger arbeitslos waren als 1977. Gleichwohl haben sich die Beschäftigungsprobleme 1978 nicht vermindert. Das Erwerbspersonenpotential, das sich aus den Beschäftigten, den Arbeitslosen und aus jenen zusammensetzt, die zwar eine Beschäftigung annehmen würden, aber nicht als arbeitslos gemeldet sind (Stille Reserve), dürfte 1978 im Gegensatz zu den vorangegangenen vier Jahren größer geworden sein. Die Erhöhung der Anzahl deutscher Erwerbspersonen (etwa 70 000), die hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß viele Jugendliche in das Erwerbsleben eintreten, überwog erstmals die Rückwanderung ausländischer Erwerbspersonen (etwa 45 000). Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung schätzt das Erwerbspersonenpotential auf rund 26,6 Millionen Personen (Tabelle 9).

Die Stille Reserve — sie ergibt sich rechnerisch als Differenz zwischen dem Erwerbspersonenpotential auf der einen Seite und den Erwerbstätigen zuzüglich der Arbeitslosen auf der anderen Seite — hat sich dieser Schätzung zufolge 1978 gegenüber dem Vorjahr kaum geändert, sie umfaßt rund 600 000 Personen. Sie ist damit nur um rund 400 000 Personen kleiner als die registrierte Arbeitslosigkeit oder, anders ausgedrückt, der Umfang der gesamten Unterbeschäftigung kommt in den Arbeitslosenzahlen nur zu etwa drei Fünfteln zum Ausdruck.

93. *Bei der Schätzung des Erwerbspersonenpotentials und damit der Schätzung der Stillen Reserve herrscht allerdings besondere Unsicherheit darüber, wie viele Frauen dem Erwerbspersonenpotential zuzurechnen sind. Die potentiellen Erwerbsquoten der Männer sowie die Auswirkungen der verlängerten Ausbildungsdauer und der flexiblen Ruhestandsgrenze auf die Erwerbstätigkeit lassen sich mit größerer Sicherheit angeben.*

Anfang der siebziger Jahre sind erheblich mehr Frauen als in den vorangegangenen Jahren berufstätig geworden, die zuvor nicht gearbeitet haben und auch nicht als arbeitslos gemeldet waren. Die Entscheidung für eine Berufstätigkeit wurde sicherlich dadurch beeinflußt, daß in diesen Jahren die Bedingungen, zu denen Arbeitsplätze angeboten wurden, besonders günstig waren. Ob in den Jahren danach der Anteil der Frauen, die gerne arbeiten wollen, weiter so schnell zugenommen hat, ist nicht sicher. Die wachsende gesellschaftliche Anerkennung der Berufstätigkeit der Frauen könnte dafür sprechen. Dagegen steht, daß bei den wieder schlechteren Bedingungen des Arbeitsmarkts die Erwerbstätigkeit für viele Frauen nicht mehr so attraktiv sein dürfte.

Aufgrund dieser Unsicherheiten können Zahlen über das Erwerbspersonenpotential die tatsächliche Entwicklung

Tabelle 9

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt [1])

Jahr	Erwerbspersonenpotential	Erwerbstätige				Arbeitslose	Stille Reserve [4])	Kurzarbeiter	Offene Stellen	Arbeitslosenquote [5])
		Abhängige		Selbständige [3])						
		zusammen	darunter Ausländer [2])							
	1 000									vH
1960	26 398	20 090	279	5 990		271	47	3	465	*1,3*
1961	26 622	20 580	507	5 861		181	—	3	552	*0,9*
1962	26 689	20 876	629	5 658		155	—	4	574	*0,7*
1963	26 782	21 113	773	5 483		186	—	11	555	*0,9*
1964	26 787	21 349	902	5 269		169	—	2	609	*0,8*
1965	26 916	21 639	1 119	5 130		147	—	1	649	*0,7*
1966	26 890	21 650	1 244	5 036		161	43	16	540	*0,7*
1967	26 539	20 921	1 014	4 896		459	263	143	302	*2,1*
1968	26 300	21 054	1 019	4 785		323	138	10	488	*1,5*
1969	26 419	21 636	1 366	4 604		179	—	1	747	*0,8*
1970	26 719	22 148	1 807	4 422		149	—	10	795	*0,7*
1971	26 916	22 328	2 128	4 311		185	92	86	648	*0,8*
1972	26 973	22 360	2 285	4 220		246	147	76	546	*1,1*
1973	27 077	22 500	2 425 a)	4 148		273	156	44	572	*1,2*
1974	26 943	22 092	2 323 a)	4 063		582	206	292	315	*2,6*
1975	26 820	21 329	2 061	3 937		1 074	480	773	236	*4,8*
1976	26 665	21 233	1 925	3 800		1 060	572	277	235	*4,7*
1977	26 600	21 263	1 872	3 707		1 030	600	231	231	*4,6*
1978 [6])	26 629	21 339	1 839	3 668		997	625	195	245	*4,5*

[1]) Abgrenzung nach dem Inlandskonzept.
[2]) 1960 Stand Ende Juli, 1961 Stand Ende Juni.
[3]) Einschließlich mithelfender Familienangehöriger.
[4]) Erwerbspersonenpotential abzüglich Erwerbstätige und Arbeitslose.
[5]) Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (abhängige Erwerbstätige und Arbeitslose); Berechnung nach dem Inländerkonzept.
a) Eigene Schätzung.

Quelle: BA (ausgenommen Erwerbstätige und Arbeitslosenquote); Berechnung des Erwerbspersonenpotentials: IAB

nur grob wiedergeben. Es muß im Bilde bleiben, daß es sich um Schätzungen handelt, die auf unvollkommenen Informationen beruhen.

III. Bauwirtschaft vor neuem Boom?

94. Während sich 1978 die konjunkturelle Entwicklung, aufs ganze gesehen, nur zögernd beschleunigt hat, befindet sich die Bauwirtschaft in einem kräftigen Aufschwung. Wegen der großen Bedeutung des Bausektors — rund 7 vH aller Erwerbstätigen arbeiten im Baugewerbe, und rund 13 vH des Sozialprodukts werden für Bauinvestitionen verwendet — kann erwartet werden, daß sich die rege Baunachfrage fühlbar auf nachgelagerte Bereiche und damit auf die gesamtwirtschaftliche Produktion auswirkt. Allerdings läßt ein Rückblick auf die Überhitzung Anfang der siebziger Jahre, die nicht nur das Inflationsklima anheizte, sondern auch zur Entstehung der Beschäftigungsprobleme der letzten Jahre beitrug, die Sorge entstehen, daß es noch einmal ähnlich kommen könnte.

95. Schon während der Rezession 1967 hatte der Staat eine rege Nachfrage nach Bauleistungen entfaltet, und bald danach war auch die Baunachfrage der Unternehmen gestiegen. Als sich ab 1969 auch die Nachfrage nach Wohnungen kräftig belebte, stießen immer mehr Bauunternehmen an Kapazitätsgrenzen. Kräftige Preissteigerungen waren die Folge; 1970 verteuerten sich Bauleistungen um 16 vH, im Jahr darauf nochmals um 10 vH. Dennoch wurden immer mehr Bauaufträge für Wohnungen vergeben. Vielfach wurde ein allgemeiner Geldwertschwund befürchtet, und die Flucht in Sachwerte nahm, begünstigt durch zunächst noch niedrige Zinsen, rasch zu; viele Bauherren haben, um

die künftige Zins- und Tilgungslast gering zu halten, früher gebaut als ursprünglich geplant. Der Bau von Mietwohnungen erschien trotz niedriger Anfangsmieten rentabel, da mit raschen Mietsteigerungen gerechnet wurde.

Obwohl der Staat seine Tiefbauaufträge bereits seit 1970 eingeschränkt hatte, und auch die Baugenehmigungen für Fabrikhallen und Bürogebäude im gleichen Jahr ihren Höhepunkt überschritten hatten, verleitete die kräftige Wohnungsnachfrage mehr und mehr Bauunternehmen dazu, ihre künftigen Marktchancen zu optimistisch einzuschätzen. Von 1968 bis 1973 hat das Bauhauptgewerbe seine Gerätekapazitäten um 30 vH ausgeweitet. Daß die überschäumende Nachfrage nach Wohnungen möglicherweise ein Vorbote eines drastischen Nachfragerückgangs in den folgenden Jahren sein könnte, wurde kaum gesehen.

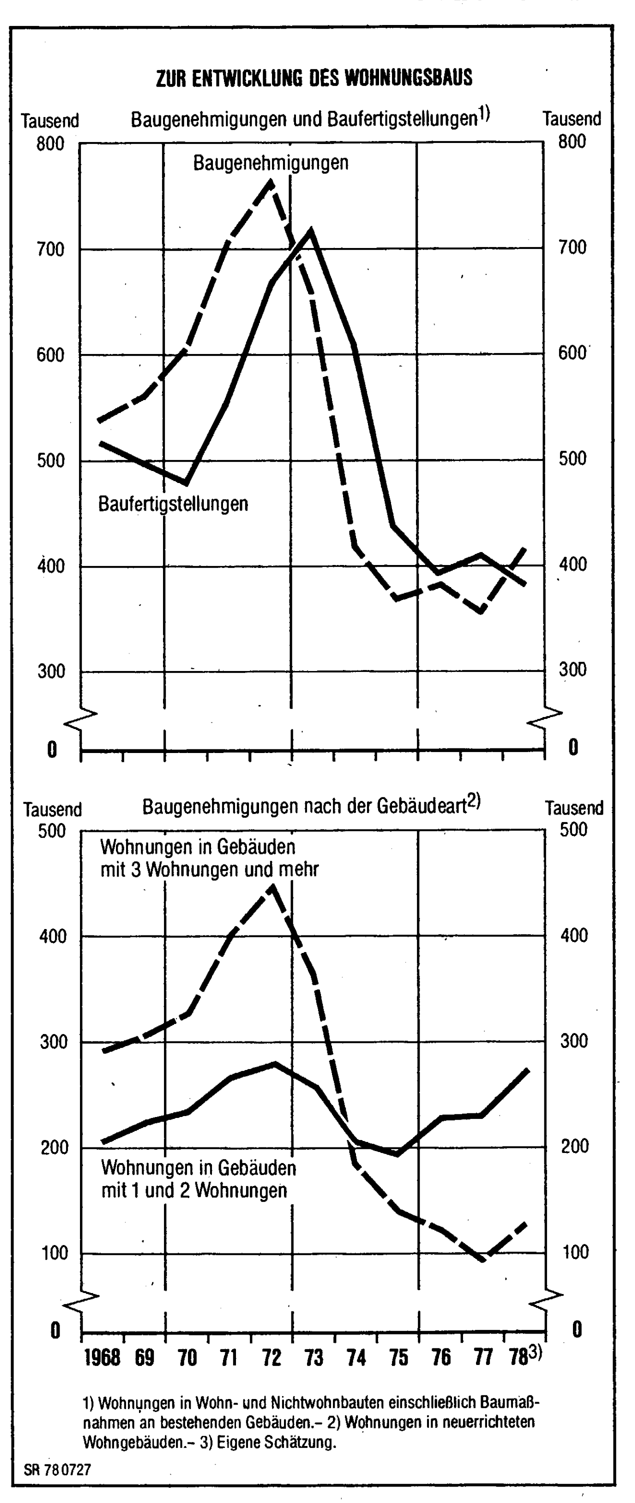
96. Zum konjunkturellen Umbruch in der Bauwirtschaft kam es schließlich, als sich von Anfang des Jahres 1973 an die Nachfrage nach Wohnungen drastisch verringerte (Schaubild 17). Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe fielen von Anfang 1973 bis Anfang 1974 dem Volumen nach um rund 25 vH zurück; im Wohnungsbau, der einen Anteil von mehr als zwei Fünfteln am gesamten Bauvolumen hat, sogar um 40 vH. Fast völlig zum Erliegen kam nach und nach der frei finanzierte Mietwohnungsbau.

Die Bauherren hatten erkannt, daß angesichts des gestiegenen Angebots an neuen Wohnungen und der hohen Baukosten die Gefahr, Neubauten nicht kostendeckend verkaufen oder vermieten zu können, immer größer wurde. Dabei spielte mit eine Rolle, daß die Vergleichsmietenregelung, die 1971 eingeführt wurde, Mieterhöhungen erschwerte und die Rentabilität von Mietwohnungen zusätzlich belastete. Vor allem aber waren inzwischen die Zinsen stark in die Höhe gegangen. Hinzu kamen finanzpolitische Restriktionen; die degressive Abschreibung bei Gebäuden wurde aufgehoben, und die erhöhte Abschreibung gemäß § 7 b Einkommensteuergesetz wurde vorübergehend ausgesetzt.

Von 1973 bis 1975 verminderten die Unternehmen des Bauhauptgewerbes ihre Beschäftigtenzahl um 21 vH. Die Produktion dagegen verringerte sich wegen der zunächst noch hohen Auftragspolster im gleichen Zeitraum etwas weniger, nämlich um 17 vH. Für große Bauunternehmen war es teilweise möglich, den Auftragsrückgang im Inland durch Auslandsnachfrage auszugleichen; von 1973 bis 1975 steigerten ausländische Bauherren ihre Aufträge an deutsche Bauunternehmen um das Fünffache auf 7,3 Mrd DM. Die großen Unternehmen konnten so trotz vielfach nicht kostendeckender Preise im Inland ihre Beschäftigung besser aufrechterhalten als die kleinen Firmen.

97. Der Staat reagierte mit einer Reihe von Programmen, mit denen die Konjunktur und insbesondere die Baunachfrage wieder angekurbelt werden sollten (Tabelle 10). Ziel dieser Programme war es, nicht nur global wirkende Impulse zu geben, sondern gleichzeitig ausgewählte Arten von Baumaßnahmen besonders zu fördern. Die Mehrzahl der Maßnahmen war auf spezielle Bauvorhaben wie die Modernisierung älterer Wohnungen, die Wärmeisolierung, die Sanierung der Innenstädte, die Verbesserung der Umwelt und dergleichen gerichtet. Als Folge dieser Politik stieg der Anteil des Ausbaugewerbes am Bauvolumen insgesamt von 29 vH im Jahre 1973 auf 33 vH im Jahre 1977.

Schaubild 17



1) Wohnungen in Wohn- und Nichtwohnbauten einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden.– 2) Wohnungen in neuerrichteten Wohngebäuden.– 3) Eigene Schätzung.

Tabelle 10

Bauwirtschaft und staatliche Konjunkturprogramme

Datum	
17. Februar 1973	Die Bundesregierung kündigt in ihrem Jahreswirtschaftsbericht als finanzpolitische Sofortmaßnahme unter anderem an, die Investitionszulage von 10 vH auf 7,5 vH zu kürzen und die degressive Abschreibung bei Gebäuden, mit Ausnahme des öffentlich geförderten Wohnungsbaus, aufzuheben.
9. Mai 1973	Die Bundesregierung beschließt ein Stabilitätsprogramm. Unter anderem sollen mit sofortiger Wirkung eine Investitionsteuer von 11 vH — bei ermäßigtem Steuersatz von 5,5 vH — für höchstens zwei Jahre eingeführt sowie die degressive Abschreibung für neue Ausrüstungsinvestitionen und die erhöhte Abschreibung gemäß § 7 b EStG für neu beantragte Wohnbauten bis zum 30. April 1974 ausgesetzt werden.
19. Dezember 1973	Die Bundesregierung hebt die konjunkturpolitischen Maßnahmen des Stabilitätsprogramms vom 9. Mai weitgehend auf. So wird neben anderem die Investitionsteuer rückwirkend zum 1. Dezember aufgehoben und die Sonderabschreibung nach § 7 b EStG für Wohngebäude wieder ermöglicht, sofern der Bauantrag nach dem 31. Dezember 1973 gestellt wird.
6. Februar 1974	Zur Verbesserung der kommunalen Infrastruktur stellen Bund und Länder zusammen 600 Mio DM zur Verfügung; das Schwergewicht liegt auf dem Tiefbau. Darüber hinaus plant der Bund in diesen Gebieten Investitionen in Höhe von 300 Mio DM.
25. September 1974	Sonderprogramm von 950 Mio DM zur regionalen und lokalen Abstützung der Beschäftigung. Begünstigt werden vor allem Hochbauprojekte, daneben auch die Altbaumodernisierung und der soziale Wohnungsbau.
12. Dezember 1974	Die Bundesregierung beschließt ein „Programm zur Förderung von Beschäftigung und Wachstum bei Stabilität". Es sieht zusätzliche Investitionen des Bundes in den Bereichen Energieversorgung und Hochbau von 1,13 Mrd DM vor, ferner eine Investitionszulage für Gebäude, für die die Baugenehmigung zwischen dem 1. Dezember 1974 und dem 30. Juni 1975 beantragt und die vor dem 1. Juli 1977 fertiggestellt werden.
27. August 1975	Die Bundesregierung beschließt ein „Programm zur Stärkung von Bau- und anderen Investitionen" mit einem Volumen von 5,75 Mrd DM. Es enthält unter anderem folgende Maßnahmen: Bundeseigene Investitionen in Höhe von 1,2 Mrd DM; bauwirksame Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (0,6 Mrd DM); Verbesserung der kommunalen Infrastruktur und Stadtsanierung (2,45 Mrd DM); Wohnungsmodernisierung (0,7 Mrd DM); Zwischenfinanzierung von Bausparverträgen (0,3 Mrd DM); Darlehen zur Erleichterung der Finanzierung kommunaler Investitionen und Verstärkung der ERP-Umweltschutzprogramme (0,5 Mrd. DM).
20. Dezember 1976	Die Abschreibungsvergünstigungen bei Gebäuden nach § 82 a und § 82 g Einkommensteuer-Durchführungsverordnung werden um drei Jahre verlängert.
23. März 1977	Die Bundesregierung beschließt ein „Programm für Zukunftsinvestitionen". Für öffentliche Investitionen sind im Verkehrswesen 3,7 Mrd DM, in der Energieversorgung 1,3 Mrd DM, in der Wasserwirtschaft 4,1 Mrd DM, für eine bessere Wohnumwelt 4,1 Mrd DM und für die Berufsbildung 0,6 Mrd DM vorgesehen. Teilweise sollen durch diese Mittel private Investitionen in Höhe von 2,2 Mrd DM angeregt werden.
27. Mai 1977	Der Bundestag beschließt das Gesetz über steuerliche Begünstigungen bei der Herstellung oder Anschaffung bestimmter Wohngebäude. Wesentlicher Inhalt: Ausdehnung des § 7 b EStG auf Altbau-Erwerb und Fortfall der Grunderwerbsteuer bis zu gewissen Höchstgrenzen. Das Gesetz tritt rückwirkend zum 1. Januar 1977 in Kraft.
27. Oktober 1977	Wiedereinführung der degressiven Abschreibung für Wirtschaftsbauten und den frei finanzierten Wohnungsbau ab 1. September 1977.
1. Juli 1978	Das erste Gesetz zur Änderung des Wohnungsmodernisierungsgesetzes tritt in Kraft. Es sieht Zuschüsse für energiesparende Investitionen in Wohnhäusern sowie (alternativ) Abschreibungserleichterungen vor. Für die Jahre 1978 bis 1982 werden die Kosten für Bund und Länder auf insgesamt 4½ Mrd DM veranschlagt.

98. Die umfangreichen finanzpolitischen Maßnahmen haben sicherlich dazu beigetragen, daß im Herbst 1976 in der Bauwirtschaft eine Wende zum Besseren eintrat. Ebenso dürfte die Baunachfrage aber dadurch belebt worden sein, daß die Hypothekenzinsen sanken.

99. Die Bestelleingänge beim Bauhauptgewerbe nahmen von ihrem Tiefpunkt im Herbst 1976 bis zur Jahresmitte 1978 dem Volumen nach um etwa 35 vH zu; sie erreichten damit wieder das sehr hohe Niveau der Jahre 1971 und 1972. Besonders hohe Auftragseingänge konnten die Unternehmen des Tiefbaus (+40 vH) und vor allem die Wohnungsbauunternehmen (+50 vH) buchen. Die Aufträge für Tiefbauarbeiten waren in den letzten Monaten in einigen Gemeinden so umfangreich, daß es regional zu einer Überhitzung im Baugewerbe gekommen ist. Die Wohnungsbauaufträge waren trotz der starken Nachfragebelebung seit Mitte vergangenen Jahres noch merklich geringer als in der vergangenen Hochkonjunktur; im Jahre 1978 dürften die Aufträge für Wohnbauten etwa um 15 vH niedriger sein als 1972.

100. Nicht vollständig befriedigend kann erklärt werden, warum es rund anderthalb Jahre dauerte, ehe die expansive Nachfrage ihren Niederschlag in einer ähnlich kräftigen Produktionsausweitung fand. Erst seit Beginn dieses Jahres wird die Bauproduktion zügig ausgeweitet, im dritten Vierteljahr 1978 wurden gut 8 vH mehr Bauten erstellt als ein Jahr zuvor.

Ein Grund für die Zurückhaltung der Bauunternehmen, die Produktion auszuweiten, mögen Zweifel an der Dauerhaftigkeit des neuerlichen Aufschwungs gewesen sein; möglicherweise wird auch befürchtet, daß nach dem Auslaufen des Programms für Zukunftsinvestitionen die Baunachfrage wieder merklich zurückgeht. Vielfach wird auch argumentiert, daß keine nennenswerten Produktionsreserven mehr vorhanden seien. Die Gerätekapazität ist derzeit etwa so groß wie 1973, und der Auslastungsgrad, wie ihn das Ifo-Institut aufgrund von Unternehmensbefragungen ermittelt, ist höher als damals; im Herbst 1978 liegt er aber noch deutlich niedriger als im Herbst des Jahres 1970. Von den maschinellen Kapazitäten her dürfte es demzufolge noch keine gravierenden Angebotsengpässe in der Bauwirtschaft geben.

101. Selbst wenn die maschinellen Kapazitäten ausreichten, könnte es zweifelhaft sein, ob es genügend Bauarbeiter für eine kräftige Ausweitung der Produktion gibt. Auf einigen regionalen Märkten waren im Sommer dieses Jahres schon mehr offene Stellen für Bauarbeiter als Arbeitslose gemeldet, so in Schleswig-Holstein, Hamburg, Hessen, Baden-Württemberg und Südbayern. In verschiedenen Bauberufen herrscht sogar im gesamten Bundesgebiet ein zunehmender Mangel an Facharbeitern. So gab es nach der Strukturuntersuchung der Bundesanstalt für Arbeit vom Mai dieses Jahres rund 3 000 arbeitslose Maurer, aber mehr als doppelt so viele offene Stellen. Daß es für die Bauwirtschaft immer schwieriger wird, offene Stellen zu besetzen, ist auch daran zu erkennen, daß immer mehr Unternehmen Produktionsbehinderungen durch Arbeitskräftemangel melden; im Sommer waren dies laut Ifo-Konjunkturtest fast 30 vH der Unternehmen, verglichen mit 10 vH im Jahr zuvor. Ein weiteres Zeichen für zunehmenden Arbeitskräftemangel sind die im Vergleich zu anderen Branchen relativ hohen Lohnsteigerungen; im Bauhauptgewerbe sind die Löhne und Gehälter je Arbeitsstunde 1978 etwa 7 vH höher als im vergangenen Jahr. Im Durchschnitt der Volkswirtschaft betrug die Steigerung dagegen rund $5^1/_2$ vH.

Die gegenwärtigen Schwierigkeiten, Fachkräfte zu finden, dürften auch damit zusammenhängen, daß die Bauunternehmen in der Vergangenheit zu wenig Auszubildende beschäftigt haben, sei es, daß zu wenig Jugendliche einen Bauberuf lernen wollten, sei es, daß die Bauwirtschaft nicht genügend Ausbildungsplätze angeboten hat. Im Jahre 1972 etwa wurden im Bauhauptgewerbe nur 26 000 Auszubildende gezählt, das waren 1,7 vH aller Beschäftigten. Allein um den Bestand an Facharbeitern zu sichern, hätten es rund 5 vH sein müssen. Inzwischen dürfte es im Bauhauptgewerbe etwa 60 000 Auszubildende geben, das entspricht dem erwähnten Anteil von 5 vH. Die Steigerung wäre noch größer, blieben nicht gerade in der Bauwirtschaft Ausbildungsplätze in nennenswerter Zahl unbesetzt.

Die Anspannung auf dem Arbeitsmarkt für Bauarbeiter ist aber sicher nicht annähernd so ausgeprägt wie in den Jahren des vergangenen Baubooms. Während es im Sommer 1970 über 100 000 offene Stellen für Bauarbeiter, aber nur 3 000 Arbeitslose gab, waren es im Sommer dieses Jahres 23 000 offene Stellen und 26 000 arbeitslose Bauarbeiter.

102. Angesichts der kräftigen Nachfrage nach Bauleistungen hat sich der Preisauftrieb seit Anfang 1976 erheblich beschleunigt; im Herbst dieses Jahres war das Bauen gut 6 vH teurer als vor einem Jahr. Würden sich dadurch wiederum mehr Bauherren veranlaßt sehen, früher als ursprünglich geplant zu bauen, wäre eine Überhitzung der Baukonjunktur, so wird vielfach befürchtet, nicht auszuschließen.

103. Anders als Anfang der siebziger Jahre gibt es heute jedoch keine vorherrschenden Inflationserwartungen. Die Gefahr, daß aus Furcht vor einem zunehmenden Geldwertschwund eine überschäumende Baunachfrage entsteht, ist heute geringer als damals. Kräftig steigende Baupreise sind bei gleichzeitig nur mäßigem allgemeinen Geldwertschwund aufs Ganze gesehen eher ein Hemmnis als ein Anreiz für eine weiter steigende Baunachfrage.

Gegenwärtig sind es vor allem günstige Finanzierungsbedingungen und die allgemeine steuerliche Entlastung der Einkommen, die die Baunachfrage fördern.

104. Zu einem verstärkten Angebot an Wohnbauten wird es nur dann kommen, wenn auch die Aus-

sicht besteht, daß das Bauen sich rentiert. Bei einer kräftigen Baukonjunktur werden die Kosten schneller steigen als die Mieten und zudem wird das vergrößerte Wohnungsangebot Druck auf die Preise ausüben. Die Erfahrung des vergangenen Baubooms, in dessen Folge zahlreiche Neubauten nicht kostendeckend verkauft oder vermietet werden konnten, dürfte dazu beitragen, daß das Wohnungsangebot nicht so stark vergrößert wird wie damals.

105. Die Frage, ob es noch einmal zu einem übersteigerten Bauboom wie zu Beginn des Jahrzehnts kommen könnte, ist daher letztlich die Frage danach, ob die Wirtschaftspolitik so expansiv wird, daß demnächst wieder Inflationsfurcht aufkommen könnte, so daß das Bestreben, sich vor dem Geldwertschwund zu schützen, erneut zu einer Flucht in die Sachwerte führte.

IV. Zunehmende Differenzierung am Arbeitsmarkt

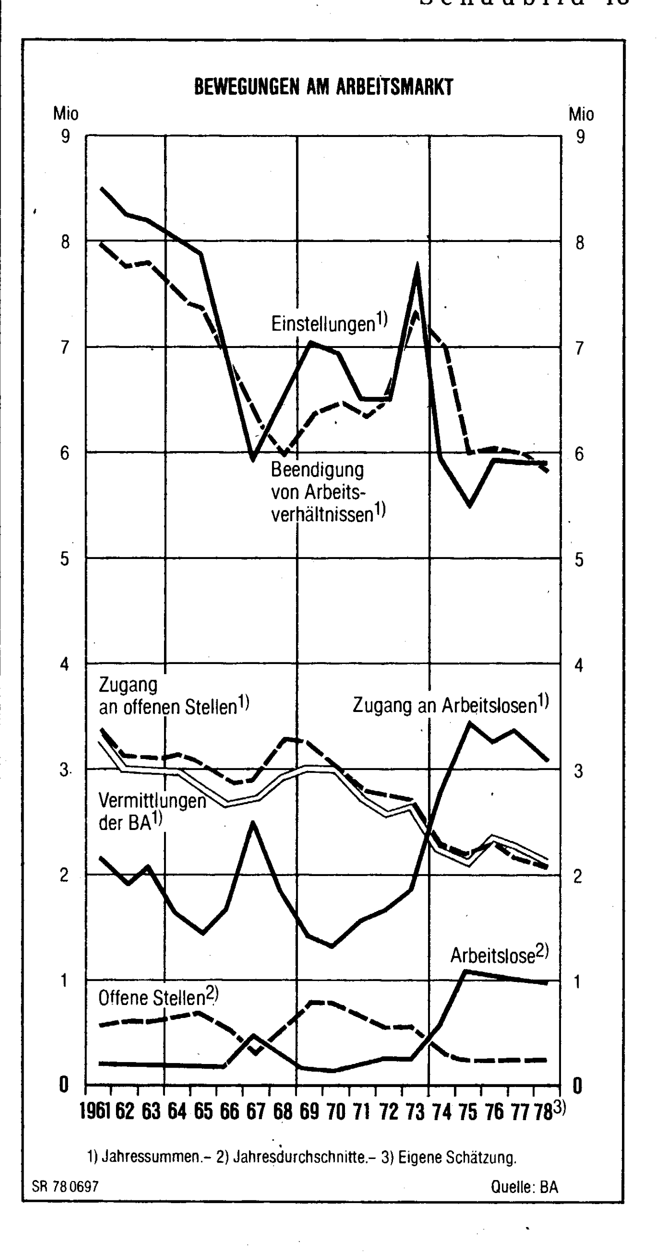
Änderungen in der Struktur der Arbeitslosigkeit

106. Die hohe Unterbeschäftigung hält seit nunmehr vier Jahren an. Seit dem Frühjahr 1975 ist die Arbeitslosenquote, sieht man von saisonalen Bewegungen ab, nicht nennenswert unter $4^1/_2$ vH gesunken; im Durchschnitt dieses Jahres waren etwa eine Million Personen arbeitslos, das sind nur 75 000 weniger als 1975. Die geringen Veränderungen dürfen jedoch nicht darüber hinwegsehen lassen, daß erhebliche Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt stattfinden. Jedes Jahr haben etwa sechs Millionen Personen ihren Arbeitsplatz aufgegeben oder verloren, und ungefähr ebenso viele wurden eingestellt. Diese Bewegungen haben sich allerdings im Jahre 1978 etwas verringert. Auch sind den Arbeitsämtern 1978 weniger offene Stellen gemeldet worden als im vergangenen Jahr; der Bestand an offenen Stellen dagegen war in diesem Jahr etwas größer als 1977 (Schaubild 18).

107. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit hat sich noch einmal erhöht. Von Mai 1977 bis Mai 1978 ist die Anzahl derer, die länger als ein Jahr arbeitslos waren, von rund 170 000 auf über 200 000 oder von 18 vH auf 22 vH aller Arbeitslosen gestiegen (Tabelle 11). Länger als zwei Jahre arbeitslos waren im Mai dieses Jahres mehr als 90 000 Personen gegenüber knapp 60 000 im gleichen Monat des vorangegangenen Jahres.

Wer über längere Zeit arbeitslos ist, muß zum Teil erhebliche Einkommenseinbußen hinnehmen. Arbeitslosengeld wird längstens für die Dauer eines Jahres gezahlt. Es beträgt 68 vH des zuletzt erzielten Nettoeinkommens (Bruttoarbeitsentgelt abzüglich gesetzlicher Abzüge, die bei Arbeitnehmern gewöhnlich anfallen), jedoch nicht mehr als rund 400 Mark je Woche. Die Arbeitslosenhilfe, die im

Schaubild 18



Anschluß daran gewährt werden kann, beträgt höchstens 85 vH des Arbeitslosengeldes. Vielfach liegt die Arbeitslosenhilfe jedoch darunter, weil bei ihrer Berechnung anders als beim Arbeitslosengeld sonstige Einkommen und Vermögen des Arbeitslosen sowie Leistungen, die er etwa von engen Verwandten beanspruchen kann, berücksichtigt werden. Dies hat zur Folge, daß zahlreiche Arbeitslose nur in sehr geringem Umfang Arbeitslosenhilfe erhalten; vielfach besteht gar kein Anspruch auf Unterstützungszahlungen.

Da der Anteil der längerfristig Arbeitslosen größer geworden ist, hat sich die Anzahl der Personen, die Arbeitslosengeld beziehen, im vergangenen Jahr noch einmal verringert. Ende Mai 1977 erhielten 430 000 Personen Arbeitslosengeld, das waren 46 vH aller Arbeitslosen; Ende Mai dieses Jahres waren es 390 000 oder 43 vH der Arbeitslosen. Dies führte jedoch nicht dazu, daß die Anzahl der Empfänger von Arbeitslosenhilfe zugenommen hat, weil

Tabelle 11

Strukturelle Entwicklung der Arbeitslosigkeit

	1976				1977				1978	
	Mai		September		Mai		September		Mai	
	1 000	Anteil in vH	1 000	Anteil in vH	1 000	Anteil in vH	1 000	Anteil in vH	1 000	Anteil in vH
Insgesamt	954	*100*	898	*100*	946	*100*	911	*100*	913	*100*
darunter: mit gesundheitlichen Einschränkungen	230	*24,1*	223	*24,9*	237	*25,0*	244	*26,8*	263	*28,8*
darunter: Schwerbehinderte [1]	36	*3,7*	38	*4,3*	44	*4,7*	40	*4,4*	52	*5,7*
Nach Geschlecht										
Männer	500	*52,4*	437	*48,6*	465	*49,1*	424	*46,6*	439	*48,1*
Frauen	454	*47,6*	462	*51,4*	482	*50,9*	487	*53,4*	474	*51,9*
Nach Nationalität										
Deutsche	852	*89,3*	819	*91,1*	852	*90,0*	827	*90,7*	810	*88,7*
Ausländer	102	*10,7*	80	*8,9*	94	*10,0*	84	*9,3*	103	*11,3*
Nach Berufsausbildung										
mit abgeschlossener Berufsausbildung	429	*45,0*	428	*47,7*	432	*45,7*	426	*46,8*	406	*44,5*
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	525	*55,0*	470	*52,3*	514	*54,3*	485	*53,2*	507	*55,5*
Nach Beschäftigungsverhältnis										
Angestellte	361	*37,9*	383	*42,7*	378	*39,9*	382	*41,9*	342	*37,4*
Arbeiter	593	*62,1*	515	*57,3*	569	*60,1*	530	*58,1*	571	*62,6*
Nach gewünschter Arbeitszeit										
Vollzeitarbeit	787	*82,4*	733	*81,6*	762	*80,5*	732	*80,4*	730	*80,0*
Teilzeitarbeit	168	*17,6*	165	*18,4*	185	*19,5*	179	*19,6*	183	*20,0*
Nach Dauer der Arbeitslosigkeit [2]										
unter 1 Monat	110	*11,6*	149	*16,6*	123	*13,0*	146	*16,0*	106	*11,6*
1 bis unter 3 Monate	218	*22,9*	223	*24,8*	227	*24,0*	233	*25,5*	206	*22,5*
3 bis unter 6 Monate	199	*20,8*	160	*17,8*	201	*21,2*	165	*18,1*	214	*23,5*
6 bis unter 12 Monate	266	*27,9*	205	*22,9*	224	*23,7*	199	*21,8*	185	*20,2*
1 bis unter 2 Jahre	130	*13,6*	122	*13,6*	113	*11,9*	106	*11,7*	112	*12,3*
2 Jahre und länger	30	*3,2*	39	*4,3*	59	*6,2*	63	*6,9*	91	*9,9*
Nach Altersgruppen										
unter 20 Jahre	85	*8,9*	103	*11,4*	87	*9,2*	106	*11,6*	77	*8,4*
20 bis unter 25 Jahre	160	*16,7*	154	*17,2*	164	*17,3*	162	*17,8*	157	*17,2*
25 bis unter 45 Jahre	445	*46,6*	397	*44,2*	436	*46,1*	401	*44,0*	418	*45,8*
45 bis unter 55 Jahre	153	*16,1*	138	*15,4*	148	*15,6*	135	*14,8*	142	*15,6*
55 bis unter 60 Jahre	60	*6,3*	60	*6,7*	72	*7,6*	72	*7,9*	84	*9,2*
60 Jahre und älter	51	*5,4*	46	*5,1*	39	*4,1*	35	*3,9*	34	*3,7*
Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz										
Bezieher von Arbeitslosengeld	492	*51,6*	413	*45,9*	430	*45,5*	385	*42,3*	390	*42,7*
Bezieher von Arbeitslosenhilfe	149	*15,6*	135	*15,0*	146	*15,4*	133	*14,6*	146	*16,0*
Leistungen beantragt	200	*21,0*	216	*24,0*	223	*23,5*	232	*25,4*	207	*22,7*
keine Leistungen	113	*11,8*	134	*14,9*	147	*15,5*	161	*17,7*	170	*18,6*
Nachrichtlich: Vor der Arbeitslosigkeit in schulischer Ausbildung	.	.	.	.	35	*3,7*	50	*5,5*	28	*3,1*

[1]) Mit anerkannter Minderung der Erwerbsfähigkeit.
[2]) Bisherige Dauer der Arbeitslosigkeit.

Quelle: BA

immer mehr von jenen, die längere Zeit arbeitslos sind, nicht als bedürftig gelten. Die Anzahl derer, die Leistungen der Arbeitslosenhilfe in Anspruch nahmen, betrug unverändert 146 000. In dieser Gruppe waren im Mai 1978 etwa 85 000 länger als ein Jahr ohne Beschäftigung. Von den längerfristig Arbeitslosen hatte ein Drittel keinen Leistungsanspruch, von denen, die weniger als ein Jahr arbeitslos waren, dagegen nur ein Siebentel. Insgesamt hatten Ende Mai dieses Jahres 79 vH der Arbeitslosen Anspruch auf Leistungen, Ende Mai vergangenen Jahres waren es 82 vH.

108. Im Durchschnitt des Jahres 1978 waren etwa 30 000 weniger Personen arbeitslos als im Jahr zuvor. Vor allem Arbeitslose, die eine betriebliche Berufsausbildung nachweisen können, werden von den Unternehmen wieder verstärkt eingestellt. Im Mai wurden 26 000 weniger Arbeitslose mit abgeschlossener Berufsausbildung gezählt als ein Jahr zuvor. Die Anzahl der Arbeitslosen ohne Ausbildungsabschluß ist dagegen nur um 7 000 kleiner geworden; ihr Anteil an allen Arbeitslosen hat sich in diesem Jahr auf über 55 vH erhöht. Die Anzahl der weniger qualifizierten Arbeitslosen ist nicht zuletzt deshalb kleiner geworden, weil die Unternehmen ihr Angebot an Ausbildungsplätzen ausgeweitet haben und damit insbesondere zum Abbau der Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen ohne Berufsausbildung beigetragen haben.

Tabelle 12

Arbeitslose im Mai 1978 nach Dauer der Arbeitslosigkeit [1]) und nach ausgewählten Gruppen

1 000

	Insgesamt	davon Dauer der Arbeitslosigkeit von ... bis unter ...					
		unter 1 Monat	1 bis 3 Monate	3 bis 6 Monate	6 bis 12 Monate	1 bis 2 Jahre	2 Jahre und länger
Insgesamt	913	106	206	214	185	112	91
darunter: mit gesundheitlichen Einschränkungen	263	19	43	59	55	38	50
darunter: Schwerbehinderte [2])	52	3	7	10	11	8	14
Nach Geschlecht							
Männer	439	55	99	105	77	52	51
Frauen	474	50	106	109	107	60	40
Nach Nationalität							
Deutsche	810	92	180	187	166	101	85
Ausländer	103	14	26	28	19	11	5
Nach Berufsausbildung							
mit abgeschlossener Berufsausbildung	406	49	97	94	83	48	34
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	507	56	109	120	101	64	56
Nach Beschäftigungsverhältnis							
Angestellte	342	37	80	78	75	41	30
Arbeiter	571	69	125	136	109	71	61
Nach Altersgruppen							
unter 20 Jahre	77	14	24	19	13	6	1
20 bis unter 25 Jahre	157	24	44	40	29	16	5
25 bis unter45 Jahre	418	50	97	101	85	52	33
45 bis unter 55 Jahre	142	12	24	31	28	20	27
55 bis unter 60 Jahre	84	5	12	17	18	13	20
60 Jahre und älter	34	1	4	6	11	6	5

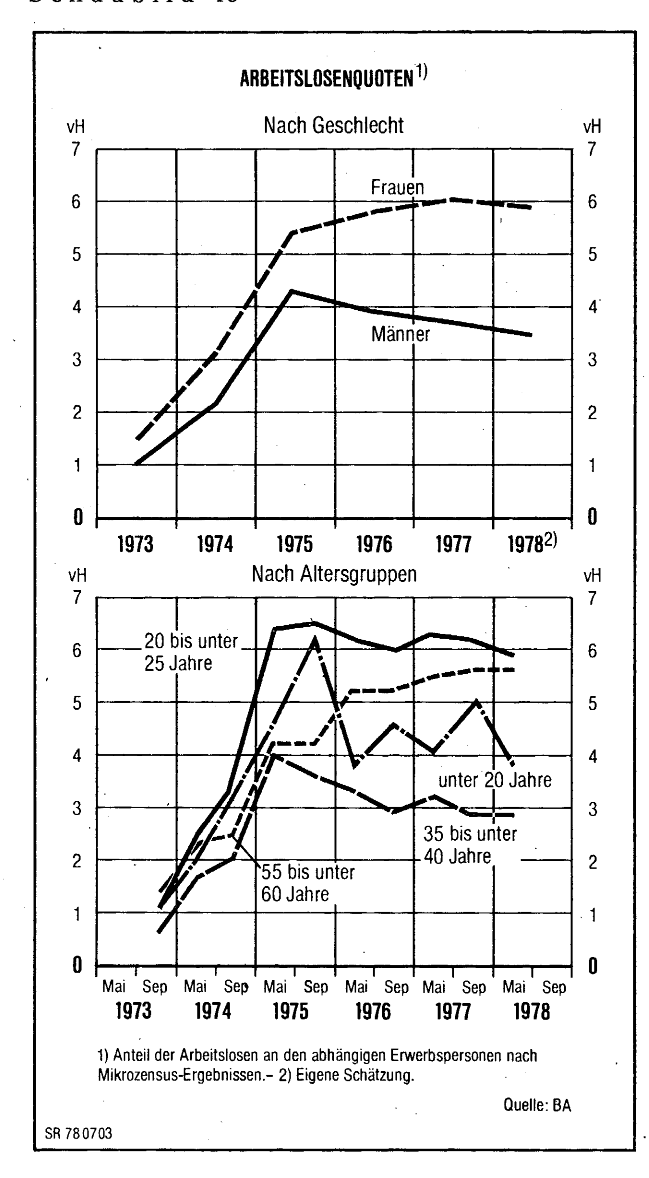
[1]) Bisherige Dauer der Arbeitslosigkeit.
[2]) Mit anerkannter Minderung der Erwerbsfähigkeit.

Quelle: BA

109. Im Gegensatz zu den vorangegangenen Jahren ist 1978 auch die Arbeitslosenquote der Frauen zurückgegangen, nicht zuletzt deshalb, weil sich im Dienstleistungsbereich, wo der Anteil der weiblichen Arbeitnehmer größer ist als im Durchschnitt der Wirtschaft, die Nachfrage nach Arbeitskräften deutlich belebt hat. Dennoch ist es für Frauen weiterhin erheblich schwieriger als für Männer, eine Beschäftigung zu finden. Die Arbeitslosenquote der Frauen war im Durchschnitt des Jahres 1978 mit knapp 6 vH immer noch erheblich höher als die der Männer (Schaubild 19). Das Stellenangebot für Männer war dagegen rund anderthalbmal so groß wie das für Frauen. Arbeitslose Frauen, die eine Teilzeitbeschäftigung suchen (etwa zwei Fünftel der arbeitslosen Frauen), haben nach wie vor besonders große Schwierigkeiten; auf hundert Stellengesuche für Teilzeitarbeit entfallen nur rund dreizehn Angebote, bei den Vollzeitstellen sind es nahezu doppelt so viele.

Viele verheiratete Frauen verzichten angesichts der geringen Stellenangebote nach längerer Arbeitslosigkeit darauf, über das Arbeitsamt eine Beschäftigung zu suchen. Teilweise fällt diese Entscheidung wohl mit der Beendigung der Zahlung des Arbeitslosengeldes zusammen. Dennoch sind nahezu ebenso viele Frauen wie Männer länger als ein Jahr arbeitslos gemeldet (Tabelle 12). Die Anzahl der längerfristig arbeitslosen Frauen hat 1978 erneut wesentlich stärker zugenommen als die der längerfristig arbeitslosen Männer.

Schaubild 19



110. Die Arbeitslosigkeit bei denjenigen, die in der Statistik als Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen gezählt werden, ist 1978 erneut gestiegen. Im Mai waren mehr als 260 000 Arbeitslose gesundheitlich behindert; das entspricht einer Zunahme von 11 vH gegenüber Mai 1977. Die Anzahl der schwerbehinderten Arbeitslosen, im Mai waren es über 50 000, ist sogar noch einmal um 18 vH gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Diese ungünstige Entwicklung ergibt sich zum einen daraus, daß anders als bei den Personen ohne gesundheitliche Einschränkungen noch einmal mehr Behinderte ihren Arbeitsplatz aufgeben mußten als im Jahr zuvor. Zum anderen ist es offensichtlich weiterhin trotz arbeitsmarktpolitischer Sonderprogramme sehr schwierig, Behinderte zu vermitteln. Die mittlere Dauer der Arbeitslosigkeit der Behinderten ist zwar nicht noch einmal stärker gestiegen als die der übrigen Arbeitslosen; doch es hat sich eben auch nichts daran geändert, daß unter den längerfristig Arbeitslosen Behinderte weit häufiger anzutreffen sind, als ihrem Anteil an den Erwerbstätigen entspricht.

111. Auch für die Älteren hat sich die Arbeitsmarktsituation 1978 nochmals verschlechtert. Zwar gibt es für etwa 50 vH der Arbeitnehmer Tarifverträge, in denen ein gesonderter Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer vereinbart ist; wenn sie aber arbeitslos werden, sind ihre Chancen, in einen neuen Arbeitsplatz vermittelt zu werden, geringer als die der jüngeren Arbeitslosen. Nur etwa 60 vH der offenen Stellen werden auch Personen angeboten, die älter sind als 55 Jahre. Dies ist mit ein Grund dafür, daß der Anteil älterer Personen an den längerfristig Arbeitslosen schon seit mehreren Jahren zunimmt. Im Mai dieses Jahres waren über 27 vH der bereits länger als zwei Jahre Arbeitslosen älter als 55 Jahre (ein Jahr zuvor knapp 23 vH); der Anteil dieser Altersgruppe an den Erwerbspersonen beträgt etwa 12 vH. Teilweise sind die älteren Arbeitslosen vielleicht nur noch in geringem Maße an einer neuen Beschäftigung interessiert, teilweise werden sie wohl auch gedrängt, von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, daß Personen, die älter als 59 Jahre sind und ein Jahr arbeitslos waren, vorzeitig in den Ruhestand treten können. Im Ergebnis nehmen etwa zwei Drittel der Berechtigten diese Möglichkeit wahr.

112. Für Jugendliche hat sich die Arbeitsmarktsituation 1978 insgesamt nicht so ungünstig entwikkelt. Im Oktober dieses Jahres waren verglichen mit dem Vorjahr 14 000 weniger Personen unter 20 Jahren arbeitslos gemeldet; die Arbeitslosenquote

Tabelle 13

Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den Landesarbeitsamtsbezirken

Arbeitslosenquoten in vH [1])

	Einheit [2])	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977 [3])	1978[3])[4])
Schleswig-Holstein-Hamburg	I	0,7	0,8	1,1	1,2	2,5	4,6	4,6	4,8	4,6
	II	0,4	0,5	0,6	0,8	1,5	3,7	3,9	4,1	3,4
	III	2,3	2,0	2,1	2,4	5,1	6,4	5,9	6,2	5,6
Niedersachsen-Bremen	I	1,1	1,2	1,7	1,7	3,1	5,4	5,4	5,5	5,3
	II	0,3	0,5	0,8	0,8	2,0	4,0	3,9	4,1	3,9
	III	3,8	3,5	4,8	5,0	7,1	9,8	9,5	9,5	8,7
Nordrhein-Westfalen	I	0,6	0,8	1,2	1,3	2,9	4,8	4,9	5,0	5,0
	II	0,2	0,4	0,5	0,6	1,7	3,2	3,3	3,1	2,9
	III	1,2	1,6	2,1	2,5	4,6	6,5	6,8	7,1	7,8
Hessen	I	0,5	0,7	1,0	1,0	2,4	4,5	4,4	4,0	3,6
	II	0,2	0,4	0,5	0,5	1,4	3,1	3,1	2,9	2,3
	III	1,3	1,3	1,8	2,0	3,5	6,1	5,8	5,5	5,1
Rheinland-Pfalz-Saarland	I	0,9	1,0	1,2	1,3	3,1	5,3	5,2	5,2	5,1
	II	0,2	0,3	0,4	0,4	1,6	3,7	3,6	3,7	3,4
	III	2,0	2,0	2,7	3,4	6,0	7,6	7,7	8,4	8,7
Baden-Württemberg	I	0,2	0,4	0,5	0,5	1,4	3,5	3,4	2,9	2,6
	II	0,1	0,2	0,2	0,3	0,9	2,6	2,1	1,8	1,7
	III	0,6	0,7	0,7	0,8	2,1	5,7	4,6	3,9	4,0
Nordbayern	I	1,0	1,3	1,4	1,3	2,7	5,6	5,7	5,2	4,9
	II	0,3	0,5	0,7	0,6	1,6	4,0	4,2	3,7	3,5
	III	3,3	3,5	3,8	3,7	6,0	9,7	10,1	9,6	9,6
Südbayern	I	1,0	1,1	1,2	1,3	2,8	4,8	4,5	4,1	3,7
	II	0,3	0,4	0,5	0,7	1,9	3,6	3,1	3,0	2,6
	III	5,8	5,3	5,0	5,7	7,8	10,5	10,5	9,6	9,0
Berlin (West)	I	0,6	0,8	1,2	1,1	2,0	3,7	3,9	4,5	4,7
Bundesgebiet	I	0,7	0,8	1,1	1,2	2,6	4,7	4,6	4,5	4,4
Mittlere Abweichung [5])		0,51	0,48	0,59	0,61	0,88	1,00	1,08	1,19	1,25

[1]) Anteil der Arbeitslosen an den Arbeitnehmern in vH.
Für Bundesgebiet und Landesarbeitsamtsbezirke: Berechnet mit den abhängigen Erwerbspersonen (ohne Soldaten) nach Mikrozensus-Ergebnissen.
Für Arbeitsamtsbezirke: Berechnet auf Grund geschätzter Arbeitnehmeranteile an der Wohnbevölkerung.

[2]) I: Durchschnittliche Arbeitslosenquote.
II: Kleinste Arbeitslosenquote eines Arbeitsamtsbezirkes im jeweiligen Landesarbeitsamtsbezirk.
III: Größte Arbeitslosenquote eines Arbeitsamtsbezirkes im jeweiligen Landesarbeitsamtsbezirk.

[3]) Wegen Gebietsänderungen einiger Arbeitsamtsbezirke in Nord- und Südbayern mit den Vorjahren nur bedingt vergleichbar.

[4]) Januar bis Oktober.

[5]) Mittlere Abweichung der Arbeitslosenquoten in den Arbeitsamtsbezirken vom Gesamtdurchschnitt im jeweiligen Jahr.

Quelle für Grundzahlen: BA

ist von 4,4 vH auf 3,8 vH gesunken. Nahezu drei Fünftel der Arbeitslosen unter 20 Jahren sind Mädchen. Zwar bemühen sich dem Anteil nach weniger Mädchen als Jungen um eine betriebliche Ausbildungsstelle. Diejenigen aber, die eine betriebliche Ausbildung anstreben, haben es schwieriger als die männlichen Bewerber; im vergangenen Jahr hatten von 200 000 weiblichen und 280 000 männlichen Schulabgängern des Sekundarbereichs I, die sich um eine Ausbildungsstelle beworben haben, etwa 50 000 Mädchen (25 vH) und 40 000 Jungen (14 vH) keinen Erfolg.

In diesem Jahr hat vermutlich mehr noch als früher ein großer Teil der Schulabgänger, deren Suche nach einem betrieblichen Ausbildungsplatz vergeblich war, schließlich einen anderen Bildungsweg (hauptsächlich Berufsfachschule und Berufsgrundbildungsjahr) eingeschlagen. Aus dem Schulentlassungsjahrgang 1977 entschieden sich einer Umfrage des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zufolge etwa 70 000 von insgesamt rund 90 000 erfolglosen Bewerbern für diese Möglichkeit. Auf mittlere Sicht dürfte dadurch die Nachfrage nach betrieblichen Ausbildungsplätzen allerdings nur wenig gemindert werden. Viele der Betroffenen werden sich aller Voraussicht nach zu einem späteren Zeitpunkt erneut um eine betriebliche Ausbildung bemühen.

Ende September 1978 waren den Arbeitsämtern rund 380 000 betriebliche Ausbildungsplätze gemeldet, das waren etwa 10 vH mehr als ein Jahr zuvor. Die Anzahl der Bewerber, denen noch kein Ausbildungsplatz vermittelt werden konnte, hat sich daher verringert, allerdings nur um 2½ vH auf etwa 26 000. Dies dürfte hauptsächlich demographische Gründe haben sowie mit regionalen und berufsfachlichen Unterschieden zwischen Angebot und Nachfrage zusammenhängen. Hinzu kommt, daß vermutlich ein Teil der Ausbildungsstellen von jenen besetzt wurde, die zuvor einige Zeit erwerbslos waren, ohne sich arbeitslos zu melden, oder die vorübergehend eine Tätigkeit als Hilfskraft angenommen haben. Etwa 25 vH aller Bewerber nehmen die Hilfe des Arbeitsamtes nicht in Anspruch. Wie viele von diesen Jugendlichen noch keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, kann nicht gesagt werden.

Jugendliche finden weiterhin verhältnismäßig rasch eine neue Stelle. Etwa drei Viertel der Arbeitslosen unter 20 Jahren sind weniger als sechs Monate ohne Beschäftigung; bei den übrigen Arbeitslosen sind es knapp drei Fünftel. Zugenommen hat die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit jedoch auch bei den Jugendlichen.

113. Hinter der Abnahme der Arbeitslosenquote im ganzen von 4,7 vH im Jahre 1975 auf 4,4 vH im Jahre 1978 steht auch in räumlicher Hinsicht eine sehr unterschiedliche Entwicklung; die regionalen Unterschiede in der Arbeitslosigkeit waren 1978 größer als im Tiefpunkt der Rezession (Tabelle 13). In Hessen, Baden-Württemberg, Südbayern und Nordbayern sind die Arbeitslosenquoten seit 1975 deutlich gesunken; in Nordrhein-Westfalen und Berlin dagegen hat sich die Arbeitsmarktlage weiter verschlechtert. Daß das Beschäftigungsproblem in einigen Regionen kleiner geworden ist, in anderen dagegen unverändert blieb oder sich sogar verschärft hat, ist zum Teil Niederschlag dessen, daß seit der Rezession kein konjunktureller Aufschwung stattgefunden hat, von dem die Wirtschaft in voller Breite erfaßt wurde. Es waren vielmehr einzelne Branchen, deren Unternehmen sich regional nicht gleichmäßig verteilen, die gut beschäftigt waren. So hat beispielsweise die starke Nachfrage nach Automobilen dazu beigetragen, daß in Baden-Württemberg, wo neben einigen Automobilherstellern zahlreiche Zulieferfirmen beheimatet sind, weniger Menschen arbeitslos sind als im Bundesdurchschnitt, in einigen Arbeitsamtsbezirken sogar weniger als 2 vH. Dagegen sind dort, wo in großem Umfang Schwerindustrie angesiedelt ist, wie im Ruhrgebiet und im Saarland, Arbeitslosenquoten von über 7 vH zu verzeichnen.

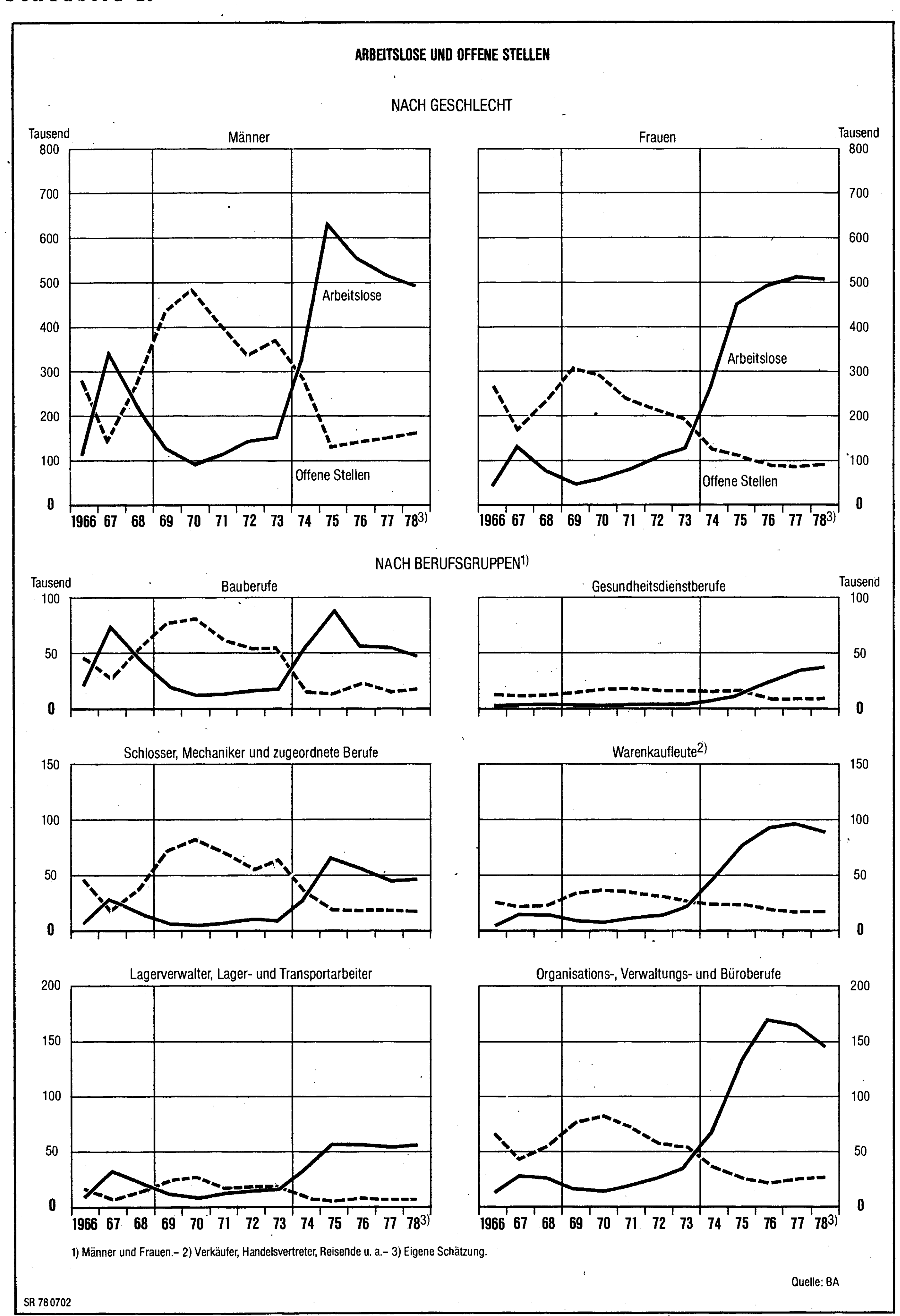
Doch die räumlich unterschiedliche Verteilung der Branchen ist nur die eine Seite; denn ein Aufschwung ist ja nicht vorgegeben, sondern immer auch das Ergebnis erfolgreicher Anstrengungen einzelner. So spiegelt sich in der regional verschiedenen Entwicklung der Arbeitslosigkeit auch, daß die Unternehmen in einzelnen Regionen in unterschiedlichem Maße darauf vorbereitet und in der Lage waren, neue Chancen zu nutzen und ihr Angebot den veränderten Bedingungen anzupassen. Baden-Württemberg ist nicht in erster Linie wegen glücklicher Umstände oder staatlicher Nachfrage seit Jahren das Bundesland mit den kleinsten Beschäftigungsproblemen. Ein Mißverständnis wäre es auch zu glauben, der Erfolg einzelner Regionen sei ein Erfolg auf Kosten anderer. Eher ist das Gegenteil der Fall: Wirtschaftlicher Erfolg in einer Region führt zu einer Verbesserung der Lage in anderen.

Das Beispiel der Regionen, in denen die Arbeitslosigkeit noch immer oder wieder verhältnismäßig niedrig ist, zeigt auch, daß allgemeiner Pessimismus hinsichtlich der Wiedereingliederung der Arbeitslosen in das Erwerbsleben nicht begründet erscheint. Wo die Nachfrage nach Arbeitskräften lebhaft ist, werden anscheinend zum großen Teil auch jene beschäftigt, denen anderswo aus unterschiedlichen Gründen kaum eine Chance auf einen neuen Arbeitsplatz eingeräumt wird.

Teilweise Arbeitskräftemangel

114. Für einige Qualifikationen und Berufe ist die Arbeitsmarktsituation in diesem Jahr in der Bundesrepublik insgesamt günstiger als 1977 (Schaubild 20). Die Unternehmen suchen vorwiegend Personen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung, haben aber zunehmend Schwierigkeiten, diese zu finden. So kommt es, daß trotz eines geringeren Zugangs an offenen Stellen als im Vorjahr die Anzahl der unbesetzten Stellen gestiegen ist. Für Facharbeiter, von denen schon bisher nur verhältnismäßig wenige arbeitslos waren, hat sich die Arbeitsmarktsituation also weiter verbessert. Nach der Struktur-

Schaubild 20



untersuchung der Bundesanstalt für Arbeit waren im Mai 103 000 Facharbeiter arbeitslos, knapp 79 000 Stellenangebote lagen den Arbeitsämtern vor. Obwohl sich auch für Angestellte die Nachfrage in diesem Jahr deutlich belebt hat, bleiben deren Beschäftigungsaussichten erheblich hinter denen der Facharbeiter zurück; den 90 000 offenen Stellen standen etwa dreimal so viele Arbeitslose gegenüber. Gewerbliche Hilfskräfte hingegen waren weniger gesucht und in größerer Anzahl arbeitslos als vor einem Jahr.

115. Auf wenigen zumeist kleineren berufsfachlichen Teilarbeitsmärkten für Arbeitskräfte mit abgeschlossener Berufsausbildung gibt es mehr offene Stellen als Arbeitslose. Insgesamt entfielen auf diese Arbeitsmärkte im Mai etwa 37 000 Stellenangebote und 23 000 Arbeitslose, das sind 14 vH der offenen Stellen und 2½ vH der Arbeitslosen. Im Vergleich zum Vorjahr ist in diesen Bereichen die Anzahl der offenen Stellen um 3 vH gestiegen, während die Arbeitslosenzahl um 9 vH zurückgegangen ist. In beiden Jahren sind es überwiegend dieselben Berufe, für die es mehr offene Stellen als Arbeitskräfte gibt. Dazu zählen beispielsweise Bäkker, Köche, Maurer, Tischler, Maler und einige Metallberufe. Allerdings macht sich auch auf diesen Arbeitsmärkten die differenzierte Konjunkturentwicklung deutlich bemerkbar; vor allem für Bauarbeiter und Metallarbeiter ist die Nachfrage nach Arbeitskräften weiter gestiegen und kann immer weniger befriedigt werden.

Im Bauhauptgewerbe klagten im Sommer dieses Jahres nahezu 30 vH der Unternehmen über Arbeitskräfteknappheit; ein solch hoher Mangel an Arbeitskräften wurde zuletzt im Boomjahr 1970 gemeldet (Schaubild 21). Damals allerdings gab es je arbeitslosen Bauarbeiter erheblich mehr offene Stellen als in diesem Jahr.

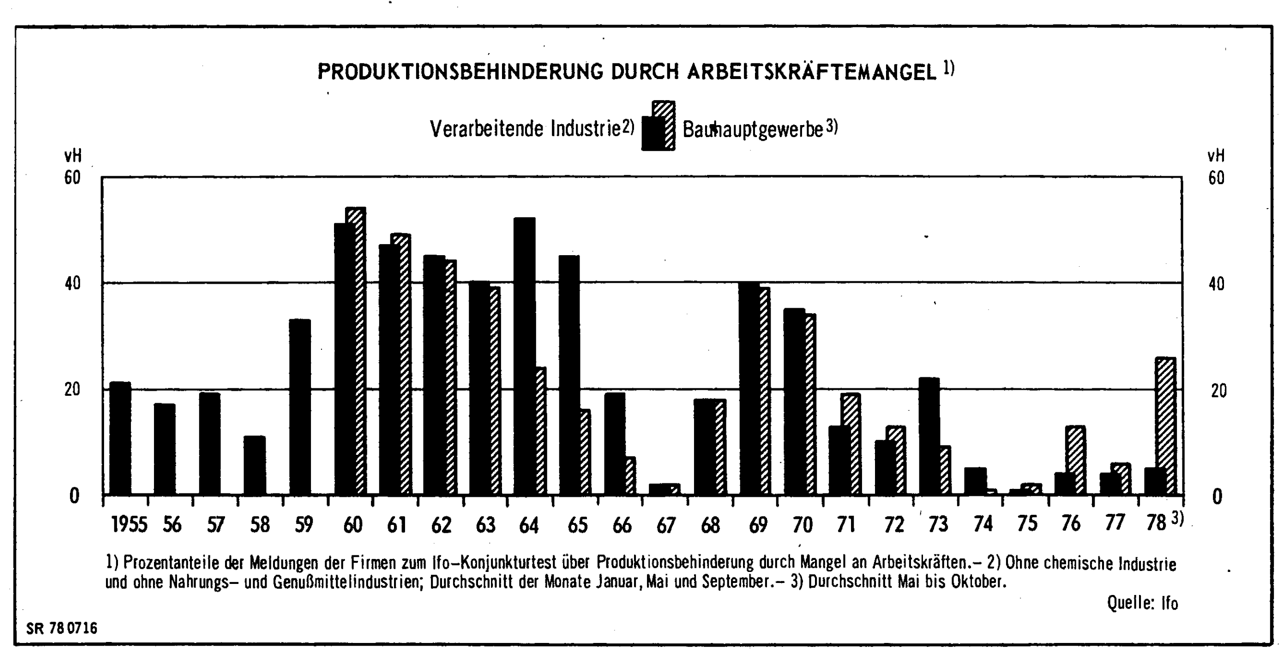
Die Übernachfrage nach Arbeitskräften konzentrierte sich in den meisten der genannten Berufe auf Baden-Württemberg und Südbayern. In Baden-Württemberg wurden im Mai 1978 in diesen Berufen etwa 10 000 Arbeitslose und 17 000 offene Stellen gezählt, in Südbayern waren es 6 000 Arbeitslose und 10 000 offene Stellen.

116. Vor diesem Hintergrund sind die zunehmenden Klagen vieler Unternehmen darüber zu werten, daß es trotz einer Arbeitslosenzahl von einer Million für die vorhandenen freien Stellen keine geeigneten Arbeitskräfte gebe. Aus diesen Klagen werden vielfach Verallgemeinerungen hergeleitet. Dem Ifo-Konjunkturtest zufolge waren 1978 nur etwa 5 vH der Industrieunternehmen in der Produktion durch Arbeitskräftemangel behindert. Danach hätten die Schwierigkeiten, geeignetes Personal zu bekommen, kaum zugenommen; nur in den Rezessionsjahren 1967 und 1975 wurde eine geringere Produktionsbehinderung gemeldet. Nach alledem dürften die Probleme, offene Stellen zu besetzen, in der Wirtschaft insgesamt noch nicht ausgeprägt sein, so sehr sie im einzelnen, zumal bei Facharbeitern, schon ins Gewicht fallen mögen.

117. Berufliche und regionale Mobilität der Arbeitslosen sind geeignet, die individuelle Dauer der Arbeitslosigkeit und die Schwierigkeiten bei der Besetzung von offenen Stellen zu verringern.

Nach einer Untersuchung über Arbeitsuche, berufliche Mobilität, Arbeitsvermittlung und Beratung,

Schaubild 21



1) Prozentanteile der Meldungen der Firmen zum Ifo-Konjunkturtest über Produktionsbehinderung durch Mangel an Arbeitskräften.– 2) Ohne chemische Industrie und ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien; Durchschnitt der Monate Januar, Mai und September.– 3) Durchschnitt Mai bis Oktober.

die das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung in Auftrag gegeben hatte, ist nach eigener Aussage etwa jeder zweite der befragten Arbeitslosen bereit, die Branche zu wechseln oder eine andere Tätigkeit auszuüben, um wieder Arbeit zu bekommen; etwa jeder sechste würde eine schlechtere Position oder weniger Verdienst in Kauf nehmen. Die Befragung ergab, daß etwa 12 vH der Arbeitslosen „uneingeschränkt", und weitere 8 vH „vielleicht" bereit seien, einen Umzug in Kauf zu nehmen, um wieder eine Beschäftigung zu finden. Daraus läßt sich freilich nicht schließen, ob es wirksamer wäre, die regionale Mobilität der Arbeitslosen oder die der Arbeitsplätze zu erhöhen.

118. Immer mehr Beachtung hat auch die Frage gefunden, ob ein nennenswerter Teil der Arbeitslosen sich bei der Suche nach einer neuen Beschäftigung übermäßig lange Zeit lasse oder gar nicht ernsthaft arbeitswillig sei.

Die laufende Arbeitsmarktstatistik gibt keine Antwort auf diese Frage. Die Ergebnisse von Umfragen müssen vorsichtig interpretiert werden. In der erwähnten Untersuchung gaben etwa 50 vH der Arbeitslosen an, sie könnten sich bei der Arbeitsuche „etwas Zeit" lassen. Rund 11 vH antworteten, daß sie „zur Zeit keine Arbeit suchen"; von ihnen hat sich etwa jeder dritte auch im Laufe der vorangegangenen Monate nicht um eine Arbeit bemüht. Die Gruppe derer, die zur Zeit keine Arbeit suchen, bildet den Sockel, der am ehesten als unechte Arbeitslosigkeit bezeichnet werden kann. Bei etwa einem Drittel dieser Gruppe handelt es sich allerdings um Fälle sogenannter Übergangsarbeitslosigkeit. Es sind Arbeitslose, die demnächst in den Ruhestand treten oder die kurz vor dem Beginn einer Ausbildung oder auch vor dem Antritt des Wehrdienstes stehen. Eindeutig kann dagegen bestimmt werden, wie häufig die Zahlungen des Arbeitslosengeldes oder der Arbeitslosenhilfe wegen Ablehnung einer zumutbaren Arbeit gesperrt werden. In den letzten Jahren wurden immer mehr Sperrzeiten verhängt. Dazu hat möglicherweise beigetragen, daß die Arbeitsämter bei der Entscheidung über Sperrzeiten strengere Maßstäbe anlegen. Insgesamt wurde 1978 wegen Ablehnung einer Arbeit etwa 80 000mal die Unterstützungszahlung entzogen.

Auch die Angaben der Unternehmen, die sie auf den Vermittlungsvorschlagskarten des Arbeitsamts über das Ergebnis von Einstellungsgesprächen gemacht haben, wurden im Rahmen der genannten Untersuchung ausgewertet. In welchem Umfang auf diesen Karten die wirklichen Gründe für das Ergebnis eines Einstellungsgesprächs genannt werden, muß hier dahingestellt bleiben.

Den Angaben der Unternehmen zufolge führt etwa jedes zehnte Gespräch über die Besetzung einer freien Stelle, das mit vom Arbeitsamt vorgeschlagenen Bewerbern stattfindet, deshalb nicht zu einer Einstellung, weil die Bewerber entweder ohne nähere Begründung absagen, nicht zur Arbeitsaufnahme erscheinen oder aber erkennen lassen, daß sie an der vorgeschlagenen Stelle nicht interessiert sind. Diesen Anteil kann man auf den ersten Blick erschreckend hoch finden, da es sich hier ja nicht um ein Zehntel der als arbeitslos Gemeldeten handelt (das wären im Jahresdurchschnitt etwa 100 000 Personen), sondern um jedes zehnte von jährlich etwa vier Millionen Einstellungsgesprächen, die das Arbeitsamt vermittelt, also um rund 400 000 Gesprächspartner im Jahr. Zu bedenken ist jedoch, daß ein wirklich Arbeitsunwilliger in dieser Gesamtheit mehrfach vorkommen dürfte, weil er des öfteren an erfolglosen Einstellungsgesprächen teilnimmt, und daß nicht jeder, der einen ihm angebotenen Arbeitsplatz aus ungenannten Gründen ablehnt, als arbeitsunwillig bezeichnet werden kann; viele lehnen eine Stelle auch deshalb ab, weil sie auf ein günstigeres Angebot hoffen. Letzteres ist von vornherein anzunehmen bei denjenigen, die mit Hilfe des Arbeitsamtes eine neue Beschäftigung suchen, obwohl sie nicht arbeitslos sind, und die eigentlich in einer Stichprobe zur Klärung der Gründe für Arbeitslosigkeit nicht enthalten sein dürften. Der Anteil dieser Personengruppe an allen Arbeitsuchenden beträgt etwa 20 vH. Ob sie besonders häufig oder besonders selten eine ihnen angebotene Stelle ohne Nennung von Gründen ablehnen, ist unbekannt. Im ganzen ist außerdem einzuräumen, daß Mangel an Arbeitswillen auch in solchen Fällen vorliegen kann, in denen es schon aus anderen Gründen nicht zu einer Einstellung kommt.

In etwa fünf von hundert Gesprächen kommt es nach Angabe der Unternehmen nicht zu einer Einstellung, weil die Bewerber den gebotenen Lohn nicht akzeptieren; ebenso häufig werden die Arbeitsbedingungen (Arbeitszeit, Schichtarbeit, Außendienst, vorübergehende Beschäftigung usw.) als Grund dafür genannt, daß die Bewerber ein Stellenangebot ablehnen. Als weitaus häufigster Grund (18 vH) für eine Nichteinstellung wird von den Unternehmen fehlende fachliche Eignung angegeben. Gesundheitliche Einschränkungen werden bei etwa 6 vH der Gespräche als Ablehnungsgrund genannt (nach Einschätzung der Vermittler allerdings gehören gesundheitliche Beeinträchtigungen zu den häufigsten Ablehnungsgründen). In ebenso vielen Fällen lehnen die Unternehmen die von den Arbeitsämtern vorgeschlagenen Bewerber ohne Begründung ab.

Man wird einräumen müssen, daß die umstrittene Frage, wie stark Arbeitsunwilligkeit unter den Arbeitslosen verbreitet ist, nach wie vor unbeantwortet geblieben ist. Man muß wohl auch bezweifeln, daß dies durch Befragung von Betroffenen, seien es Arbeitnehmer oder Arbeitgeber, überhaupt geklärt werden kann. Und selbst wenn zweifelsfrei ermittelt werden könnte, wie viele Arbeitslose zu einem gegebenen Zeitpunkt nicht an einer angebotenen Arbeit interessiert sind, so ist damit doch noch nichts über die Gründe solchen Verhaltens gesagt. Das aber dürfte das eigentlich wichtige Problem sein.

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen

119. Mit dem Ziel, die Vermittlung und Beratung zu intensivieren, ist das Personal der Arbeitsämter

1978 um 1 600 Personen verstärkt worden. Dies soll dazu beitragen, daß sich die Arbeitsverwaltung mehr mit den speziellen Problemen der einzelnen Arbeitsuchenden befassen kann; der Kontakt zu den Betrieben soll vertieft und die überregionale Arbeitsvermittlung ausgedehnt werden. Ein Teil des zusätzlichen Personals wird erst im Laufe des Jahres 1979 eingesetzt, da die Ausbildung der erforderlichen Fachkräfte einige Zeit in Anspruch nimmt.

120. Um dem zunehmenden Beschäftigungsproblem der Schwerbehinderten zu begegnen, wurde ein zweites Sonderprogramm beschlossen. Mit einem Volumen von einhundert Millionen Mark wollen Bund und Länder die Ausbildungschancen und Beschäftigungschancen von Behinderten erhöhen; vorgesehen sind Zahlungen an Arbeitgeber, die als Einstellungszuschuß gewährt werden, wenn das geförderte Beschäftigungsverhältnis sich über mindestens achtzehn Monate erstreckt. Von Januar bis August sind erst 40 vH der bereitgestellten Mittel abgeflossen, etwas weniger als 5 000 Personen konnten gefördert werden, davon waren 2 000 zuvor länger als ein Jahr arbeitslos. Während des vorangegangenen Sonderprogramms (November 1976 bis September 1977) wurde mit ebenfalls einhundert Millionen Mark die Beschäftigung von rund 8 700 Schwerbehinderten gefördert.

121. Ein zunehmendes Gewicht haben die allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (§§ 91 bis 96 AFG) gewonnen. In den ersten acht Monaten dieses Jahres hat die Bundesanstalt für Arbeit rund 380 Millionen Mark für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ausgegeben, das sind 60 vH mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Mitte des Jahres waren etwa 60 000 Personen aufgrund von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschäftigt; davon waren etwa 15 000 Frauen; ein Jahr zuvor waren es insgesamt gut 40 000.

122. Die Ausgaben zur Förderung der beruflichen Bildung (§§ 41 bis 49 AFG) sind um rund 30 vH gestiegen, einschließlich des Unterhaltsgeldes für die Teilnehmer an diesen Programmen ist allerdings nur eine Erhöhung um 2 vH eingetreten.

Das Interesse der Beschäftigten an dieser Förderungsmöglichkeit ist weiterhin relativ gering. Das mag zum Teil an verschärften Zugangsbedingungen sowie an gekürzten Unterhaltszuschüssen liegen, die im Rahmen des Haushaltsstrukturgesetzes beschlossen wurden. Viele Beschäftigte verzichten wohl auch deshalb auf eine berufliche Förderung, weil sie dann ihren derzeitigen Arbeitsplatz aufgeben müßten und ihnen das Risiko, anschließend arbeitslos zu werden, zu groß erscheint. So ist es zu erklären, daß der Anteil der Teilnehmer, die zuvor arbeitslos waren, von Jahr zu Jahr zunimmt; im Jahre 1978 war jeder dritte Teilnehmer vorher arbeitslos. Insgesamt nahmen im Sommer 1978 an Fortbildungskursen 65 000 Männer und 21 000 Frauen teil, Umschulungskurse wurden von 16 000 Männern und 8 000 Frauen besucht. Ende 1975 hatte die Anzahl der Männer in Fortbildungskursen noch 119 000, die der Frauen 31 000 betragen; an Umschulungsmaßnahmen hatten damals 24 000 Männer und 14 000 Frauen teilgenommen.

V. Beschleunigter Anstieg der Realeinkommen

123. Das Volkseinkommen hat im Jahre 1978 mit 6½ vH etwas stärker zugenommen als 1977. Anders als im vorangegangenen Jahr ist der Anstieg der Einkommen aus unselbständiger Arbeit hinter der Zunahme der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zurückgeblieben. Der Abstand war allerdings weniger deutlich als 1976, dem ersten Jahr nach der Rezession (Tabelle 14).

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte nahm im gleichen Maße zu wie in den beiden vorausgegangenen Jahren. Der Anstieg wäre geringer gewesen, hätte der Staat nicht die Steuerlast beträchtlich gemindert. Der Kaufkraft nach war der Einkommenszuwachs sogar deutlich größer als in den Jahren 1976 und 1977, da die Preissteigerungsrate weiter abnahm.

Wenig veränderte Verteilungsrelationen

124. Die Summe aller Löhne und Gehälter ist 1978 um gut 5½ vH gestiegen. Die Zunahme war damit nicht größer als die der effektiven Stundenlohnsätze; denn es waren zwar mehr Arbeitnehmer beschäftigt, doch ging die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden weiter zurück. Im Durchschnitt erhielt ein Arbeitnehmer gut 5 vH mehr Lohn; im Jahr 1977 hatte die Zunahme 7 vH betragen. Real gerechnet, das heißt nach Abzug der Preissteigerung, war der Lohnanstieg je Arbeitnehmer mit etwas mehr als 3 vH indes nur wenig kleiner als damals.

125. Das Verhältnis zwischen Reallöhnen und Produktivität ist noch immer erheblich höher als in den Jahren, in denen Vollbeschäftigung geherrscht hatte. Im Jahre 1978 hat das Produktionsergebnis je Erwerbstätigen im Durchschnitt um 2,8 vH zugenommen (Tabelle 15). Da sich das Verhältnis der Exportpreise zu den Einfuhrpreisen (Terms of Trade) verbesserte, hätten die Arbeitsverdienste um weitere 0,9 Prozentpunkte zunehmen können, ohne daß insoweit neuer Kostendruck entstanden wäre. Auf der anderen Seite ergab sich aus dem Anstieg der Beiträge, die die Arbeitgeber für die Sozialversicherung der Arbeitnehmer abführen mußten, eine zusätzliche Kostenerhöhung um 0,2 vH. All dies zusammengenommen hätte der durchschnittliche Lohn um 3,5 vH kostenniveauneutral steigen können. Das Preisniveau stieg nur um 2,5 vH. Berücksichtigt man, daß die Mehrwertsteuererhöhung aber den Spielraum für reale Einkommenssteigerungen schmälerte, so verbleiben davon 1,9 vH. Das Preisniveau für gegeben genommen, hätte sich also bei einem Anstieg der Bruttolohn- und -gehaltssumme um 5,5 vH keine Änderung der durchschnittlichen Ertrags-Kosten-Relation ergeben. Der Anstieg um

Tabelle 14

Verteilung des Volkseinkommens

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Zeitraum	Volks-einkommen	Einkommen aus unselbständiger Arbeit brutto [1]	Einkommen aus unselbständiger Arbeit netto [2]	Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen brutto	Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen netto	Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen [3]	Empfangene laufende Übertragungen [4]	Verfügbares Einkommen [5]
						private Haushalte [6]		
1965 bis 1970 [7]	+ 8,3	+ 9,0	+ 7,1	+ 6,8	+ 7,8	+ 9,4	+ 7,5	+ 7,7
1971 bis 1977 [7]	+ 7,9	+ 8,6	+ 6,5	+ 6,3	+ 5,1	+ 8,1	+13,6	+ 8,4
1965 bis 1977 [7]	+ 8,3	+ 9,1	+ 7,1	+ 6,5	+ 6,3	+ 8,9	+10,8	+ 8,3
1970	+15,2	+18,1	+14,9	+ 9,5	+14,7	+ 9,0	+ 5,5	+11,5
1971	+10,9	+13,0	+10,6	+ 6,4	+ 5,9	+10,8	+10,8	+10,7
1972	+ 9,2	+ 9,9	+ 9,1	+ 7,6	+ 7,9	+14,4	+13,3	+11,2
1973	+11,7	+13,5	+ 9,0	+ 7,5	+ 3,2	+ 7,5	+11,5	+ 9,1
1974	+ 7,1	+10,0	+ 7,8	+ 0,1	+ 0,3	+ 4,4	+16,2	+ 8,5
1975	+ 4,2	+ 4,1	+ 3,6	+ 4,4	+ 6,9	+ 9,5	+26,6	+ 9,8
1976 [8]	+ 9,5	+ 7,3	+ 3,9	+15,2	+13,9	+ 8,9	+ 7,2	+ 5,9
1977 [8]	+ 6,1	+ 7,1	+ 5,8	+ 3,5	− 0,7	+ 4,2	+ 7,8	+ 5,9
1978 [9]	+ 6½	+ 6	+ 6½	+ 8½	+11	+ 5½	+ 5½	+ 6

[1]) Bruttolohn- und -gehaltssumme zuzüglich Sozialbeiträge der Arbeitgeber.
[2]) Nettolohn- und -gehaltssumme (= Bruttolohn- und -gehaltssumme abzüglich Lohnsteuer und Sozialbeiträge der Arbeitnehmer).
[3]) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden.
[4]) Ohne Lohnsteuer auf Pensionen; abzüglich nichtzurechenbarer geleisteter laufender Übertragungen.
[5]) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
[6]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.
[7]) Durchschnittlich jährliche Veränderung.
[8]) Vorläufige Ergebnisse.
[9]) Eigene Schätzung.

5,3 vH schöpfte diesen Spielraum fast vollständig aus. Der Kostendruck hat sich somit zwar nicht weiter verschärft, doch ist von den Löhnen her auch nur wenig mehr Produktion rentabel geworden.

126. Wieviel Produktion lohnend ist, hängt indes nicht nur von der Entwicklung der Lohnkosten ab, sondern auch davon, wie sich die Kapitalkosten verändern. Seit Jahren ist zu beobachten, daß der Kapitalaufwand zunimmt, der zur Herstellung einer Produkteinheit erforderlich ist (Ziffer 75). In den Jahren, als die Geldpolitik einen restriktiven Kurs verfolgte, waren außerdem die Realzinsen kräftig gestiegen. Für diese Zeit darf also allemal angenommen werden, daß die Kapitalkosten je Produkteinheit deutlich zunahmen. In den letzten Jahren gingen die Realzinsen zurück. Ob dieser Rückgang jedoch den Anstieg des Kapitalaufwandes je Produkteinheit hat aufwiegen oder gar eine Senkung des inzwischen erreichten Niveaus der Kapitalkosten hat bewirken können, ist allerdings fraglich. Unsere Schätzungen der Kapitalkosten für den privaten Sektor der Wirtschaft haben ergeben, daß sich der Anstieg in den letzten Jahren fortgesetzt hat. Zuletzt war die Zunahme jedoch weniger stark. Dies dürfte zum einen auf die sinkenden Zinsen, zum anderen auf vermehrt kapitalsparenden technischen Fortschritt zurückzuführen sein. Die große Unsicherheit, mit der eine Schätzung der Kapitalstückkosten behaftet ist, veranlaßt uns, bei Tendenzaussagen über deren Entwicklung zu bleiben.

127. Die leichte Verbesserung im Verhältnis von Kosten und Erlösen, die 1978 im Durchschnitt der Wirtschaft zu verzeichnen war, hat bei weiter zunehmenden Umsätzen bewirkt, daß die Summe aller Gewinne in der Volkswirtschaft deutlich mehr gestiegen ist als ein Jahr zuvor. Wie stark sich die eigentlichen Unternehmensgewinne in der Summe verbessert haben, läßt sich allerdings an der Zunahme der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, die 1978 mit rund 8½ vH deutlich größer war als 1977 (+3,5 vH), nicht ohne weiteres

Tabelle 15

Zur Entwicklung der Reallohnposition [1])

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Jahr	Realer Verteilungsspielraum				Reale Verteilung			Reallohnposition der Arbeitnehmer
	Produktivitätseffekt [2])	Terms-of-Trade-Effekt [3])	Lohnkosteneffekt der Arbeitgeberbeiträge [4])	insgesamt	Bruttolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer (Inland)	Preisindex für die Lebenshaltung [5])	Reale Bruttolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer	
1961	+4,0	+0,6	+0,0	+4,6	+10,5	+2,3	+ 8,0	+3,3
1962	+4,4	+0,3	−0,1	+4,8	+10,0	+3,0	+ 6,8	+1,9
1963	+3,0	−0,3	−0,0	+2,7	+ 6,0	+2,9	+ 3,0	+0,3
1964	+7,4	+0,1	−0,7	+8,3	+ 9,6	+2,3	+ 7,1	−1,0
1965	+5,4	−0,1	+0,3	+5,0	+ 8,9	+3,3	+ 5,4	+0,4
1966	+2,9	+0,0	+0,4	+2,6	+ 7,0	+3,5	+ 3,4	+0,8
1967	+3,6	+0,2	−0,0	+3,9	+ 3,1	+1,5	+ 1,6	−2,2
1968	+6,7	−0,2	+0,6	+5,9	+ 6,4	+1,2	+ 5,1	−0,7
1969	+6,7	+0,1	+0,3	+6,5	+ 9,1	+1,5	+ 7,5	+0,9
1970	+5,0	+0,8	+0,6	+5,2	+15,1	+3,4	+11,3	+5,8
1971	+3,3	+0,6	+0,4	+3,6	+11,0	+5,3	+ 5,4	+1,8
1972	+4,4	+0,4	+0,8	+4,0	+ 9,1	+5,2	+ 3,7	−0,3
1973	+5,0	−1,0	+0,8	+3,2	+11,9	+6,6	+ 5,0	+1,8
1974	+2,8	−1,4	+0,6	+0,8	+11,0	+7,0	+ 3,7	+2,9
1975	+1,7	+1,1	+0,6	+2,2	+ 7,1	+6,0	+ 1,0	−1,1
1976	+7,4	−0,5	+0,8	+6,0	+ 7,6	+4,5	+ 3,0	−2,9
1977	+3,3	−0,2	+0,1	+3,0	+ 7,0	+3,4	+ 3,5	+0,5
1978 [6])	+2,8	+0,9	+0,2	+3,5	+ 5,3	+1,9	+ 3,3	−0,2

[1]) Gesamtwirtschaft ohne Staat. Zur Berechnung siehe methodische Erläuterungen Anhang V, Abschnitt B.
[2]) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1970 je Erwerbstätigen.
[3]) Gesamtwirtschaft.
[4]) Tatsächliche und unterstellte Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung.
[5]) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte abzüglich der darin enthaltenen Verbrauchsteuererhöhungen (Mehrwertsteuer; Steuer auf Branntwein, Mineralöl, Tabak); eigene Schätzung.
[6]) Eigene Schätzung.

ablesen. In dieser Einkommensgröße werden nämlich von der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung alle Einkommen erfaßt, die außer den Arbeitseinkommen der abhängig Beschäftigten bei den privaten Haushalten, bei den Unternehmen und beim Staat entstehen. Dabei werden diese Einkommen zum größten Teil nicht originär ermittelt, sondern als Gesamtdifferenz zwischen dem Volkseinkommen und dem Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit errechnet. Über einige dieser Einkommensarten gibt es überhaupt keine amtlichen Daten. Für andere Einkommensgrößen reichen die Angaben der amtlichen Statistik nicht bis zur Gegenwart. Man muß sich daher mit Schätzurteilen behelfen.

Die Einkommen der privaten Haushalte aus Vermögensbesitz dürften 1978 weniger stark zugenommen haben als im Jahre 1977; damals waren sie um 8,2 vH gestiegen. Ein geringerer Anstieg ist vor allem bei den Zinseinkommen zu vermuten. Die Einkommen aus Vermietung und Verpachtung dürften wegen des langsameren Anstiegs der Mieten trotz des höheren Wohnungsbestandes kaum stärker zugenommen haben als im Jahre 1977 (+10,7 vH). Über die Einkommensentwicklung für die Selbständigen gibt es nur unzulängliche Angaben. Lediglich für die Einkommen der Landwirte liegen erste offizielle Schätzungen vor; diese deuten auf einen Anstieg hin, nachdem die Trockenperiode des Jahres 1976 die Einkommen der Bauern im letzten Jahr stark gedrückt hatte. Die Einkommen der Ärzte dürften aufgrund des Gesetzes zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen etwas langsamer gestiegen sein als in der Vergangenheit. Demgegenüber haben die Architekteneinkommen im Zuge der regen Baunachfrage wohl stärker zugenommen als ein Jahr zuvor. Insgesamt dürften die Einkommen der

Selbständigen, die zu einem wesentlichen Teil als Entgelt für deren Arbeitsleistung zu sehen sind, weiterhin stärker gestiegen sein als das Arbeitseinkommen der abhängig Beschäftigten.

Berücksichtigt man all dies, so kann wohl angenommen werden, daß die Unternehmensgewinne im engeren Sinne vor Steuern kräftiger zugenommen haben als die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen insgesamt. Eine deutliche Verbesserung der Unternehmensgewinne dürfte sich jedoch nicht in allen Wirtschaftszweigen eingestellt haben. Im verarbeitenden Gewerbe, das bei den derzeitigen Wechselkursen unter scharfem internationalen Wettbewerbsdruck steht, und das im ganzen weniger als andere Sektoren an der konjunkturellen Erholung teilhatte, sind die Gewinne im Durchschnitt auch im Jahre 1978 allem Anschein nach schwächer als in der Volkswirtschaft insgesamt gestiegen (Ziffer 66). An der vergleichsweise ungünstigen Gewinnentwicklung im verarbeitenden Gewerbe dürfte es auch gelegen haben, daß im ganzen die Entwicklung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen hinter der im Jahreswirtschaftsbericht projektierten zurückgeblieben ist. Die Entwicklung der Arbeitnehmereinkommen hingegen ist noch etwas über das hinausgegangen, was die Projektion der Bundesregierung enthielt.

128. Da die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit anders als im Jahr 1977 schwächer gestiegen sind als die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, ist ihr Anteil am Volkseinkommen, die Lohnquote, gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen, und zwar von 71,8 vH auf 71,3 vH (Tabelle 16). Der Rückgang wäre stärker ausgefallen, hätte nicht der Anteil der Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen erneut zugenommen. Bereinigt man die Lohnquote um den Wandel in der Struktur der Erwerbstätigen, so ist sie weiter gesunken. Sie liegt nunmehr etwa so hoch wie im Jahre 1973, aber noch immer wesentlich über dem Niveau der sechziger Jahre, als der Beschäftigungsstand höher war.

Tabelle 16

Zur Entwicklung der funktionellen Einkommensverteilung

vH

Jahr	Lohnquote		Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen
	tatsächlich [1]	bereinigt [2]	
1960	60,4	60,4	77,2
1961	62,7	62,1	78,0
1962	64,1	62,8	78,8
1963	65,1	63,2	79,5
1964	64,8	62,3	80,3
1965	65,6	62,6	80,9
1966	66,6	63,3	81,2
1967	66,4	63,2	81,1
1968	64,8	61,3	81,6
1969	66,1	61,8	82,5
1970	67,8	62,7	83,4
1971	69,1	63,6	83,9
1972	69,5	63,8	84,2
1973	70,7	64,6	84,5
1974	72,6	66,3	84,5
1975	72,5	66,3	84,5
1976	71,1	64,7	84,9
1977	71,8	65,0	85,2
1978 [3]	71,3	64,5	85,4

[1] Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in vH des Volkseinkommens.
[2] Lohnquote bei konstant gehaltenem Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen im Jahre 1960.
[3] Eigene Schätzung.

Steuerliche Entlastung der Markteinkommen

129. Die steuerliche Entlastung der Markteinkommen durch den Staat zeigt sich darin, daß sowohl die Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit als auch die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen im Jahre 1978 stärker zugenommen haben als die Bruttoeinkommen (Tabelle 14). Die Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit sind mit 6½ vH um einen halben Prozentpunkt mehr gestiegen als die Bruttoeinkommen. Bei den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, die netto um 11 vH zunahmen, nachdem sie 1977 leicht zurückgegangen waren, war der Abstand zur Steigerung vor Abzug der Steuern mit rund 2½ Prozentpunkten noch größer. Das besagt indes nicht, daß der Staat die Unternehmen 1978 mehr entlastet hat als die Arbeitnehmer. In der Einkommensrechnung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung lassen sich die Zahlungen an Gewinnsteuern nicht allein auf die Gewinnentwicklung des laufenden Jahres zurückführen. So ist die Tatsache, daß die Zunahme der Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen den Anstieg der Bruttoeinkommen so deutlich übertraf, nur zu einem geringen Teil auf die Steuererleichterungen des Jahres 1978 zurückzuführen. Sie beruht in der Hauptsache darauf, daß die Finanzbehörden die Vorauszahlungen auf die Gewinnsteuern nur wenig nach oben anpaßten, nachdem sie im Vorjahr kräftig erhöht worden waren. Außerdem fielen 1978 die Abschlußzahlungen nicht wesentlich höher aus als im Jahre 1977.

Geringerer Anstieg der Transfereinkommen

130. Rund 221 Mrd DM wurden von den Sozialversicherungen und von den Gebietskörperschaften 1978 an die privaten Haushalte gezahlt; das waren

6 vH mehr als im Jahre 1977. Daß der Anstieg niedriger war als in den beiden vorangegangenen Jahren beruht in der Hauptsache darauf, daß die Anpassung der Renten um ein halbes Jahr hinausgeschoben wurde (Ziffer 202).

Die Bundesanstalt für Arbeit weitete ihre Zahlungen anders als 1977 im Jahre 1978 wieder verstärkt aus. Während etwas weniger Arbeitslosengeld gezahlt wurde, nahmen die Leistungen für die Arbeitslosenhilfe, die im Anschluß an das Arbeitslosengeld gewährt wird, deutlich zu. Darin kommt nicht zuletzt die zunehmende Dauer der durchschnittlichen Arbeitslosigkeit zum Ausdruck. Das Kurzarbeitergeld stieg bei leicht rückläufiger Anzahl der Kurzarbeiter etwa im Ausmaß der Lohn- und Gehaltsanhebungen. Die Bemühungen der Arbeitsverwaltung, die Beschäftigungschancen der Problemgruppen unter den Arbeitslosen zu erhöhen und die berufliche Ausbildung zu fördern, schlugen sich in einem neuerdings wieder kräftigen Anstieg der Fördermittel für berufliche Fortbildung und Umschulung sowie für Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung nieder.

Auch die Einkommensübertragungen der Gebietskörperschaften fielen höher aus als im Jahr zuvor. Dazu trug vor allem bei, daß das Kindergeld erhöht und das Wohngeld angehoben wurden.

Tabelle 17

Zur Entwicklung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte [1])

Jahr	Verfügbares Einkommen [2])			
	in jeweiligen Preisen		in konstanten Preisen [3])	
	Mrd DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	Mrd DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH
1960	187,9	•	247,5	•
1961	206,8	+10,1	263,5	+6,4
1962	224,0	+ 8,3	276,8	+5,1
1963	240,4	+ 7,3	288,6	+4,2
1964	263,1	+ 9,5	308,1	+6,8
1965	293,4	+11,5	332,6	+8,0
1966	311,3	+ 6,1	340,2	+2,3
1967	318,6	+ 2,4	342,2	+0,6
1968	343,6	+ 7,8	362,5	+5,9
1969	381,9	+11,1	395,4	+9,1
1970	425,9	+11,5	425,9	+7,7
1971	471,5	+10,7	447,3	+5,0
1972	524,4	+11,2	471,1	+5,3
1973	571,9	+ 9,1	479,8	+1,8
1974	620,5	+ 8,5	486,6	+1,4
1975	681,2	+ 9,8	503,1	+3,4
1976	721,5	+ 5,9	510,3	+1,4
1977	763,9	+ 5,9	520,4	+2,0
1978 [4])	809,1	+ 5,9	537,6	+3,3

[1]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.
[2]) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
[3]) Deflationiert mit dem Preisindex des Privaten Verbrauchs (1970 = 100).
[4]) Eigene Schätzung.

Verstärkter Anstieg des verfügbaren Einkommens

131. Den privaten Haushalten stand 1978 mit 809 Mrd DM knapp 6 vH mehr Einkommen als im Vorjahr zur Verfügung; der Anstieg war damit ebenso hoch wie in den beiden vorangegangenen Jahren. Während den Haushalten nach Abzug der Geldentwertung 1976 jedoch nur ein realer Zuwachs von 1,4 vH und 1977 von 2 vH verblieben war, belief sich dieser 1978 auf fast $3^1/_2$ vH (Tabelle 17).

132. Informationen darüber, wie sich das verfügbare Einkommen innerhalb der einzelnen Haushaltsgruppen entwickelt hat, liegen von der amtlichen Statistik derzeit nur bis zum Jahre 1972 vor. Nach einer bis 1977 reichenden Verteilungsrechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, die mit den amtlichen Einkommensstatistiken nicht voll vergleichbar ist, war das verfügbare Einkommen eines Selbständigenhaushalts von 1970 bis 1977 im Durchschnitt um 10,4 vH, das eines Arbeitnehmerhaushalts um 7,9 vH und das eines Rentnerhaushalts um 8,9 vH angestiegen. In der vergleichsweise hohen Zunahme des verfügbaren Einkommens der selbständig Tätigen schlägt sich nicht zuletzt nieder, daß unter denen, die in diesen Jahren ihre selbständige Tätigkeit aufgaben, viele waren, die nur ein unterdurchschnittliches Einkommen erzielten. Die Bezieher hoher Einkommen, wie beispielsweise Ärzte, haben somit innerhalb der Gruppe der Selbständigen ein höheres Gewicht erhalten.

Der überdurchschnittlich hohe Einkommenszuwachs der Selbständigen bei einer im ganzen schwachen Einkommensentwicklung wird nicht selten als Indiz dafür genommen, daß es den Unternehmern nicht an Gewinnen für mehr Investitionen fehle. Dafür spreche auch, daß die Gewinnentnahmen von Einzelunternehmen und Personengesellschaften in den letzten Jahren stark zugenommen haben. Dabei werden Finanzierbarkeit und Rentabilität von Investitionen leicht verwechselt. Darüber hinaus muß man auch das folgende sehen: Die Entwicklung der Entnahmen hat nur lockeren Kontakt mit der Entwicklung der Unternehmereinkommen. In Zeiten sich beschleunigenden Strukturwandels gibt es Unternehmer, die ihre Investitionschancen auch auf mittlere Frist pessimistischer einschätzen als andere. Sie entnehmen liquide Mittel, um sie dann in Staatspapieren anzulegen oder anderen Unternehmen als Darlehen oder Beteiligungen zur Verfügung zu stellen. Auch Kapitalverzehr zu Konsumzwecken der Unternehmer rechnet zu den Entnahmen. All dies wird dann so gezählt, als ob sich die Unternehmereinkommen so entwickelt hätten wie die Entnahmen.

VI. Geldpolitik: Mengenziel weit übertroffen

133. In dem Bestreben, der Politik der Geldmengensteuerung im Verlauf eines Jahres eine klare Grundlage und der Wirtschaft einen Orientierungsrahmen zu geben, gibt die Bundesbank seit 1974 für jedes Jahr im voraus eine Zielgröße für die Expansion der Zentralbankgeldmenge an. Für 1978 war angekündigt worden, daß unter den von der Bundesbank angenommenen Bedingungen die Zentralbankgeldmenge, diese zu konstanten Reservesätzen gerechnet, im Jahresdurchschnitt um etwa 8 vH über der des Vorjahres liegen sollte (Tabelle 18).

Tabelle 18

Maßnahmen der Deutschen Bundesbank

Datum	
1977	
15. Dezember	Mit Wirkung vom 16. Dezember senkt die Bundesbank den Diskontsatz von $3^1/_2$ % auf 3 % und den Lombardsatz von 4 % auf $3^1/_2$ %. Mit Wirkung vom 1. Januar 1978 werden die Reservesätze für den Bestand an Auslandsverbindlichkeiten erhöht. Für Sichtverbindlichkeiten wird der Mindestreservesatz auf 20 vH (vorher 12,75 vH), für befristete Verbindlichkeiten auf 15 vH (vorher 8,95 vH) und für Spareinlagen auf 10 vH (vorher 5,65 vH) erhöht. Der Zuwachs der Auslandsverbindlichkeiten der Banken unterliegt ab 1. Januar 1978 einer gesonderten Mindestreserve von 80 vH. Gebietsfremde dürfen inländische Wertpapiere mit Laufzeiten von über zwei bis zu vier Jahren nicht mehr erwerben. Die Bundesbank gibt auch für das Jahr 1978 ein Geldmengenziel an. Sie glaubt, „daß dem Ziel eines kräftigen realen Wachstums und hoher Beschäftigung bei gleichzeitig weiterer Eindämmung der Inflationstendenzen ... am besten Rechnung getragen wird, wenn die Zentralbankgeldmenge mit einer Rate wächst, bei der sie im Jahresdurchschnitt 1978 um etwa 8 vH höher sein wird als 1977".
1978	
4. Januar	Die Zinssätze für nicht vor Fälligkeit rückgebbare unverzinsliche Schatzanweisungen (U-Schätze) werden, nach Laufzeit differenziert, um 0,1 bis 0,2 Prozentpunkte gesenkt. Zwischen dem amerikanischen Schatzamt und der Deutschen Bundesbank wird eine Vereinbarung getroffen, wonach die Bundesbank dem Währungsstabilisierungsfonds des Schatzamtes eine Kreditlinie einräumt, auf die für Zwecke der Intervention am Dollar-Markt gezogen werden kann. Diese Kreditlinie tritt zu der bereits bestehenden gegenseitigen Kreditvereinbarung hinzu.
19. Januar	Die Bundesbank beschließt, daß die Kreditinstitute ab 1. März 1978 ihre jeweiligen Bestände an inländischen gesetzlichen Zahlungsmitteln auf die Mindestreserve anrechnen können. Die Anrechnung des durchschnittlichen Bestandes an inländischen Zahlungsmitteln ist auf 50 vH des Reserve-Solls begrenzt. Gleichzeitig entfallen die günstigeren Reservesätze für Nebenplatzverbindlichkeiten. Um die mit dieser Neuregelung verbundene liquiditätsmäßige Entlastung auszugleichen, werden die Mindestreservesätze für Verbindlichkeiten gegenüber Gebietsansässigen um 8 vH erhöht.
10. März	Die Bundesbank kauft wieder Handelswechsel mit vereinbartem Rückkauf nach 10 Tagen. Der Zinssatz beträgt $3^1/_4$ %.
13. März	Die Bundesbank und das Federal Reserve System vereinbaren, ihre bestehende gegenseitige Swap-Kreditlinie um 2 Mrd $ auf 4 Mrd $ zu erhöhen. Gleichzeitig wird vom amerikanischen Schatzamt der Verkauf von 600 Mio Sonderziehungsrechten an die Bundesbank zur Beschaffung von D-Mark vorgesehen.
16. März	Die Zinssätze für nicht vor Fälligkeit rückgebbare U-Schätze werden je nach Laufzeiten noch einmal um 0,1 bis 0,2 Prozentpunkte gesenkt.

noch Tabelle 18

Datum	
1978	
18. Mai	Die Mindestreservesätze für Inlandsverbindlichkeiten der Kreditinstitute werden am 1. Juni 1978 um 7 vH gesenkt. Für Auslandsverbindlichkeiten gelten wieder die gleichen Mindestreservesätze. Die Zuwachsmindestreserve für Auslandsverbindlichkeiten wird aufgehoben. Damit wird den Kreditinstituten Liquidität in Höhe von rund 4 1/2 Mrd DM freigegeben.
19. Juni	Die Wechselpensionsgeschäfte werden wieder eingestellt.
29. Juni	Die Bundesbank stimmt gemäß § 17 BBankG der zeitweiligen Anlage von überschüssigen Guthaben des Bundes bei der Bundesbank am Geldmarkt zu. Die Rediskontkontingente werden zum 1. Juli um 3 Mrd DM erhöht.
8. September	Die Zinssätze für nicht vor Fälligkeit rückgebbare U-Schätze werden je nach Laufzeit um 0,4 bzw. 0,75 Prozentpunkte angehoben.
19. Oktober	Die Bundesbank erhöht zum 1. November die Mindestreservesätze für Inlands- und Auslandsverbindlichkeiten der Kreditinstitute um 9 vH.
1. November	Die Swap-Kreditlinie zwischen der amerikanischen Notenbank und der Deutschen Bundesbank wird auf 6 Mrd $ erhöht. Ferner übernimmt die Deutsche Bundesbank 600 Mio Sonderziehungsrechte vom amerikanischen Schatzamt.

Da sich der erwartete konjunkturelle Aufschwung verzögerte und die Höherbewertung der D-Mark an den Devisenmärkten noch einmal einen großen Schritt in Richtung Stabilisierung des Geldwerts sicherte, ließ die Bundesbank eine wesentlich stärkere monetäre Expansion zu (Tabelle 19). Frühzeitig machte sie bekannt, daß unter den gegebenen Umständen an eine Einhaltung des Mengenziels für das Jahr 1978 nicht mehr zu denken sei. Das Ziel einer mittelfristig möglichst stetigen Ausweitung der Geldmenge ist unter dem Eindruck der aktuellen Widrigkeiten zunächst in den Hintergrund getreten.

134. Das Geldmengenziel für 1978 war im Dezember 1977 gesetzt worden. Es verlangte eigentlich eine Dämpfung der monetären Expansion im Verlauf des Jahres 1978. Denn wegen der starken Ausweitung der Zentralbankgeldmenge in den letzten Monaten des Jahres 1977 lag die Geldbasis Ende 1977 bereits um 4,9 vH über dem Jahresdurchschnitt 1977 (Schaubild 22). Sollte das angestrebte Ziel nicht überschritten werden, hätte die Geldbasis im Verlauf des Jahres 1978 um nicht viel mehr als 5 vH erweitert werden dürfen. Im vergangenen Jahr war sie um mehr als 10 vH gestiegen.

Diese Angaben beziehen sich auf die Zentralbankgeldmenge in der Abgrenzung des Sachverständigenrates (bereinigte Zentralbankgeldmenge oder Geldbasis genannt; Anhang V Abschnitt C). Deren Größe weicht aus einer Reihe von Gründen von der „Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen", wie sie die Bundesbank verwendet, ab. Die Zielgröße der Bundesbank von 8 vH bedeutete für 1978 eine Ausweitung der bereinigten Zentralbankgeldmenge in der Abgrenzung des Sachverständigenrates um 7 1/2 vH.

135. Der hohe Überhang am Jahresende 1977 war das Ergebnis einer Entwicklung, die sich auch im neuen Jahr fortsetzte. Durch die Vertrauenskrise in bezug auf den US-Dollar war die D-Mark zu einer bevorzugten Anlagewährung geworden. Im Verlauf der Spekulationswelle im letzten Vierteljahr 1977 kaufte die Bundesbank Devisen im Werte von 12,4 Mrd DM und bis Ende März dieses Jahres noch einmal für 7,2 Mrd DM.

Obwohl die Bundesbank bei flexiblen Wechselkursen nicht zur Intervention verpflichtet ist, sah sie sich zu diesem Eingreifen am Devisenmarkt veranlaßt. Dabei stand das Ziel im Vordergrund, durch solche Devisenkäufe und spätere Verkäufe übermäßig starke und unnötige Schwankungen im Wechselkurs zu verhindern. Solche Versuche sind grundsätzlich mit der Ungewißheit darüber belastet, ob eine aktuelle Wechselkursbewegung Teil einer erratischen Kursschwankung ist oder Teil einer längerfristigen Entwicklung. Im Falle des Devisenzustroms seit dem Herbst 1977 erwies sich die anfangs vorherrschende Meinung, es handele sich nur um ein Problem der Kursglättung, als Irrtum. Nur teilweise konnte die Bundesbank zuvor angekaufte Devisen bei wieder steigender Kurstendenz am Markt unterbringen.

136. Die Bundesbank versuchte, den Zustrom von Auslandsgeld auch dadurch abzuwehren, daß sie die Geldanlage von Ausländern im Inland erschwerte. Die Reservesätze für den Bestand an Auslandsverbindlichkeiten der Banken wurden Anfang des Jahres nahezu verdoppelt, und der Zuwachs an Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland mit einer gesonderten Mindestreserve von 80 vH belegt. Des weiteren wurde Ausländern nun auch der Erwerb von inländischen Wertpapieren mit einer Laufzeit zwischen zwei und vier Jahren nicht mehr genehmigt. Damit durften Ausländer Titel mit einer

Tabelle 19

Zur Entwicklung der Zentralbankgeldmenge[1])

Zeitraum	Zusammen	Entstehung (+), bzw. Vernichtung (−) von Zentralbankgeld durch Änderung der							Bereinigte Zentralbankgeldmenge (Geldbasis)[6])	
		Bestimmungsgründe					Verwendung			
		Währungsreserven[2])	Refinanzierungskredite an Banken[3])	Wertpapierbestände der Bundesbank	Kreditgewährung an den Staat[4])	Sonstigen[5])	Bargeldumlauf	Bankreserven	Ursprungswerte	saisonbereinigt[7])
	Bestand in Mrd DM									
Durchschnitt 1976	104,69	91,32	11,12	5,65	− 2,96	− 0,44	60,33	44,36	104,21	×
Jahresende 1976	114.16	93,00	19,74	1,34	+ 3,09	− 3,01	65,75	48,41	112,10	107,97
Durchschnitt 1977	111,63	86,71	18,35	0,86	+ 2,52	+ 3,19	65,86	45,77	113,37	×
Jahresende 1977	117,87	94,50	14,26	0,68	+ 6,68	+ 1,75	72,40	45,48	123,80	118,96
Durchschnitt Jan bis Sep 1978	117,40	90,80	18,12	2,08	− 1,01	+ 7,41	73,01	44,39	123,58	124,03
Januar 1978	117,75	90,10	16,16	6,89	+ 2,09	+ 2,51	69,51	48,24	121,11	119,70
	Veränderung gegen Vormonat in Mio DM									
1977 Januar	−2 025	+ 400	−3 529	− 99	+ 299	+ 904	−2 988	+ 963	−2 123	+ 607
Februar	−1 900	− 600	−1 572	− 122	+ 479	− 85	− 913	− 987	−1 852	+1 121
März	− 673	+ 900	+4 411	− 107	−4 671	−1 206	+ 503	−1 176	+ 425	+ 239
April	+ 811	− 500	+2 149	− 122	− 430	− 286	+1 139	− 328	+ 799	+ 409
Mai	+1 112	−1 200	−3 687	− 38	+5 947	+ 90	+ 713	+ 399	+1 124	+ 911
Juni	− 997	+ 500	− 40	− 20	−1 678	+ 241	+ 621	−1 618	+1 324	+1 230
Juli	+3 426	+1 000	+5 523	− 14	− 659	−2 424	+3 194	+ 232	+3 423	+1 137
August	+ 46	+ 700	+ 254	− 79	+ 117	− 946	− 548	+ 594	+ 40	+1 440
September	−4 624	−1 300	−4 287	− 14	−1 150	+ 2 127	+ 62	−4 686	+ 208	+ 934
Oktober	+ 56	+1 600	+ 352	− 23	− 973	− 900	+ 12	+ 44	+ 21	+ 722
November	+1 487	+1 300	−3 905	− 14	+3 693	+ 413	+ 319	+1 168	+1 408	+1 593
Dezember	+6 995	+6 200	−1 143	− 12	+2 619	− 669	+4 530	+2 465	+6 908	+ 641
1978 Januar	− 123	+3 500	+1 898	+ 10	−4 594	− 937	−2 888	+2 765	−2 690	+ 741
Februar	−2 539	+ 600	−1 884	− 5	−1 523	+ 273	− 26	−2 513	−1 566	+1 779
März	+1 809	+2 100	+5 248	+ 137	−5 043	− 633	+1 702	+ 107	+1 853	+ 657
April	± 0	− 400	−1 871	− 19	+3 395	−1 105	+ 517	− 517	+ 18	+ 897
Mai	+1 569	−3 100	+1 307	+ 255	+2 836	+ 271	+1 339	+ 230	+1 520	+ 997
Juni	−3 246	− 700	+ 261	+ 862	−2 962	− 707	+ 538	−3 784	+1 102	+1 211
Juli	+2 599	+ 800	+ 230	+1 524	+1 141	−1 096	+2 627	− 28	+2 610	− 92
August	+ 617	+1 400	−1 683	+1 184	−1 027	+ 743	− 92	+ 709	+ 606	+1 827
September	+ 622	+2 300	+2 300	+ 41	−4 474	+ 455	+ 133	+ 489	+ 636	+1 530

[1]) In der Abgrenzung des Sachverständigenrates: Bargeldumlauf und Zentralbankguthaben der Banken.

[2]) Veränderung der Auslandsforderungen der Bundesbank unter Berücksichtigung des Ausgleichspostens zu anderen als transaktionsbedingten Veränderungen der Währungsreserven (hauptsächlich Zuteilung von IWF-Sonderziehungsrechten und Änderungen des DM-Wertes der Währungsreserven aufgrund von Paritätsänderungen). Jahresdurchschnitte und Jahresendstände ohne Berücksichtigung der Neubewertung der Währungsreserven.

[3]) Saldiert mit dem Bestand an Mobilisierungs- und Liquiditätspapieren im Besitz der Banken.

[4]) Kredite und Forderungen der Bundesbank an öffentliche Haushalte abzüglich Einlagen (einschließlich Sondereinlagen) öffentlicher Haushalte.

[5]) Unter anderem Einlagen von Nichtbanken bei der Bundesbank.

[6]) Bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen; siehe Anhang V, Abschnitt C.

[7]) Saisonbereinigung nach dem Census-Verfahren II, Version X — 11.

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank

Schaubild 22

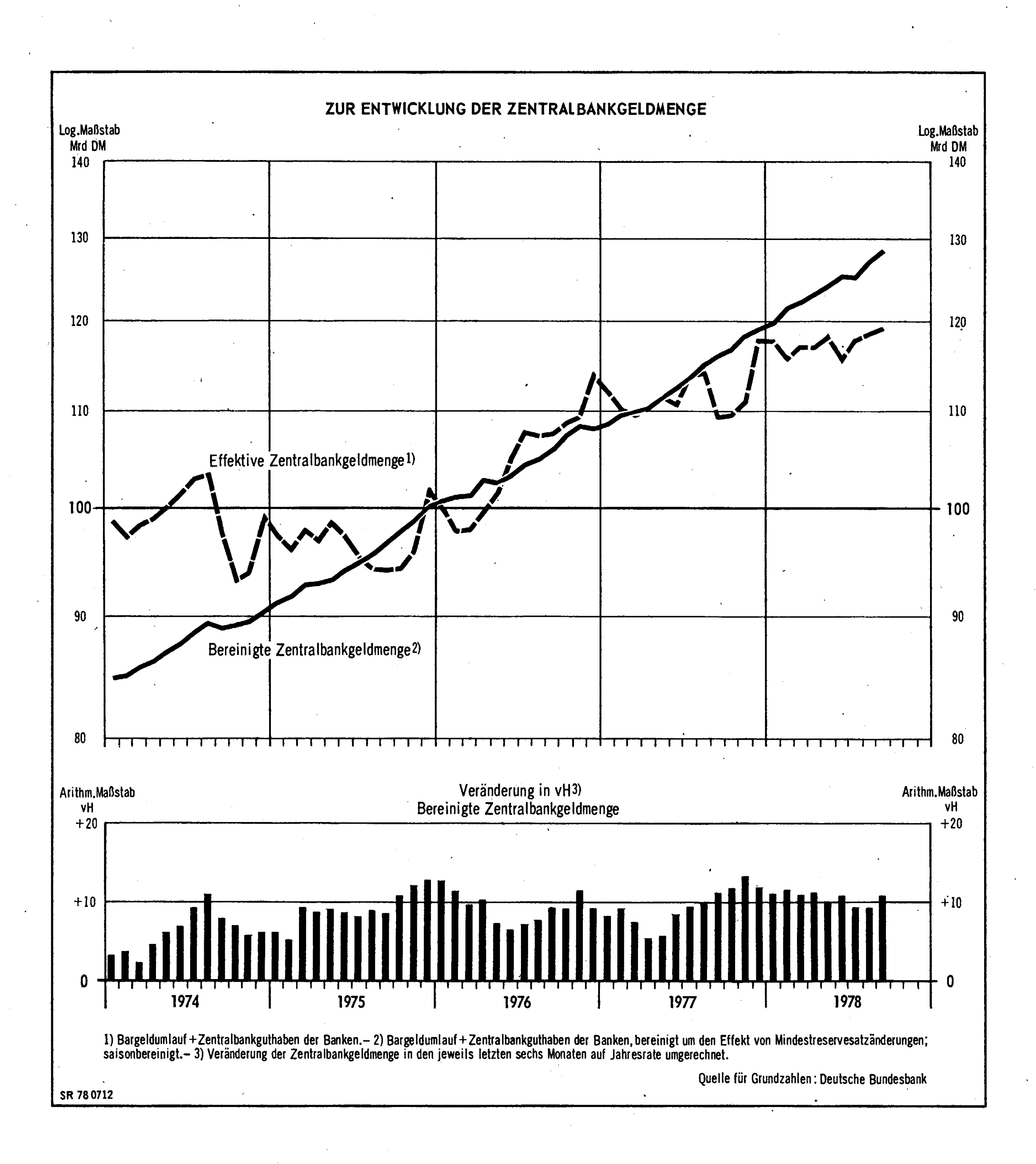
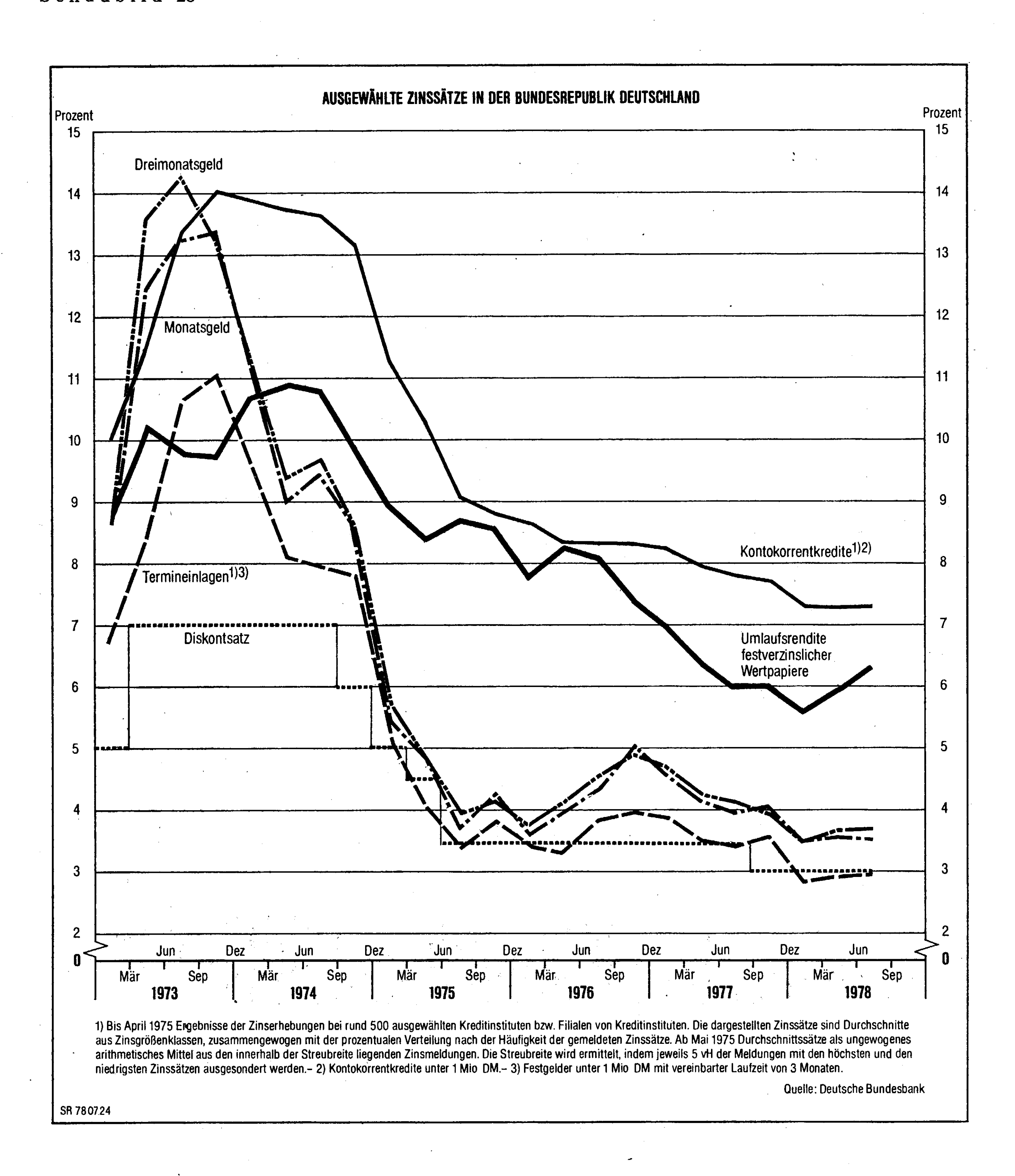


Schaubild 23



1) Bis April 1975 Ergebnisse der Zinserhebungen bei rund 500 ausgewählten Kreditinstituten bzw. Filialen von Kreditinstituten. Die dargestellten Zinssätze sind Durchschnitte aus Zinsgrößenklassen, zusammengewogen mit der prozentualen Verteilung nach der Häufigkeit der gemeldeten Zinssätze. Ab Mai 1975 Durchschnittssätze als ungewogenes arithmetisches Mittel aus den innerhalb der Streubreite liegenden Zinsmeldungen. Die Streubreite wird ermittelt, indem jeweils 5 vH der Meldungen mit den höchsten und den niedrigsten Zinssätzen ausgesondert werden.– 2) Kontokorrentkredite unter 1 Mio DM.– 3) Festgelder unter 1 Mio DM mit vereinbarter Laufzeit von 3 Monaten.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 78 07 24

Restlaufzeit unter vier Jahren nicht mehr kaufen. Trotz dieser Maßnahmen, die entweder die Rentabilität oder die Zulässigkeit ausländischer Geldanlagen in der Bundesrepublik beschränkten, hielt der Zustrom von Auslandsgeld zunächst an. Ausländer legten jetzt ihre Mittel in längerfristigen Titeln an. Dies trug zur Zinssenkung am Kapitalmarkt bei (Schaubild 23).

137. Aufgrund der Interventionen am Devisenmarkt floß den Banken in hohem Maße Zentralbankgeld zu, das diese in erster Linie zum Abbau von Verbindlichkeiten gegenüber der Bundesbank nutzten. Auch die Überschußreserven nahmen zu. Nur ein Teil wurde Basis der weiterhin raschen monetären Expansion. Möglicherweise in der Hoffnung auf einen baldigen Devisenabfluß, möglicherweise aus Sorge vor einer Zinswirkung, welche einen Anreiz für weiteren Kapitalzustrom geschaffen hätte und auch konjunkturell unerwünscht erschien, verzichtete die Bundesbank darauf, durch Offenmarktverkäufe oder andere Maßnahmen die Zentralbankgeldmenge auf ihren Zielpfad zurückzuführen. Statt am Devisenmarkt zu intervenieren, hätte die Bundesbank auch selbst mehr Zentralbankgeld durch Offenmarktkäufe schaffen können. Der Effekt bei der Zentralbankgeldmenge wäre derselbe gewesen, der Einfluß auf den Wechselkurs möglicherweise nicht geringer (Ziffer 412).

138. In der Tat kam es im Frühjahr zu einer Wende. Der US-Dollar hatte im März einen so niedrigen Wert erreicht, daß zunächst die Erwartung schwand, die Höherbewertung der D-Mark werde sich fortsetzen. Sogleich schlug nun das Zinsgefälle zwischen Inland und Ausland auf die Kapitalströme durch. Ausländisches Kapital begann zurückzufließen. Die Bundesbank reagierte darauf, indem sie im Zuge einer allgemeinen Senkung der Mindestreservesätze und einer Erhöhung der Rediskontkontingente die Mindestreservesätze für ausländische Einlagen denen für inländische Einlagen anpaßte. Die Ausweitung der Bankenliquidität hielt die Bundesbank für nötig, um eine mäßige weitere monetäre Expansion von dem inzwischen allerdings sehr hohen Niveau der Geldversorgung aus zu ermöglichen.

Zumindest teilweise in Reaktion auf den Abfluß ausländischen Kapitals begannen die Zinsen am Kapitalmarkt zu steigen. Offenbar entstand dadurch umgehend die Erwartung weiterhin steigender Zinsen. Die Anleger hielten sich zurück. Daß sich die Renditen festverzinslicher Wertpapiere nach Laufzeiten stärker auffächerten, spricht ebenfalls dafür. In dem Bestreben, dieser Zinssteigerung, die zunächst Ausdruck einer bloß temporären Stockung am Kapitalmarkt zu sein schien, entgegenzutreten, erwarb die Bundesbank Wertpapiere im Offenmarktgeschäft, so daß ein Einschwenken auf den Zielpfad für die Expansion der Zentralbankgeldmenge weiterhin unterblieb.

139. Schon im Juli nahm die Nachfrage nach D-Mark an den Devisenmärkten wieder zu. Im Oktober erreichte der Zustrom von Auslandsgeld seinen vorläufigen Höhepunkt. Anders als im Winter mußte die Bundesbank diesmal in erster Linie zur Stützung der Währungen im Europäischen Währungsverbund intervenieren. Von den 13 Mrd DM, die die Bundesbank in der Zeit von Anfang Juli bis Mitte Oktober für Devisen ausgab, entfielen über 10 Mrd auf solche Stützungskäufe. Um einer weiteren Steigerung der Nachfrage nach D-Mark zuvorzukommen, wurde im Oktober die D-Mark gegenüber den Währungen des Währungsverbundes aufgewertet (Ziffer 45). Diese Seite des Marktes beruhigte sich daraufhin.

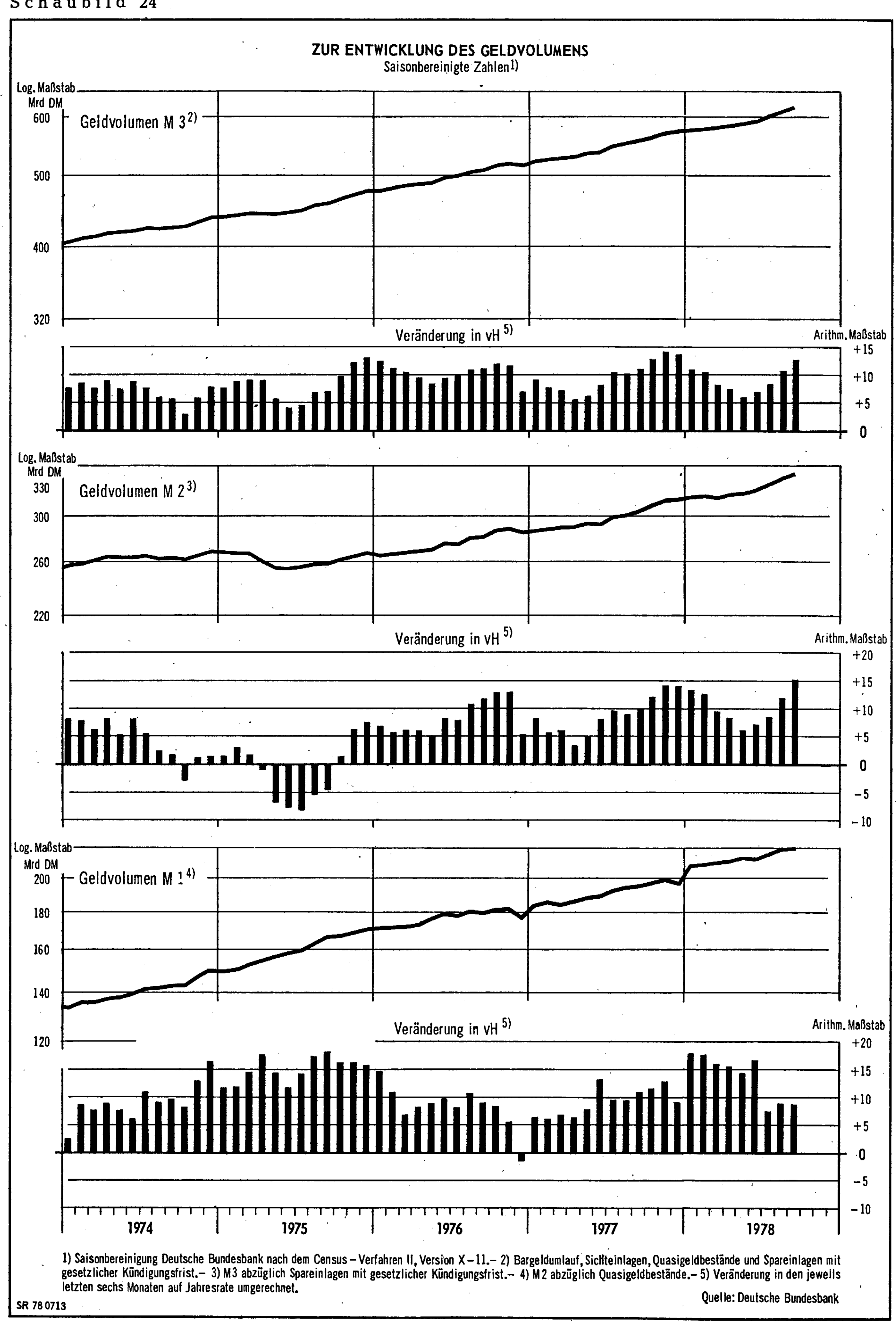
Die Devisenzuflüsse haben erneut zu einer starken Ausweitung der Zentralbankgeldmenge geführt. Zwar ist der Bundesbank Hilfe vom Staat zuteil geworden, der wieder beträchtliche Mittel bei ihr stillegte. Dies konnte jedoch nur als vorübergehend angesehen werden und war auch nicht ausreichend, die Ausweitung aufgrund der Devisenzuflüsse zu kompensieren. Auch daß das zugeflossene Geld nicht bei den Banken blieb, diese es vielmehr vorwiegend zum Abbau ihrer Rediskontkredite und Lombardkredite verwendeten, konnte die Bedenken der Bundesbank, daß die Ausweitung der Geldmenge nun doch zu groß würde, nicht zerstreuen. Immerhin lag in der Erhöhung der freien Liquiditätsreserven der Banken, die sich aus den Devisenzuflüssen ergeben hatte, das Potential für eine stärkere Kreditvergabe, und angesichts der erwarteten konjunkturellen Belebung mußte man damit rechnen, daß dieses auch verstärkt in Anspruch genommen werden würde. Daher hat die Zentralbank im Oktober in großem Umfang Mobilisierungstitel abgegeben. Die kurzfristigen Papiere, die ihr für Offenmarktoperationen noch zur Verfügung standen, waren jedoch zu gering, als daß mit ihnen die Zunahme der Bankenliquidität so stark hätte gedämpft werden können, wie es die Bundesbank wünschte. So entschloß sie sich, die Mindestreservesätze zum ersten November um 9 vH zu erhöhen. Gleichzeitig wurde allerdings betont, daß damit keine Wende hin zu einer restriktiveren Geldpolitik beabsichtigt sei, sondern daß lediglich eine weitere Beschleunigung der monetären Expansion verhindert werden sollte.

Während der ersten 9 Monate ist die bereinigte Zentralbankgeldmenge, rechnet man auf Jahresraten hoch, um fast 11 vH angestiegen. Um etwa den gleichen Satz lag sie im Durchschnitt dieser 9 Monate über den entsprechenden Werten des Vorjahres. Die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen in der Abgrenzung der Bundesbank übertraf die Vorjahreswerte um $11^1/_2$ vH.

Hohe Nachfrage nach Geld

140. Die Zentralbankgeldmenge im Sinne der Bundesbank bildet ab, in welchem Maße die Bundesbank eine Nachfrage nach Zentralbankgeld für Zwecke der Bargeldhaltung und der Alimentierung von Einlagen-Kredit-Beziehungen, die über die Banken laufen, befriedigt hat (genauer: eine Nachfrage nach Zentralbankgeld, soweit sie sich nicht aus Änderungen der Mindestreservevorschriften ergibt). Wieviel Geld in der Hand der Unternehmen und

Schaubild 24

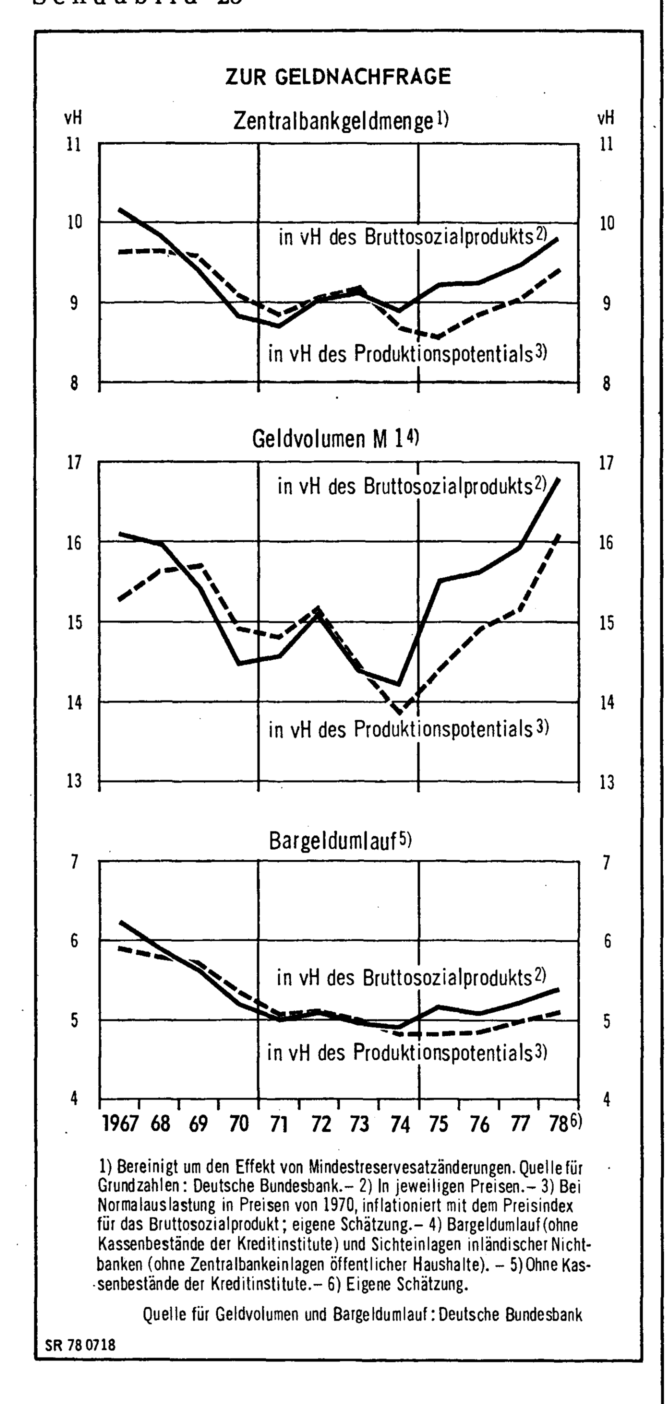


1) Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11.– 2) Bargeldumlauf, Sichteinlagen, Quasigeldbestände und Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist.– 3) M3 abzüglich Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist.– 4) M2 abzüglich Quasigeldbestände.– 5) Veränderung in den jeweils letzten sechs Monaten auf Jahresrate umgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 78 0713

Schaubild 25



1) Bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen. Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank. – 2) In jeweiligen Preisen. – 3) Bei Normalauslastung in Preisen von 1970, inflationiert mit dem Preisindex für das Bruttosozialprodukt; eigene Schätzung. – 4) Bargeldumlauf (ohne Kassenbestände der Kreditinstitute) und Sichteinlagen inländischer Nichtbanken (ohne Zentralbankeinlagen öffentlicher Haushalte). – 5) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute. – 6) Eigene Schätzung.

Quelle für Geldvolumen und Bargeldumlauf: Deutsche Bundesbank

privaten Haushalte (Bargeld und kurzfristige Bankeinlagen) aus einer bestimmten Menge Zentralbankgeld wird und wie intensiv die jeweils vorhandene Geldmenge für Ausgaben genutzt wird, hat die Geldpolitik allerdings nicht unter Kontrolle. Was hier an Änderungen zu beobachten ist, kann daher seine Ursachen sowohl auf der Seite des Angebots an Geld als auch auf der Seite der Nachfrage nach Geld haben.

Daß in diesem Jahr zusätzliches Zentralbankgeld so stark nachgefragt wurde, und zwar so stark über die schon großzügig bemessene Zielgröße der Bundesbank hinaus, und das Geldvolumen so kräftig ausgeweitet wurde (Schaubild 24), hatte seinen Grund nicht in der Stärke der gesamtwirtschaftlichen Ausgabenexpansion. Der konjunkturelle Aufschwung ist hinter den Erwartungen zurückgeblieben, die noch für die Zielvorgabe der Bundesbank Ende letzten Jahres mit maßgeblich gewesen waren. Daher muß man fragen, inwieweit die starke monetäre Expansion in diesem Jahr bloß Reflex eines ungewöhnlich reichlichen Geldangebots gewesen ist. Allerdings auch weiter: Warum führten die hohen Geldbestände in der Wirtschaft nicht zu entsprechend höheren Ausgaben? Und soweit es dazu nicht gekommen ist — steht dies jetzt bevor?

Als Ausgangspunkt mag durchaus die Vorstellung dienen, daß im Prinzip jene, denen Zentralbankgeld zufließt, es entweder selbst ausgeben oder, von normaler Kassenhaltung einmal abgesehen, es als Kredit vergeben und anderen damit Ausgaben ermöglichen, nötigenfalls bei sinkenden Zinsen. Seit langem wird daher darauf gewartet, daß von dem nicht erst in diesem Jahr, sondern schon seit mehreren Jahren stark ausgeweiteten Geldangebot ein kräftiger Druck in Richtung höherer Ausgaben ausgeht. Seit 1974 steigt die Zentralbankgeldmenge stärker an als das Sozialprodukt. Auch 1978 ist es noch einmal so gewesen (Schaubild 25).

Allerdings: Zumindest teilweise ist die Notwendigkeit oder die Neigung, sich vergleichsweise hoch liquide zu halten, lediglich Ausdruck der noch unbefriedigenden Konjunkturlage, also der im ganzen geringen Ausgabeneigung in der Wirtschaft. Je weniger die Geldbesitzer dazu neigen, ihr Geld selbst auszugeben, oder bereit sind, es auch bei gesunkenen Zinsen auf der Basis eines längerfristigen Kredits andere ausgeben zu lassen, um so größer stellt sich rein rechnerisch bei einem bestimmten Sozialprodukt der Bedarf der Wirtschaft (einschließlich der Banken) an Zentralbankgeld dar. Man muß dabei aber sehen, daß das Sozialprodukt ja seinerseits nur deshalb nicht größer ist, weil die Ausgabeneigung gering ist. Das eigentliche Problem ist also ausschließlich eine geänderte Ausgabeneigung, nicht der mit ihr wechselnde „Bedarf" an Zentralbankgeld. Ob und inwieweit man einer ungenügenden Ausgabeneigung am besten dadurch aufhilft, daß die Geldpolitik auf das geldseitige Korrelat der niedrigen Ausgabeneigung, die hohe Geldnachfrage nämlich, mit einem hohen Geldangebot antwortet, ist eine andere und durchaus umstrittene Frage — umstritten wegen der ungelösten Probleme der Dosierung und des Timing und wegen der Sensibilität der Inflationserwartungen (Ziffer 407). Andere, konjunkturunabhängige Faktoren, die die Geldnachfrage mitbestimmen, sind jedoch zu bedenken.

141. Zu beobachten ist, daß in diesem Jahr in ungewöhnlich hohem Maße Geldvermögen in Form von Bargeld und Sichteinlagen gehalten wurde. Und über diese Mittel wurde im Durchschnitt auch weniger häufig disponiert als in den vergangenen Jahren. Der nun schon lange anhaltende starke Anstieg des Verhältnisses von Bargeld und Sichteinlagen zum Bruttosozialprodukt läßt darauf schließen, daß es sich bei dieser hohen Kassenhaltung auch nicht in erster Linie um Kassenhaltung unter dem Ge-

sichtspunkt von Ausgaben handelt, die für demnächst geplant sind.

142. Eine hohe Geldnachfrage ist vor allem in einer starken Ausdehnung des Bargeldes, insbesondere zu Beginn des Jahres, zum Ausdruck gekommen. Zwar hat sich im weiteren Verlauf des Jahres der Anstieg des Bargeldumlaufs wieder verlangsamt, doch dies ändert wenig an dem Bild, daß Bargeld im Vergleich zu früheren Jahren, in denen es durch geänderte Zahlungsgewohnheiten weniger wichtig geworden war, erneut an Bedeutung gewonnen hat. Schon seit 1976 steigt der Bargeldumlauf stärker als die Sichteinlagen. Sonderfaktoren mögen dabei allerdings eine wesentliche Rolle spielen. Möglicherweise stieg der Bedarf an Zentralbankgeld dadurch, daß D-Mark-Noten außerhalb der Bundesrepublik als eine Art Nebenwährung gehalten werden. Insofern Zentralbankgeld hier gebunden ist, kann es nicht für die inländische Nachfrage wirksam werden. Eine weitere Ursache für die ungewöhnlich starke Zunahme des Bargeldumlaufs in den letzten Jahren mag in den relativ gestiegenen Einkommen von Personengruppen mit traditionell hoher Bargeldhaltung, vor allem den Rentnern, liegen. Ebenso sind gestiegene Bankgebühren und auch vermehrte Schwarzarbeit vermutlich Gründe dafür, daß höhere Bargeldbestände gehalten werden. Der Bedarf an Zentralbankgeld steigt durch solche Vorgänge. Eine Quantifizierung der einzelnen Faktoren ist jedoch nicht möglich.

143. Mangel an Ausgabebereitschaft wird in erster Linie bei den Unternehmen deutlich. Während sie sich normalerweise gegenüber den übrigen Sektoren der Wirtschaft per Saldo mit ständig steigenden Beträgen verschulden, liegt ihre Nettokreditaufnahme heute deutlich niedriger als etwa 1974, dem letzten Jahr vor der Rezession. Hinter den geringeren Nettobeträgen verbirgt sich dabei, daß die Geldvermögensbildung sich deutlich erhöht hat, die Kreditaufnahme der Unternehmen hingegen, nach einem starken Rückgang im Jahr 1975, wieder auf dem Niveau von 1974 liegt. Hier zeigt sich, sieht man von möglichen Sonderfaktoren ab, daß die Unternehmen zu wenige Investitionschancen als rentierlich ansehen, jedenfalls nicht als so rentierlich wie etwa, berücksichtigt man den Unterschied im Risiko, eine Anlage von Geld in der Form von Staatspapieren. Ein zusätzliches Motiv kann sein, daß die Unternehmen sich aus Unsicherheit über die künftige wirtschaftliche Entwicklung besonders liquide halten wollen.

Bei den privaten Haushalten hingegen war die Bereitschaft, Einkommen oder Ersparnisse auszugeben und sich für den Kauf von Konsumgütern auch zu verschulden, weiterhin hoch (Ziffern 78 ff.). Darüber hinaus wurde ein verhältnismäßig großer Teil der Mittel, die von den privaten Haushalten gespart wurden, auf Bausparkonten eingezahlt. Diese Form der Geldvermögensbildung steht in engem Kontakt mit der regen Baunachfrage und bindet im übrigen kein Zentralbankgeld, weil Bausparkassen keine Mindestreserven halten müssen.

144. Zu den Sonderfaktoren, die in diesem Jahr möglicherweise zu einer erhöhten Geldnachfrage geführt haben, werden auch Veränderungen in der Neigung internationaler Unternehmen, vergleichsweise hohe Kassenbestände in D-Mark zu halten, gezählt. Statistisch läßt sich dies nur schwer belegen.

Bis jetzt sind in diesem Jahr die reservepflichtigen Verbindlichkeiten der inländischen Banken gegenüber Gebietsfremden merklich schwächer gestiegen als die Inlandsverbindlichkeiten. So sind etwa die reservepflichtigen Sichteinlagen von Inländern in den ersten drei Quartalen 1978 um 14 vH gegenüber der gleichen Zeit im Vorjahr gestiegen, Sichteinlagen von Ausländern dagegen nur um 5 vH. Diese Entwicklung dürfte allerdings nicht zuletzt auf die hohen Mindestreservesätze für Auslandsverbindlichkeiten der Kreditinstitute zurückzuführen sein, die von Januar bis Mai 1978 galten.

Deutlich zugenommen hat im Rahmen der Auslandsverbindlichkeiten der Banken der Anteil der auf D-Mark lautenden Einlagen. Besonders stark fiel dieser Anstieg bei den längerfristigen Verbindlichkeiten aus. Ende 1976 betrug der Anteil der auf D-Mark lautenden Einlagen noch 54,5 vH, Ende 1977 schon 60,5 vH. Derzeit liegt er bei 63,9 vH. Aber: dies spricht zwar für eine größere Neigung, D-Mark zu halten, der Zentralbankgeldbedarf der Banken erhöht sich durch solche Umschichtungen jedoch nicht.

Ein zusätzlicher Zentralbankgeldbedarf entsteht rein rechnerisch auch dann nicht, wenn im Zusammenhang mit einer beabsichtigten Umschichtung von Dollar- in D-Mark-Anlagen der Wechselkurs des Dollar gegenüber der D-Mark so lange sinkt, bis die Absicht, diese Umschichtung vorzunehmen, wieder aufgegeben wird. Die erhöhte, wegen der Wechselkursänderung nicht wirksam gewordene Nachfrage nach D-Mark ist aber gleichwohl für die Geldpolitik von Bedeutung (Ziffern 403 f.).

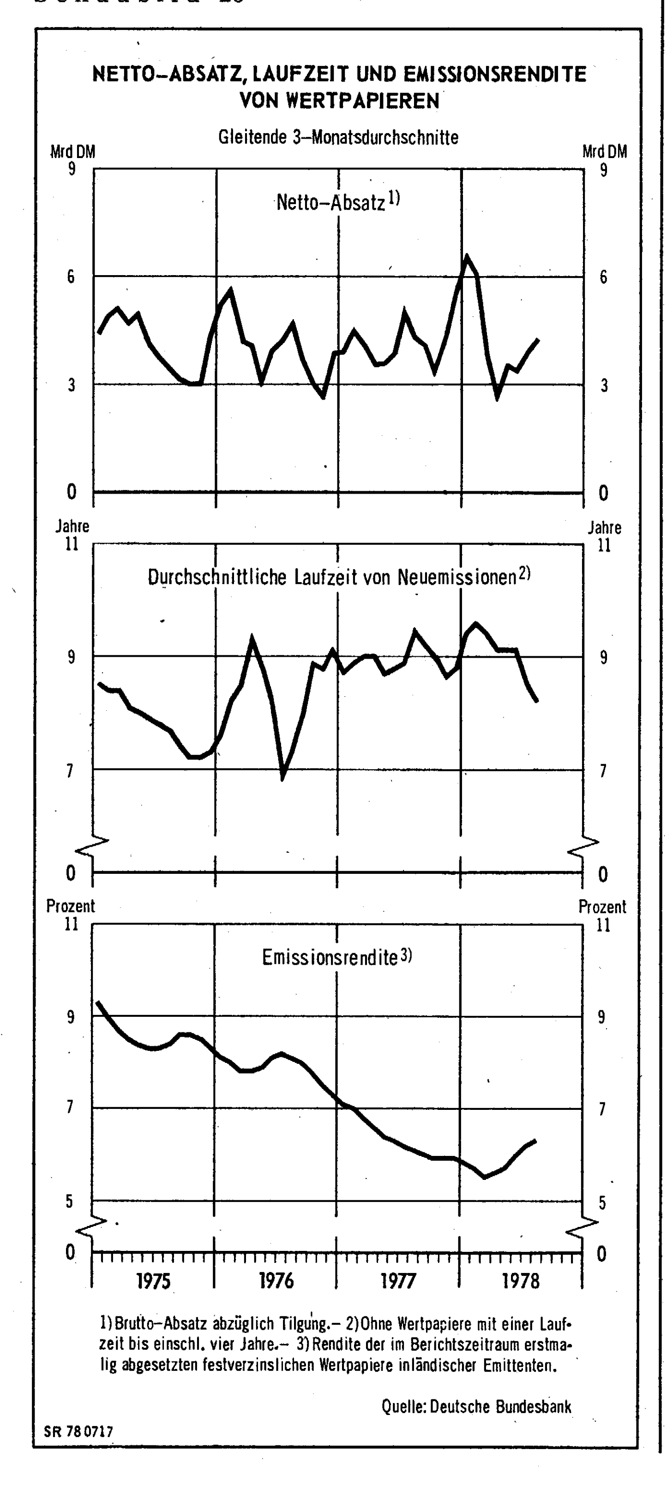
145. Daß nach wie vor die Neigung, Geldvermögen zu bilden und zu halten, im ganzen genommen hoch ist, bekommt seine volle konjunkturelle Bedeutung erst dadurch, daß zugleich die Neigung, Geld, das man nicht für Ausgaben benötigt, direkt und langfristig zu verleihen, weiterhin nicht besonders groß ist. Noch immer müssen die Kreditbeziehungen zwischen Geldvermögensbesitzern und Kreditnehmern auch beim langfristigen Kredit zu einem außerordentlich hohen Teil über Banken laufen, wobei diese die Risiken der Fristentransformation zu übernehmen haben. Kapitalmarktmittel, die aus Bankeinlagen stammen, „kosten" aber nun einmal — anders als Direktkredite — Zentralbankgeld in der Form von Bankreserven. Auch dies ist ein Grund, warum die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, hier die Umlaufsgeschwindigkeit der Zentralbankgeldmenge, niedrig ist.

Schon 1977 erwarben die Nichtbanken für rund 10 Mrd DM weniger festverzinsliche Wertpapiere als 1976 und in den ersten neun Monaten dieses Jahres wiederum 2½ Mrd DM weniger als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres. Dies war anscheinend vor allem Folge der erheblichen Unsicherheit über die zukünftige Zinsentwicklung. Sie führte, wie in den vergangenen Jahren, mehrfach zu Anlagezurückhaltung am Rentenmarkt. Die Zinsen, die im Frühjahr auf ein sehr niedriges Niveau gefallen

waren, stiegen alsbald wieder rasch an, und die durchschnittlichen Laufzeiten, die zu Beginn des Jahres deutlich länger geworden waren, wurden wieder kürzer (Schaubild 26). Erst im Herbst begannen die Zinsen wieder etwas zu sinken, anscheinend eine Folge von verstärktem Kapitalzufluß aus dem Ausland.

146. Auch die Fristen der Geldanlage bei Banken sind kürzer geworden. So erhöhten die Unternehmen im ersten Halbjahr 1978 ihre Bargeldbestände und Sichteinlagen um 8 Mrd DM und verminderten ihre Termineinlagen um 9 Mrd DM. Ebenso haben die privaten Haushalte sich weiterhin sehr liquide gehalten. Diese Art der Geldvermögensbildung bindet aber in hohem Maße Zentralbankgeld, Bargeld sogar in vollem Umfang. Aber auch die Verkürzung der Geldanlage bei den Banken erhöhte den Zentralbankgeldbedarf, da die Mindestreservesätze um so höher sind, je kürzerfristig die Einlagen sind. Außerdem vermindern sich bei den Banken wegen des Liquiditäts- und Zinsänderungsrisikos Bereitschaft und Möglichkeit zu längerfristigen Ausleihungen. Die Folge ist, daß im Prinzip die Konditionen, zu denen diese Kredite vergeben werden, für die Kreditnehmer schlechter werden oder jedenfalls nicht um soviel günstiger, als es sonst möglich wäre.

Schaubild 26



Allerdings ist gerade die zu beobachtende Veränderung der Fristenstruktur bei den mindestreservepflichtigen Bankeinlagen am ehesten als Ausdruck eines reichlichen Geldangebots und nicht einer veränderten Geldnachfrage anzusehen. Denn die niedrigen Zinsen für Einlagen und Kredite kürzerer Fristigkeit mindern den Anreiz zu rationeller Kassenhaltung.

147. Die hohe Geldvermögensbildung in Teilen der Wirtschaft hat dazu beigetragen, den Kreditbedarf der Wirtschaft im ganzen zu erhöhen. Das wird vor allem darin deutlich, daß in den letzten Jahren die Bankkredite an Unternehmen und Privatpersonen stärker gestiegen sind als das Bruttosozialprodukt. Sinkt nämlich bei den einen die Bereitschaft Geld auszugeben, so bleiben dadurch bei den anderen, seien es Unternehmen oder private Haushalte, Einnahmen aus. Zum Teil haben diese in der Folge selbst ihre Ausgaben gemindert. In dem Maße, in dem sie das nicht wollten oder, jedenfalls kurzfristig, nicht konnten, mußten sie Kredit aufnehmen, es sei denn, sie konnten auf angesammelte Geldvermögen zurückgreifen. Soweit die Kreditbeziehung über Banken läuft, wird Zentralbankgeld gebunden. Außerdem erfordert jede kreditfinanzierte Ausgabe Liquiditätsvorsorge, die bei eigenfinanzierten Ausgaben nicht in gleichem Maße notwendig ist.

148. Während die Anlagefristen kürzer wurden, blieben die Unternehmen weiterhin vor allem an längerfristigen Krediten interessiert. So haben sich im ersten Halbjahr 1978 ihre langfristigen Bankverbindlichkeiten um rund 5 Mrd DM erhöht. Zur gleichen Zeit bauten sie ihre kurzfristige Verschuldung um rund 2½ Mrd DM ab. Konsolidierung hatte offensichtlich bei vielen Unternehmen noch immer Vorrang vor zusätzlichen Investitionen. Es sind allerdings auch die gesunkenen Zinsen, die diesen Konsolidierungsprozeß treiben. Der Nachteil ist, daß auf diese Weise Mittel, die für längere Fristen angeboten werden (Anlagebereitschaft), ohne zusätzliche Investitionen absorbiert werden.

149. Eine außerordentlich bedeutende Rolle im Aktivgeschäft der Banken spielte auch in diesem Jahre wieder der Staat. Seine Schuldenposition bei den Banken hat er im ersten Halbjahr noch einmal

um 11 Mrd DM erhöht. Mit 10 Mrd DM hat er dabei allein für 6 Mrd DM mehr längerfristige Kredite direkt bei Banken aufgenommen als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Die kurzfristigen Forderungen der Banken an den Staat haben sich dagegen kaum erhöht. Direkt bei den Banken aufgenommene kurzfristige Kredite hat der Staat sogar, wie die privaten Unternehmen, mehr getilgt als neu aufgenommen. Der Anteil, den der Staat am gesamten Mittelaufkommen der Banken beansprucht, hat weiter zugenommen.

150. Am Kapitalmarkt, an dem der Staat zu Beginn des Jahres erhebliche Mittel aufnehmen konnte, übte er im weiteren Verlauf des Jahres Zurückhaltung (Tabelle 20). Die öffentlichen Emissionen wurden der Lage am Kapitalmarkt flexibel angepaßt.

Der Anteil des Absatzes von Wertpapieren öffentlicher Stellen am gesamten Nettoabsatz fiel in den ersten neun Monaten dieses Jahres um fast 11 Prozentpunkte geringer aus als 1977, betrug aber immer noch nahezu 65 vH. Läßt man Eigenbestandsveränderungen der Emittenten und Interventionen der Bundesbank außer acht, die in der Regel auf Kurspflege zurückgehen, und bezieht man den Nettoabsatz lediglich auf das Mittelaufkommen des Marktes, so hat sich dieser Anteil allerdings sogar noch erhöht, nämlich um reichlich 6 Prozentpunkte auf mehr als 83 vH. Dabei lagen die Laufzeiten der Papiere öffentlicher Stellen leicht über denen der Papiere privater Emittenten.

151. Der erhöhte Finanzierungsbedarf des Staates war Ausdruck der unbefriedigenden Konjunkturlage und des Versuchs, diese durch staatliche Defizitpolitik zu bessern. Der Staat hat selbst mehr ausgegeben und außerdem den Privaten weniger Einkommen abgenommen, beides in der Erwartung, damit deren Ausgabeneigung anregen zu können (Ziffern 195 ff.). Dies mag auch tatsächlich die Wirkung gewesen sein. Insoweit haben dann auch Private teilweise einen geringeren Kreditbedarf, weil sie wegen erhöhter Einnahmen Ausgaben tätigen können, ohne sich verschulden zu müssen. Es muß aber auch gesehen werden, daß bei geringerer Kreditnachfrage des Staates, insbesondere bei geringerer Nachfrage nach Krediten mit langen Laufzeiten, die hohe Geldvermögensbildung der Privaten einen größeren Druck auf die Zinsen ausgeübt und auf diesem Wege möglicherweise auch zu vermehrten privaten Ausgaben geführt hätte. Den Banken hätten sich weniger Möglichkeiten geboten, den Anlagedruck andrängender Einlagen durch den Erwerb vergleichsweise hochverzinslicher Staatsanleihen oder durch Bankkredite an den Staat aufzufangen. Kurz: An den Kreditmärkten wären rentable Anlagemöglichkeiten knapper gewesen. Die Banken hätten vermutlich, um für ihre Einlagen dennoch Anlagen zu finden, die Konditionen für die Kreditvergabe lokkern müssen. Möglicherweise hätten sie auch, um ihre Zinsspanne nicht noch weiter schrumpfen zu lassen, die Habenzinsen weiter gesenkt und damit weniger Einlagen angezogen. Im einen Falle hätte man im Gefolge billigerer Kredite möglicherweise mehr private Ausgaben erwarten können, im anderen Falle wäre die Anlage von Geldvermögen bei Banken und am Kapitalmarkt weniger attraktiv gewesen, der Anreiz, vor dem Investitionsrisiko in den sicheren Staatskredit auszuweichen, geringer. All dies hätte jedenfalls dann ein plausibler Ablauf im monetären Bereich sein können, wenn es auf andere Weise als mit hohen Staatsdefiziten gelungen wäre, die Ausgabeneigung in der Wirtschaft zu erhöhen.

152. Die Möglichkeit, den Unternehmen Geldvermögen in der Form von Eigenkapital zur Verfügung zu stellen, hat auch in diesem Jahr nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Die Ausstattung der Unternehmen mit Eigenkapital, hier bezogen auf die jeweilige Bilanzsumme, nimmt seit langem ab. Bei der noch immer vergleichsweise geringen Investitionsneigung der Unternehmen konnte man allerdings meinen, daß auch der Bedarf an zusätzlichem Eigenkapital von außen gering war. Da in der Tat außerdem die Ertragslage etwas besser war, und — was noch wichtiger ist — die Unternehmen über akkumuliertes Geldvermögen aus mehreren Jahren der Investitionszurückhaltung verfügen, konnten sie ihre Investitionen sogar in ungewöhnlich hohem Maße ohne Aufnahme zusätzlicher Kredite finanzieren. Im ersten Halbjahr 1978 betrug die Eigenfinanzierungsquote im Sinne der Bundesbank 97 vH; sie war damit wesentlich höher als ein Jahr zuvor, als diese Quote bei 86½ vH lag. Freilich darf die geringe Investitionsneigung ihrerseits nicht unabhängig von der unbefriedigenden Eigenkapitalausstattung gesehen werden (Ziffer 57). Nimmt man dabei ins Bild, daß die Unternehmen im Durchschnitt mit höheren Investitionsrisiken zu rechnen haben als früher, so wird plausibel, daß sie großenteils nur investieren, sofern sie ihre Eigenkapitalbasis verbreitern können. Wäre mehr Geldvermögen in der Form von Eigenkapital angeboten worden, hätte sich die Investitionsneigung möglicherweise deutlicher erholt. Trotz der Körperschaftsteuerreform, die erst jetzt voll wirksam ist, war den Unternehmen die Beschaffung von Eigenkapital aber offensichtlich noch zu teuer. Wie im vergangenen Jahr wurden in den ersten sechs Monaten dieses Jahres nur in sehr geringem Umfang neue Aktien emittiert.

Erst in der zweiten Jahreshälfte hat sich die Nachfrage nach Aktien deutlich verstärkt; der Index der Aktienkurse stieg auf neue Höchstwerte, und der Absatz junger Aktien belebte sich wieder. Auch wird wieder ein geringerer Teil der Gewinne aus den Unternehmen entnommen. Diese Indizien bekräftigen, daß die Hoffnungen auf einen konjunkturellen Aufschwung stärker geworden sind.

153. Der Einfluß der Beziehungen mit dem Ausland auf die Entwicklung der monetären Situation der Wirtschaft ist zwiespältig zu beurteilen. Es waren Einflüsse, die zunächst von einer hohen, aber wechselhaften ausländischen Nachfrage nach D-Mark ausgingen, dann jedoch auch von dem zusätzlichen Geldangebot bestimmt waren, das die zusätzliche Nachfrage zum Teil bediente.

Vor allem waren es die beiden Spekulationswellen — die erste im Winter und Frühjahr, die zweite im

Tabelle 20

Mittelaufkommen und Netto-Absatz festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten

Mio DM Nominalwert

Zeitraum	Mittel-aufkommen [1]	Netto-Absatz festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten [2]						
		Insgesamt	Industrie-obligationen [3]	Bankschuldverschreibungen [4] zusammen	Bankschuldverschreibungen [4] darunter Kommunal-obligationen	Anleihen der öffentlichen Hand	Kapitalmarktbeanspruchung durch inländische öffentliche Stellen [5]	Nachrichtlich: Veränderung des Aktienumlaufs
1967	13 719	15 321	892	9 338	5 384	5 094	10 478	1 631
1968	18 072	17 795	− 70	14 166	8 429	3 700	12 129	2 054
1969	12 850	13 479	−164	13 033	7 542	610	8 152	2 647
1970	14 385	15 059	220	12 769	7 941	2 069	10 010	1 770
1971	20 565	21 267	1 463	15 341	7 335	4 464	11 799	4 108
1972	34 426	35 043	799	26 838	13 109	7 402	20 511	4 064
1973	25 038	26 825	−525	23 005	4 563	4 365	8 928	2 823
1974	24 638	26 655	−370	20 989	9 266	6 033	15 299	3 611
1975	40 487	48 924	−166	35 621	23 969	13 471	37 440	5 352
1976	54 393	48 361	−545	32 023	21 419	16 883	38 302	2 696
1977	50 503	50 474	−417	29 699	16 651	21 191	37 842	4 095
1977 1. Vj.	13 795	13 575	− 49	9 498	5 415	4 125	9 540	612
2. Vj.	10 496	10 894	− 28	5 083	3 170	5 840	9 010	573
3. Vj.	12 168	12 894	−178	7 598	4 055	5 473	9 528	1 307
4. Vj.	14 044	13 111	−162	7 520	4 011	5 753	9 764	1 603
1978 1. Vj.	17 132	18 267	−192	14 870	7 991	3 588	11 579	580
2. Vj.	6 320	10 722	−274	7 240	3 408	3 756	7 164	64
3. Vj.	8 690	12 701	−229	9 215	4 362	3 716	8 078	1 010
1978 Jan	8 542	8 675	− 45	7 932	3 935	787	4 722	187
Feb	5 993	6 251	− 47	4 789	2 957	1 509	4 466	58
Mär	2 597	3 341	−100	2 149	1 099	1 292	2 391	335
Apr	420	1 695	− 80	1 357	460	418	878	108
Mai	426	2 612	− 71	2 621	1 308	62	1 370	− 56
Jun	5 474	6 415	−123	3 262	1 640	3 276	4 916	12
Jul	−3 091	1 128	− 10	1 691	792	−553	239	214
Aug	3 819	4 134	− 69	3 937	1 817	267	2 084	333
Sep	7 962	7 439	−150	3 587	1 753	4 002	5 755	463

[1] Netto-Absatz (zu Kurswerten) inländischer Rentenwerte plus/minus Veränderungen der Eigenbestände der Emittenten abzüglich Erwerb durch die Bundesbank (zu Buchwerten).
[2] Bruttoabsatz abzüglich Tilgung. Negatives Vorzeichen: Tilgung übersteigt den im Berichtszeitraum neu abgesetzten Betrag.
[3] Einschließlich Wandelschuldverschreibungen industrieller Emittenten.
[4] Ab 1969 ohne Bank-Namensschuldverschreibungen.
[5] Kommunalobligationen und Anleihen der öffentlichen Hand.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Sommer und Herbst dieses Jahres —, in deren Verlauf eine stark erhöhte Nachfrage nach D-Mark wirksam wurde, zugleich aber auch ein erhöhtes Angebot an D-Mark von seiten der Bundesbank. Der Marktausgleich wurde dabei jedoch immer wieder erst bei einem kräftig heraufgesetzten Wechselkurs für die Mark erreicht, obwohl die Bundesbank teilweise mit hohen Beträgen am Devisenmarkt intervenierte. Die Aufwertung der D-Mark beeinträchtigte die Ertragserwartungen und damit die Ausgabeneigung der inländischen Wirtschaft und bewirkte so indirekt, daß diese ihre Liquidität erhöhte. Der von der Bundesbank in D-Mark umgewandelte Mittelstrom aus dem Ausland vergrößerte die Liquidität der Wirtschaft direkt.

Ein besonderes Problem bildete die Wechselhaftigkeit in der Geldanlage der Ausländer. Solange spekulatives Geld ungehindert in die heimische Wirtschaft fließen konnte, wurde es wie erwähnt überwiegend kurzfristig bei Banken angelegt. Als die Bundesbank zu Beginn des Jahres den Zufluß kurzfristigen Geldes durch administrative Maßnahmen behinderte und die Ausländer als Antwort darauf mehr längerlaufende Titel kauften, hatte dies zwar zunächst positive Wirkungen auf den Kapitalmarktzins; dieser erreichte im April einen sehr tiefen Stand. Mit dem Abflauen der Spekulationswelle und dem Rückfluß von Auslandsgeld stieg der Zins jedoch in der Folgezeit wieder an, was zugleich die Erwartung weiter steigender Zinsen auslöste und damit Zurückhaltung bei den inländischen Anlegern am Kapitalmarkt. In der Folge haben dann per Saldo zunächst wieder Inländer dem Ausland mehr längerfristige Kredite gewährt als umgekehrt. Doch im späteren Verlauf des Jahres änderte sich das Bild im Zuge der neuerlichen Spekulation abermals. Im September überwog der langfristige Kapitalimport deutlich. Inländische festverzinsliche Wertpapiere waren von Ausländern stärker gefragt, und auch die Zinsen gaben etwas nach. Im ganzen hat das Ausland vermutlich zu einer Verunsicherung der Erwartungen und zu einer unstetigen Entwicklung der Kapitalmarktzinsen beigetragen. Niederschlag dessen ist eine erhöhte Geldnachfrage.

154. Nimmt man alle Faktoren, die in diesem Jahr Angebot und Nachfrage von Geld beeinflußt haben, zusammen, so hätte zu ihnen allerdings durchaus ein weiterer Fortgang der Zinssenkung am Kapitalmarkt gepaßt, zumal die Inflationsrate deutlich sank. Eine wichtige Ursache dafür, daß es tatsächlich nicht so kam, ist auch in der Situation der Banken zu suchen. Noch zu Beginn dieses Jahres haben sich die Banken, wie schon 1977, in beträchtlichem Maße am Markt für festverzinsliche Wertpapiere engagiert. Solange die Banken bei schwacher Konjunktur die zukünftige Kreditnachfrage der Unternehmen noch als gering einschätzen, sind ihnen solche Anlagemöglichkeiten auch besonders willkommen. Mit zunehmendem Anteil staatlicher Papiere im Portefeuille und auch steigender Zuversicht, daß ein Aufschwung bevorsteht, halten sich die Banken am Markt für öffentliche Titel allerdings zurück, um der zu erwartenden Kreditnachfrage ihrer privaten Kundschaft entsprechen zu können. Bei der Schwächeerscheinung des Kapitalmarktes im Frühjahr waren es zunächst noch die Nichtbanken gewesen, die weniger Rentenwerte als im vergangenen Jahr erwarben. Die Banken schränkten ihren Erwerb kaum ein, teils weil sie mit Emissionshäusern kapitalmäßig oder auf andere Weise verbunden waren oder auch selbst Verpflichtungen aus Konsortialgeschäften hatten, teils möglicherweise auch, um einen zu plötzlichen Kursverfall bei den festverzinslichen Wertpapieren in ihrem Bestand zu verhindern. Im weiteren Verlauf des Jahres haben jedoch auch die Banken trotz guter Liquiditätslage weniger Titel als im Vorjahr gekauft. Nicht zuletzt dies dürfte mitbestimmt haben, daß der Anstieg der Zinsen diesmal keine nur vorübergehende Erscheinung war. Der gegenwärtige Kapitalmarktzins muß, nimmt man die gegenwärtige Inflationsrate für die künftige, als sehr hoch bezeichnet werden.

155. Die Kreditvergabe an inländische Unternehmen und an Privatpersonen hat sich im Laufe des Jahres schon beschleunigt. Doch nicht nur die Inanspruchnahme von Krediten hat sich gekräftigt. Auch die Zusagen für Kredite und Darlehen haben dieses Jahr erheblich stärker zugenommen als vor Jahresfrist. Bis zum September war der Umfang der Zusagen nahezu doppelt so hoch wie im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Das spricht dafür, daß auch steigende Ausgaben geplant sind.

Zahlungsbilanz im Zeichen der Nachfrage nach D-Mark

156. Im Jahre 1978 wurden an den Devisenmärkten überwiegend mehr D-Mark nachgefragt als angeboten. Die Bundesbank intervenierte kräftig. Ihre Nettoauslandsaktiva erhöhten sich in den ersten neun Monaten um fast 7 Mrd DM. Bis in die erste Novemberwoche kamen noch 10 Mrd DM hinzu. Dennoch ergab sich eine starke Höherbewertung der D-Mark im Laufe des Jahres.

Hinter der starken Nachfrage nach D-Mark stand, wie erwähnt, zumindest vordergründig nicht nur die Nachfrage nach kurzfristigen D-Mark-Anlagen, sondern auch nach längerfristigen. In den ersten neun Monaten betrug der Überschuß im kurzfristigen und langfristigen Kapitalverkehr zusammen rund 6 Mrd DM. Während beim kurzfristigen Kapitalverkehr auch schon vorher Nettoimporte zu verzeichnen waren, hatten beim langfristigen Kapitalverkehr seit vielen Jahren die Exporte überwogen. Dies war 1978 nicht mehr der Fall. Bis einschließlich September 1978 betrug der Überschuß beim langfristigen Kapitalverkehr 0,1 Mrd DM, verglichen mit Nettoexporten von 11 Mrd DM im gleichen Zeitraum 1977 (Tabelle 21).

157. Aber nicht nur im Zusammenhang mit dem internationalen Kapitalverkehr übertraf die Nachfrage nach D-Mark das Angebot, sondern weiterhin auch beim Leistungsverkehr. Die Leistungsbilanz der Bundesrepublik wies in den ersten neun Monaten 1978 wieder einen Überschuß von mehr als 6½ Mrd

Tabelle 21

Zur Entwicklung der Zahlungsbilanz

Salden in Mio DM

Zeitraum	Leistungsbilanz				Kapitalbilanz [5]			Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen [6]	Ausgleichsposten zur Auslandsposition der Bundesbank [7]	Devisenbilanz [8]
	insgesamt [1]	Handelsbilanz [2]	Dienstleistungsbilanz [3]	Übertragungsbilanz [4]	insgesamt	langfristiger Kapitalverkehr	kurzfristiger Kapitalverkehr			
1965	− 6 223	+ 1 203	− 1 049	− 6 377	+ 2 142	+ 1 137	+ 1 005	+ 2 798	—	− 1 283
1966	+ 488	+ 7 958	− 1 175	− 6 295	− 599	− 342	− 257	+ 2 063	—	+ 1 952
1967	+ 10 006	+ 16 862	− 434	− 6 422	− 11 848	− 2 930	− 8 918	+ 1 702	—	− 140
1968	+ 11 856	+ 18 372	+ 796	− 7 312	− 6 125	− 11 201	+ 5 076	+ 1 278	—	+ 7 009
1969	+ 7 498	+ 15 584	+ 664	− 8 750	− 18 679	− 23 040	+ 4 361	+ 919	− 4 099	− 14 361
1970	+ 3 183	+ 15 670	− 2 728	− 9 759	+ 15 113	− 934	+ 16 047	+ 3 616	+ 738	+ 22 650
1971	+ 3 082	+ 15 892	− 1 314	− 11 497	+ 10 614	+ 6 293	+ 4 322	+ 2 659	− 5 370	+ 10 986
1972	+ 2 474	+ 20 278	− 3 795	− 14 009	+ 12 017	+ 15 551	− 3 535	+ 1 200	− 495	+ 15 195
1973	+ 11 496	+ 32 979	− 5 641	− 15 842	+ 13 226	+ 12 950	+ 277	+ 1 706	− 10 279	+ 16 149
1974	+ 25 365	+ 50 846	− 9 128	− 16 353	− 24 835	− 5 782	− 19 052	− 2 437	− 7 231	− 9 137
1975	+ 9 801	+ 37 276	− 9 986	− 17 489	− 11 879	− 16 831	+ 4 952	− 141	+ 5 480	+ 3 260
1976	+ 9 690	+ 34 469	− 6 794	− 17 985	+ 211	− 317	+ 528	− 1 112	− 7 489	+ 1 301
1977	+ 8 583	+ 38 436	− 11 637	− 18 217	+ 34	− 12 876	+ 12 910	+ 1 834	− 7 880	+ 2 570
1977 1. Vj.	+ 2 265	+ 8 905	− 2 631	− 4 009	− 3 673	− 1 170	− 2 503	+ 2 004	—	+ 596
2. Vj.	+ 2 598	+ 9 462	− 2 310	− 4 553	− 5 672	− 6 878	+ 1 206	+ 1 666	—	− 1 408
3. Vj.	− 4 716	+ 7 958	− 7 469	− 5 205	+ 4 862	− 3 000	+ 7 862	− 215	—	− 68
4. Vj.	+ 8 436	+ 12 112	+ 774	− 4 450	+ 4 517	− 1 828	+ 6 345	− 1 621	− 7 880	+ 3 451
1978 1. Vj.	+ 3 270	+ 8 687	− 180	− 5 237	+ 1 570	+ 3 151	− 1 581	− 295	—	+ 4 546
2. Vj.	+ 4 058	+ 10 255	− 1 294	− 4 902	− 6 084	− 5 028	− 1 056	− 2 098	—	− 4 123
3. Vj.	− 707	+ 9 596	− 6 255	− 4 048	+ 10 534	+ 1 968	+ 8 565	− 3 508	—	+ 6 320

[1]) Einschließlich der hier nicht gesondert ausgewiesenen Ergänzungen zum Warenverkehr.

[2]) Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik; Einfuhr cif, Ausfuhr fob.

[3]) Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Fracht- und Versicherungskosten.

[4]) Insbesondere: Öffentliche Leistungen an internationale Organisationen, Überweisungen ausländischer Arbeitskräfte, Unterstützungszahlungen, Renten und Pensionen (Eigene Leistungen: —).

[5]) Kapitalexport: —.

[6]) Saldo der nicht erfaßten Posten und statistischen Ermittlungsfehler im Leistungs- und Kapitalverkehr (= Restposten). Angaben im 3. Vierteljahr 1978 vorläufig und mit dem Vorjahr nicht voll vergleichbar.

[7]) Gegenposten zu Veränderungen der Auslandsposition der Bundesbank, die nicht auf den Leistungs- und Kapitalverkehr mit dem Ausland zurückgehen: Hauptsächlich Zuteilungen von IWF-Sonderziehungsrechten und Änderungen des DM-Wertes der Auslandsposition der Bundesbank auf Grund von Paritätsänderungen.

[8]) Veränderung der Netto-Auslandsaktiva der Bundesbank einschließlich der deutschen Reserveposition im IWF und der Sonderziehungsrechte (Zunahme: +).

Quelle: Deutsche Bundesbank

DM auf. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres war sie nahezu ausgeglichen gewesen.

158. Unschärfe kommt in das Bild des Kapitalverkehrs durch den sogenannten Restposten der Zahlungsbilanz, der statistisch nicht weiter aufgliederbar ist und nicht zuletzt Änderungen in der unmittelbar mit dem internationalen Handel verbundenen Kreditgewährung, etwa bei den Zahlungszielen, widerspiegelt, soweit diese nicht getrennt in der Bilanz des kurzfristigen Kapitalverkehrs erfaßt werden. Der Restposten weist derzeit für die ersten neun Monate des Jahres 1978 einen Nettokapitalexport von rund 6 Mrd DM aus.

159. Zu noch sehr viel größeren Kapitalbewegungen wäre es vermutlich gekommen, hätte es nicht Spielraum für Wechselkursbewegungen gegeben. Von Ende September 1977 bis Ende März 1978 stieg der Kurs der D-Mark gegenüber dem Dollar um 14 vH. Ende Oktober lag er noch einmal um 17 vH über dem Stand von Ende März. Auch innerhalb des europäischen Währungsverbundes traten nach dem Sommer stärkere Spannungen auf. Nachdem die Bundesbank eine Zeitlang kräftig am Devisenmarkt interveniert hatte, wurde die D-Mark dann im Rahmen des europäischen Währungsverbundes leicht aufgewertet (Ziffer 45). Von der allgemeinen Aufwertungstendenz der D-Mark in diesem Jahr wich jedoch die Kursentwicklung gegenüber dem Schweizer Franken und dem Yen deutlich ab. Ende Oktober 1978 lag der Wert der D-Mark gegenüber dem Schweizer Franken um 10 vH unter dem Stand von Ende 1977; im Herbst hatte die Abwertung vorübergehend sogar 18 vH betragen. Der Wert der D-Mark gegenüber dem Yen lag Ende Oktober um 10 vH unter dem Jahresendstand.

Die Abwertung der D-Mark gegenüber diesen beiden Währungen verhinderte jedoch nicht, daß sich im Verhältnis zu allen Welthandelswährungen eine kräftige Aufwertung errechnete. Die (gewogene) Aufwertung der D-Mark vom Oktober 1977 bis zum Oktober 1978 betrug rund 10 vH.

160. Anfang November kamen die Währungsbehörden der Vereinigten Staaten, der Schweiz, Japans und der Bundesrepublik überein, umfassende Maßnahmen zur Stützung des Dollar zu ergreifen; dessen Kurs gegenüber der D-Mark erhöhte sich daraufhin in starken Sprüngen um 9 vH. Was die amerikanische Regierung im Rahmen dieses Stützungsprogramms einleitete, kommt einer — späten — Wende in ihrer Währungspolitik gleich. Die Vereinigten Staaten wollen ihre Ziehungsrechte beim Internationalen Währungsfonds stark in Anspruch nehmen und in den kommenden Monaten erstmals auch Währungsanleihen an ausländischen Kapitalmärkten, vor allem in der Bundesrepublik, in Japan und in der Schweiz (bis maximal 10 Mrd Dollar) aufnehmen. Deren Erlös kann dann ebenfalls zur Stabilisierung des Dollarkurses an den Devisenmärkten verwendet werden. Die Vereinigten Staaten wählen damit einen Weg, auf dem sie eine Abdeckung ihrer Leistungsbilanzdefizite durch zusätzliche Kapitalimporte mit marktgerechter Verzinsung suchen. Ferner wollen sie auch durch erhöhte Goldverkäufe ab Dezember kurzfristig einen Beitrag zur Defizitdeckung leisten.

VII. Verminderte Wettbewerbsfähigkeit?

161. Mit der anhaltenden Höherbewertung der D-Mark an den Devisenmärkten, die sich in den letzten Monaten wieder deutlich beschleunigte, hat die Sorge um eine mögliche Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen weiter zugenommen.

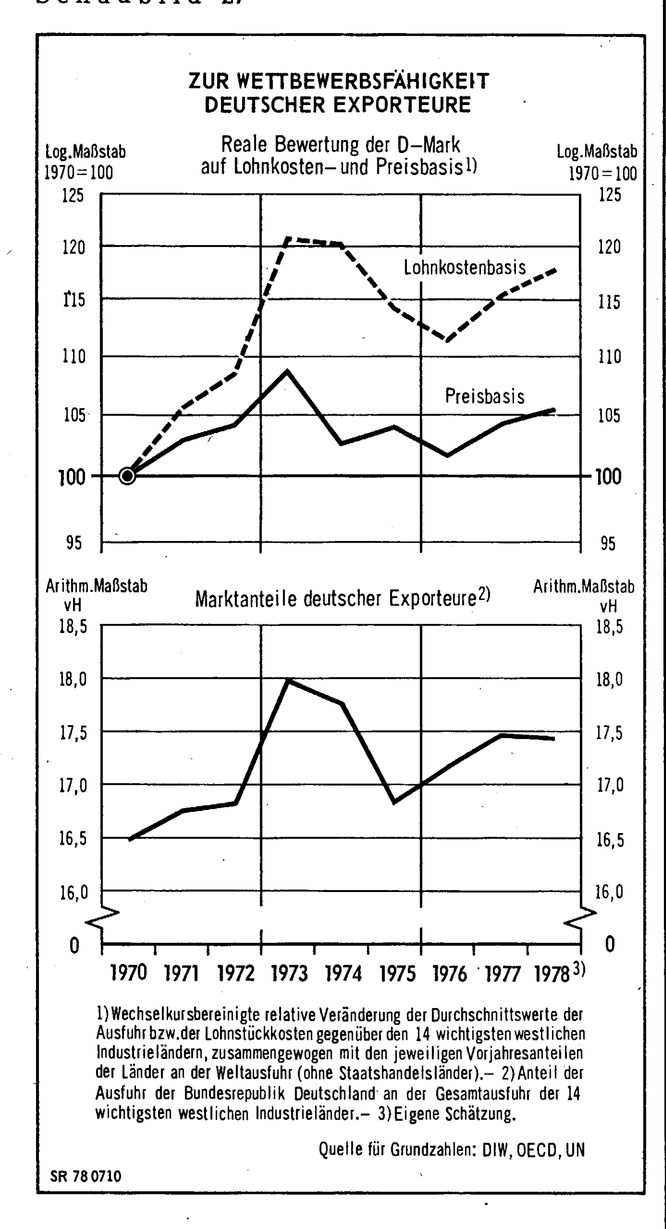
Zur Beurteilung der Wettbewerbsfähigkeit des Außenhandelssektors eines Landes müssen jedoch neben der Wechselkursentwicklung weitere Faktoren mit im Bilde sein, vor allem die Preisveränderungen der Ausfuhrgüter und die Kostenentwicklung im internationalen Vergleich. Da darüber hinaus auch die Lieferfähigkeit, das Angebotssortiment, Qualität und Service mit darüber entscheiden, wie konkurrenzfähig Unternehmen im Auslandswettbewerb sind, muß auch berücksichtigt werden, wie sich die Marktanteile der inländischen Anbieter am Weltmarkt verändert haben (JG 76 Ziffern 155 ff.).

162. In den vergangenen Jahren konnte die starke Aufwertung der D-Mark zum Teil nur durch Preiszugeständnisse der Exporteure aufgefangen werden. Damit hat sich die reale Bewertung der D-Mark auf Preisbasis, sie ergibt sich aus der um Wechselkursänderungen bereinigten Differenz zwischen dem Anstieg der Preise der Ausfuhr von ausländischen und inländischen Produkten, vergleichsweise wenig erhöht (Schaubild 27). Nimmt man den gesamten Zeitraum von 1970 bis 1978, so beträgt die reale Höherbewertung lediglich 5 vH, dies entspricht 0,6 vH im Durchschnitt je Jahr. Seit 1975 ist überhaupt keine nennenswerte Veränderung in der realen Bewertung der D-Mark mehr zu beobachten. Die Exporteure sind seitdem offensichtlich bestrebt, trotz der Wechselkursentwicklung ihre Preise in ausländischer Währung nicht stärker anzuheben als ihre ausländischen Konkurrenten.

163. Ein anderes Bild ergibt sich, wenn man die Aufwertung der D-Mark mit der Differenz im Anstieg der Lohnstückkosten zwischen dem Ausland und dem Inland vergleicht. Die so gemessene reale Höherbewertung der D-Mark fiel wesentlich größer aus; sie betrug, legt man den Zeitraum von 1970 bis 1978 zugrunde, im Durchschnitt 2 vH je Jahr. Während noch in den Jahren von 1973 bis 1975 der Anstieg der Lohnkosten im Inland sehr viel stärker hinter dem im Ausland zurückblieb, als dies der Aufwertung der D-Mark entsprochen hätte, nimmt die reale Höherbewertung auf Lohnkostenbasis seit dieser Zeit wieder merklich zu.

Die Entwicklung der Lohnstückkosten, die wir unseren Berechnungen zugrunde gelegt haben, muß jedoch nicht vollständig mit der Entwicklung der Gesamtkosten je Produkteinheit übereinstimmen. Zwar sind die Lohnkosten der wichtigste Kostenbestandteil, dennoch mögen Veränderungen der anderen Kostenkomponenten nicht in allen

Schaubild 27



Ländern gleich gewesen sein. Berechnungen der OECD, die einen gewogenen Durchschnitt aus Lohnstückkosten und (importierten) Materialstückkosten als Indikator für die Kostenentwicklung im Inland und im Ausland heranzieht, führen zu einer ähnlichen Entwicklung der realen Bewertung der D-Mark. Die reale Aufwertung auf Basis dieses Kostenvergleichs fällt nach diesen Berechnungen aber etwas geringer aus.

Bei dem hohen Anteil von Vorleistungen am Produktionswert des Exportsektors wird die Beurteilung der realen Bewertung der D-Mark auf Lohnkostenbasis dadurch nicht wesentlich beeinträchtigt, daß wir für unsere Berechnungen die Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft heranziehen. Vergleichsrechnungen mit den — für nicht alle Länder erhältlichen — Lohnstückkosten in der verarbeitenden Industrie haben zu keinen nennenswerten Abweichungen in der realen Höherbewertung der D-Mark geführt (JG 76 Ziffer 156).

164. Wegen der stärkeren realen Höherbewertung der D-Mark auf Kostenbasis als auf Preisbasis ist zu vermuten, daß die Gewinnmargen deutscher Exporteure stärker unter Druck geraten sind als die ihrer ausländischen Konkurrenten.

Für einen merklichen Rückgang der Gewinnmargen im Export der Bundesrepublik spricht die Gewinnentwicklung im verarbeitenden Gewerbe, das den Außenhandelssektor unserer Wirtschaft weitgehend abdeckt. Die Gewinnmargen sind dort seit Ende der sechziger Jahre bis auf eine leichte Zunahme im Jahre 1976 ständig zurückgegangen, während andere Bereiche der Wirtschaft, vor allem in letzter Zeit, wieder bessere Gewinne machten (Ziffer 66).

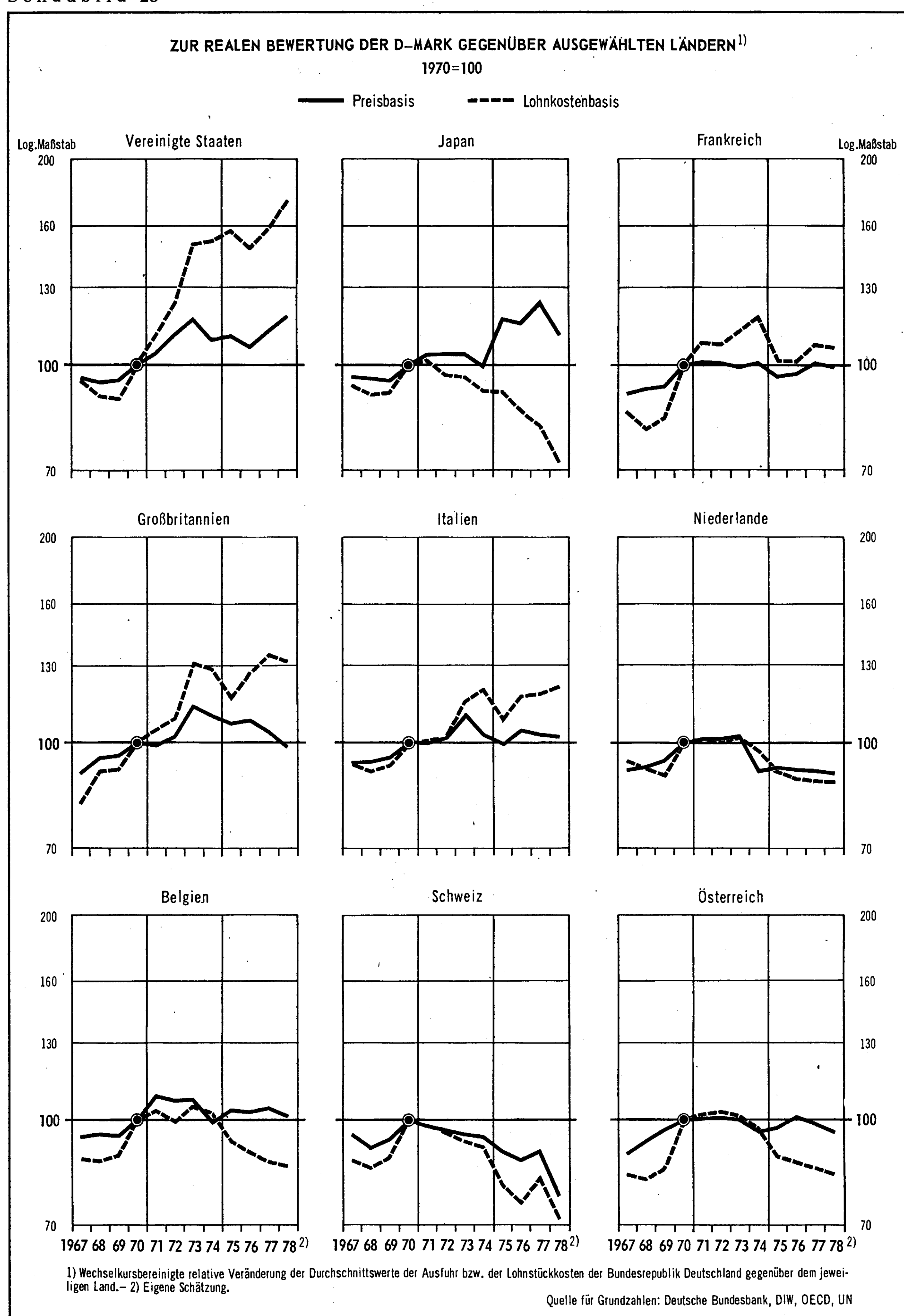
165. In den letzten Jahren war somit die Bereitschaft der Unternehmen groß, Exportmärkte auch bei geringeren Stückgewinnen zu beliefern als Anfang der siebziger Jahre. Dies erklärt mit, warum die Marktanteile deutscher Exporteure an der Ausfuhr ihrer wichtigsten Handelspartner heute nicht kleiner, sondern sogar größer sind als damals. Welche Faktoren diese Entwicklung bis 1976 im einzelnen bestimmten, haben wir bereits früher dargestellt (JG 76 Ziffer 159). Seit dieser Zeit sind die deutschen Exporte erneut stärker gestiegen als die Weltausfuhr, erst in diesem Jahr konnten keine weiteren Marktanteile mehr hinzugewonnen werden.

166. Hinter der im Vergleich zur nominalen Wechselkursentwicklung recht geringen realen Höherbewertung der D-Mark gegenüber dem gewogenen Durchschnitt der Währungen der wichtigsten Handelspartner stehen sehr viel stärkere Veränderungen in der realen Bewertung gegenüber einzelnen Währungen (Schaubild 28). Sie reichen von einer realen Aufwertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar seit 1970 von 70 vH auf Kostenbasis und 16 vH auf Preisbasis bis hin zu einer realen Abwertung gegenüber dem Schweizer Franken um rund 30 vH auf Kostenbasis und 24 vH auf Preisbasis. Besonders deutlich wird die reale Höherbewertung auf Kostenbasis auch gegenüber dem Pfund Sterling und die reale Abwertung auf Kostenbasis gegenüber dem Yen.

Aus dieser starken Streuung in der realen Höherbewertung der D-Mark gegenüber einzelnen Währungen dürften für den Außenhandelssektor besondere Anpassungsprobleme resultieren, die bei einer Orientierung am gewogenen Durchschnitt der Höherbewertung nicht angemessen zum Ausdruck kommen können. Verminderten Exportchancen vor allem in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien stehen zwar auf anderen Märkten, so zum Beispiel in der Schweiz und in den Niederlanden, bessere Absatzchancen gegenüber. Diese zu nutzen, bringt jedoch zumindest vorübergehend Anpassungsschwierigkeiten mit sich. Eine andere Strategie kann auch darin gesehen werden, daß in zunehmendem Maße Direktinvestitionen in den Ländern erfolgen, gegenüber deren Währung die D-Mark eine besonders starke reale Aufwertung erfahren hat (Ziffer 171).

167. Von den Auswirkungen der Höherbewertung der D-Mark waren nicht nur die Exporteure betroffen, sondern auch die inländischen Produzenten, die auf den heimischen Märkten mit ausländischen Anbietern in Konkurrenz stehen.

Schaubild 28



1) Wechselkursbereinigte relative Veränderung der Durchschnittswerte der Ausfuhr bzw. der Lohnstückkosten der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem jeweiligen Land.– 2) Eigene Schätzung.

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank, DIW, OECD, UN

SR 78 0715

Von 1970 bis 1978 ist die Importquote, das ist der Anteil der Importe an der Gesamtnachfrage, preisbereinigt von 17 vH auf knapp 20½ vH gestiegen. Ein Anstieg dieser Quote ist für sich genommen freilich noch kein Indiz für eine verminderte Wettbewerbsfähigkeit inländischer Produzenten auf dem Binnenmarkt, sondern zu einem erheblichen Teil auch Ausdruck einer intensiveren weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung. Denn im gleichen Zeitraum sind auch die Exporte wesentlich stärker gestiegen als die inländische Produktion. Bemerkenswert ist allerdings, daß ausländische Anbieter in der Rezession von 1975 anders als 1967 zusätzliche Marktanteile im Inland gewinnen konnten.

Der zunehmende Wettbewerbsdruck für inländische Produzenten zeigt sich an der Entwicklung in einzelnen Wirtschaftsbereichen recht deutlich, so zum Beispiel in den Verbrauchsgüterindustrien, aber auch in den Investitionsgüterindustrien, deren Produkte als besonders wettbewerbsfähig gelten. Während die Inlandsumsätze in diesen beiden Bereichen zusammengenommen seit 1970 preisbereinigt kaum noch zugenommen haben, konnten die ausländischen Konkurrenten bei diesen Erzeugnissen ihren Absatz im Inland fast verdoppeln. Das Verhältnis von Importen zum Inlandsumsatz, gleichsam ein Indikator für den Marktanteil ausländischer Anbieter, hat sich, nimmt man die beiden Gütergruppen zusammen, von 18 vH im Jahre 1970 auf über 35 vH im Jahre 1978 erhöht.

Deutlich geringer war dagegen im gleichen Zeitraum der Anstieg der deutschen Exporte in diesen Gütergruppen. Preisbereinigt konnten diese zwar gegenüber 1970 um die Hälfte gesteigert werden; das war jedoch ein erheblich geringerer Zuwachs als der, den ausländische Anbieter im Inland erzielten. Teilweise dürfte dies darauf zurückzuführen sein, daß im Inlandsgeschäft die Erzeugerpreise vor allem bei den Investitionsgütern sehr viel stärker angehoben wurden als die Importpreise, teilweise auch darauf, daß bei der anhaltenden weltweiten Investitionsschwäche die Absatzchancen für Ausrüstungsgüter besonders ungünstig waren.

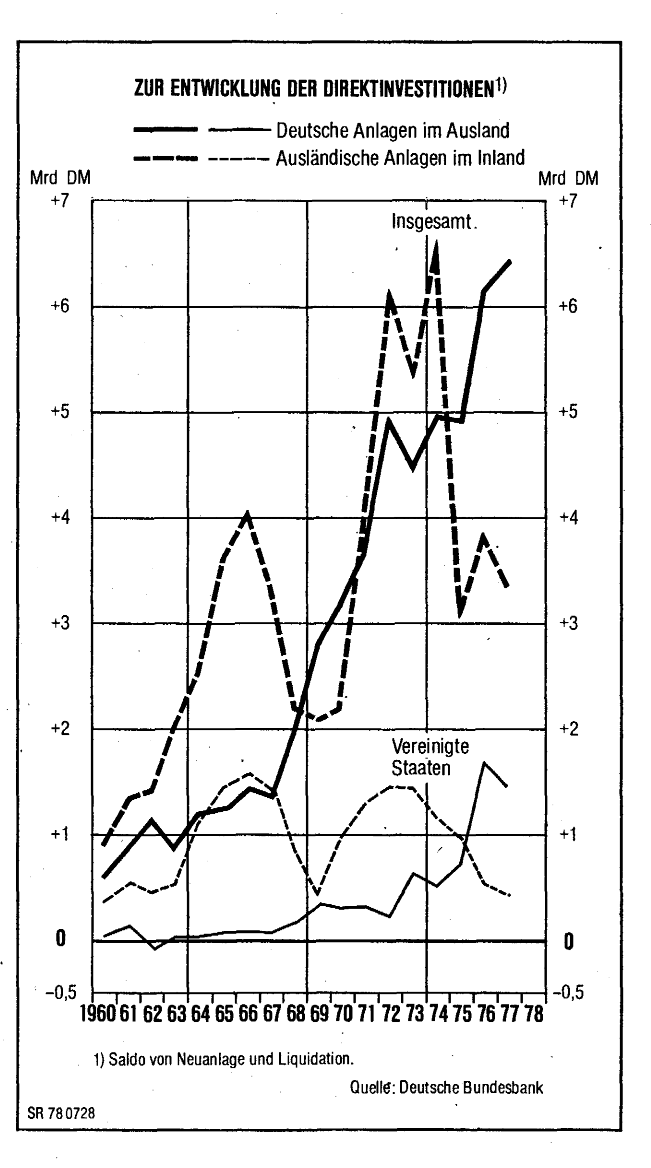
168. Ein Teil dessen, was seit Ende der sechziger Jahre an Verminderung der Wettbewerbsfähigkeit eintrat, war wohl als unvermeidliche Korrektur der zuvor bestehenden Unterbewertung der D-Mark anzusehen. Bis 1972 konnte dieser Prozeß wohl als abgeschlossen gelten. Seither hat sich der Wettbewerbsdruck aber weiter verschärft, und es bedarf heute größerer Anstrengungen der heimischen Anbieter als früher, ihre Marktanteile zu halten oder neue hinzuzugewinnen.

Direktinvestitionen — von der Aufwertung geprägt

169. Veränderte Wettbewerbsbedingungen in einem Land haben auch ihren Einfluß auf die Bilanz der Direktinvestitionen. Bis 1974 sind die Investitionen von Ausländern in der Bundesrepublik kräftig gestiegen. Nach einem abrupten Rückgang im Jahre 1975, der nicht zuletzt rezessionsbedingt war, haben sie sich nicht mehr nennenswert erhöht. Die deutschen Direktinvestitionen im Ausland haben hingegen zu Beginn der siebziger Jahre und dann wieder nach 1975 deutlich zugenommen. Per Saldo hat die Bundesrepublik seit 1975 in Form von Direktinvestitionen in steigendem Maße Kapital exportiert, während es in den Jahren zuvor zu Kapitalimporten gekommen war (Schaubild 29).

170. Für den ziemlich kontinuierlichen Anstieg der Auslandsanlagen deutscher Investoren seit 1960 lassen sich verschiedene Ursachen anführen. So dürften bei den steigenden Exporten der Bundesrepublik vor allem absatzorientierte Direktinvestitionen ein großes Gewicht gehabt haben. Sie wurden bei Unternehmensbefragungen in der Vergangenheit am häufigsten als Motiv für Auslandsinvestitionen genannt. Die sich mehrenden protektionistischen Maßnahmen in der Welt könnten deutschen Unternehmen in den letzten Jahren verstärkt Anlaß zu In-

Schaubild 29



vestitionen in den Abnehmerländern gegeben haben. Außerdem spielen für Direktinvestitionen im Ausland der Wunsch nach Sicherung von Rohstofflieferungen, eine besondere Investitionsförderung in einzelnen Ländern oder Unterschiede in der Ertragsbesteuerung eine Rolle.

171. Angesichts der Vielzahl möglicher Motive für Direktinvestitionen im Ausland ist eine Veränderung in der Bilanz der Direktinvestitionen nicht ohne weiteres als Ausdruck einer veränderten Wettbewerbssituation des Standorts Bundesrepublik zu sehen. Immerhin: Für die Entscheidung deutscher Investoren über Standorte im Ausland dürfte die anhaltende Höherbewertung der D-Mark in den letzten Jahren zunehmend an Gewicht gewonnen haben. Beträchtliche Verschiebungen in der geographischen Verteilung der Direktinvestitionen sind nämlich zu beobachten. Insbesondere Länder, gegenüber deren Währungen die D-Mark real an Wert gewonnen hat, wie die Vereinigten Staaten, Kanada, Großbritannien und auch die Entwicklungsländer in Latein-Amerika wurden nunmehr bevorzugt. Während in den Jahren 1972 bis 1974 nur knapp 25 vH aller Direktinvestitionen auf diese Länder entfielen, stieg dieser Anteil für den Zeitraum von 1975 bis 1977 auf über die Hälfte. Die Direktinvestitionen in Ländern, gegenüber deren Währungen die D-Mark real abwertete, waren hingegen zumeist rückläufig.

172. Die kräftige Aufwertung der D-Mark ist sicher auch für den Rückgang ausländischer Direktinvestitionen in der Bundesrepublik bedeutsam gewesen, der seit Mitte der siebziger Jahre zu beobachten ist. Die amerikanischen Direktinvestitionen nahmen besonders stark ab. Der starke Rückgang der ausländischen Direktinvestitionen hing aber auch damit zusammen, daß die OPEC-Länder, wohl wegen engerer Finanzierungsgrenzen, ihr Engagement in der Bundesrepublik direkt und indirekt wieder stark einschränkten.

VIII. Finanzpolitik: Nachfragestützend

173. Die Finanzpolitik des Jahres 1978 stand im Zeichen der Beschlüsse, die 1977 den Kurswechsel zu einer stärker expansiven Ausrichtung der öffentlichen Haushalte gebracht hatten.

Noch bis weit in das vergangene Jahr hinein waren die öffentlichen Haushalte von dem Bestreben gekennzeichnet gewesen, rasch die hohen Defizite zu verringern, die in den Jahren zuvor entstanden waren. In einem überraschenden Maße hatten sich seit 1975 die Parlamente bei der Aufstellung der Haushaltspläne und die Regierungen bei deren Vollzug auf eine zurückhaltende Ausgabengebarung umgestellt; gleichzeitig waren die Steuereinnahmen nach der Rezession kräftig angestiegen. Beides zusammen hatte dazu geführt, daß 1976 und 1977 die Kreditaufnahme des Staates stark verringert worden war. Im nachhinein zeigte sich, daß das erreichte Maß an Konsolidierung zu groß war angesichts konjunktureller Auftriebskräfte, die sich 1977 als sehr schwach erwiesen. Die Finanzpolitik sah sich daher im Laufe des Jahres 1977 gezwungen, kurzfristig die Konjunktur wieder mehr zu stützen und die Wachstumsimpulse zu stärken. Die Entwicklung der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen im Jahre 1978 wurde wesentlich von den Maßnahmen geprägt, die in dieser Situation im Vorjahr ergriffen worden waren.

174. Mehrere „Programme" sollten im Jahre 1978 kumuliert Wirkung entfalten (Tabelle 22): Das Programm für Zukunftsinvestitionen vom Frühjahr 1977, das Steueränderungsgesetz vom Sommer 1977, das Steuerentlastungsprogramm vom Herbst 1977 und das Energiesparprogramm, das allerdings erst nach langwierigen Verhandlungen zwischen Bund und Ländern zur Mitte des Jahres 1978 in Kraft trat. Aber auch die Ansätze für Ausgaben, die von diesen Programmen nicht berührt waren, wurden in den Haushaltsplänen der Gebietskörperschaften kräftig angehoben. Alle steuer- und ausgabenpolitischen Maßnahmen zusammengenommen sollten für dieses Jahr Impulse von einer solchen Stärke ergeben, daß der finanzpolitische Spielraum im Herbst 1977 allgemein als verbraucht angesehen wurde.

Im Schwerpunkt zielten die Maßnahmen darauf ab, möglichst direkt auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage einzuwirken, sei es über zusätzliche Staatsausgaben, sei es über Steuersenkungen. Gleichzeitig aber sollten manche der Regelungen, die in den finanzpolitischen Programmen enthalten waren, auch auf Dauer zu einer Verbesserung der Investitionsbedingungen für die privaten Unternehmen beitragen. Für eine Wirksamkeit der kurzfristigen Initialzündung wie der Verbesserung der mittelfristigen Wachstumsbedingungen wurde eine hinreichende Unterstützung durch die Lohnpolitik für notwendig gehalten.

175. Obwohl der Staat zunächst einmal das Seine für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung getan zu haben schien, entbrannte im Frühjahr dieses Jahres, als die erwartete konjunkturelle Beschleunigung auszubleiben drohte, erneut eine Diskussion um zusätzliche finanzpolitische Maßnahmen; auch das Ausland drängte immer stärker auf eine noch expansivere Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik. In der Öffentlichkeit wurde ein breites Spektrum von wirtschaftspolitischen Vorschlägen diskutiert. Die einen forderten abermals eine Erhöhung der Staatsausgaben, andere wollten über massive Steuersenkungen die private Nachfrage anregen. Der Ruf nach Steuererleichterungen wurde auch dadurch gestärkt, daß die Veränderungen am Einkommensteuertarif, die gerade erst zu Anfang des Jahres in Kraft getreten waren, die eigentlichen Strukturprobleme des Tarifs nicht gelöst hatten. Außerdem wurden finanzpolitische Maßnahmen zur Verbesserung der Investitionsbedingungen gefordert.

Mitte des Jahres entschloß sich die Bundesregierung, für die kommenden Jahre eine Fortsetzung

Tabelle 22

Finanzpolitische Programme in den Jahren 1977 und 1978

Datum	
23. März 1977	**Programm für Zukunftsinvestitionen** Zusätzliche Investitionsausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden in den Jahren 1978 bis 1981 (13,8 Mrd DM). Schwerpunkt der Ausgaben: Verbesserungen im Verkehrssystem, rationelle und umweltfreundliche Energieverwendung, wasserwirtschaftliche Zukunftsvorsorge, Verbesserung der Wohnumwelt und Berufsbildung.
11. Juli 1977	**Gesetz über steuerliche Vergünstigungen bei der Herstellung oder Anschaffung bestimmter Wohngebäude** — Ausdehnung der Abschreibungsbegünstigung des § 7 b Einkommensteuergesetz auf Anschaffung von bereits bestehenden Einfamilienhäusern, Zweifamilienhäusern und Eigentumswohnungen bis zu bestimmten Höchstbeträgen — Befreiung derartiger Anschaffungen bis zu bestimmten Höchstbeträgen von der Grunderwerbsteuer (jeweils ab 1. Januar 1977)
16. August 1977	**Steueränderungsgesetz 1977** — Erhöhung der Umsatzsteuer um 1 bzw. um 1/2 Prozentpunkt auf 12 vH bzw. 6 vH — Erhöhung des Kindergeldes für das zweite Kind um 10 DM auf 80 DM, für das dritte und jedes weitere Kind um 30 DM auf 150 DM — Erhöhung der Sonderausgaben-Höchstbeträge für Vorsorgeaufwendungen — Einführung bzw. Erhöhung von Freibeträgen in der Gewerbesteuer — Senkung der Vermögensteuersätze bei natürlichen Personen von 0,7 vH auf 0,5 vH und bei juristischen Personen von 1 vH auf 0,7 vH — Sonstige Steuerrechtsänderungen (jeweils ab 1. Januar 1978)
4. November 1977	**Gesetz zur Steuerentlastung und Investitionsförderung** — Anhebung des Weihnachtsfreibetrags um 300 DM auf 400 DM — Erhöhung des Grundfreibetrags von 3 000 DM (6 000 DM für Verheiratete) auf 3 300 DM (6 600 DM) — Einführung eines allgemeinen Tariffreibetrags in Höhe von 510 DM (1 020 DM für Verheiratete), jeweils ab 1. Januar 1978 — Verbesserung der degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens (ab 1. September 1977) — Wiedereinführung der degressiven Gebäude-Abschreibung für alle Bauherren (ab 1. September 1977)
27. Juni 1978	**Energiesparprogramm** Zuschüsse für energiesparende Investitionen in Gebäuden sowie (alternativ) Abschreibungserleichterungen (vom 1. 7. 1978 bis 30. 6. 1983)
28. Juli 1978	**Beschlüsse zur Stärkung der Nachfrage und zur Verbesserung des Wirtschaftswachstums** — Einkommensteuer: Erhöhung des Grundfreibetrags von 3 000 DM (Ledige) / 6 600 DM (Verheiratete) auf 3 690 DM / 7 380 DM. Volle Beseitigung des Tarifsprungs beim Übergang aus der proportionalen in die progressive Besteuerung (ab 1979). Einführung des sogenannten begrenzten Realsplittings bei der Besteuerung von unterhaltsverpflichteten Geschiedenen (ab 1979). Erhöhung des zusätzlichen Sonderausgaben-Höchstbetrags für Versicherungsbeiträge (ab 1980) — Umsatzsteuer: Erhöhung der Steuersätze von 6 vH/12 vH auf 6,5 vH/13 vH ab 1. Juli 1979 — Gewerbesteuer: Abschaffung der Lohnsummensteuer und Erhöhung des Freibetrags bei der Gewerbeertragsteuer ab 1980 — Kindergeld: Erhöhung des Kindergeldes für das 3. und jedes weitere Kind ab 1979 um 45 DM auf 195 DM. Ab 1980 Erhöhung des Kindergeldes für das 2. Kind um 20 DM auf 100 DM — Rentenversicherung: Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze für Schwerbehinderte ab 1979 auf das 61. Lebensjahr und ab 1980 auf das 60. Lebensjahr — Mutterschutz: Verlängerung der Freistellung nach der Geburt um 4 Monate auf 6 Monate sowie entsprechende Verlängerung des Kündigungsschutzes. In dem zusätzlichen Zeitraum betragen die Leistungen 750 DM je Monat; sie werden vom Bund getragen — Prüfung von zusätzlichen Maßnahmen zur Förderung von Existenzgründungen — Verstärkung der Ausgaben zur Förderung von Forschung und Entwicklung bei gewerblichen Unternehmen

der expansiven Finanzpolitik vorzusehen. Das Paket von Maßnahmen, das Ende Juli im Anschluß an die Bonner Weltwirtschafts-Konferenz beschlossen wurde, sollte in seiner Wirkung auf das öffentliche Defizit etwa einem Prozentpunkt des Bruttosozialprodukts entsprechen (Tabelle 22). Hinter diesem globalen Effekt verbirgt sich indes eine Fülle unterschiedlicher Maßnahmen, die zudem zeitlich versetzt in Kraft treten sollen; teilweise wurden bereits für das Jahr 1980 Entscheidungen getroffen. Wie die Programme in der Vergangenheit besteht dieses Paket vor allem aus einer Kombination von nachfrage- und wachstumspolitischen Maßnahmen; hinzu kommen sozialpolitische Neuerungen und eine Anhebung des Kindergeldes.

Offensichtlich in Erwartung eines Nachfragemangels über mehrere Jahre gehen die Planungen für die Finanzpolitik bis 1982 von Verschuldungsspielräumen aus, die viel höher liegen als das, was bisher geplant war. Anders als früher gibt es dieses Mal wenig Anzeichen dafür, daß die jetzt neu entstehenden hohen öffentlichen Defizite mittelfristig zurückgeführt werden sollen; es sei denn, man nimmt die mäßige Ausgabenexpansion in den Planungen des Bundes für die Jahre ab 1980 als Indiz für die Expansion des öffentlichen Gesamthaushaltes und sieht diese als dauerhaft an (Ziffer 307).

Deutlich aufgestockte Ausgabenpläne

176. In den Haushaltsplänen für 1978 wurden die Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden gegenüber den vorhergehenden Finanzplänen deutlich erhöht. Für den Bereich der öffentlichen Investitionen war dies schon vor dem allgemeinen finanzpolitischen Kurswechsel eingeleitet worden; im Frühjahr 1977 hatte die Bundesregierung das „Mehrjährige öffentliche Investitionsprogramm zur wachstums- und umweltpolitischen Vorsorge (Programm für Zukunftsinvestitionen)" beschlossen, das die Investitionshaushalte der Gebietskörperschaften kurz- und mittelfristig aufstocken sollte. Nach einigen Schwierigkeiten zu Beginn kam das Programm zügig in Gang, so daß schon 1977 rund 4½ Mrd DM an Aufträgen vergeben werden konnten; für das Jahr 1978 ist mit einer Auftragsvergabe von etwa 6½ Mrd DM zu rechnen. Bis Ende des Jahres werden nahezu vier Fünftel der auf die Gebietskörperschaften entfallenden Programmteile (insgesamt knapp 14 Mrd DM) auftragswirksam sein; die Ausführung der investiven Maßnahmen wird sich allerdings bis 1981 erstrecken.

Soweit die bisher vorliegenden statistischen Daten eine Aussage zulassen, scheint es weitgehend gelungen zu sein, den Investitionen dieses Programms zusätzlich zu den ohnehin geplanten Investitionen einen Platz in den öffentlichen Haushalten zu verschaffen. Für das laufende Jahr kann so mit einer Zunahme der öffentlichen Investitionstätigkeit um etwa 14½ vH gerechnet werden, die allerdings nicht vollständig ihren Niederschlag in den Haushaltsdaten dieses Jahres finden wird.

Diese Entwicklung stellt eine Umkehr gegenüber den letzten Jahren dar. Seit 1974 waren die Investitionen der Gebietskörperschaften nicht mehr ausgeweitet worden, so daß ihr Anteil an den Staatsausgaben ständig abgenommen hatte (Schaubild 30). Die neue Ausrichtung der Finanzpolitik wirkt sich für die Bauwirtschaft schon seit dem letzten Jahr deutlich positiv aus (Ziffern 97 ff.).

177. Der Staat gibt aber in diesem Jahr nicht nur für Sachinvestitionen erheblich mehr aus als 1977; alle großen Ausgabenbereiche sind von der expansiven Ausgabenpolitik in diesem Jahr betroffen. Insgesamt rechnen wir damit, daß die Gebietskörperschaften [1]) in diesem Jahr 431½ Mrd DM ausgeben; das sind 8½ vH mehr als im Vorjahr. In den Jahren 1976 und 1977 hatten die Steigerungsraten nur 4,0 vH und 5,4 vH betragen.

In der Summe von 431½ Mrd DM Staatsausgaben sind die Zahlungen nicht enthalten, die der Bund in Höhe von 1,5 Mrd DM den Rentenversicherungsträgern überweist, nachdem ihm 1974 und 1975 entsprechende Beträge gestundet worden waren. Im Jahr 1978 wird die damals eingegangene Schuld nur noch getilgt; die eigentlichen Ausgaben (mit gleichzeitiger Kreditaufnahme bei den Rentenversicherungsträgern) sind den Jahren 1974 und 1975 zuzurechnen.

178. Diese Ausgabensteigerung hat dazu geführt, daß der Anteil der Gebietskörperschaften am gesamtwirtschaftlichen Produktionspotential, also die Staatsquote, nun wieder erhöht worden ist. In den Jahren 1976 und 1977 hatten Bund, Länder und Gemeinden jeweils ihre Ausgaben weniger erhöht, als das Produktionspotential, bewertet man es zu jeweiligen Preisen, gewachsen war. Dies war eine Reaktion auf die Erhöhung der Staatsquote in den Jahren 1974 und 1975 und gleichzeitig ein Beitrag zur Rückführung der hohen Defizite in den öffentlichen Haushalten gewesen.

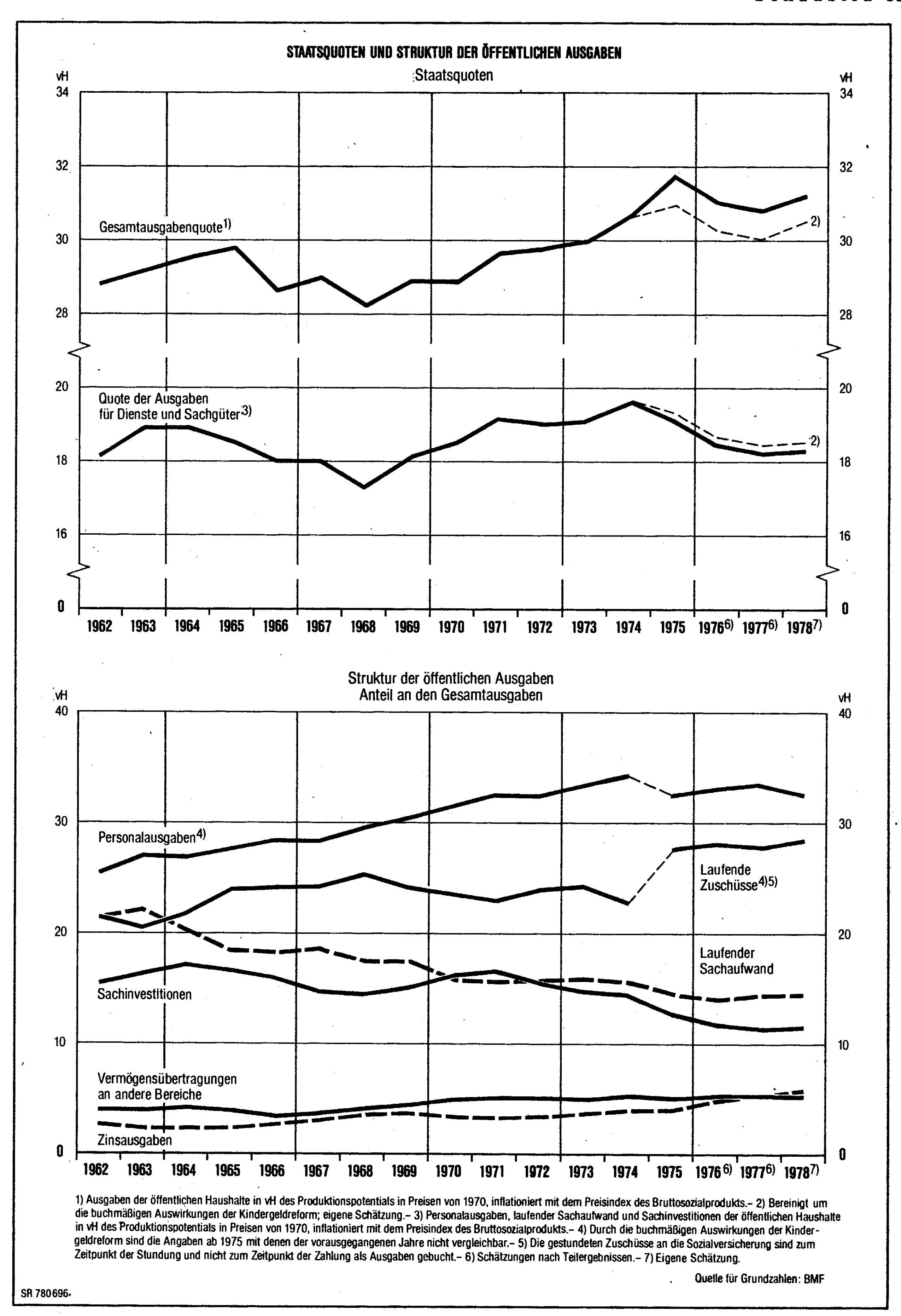
In die so abgegrenzte Staatsquote sind auch die Ausgaben, wie zum Beispiel Transferzahlungen, einbezogen, mit denen der Staat die Ausgabefähigkeit privater Haushalte und Unternehmen erhöht, ohne selbst direkt Güter und Dienste zu kaufen. Läßt man diese Ausgaben unberücksichtigt und stellt man statt dessen ausschließlich auf die direkte Nachfrage des Staates ab, also auf die Ausgaben für Personal, Sachmittel und Sachinvestitionen, so zeigt sich, daß auch die Staatsquote in diesem Sinne im Jahre 1978 wieder leicht ansteigt. Sie war allerdings bereits seit 1974 ständig zurückgegangen; dieser Unterschied zur weiter abgegrenzten Staatsquote ist darauf zurückzuführen, daß die Maßnahmen, die 1975 zu der starken Ausweitung des öffentlichen Defizits geführt hatten, vor allem aus zusätzlichen Transferausgaben und Steuererleichterungen bestanden.

179. Der Bund gibt voraussichtlich in diesem Jahr mit 188½ Mrd DM rund 9½ vH mehr aus als im

---

[1]) Einschließlich Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen sowie Anteile der Ausgaben der Europäischen Gemeinschaften.

Schaubild 30



1) Ausgaben der öffentlichen Haushalte in vH des Produktionspotentials in Preisen von 1970, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts.– 2) Bereinigt um die buchmäßigen Auswirkungen der Kindergeldreform; eigene Schätzung.– 3) Personalausgaben, laufender Sachaufwand und Sachinvestitionen der öffentlichen Haushalte in vH des Produktionspotentials in Preisen von 1970, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts.– 4) Durch die buchmäßigen Auswirkungen der Kindergeldreform sind die Angaben ab 1975 mit denen der vorausgegangenen Jahre nicht vergleichbar.– 5) Die gestundeten Zuschüsse an die Sozialversicherung sind zum Zeitpunkt der Stundung und nicht zum Zeitpunkt der Zahlung als Ausgaben gebucht.– 6) Schätzungen nach Teilergebnissen.– 7) Eigene Schätzung.

Quelle für Grundzahlen: BMF

SR 780696

Vorjahr; bei dieser Schätzung gehen wir aufgrund der Ausgabenentwicklung in den ersten drei Quartalen davon aus, daß die Ausgaben insgesamt um etwa ½ vH höher sein werden als geplant. Zwar ist im Haushaltsplan einschließlich des Nachtragshaushalts eine Steigerungsrate von 10,4 vH ausgewiesen, aber diese enthält auch die nachgeholten Zahlungen an die Sozialversicherung sowie eine rechnerische Ausweitung des Etats durch eine geänderte Buchung der Gewährleistungen [1]). Außerdem fallen 1978 wie im Vorjahr noch Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen der Konjunkturprogramme der Jahre 1974 und 1975 an.

180. Auch die Länderhaushalte sind seit Mitte des Jahres 1977 stärker expansiv angelegt als in den Vorjahren. Gegenüber den tatsächlichen Ausgaben des Jahres 1977 sehen die Planungen der Länder für 1978 eine Zunahme um 11½ vH auf 180½ Mrd DM vor. Nach dem bisherigen Jahresverlauf — bis Ende September nahmen die Länderausgaben nur um gut 9 vH zu — ist allerdings damit zu rechnen, daß die Länder ihre Pläne nicht voll realisieren und insgesamt etwa 177½ Mrd DM ausgeben werden; das sind 9½ vH mehr als im Jahre 1977.

181. Für die Gemeinden bedeutet die Erhöhung der Ausgaben von Bund und Ländern teilweise, daß sie zusätzliche Einnahmen erhalten; die Zuweisungen von Bund und Ländern nehmen — unter anderem im Rahmen des Programms für Zukunftsinvestitionen — um fast 17 vH zu. Daher werden die Gemeinden nach unserer Schätzung trotz mäßiger Steuerzuwächse (+ 4 vH) mit 118½ Mrd DM rund 6 vH mehr ausgeben als im Vorjahr.

Die Schätzungen für die Entwicklung der kommunalen Ausgaben sind mit noch größerer Unsicherheit behaftet als sonst. Denn in diesem Jahr — teilweise auch schon 1976 und 1977 — werden die kommunalen Krankenhäuser in der Haushaltsansatzstatistik und in der Vierteljahresstatistik nicht mehr erfaßt, da sie seit Beginn dieses Jahres alle zu kaufmännischer Buchführung verpflichtet und damit aus dem Berichtskreis der Finanzstatistik herausgefallen sind. Derzeit liegen keine mit den Vorjahren vergleichbaren finanzstatistischen Angaben für die Gemeinden vor.

182. Den globalen Zuwachsraten des Gesamthaushalts und der Haushalte der einzelnen Gebietskörperschaften liegt eine stark unterschiedliche Veränderung der einzelnen Ausgabenarten zugrunde (Tabelle 23). Erstmals seit sieben Jahren werden die Ausgaben der Kapitalrechnung, also die Ausgaben für Sachinvestitionen, Investitionszuschüsse, Darlehensvergaben und dergleichen, mit 11½ vH stärker steigen als die Ausgaben der laufenden Rechnung (+7½ vH), zu denen die Ausgaben für die im öffentlichen Dienst Beschäftigten, für den laufenden Sachaufwand, die Subventionen an Unternehmen, die Transferzahlungen an private Haushalte und die Zinsausgaben gehören.

183. Die bereits erwähnte Ausweitung der staatlichen Sachinvestitionen hat zu dieser Entwicklung wesentlich beigetragen. Aber in diesem Jahr werden auch mehr Darlehen und Zuschüsse für Investitionen vergeben und mehr Ausgaben für sonstige Vermögensübertragungen sowie für Beteiligungen getätigt (+13 vH auf 33½ Mrd DM). Dies geschieht teilweise für Projekte im Rahmen des Programms für Zukunftsinvestitionen, teilweise außerhalb dieses Programms für Maßnahmen der regionalen und sektoralen Wirtschaftspolitik, für zusätzliche Entwicklungshilfemaßnahmen sowie für zusätzliche Investitionen der Bundesbahn.

184. Die Bundesbahn erhält in diesem Jahr aber nicht nur zusätzliche Investitionshilfen, sondern auch mehr Zuschüsse für laufende Ausgaben. Insgesamt fließen ihr in diesem Jahr rund 13½ Mrd DM aus dem Bundeshaushalt zu; das sind 19 vH mehr als 1977. Die strukturellen Probleme der Bundesbahn, die durch das bisherige Ausbleiben eines kräftigen gesamtwirtschaftlichen Aufschwungs verschärft werden, sind nach wie vor offensichtlich nicht gelöst.

185. Die zusätzlichen Zuschüsse an die Bundesbahn haben mit dazu beigetragen, daß die laufenden Übertragungen des Staates in diesem Jahr kräftig zunehmen (+10 vH). Diese hohe Zuwachsrate ist außerdem zum einen auf die Zuweisungen an die Sozialversicherungsträger zurückzuführen, die im Zusammenhang mit der Übernahme der Rentenversicherungsbeiträge für die Arbeitslosen durch den Bund zusätzlich zu den regelmäßigen Anpassungen aufgestockt wurden. Zum anderen wurden aber auch vermehrt Subventionen gezahlt und unter den Transferzahlungen an private Haushalte sind besonders die Kindergeldzahlungen und die Ausgaben für Wohngeld und Ausbildungsförderung in diesem Jahr gesteigert worden (Tabelle 24).

186. Im Gegensatz zur allgemeinen Ausgabenentwicklung ist die Steigerung der Personalausgaben mit 5½ vH in diesem Jahr geringer als 1977 (+6,6 vH) ausgefallen, obwohl die Gebietskörperschaften ihren Personalbestand etwa um 1½ vH ausweiten; im letzten Jahr war die Zahl der beim Staat Beschäftigten nahezu unverändert geblieben. Da aber diese Stellen erst im Jahresverlauf besetzt wurden, haben sich die zusätzlichen Ausgaben nicht schon seit Jahresbeginn in den öffentlichen Haushalten niedergeschlagen. Zudem sind die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst mit linear 4,5 vH weniger angehoben worden als 1977.

187. Wie im Vorjahr machen die Zinszahlungen des Staates 1978 etwa 5,3 vH seiner Ausgaben aus.

[1]) Die Ausgaben im Rahmen von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen wurden in der Vergangenheit mit den entsprechenden Einnahmen verrechnet. Da die Einnahmen stets überwogen, ergab sich im Haushaltsabschluß ein Betrag, der negativ bei den Ausgaben gebucht wurde; im Jahre 1977 waren dies 592 Mill DM. Im Haushaltsplan für 1978 ging man zu einer Brutto-Veranschlagung der Einnahmen und Ausgaben für Gewährleistungen über. Damit wurden nun 600 Mill DM mehr Ausgaben ausgewiesen, als es bei der bisherigen Buchungsweise der Fall gewesen wäre; die rechnerische Steigerungsrate gegenüber dem Vorjahr ist von daher um 0,4 Prozentpunkte überhöht.

Tabelle 23

Die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte [1])

Art der Ausgaben bzw. Einnahmen	1975	1976 [2])	1977 [2])	1978 [3])	1976 [2])	1977 [2])	1978 [3])
	Mrd DM				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH		
Ausgaben (ohne Schuldentilgung) [4]) [5])	362,4	376,8	397,2	431½	+ 4,0	+ 5,4	+ 8½
Laufende Rechnung	286,5	302,9	322,5	348	+ 5,7	+ 6,5	+ 7½
davon:							
Personalausgaben	118,1	124,5	132,7	140½	+ 5,4	+ 6,6	+ 5½
Sachaufwand [6])	52,9	54,5	58,2	63	+ 3,1	+ 6,7	+ 8½
Laufende Übertragungen [5])	101,1	106,0	110,7	121½	+ 4,9	+ 4,4	+10
Zinszahlungen	14,5	17,9	20,9	23	+23,3	+17,0	+10
Kapitalrechnung	75,8	73,4	74,0	82½	− 3,1	+ 0,8	+11½
davon:							
Sachinvestitionen	46,0	44,0	44,4	49	− 4,4	+ 0,9	+10½
Vermögensübertragungen	18,1	19,4	20,7	22½	+ 6,9	+ 7,1	+ 8½
Gewährung von Darlehen, Beteiligungen	11,6	10,1	8,9	11	−12,9	−11,9	+24
Saldo im Verrechnungsverkehr [7])	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,7	+ 1	×	×	×
Einnahmen (ohne Kreditmarkt- und Rücklagemittel) [4])	296,1	333,0	368,9	391	+12,5	+10,8	+ 6
Laufende Rechnung	285,8	321,7	357,4	379	+12,6	+11,1	+ 6
darunter: Steuern [8])	242,2	272,1	303,2	319½	+12,3	+11,4	+ 5½
Kapitalrechnung	10,4	11,3	11,5	11½	+ 9,1	+ 1,9	+ ½
Saldo der durchlaufenden Mittel	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,0	+ 0	×	×	×
Finanzierungssaldo	−66,3	−43,7	−28,3	−40½	×	×	×
Nachrichtlich:							
Finanzierungssaldo einschließlich Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974	−66,4	−47,9	−32,0	−41½	×	×	×

[1]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EG-Anteile, Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände; Ist-Werte.
[2]) Schätzung nach Teilergebnissen.
[3]) Eigene Schätzung.
[4]) Gesamtausgaben bzw. Gesamteinnahmen nach Abzug der Zahlungen von Gebietskörperschaften (Zuweisungen, Darlehen, Darlehensrückflüsse).
[5]) 1975 einschließlich gestundeter Zuschüsse an die Sozialversicherung (2,5 Mrd DM); 1978 ohne die Zahlung früher gestundeter Zuschüsse an die Sozialversicherung (1,5 Mrd DM).
[6]) Einschließlich militärischer Beschaffungen und Anlagen.
[7]) Saldo noch nicht verrechneter Zuweisungen und Übertragungen zwischen den Ebenen der Gebietskörperschaften.
[8]) Kassenmäßige Steuereinnahmen zuzüglich der zeitlich befristeten Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974 (§ 4 b EStG).

Quelle: BMF

Tabelle 24

Finanzpolitisch wichtige Ereignisse

Datum	
1977	
15. November	Die Bundesregierung verabschiedet den sechsten Subventionsbericht.
8./9. Dezember	Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen" erwartet für 1977 insgesamt ein Steueraufkommen von 299,3 Mrd DM, 11,6 vH mehr als im Jahre 1976. Für 1978 veranschlagt er unter Berücksichtigung der Steuerentlastungsmaßnahmen und unter der Voraussetzung einer Zunahme des Bruttosozialprodukts um 7,1 vH ein Aufkommen von 311,4 Mrd DM; das sind 13,6 Mrd DM weniger, als noch im August erwartet worden waren, aber immer noch 4,0 vH mehr als 1977.
21. Dezember	Die Bundesregierung legt einen Entwurf zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes vor. Er sieht eine einfachere Steuererhebung — obligatorische Jahreszahlung — und eine Reihe von Steuererleichterungen vor. Um die hieraus zu erwartenden Steuerausfälle auszugleichen, soll der Steuersatz für Personenkraftwagen um 4,2 vH angehoben werden.
1978	
1. Januar	Lohnsteuerzahler und Einkommensteuerzahler können höhere Vorsorgeaufwendungen als Sonderausgaben geltend machen; bei der Ermittlung der Steuerschuld werden höhere Grundfreibeträge sowie neu eingeführte Tariffreibeträge berücksichtigt. Im Rahmen der Vermögensteuer und der Gewerbesteuer treten Steuererleichterungen in Kraft. Für Umsätze gelten erhöhte Mehrwertsteuersätze. Kindergeld und Wohngeld werden erhöht.
5. Januar	Die Bundesregierung legt einen Gesetzentwurf vor, der mehrere Verbesserungen des Investitionszulagegesetzes enthält. Insbesondere ist darin eine Verdoppelung des Zulagensatzes von 7,5 vH auf 15 vH für begünstigte Investitionsaufwendungen bis zur Höhe von 500 000 DM im Wirtschaftsjahr im Bereich der Forschungs- und Entwicklungszulagen vorgesehen sowie eine Ausdehnung der Begünstigung auf Gebäude, die zu $^1/_3$ bis $^2/_3$ der Forschung und Entwicklung dienen, sowie auf bestimmte immaterielle Wirtschaftsgüter, die der Forschung und Entwicklung dienen.
27. Januar	Der Bundestag verabschiedet den Bundeshaushalt 1978 mit einem Haushaltsvolumen von 188,7 Mrd DM, das sind 10,4 vH mehr als das vorläufige Ist-Ergebnis 1977. Die Netto-Kreditaufnahme soll 30,8 Mrd DM, der Finanzierungssaldo 31,3 Mrd DM betragen.
8. Februar	Die Bundesregierung beschließt den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes. Danach soll die Steuer auf leichtes Heizöl von 1 DM auf 2 DM je 100 kg erhöht werden; ferner sollen dieselbetriebene Anlagen zur Stromerzeugung und Wärmegewinnung künftig mit dem geringer besteuerten Heizöl betrieben werden dürfen.
21. bis 23. Februar	Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen" erwartet für 1978 ein um 4,1 vH auf 311,7 Mrd DM, für 1979 ein um 7,1 vH auf 333,7 Mrd DM ansteigendes Steueraufkommen. Die Steuerquote bleibt nach dieser Schätzung mit 24,37 vH nach 24,39 vH nahezu konstant; bis 1982 wird ein Anstieg auf 25,01 vH erwartet.
15. März	Die Bundesregierung beschließt den Entwurf eines Umsatzsteuergesetzes 1979. Die Neufassung des Gesetzes soll die Bemessungsgrundlagen für die Mehrwertsteuer an das vorgesehene harmonisierte Umsatzsteuersystem der EG anpassen. Aus der Vielzahl von Einzelregelungen sind die Einbeziehung der Kleinunternehmer in das Mehrwertsteuersystem sowie die Besteuerung der Vorauszahlungen hervorzuheben.
13. April	Der Finanzplanungsrat erörtert die künftige wirtschaftliche Entwicklung und den weiteren Kurs der Finanzpolitik. Erste Überlegungen zur Aufstellung der Haushaltsentwürfe 1979 werden angestellt.
31. Mai	Die Bundesregierung beschließt den Entwurf eines Steueränderungsgesetzes 1978, in dem im Rahmen verschiedener Gesetze insbesondere die Verteilung kinderbedingter Erleichterungen zwischen geschiedenen Eltern neu geregelt wird.
14. Juni	Der Bundestag verabschiedet einen Nachtrag zum Bundeshaushaltsplan 1978, der u. a. eine Aufstockung der Kokskohlebeihilfe sowie zusätzliche Investitionshilfen für die Steinkohleproduktion enthält. Die Mehrausgaben in Höhe von 0,94 Mrd DM werden durch Kürzung anderer Ausgaben gedeckt.
1. Juli	Das erste Gesetz zur Änderung des Wohnungsmodernisierungsgesetzes tritt in Kraft („Energiesparprogramm"). Es sieht Zuschüsse für energiesparende Investitionen in Wohnhäusern sowie (alternativ) Abschreibungserleichterungen vor. Für die Jahre 1978 bis 1982 betragen die Kosten für Bund und Länder insgesamt $4^1/_2$ Mrd DM.

noch Tabelle 24

Datum	
1978	
16./17. Juli	Auf dem Bonner Wirtschaftsgipfel kündigt die deutsche Delegation an, daß sie als Beitrag zur Abwehr der weltweiten Störungen des wirtschaftlichen Gleichgewichts ihren gesetzgebenden Körperschaften bis Ende August zusätzliche, quantitativ substantielle Maßnahmen in Höhe von bis zu 1 vH des Bruttosozialprodukts vorschlagen wird, um eine Stärkung der Nachfrage und eine höhere Wachstumsrate zu erreichen.
18. Juli	Der Bundestag verabschiedet das 21. Rentenanpassungsgesetz. Die Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung und die Altersgelder in der Altershilfe für Landwirte werden zum 1. Januar 1979 um 4,5 vH und zum 1. Januar 1980 und 1981 jeweils um 4 vH erhöht. Wegen der schlechten Finanzlage der Rentenversicherung richten sich die Anpassungssätze in diesen drei Jahren nicht nach der bisher verwandten Rentenformel; diese soll ab 1982 wieder Verwendung finden. Der Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung wird zum 1. Januar 1981 von 18 vH auf 18,5 vH erhöht.
24./25. Juli	Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen" revidiert seine Steuerschätzungen. Für 1978 wird nunmehr ein um 5,4 vH auf 315,5 Mrd DM, für 1979 ein um 6,8 vH auf 336,8 Mrd DM steigendes Steueraufkommen erwartet; die Steuerquote wird auf 24,76 vH (1978) und 24,69 vH (1979) geschätzt. Bis 1982 wird ein Anstieg der Steuerquote auf 25,30 vH erwartet.
25. Juli	Der Finanzplanungsrat berät die Entwicklung der öffentlichen Haushalte im laufenden Jahr sowie die Ausgabenplanungen für das Jahr 1979. Außerdem wird die Entwicklung des Staatsdefizits in den kommenden Jahren diskutiert.
28. Juli	Das Bundeskabinett beschließt den Entwurf des Haushaltsplans für das Jahr 1979. Die Ausgaben sollen gegenüber 1978 um 8,4 vH ansteigen, der Finanzierungssaldo soll 36,1 Mrd DM betragen. Gleichzeitig wird der Finanzplan für die Jahre 1978 bis 1982 beschlossen. Der Finanzierungssaldo soll bis 1982 auf 30,5 Mrd DM zurückgeführt werden; die Ausgabensteigerung soll 6 vH im Jahr 1980, 5 vH im Jahr 1981 und 4½ vH im Jahr 1982 betragen.
28. Juli	Das Bundeskabinett legt Beschlüsse zur Stärkung der Nachfrage und zur Verbesserung des Wirtschaftswachstums vor. Die Maßnahmen, die in den Jahren 1979 und 1980 in Kraft treten sollen, führen gegenüber den bisherigen Plänen zu Mehrausgaben des Bundes von 4,7 Mrd DM in 1979 und 6,4 Mrd DM in 1980. Das Steueraufkommen der Gebietskörperschaften wird 1979 um etwa 7½ Mrd DM und 1980 um etwa 8½ Mrd DM vermindert.
1. August	Die Erhöhung der Steuer auf leichtes Heizöl von 1 DM auf 2 DM je 100 kg tritt in Kraft.
8. September	Der Entwurf des Haushaltsgesetzes 1979 wird im Bundestag eingebracht. Er sieht Ausgaben in Höhe von 204,6 Mrd DM (+8,4 vH) und Einnahmen in Höhe von 168,6 Mrd DM (+7,1 vH) vor. Das Finanzierungsdefizit beträgt 36,0 Mrd DM.
20. Oktober	Der Bundestag stimmt den Rechtsänderungen zu, die Bestandteil des Maßnahmenpakets vom 28. Juli sind. Dabei bleibt aber noch offen, wie ab 1980 die Kompensation der Lohnsummensteuer-Ausfälle bei den Gemeinden erfolgen soll, die derzeit diese Steuer noch erheben.

Der Anteil ist nicht weiter angestiegen, da trotz höherer Kreditaufnahme die gegenüber 1977 zumindest zeitweise stark gesunkenen Zinssätze dazu beitrugen, daß der Anstieg der Zinsausgaben (um 10 vH auf 23 Mrd DM) nur wenig größer als der allgemeine Ausgabenanstieg ist.

Nur geringer Rückgang der Steuerquote

188. Die 1977 beschlossenen steuerpolitischen Maßnahmen ließen für 1978 ein kräftiges Sinken der Steuerquote erwarten; diese war im vergangenen Jahr noch um 1,2 Prozentpunkte auf 25,0 vH angestiegen. Im ersten Vierteljahr 1978 fielen die Steuereingänge jedoch um 9½ vH höher aus als ein Jahr zuvor, ein Sinken der Steuerquote zeichnete sich deswegen zunächst noch nicht ab. Im weiteren Jahresverlauf nahmen die Steuerzahlungen dann aber weniger stark zu. Wir gehen davon aus, daß über das ganze Jahr gerechnet das Steueraufkommen mit 318½ Mrd DM die Steuereingänge im Jahr 1977 um 6½ vH übertreffen wird (Tabelle 25).

Da gleichzeitig das Bruttosozialprodukt um 7 vH steigt, bedeutet dies eine nur geringe Abnahme der Steuerquote auf 24,8 vH. Stellt man in Rechnung, daß die Steuerzahlungen 1978 erheblich weniger als im Vorjahr durch Investitionszulagen gemindert worden sind und bereinigt man das Steueraufkommen in beiden Jahren um diese Einflußgröße, so ist es 1978 um 5½ vH angestiegen und die Steuerquote von 25,3 vH auf 24,9 vH gesunken.

Tabelle 25

Das Aufkommen der wichtigsten Einzelsteuern [1])

Steuerart	1975	1976	1977	1978 [2])	1976	1977	1978 [2])	1977	1978 [3])	
	Mrd DM				Veränderung in vH [4])			Mrd DM		Veränderung in vH [4])
	Jahr							Januar bis Oktober		
Gesamtsteueraufkommen	242,1	267,9	299,5	318½	+10,7	+11,8	+ 6½	.	.	.
Lohnsteuer	71,2	80,6	90,8	91½	+13,2	+12,6	+ ½	70,5	71,0	+ 0,7
Veranlagte Einkommensteuer	28,0	30,9	35,5	38	+10,2	+15,1	+ 6½	26,3	28,2	+ 7,4
Körperschaftsteuer	10,1	11,8	16,8	19½	+17,8	+42,1	+15	11,9	14,5	+21,7
Steuern vom Umsatz	54,1	58,5	62,7	73½	+ 8,1	+ 7,2	+17	51,4	60,3	+17,4
Mineralölsteuer	17,1	18,1	19,2	20½	+ 5,8	+ 5,9	+ 6½	14,5	15,3	+ 5,8
								Januar bis Juni		
Gewerbesteuer [5])	17,9	20,1	23,0	24	+12,4	+14,5	+ 5	11,0	11,5	+ 4,7
Nachrichtlich:										
Bereinigtes Gesamtsteueraufkommen [6])	242,2	272,1	303,2	319½	+12,3	+11,4	+ 5½	.	.	.

[1]) Kassenmäßige Einnahmen.
[2]) Eigene Schätzung.
[3]) Vorläufige Ergebnisse.
[4]) Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.
[5]) Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital.
[6]) Kassenmäßige Steuereinnahmen zuzüglich der zeitlich befristeten Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974 (§ 4 b EStG).

Quelle: BMF

189. *Das Steueraufkommen geht in diesem Jahr um etwa 7 Mrd DM über das hinaus, was noch im Dezember letzten Jahres den Haushaltsberatungen zugrunde gelegt wurde. Wie schon in den vergangenen Jahren war es vor allem die Entwicklung der Gewinnsteuern, die angesichts fehlender statistischer Unterlagen über die Entwicklung der Bemessungsgrundlagen und den Veranlagungsstand nur unzureichend vorausgeschätzt werden konnte (JG 77 Ziffer 152). Hinzu kam eine Vielfalt sich häufender Steuerrechtsänderungen, deren Auswirkung auf das Steueraufkommen stets nur ungenau ermittelt werden kann; neben den Gewinnsteuern waren hiervon in diesem Jahr auch die Lohnsteuer, die Umsatzsteuer und die Vermögensteuer betroffen.*

190. Der Rückgang der Steuerquote in diesem Jahr ist zu einem großen Teil darauf zurückzuführen, daß die Lohnsteuereinnahmen nahezu stagnierten (+½ vH), denn die Lohnsteuer trägt zum gesamten Steueraufkommen fast drei Zehntel bei. In Jahren ohne Steuerrechtsänderungen steigt das Lohnsteueraufkommen wegen der Struktur des Steuertarifs fast doppelt so schnell an wie die Summe der Löhne und Gehälter (Ziffer 211); in diesem Jahr aber ist es deutlich hinter deren Entwicklung (+5½ vH) zurückgeblieben. Das ist die Folge der Erhöhung des Grundfreibetrages, der Einführung eines Tariffreibetrages sowie der Erhöhung des Weihnachtsfreibetrages, die sich kassenmäßig in diesem Jahr erstmals voll auswirkt. Die durchschnittliche Belastung der Löhne und Gehälter mit Lohnsteuer, die sogenannte Lohnsteuerquote, ist von 15,8 vH auf 15,0 vH zurückgegangen.

191. Bei den Gewinnsteuern (Einkommensteuer der Veranlagten, Kapitalertragsteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer) gibt es in diesem Jahr eine Vielzahl von Besonderheiten. Nach wie vor ist unklar, wie sich die Körperschaftsteuerreform auf das Ausschüttungsverhalten der Unternehmen und damit auf die Entwicklung des Aufkommens an Einkommensteuer und Körperschaftsteuer auswirkt. In diesem Jahr kann erstmals bei der Festsetzung der Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer berücksichtigt werden, daß die Steuerzahler Steuergutschriften vorlegen werden, die sie nach dem neuen Körperschaftsteuerrecht zusammen mit den Barausschüttungen der Kapitalgesellschaften erhalten. Die Vorauszahlungen waren außerdem an den geänderten Tarif anzupassen. Im vergangenen Jahr konnten die Steuerpflichtigen noch 3,7 Mrd DM an Investitionszulagen des Konjunkturprogramms von 1974 von ihren Steuerzahlungen abziehen, in diesem Jahr sind es nur gut 1 Mrd DM. Auch die im letzten Jahr beschlossenen Abschreibungserleichterungen und die

neuen beziehungsweise erhöhten Freibeträge in der Gewerbesteuer wirkten sich im Ergebnis steuermindernd aus. Andererseits werden weiterhin hohe Abschlußzahlungen für frühere Veranlagungszeiträume entrichtet, so daß sich das Aufkommen der Gewinnsteuern insgesamt noch einmal um 7 1/2 vH erhöhte, nachdem es im Vorjahr sogar um 21 vH gestiegen war. Aus all diesen Gründen ist auch in diesem Jahr der Zusammenhang zwischen den Veränderungen der Gewinnsteuerzahlungen und den Veränderungen des Bruttoeinkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sehr gering; dieses war im Vorjahr um 3,5 vH gestiegen, in diesem Jahr nimmt es um etwa 8 1/2 vH zu.

192. Daß sich trotz der Stagnation des Lohnsteueraufkommens noch eine beträchtliche Zunahme der gesamten Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften ergibt, ist außer auf höhere Einnahmen aus Gewinnsteuern zu einem großen Teil auf die seit Beginn des Jahres erhöhte Mehrwertsteuer zurückzuführen. Diese Steuererhöhung für sich genommen führt zu Mehreinnahmen von etwa 5 1/2 Mrd DM in diesem Jahr, so daß sich der Anteil der Steuern vom Umsatz (einschließlich Einfuhrumsatzsteuer) am Steueraufkommen von 20,9 vH auf 22,9 vH erhöht; demgegenüber sinkt der Anteil der Steuern vom Einkommen von 48,4 vH auf 47,9 vH (Ziffern 206 ff.).

193. Die Steuereinnahmen der Länder nehmen in diesem Jahr mit 6,9 vH stärker zu als die des Bundes (+6,2 vH), da die Länder in diesem Jahr einen größeren Anteil am Umsatzsteueraufkommen als im Vorjahr erhalten; außerdem muß der Bund 1978 wesentlich mehr Steuern an die Europäischen Gemeinschaften abführen. Die Gemeinden werden von den Steuerausfällen im Bereich der Gewerbesteuer und der Lohnsteuer besonders getroffen; ihre Steuereinnahmen sind daher nur etwa 4 vH höher als 1977. Freilich sind die Gemeinden über den Finanzausgleich immer auch an den Steuereinnahmen der Länder beteiligt; insofern kompensiert die Mehrwertsteuererhöhung auch einen Teil der Steuerausfälle, die durch die steuerpolitischen Maßnahmen des Jahres 1977 bei den Gemeinden hervorgerufen worden sind.

194. Den Gemeinden fließen im übrigen auch etwa 60 vH der sonstigen öffentlichen Einnahmen zu, das sind unter anderem die Einnahmen aus Gebühren, aus Beiträgen, aus wirtschaftlicher Betätigung und dergleichen. Diese kommunalen Einnahmen nehmen in diesem Jahr nur um etwa 4 vH zu, nachdem sie im Vorjahr noch — teilweise im Zusammenhang mit Gebührenanhebungen — um 5,9 vH gestiegen waren.

Trotzdem fallen bei diesen Einnahmearten — nimmt man alle öffentlichen Haushalte zusammen — in diesem Jahr umfangreiche Mehreinnahmen an; die Summe der sonstigen Einnahmen nimmt um 8 1/2 vH auf gut 71 Mrd DM zu. Dies ist unter anderem auch darauf zurückzuführen, daß die Bundespost in diesem Jahr ihre gesetzlichen Gewinnablieferungen an den Bund (6 2/3 vH der Betriebseinnahmen, das sind derzeit etwa 2,1 Mrd DM) wieder aufnimmt. Außerdem ist knapp 1 Prozentpunkt der Erhöhung dadurch bedingt, daß die Einnahmen im Zusammenhang mit staatlichen Gewährleistungen jetzt — wie bereits erwähnt — anders gebucht werden.

Öffentliche Haushalte im Zeichen des Kurswechsels

195. Da die Gebietskörperschaften in diesem Jahr ihre Ausgaben um erheblich mehr steigern, als ihnen an zusätzlichen Einnahmen zufließt, ist mit einem Anstieg des Finanzierungsdefizits auf 41 1/2 Mrd DM zu rechnen. Das Defizit, das zum allergrößten Teil über Aufnahme zusätzlicher Kredite, in geringem Umfang auch über Rücklagenentnahmen und Münzeinnahmen zu finanzieren sein wird, geht um 9 1/2 Mrd DM über das des Vorjahres hinaus; im Jahre 1977 hatte es noch um fast 16 Mrd DM abgenommen.

In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nimmt das Finanzierungsdefizit in diesem Jahr um 8 1/2 Mrd DM auf 35 1/2 Mrd DM zu (Tabelle 31).

196. Mehr als zwei Drittel der zusätzlichen öffentlichen Kredite werden 1978 vom Bund aufgenommen. Wir gehen davon aus, daß der Finanzierungssaldo des Bundes 28 Mrd DM erreichen wird. Rechnet man die nachgeholten Zuschüsse an die Sozialversicherung den Ausgaben dieses Jahres zu, so sind es 29 1/2 Mrd DM; im Vorjahr waren es 22,6 Mrd DM gewesen. Das Defizit der Länder wird um reichlich 4 1/2 Mrd DM auf etwa 13 Mrd DM ansteigen. Hingegen laufen unsere Schätzungen für die Gemeinden darauf hinaus, daß diese 1978 kaum noch mehr ausgeben als sie einnehmen; schon im letzten Jahr war das Defizit in den Gemeindehaushalten mit 2,1 Mrd DM im Vergleich zur ersten Hälfte der siebziger Jahre sehr gering ausgefallen. Die Angaben für Länder und Gemeinden sind allerdings aus den genannten Gründen noch mit großer Unsicherheit behaftet.

197. Daß das Finanzierungsdefizit der Gebietskörperschaften in diesem Jahr nicht noch viel größer ausfällt, hat seinen Grund darin, daß wie erwähnt die Steuern reichlicher flossen, als in den Haushaltsplänen angesetzt worden war, und daß die Ausgaben der Länder und Gemeinden weniger als geplant zunahmen. Immerhin: Eine Zeitlang war in der Öffentlichkeit ein voraussichtliches Finanzierungsdefizit der Gebietskörperschaften von weit mehr als 60 Mrd DM (nach 32 Mrd DM im Vorjahr) diskutiert worden.

Die Ankündigung selbst einer so stark steigenden Verschuldung des Staates hat die Öffentlichkeit diesmal sehr viel weniger irritiert, als es im Jahr 1975 der Fall gewesen war. Die Erfahrung der erfolgreichen Konsolidierungspolitik in den beiden vorangegangenen Jahren hatte offensichtlich die schlimmsten Befürchtungen hinsichtlich der Solidarität der Staatsfinanzen überwunden und dem Staat wieder etwas mehr konjunkturpolitischen Handlungsspielraum verschafft.

198. Wie stark er diesen Spielraum durch die Haushalte der Gebietskörperschaften 1978 in Anspruch genommen hat, darüber sagt das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte allerdings nicht viel aus. Denn man muß davon ausgehen, daß auch unter Bedingungen eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts ein Teil der Staatsausgaben durch Kredite finanziert wird. Außerdem sind die Haushaltsgrößen zum Teil bloß Reflex der jeweiligen konjunkturellen Lage und insoweit nicht Ausdruck einer aktiven Finanzpolitik. Für die konjunkturellen Impulse, die 1978 von den öffentlichen Haushalten ausgegangen sind, steht daher nur der Teil des Finanzierungsdefizits, den nicht auch ein konjunkturneutraler Haushalt aufweisen würde (Tabellen 26 und 27).

Tabelle 26

Finanzierungssaldo und konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte

Mrd DM

	1966	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978
I. Konjunkturneutrale Komponenten des Finanzierungssaldos								
(a) Potentialorientierte Kreditaufnahme [1]	−6,7	−10,9	−12,2	−13,5	−14,8	−16,1	−17,0	−18,0
(b) Auslastungsbedingte Steuermehreinnahmen bzw. -mindereinnahmen [2]	−1,7	+ 0,4	+ 1,1	− 6,2	−18,3	−13,1	−14,5	−14,9
(c) Inflationsbedingte Steuermehreinnahmen [3]	.	+ 4,8	+ 4,4	+ 4,2	+ 4,0	− 1,7	+ 0,3	+ 4,2
(d) Änderungen im Deckungsbeitrag der „Sonstigen Einnahmen" [4]	.	+ 1,8	+ 1,2	+ 1,2	− 0,4	+ 1,9	+ 3,4	+ 5,4
I. (a) bis (d) Konjunkturneutraler Finanzierungssaldo [5]	−8,4	− 3,8	− 5,3	−14,2	−29,4	−28,9	−27,8	−23,1
(= Finanzierungssaldo des konjunkturneutralen Haushalts)								
II. Tatsächlicher Finanzierungssaldo ohne konjunkturpolitische Sondersteuern und Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974	−8,4	−13,9	−11,6	−28,0	−66,3	−43,7	−28,3	−40,6
IIa. Tatsächlicher Finanzierungssaldo einschließlich konjunkturpolitischer Sondersteuern und Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974	−8,4	−19,6	− 9,8	−25,4	−66,4	−47,9	−32,0	−41,7
I. ./. II. Konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte	.	+10,1	+ 6,3	+13,8	+36,9	+14,8	+ 0,5	+17,5
(expansiv: +; kontraktiv: −)								
I. ./. IIa. Konjunktureller Impuls unter Einrechnung der konjunkturpolitischen Sondersteuern und Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974	.	+15,8	+ 4,5	+11,2	+37,0	+19,0	+ 4,2	+18,6

[1] Errechnet aus dem Finanzierungssaldo des Basisjahres, abzüglich auslastungsbedingter Steuermindereinnahmen 1966, und mit dem Anstieg des Produktionspotentials zu konjunkturneutralen Preisen fortgeschrieben. Die Größe (a) stellt eine Zusammenfassung der in Tabelle 23 des JG 73 ausgewiesenen konjunkturneutralen längerfristigen Kreditaufnahme und der Änderungen im Deckungsbeitrag dieser Komponente dar. Methodische Erläuterungen siehe Anhang V, Abschnitt D.

[2] Errechnet als der Teil der Vollbeschäftigungssteuereinnahmen, der einer Abweichung der jeweiligen Auslastung des Produktionspotentials vom mittleren Auslastungsgrad (97,25 vH) zuzurechnen ist. Nicht berücksichtigt ist dabei, daß die jeweilige Steuerquote auslastungsbedingt von der „konjunkturneutralen" Vollbeschäftigungsquote abweichen kann.

[3] Errechnet als der Teil der Vollbeschäftigungssteuereinnahmen, der einem Anstieg des Preisniveaus zuzurechnen ist, insoweit dieser über die „konjunkturneutrale" Steigerungsrate hinausgeht (bzw. hinter ihr zurückbleibt). Nicht berücksichtigt ist dabei, daß die jeweilige Steuerquote inflationsbedingt von der „konjunkturneutralen" abweichen kann.

[4] Errechnet als Abweichung der tatsächlichen „Sonstigen Einnahmen" von den „Sonstigen Einnahmen" im Basisjahr, fortgeschrieben mit dem Anstieg des Produktionspotentials zu konjunkturneutralen Preisen.

[5] Abweichung in der Summe durch Runden der Zahlen.

Wie bisher gehen wir bei unseren am Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials orientierten Rechnungen zum konjunkturneutralen Haushalt davon aus, daß ein Ausgabe- und Verschuldungsverhalten des Staates, wie es für die sechziger Jahre kennzeichnend war, als Bezugsgröße geeignet ist. Ein solches Verhalten wurde zuletzt, berücksichtigt man Wachstum und Geldwertschwund sowie die jeweilige Konjunkturlage, im Jahre 1977 wieder erreicht.

Eine weitere Vorgabe ist nötig: Soll der Staat nicht in seinen Haushalten eine noch vermeidbare Geldentwertung vorwegnehmen und damit realisieren helfen, so ist für die Beurteilung der öffentlichen Haushalte in konjunktureller Sicht statt von dem tatsächlichen von einem gleichsam konjunkturneutralen Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus auszugehen. Für das Jahr 1978 hatten wir dafür eine Rate von $2^{1}/_{2}$ vH angesetzt (JG 77 Ziffer 409).

Folgt man diesen Festlegungen, so ergibt sich aus den Rechnungen, die in den Tabellen 26 und 27 im einzelnen verdeutlicht sind, daß in diesem Jahr ein Betrag von $17^{1}/_{2}$ Mrd DM für den konjunkturellen Impuls steht, der von den öffentlichen Haushalten ausgeht.

Der Betrag wird nennenswert kleiner, wenn man die Erhöhung des Deckungsbeitrages, den die sonstigen Einnahmen für den Haushaltsausgleich leisten, als etwas ansieht, was einer Erhöhung der volkswirtschaftlichen Steuerquote durchaus vergleichbar ist. Dies ließe sich von der Art der meisten Komponenten der sonstigen Einnahmen her, insbesondere Gebühren, Beiträge, Gewinne öffentlicher Unternehmen und dergleichen, durchaus rechtfertigen, wenn man davon auszugehen hätte, daß eine Erhöhung des Deckungsbeitrages dauerhaft, also nicht durch die Konjunkturlage oder durch vorübergehend wirksame Sonderfaktoren bedingt ist. Lange Zeit war eine solche Erhöhung des Deckungsbeitrages der sonstigen Einnahmen nicht festzustellen. Dauerhafte Änderungen in den Bestimmungsfaktoren der sonstigen Einnahmen, etwa ein verstärktes Kostendeckungsstreben im Gebührenwesen, können eine dauerhafte Änderung in der Struktur der Staatseinnahmen bewirken. Dem wäre dann auch bei der konjunkturellen Würdigung der öffentlichen Haushalte Rechnung zu tragen. Die Probleme, die beim Abschätzen einer dauerhaften Veränderung des Deckungsbeitrages der sonstigen Einnahmen auftreten, sind nicht gering. Wir haben bisher die wenigen Jahre einer starken Erhöhung dieses Deckungsbeitrages noch nicht zum Anlaß genommen, einen Teil davon, etwa einen Trendwert, in den Rechnungen zum konjunkturneutralen Haushalt zu berücksichtigen. Wir geben aber zu bedenken, daß, hält man im übrigen unsere Schätzung der auslastungsbedingten Mindereinnahmen des Staates für tragfähig, der derzeitige Abstand der öffentlichen Kreditaufnahme vom Verschuldungsverhalten des Staates in den sechziger Jahren wegen des hohen Deckungsbeitrages der sonstigen Einnahmen unter Umständen um mehrere Milliarden geringer zu veranschlagen ist, als es der von uns errechnete konjunkturelle Impuls für das Jahr 1978 ausweist. Nicht stark berührt würde allerdings die Veränderung des konjunkturellen Impulses von Jahr zu Jahr.

199. Ein konjunktueller Impuls von $17^{1}/_{2}$ Mrd DM in diesem Jahr bedeutet, daß der Staat direkt und indirekt etwa 1,3 vH des Produktionspotentials mehr in Anspruch nimmt, als konjunkturneutral gewesen wäre. Da sich im Vorjahr rechnerisch nahezu kein Impuls ergeben hatte, beträgt die Veränderung des Impulses gegenüber dem Vorjahr rund 17 Mrd DM. Etwa die gleiche Zunahme ergibt sich, wenn man die Ausgaben und Beitragseinnahmen der Sozialversicherung als Teil des staatlichen Sektors mit in die Rechnung einbezieht.

200. Die Höhe des konjunkturellen Impulses gibt indessen nicht vollständig wieder, was 1978 vom Staat getan worden ist, um die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu beeinflussen.

Erstens werden auch in diesem Jahr voraussichtlich wieder mehr Aufträge im Rahmen des Programms für Zukunftsinvestitionen vergeben, als sich in den Haushaltsdaten in der Form von Investitionsausgaben niederschlägt; in den kommenden beiden Jahren wird dann ein gegenläufiger Effekt wirksam werden.

Zweitens ist in Rechnung zu stellen, daß die Wirkungen der Maßnahmen, die im vergangenen und in diesem Jahr die Investitionsbedingungen verbessert haben, nur sehr unvollkommen erfaßt werden, wenn auf die Einnahmen und Ausgaben in den öffentlichen Haushalten abgestellt wird; die Körperschaftsteuerreform, die Erleichterungen im Rahmen der Gewerbesteuer und die Abschreibungserleichterungen haben vermutlich im Kalkül der Unternehmen eine größere Bedeutung, als in den Veränderungen der öffentlichen Einnahmen zum Ausdruck kommt.

Drittens ist zu berücksichtigen, daß 1978 gleichzeitig eine Senkung der Lohn- und Einkommensteuer und eine Erhöhung der Mehrwertsteuer vorgenommen wurden. Soweit hierdurch der Finanzierungssaldo des Staates unberührt bleibt, wird in unserem Konzept kein Impuls nachgewiesen, obwohl der Austausch einer einkommensbezogenen Steuer gegen eine verbrauchsbezogene Steuer sicherlich nicht ohne Einfluß auf die konjunkturelle Lage und die mittelfristigen Wachstumsbedingungen ist.

Schließlich ist nicht auszuschließen, daß die Maßnahmen, die von der Bundesregierung Ende Juli für 1979 und 1980 beschlossen wurden, bereits im laufenden Jahr die privaten Entscheidungen beeinflussen. Teilweise bestand ja von vornherein Einvernehmen über die von der Bundesregierung geplanten Maßnahmen, wie über die Reform des Einkommensteuertarifs und die Erhöhung des Kindergeldes; die privaten Haushalte konnten darauf vertrauen, daß ihre Einkommen im nächsten Jahr steuerlich entlastet werden. Offen war indes lange Zeit, welcher finanzielle Ausgleich für die Gemeinden gefunden wird, die von der geplanten Abschaffung der Lohnsummensteuer ab 1980 besonders betroffen sind. Die Wahl des Ausgleichsverfahrens hat auch Rückwirkungen auf Art und Umfang der Steuerbelastung der Unternehmen ab 1980.

Sozialversicherungen: Konsolidierung eingeleitet

201. Das Sozialversicherungssystem befindet sich derzeit in einer Phase der Konsolidierung. Nachdem

Tabelle 27

Die Haushalte der Gebietskörperschaften in konjunktureller Sicht [1])

Mrd DM

	1966	1972	1973	1974	1975	1976 [2])	1977 [2])	1978 [3])
(1) Produktionspotential in jeweiligen Preisen [4])	508,9	848,9	941,2	1 041,6	1 143,6	1 215,3	1 291,8	1 381,3
(2) Produktionspotential bei „konjunkturneutraler" Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Jahr [5])	508,9	828,2	922,9	1 023,2	1 124,9	1 223,0	1 290,7	1 363,1
(3) Staatsausgaben bei gleicher Staatsquote wie im Basisjahr 1966	145,6	237,0	264,1	292,8	321,9	350,0	369,4	390,1
(4) Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials [6])	494,9	805,4	897,5	995,1	1 094,0	1 189,4	1 255,2	1 325,6
(5) Vollbeschäftigungssteuereinnahmen bei gleicher Steuerquote wie im Basisjahr 1966	114,4	186,2	207,5	230,1	252,9	275,0	290,2	306,5
(6) Vollbeschäftigungssteuereinnahmen bei gleicher Steuerquote wie im jeweiligen Jahr [7])	114,4	191,8	219,3	241,6	256,5	286,9	317,5	330,1
(6a) nachrichtlich: tatsächliche Steuereinnahmen ohne konjunkturpolitische Sondersteuern und Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974	112,7	197,0	224,8	239,6	242,2	272,1	303,2	319,5
(6b) nachrichtlich: konjunkturpolitische Sondersteuern und Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974	.	− 5,7	+ 1,8	+ 2,6	− 0,1	− 4,2	− 3,7	− 1,1
(7) Mehreinnahmen aufgrund erhöhter Steuerquote (6) ./. (5)	.	+ 5,6	+11,8	+11,5	+ 3,6	+11,9	+27,3	+23,7
(8) Konjunkturneutrales Haushaltsvolumen (3) + (7)	145,6	242,6	275,9	304,4	325,5	362,0	396,7	413,8
(9) Tatsächliche Staatsausgaben [8])	145,6	252,7	282,2	318,2	362,4	376,8	397,2	431,3
(10) Konjunktureller Impuls [9]) (9) ./. (8)	.	+10,1	+ 6,3	+13,8	+36,9	+14,8	+ 0,5	+17,5
(10a) nachrichtlich: Konjunktureller Impuls unter Einrechnung der konjunkturpolitischen Sondersteuern und der Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974 (10) ./. (6b)	.	+15,8	+ 4,5	+11,2	+37,0	+19,0	+ 4,2	+18,6
(11) Ex post: Der Abweichung der realisierten von der konjunkturneutralen Staatsquote entsprechen ... [10])	.	+ 4,0	+ 0,8	+ 8,4	+31,4	+17,1	+ 0,2	+12,0
(12) Veränderung des konjunkturellen Impulses gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	.	− 8,4	− 3,8	+ 7,5	+23,0	−22,0	−14,3	+17,0

[1]) Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände, Offa, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen und EG-Anteile. — Zum Konzept des konjunkturneutralen Haushalts siehe Anhang V, Abschnitt D. Differenzen in den Summen durch Rundung.

[2]) Schätzung nach Teilergebnissen.

[3]) Eigene Schätzung.

[4]) Produktionspotential in Preisen von 1970, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts.

[5]) Produktionspotential in Preisen von 1970, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Vorjahr und der „konjunkturneutralen" Erhöhung des Preisniveaus im jeweiligen Jahr.

[6]) Normalauslastungsgrad (97,25 vH); zur Definition siehe Anhang V, Abschnitt A.

[7]) Anstelle der in früheren Gutachten verwendeten tatsächlichen Steuereinnahmen (siehe dazu JG 73 Ziffer 213). Bei der Ableitung des konjunkturneutralen Ausgabenspielraums, der durch eine Änderung der steuerlichen Einnahmenregelungen entsteht, bleibt unberücksichtigt, daß die tatsächliche Steuerquote nicht unbedingt derjenigen entsprechen muß, die sich bei Vollbeschäftigung und „konjunkturneutralem" Preisanstieg ergäbe.

noch Tabelle 27

	1966	1972	1973	1974	1975	1976 [2])	1977 [2])	1978 [3])
	vH							
Zum Vorjahresvergleich								
Steigerungsrate								
(a) der tatsächlichen Staatsausgaben (9) gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	+4,1	+11,6	+11,7	+12,8	+13,9	+4,0	+5,4	+8,6
(b) des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens (8) gegenüber den tatsächlichen Staatsausgaben im jeweiligen Vorjahr (9)	.	+ 7,1	+ 9,2	+ 7,9	+ 2,3	−0,1	+5,3	+4,2
Bestimmungsfaktoren von (b) [11])								
(c) Wachstumsrate des Produktionspotentials in Preisen von 1970		+ 5,1	+ 4,5	+ 3,5	+ 2,9	+2,8	+2,6	+2,9
(d) „Konjunkturneutrale" Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts	.	+ 3,0	+ 4,0	+ 5,0	+ 5,0	+4,0	+3,5	+2,5
(e) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der Steuerquote (13) von der des jeweiligen Vorjahres	.	+ 3,6	+ 2,2	− 0,5	− 2,9	+2,2	+3,9	−1,3
(f) Basiskorrektur: Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der realisierten Staatsquote (17) von der konjunkturneutralen (14) im jeweiligen Vorjahr [12])	.	− 4,6	− 1,6	− 0,3	− 2,7	−9,5	−4,8	−0,0
(13) Volkswirtschaftliche Steuerquote: $\frac{(6)}{(4)} \cdot 100$	23,12	23,82	24,43	24,28	23,45	24,12	25,29	24,90
(14) Konjunkturneutrale Staatsquote: $\frac{(8)}{(2)} \cdot 100$	28,61	29,30	29,90	29,75	28,94	29,60	30,73	30,36
(15) Beanspruchte Staatsquote: $\frac{(9)}{(2)} \cdot 100$	28,61	30,51	30,58	31,10	32,22	30,81	30,77	31,64
(16) Konjunktureller Impuls, bezogen auf das Produktionspotential in (2) (15) ./. (14)	.	+1,22	+0,68	+1,35	+3,28	+1,21	+0,04	+1,29
(17) Realisierte Staatsquote: $\frac{(9)}{(1)} \cdot 100$	28,61	29,77	29,98	30,55	31,69	31,01	30,75	31,22

[8]) Eigenfinanzierte Ausgaben.

[9]) Expansiv: +; kontraktiv: —.

[10]) Gleichbedeutend mit dem konjunkturellen Impuls auf der Basis der tatsächlichen Preissteigerungen (siehe Anhang V, Abschnitt D).

[11]) (b) ergibt sich als Zusammenfassung der Komponenten (c) bis (f). Wegen der überwiegend multiplikativen Verknüpfung der Komponenten ist (b) nicht genau gleich der Summe aus (c) bis (f) (siehe hierzu Anhang V, Abschnitt D).

[12]) Dies entspricht den Komponenten (f) und (g) in Tabelle 18 des JG 71, die aus Vereinfachungsgründen zusammengefaßt worden sind.

sich im vergangenen Jahr der Finanzierungssaldo (in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) noch von +1,4 Mrd DM auf −3,5 Mrd DM verschlechtert hatte, führen in diesem Jahr die vielfältigen Maßnahmen, die der Gesetzgeber 1977 ergriffen hat, zu einem allmählichen Abbau des Finanzierungsdefizits. Faßt man die Einnahmen und Ausgaben aller Sozialversicherungsträger [1]) zusammen, so ist in diesem Jahr noch mit einem Fehlbetrag von etwa 2½ Mrd DM zu rechnen.

Dabei ist jedoch zu beachten, daß dieser Rückgang des Defizits darauf zurückzuführen ist, daß der Bund seine Zuschüsse an die Sozialversicherungsträger in diesem Jahr über das gewohnte Ausmaß hinaus um zusätzliche 1½ Mrd DM erhöht. Ohne diesen Vorgang hätte das Defizit der Sozialversicherung gegenüber dem Vorjahr noch einmal zugenommen.

Der Finanzierungssaldo der Sozialversicherung weist im Zeitablauf typische Änderungen auf, weil Einnahmen und Ausgaben unterschiedlich mit der wirtschaftlichen Entwicklung verknüpft sind. Die Beitragseinnahmen, die über 80 vH der gesamten Einnahmen ausmachen, folgen bei konstanten Beitragssätzen unmittelbar den Arbeitseinkommen und der Beschäftigtenzahl; demgegenüber sind die Staatszuschüsse, das sind knapp 15 vH der Einnahmen, nur mit einer gewissen Verzögerung an die Veränderungen der Arbeitseinkommen gebunden, teilweise werden sie an der Höhe des jeweiligen Defizits ausgerichtet.

Entwicklungen am Arbeitsmarkt, ihrerseits abhängig von Konjunktur, Inflation und Wachstum, schlagen sich deshalb vorwiegend in gleichzeitigen und gleichgerichteten Entwicklungen der Beitragseinnahmen nieder. Für die Ausgaben gilt das nicht, vor allem deshalb, weil Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung eine besondere Ausgabendynamik haben. Die Ausgaben der Rentenversicherung hängen im wesentlichen ab von der Zahl der Rentner, der Höhe ihrer individuellen Rentenansprüche und — nach der bisherigen Praxis der Rentenanpassung — vor allem von den Löhnen und Gehältern früherer Jahre; sie folgen der Arbeitsmarktentwicklung deshalb zwar im wesentlichen gleichgerichtet, aber zeitlich verzögert. Für längerfristige Bewegungen sind außerdem Veränderungen der Bevölkerungsstruktur von besonderer Bedeutung. Die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung werden vor allem von der Zahl der Arbeitslosen und der Höhe ihrer Leistungsansprüche bestimmt; sie folgen der Beschäftigungsentwicklung deshalb zwar ungefähr gleichzeitig, aber im wesentlichen entgegengerichtet.

Die unterschiedliche Dynamik von Einnahmen und Ausgaben führt, wenn sich Entwicklungsprozesse nicht zufällig kompensieren, zu Defiziten oder Überschüssen im Sozialversicherungssystem. Stabilisierungspolitisch kann das erwünscht sein, etwa dann, wenn — wie bei der Arbeitslosenversicherung — die Ausgaben bei abnehmendem Beschäftigungsgrad steigen und umgekehrt. Gleichen sich die Änderungen von Einnahmen und Ausgaben aber über mehrere Jahre hinweg nicht aus, gibt es anhaltende und möglicherweise sogar steigende Überschüsse oder Defizite, die dem Staat Anlaß zu korrigierendem Eingreifen geben. Die Beschlüsse zur Sanierung der Rentenversicherung, die 1977 und 1978 gefaßt worden sind, sollten ein derartiges längerfristig angelegtes Defizit beseitigen.

[1]) Gesetzliche Rentenversicherung, Gesetzliche Krankenversicherung, Gesetzliche Unfallversicherung, Arbeitslosenversicherung, Altershilfe für Landwirte, Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst.

202. Die Rentenversicherung, deren Defizit in diesem Jahr ohne neue gesetzliche Maßnahmen stark gestiegen wäre, wurde durch die folgenden, 1977 beschlossenen Änderungen entlastet:

— Erstens wurde der Termin für die Rentenerhöhung vom 1. Juli dieses Jahres auf den 1. Januar 1979 verschoben. Damit fand in diesem Jahr erstmals seit 1958 keine Erhöhung der Renten statt. Mit dieser Verschiebung des Erhöhungstermins wurde die Regelung wieder eingeführt, die bis 1972 gegolten hatte; damals waren zwei Rentenerhöhungen in einem Jahr, zum 1. Januar und zum 1. Juli, durchgeführt worden. Damit hatte der negative Einfluß der steigenden Inflationsrate auf die relative Einkommenslage der Rentner gegenüber den Erwerbstätigen, das sogenannte Rentenniveau, kompensiert werden sollen. Dieser Einfluß hatte sich dadurch ergeben, daß die Renten seit 1958 stets nur mit einer zeitlichen Verzögerung von durchschnittlich vier Jahren an die Veränderung der Löhne und Gehälter der Erwerbstätigen angepaßt wurden. Umgekehrt stieg nun seit einiger Zeit bei niedrigeren Inflations- und Wachstumsraten das Rentenniveau deutlich an; dies führte bei gleichzeitig steigendem Verhältnis von Rentnern zu Beitragszahlern dazu, daß Maßnahmen zur finanziellen Entlastung der Rentenversicherung notwendig wurden.

— Zweitens erhalten die Rentenversicherungsträger seit Mitte des Jahres für die Arbeitslosen Rentenversicherungsbeiträge von der Bundesanstalt für Arbeit. Auf diese Weise wirkt sich die gesamtwirtschaftliche Beschäftigungslage weniger auf die Einnahmen der Rentenversicherung aus. Die finanziellen Lasten der derzeit hohen Arbeitslosigkeit werden dadurch allerdings bei der Bundesanstalt für Arbeit verstärkt spürbar.

— Drittens brauchen die Rentenversicherungen seit Mitte letzten Jahres weniger Krankenversicherungsbeiträge für die Rentner zu entrichten; die medizinische Versorgung der Rentner geht nun stärker zu Lasten der Krankenversicherungsträger.

Infolge dieser Maßnahmen wird das Finanzierungsdefizit der Rentenversicherungsträger in diesem Jahr nicht weiter steigen, sondern gegenüber dem Vorjahr um etwa 2½ Mrd DM auf gut 7 Mrd DM zurückgehen.

203. Trotz der einschneidenden Rechtsänderungen, die 1977 und 1978 in Kraft traten, ergab sich in der mittelfristigen Vorausschau für die Rentenversicherungen weiterhin eine finanzielle Lücke, die nicht allein aus dem Vermögen der Rentenversicherungsträger gedeckt werden konnte. Bei gleichbleibendem Rechtsstand hätte die langsamere Zunahme der Arbeitnehmereinkommen, die gegenüber der bisherigen Vorausschau erwartet wurde, ab dem kommenden Jahr wieder zu Steigerungen des Rentenniveaus und damit zu finanziellen Problemen für die Rentenversicherung geführt. So sah sich der Gesetzgeber in diesem Jahr abermals gezwungen, Maß-

nahmen zur finanziellen Sicherung der Rentenversicherung zu ergreifen. Erstmals wurde nun vorgesehen, daß die Rentenanpassungen nicht den Einkommenserhöhungen in den vorhergegangenen Perioden folgen sollen, sondern die Erhöhungssätze wurden nach Maßgabe der finanziellen Lage der Rentenversicherung festgesetzt. Im Jahre 1979 sollen die Renten um 4,5 vH, 1980 und 1981 jeweils um 4,0 vH erhöht werden. Ab 1982 soll die Rentenanpassung dann wieder den allgemeinen Einkommenssteigerungen nach der bisherigen Rentenformel folgen. Außerdem soll 1981 der Beitragssatz, mit dem die Einkommen der Versicherten belastet werden, von 18 vH auf 18,5 vH angehoben werden. Durch die Veränderungen von Renten- und Beitragsrecht wird die Rentenversicherung für die Jahre 1978 bis 1982 insgesamt um etwa 37 Mrd DM finanziell entlastet, das sind rund $5^1/_2$ vH der in diesem Zeitraum anfallenden Ausgaben der Rentenversicherung.

Mit der Reduzierung der Anpassungsraten wird zwar das Rentenniveau dauerhaft gesenkt (Tabelle 28). Ob der finanzielle Entlastungseffekt — der noch durch einige andere Maßnahmen verstärkt wird [1] — reicht, die Einnahmen und Ausgaben der Rentenversicherung in den nächsten Jahren auszugleichen, hängt aber davon ab, wie stark die Arbeitnehmereinkommen in den nächsten Jahren zunehmen werden. Nach Berechnungen der Bundesregierung werden beispielsweise zusätzliche Maßnahmen dann erforderlich sein, wenn die Durchschnittsentgelte der Versicherten dauerhaft mit 5 vH oder weniger zunehmen und die Beschäftigungslage sich nicht verbessert. Das Strukturproblem der Rentenversicherung, das darin besteht, daß die Relation von Renten zu Erwerbstätigenentgelten und damit auch die finanzielle Lage der Rentenversicherung von Inflation und Wachstum abhängt, ist also weiterhin nicht gelöst (JG 77 Ziffern 427 ff.).

204. Die finanzielle Entwicklung der Krankenversicherungen wurde in den Jahren 1976 und 1977 wesentlich dadurch geprägt, daß die Begrenzung des Ausgabenanstiegs, die durch das Kostendämpfungsgesetz des Jahres 1977 bewirkt werden sollte, bereits im Zusammenhang mit der Diskussion um dieses Gesetz eingesetzt hatte. Schon 1976 war der Ausgabenanstieg (+ 9,2 vH) wesentlich hinter der Zunahme der Einnahmen (+ 15,5 vH) zurückgeblieben, so daß sich ein Finanzierungsüberschuß von $3^1/_2$ Mrd DM ergeben hatte. Im letzten Jahr nahm der Überschuß bei nur mäßigem Ausgabenanstieg (+$4^1/_2$ vH) sogar noch etwas zu, obwohl die Zahlungen der Rentenversicherung für die Krankenversicherung der Rentner seit Mitte des Jahres rückläufig gewesen waren. Im laufenden Jahr ist diese Änderung des Finanzausgleichs zwischen den Sozial-

---

[1] An weiteren Maßnahmen sind insbesondere zu nennen: Freiwillige Beiträge führen künftig nur dann zu dynamischen Rentenansprüchen, wenn sie in einer gewissen Regelmäßigkeit entrichtet werden. Ab 1979 ist jede Beschäftigung, der regelmäßig mindestens 15 Stunden in der Woche nachgegangen wird, versicherungspflichtig — ohne Rücksicht auf die Höhe des Entgelts. Kurzfristige Aushilfsbeschäftigungen innerhalb eines Jahres werden zusammengezählt und sind versicherungspflichtig, wenn sie mehr als 50 Arbeitstage oder 2 Monate bestanden. Die Höchstgrenze der Rentenzahlung im Falle des Zusammentreffens von Unfall- und Altersrenten ist herabgesetzt worden. Die in einem bestimmten Jahr jeweils neuen Renten sollen künftig nicht mehr höher festgesetzt werden als die jeweils laufenden Renten.

Tabelle 28

Rentenniveau [1]

Jahr [1]	Monatliche Rente [2]	Altersruhegeld [3] gemessen am Brutto- arbeitsentgelt [4]	Altersruhegeld [3] gemessen am Netto- arbeitsentgelt [4]
	bei 40 anrechnungsfähigen Versicherungsjahren		
	DM	vH	vH
1957	214,10	*50,9*	*59,3*
1958	214,10	*48,2*	*56,7*
1959	227,10	*48,6*	*57,1*
1960	240,60	*47,3*	*56,3*
1961	253,60	*45,3*	*54,3*
1962	266,30	*43,6*	*52,5*
1963	283,90	*43,8*	*53,0*
1964	307,10	*43,5*	*53,0*
1965	335,90	*43,7*	*52,7*
1966	363,80	*44,1*	*54,0*
1967	392.90	*46,1*	*56,7*
1968	424,50	*46,0*	*57,4*
1969	459,80	*45,7*	*57,9*
1970	489,00	*44,0*	*56,9*
1971	515,90	*41,5*	*54,6*
1972	600,40	*43,5*	*57,3*
1973	668,60	*41,6*	*56,6*
1974	743,50	*41,6*	*57,4*
1975	826,00	*43,2*	*59,5*
1976	916,90	*44,8*	*63,3*
1977	1 008,10	*46,3*	*66,2*
1978 [5]	1 008,10	*46,1*	*65,4*
1979 [5]	1 053,50	*45,6*	*64,4*

[1] Angaben für Nettorentenniveau zum Teil vorläufig. Rentenbetrag im Kalenderjahr; Abzug (1968, 1969) und Rückzahlung (1972) des Krankenversicherungsbeitrages berücksichtigt.
[2] Rentenbetrag am 1. Juli des Jahres.
[3] Für Bestandsrenten in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten bei einer persönlichen Bemessungsgrundlage von 100 vH (Durchschnittsverdienst).
[4] Durchschnittliches Bruttojahresarbeitsentgelt aller Versicherten; das Nettoarbeitsentgelt ist daraus berechnet durch Abzug der durchschnittlichen Belastung aller abhängig Beschäftigten mit Lohnsteuer und Sozialbeiträgen entsprechend den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, ab 1970 eigene Berechnung.
[5] Eigene Schätzung.

Quelle: BMA

versicherungen zu Lasten der Krankenversicherungen verstärkt wirksam, da sie jetzt für das ganze Jahr gilt. Trotzdem erlaubte es die günstige Ausgabenentwicklung einigen Krankenversicherungsträgern, im Laufe dieses Jahres ihre Beitragssätze zu senken. Insgesamt kann in diesem Jahr mit einem Einnahmenüberschuß der Krankenversicherungen von mehr als 1 Mrd DM gerechnet werden. Schwer abzuschätzen ist, ob die Regelungen des Kostendämpfungsgesetzes auch dauerhaft auf eine Stabilisierung der Ausgabenentwicklung hinwirken und so ein Ansteigen der Beitragssätze der Krankenversicherung verhindern werden.

205. Bei der Bundesanstalt für Arbeit hatte sich 1977 ein Überschuß in Höhe von 0,3 Mrd DM ergeben. Da die Arbeitslosenzahl im laufenden Jahr unter der des Vorjahres bleibt und der Anteil der Leistungsempfänger an den Arbeitslosen zurückgeht, wird der Haushaltsabschluß im laufenden Jahr trotz einer kräftigen Steigerung der arbeitsmarktpolitischen Ausgaben, trotz des schlechten Wetters und der Streiks zu Jahresbeginn zumindest wieder kein Defizit aufweisen. Allerdings ist das nur möglich, weil der Bund die Kosten der Rentenversicherungsbeiträge für die Arbeitslosen übernommen hat, die ab Juli 1978 von der Bundesanstalt für Arbeit zu entrichten sind. Auch 1979 wird der Bund diese Kosten (insgesamt etwa 3 Mrd DM) zu einem großen Teil übernehmen müssen.

IX. Zur Entwicklung der Abgabenbelastung

206. Der Abgabendruck, der auf den Bürgern lastet, führt immer wieder zu heftigen politischen Auseinandersetzungen. Gerade in den letzten Jahren war neben konjunkturpolitischen Motiven der Widerstand gegen die hohen Abgaben Hauptgrund dafür, daß mehrfach Maßnahmen zur steuerlichenEntlastung ergriffen wurden. Im Vordergrund dieser Diskussion steht der Umfang der Steuerlast, die traditionell als das Verhältnis des Steueraufkommens zum Bruttosozialprodukt gemessen wird.

Die Entwicklung der auf dem kassenmäßigen Steueraufkommen beruhenden Steuerquote zeigt keinen eindeutigen Trend mehr, nachdem sie in den sechziger Jahren etwas über das durchschnittliche Niveau der fünfziger Jahre angestiegen war (Schaubild 31). Sie ist vielmehr immer wieder zwischen 22 vH und knapp 25 vH hin und her geschwankt; im langfristigen Durchschnitt liegt sie bei etwa 23 1/2 vH. Auch ist festzustellen, daß alsbald steuersenkende Maßnahmen ergriffen wurden, wenn die Steuerquote über 24 vH gestiegen war. Dies geschah unlängst im Zusammenhang mit der Einkommensteuerreform 1975 und zuletzt wieder für die Jahre 1978 und 1979. Dabei ist allerdings zu beachten, daß die Steuerquoten seit 1975 gegenüber denen der Vergangenheit überhöht sind, da seither nicht mehr Kinderfreibeträge das Aufkommen an Lohn- und Einkommensteuer mindern, sondern Kindergeld gezahlt wird. Aber auch wenn man die Steuerquote um diesen Betrag bereinigt, war sie im Jahre 1977 auf ein überdurchschnittliches Niveau angestiegen. Die steuerpolitischen Maßnahmen, die seitdem zur Entlastung bei der Lohn- und Einkommensteuer, bei der Gewerbesteuer, bei der Lohnsummensteuer, bei der Grunderwerbsteuer und bei der Vermögensteuer geführt haben, werden die Steuerquote bis 1979 voraussichtlich wieder auf einen Stand zurückführen, der etwa dem langjährigen Durchschnitt entspricht; bei dieser Berechnung ist die für 1979 geplante Erhöhung der Umsatzsteuer schon berücksichtigt worden.

Einen etwas anderen Verlauf zeigt die Steuerquote in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Sie ist längerfristig etwas gestiegen (Schaubild 31).

Der Grund für das etwas höhere Niveau der Steuerquote in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen liegt darin, daß dort im Gegensatz zur Finanzstatistik auch Abgaben der Europäischen Gemeinschaften sowie der sogenannte Kohlepfennig zu den Steuern gezählt werden; außerdem stellen die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Lohn- und Einkommensteuer sowie für die Körperschaftsteuer Beträge ein, wie sie kassenmäßig entstanden wären, wenn nicht Arbeitnehmersparzulagen und Investitionszulagen von den Steuerzahlungen in Abzug gebracht worden wären. Da all diese Unterschiede zur Finanzstatistik im Zeitablauf steigende Bedeutung erlangt haben, ergibt sich hier im Gegensatz zur kassenmäßigen Steuerquote eher ein leicht steigender Trend.

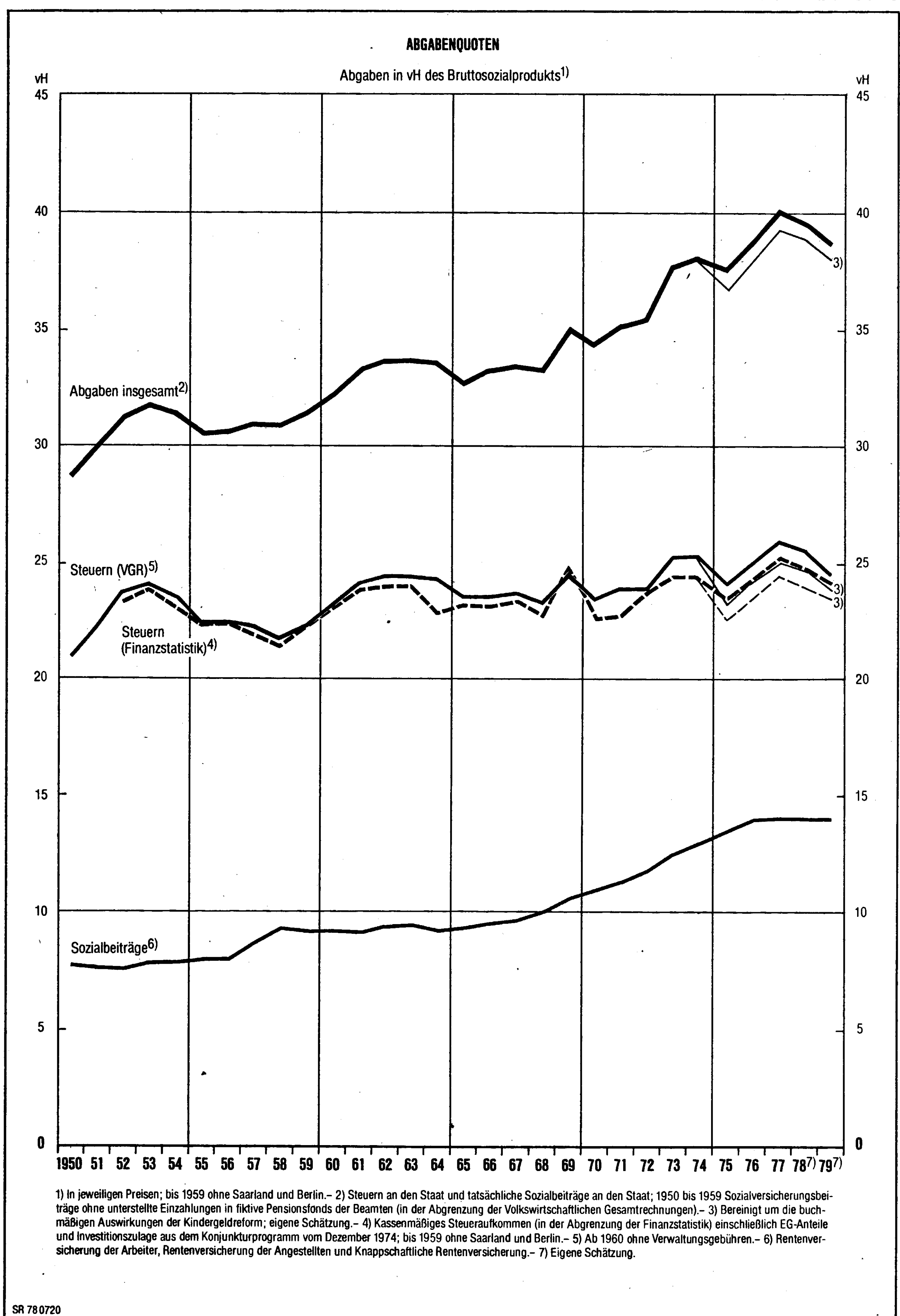
207. *Fraglich ist, ob die Steuerquote, gleichviel in welcher Abgrenzung, die staatliche Abgabenlast richtig abbilden kann. Besonders bei langfristigen Vergleichen treten Probleme auf, wenn beispielsweise der Staat ein bestimmtes Verhalten zeitweise mit Hilfe steuerlicher Begünstigungen, zeitweise über direkte Zahlungen zu fördern versucht; nur im ersten Fall wird die Steuerquote berührt. Die oben angeführte Reform des Familienlastenausgleichs ist nur ein Beispiel von vielen derartigen Veränderungen im Zeitablauf.*

Schließlich ist stets zu berücksichtigen, daß Abgaben nicht die einzige Last sind, die der Staat seinen Bürgern auferlegt. Vielfach versucht er auch, mit Hilfe von Auflagen und sonstigen oftmals kostenwirksamen Regelungen deren Verhalten in einer bestimmten Richtung zu verändern. Zum Teil werden, wie bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, auch Zahlungsverpflichtungen auf Private verlagert.

Der Subventionsbericht der Bundesregierung gibt alle zwei Jahre einen Überblick über sämtliche Steuervergünstigungen. Wegen vielfältiger Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Vergünstigungen und Steuerarten ist es aber nicht möglich, mit Hilfe der Angaben, die sich dort über Steuerausfälle finden, ein um Steuerausfälle infolge von Steuervergünstigungen „bereinigtes" Steueraufkommen zu ermitteln.

208. Auch Beiträge zur Sozialversicherung können weit überwiegend als staatlich festgelegte Zahlungsverpflichtungen gekennzeichnet werden. Zwar sind die einzelnen Zweige der Sozialversicherung prinzipiell als Versicherungen organisiert, so daß vom Grundsatz her jeder Leistung des Versicherten auch eine Gegenleistung der Versicherung gegenübersteht; das mag zu geringerem Widerstreben gegen

Schaubild 31



1) In jeweiligen Preisen; bis 1959 ohne Saarland und Berlin.– 2) Steuern an den Staat und tatsächliche Sozialbeiträge an den Staat; 1950 bis 1959 Sozialversicherungsbeiträge ohne unterstellte Einzahlungen in fiktive Pensionsfonds der Beamten (in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen).– 3) Bereinigt um die buchmäßigen Auswirkungen der Kindergeldreform; eigene Schätzung.– 4) Kassenmäßiges Steueraufkommen (in der Abgrenzung der Finanzstatistik) einschließlich EG-Anteile und Investitionszulage aus dem Konjunkturprogramm vom Dezember 1974; bis 1959 ohne Saarland und Berlin.– 5) Ab 1960 ohne Verwaltungsgebühren.– 6) Rentenversicherung der Arbeiter, Rentenversicherung der Angestellten und Knappschaftliche Rentenversicherung.– 7) Eigene Schätzung.

SR 78 0720

diese Abgaben führen. Hervorzuheben sind jedoch der Zwangscharakter dieser Beiträge und das große Maß an Umverteilung zwischen den Mitgliedern der Sozialversicherung, das nicht auf versicherungsbedingten Regelungen beruht. Von daher scheint es gerechtfertigt, neben der Steuerquote auch die Entwicklung der Sozialbeitragsquote bei einer Analyse der Entwicklung der gesamten Abgabenlast zu berücksichtigen.

Nach einem Niveausprung in den Jahren 1957 und 1958 blieb die Sozialbeitragsquote bis 1965 nahezu konstant. Im Gegensatz zur Steuerquote war dann aber im Bereich der Sozialversicherung von 1965 bis 1977 ein klarer Trend zu einer höheren Abgabenbelastung festzustellen.

209. Dieser Trend schlägt auch durch, wenn man Steuerquote und Sozialbeitragsquote zur Abgabenquote zusammenfaßt. Den bisherigen Höchststand hatte diese im Jahre 1977 erreicht; in den Jahren 1978 und 1979 sinkt sie durch die vielfältigen steuerpolitischen Maßnahmen zunächst einmal wieder.

210. Der Blick auf Steuerquote und Sozialbeitragsquote verdeckt freilich die vielfältigen Bewegungen, die zwischen den Bestandteilen dieser Quoten stattfinden und deren Entwicklung bestimmen. Für die Merklichkeit der gesamten Abgabenlast ist dabei von Bedeutung, ob solche Abgaben, die für die Privaten besonders fühlbar sind, stark zunehmen. Zwar gibt es keine genauen Maßstäbe für die Merklichkeit von Abgaben; man kann aber davon ausgehen, daß die Abgaben um so stärker in das Bewußtsein der Abgabepflichtigen treten, je direkter sie den einzelnen Bürger belasten.

211. Untersucht man unter diesem Gesichtspunkt die Veränderungen in der Struktur des Steuersystems, die bei mittelfristig kaum veränderter Steuerquote an den Veränderungen der Relation der Steuerarten zum Bruttosozialprodukt verdeutlicht werden können, so fällt im langfristigen Vergleich auf, wie stark die Bedeutung der Steuern vom Einkommen (Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und andere) im Zeitablauf zugenommen hat (Tabelle 29). Diese Entwicklung ist ausschließlich auf die große Dynamik der Lohnsteuer seit Anfang der sechziger Jahre zurückzuführen, während die Einkommensteuer der Veranlagten langfristig etwa wie das Bruttosozialprodukt anstieg und die Körperschaftsteuer als reine Gewinnsteuer ihrem Anteil nach lange Zeit eher abnahm. Die Lohnsteuer hatte in den fünfziger Jahren ein ähnliches Gewicht wie die Steuern vom Vermögensbesitz (Vermögensteuer, Grundsteuer, Lastenausgleichsabgaben) und die Einkommensteuer der Veranlagten; die Bedeutung der umsatzbezogenen Steuern und der Steuern vom Verbrauch und Aufwand war damals viel größer. Vom Beginn der sechziger Jahre an aber stieg das Lohnsteueraufkommen erheblich stärker als das Sozialprodukt. Heute erbringt die Lohnsteuer nahezu 30 vH des gesamten Steueraufkommens, im Jahre 1960 waren es noch 12 vH gewesen.

Die Entwicklung der Lohnsteuer ist auf verschiedene Einflußfaktoren zurückzuführen:

— Der Anteil der Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen ist im Zeitablauf stark gestiegen. Im Jahre 1960 betrug er 77,2 vH, 1978 etwa 85,4 vH. Insoweit kommt in dem Anstieg der Lohnsteuer zum Ausdruck, wie stark sich die Erwerbstätigenstruktur geändert hat. Dagegen hat die Steigerung der durchschnittlichen Löhne und Gehälter im Vergleich zum Bruttosozialprodukt nur wenig zu dem erhöhten Gewicht der Lohnsteuer beigetragen.

— Am wichtigsten für die zunehmende Bedeutung der Lohnsteuer ist die progressive Ausgestaltung des Steuertarifs. Werden keine Änderungen am Tarif vorgenommen, so nimmt das Aufkommen an Lohnsteuer stets stärker zu als die Summe der Löhne und Gehälter, aus der sie zu entrichten ist. Dies gilt unabhängig davon, ob der Steigerung der Löhne und Gehälter ein realer Zuwachs des Sozialprodukts entspricht oder ob sie lediglich auf inflationäre Prozesse zurückzuführen ist.

— Schließlich ist zu beachten, daß die Abgrenzung zwischen Lohnsteuer und Einkommensteuer recht willkürlich ist. Sobald ein bestimmtes Einkommen erreicht ist, kann der Arbeitnehmer zuviel gezahlte Steuern nicht mehr im Wege des Lohnsteuerjahresausgleichs zurückerhalten — also zu Lasten des Lohnsteueraufkommens —, sondern muß eine Einkommensteuererklärung abgeben, und Steuerrückzahlungen gehen dann zu Lasten des Aufkommens an veranlagter Einkommensteuer. Derartige Erstattungen machten 1978 über 5 Mrd DM aus.

Die Tarifreform von 1975 hat an der Dynamik der Lohnsteuer nichts geändert. Sie brachte zwar eine Unterbrechung des Anstiegs, aber anschließend nahm die Lohnsteuer auch unter dem neuen Tarif wieder doppelt so schnell zu wie das Sozialprodukt. Schon 1977 kam es deshalb zu Maßnahmen, die dieser Entwicklung teilweise sofort, teilweise 1978 Einhalt gebieten sollten, und ab 1979 wird ein neuer Tarif gültig sein. Erstmals seit Mitte der fünfziger Jahre wird die Lohnsteuer zwei Jahre hintereinander (1978 und 1979) langsamer als das Bruttosozialprodukt zunehmen.

212. Trotz der hohen Elastizität der Lohnsteuer stagnierte die Steuerquote im längerfristigen Vergleich nahezu, da andere Steuern diese Bewegung der Lohnsteuer kompensierten.

Die Steuern vom Verbrauch und Aufwand, die im wesentlichen mengenbezogen sind, gehen sowohl im Verhältnis zum nominellen Sozialprodukt als auch in Relation zum gesamten Steueraufkommen zurück, wenn die Steuersätze nicht nach Maßgabe der Preissteigerungen regelmäßig angehoben werden. In der Vergangenheit haben zwar manche Einzelsteuern, wie die Mineralölsteuer, zeitweise eine große Dynamik entfaltet, da der Verbrauch der besteuerten Güter außerordentlich zunahm; auch Steuersatzanhebungen spielten bei dieser Entwick-

Tabelle 29

Zur Elastizität ausgewählter Steuerarten

Kassenmäßiges Steueraufkommen in vH des Bruttosozialprodukts [1])

Jahr	Steuern: vom Einkommen [2]) insgesamt	darunter Lohnsteuer	vom Umsatz [3])	vom Verbrauch und Aufwand [4])	auf den Gewerbebetrieb [5])	vom Vermögensbesitz [6])
1952 [7])	8,0	2,5	6,2	4,8	1,9	2,3
1953 [7])	8,3	2,4	6,0	4,8	2,0	2,4
1954 [7])	7,8	2,3	6,0	4,6	2,0	2,5
1955 [7])	7,2	2,3	6,1	4,6	2,0	2,3
1956 [7])	7,4	2,6	6,1	4,6	2,0	2,2
1957 [7])	7,4	2,3	5,8	4,5	2,2	1,9
1958 [7])	7,1	2,4	5,6	4,4	2,2	1,8
1959 [7])	7,3	2,2	5,7	4,5	2,4	1,9
1960	8,1	2,7	5,7	4,6	2,5	1,6
1961	9,0	3,2	5,7	4,7	2,5	1,6
1962	9,3	3,4	5,6	4,7	2,4	1,6
1963	9,5	3,6	5,6	4,8	2,4	1,4
1964	9,4	3,8	5,5	4,8	2,4	1,4
1965	9,0	3,7	5,6	4,8	2,3	1,3
1966	9,1	3,9	5,4	4,8	2,3	1,2
1967	8,9	4,0	5,3	5,3	2,2	1,3
1968	9,2	4,1	4,9	5,0	2,2	1,2
1969	9,6	4,5	6,3	4,9	2,6	1,1
1970	9,2	5,2	5,8	4,5	1,8	1,1
1971	9,5	5,7	5,8	4,3	1,9	1,0
1972	10,3	6,0	5,8	4,5	2,1	0,9
1973	11,1	6,7	5,5	4,5	2,2	0,9
1974	11,5	7,3	5,4	4,2	2,2	0,9
1975	10,9	6,9	5,4	4,1	2,0	0,9
1976	11,2	7,2	5,3	4,0	2,1	0,9
1977	12,2	7,6	5,3	4,0	2,2	1,0
1978 [8])	11,9	7,1	5,8	3,9	2,1	0,9
1979 [8])	11,4	6,9	6,0	3,8	2,1	0,7

[1]) In jeweiligen Preisen.
[2]) Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer, nichtveranlagte Steuern vom Ertrag, Körperschaftsteuer, Abgabe Notopfer Berlin, Ergänzungsabgabe; ab 1975 einschließlich Investitionszulage aus dem Konjunkturprogramm vom Dezember 1974.
[3]) Umsatzsteuer, Mehrwertsteuer, Einfuhrumsatzsteuer, Versicherungsteuer u. a.
[4]) Mineralölsteuer, Tabaksteuer, Branntweinabgaben, Kraftfahrzeugsteuer u. a.
[5]) Gewerbesteuer, Lohnsummensteuer, Schankerlaubnissteuer.
[6]) Vermögensteuer, Grundsteuer, Lastenausgleichsabgaben u. a.
[7]) Ohne Saarland und Berlin.
[8]) Eigene Schätzung.

lung eine Rolle. Beides hat nicht ausgeglichen, daß der größte Teil der Steuern vom Verbrauch und Aufwand im Trend eine langsamere Entwicklung als das Sozialprodukt aufweist.

213. Das Aufkommen der umsatzbezogenen Steuern wird zwar von inflationären Prozessen nicht berührt, da die Umsätze entsprechend der Inflation ansteigen. Im Trend hat es aber aus den unterschiedlichsten Gründen doch etwas langsamer als das Sozialprodukt zugenommen. So ist der Anteil der umsatzbezogenen Steuern am Steueraufkommen bis 1977 auf 21 vH gesunken, nachdem er Anfang des Jahrzehnts noch 25½ vH betragen hatte. Die Anhebung des Umsatzsteuersatzes in den Jahren 1978 und 1979 führt allerdings dazu, daß dieser Rück-

gang im Anteil wieder wettgemacht wird; im Jahre 1980 nimmt der Anteil sogar weiter zu, da dann die geplante Steuererhöhung des Jahres 1979 erstmals für ein ganzes Jahr gültig sein wird.

214. Die Steuern und Abgaben vom Vermögensbesitz sind in ihrem Anteil langfristig zurückgegangen. Dies ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die Lastenausgleichsabgaben, die in den fünfziger Jahren in absoluten Beträgen festgesetzt wurden, im Laufe der Zeit an Gewicht verloren haben; auch wurden viele Lastenausgleichsschulden vorzeitig abgelöst, so daß das Aufkommen in späteren Jahren sogar absolut rückläufig war. Außerdem verlor die Grundsteuer immer mehr an Bedeutung.

215. Die Zunahme der Quote der Sozialbeiträge seit Mitte der sechziger Jahre ist ebenso wie die der Quote der Lohnsteuer teilweise auf einen zunehmenden Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen zurückzuführen. Schon bei konstanten Beitragssätzen hätte die Sozialbeitragsquote aus diesem Grunde zugenommen; dieser Effekt wurde durch die Anhebung der Beiträge in den einzelnen Versicherungszweigen verstärkt (Schaubild 32).

Zunächst wurde der Beitragssatz der Rentenversicherung [1]) schrittweise angehoben. Von 1957 bis 1967 hatte er 14 vH betragen, bis 1973 stieg er auf 18 vH an; dieser Satz gilt bis heute. Der Anteil des Bundes an der Finanzierung der Ausgaben der Rentenversicherung hat sich im Zeitablauf verringert. Zu der Erhöhung der Beiträge war es trotz eines zeitweise sinkenden Bruttorentenniveaus gekommen, weil das Verhältnis zwischen der Zahl der Rentner und der Zahl der Beitragszahler stark zunahm und die Leistungen der Rentenversicherung Anfang der siebziger Jahre deutlich verbessert wurden.

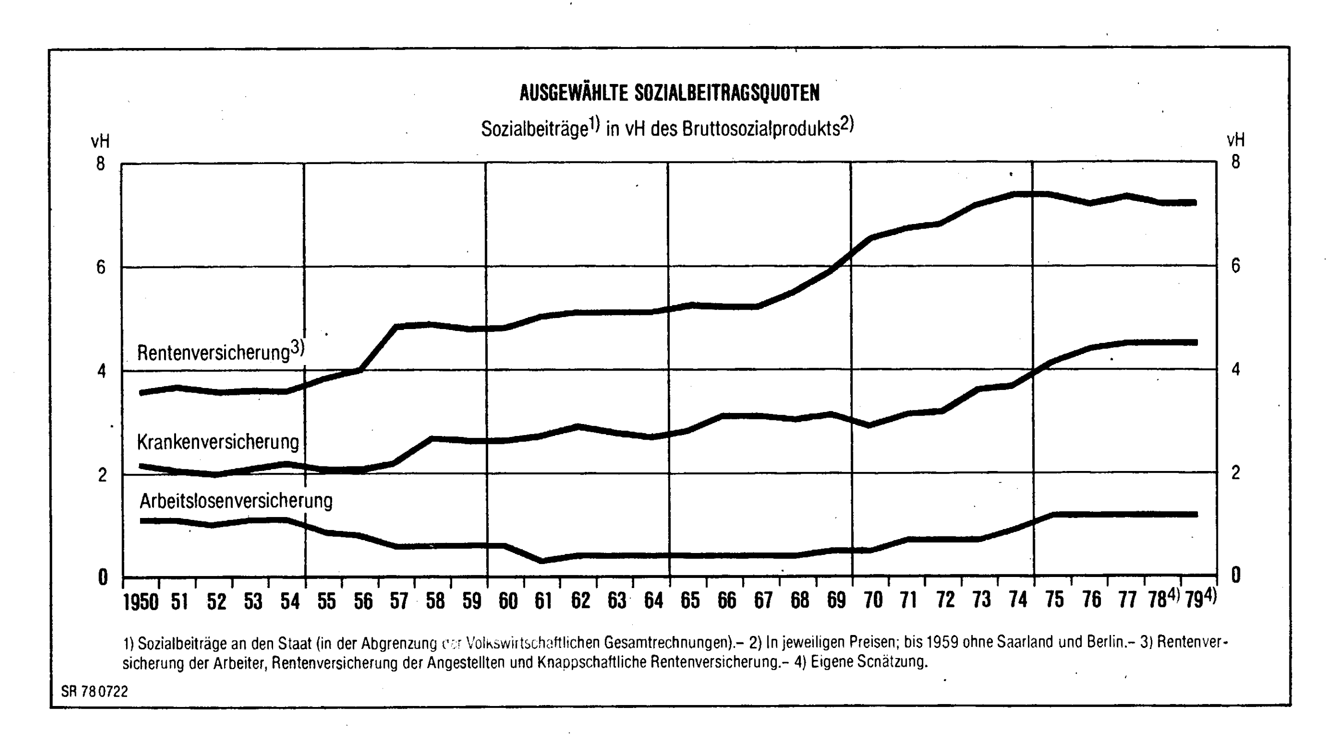
Seit 1970 ist der Anstieg der Sozialbeitragsquote auch durch die Kostensteigerungen im Gesundheitswesen verstärkt worden. Im Jahre 1970 waren die Beitragssätze in den Krankenversicherungen im Durchschnitt noch von 8,5 vH auf 8,2 vH gesenkt worden, da die Kosten der Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfall von der Krankenversicherung auf die Arbeitgeber übertragen worden waren. Seitdem bewirken Mehrausgaben, sowohl aufgrund von Leistungsverbesserungen als auch infolge einer stärkeren Inanspruchnahme dieser Leistungen, daß der durchschnittliche Beitragssatz bis 1977 auf 11,4 vH anstieg. Er ist 1978 nach unserer Schätzung unverändert geblieben und wird 1979 voraussichtlich etwas zurückgehen.

Schließlich kam in den siebziger Jahren hinzu, daß auch die Arbeitslosenversicherung mehrfach ihre Beitragssätze erhöhte. Zunächst war es die Verbesserung ihrer Leistungen, seit 1975 dann zusätzlich die Unterstützung für die große Zahl der Arbeitslosen, die die Erhöhung der Beitragssätze notwendig machte.

---

[1]) Die Angaben gelten für die Rentenversicherung der Arbeiter und die Rentenversicherung der Angestellten, nicht für die knappschaftliche Rentenversicherung; dort beträgt der Beitragssatz seit 1957 unverändert 23,5 vH.

Schaubild 32



1) Sozialbeiträge an den Staat (in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen).– 2) In jeweiligen Preisen; bis 1959 ohne Saarland und Berlin.– 3) Rentenversicherung der Arbeiter, Rentenversicherung der Angestellten und Knappschaftliche Rentenversicherung.– 4) Eigene Scnätzung.

216. Die starke Steigerung der Abgabenquote, insbesondere von Mitte der sechziger Jahre bis 1977, war also zur Hauptsache auf die zusätzliche Belastung der Einkommen aus unselbständiger Arbeit mit Lohnsteuer und Sozialbeiträgen zurückzuführen, während die anderen Abgabearten in ihrer Bedeutung eher stagnierten oder sogar abnahmen. Da bei den direkten Abzügen vom Einkommen die Merklichkeit höher ist als bei Steuern, die indirekt über Preiserhöhungen zu Einbußen bei den Realeinkommen führen, ist wegen der Änderung in der Belastungsstruktur die Merklichkeit der Abgabenlast trotz einer im wesentlichen unveränderten Steuerquote angestiegen.

217. Die Zunahme der Belastung der Haushalte mit Lohnsteuer und Sozialbeiträgen läßt sich an der Abgabenentwicklung in einzelnen typisierten Haushalten im Zeitablauf verdeutlichen (Schaubild 33).

Um die Abgabenbelastung der Arbeitnehmerhaushalte im Zeitablauf darzustellen, wurden vier fiktive Haushalte ausgewählt:

I. Ein lediger Arbeiter mit einem Einkommen, das in allen Jahren 20 vH über der Bruttolohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer liegt. Der Zuschlag von 20 vH soll schätzungsweise ausgleichen, daß die rechnerischen Durchschnittsentgelte gegenüber den tatsächlichen zu niedrig ausgewiesen werden, weil die Einkommen der nicht vollbeschäftigten Arbeitnehmer mit in die Durchschnittsberechnung einbezogen sind.

II. Ein verheirateter Arbeiter mit zwei nicht berufstätigen Kindern; die Ehefrau ist ebenfalls nicht berufstätig. Das Einkommen entspricht dem des Haushalts I (mittleres Einkommen).

III. Ein Arbeiter mit dem gleichen Familienstand wie im Haushalt II, aber mit einem Einkommen, das in allen Jahren halb so groß ist wie das des Haushalts I (niedriges Einkommen).

IV. Ein Arbeiter mit dem gleichen Familienstand wie im Haushalt II, aber mit einem Einkommen, das in allen Jahren doppelt so groß ist wie das des Haushalts I (hohes Einkommen).

Als Abgaben wurden die Lohnsteuer, das Notopfer Berlin, die Ergänzungsabgabe zur Lohnsteuer und die Beiträge zur Sozialversicherung, nicht aber der rückzahlbare Konjunkturzuschlag und die zeitlich befristete Stabilitätsabgabe in die Rechnung einbezogen. Außerdem war zu berücksichtigen, daß in dem betrachteten Zeitraum (1950 bis 1979) die Regelungen des Familienlastenausgleichs geändert wurden; von 1961 bis 1974 wurde teilweise Kindergeld gezahlt, teilweise wurden Kinderfreibeträge bei der Lohnsteuerberechnung berücksichtigt. Um eine im Zeitablauf vergleichbare Reihe zu erhalten, wurde in allen Jahren das jeweils gezahlte Kindergeld als „negative" Steuer angesehen.

218. Die durchschnittliche Belastung des Einkommens hat in allen ausgewählten Haushalten außer im Haushalt III bis 1977 zugenommen. Für den Alleinstehenden (Haushalt I) gilt dies seit 1950, für die anderen Haushalte seit Anfang der sechziger Jahre. Diese Entwicklung wurde allerdings durch die Änderung des Steuertarifs und die Reform des Familienlastenausgleichs im Jahre 1975 unterbrochen. Auch 1978 ging die Abgabenquote als Folge der Erhöhung verschiedener Freibeträge sowie des Kindergeldes in allen Haushalten zurück. Die geplante Änderung des Steuertarifs im Jahre 1979 wird sich uneinheitlich auswirken; für die Haushalte II und III ergibt sich keine weitere Verminderung der Abgabenlast; für Haushalt II nimmt die durchschnittliche Belastung sogar wieder zu, während die Haushalte I und IV wie schon 1978 deutlich entlastet werden.

Die Unregelmäßigkeiten im Verlauf der Abgabenquote des Haushalts III (mit niedrigem Einkommen) sind darauf zurückzuführen, daß 1961 das Kindergeld für das zweite Kind eingeführt wurde und daß dieser Haushalt die Einkommensgrenze in bezug auf das Kindergeld im Jahr 1970 überschritt, im Jahr 1971 aber wieder von der Anhebung dieser Einkommensgrenze profitierte.

219. Stellt man die Frage, wie stark in den einzelnen Jahren 100 DM belastet worden wären, wenn die einzelnen Haushalte diesen Betrag im Monat zusätzlich verdient hätten, so ergibt sich längerfristig betrachtet ein uneinheitliches Bild. Für jeden Haushaltstyp gelten unterschiedliche Niveaus, Trends und Schwankungen der sogenannten Grenzbelastung. Maßgeblich sind im Einzelfall

— der Zeitpunkt, zu dem das zu versteuernde Einkommen den Grundfreibetrag überschreitet (beispielsweise bei Haushalt II ab 1960, bei Haushalt III ab 1970);

— die Wirkung der steigenden Grenzsteuersätze bei steigendem Einkommen („direkte Progression") für solche Steuerpflichtigen, deren Einkommen höher liegt als das Einkommen, bis zu dem zusätzliche Einkommen mit einem konstanten Steuersatz belastet werden (beispielsweise die Haushalte I und IV seit 1968);

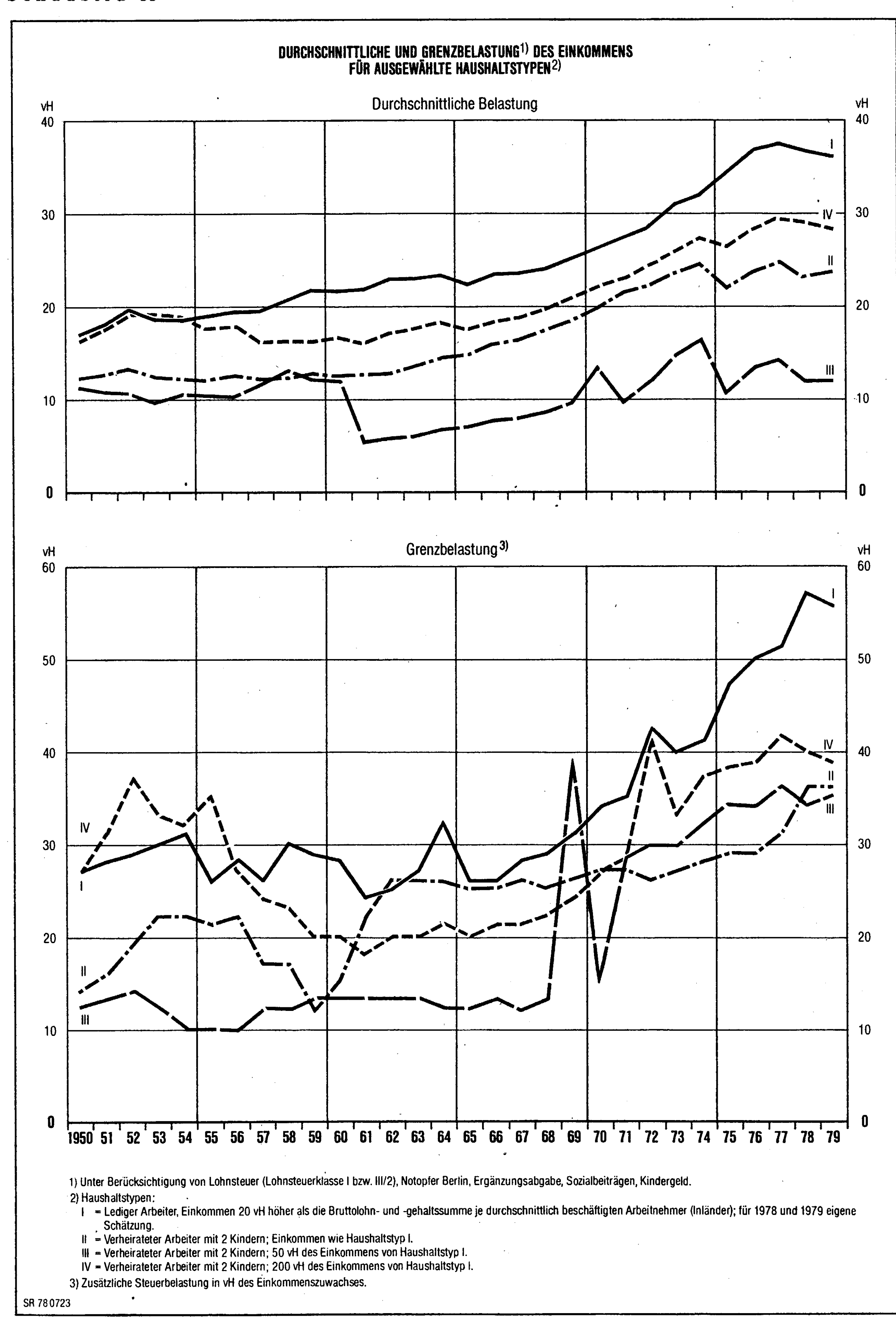
— der Zeitpunkt, zu dem das Einkommen die Beitragsbemessungsgrenze bei einem der Sozialversicherungszweige über- oder unterschreitet (Haushalte I und II in den Jahren 1958 und 1978);

— der Zeitpunkt, zu dem das zu versteuernde Einkommen die Einkommensgrenze der Ergänzungsabgabe überschreitet (Haushalte I und IV im Jahre 1972);

— der Zeitpunkt, zu dem das zu versteuernde Einkommen die Einkommensgrenze überschreitet, die es bis 1974 beim Kindergeld gab (Haushalt III im Jahre 1969).

Gemeinsam ist allen Haushaltstypen, daß ihre Grenzbelastung zumindest seit Anfang der siebziger Jahre, teilweise auch schon eher, wesentlich zugenommen hat. Die Veränderungen im Steuertarif seit 1977 haben daran bei den hier ausgewählten Haushalten wenig geändert.

Schaubild 33



1) Unter Berücksichtigung von Lohnsteuer (Lohnsteuerklasse I bzw. III/2), Notopfer Berlin, Ergänzungsabgabe, Sozialbeiträgen, Kindergeld.

2) Haushaltstypen:
- I = Lediger Arbeiter, Einkommen 20 vH höher als die Bruttolohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer (Inländer); für 1978 und 1979 eigene Schätzung.
- II = Verheirateter Arbeiter mit 2 Kindern; Einkommen wie Haushaltstyp I.
- III = Verheirateter Arbeiter mit 2 Kindern; 50 vH des Einkommens von Haushaltstyp I.
- IV = Verheirateter Arbeiter mit 2 Kindern; 200 vH des Einkommens von Haushaltstyp I.

3) Zusätzliche Steuerbelastung in vH des Einkommenszuwachses.

SR 78 0723

Zu beachten ist, daß die dargestellten Kurven eine Anschauung von typisierten Verläufen vermitteln sollen und nicht ohne weiteres verallgemeinert werden können. Für andere Haushalte würden sich andere Verläufe der Abgabenquote und der Grenzbelastung über die Zeit ergeben.

220. Die Entwicklung der Belastung zusätzlichen Einkommens in der Zeit kann anhand der Abgabenlast ausgewählter Haushalte nur in Grenzen verdeutlicht werden. Einen umfassenderen Einblick gibt ein direkter Vergleich der Einkommensteuertarife im Zeitablauf; dabei bleiben allerdings die Sozialbeiträge unberücksichtigt.

Um die verschiedenen Tarife [1]) miteinander vergleichen zu können, mußte berücksichtigt werden, daß eine D-Mark früher nicht mehr einer D-Mark im Jahre 1979 entspricht, weil allgemeine Preissteigerungen, die sich auch in der Einkommensentwicklung niederschlugen, die D-Mark ständig entwertet haben. Dieser Inflationseffekt wurde berücksichtigt, indem sämtliche Steuertarife so inflationiert wurden, daß sie vom Realeinkommen her mit dem Tarif vergleichbar sind, der ab 1. Januar 1979 aller Voraussicht nach gültig sein wird. Schaubild 34 zeigt also, wie vergleichbare Einkommensbeträge im Zeitablauf nach den verschiedenen Tarifen gemäß den Grenzsteuersätzen der Einkommensteuer unterworfen wurden.

Bei der Interpretation sollte beachtet werden, daß es problematisch sein kann, sämtliche Einkommen nach Maßgabe desselben Preisindex vergleichbar zu machen. Denn es ist nicht auszuschließen, daß sich bei den verschiedenen Einkommensklassen die inflationären Prozesse in unterschiedlichem Maße ausgewirkt haben.

221. Der Tarif des Jahres 1953 unterscheidet sich von den Tarifen, die später gegolten haben, durch die stufenweise Veränderung des Steuersatzes, der für zusätzliche Einkommensbeträge Anwendung findet. Zudem beträgt der Grenzsteuersatz bei sehr hohen Einkommen bis zu 80 vH — ein Belastungssatz, der bei den damals sehr hohen Steuervergünstigungen im Einkommensteuergesetz wohl selten effektiv wurde. Im übrigen ähnelt dieser Tarif — sieht man von den Stufen einmal ab — stark einem Tarif mit durchgehender Progression.

Die späteren Tarife begannen mit dem Zugriff auf das Einkommen der Steuerzahler sämtlich bei einem höheren Einkommen als der Tarif von 1953; dieser Eingriff setzte dann aber auch sogleich viel stärker ein, die Grenzbelastung betrug zwischen 19 vH und 22 vH. Allen diesen Tarifen gemeinsam ist auch die untere Proportionalzone des Tarifs, das heißt, bis zu einem bestimmten Einkommen bleibt der Grenzsteuersatz konstant. Auffällig ist, wie eng beieinander die vergleichbaren Einkommensbeträge liegen, die das Ende dieser sogenannten Proportionalzone kennzeichnen.

Im Anschluß an diese Zone mit konstantem Grenzsteuersatz fanden die häufigsten und die bedeutsamsten Tarifänderungen statt. Die im unteren Teil des Schaubildes angegebenen Einkommenssteigerungen machen auch deutlich, daß dieser Bereich von der Zahl der Betroffenen her mit der Zeit immer größere Bedeutung erlangte. Die Tarifreform, die 1979 in Kraft treten soll, stand fast ausschließlich im Zeichen der Diskussion um den Tarifverlauf in diesem Bereich. So wie 1965 wurde nun wieder ein Tarif gefunden, der keinen Sprung, wohl aber einen Knick in der Veränderung der Belastung zusätzlichen Einkommens zeigt.

Von einer bestimmten Einkommenshöhe ab geht dieser Tarif in der Belastung zusätzlichen Einkommens über alle bisher angewandten Tarife hinaus. Bei einem Vergleich mit dem Tarif von 1965 ist allerdings zu beachten, daß dieser nur bis 1967 in der dargestellten Form der Besteuerung zugrunde gelegt wurde. Im Jahre 1968 wurde die Ergänzungsabgabe eingeführt, die für zu versteuernde Einkommen ab 16 020 DM (bzw. 32 040 DM für Verheiratete) eine zusätzliche Belastung eines Mehrverdienstes in Höhe von 3 vH der Einkommensteuer brachte; das bedeutet, daß der dargestellte Steuertarif ab 1968 die Grenzbelastung für höhere Einkommen etwas unterzeichnet.

Die eigentliche Neuerung des Tarifs 1979 gegenüber dem zuvor gültigen Tarif liegt in der Verminderung der Grenzbelastung im Anschluß an die sogenannte Proportionalzone. Da aber der Tarif bei dem gleichen nominellen Einkommensbetrag in einen Spitzensteuersatz von 56 vH mündet, hatte dies notwendigerweise zur Folge, daß die Grenzsteuersätze im Anschluß an die Proportionalzone jetzt stärker als früher, allerdings zunächst auf deutlich niedrigerem Niveau, ansteigen.

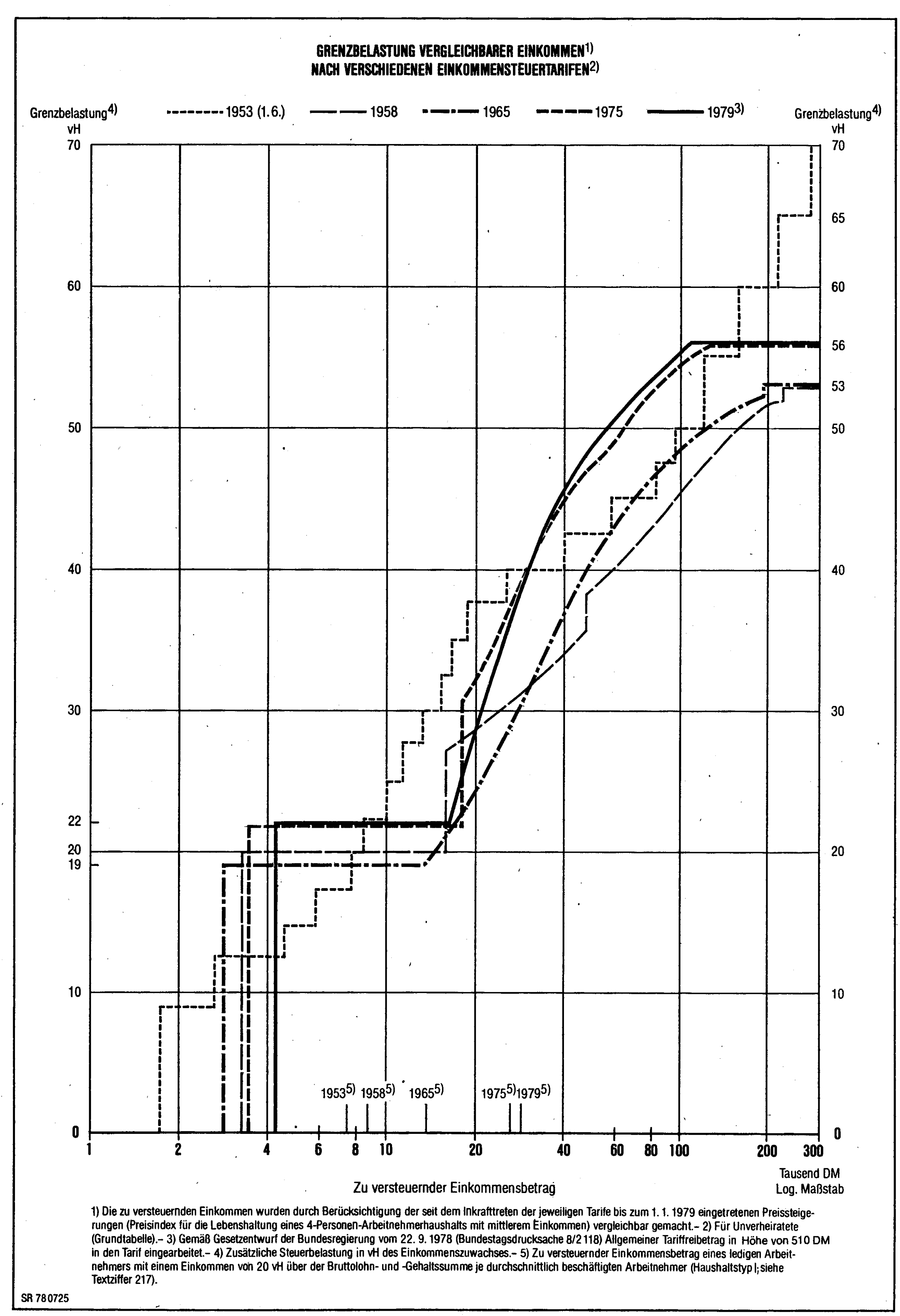
222. Der Tarifvergleich zeigt, wie bei von der Kaufkraft her vergleichbaren Einkommen Einkommenszuwächse im Zeitablauf unterschiedlich besteuert wurden. Die Tendenz zu höherer Grenzbelastung zusätzlichen Einkommens im Laufe der Jahre ist deutlich sichtbar. Wenn dieser Befund aber mit ein Anlaß für die Veränderungen am Steuertarif in den letzten Jahren war, dann zeigt Schaubild 34, daß sich hieran nichts Wesentliches geändert hat. Dies wäre auch nur bei drastischen Veränderungen des Steuertarifs möglich, was gleichzeitig — falls nicht die Steuerquote stark gesenkt werden sollte — entsprechende Veränderungen im Steuersystem zur Folge haben müßte.

Berücksichtigt man zusätzlich, daß heute allgemein auch höhere Realeinkommen bezogen werden als zu den Zeiten, in denen die anderen Tarife Gültigkeit erlangten, dann ist die Feststellung einer im Durchschnitt gestiegenen Grenzbelastung verstärkt gültig. Die Steigerung der durchschnittlichen realen Löhne und Gehälter in der Zeit wird an der Veränderung des zu versteuernden Einkommens des Haushalts I, die in Schaubild 34 aufgezeigt wird, verdeutlicht.

---

[1]) Anfang der fünfziger Jahre unterlag der Steuertarif vielfachen Änderungen; beispielhaft wurde für diese Zeit der Tarif ausgewählt, der in der zweiten Hälfte des Jahres 1953 gegolten hat.

Schaubild 34



1) Die zu versteuernden Einkommen wurden durch Berücksichtigung der seit dem Inkrafttreten der jeweiligen Tarife bis zum 1. 1. 1979 eingetretenen Preissteigerungen (Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalts mit mittlerem Einkommen) vergleichbar gemacht.– 2) Für Unverheiratete (Grundtabelle).– 3) Gemäß Gesetzentwurf der Bundesregierung vom 22. 9. 1978 (Bundestagsdrucksache 8/2118) Allgemeiner Tariffreibetrag in Höhe von 510 DM in den Tarif eingearbeitet.– 4) Zusätzliche Steuerbelastung in vH des Einkommenszuwachses.– 5) Zu versteuernder Einkommensbetrag eines ledigen Arbeitnehmers mit einem Einkommen von 20 vH über der Bruttolohn- und -Gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer (Haushaltstyp I; siehe Textziffer 217).

SR 780725

223. Alles in allem kann auch der Tarifvergleich einen Eindruck davon vermitteln, wie sich im Zeitablauf die für die Steuerzahler bedeutsame Belastung zusätzlichen Einkommens verändert hat. Nicht aber geht aus ihm hervor, zu welcher durchschnittlichen Belastung der verschiedenen Einkommen die einzelnen Tarife geführt haben. Daß auch diese angestiegen ist, ging bereits aus der Analyse der Entwicklung des Lohnsteueraufkommens hervor. Zu betonen ist aber, daß sich die steigende durchschnittliche Belastung und die steigende Grenzbelastung seit etwa 1960 ergeben haben, obwohl die Steuerquote im wesentlichen unverändert geblieben ist. Die zunehmende Belastung der Einkommenserzielung ist also von abnehmender Belastung der Einkommensverwendung begleitet gewesen.

ZWEITES KAPITEL

Die voraussichtliche Entwicklung

I. Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen

224. Zu den Aufgaben des Sachverständigenrates gehört es, eine Vorausschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung für das kommende Jahr vorzulegen. Wir teilen die Ansicht, daß die Möglichkeiten, quantitative Angaben über die künftige Entwicklung zu gewinnen, eng begrenzt sind. Darauf haben wir in allen unseren Gutachten mit Nachdruck hingewiesen. Unsere Prognosen beruhen auf Informationen aus der Vergangenheit. Soweit diese etwas über die Zukunft aussagen, sind sie gleichwohl unsicher; denn Pläne können geändert, bereits getroffene Entscheidungen revidiert werden. Wir können nur versuchen, aus dem breiten Band der möglichen Entwicklungen jene herauszufinden, die wir aufgrund von Überlegungen und Erfahrungen für die wahrscheinlichste halten. Aber auch eine solche Prognose ist nicht das eigentliche Ziel, sondern nur das Mittel, um Fehlentwicklungen so früh wie möglich zu erkennen und Wege aufzuzeigen, diese soweit wie möglich zu vermeiden.

225. Prognosen der wirtschaftlichen Entwicklung sind immer bedingte Aussagen, die auf bestimmten Annahmen über das Verhalten der am Wirtschaftsprozeß Beteiligten fußen. Die Prognose mag die endogen bestimmten konjunkturellen Tendenzen zutreffend beschreiben, aber sie kann trotzdem eine Fehlprognose sein, wenn sich die Rahmendaten, auf denen sie beruht, im nachhinein als falsch oder überholt erweisen. Zu den exogenen Größen, die bei jeder Prognose vorgegeben werden müssen, gehören vor allem der Kurs der Wirtschaftspolitik und außenwirtschaftliche Einflüsse.

Im Rückblick zeigt sich, daß die konjunkturelle Expansion im Jahre 1978 im ganzen etwas verhaltener war, als wir es angenommen hatten. Nach der Jahreswende geriet der Aufschwung entgegen unseren Erwartungen ins Stocken, und erst in den Sommermonaten setzte er sich wieder fort. Das reale Sozialprodukt ist nach dem bisherigen Kenntnisstand allerdings nur wenig schwächer gestiegen, als es unserer besten Setzung entsprochen hätte, nämlich um 3 vH statt um 3½ vH. Verhältnismäßig klein war der Prognosefehler auch bei den einzelnen Größen, bis auf zwei Ausnahmen: Bei der Einschätzung der Exportkonjunktur waren wir etwas zu optimistisch und bei der Einschätzung der dämpfenden Einflüsse auf den Preisauftrieb etwas zu vorsichtig. Beides läßt sich mit unerwarteten Veränderungen außenwirtschaftlicher Rahmendaten erklären. Die Höherbewertung der D-Mark ging deutlich über das hinaus, was wir in die Annahmen der Prognose an realer Aufwertungstendenz eingestellt hatten.

226. Bevor wir unsere Prognose erläutern, seien die Annahmen über das Verhalten der wirtschaftspolitischen Instanzen dargelegt. Grundlage hierfür sind, wie immer, die bereits getroffenen Entscheidungen der staatlichen Stellen und, soweit solche Entscheidungen noch ausstehen, die bekanntgewordenen Planungen und Absichtserklärungen, also der wirtschaftspolitische Status quo:

- Bei der Finanzpolitik sind zunächst die Maßnahmen zu berücksichtigen, die von der Bundesregierung im Juli beschlossen wurden. Obwohl sie vom Gesetzgeber noch nicht verabschiedet worden sind, haben wir unterstellt, daß sie so, wie derzeit vorgesehen, in Kraft treten werden. Im übrigen gehen wir davon aus, daß die öffentlichen Haushalte entsprechend den gegenwärtigen Planungen vollzogen werden. Für den öffentlichen Gesamthaushalt rechnen wir mit einer Steigerungsrate der Ausgaben von 6½ vH.
- Was die Geldpolitik anlangt, so hat die Bundesbank bisher kein quantitatives Geldmengenziel für 1979 verkündet. Wir haben angenommen, daß sie sich weiterhin an mittelfristigen Bezugsgrößen orientiert und dabei die monetäre Expansion allmählich so zurückführt, daß bei Wahrung des erreichten Stabilisierungserfolges Spielraum für eine weitere konjunkturelle Erholung bleibt. Sie wird dabei die Ausweitung der Geldmenge stärker drosseln, wenn die Konjunktur an Fahrt gewinnt, und sie wird dies weniger tun, wenn die Nachfrage nach D-Mark aus dem Ausland abermals stark zunehmen sollte. Unsere konkrete Annahme ist, sie werde die Expansion der Zentralbankgeldmenge so steuern, daß diese im Jahresdurchschnitt 1979 um etwa 8 vH bis 9 vH über dem Jahresdurchschnitt 1978 liegen wird. Das wird alsbald eine deutliche Dämpfung der derzeit sehr raschen monetären Expansion erfordern.
- Bei der Währungspolitik sind wir von der Annahme ausgegangen, daß sich der Wechselkurs der D-Mark gegenüber dem gewogenen Durchschnitt der Währungen der Partnerländer und bereinigt um die Differenzen in den Inflationsraten nicht verändert (keine reale Veränderung des Wechselkurses). Die Wahrscheinlichkeit, daß es so kommt, darf man nicht für sehr groß halten. Andere Entwicklungen haben indes keine größere Wahrscheinlichkeit für sich. Die Bedingtheit der Prognose wird an dieser Stelle besonders deutlich.

227. Außerdem haben wir unterstellt, daß es 1979 zu keinen weiteren administrativen Beschränkungen im internationalen Handel kommt. Wir gehen im

Gegenteil davon aus, daß die Verhandlungen über Zollabbau und Handelserleichterungen im Rahmen des GATT erfolgreich abgeschlossen werden.

II. Die voraussichtliche Entwicklung der Auslandskonjunktur

228. In der Weltkonjunktur überwiegen im Herbst 1978 die expansiven Einflüsse. Produktion und Nachfrage zeigen in den meisten Ländern eine aufwärtsgerichtete Tendenz, und die Erwartungen der Unternehmen haben sich gefestigt, daß die wirtschaftliche Expansion in den nächsten Monaten anhält. Der sich anbahnenden Belebung in Europa steht allerdings gegenüber, daß die Auftriebskräfte in den Vereinigten Staaten schwächer werden und dort Abschwungskräfte die Oberhand gewinnen könnten, und daß in Japan eher mit einer Verlangsamung des Produktionswachstums zu rechnen ist. Diese retardierenden Einflüsse sind zu berücksichtigen. Wir halten daher für wahrscheinlich, daß sich 1979 für die konjunkturelle Lage in der Welt im ganzen keine Besserung ergibt (Tabelle 30). Nimmt man die Vereinigten Staaten aus, so dürfte der Zuwachs des realen Sozialprodukts der westlichen Industrieländer 1979 mit rund 3½ vH aber etwas größer ausfallen als in diesem Jahr. Der Preisauftrieb wird dabei voraussichtlich nicht mehr weiter nachlassen; in einigen Ländern wird er sich

Tabelle 30

Die voraussehbare wirtschaftliche Entwicklung in westlichen Industrieländern

Land	Anteil am Bruttosozialprodukt der OECD-Länder [1]	Anteil am Export der Bundesrepublik	Bruttosozialprodukt (real) [2]		Wareneinfuhr (Volumen) [2]		Verbraucherpreise [2]	
	1977	1977	1978	1979	1978	1979	1978	1979
	vH	vH	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH					
Bundesrepublik Deutschland	10,6	×	3	3½ bis 4	5½	6	2½	2½
Belgien	1,6	7,9	2	3	4	5	5	5
Dänemark	0,9	2,2	1	2½	1½	3½	9½	7
Frankreich	7,9	12,3	3	3½	5	6½	9½	9
Großbritannien	5,0	5,3	3	2½	8	6	8½	10
Irland	0,2	0,3	7	6	15	10	8	9
Italien	4,0	6,8	2	4	1	8½	13	12
Niederlande	2,2	10,1	2	3	3½	4	4½	4
EG [3])	32,4	44,9	2½	3½	5	6	7	7
Vereinigte Staaten	38,9	6,7	4	2 bis 2½	9	3	7	8
Japan	14,1	1,1	6	5	6	8	4	3½
Kanada	4,1	0,8	3½	4	3½	2½	8	7
Österreich	1,0	5,3	1½	3	−1	6	4	3
Schweden	1,6	3,2	2	3½	−5	4	10	7
Schweiz	1,2	4,6	1½	½	8½	3	1½	1
Insgesamt [3])	93,3	66,6	3½	3	5½	5	6½	6½

[1]) In Preisen und Wechselkursen von 1977; Quelle: OECD.
[2]) Eigene Schätzung aufgrund von Unterlagen internationaler Organisationen.
[3]) Bruttosozialprodukt und Preise zusammengewogen mit den Anteilen am nominalen Bruttosozialprodukt der OECD-Länder des Jahres 1977; Einfuhr zusammengewogen mit den Anteilen an der Wareneinfuhr der OECD-Länder insgesamt im Jahre 1977.

wieder beschleunigen. Die Arbeitslosigkeit dürfte in keinem Land nennenswert abnehmen.

229. Die Probleme der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte und der Inflationsbeschleunigung in Europa haben in den vergangenen zwei Jahren an Gewicht verloren. Eine verstärkte Expansion brauchte von daher in den einzelnen Ländern nicht binnen kurzem wieder an Grenzen zu stoßen. Im Bild sollte auch sein, daß die Gefahr einer weiteren Verunsicherung durch Unruhe auf den Devisenmärkten geringer wird, wenn die Vereinigten Staaten energischer als bisher den inflationären Tendenzen entgegentreten. Insofern wäre die Wirkung einer Abschwächung der Wirtschaftstätigkeit in den Vereinigten Staaten nicht uneingeschränkt als dämpfend für die Weltkonjunktur im nächsten Jahr anzusehen.

230. In Europa hat sich in diesem Jahr die Zunahme von Nachfrage und Produktion, die seit der Jahreswende 1977/78 zu erkennen gewesen war, zwar bis zum Herbst nicht im gleichen Tempo fortgesetzt, aber die Auftragsbestände und die Erwartungen der Unternehmen bezüglich der zukünftigen Produktion haben sich weiter verbessert. Bislang ist jedoch die konjunkturelle Belebung noch stark von Impulsen der öffentlichen Haushalte gestützt und der Stabilisierungserfolg von Eingriffen des Staates in die Preis- und Lohnbildung mitbestimmt; noch ist unsicher, ob marktbestimmte Expansionskräfte, insbesondere private Investitionen, an die Stelle der öffentlichen Nachfrage treten, und das heißt nicht zuletzt, ob es gelingt, Lohnerhöhungen zu vereinbaren, die die Expansion und die erreichten Stabilisierungserfolge nicht gefährden.

Die Regierungen planen, zu Beginn des Jahres 1979 ein neues Europäisches Währungssystem zu gründen. Wie dieser Plan im einzelnen verwirklicht wird, ist derzeit noch offen. Für das kommende Jahr erwarten wir von daher noch keinen entscheidenden Einfluß auf die konjunkturelle und die stabilitätspolitische Situation in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft.

231. Für den Welthandel erwarten wir nur eine geringfügig stärkere Zunahme als in diesem Jahr. Die europäischen Länder dürften im Zuge der konjunkturellen Erholung ihre Einfuhr wieder stärker erhöhen, wobei insbesondere Rohstoffe und Zwischenprodukte vom Aufbau größerer Läger profitieren werden. Japan dürfte sogar deutlich mehr Güter importieren, nicht zuletzt, weil zu der Aufwertung des Yen ein Abbau von Handelshemmnissen hinzukommt. Auf der anderen Seite sind von der Importnachfrage der Vereinigten Staaten ins Gewicht fallende dämpfende Einflüsse zu erwarten. Für die Entwicklungsländer ist bei den sich abzeichnenden Nachfragetendenzen in den Industrieländern zwar mit einer mäßigen Verbesserung der Exporterlöse zu rechnen; angesichts der hohen Leistungsbilanzdefizite der nichtölexportierenden Länder dürfte sich deren Importnachfrage jedoch nur wenig beleben. Die Nachfrage der ölexportierenden Länder, deren Erlöse besonders von dem Dollarverfall betroffen waren, wird dem Welthandel ebenfalls keine großen Impulse geben. Lediglich die amerikanischen Exporte in diese Länder könnten deutlicher zunehmen, da der Kursverfall des Dollar stärker war, als den Preisniveaudifferenzen zu anderen Industrieländern entspricht, und die Ölförderländer ihre eigenen Exporte durchweg in Dollar abrechnen. Im ganzen erwarten wir, daß das Volumen des Welthandels 1979 um 5 vH bis 5 1/2 vH höher sein wird als in diesem Jahr.

232. In den Vereinigten Staaten wird die konjunkturelle Situation entscheidend davon beeinflußt werden, wie energisch die wirtschaftspolitischen Instanzen die Inflation bekämpfen. Schritte zu einer Dämpfung der expansiven Kräfte sind mit der Diskontsatzerhöhung auf 9,5 % und der Verminderung des geplanten Haushaltsdefizits um 10 Mrd Dollar für das nächste Jahr bereits getan worden. Unsicher ist noch, wie stark die höheren Zinssätze die Nachfrage vermindern werden. Dies gilt vor allem für die Wohnungsbaunachfrage, die schon 1978 nur noch verhalten stieg. Eine erhebliche Abschwächung halten wir hier für wahrscheinlich. Auch der private Konsum wird von der Zinserhöhung vermutlich gedämpft werden, zumal ein nennenswerter Teil der Verbrauchsausgaben mit Krediten finanziert wird. Entlastend dürften jedoch die beschlossenen Steuersenkungen wirken, die ein Volumen von rund 20 Mrd Dollar haben. Demgegenüber werden die Exporte der Vereinigten Staaten aufgrund der verbesserten Wettbewerbsfähigkeit eher verstärkt expandieren. Die Investitionsgüternachfrage schließlich zeigt bislang noch keine Zeichen einer Abschwächung; die Auftragseingänge stiegen bis in den Herbst hinein kräftig, so daß erst im Verlauf des nächsten Jahres mit einer Abflachung der Investitionstätigkeit gerechnet werden könnte. Alles in allem dürfte die Zuwachsrate des Sozialprodukts 1979 noch bei 2 vH bis 2 1/2 vH liegen.

233. In Japan sind bislang Anzeichen einer Beschleunigung des Nachfrageanstiegs weitgehend ausgeblieben. Die überaus starke Aufwertung des Yen hat die Exportaussichten verdüstert und die Wettbewerbschancen ausländischer Anbieter auf dem japanischen Markt vergrößert. Die seit Mitte dieses Jahres zu beobachtende Tendenz rückläufiger Exporte dürfte sich auch im nächsten Jahr fortsetzen. Da sich die Ertragslage der Unternehmen im Außenhandel weiter verschlechtert hat, ist auch für 1979 kaum eine Belebung der Investitionstätigkeit der privaten Industrie wahrscheinlich. So werden es im kommenden Jahr wiederum die öffentlichen Investitionen und die Finanzierungshilfen der öffentlichen Hand im privaten Wohnungsbau sein, die die Konjunktur stützen. Auch der private Verbrauch dürfte sich kaum stärker erhöhen als in diesem Jahr. Obwohl eine weit schwächere Zunahme des Sozialprodukts nicht ausgeschlossen erscheint, rechnen wir noch mit einer Steigerungsrate von rund 5 vH, nicht zuletzt, weil die Regierung anscheinend darauf eingestellt ist, zu erneuten Stimulierungsmaßnahmen zu greifen, wenn die marktbestimmten

Auftriebskräfte eine solche Expansion nicht ermöglichen sollten.

234. In Frankreich scheint in jüngster Zeit das Tempo der konjunkturellen Belebung wieder zuzunehmen, nachdem zur Mitte des Jahres die Erholung ins Stocken geraten war. Die Erwartungen der Unternehmen haben sich zuletzt etwas verbessert, die Konsumnachfrage ist weiterhin kräftig. Für 1979 kann man eine leichte Belebung der Investitionen erwarten, da die Ertragslage günstiger als vor einem Jahr ist und sich Bedarf an Ersatzinvestitionen aufgestaut haben dürfte. Bedeutsam ist aber auch hier, daß moderate Lohnabschlüsse erreicht werden müssen, wenn es nicht zu einem Konflikt mit dem Stabilisierungskurs der Regierung kommen soll. Die Nachfrage aus dem Ausland dürfte 1979 weiter günstig sein. Die Importe werden allerdings stärker als die Exporte zunehmen. Die Anstöße, die von den öffentlichen Haushalten ausgehen, werden voraussichtlich gering bleiben, aber die mittelfristige Wirtschaftspolitik der Regierung, die darauf zielt, den marktwirtschaftlichen Auftriebskräften mehr Raum als in der Vergangenheit zu geben, könnte eine stärkere wirtschaftliche Dynamik begünstigen. Für 1979 rechnen wir damit, daß die Zuwachsrate des Sozialprodukts mit 3½ vH etwas höher sein wird als in diesem Jahr.

235. Mehr noch als in anderen Ländern wird in Großbritannien die wirtschaftliche Entwicklung des kommenden Jahres vom Ergebnis der Tarifverhandlungen bestimmt werden. Zu labil sind noch die Exporterfolge und zu gering ist noch die Dämpfung des Preisauftriebs, als daß erneut Lohnsteigerungen, die die aktuelle Inflationsrate, deutlich übertreffen, im Wege einer Belebung des privaten Konsums die negativen Kostenwirkungen überspielen könnten, wie es in diesem Jahr aufgrund günstiger Umstände offensichtlich gelang (Ziffer 15). Eine Beschleunigung der Inflation und eine folgende Abwertung des Pfundes würden die gerade eingeleitete konjunkturelle Erholung womöglich schon im nächsten Jahr ernsthaft gefährden. Da mäßige Lohnerhöhungen derzeit nicht wahrscheinlich sind, ist anzunehmen, daß sich die Inflation auch bei einer restriktiveren Geldpolitik, wie sie sich mit der jüngsten Erhöhung des Diskontsatzes von 10 % auf 12½ % abzeichnet, wieder etwas beschleunigt. Die Investitionsbelebung, die sich in diesem Jahr fortgesetzt hat, dürfte sich dann 1979 abflachen. Die Wettbewerbsfähigkeit der englischen Exporteure würde sich wieder verschlechtern. Die jüngsten Umfragen über Geschäftserwartungen und Investitionspläne deuten eine solche Entwicklung bereits an. Der Zuwachs des Sozialprodukts dürfte geringer sein als 1978; nach unserer Schätzung wird er etwa 2½ vH betragen.

236. In Italien zeigt sich nach einem konjunkturellen Rückschlag im vergangenen Jahr seit Anfang 1978 eine deutliche Belebung. Die Erwartungen der Unternehmen haben sich in den letzten Monaten weiter verbessert. Insbesondere das Exportgeschäft expandiert kräftig. Zwar ist der hohe Leistungsbilanzüberschuß dieses Jahres durch eine sehr geringe Importzunahme zustande gekommen, doch dürften auch im nächsten Jahr trotz eines verstärkten Anstiegs der Einfuhr außenwirtschaftliche Probleme den Fortgang der konjunkturellen Erholung kaum hemmen. Die private Investitionstätigkeit, die zwei Jahre lang rückläufig gewesen war, könnte im Verlauf des nächsten Jahres bei weiter steigender Nachfrage und Produktion die Auftriebstendenzen verstärken. Noch ist dies allerdings nicht sicher, zumal die Ergebnisse der Lohnverhandlungen noch ausstehen und nach wie vor ungewiß ist, ob der Versuch der Regierung erfolgreich sein wird, die strenge Bindung der Löhne an den Geldwertschwund zu lockern. Nach einem Anstieg des Sozialprodukts um 2 vH im Jahre 1978 erwarten wir für 1979 einen Zuwachs in der Größenordnung von 4 vH. Der Preisauftrieb wird nicht nennenswert vermindert werden können.

237. In den kleineren europäischen Ländern wird sich die konjunkturelle Lage 1979 wahrscheinlich deutlich verbessern.

In den Niederlanden und in Belgien dürfte sich die Ausfuhr nach zwei Jahren der Abschwächung wieder etwas beleben, da die Preissteigerungsraten gesunken sind und die Abwertung in der „Schlange" eine gewisse Entlastung gebracht hat. Viel wird für die Exporte dieser Länder allerdings auch davon abhängen, ob sich die Konjunktur in der Bundesrepublik deutlich erholt. In den Niederlanden wird der Impuls der privaten Investitionsnachfrage aller Voraussicht nach erheblich geringer sein als in den beiden vergangenen Jahren, so daß es dort insgesamt nicht zu einer durchgreifenden Belebung kommen dürfte, sondern nur zu einem Wechsel in den konjunkturstützenden Kräften.

In Schweden und in Dänemark werden Inflationsbekämpfung und Rücksichtnahme auf außenwirtschaftliche Ungleichgewichte im kommenden Jahr die Belebung der Binnennachfrage weniger stark behindern als 1978, und die Exporte werden, wie schon in diesem Jahr, recht kräftig expandieren.

Wenig günstige Aussichten für die konjunkturelle Entwicklung im Jahre 1979 hat die Schweiz. Die enorme Aufwertung im Verlauf der letzten beiden Jahre hat die Exportchancen der schweizer Unternehmen und deren Investitionsbereitschaft erheblich gemindert. Auch die Einnahmen aus dem Tourismus sind stark rückläufig. Für 1979 kann daher nicht mit einem nennenswerten Zuwachs des Sozialprodukts gerechnet werden.

238. Der Preisauftrieb in den westlichen Industrieländern wird sich 1979 voraussichtlich nicht weiter abschwächen. Die preisdämpfende Wirkung, die in diesem Jahr von sinkenden Rohstoffpreisen und für die europäischen Länder von der Abwertung des Dollar ausging, wird 1979 abklingen. Die Rohstoffpreise sinken seit Spätsommer dieses Jahres nicht mehr, und die Bemühungen der Vereinigten Staaten, den Preisauftrieb zu begrenzen, dürften zu einer allmählichen Stabilisierung des Dollarkurses beitragen.

Auch von den Lohnstückkosten ist eine Entlastung kaum zu erwarten. Zwar werden noch einige kleine

Länder, dank weiter sinkender Lohnkosten, merkliche Erfolge erzielen können, doch wird sich der Geldwertschwund in den Vereinigten Staaten noch und in Großbritannien wieder beschleunigen; in Frankreich und in Italien dürfte er sich kaum noch vermindern. Für die westlichen Industrieländer insgesamt ist wohl davon auszugehen, daß die Preissteigerungsrate bei rund 6 1/2 vH verharrt; für Europa dürfte sie im Vergleich der Jahresdurchschnitte 1978 und 1979 unverändert bei 7 vH liegen.

239. Die Arbeitslosigkeit wird auch 1979 nicht nennenswert vermindert werden können. Während sie in der Bundesrepublik und in Italien geringfügig sinken dürfte, werden kleinere Länder, möglicherweise auch Großbritannien und Frankreich, ein weiteres Ansteigen nicht verhindern können. In den Vereinigten Staaten dürfte bei sehr geringer Produktivitätszunahme die Beschäftigung zwar noch ansteigen, die Arbeitslosenquote aber nicht weiter sinken.

III. Die voraussichtliche Entwicklung der Binnenkonjunktur

240. In der Bundesrepublik gibt es seit den Sommermonaten Anzeichen einer konjunkturellen Erholung: Nachfrage und Produktion haben sich spürbar belebt, und der Kosten- und Preisanstieg hat weiter nachgelassen. Vor allem aber: Der in der ersten Jahreshälfte verbreitete Konjunkturpessimismus ist gewichen und hat einer mehr von Zuversicht getragenen Einschätzung der konjunkturellen Entwicklung Platz gemacht.

241. Wenn wir zögern, die Entwicklung der letzten Monate uneingeschränkt zur Grundlage unserer Prognose zu machen, so vor allem aus folgenden Gründen:

— Die konjunkturelle Dynamik kommt noch immer zu einem großen Teil von der Wirtschaftspolitik. Noch läßt sich nicht hinreichend beurteilen, ein wie großer Teil der Belebung lediglich auf konjunkturpolitische Maßnahmen zurückzuführen und wieviel davon einer größeren Eigendynamik zuzurechnen ist.

— Die konjunkturelle Erholung ist von Unruhe an den Devisenmärkten überschattet. Zwar scheint der Kursverfall des amerikanischen Dollar im Herbst die Unternehmen weit weniger verunsichert zu haben, als dies offenbar im Frühjahr der Fall war. Dabei mag die Erwartung mitspielen, es werde früher oder später zu einem Kursanstieg kommen. Es ist aber nicht auszuschließen, daß sich erneut Enttäuschung einstellt, wenn ein zu den Bedingungen der Gütermärkte besser passender Dollarkurs ausbleibt.

— Ungewiß ist zudem, ob die Verbesserung der Angebotsbedingungen anhält. Unsicherheit besteht dabei nach wie vor über den Kurs der Lohnpolitik.

Wir können nicht ausschließen, daß Unsicherheit und Enttäuschung erneut die Oberhand gewinnen und die Konjunktur einen ähnlichen Verlauf nimmt wie in den letzten drei Jahren, in denen der Aufschwung immer wieder zu versanden drohte und immer wieder neu gestützt werden mußte.

242. Gegen eine solche Skepsis spricht jedoch die überraschend hohe Zuversicht der Unternehmen. Sie zeigt sich bisher vor allem in solchen Indikatoren, die Stimmung und Erwartung wiedergeben, aber auch schon in Nachfrage und Produktion. Dies deutet darauf hin, daß die endogenen Aufschwungskräfte diesmal stärker und die Aussichten für den Erfolg der konjunkturpolitischen Maßnahmen besser sind als in den vergangenen Jahren.

Es ist vor allem die bessere Grundstimmung in der Wirtschaft, die uns veranlaßt, auf eine Verstärkung der konjunkturellen Auftriebskräfte zu setzen.

243. Im Jahre 1978 war es vor allem die Nachfrage aus dem Inland, die den Konjunkturverlauf bestimmte. Das muß, wenn die Konjunktur an Schwung gewinnen soll, auch 1979 so bleiben. Unter den veränderten außenwirtschaftlichen Bedingungen darf man nicht in gleicher Weise wie früher auf die Nachfrage aus dem Ausland als Schrittmacher des Aufschwungs bauen.

244. Für eine deutliche Belebung der Auslandsnachfrage sehen wir derzeit jedenfalls wenig Anzeichen. Zwar ist der Zustand der Weltwirtschaft etwas besser als vor einem Jahr: In den meisten Ländern, die für den deutschen Export Bedeutung haben, sind die Aussichten für eine konjunkturelle Belebung gestiegen, nicht zuletzt, weil in diesen Ländern Fortschritte bei der Stabilisierung des Preisniveaus und beim Ausgleich der Leistungsbilanz erzielt worden sind (Ziffern 1 ff.). Doch muß man davon ausgehen, daß die kräftige Höherbewertung der D-Mark den exportintensiven Bereichen eine Verschlechterung ihrer Wettbewerbsposition gebracht hat.

245. Im Jahre 1978 haben die deutschen Exporteure gerade dort Einbußen hinnehmen müssen, wo an sich ihre Stärken liegen, bei Investitionsgütern. Mit der Erholung der Konjunktur wird jedoch die Investitionsbereitschaft in den anderen Ländern wieder zunehmen. Da dies vor allem für westeuropäische Länder gilt, die den größten Teil der deutschen Exporte aufnehmen, besteht für die Investitionsgüterhersteller eine gute Chance, den Absatz im Ausland zu steigern. Dagegen sind aus dem Auslandsgeschäft mit den Staatshandelsländern und mit den Entwicklungsländern wohl keine nennenswerten Impulse zu erwarten, da deren Devisenlage weiter angespannt bleiben wird. Sehr unsicher sind die Aussichten für die Ausfuhr in die Vereinigten Staaten, und zwar nicht nur wegen des niedrigen Dollarkurses, sondern auch wegen der noch nicht hinreichend überschaubaren Konjunkturentwicklung.

Alles in allem gehen wir davon aus, daß sich die Nachfrage aus dem Ausland zwar wieder belebt, das Expansionstempo aber nach wie vor verhalten

bleibt. Für den Jahresdurchschnitt rechnen wir mit einer Zunahme der Ausfuhr von Waren und Diensten um 4 vH, nach 3½ vH im Jahre 1978.

246. Die expansiven Impulse, die von der Finanzpolitik ausgehen, werden 1979 noch größer sein als in diesem Jahr. Sie ergeben sich nicht nur aus den Steuersenkungen, die vorwiegend den privaten Haushalten zugute kommen, sondern auch aus der Steigerung der Staatsausgaben in nahezu allen Bereichen (Ziffern 173 ff.). Nach unserer Schätzung werden die Ausgaben der Gebietskörperschaften das hohe Niveau dieses Jahres nochmals um 6½ vH überschreiten. Demgegenüber rechnen wir bei den Einnahmen nur mit einem Anstieg um 5 vH. Das Finanzierungsdefizit wird sich weiter erhöhen, und zwar von 41½ Mrd DM auf 49½ Mrd DM (Tabelle 31).

Bei den Sozialversicherungen werden sich dagegen infolge der Sanierungsmaßnahmen Einnahmen und Ausgaben nahezu ausgleichen.

Berücksichtigt man bei der konjunkturellen Wertung des Defizits, daß ein Teil der öffentlichen Ausgaben immer durch Verschuldung finanziert wird

Tabelle 31

Einnahmen und Ausgaben des Staates [1])

Schätzung für das Jahr 1978 und Prognose für das Jahr 1979

	1977	1978	1979
	Mrd DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
Einnahmen insgesamt	534,1	+ 6	+ 5
Steuern	313,6	+ 5½	+ 4½
Sozialbeiträge	185,8	+ 6½	+ 6½
Sonstige laufende Einnahmen	21,5	+ 5½	+ 11½
Vermögensübertragungen und Abschreibungen	13,2	− 1	+ 2½
Ausgaben insgesamt	564,7	+ 7	+ 6
Staatsverbrauch	240,1	+ 6½	+ 6½
Einkommensübertragungen	234,0	+ 7	+ 5
Private Haushalte	194,0	+ 6	+ 5
Unternehmen und übrige Welt	40,0	+ 10½	+ 5
Zinsen	20,7	+ 12	+ 11
Vermögensübertragungen	29,7	− 7½	+ 3½
Investitionen	40,2	+ 14½	+ 8½
	Mrd DM		
Finanzierungssaldo [2])	−30,6	−38	−45
Sozialversicherung	− 3,5	− 2½	− ½
Gebietskörperschaften	−27,1	−35½	−44½
Nachrichtlich:			
Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Finanzstatistik			
Einnahmen [3])	365,2	390	410½
Steuern [3])	299,5	318½	333
Sonstige Einnahmen	65,7	71½	77½
Ausgaben	397,2	431½	460
Finanzierungssaldo [2])	−32,0	−41½	−49½

[1]) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (einschließlich Sozialversicherung).
[2]) Überschuß: +, Defizit: —.
[3]) Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974 von den Einnahmen abgesetzt (1977: 3,7 Mrd DM; 1978: 1,1 Mrd DM; 1979: 0,3 Mrd DM).

und der Staat infolge der Unterauslastung des Produktionspotentials noch immer Steuerausfälle hinnehmen muß, so verbleibt ein Betrag von 26 Mrd DM, der nach unserem Konzept des konjunkturneutralen Haushalts für den expansiven Impuls des öffentlichen Gesamthaushalts steht. Er ist um 9 Mrd DM höher als im Jahre 1978.

247. Zu den Komponenten der Inlandsnachfrage, bei denen auch 1979 mit einer deutlichen Aufwärtsbewegung zu rechnen ist, gehört nicht zuletzt der private Verbrauch. Das Vertrauen der privaten Haushalte in die wirtschaftliche Entwicklung ist gegenwärtig groß; das zeigen nicht nur Ergebnisse von Umfragen bei den Verbrauchern, sondern auch die hohe Verschuldungsbereitschaft. Hinzu kommt, daß die von der Bundesregierung vorgesehenen Maßnahmen in der Hauptsache auf eine Stützung der Verbrauchsnachfrage zielen. Außerdem werden zu Beginn des nächsten Jahres die Renten erhöht, wodurch die Kaufkraft vor allem von Haushalten mit kleinen Einkommen gestärkt wird. Aus den Annahmen unserer Prognose, insbesondere aus den Annahmen über die Lohnentwicklung (Ziffer 256), ergibt sich eine etwa gleich starke Zunahme des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte wie im Jahre 1978. Da vieles dafür spricht, daß die Sparquote weiterhin niedrig bleibt, rechnen wir auch für den privaten Verbrauch mit einer ähnlich hohen Zuwachsrate wie 1978; wir veranschlagen sie, in realen Größen gerechnet, auf 3½ vH.

248. Zuversichtlich beurteilen wir auch die Baukonjunktur. Die Nachfrage nach Bauleistungen hat inzwischen so viel Eigendynamik entwickelt, daß sie nicht mehr allein von staatlichen Konjunkturprogrammen getrieben wird. Freilich ist nicht zu erwarten, daß sie ihr hohes Tempo hält.

- Im Wohnungsbau ist der zuvor steile Anstieg der Nachfrage deutlich flacher geworden. Dies gilt vor allem für die Nachfrage nach Eigenheimen. Offenbar hatten viele Bauherren Vorhaben in Erwartung steigender Preise und steigender Zinsen vorgezogen. Ein gewisses Gegenwicht dazu könnte der Mietwohnungsbau bilden, der erst jetzt wieder in Gang zu kommen scheint.
- Im öffentlichen Bau werden vom Programm für Zukunftsinvestitionen — soweit es neue Aufträge betrifft — nur noch geringe Impulse ausgehen. Die Bestände an bereits vergebenen Aufträgen sind allerdings so groß, daß öffentliche Stellen erwägen, die weitere Auftragsvergabe zu strecken, um Übersteigerungen auf dem Baumarkt zu vermeiden.
- Im gewerblichen Bau zeichnet sich dagegen eine weitere, wenn auch verhaltene Zunahme der Nachfrage ab. Hierfür spricht vor allem die zunehmende Investitionsbereitschaft in solchen Bereichen, deren Investitionen, wie zum Beispiel im Handel, größtenteils aus Bauten bestehen.

249. Die Bauproduktion wird 1979 jedoch vor allem von den Produktionsmöglichkeiten bestimmt werden. Dabei scheint weniger der Mangel an Gerätekapazitäten als der Mangel an Arbeitskräften, der wegen des Anwerbestopps für ausländische Arbeitnehmer kurzfristig nicht behoben werden kann, die Grenzen für die Ausweitung der Produktion zu setzen. Deshalb rechnen wir damit, daß die realen Bauinvestitionen im Verlauf des Jahres 1979 etwas langsamer zunehmen werden als 1978; beim Vergleich der Jahresdurchschnitte ergibt sich indes mit 5½ vH eine etwas höhere Rate (1978: 4½ vH).

250. Die gute Baukonjunktur darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Investitionsklima im ganzen noch recht labil ist. Die Investitionsneigung vor allem in der gewerblichen Wirtschaft ist, wie die Entwicklung der Auftragseingänge bei den Investitionsgüterherstellern zeigt, bisher nur wenig gestiegen und dabei recht unstet gewesen. Erst im September haben sich die Inlandsbestellungen beim Maschinenbau überaus kräftig erhöht. Dies reicht jedoch allein nicht aus, um daraus auf eine deutliche Beschleunigung der Investitionstätigkeit zu schließen.

Die Verbesserung der Erträge und der Absatzerwartungen hat in letzter Zeit die Investitionsbereitschaft sicherlich gefördert. Doch scheint auf mittlere Sicht bei den Unternehmen noch Skepsis zu überwiegen. Dies spricht dafür, daß sie nach den Erfahrungen der letzten Rezession weiterhin eine vorsichtige Investitionspolitik betreiben, und daß sie sich stärker als früher von der Sorge leiten lassen, es könnten erneut Überkapazitäten entstehen. Ein solches Verhalten ist selbst in Bereichen zu beobachten, die ihre Absatzchancen derzeit als gut einschätzen.

251. In die gleiche Richtung weist die Vorausschätzung der Bruttoanlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen, die das Ifo-Institut aufgrund von Plandaten der Unternehmen und von anderen Informationen vorgenommen hat, und die — bei verhältnismäßig geringen Abweichungen in der Breite — auf eine verhaltene Zunahme der Investitionstätigkeit hindeuten. Danach ist für 1979 in den meisten großen Wirtschaftsbereichen mit einer Zuwachsrate der realen Anlageinvestitionen zwischen 5 vH und 7 vH zu rechnen, was im Mittel ungefähr der Zuwachsrate des Jahres 1978 entspricht. Ausnahmen davon sind auf der einen Seite die Bauwirtschaft, die rund ein Viertel mehr investieren will (nach einem Plus von 20 vH im Jahre 1978), und auf der anderen Seite die Energiewirtschaft und der Bergbau, bei denen sich nur eine geringe Zunahme abzeichnet, sowie die Landwirtschft, die ihre Investitionen voraussichtlich einschränken wird.

Bemerkenswert ist, daß nicht nur diejenigen Wirtschaftszweige einen überdurchschnittlichen Anstieg ihrer Investitionen planen, die — wie die Bauwirtschaft, die Baustoffindustrie, der Fahrzeugbau und die Hersteller von Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräten — ihre Kapazitäten gut ausgelastet haben, sondern auch einige Bereiche, die sich in einer Umstrukturierung befinden und durch eine Modernisierung der Produktionsanlagen Anschluß an die internationale Konkurrenz zu gewinnen suchen. Hierzu zählen unter anderem die Textilindu-

strie, aber auch die Eisen- und Stahlindustrie, die erstmals seit längerer Zeit wieder verstärkt investiert. Hingegen bewegen sich die geplanten Zuwachsraten in der elektrotechnischen Industrie — und auch dies erscheint uns bemerkenswert — nur im Rahmen des Durchschnitts.

Nach wie vor nennen die Unternehmen als wichtigste Gründe für Investitionen die Rationalisierung und die Ersatzbeschaffung. Dennoch fällt auf, daß das Motiv der Kapazitätserweiterung wieder zunehmend Bedeutung erlangt.

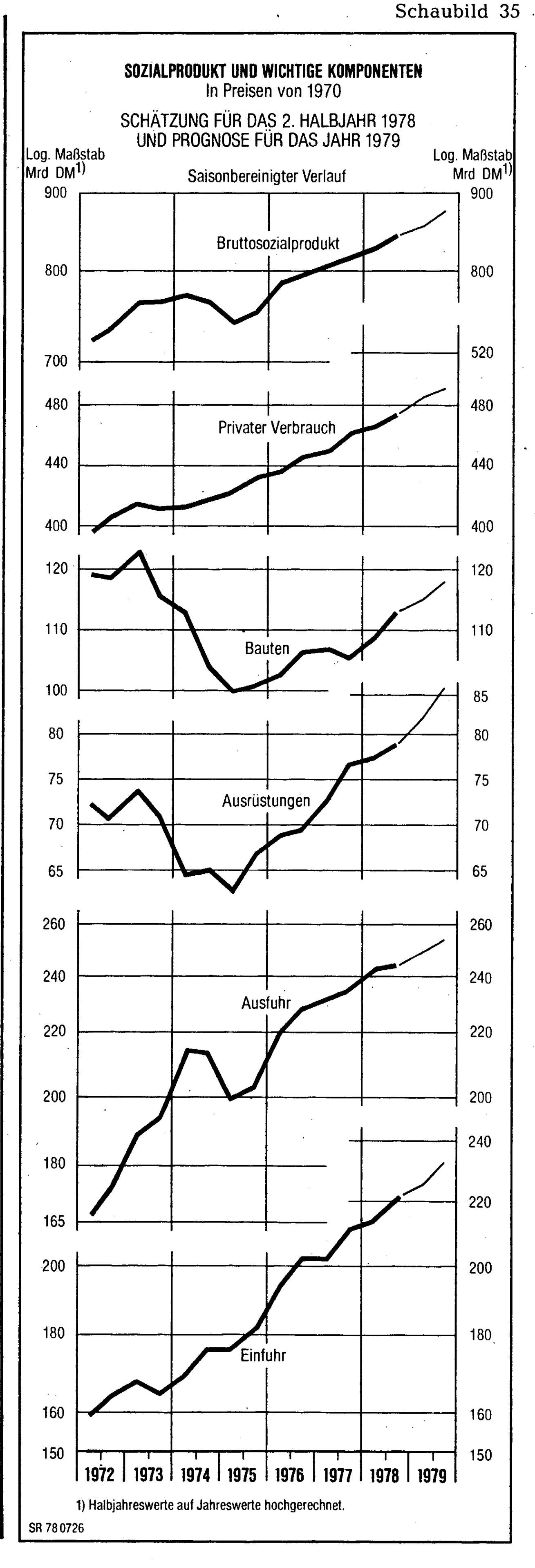
252. Die verfügbaren Informationen über die Investitionsplanungen der Unternehmen beruhen auf dem Stand vom Spätsommer. Über die tatsächliche Höhe der Investitionsbudgets wird aber häufig erst später entschieden. Das heißt, daß die Ansätze noch geändert werden können; in den Jahren 1977 und 1978 wurden sie nach oben korrigiert und dies, obwohl der Konjunkturverlauf eher ungünstiger war als erwartet.

In unsere Prognose haben wir für den Jahresdurchschnitt 1979 eine Zunahme der realen Ausrüstungsinvestitionen um 6½ vH eingesetzt, was etwa den Zuwachsraten im Durchschnitt der beiden vorangegangenen Jahre entspricht (Schaubild 35).

253. Zum Bild eines Konjunkturaufschwungs gehört die Erwartung eines beschleunigten Lageraufbaus. Die Verbesserung der Absatzaussichten wird zu einer stärkeren Aufstockung der Läger bei Rohstoffen, Vorprodukten und Fertigwaren führen; zusätzliche Nachfrage ergibt sich außerdem daraus, daß bei steigender Produktion mehr Vorprodukte im Produktionsprozeß gebunden werden. Doch hat es den Anschein, als ob lagerzyklische Einflüsse derzeit weit weniger die Rolle eines Konjunkturverstärkers spielen, als dies früher der Fall war. Die Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung bei der Lagerhaltung hat zu beachtlichen Rationalisierungserfolgen geführt, was sich in einer Senkung der Lagerquote zeigt. Die zyklische Komponente eines verstärkten Lageraufbaus im Aufschwung wird also durch die Trendkomponente eines verminderten Lageraufbaus gedämpft. Wir haben dem dadurch Rechnung getragen, daß wir die Nachfrage aus der Lageraufstockung mit 7½ Mrd DM nur wenig höher angesetzt haben, als sie vermutlich 1978 war (5½ Mrd DM).

254. Der verhältnismäßig geringe Zuwachs bei den Vorratsinvestitionen rührt zum Teil auch daher, daß wir keinen Anlaß für einen spekulativen Lageraufbau sehen. Bei einer nur schwach aufwärtsgerichteten Industrieproduktion in der Welt dürfte das Preisniveau auf den Rohstoffmärkten nur leicht nach oben tendieren. Die Einfuhr von Rohstoffen und Vorprodukten wird sich daher voraussichtlich nur im Rahmen der Steigerung der Industrieproduktion bewegen. Weitaus kräftiger wird dagegen die Zunahme der Einfuhr von Fertigwaren sein, und zwar bei Investitionsgütern und bei Konsumgütern gleichermaßen. In diesen Bereichen werden die Anbieter aus dem Ausland aufgrund der Verbesserung ihrer

Schaubild 35



1) Halbjahreswerte auf Jahreswerte hochgerechnet.

SR 78 0726

Tabelle 32

Die wichtigsten Daten der Volkswirt

Schätzung für das 2. Halbjahr 1978

Absolute Werte

	Einheit	1977	1978	1979	1978		1979	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts								
In jeweiligen Preisen:								
Privater Verbrauch	Mrd DM	668,6	710,5	755,5	339,7	370,5	360,5	395,5
Staatsverbrauch	Mrd DM	240,1	256,0	272,5	116,2	140,0	124,5	148,0
Bruttoanlageinvestitionen	Mrd DM	250,2	274,0	305,5	124,7	149,5	137,5	167,5
Ausrüstungen	Mrd DM	99,9	107,0	118,0	50,2	57,0	54,0	63,5
Bauten	Mrd DM	150,3	167,0	187,5	74,5	92,5	83,5	104,0
Vorratsveränderung	Mrd DM	+11,2	+ 8,5	+11,5	+ 7,3	+ 1,0	+ 9,0	+ 3,0
Außenbeitrag	Mrd DM	+28,6	+34,0	+28,0	+18,1	+16,0	+14,5	+13,5
Ausfuhr	Mrd DM	329,2	344,0	365,5	168,0	176,0	176,5	189,0
Einfuhr	Mrd DM	300,6	310,0	337,5	149,9	160,5	162,0	175,5
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	1 198,7	1 283,0	1 373,5	605,9	677,0	646,0	727,5
In Preisen von 1970:								
Privater Verbrauch	Mrd DM	455,5	472,0	489,5	227,1	245,0	235,5	254,0
Staatsverbrauch	Mrd DM	143,1	147,5	151,0	70,9	76,5	72,5	78,0
Bruttoanlageinvestitionen	Mrd DM	180,8	189,5	200,5	87,5	102,0	92,0	109,0
Ausrüstungen	Mrd DM	74,7	78,5	83,5	36,9	41,5	38,5	45,0
Bauten	Mrd DM	106,1	111,0	117,0	50,6	60,5	53,0	64,0
Ausfuhr	Mrd DM	233,2	241,5	251,5	118,5	123,0	122,0	129,5
Einfuhr	Mrd DM	206,3	217,5	230,5	105,5	112,0	111,5	118,5
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	813,8	838,5	869,5	403,1	435,5	416,0	453,5
Preisentwicklung								
Privater Verbrauch	1970 = 100	146,8	150,5	154,5	149,6	151,5	153,0	155,5
Bruttosozialprodukt	1970 = 100	147,3	153,0	158,0	150,3	155,5	155,5	160,5
Entstehung des Sozialprodukts								
Erwerbstätige	1 000	24 970	25 005	25 130	24 902	25 110	24 995	25 240
Arbeitszeit	Stunden	.	.	.	.	.	.	.
Arbeitsvolumen	Mrd Std.	.	.	.	.	.	.	.
Produktivität	DM je Std.	.	.	.	.	.	.	.
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1970	Mrd DM	813,8	837,5	868,5	402,3	435,0	415,0	453,0
Verteilung des Volkseinkommens								
Bruttoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit	Mrd DM	670,9	710,0	755,0	341,3	368,5	363,0	392,0
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	263,6	285,5	307,0	124,4	161,5	134,0	172,5
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten	Mrd DM	934,5	995,5	1 061,5	465,7	530,0	497,0	564,5
Nettoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit [2]	Mrd DM	382,3	406,5	434,0	197,7	209,0	211,0	223,0
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	199,7	221,0	244,0	92,4	128,5	103,0	140,5
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte [3]	Mrd DM	763,9	809,0	862,0	386,4	422,5	410,5	451,5

[1] Einschließlich Veränderung der Arbeitstage.
[2] Nettolohn- und -gehaltssumme.

Tabelle 32

schaftlichen Gesamtrechnungen

und Vorausschau auf das Jahr 1979

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1977	1978	1979	1978		1979	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts							
In jeweiligen Preisen:							
Privater Verbrauch	+ 7,0	+ 6½	+ 6½	+ 6,9	+ 5½	+ 6	+ 6½
Staatsverbrauch	+ 5,6	+ 6½	+ 6½	+ 4,9	+ 8	+ 7	+ 5½
Bruttoanlageinvestitionen	+ 7,6	+ 9½	+11½	+ 8,1	+10½	+10½	+12
Ausrüstungen	+10,2	+ 7	+10	+ 8,9	+ 6	+ 8	+12
Bauten	+ 6,0	+11	+12½	+ 7,6	+14	+12	+12½
Vorratsveränderung	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	+ 5,6	+ 4½	+ 6	+ 5,0	+ 4	+ 5	+ 7½
Einfuhr	+ 6,5	+ 3	+ 8½	+ 2,7	+ 4	+ 8	+ 9½
Bruttosozialprodukt	+ 6,3	+ 7	+ 7	+ 6,7	+ 7½	+ 6½	+ 7½
In Preisen von 1970:							
Privater Verbrauch	+ 3,1	+ 3½	+ 3½	+ 4,0	+ 3	+ 3½	+ 3½
Staatsverbrauch	+ 1,0	+ 3	+ 2½	+ 2,9	+ 3	+ 2½	+ 2
Bruttoanlageinvestitionen	+ 4,1	+ 5	+ 6	+ 4,0	+ 5½	+ 5	+ 6½
Ausrüstungen	+ 7,7	+ 5	+ 6½	+ 7,0	+ 3	+ 5	+ 8
Bauten	+ 1,7	+ 4½	+ 5½	+ 2.0	+ 7½	+ 5	+ 6
Ausfuhr	+ 3,9	+ 3½	+ 4	+ 4,3	+ 3	+ 3	+ 5
Einfuhr	+ 4,3	+ 5½	+ 6	+ 6,0	+ 5	+ 6	+ 6
Bruttosozialprodukt	+ 2,6	+ 3	+3½ bis 4	+ 2,8	+ 3	+3 bis 3½	+4 bis 4½
Preisentwicklung							
Privater Verbrauch	+ 3,8	+ 2½	+ 2½	+ 2,8	+ 2½	+ 2	+ 3
Bruttosozialprodukt	+ 3,6	+ 4	+ 3	+ 3,8	+ 4	+ 3½	+ 3
Entstehung des Sozialprodukts							
Erwerbstätige	− 0,3	+ 0	+ ½	+ 0	+ ½	+ ½	+ ½
Arbeitszeit [1])	− 0,9	− 1	− ½	− 0,5	− 1	− ½	− ½
Arbeitsvolumen	− 1,1	− ½	± 0	− 0,5	− 1	± 0	± 0
Produktivität	+ 3,9	+ 3½	+ 3½	+ 3,1	+ 4	+ 3	+ 4
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1970	+ 2,8	+ 3	+ 3½	+ 2,6	+ 3	+ 3	+ 4
Verteilung des Volkseinkommens							
Bruttoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit	+ 7,1	+ 6	+ 6½	+ 5,8	+ 6	+ 6½	+ 6½
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 3,5	+ 8½	+ 7½	+ 6,5	+10	+ 8	+ 7
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten	+ 6,1	+ 6½	+ 6½	+ 6,0	+ 7	+ 7	+ 6½
Nettoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit [2])	+ 5,8	+ 6½	+ 6½	+ 6,0	+ 6½	+ 6½	+ 7
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	− 0,7	+10½	+10½	+ 7,7	+13	+11½	+ 9
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte [3])	+ 5,9	+ 6	+ 6½	+ 6,3	+ 5½	+ 6	+ 7

[3]) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Wettbewerbsposition ihre Marktanteile weiter erhöhen können.

Insgesamt rechnen wir für 1979 mit einer Zunahme des Importvolumens von Waren und Diensten um 6 vH, nach 5½ vH im Jahre 1978 (Tabelle 32).

255. Alles zusammen fügt sich zum Bild einer konjunkturellen Aufwärtsbewegung, bei der die reale Gesamtnachfrage 1979 deutlich höher sein wird als 1978. Zwar wird ein Teil der Zunahme wieder durch vermehrte Einfuhren gedeckt, doch bleibt Raum für eine stärkere Ausweitung der Produktion, der voraussichtlich auch genutzt werden wird. Das reale Sozialprodukt wird nach unserer Schätzung im Jahresdurchschnitt 1979 um 3½ vH bis 4 vH zunehmen, gegenüber 3 vH im Jahresdurchschnitt 1978. Wie immer in Phasen anziehender Konjunktur unterzeichnet dabei der Vergleich der Jahresdurchschnitte die konjunkturelle Dynamik; im Jahresverlauf ist die Beschleunigung größer.

Da die Zunahme der Produktion über das Wachstum des Produktionspotentials — wir veranschlagen es auf rund 3 vH — hinausgehen wird, zeichnet sich erstmals seit 1976 wieder eine Zunahme des Auslastungsgrades der Produktionskapazitäten ab. Auch dies wird die Investitionsbereitschaft festigen.

Die bessere Auslastung der Kapazitäten bedeutet, daß wieder mehr Arbeitsplätze besetzt werden können. Denn nur ein Teil der Mehrproduktion läßt sich durch eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität erreichen. Es ist indes schwer abzuschätzen, wie viele Arbeitskräfte zusätzlich eingestellt werden. Der Produktivitätszuwachs ist keine feste Größe, sondern ergibt sich aus dem Wechselspiel von Kapazitätsauslastung, technischem Fortschritt, Kostendruck und anderen Faktoren.

256. Nach unserer Einschätzung tut sich die Lohnpolitik nach wie vor schwer, den beschäftigungspolitischen Erfordernissen Rechnung zu tragen. Gleichwohl ist nicht zu übersehen, daß eine Anpassung im Gange ist, auch wenn sie sich in kleinen Schritten vollzieht. Bei der Durchrechnung der Prognose sind wir davon ausgegangen, daß sich 1979 die Erhöhung der effektiven Stundenverdienste, unter Einschluß aller tariflichen und außertariflichen Nebenleistungen, in der Nachbarschaft dessen bewegen wird, was 1978 zustande gekommen ist. Dabei haben wir angenommen, daß die tariflichen Stundenverdienste etwas weniger stark angehoben werden als in diesem Jahr.

257. Wie groß der Beschäftigungseffekt ist, der sich daraus ergibt, daß die realen Stückkosten schrittweise weiter gesenkt werden, ist nur grob zu quantifizieren. Wir sind davon ausgegangen, daß die Produktionsleistung je Stunde 1979 nicht stärker steigt als im Jahre 1978. Dies begründen wir mit der Vermutung, daß die Unternehmen ihren Personalbestand in den vergangenen Jahren dem niedrigen Grad der Kapazitätsauslastung angepaßt haben und bei einem Anstieg des Auslastungsgrades mehr Personal einstellen müssen.

Daher erwarten wir, daß 1979 die Anzahl der Erwerbstätigen zum ersten Mal seit der Rezession wieder nennenswert zunimmt. Im Jahresdurchschnitt veranschlagen wir diese Zunahme auf 100 000 bis 150 000 Personen.

258. Die Zunahme der Beschäftigung reicht freilich nicht aus, um den Arbeitsmarkt spürbar zu entlasten. Dies gilt um so mehr, als die Anzahl der Schulabgänger weiter steigen und das Angebot an Arbeitskräften vergrößern wird. Nach unseren Schätzungen wird die Anzahl der Personen, die in den Erwerbsprozeß eintreten, um 50 000 höher sein als die Anzahl jener, die aus dem Erwerbsprozeß ausscheiden. Immerhin rechnen wir damit, daß die Anzahl der Arbeitslosen, die bei den Arbeitsämtern registriert sind, im Jahresdurchschnitt erstmals die Millionengrenze nennenswert unterschreiten wird.

Allerdings ist es schwer, den voraussichtlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit zutreffend abzuschätzen. Denn hierbei spielen nicht nur konjunkturelle, sondern auch so zufällige Einflüsse wie die Witterung eine Rolle: So steigt in einem harten Winter die Arbeitslosigkeit in den witterungsabhängigen Außenberufen für eine begrenzte Zeit stärker als sonst, während ein milder Winter sie niedriger hält. Zudem wird die Anzahl der registrierten Arbeitslosen auch dadurch geringer, daß Personen, die nicht mehr an einem Arbeitsplatz interessiert sind, in die „Stille Reserve" abwandern oder von der Möglichkeit zum Bezug von vorgezogenem Altersruhegeld Gebrauch machen und aus dem Kreis der Erwerbspersonen ausscheiden.

Aufgrund unserer Einschätzung der konjunkturellen Entwicklung halten wir einen Rückgang der Anzahl der Arbeitslosen von Jahresende 1978 bis Jahresende 1979 um knapp 100 000 für die beste Setzung. Obwohl der Rückgang etwas stärker ist als der im Verlauf des Jahres 1978, ist auch dies ein zu kleiner Schritt zur Lösung der beschäftigungspolitischen Probleme.

259. Als gut betrachten wir dagegen die Aussicht, daß die Erfolge, die in den letzten Jahren bei der Bekämpfung der Inflation erzielt worden sind, im großen und ganzen verteidigt werden können. Allerdings halten wir für wahrscheinlich, daß die Preissteigerungsrate im Verlauf des Jahres 1979 wieder zunehmen wird. Die Preise für Nahrungsmittel dürften wieder anziehen, und was die Preise für industriell erzeugte Güter anbelangt, könnte man angesichts der konjunkturellen Situation möglicherweise sogar eine deutliche Beschleunigung des Preisanstiegs erwarten.

Dennoch glauben wir, daß bei den Angebots- und Nachfragebedingungen, wie wir sie für das Jahr 1979 einschätzen, die Preiserhöhungsspielräume nicht nennenswert größer sein werden als im Jahre 1978. Dabei setzen wir darauf, daß die preisdämpfenden Effekte der Höherbewertung der D-Mark nachwirken, die schon in diesem Jahr eine wichtige Rolle bei der Stabilisierung gespielt haben.

260. Bei Nahrungsmitteln kann man zwar nicht noch einmal mit einem ähnlich starken Rückgang der Erzeugerpreise rechnen wie 1978, als er für

nahezu stabile Verbraucherpreise sorgte. Bei normalen Ernten dürften die Erzeugerpreise für pflanzliche Erzeugnisse zumindest leicht nach oben tendieren; bei tierischen Erzeugnissen könnte der Anstieg aufgrund von produktionszyklisch bedingten Verknappungen sogar deutlicher ausfallen. Das muß allerdings nicht bedeuten, daß die Verbraucherpreise im gleichen Tempo steigen, zumal der Handel in letzter Zeit seine Spanne merklich ausweiten konnte. Insgesamt rechnen wir mit einem Anstieg der Nahrungsmittelpreise im Jahresverlauf um 2$^1/_2$ vH (1978: $^1/_2$ vH).

261. Bei den Wohnungsmieten wird sich der Anstieg vermutlich im bisherigen Tempo fortsetzen. Eine Verknappung von Wohnungen, die die Mieten nach oben drücken könnte, zeichnet sich bislang nicht ab. Die starken Preissteigerungen am Baumarkt werden sich nicht sofort in der Breite auswirken. Die Mieten dürften im Jahresverlauf mit einer Rate von 3 vH steigen (1978: 2$^1/_2$ vH bis 3 vH).

262. Die Preise für Dienstleistungen werden zum Jahresbeginn vor allem wegen der Anhebung der Rundfunk- und Fernsehgebühren, der Kfz-Versicherungsprämien und einiger Postgebühren verstärkt steigen. Werden die Löhne, die in diesem Bereich als Kostenfaktor ein besonders großes Gewicht haben, so erhöht, wie wir für die Prognose angenommen haben, dann erwarten wir für den weiteren Verlauf des Jahres 1979 bei diesen Preisen etwa den gleichen Anstieg wie im Verlauf des Jahres 1978. Für das ganze Jahr 1979 haben wir mit einer Rate von 4 vH gerechnet (1978: 3$^1/_2$ vH).

263. Entscheidend ist freilich die Preisentwicklung bei den sonstigen Waren, die knapp die Hälfte aller im Preisindex für die Lebenshaltung erfaßten Waren und Dienste ausmachen. Es sind dies in der Regel Waren aus gewerblicher Produktion, die erfahrungsgemäß Veränderungen im Preisklima zuerst anzeigen. Wir sehen auch hier keine Anzeichen für eine deutliche Verstärkung des Preisanstiegs, jedenfalls nicht bei der in der Prognose angenommenen Entwicklung der Nachfrage und der Kosten. Der Handel hat seit einiger Zeit zu nahezu stabilen Preisen einkaufen können, nicht nur bei ausländischen, sondern auch bei inländischen Produzenten. Wir setzen hier nach wie vor auf den scharfen Wettbewerb, der dazu zwingt, die günstigen Einstandspreise weiterzugeben. Dies schließt nicht aus, daß die Preise zum Teil wieder stärker anziehen, während bei anderen keine Erhöhung durchgesetzt werden kann.

Die Erfahrungen aus früheren Konjunkturzyklen lassen es jedenfalls nicht als überwiegend wahrscheinlich erscheinen, daß es ohne kräftigen Aufschwung, ohne hohe Kapazitätsauslastung und ohne beschleunigten Kostenanstieg rasch zu einem Wechsel in der Preistendenz bei Waren aus industrieller Produktion kommt. Unter solchen Umständen herrscht im allgemeinen noch eine zurückhaltende Preispolitik der Unternehmen vor. Das heißt nicht, daß es auch 1979 so sein muß. In weiten Bereichen der Industrie werden die Gewinnmargen nicht als befriedigend angesehen, so daß eine Besserung der Nachfrage rascher zu einer Reaktion bei den Preisen führen könnte als früher. Gleichzeitig ist jedoch der Wettbewerb, namentlich mit ausländischen Anbietern schärfer, und das Risiko, bei höheren Preisen Marktanteile zu verlieren, größer.

Wir erwarten deshalb bei den Preisen für sonstige Waren eine gegenüber 1978 kaum erhöhte Steigerungsrate. Wir veranschlagen sie auf 2$^1/_2$ vH.

264. Alles in allem rechnen wir für den Preisindex für die Lebenshaltung im Jahresverlauf nur mit einer geringen Beschleunigung des Anstiegs, und zwar von 2 vH bis 2$^1/_2$ vH in diesem auf knapp 3 vH im nächsten Jahr. Wegen des geringen Überhanges am Jahresende 1978 wird die Steigerungsrate von Jahresdurchschnitt 1978 zu Jahresdurchschnitt 1979 mit 2$^1/_2$ vH nicht höher sein als von Jahresdurchschnitt 1977 zu Jahresdurchschnitt 1978. Davon entfallen 0,3 Prozentpunkte auf die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes zum 1. Juli 1979; für die Anfang 1978 in Kraft getretene Mehrwertsteueranhebung hatten wir im Preisanstieg dieses Jahres 0,6 Prozentpunkte veranschlagt.

Noch einmal sei auf die Annahmen hingewiesen, die unserer Prognose der Preisentwicklung im kommenden Jahr hinsichtlich der Lohnpolitik und vor allem hinsichtlich der Geldpolitik zugrunde liegen (Ziffern 256 und 226). Die Vorstellung, daß die Geldpolitik auf Stabilitätskurs bleiben wird, ist ausschlaggebend für unsere Erwartung, daß der Wettbewerb bei reagiblem Wechselkurs nicht an Schärfe verliert. Daß die Gründung des neuen Europäischen Währungssystems die Inflationserwartungen und dann auch die Wechselkurssituation alsbald grundlegend ändern könnte, hat unsere Prognose nicht mitbestimmt.

265. Bestätigt die Entwicklung unsere Annahmen über Nachfrage, Produktion, Kosten und Preise, dann wird das Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nur wenig stärker steigen als das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit. Die Lohnquote wird sich also weit weniger zurückbilden als im Jahre 1978. Der Grund dafür ist vor allem darin zu sehen, daß wir im nächsten Jahr mit keiner weiteren Kostenentlastung bei Importgütern rechnen. Nach der merklichen Verbesserung der Terms of Trade im Jahre 1978, die sich in höheren Gewinnen niedergeschlagen hat, wird es 1979 aller Voraussicht nach wieder zu einer leichten Verschlechterung des Verhältnisses von Ausfuhrpreisen zu Einfuhrpreisen kommen.

DRITTES KAPITEL

Beschäftigung, Wachstum, Währung

I. Zur beschäftigungspolitischen Diskussion

266. Mit den Steuer- und Ausgabenbeschlüssen vom Herbst 1977 und vom Sommer 1978 ist die Politik der Nachfragestützung an die Grenze dessen gegangen, was der Staat unter den gegenwärtigen Bedingungen zur Ankurbelung der Konjunktur leisten kann. Die konjunkturelle Belebung, die seit dem Sommer 1978 im Gange ist, verspricht für 1979 mehr Beschäftigung. Daran knüpft sich Hoffnung, daß dies der Beginn eines allmählichen Prozesses der Besserung am Arbeitsmarkt ist. Noch herrscht jedoch Skepsis vor, ob die Bedingungen für ein kräftiges und stetiges Wachstum, das die drängenden Beschäftigungsprobleme der kommenden Jahre lösen kann, gesichert sind. Die Gefahr, daß die Belebung nicht von Dauer sein wird, liegt auf der Angebotsseite der Volkswirtschaft, bei der Neigung, Arbeitskräfte einzustellen, die Kapazitäten auszuweiten und neue Märkte zu erschließen. Hier sieht der Sachverständigenrat die wichtigsten Ansatzpunkte für eine mittelfristig angelegte Wirtschaftspolitik, die mehr Beschäftigung durch ein stärkeres Wachstum der Investitionen zu erreichen sucht.

267. Daß dies der richtige Weg zur Vollbeschäftigung ist, wird freilich bestritten. In einer noch stärkeren Nachfragestützung von seiten des Staates und in einer forcierten Verkürzung der Arbeitszeit wurden und werden andere mögliche Wege gesehen. Eine wichtige Scheidelinie zwischen den verschiedenen Therapievorschlägen verläuft bei der Frage, wie man den Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Beschäftigung sieht und welche Anpassungsaufgabe die Lohnpolitik übernehmen kann. Wer das Niveau der Lohnkosten beschäftigungspolitisch für wenig relevant oder eine beschäftigungsorientierte Lohnpolitik für nicht vertretbar hält, wird nach einer Therapie suchen, in der die staatliche Beschäftigungspolitik oder die Arbeitszeitpolitik die Hauptrolle spielt. Eine Stütze finden solche Therapievorschläge in einem Nachfragepessimismus, der sich in der Skepsis äußert, daß die Expansion der privaten Nachfrage in Zukunft mit dem Fortschritt der Arbeitsproduktivität nicht mehr Schritt halten könne. Wer in den Lohnkosten eine für Produktion und Beschäftigung entscheidende Größe sieht und den Gewerkschaften immer noch jene Flexibilität zutraut, die sie häufig bewiesen haben, wird darauf setzen, daß das Beschäftigungsproblem über ein kräftigeres Wachstum gelöst werden kann. Solange in der Bevölkerung der Wunsch nach mehr Gütern und Leistungen nicht sichtbar gegenüber einer Vorliebe für mehr Freizeit zurücktritt, kann man annehmen, daß ein Weg, der über mehr Wachstum führt, auf einem allgemeinen Konsensus beruht.

268. Der Sachverständigenrat hatte dafür geworben, daß die Wirtschaftspolitik das Ziel der Vollbeschäftigung über kräftigeres Wirtschaftswachstum anstreben soll. Seine Konzeption bestand aus einer auf Verbesserung der Angebotsseite zielenden Politik, die in der Situation des Jahres 1977 durch eine staatliche Initialzündung von der Nachfrageseite her unterstützt werden sollte. Diese Konzeption setzte also nicht einseitig auf die Lohnpolitik und auf wachstumspolitische Maßnahmen, sondern in hohem Maße auf die konjunkturbelebende Wirkung einer expansiven Finanzpolitik. Diese Doppelstrategie war es, die uns 1977 angemessen schien. Verwirklichen ließen sich davon die Nachfragepolitik und einige Maßnahmen der staatlichen Angebotspolitik. Das Kernstück der angebotsorientierten Politik, ein Kurswechsel der Lohnpolitik auf beschäftigungspolitische Ziele, überforderte die Tarifparteien. Die Lohnpolitik verfolgt in erster Linie verteilungspolitische Ziele. Mittelfristig braucht zwischen diesen Zielen nicht unbedingt ein Konflikt zu bestehen. Es sind aber gerade die kurzfristigen, vermeintlichen Verteilungsvorteile, um die so heftig gerungen wird. Daß der Sachverständigenrat mit seinen Aussagen zur Beschäftigungswirkung der Lohnpolitik in diesen zum Teil erbittert geführten Streit der Parteien hineingezogen wird, kann ihm nicht recht sein, liegt aber wohl in der Natur der Sache.

269. Zur Debatte steht, welche Rolle der Angebotspolitik im Rahmen der Beschäftigungspolitik zufallen soll. Die Diskussion über das letzte Jahresgutachten befaßte sich im wesentlichen mit diesem Thema. Wir werden zu den kritischen Argumenten Stellung nehmen. Das soll vor dem Hintergrund einer Diagnose der anstehenden Beschäftigungsprobleme geschehen. Denn Aufgabe des Sachverständigenrates ist es nicht, abstrakte Erörterungen anzustellen, sondern in einer konkreten Situation die Handlungsalternativen aufzuzeigen und zu begründen. Es gibt einen breiten Fächer von möglichen Erklärungen für Ungleichgewichte. Nur weil sie als Denkmöglichkeiten existieren, sind sie noch nicht relevant. Erst die situationsbezogene Diagnose muß zeigen, ob das der Fall ist.

Zur Problemdiagnose

270. Die Wirtschaftspolitik verfolgte in den letzten Jahren einen Kurs, der mehr Beschäftigung über ein beschleunigtes Wirtschaftswachstum anstrebte. Allerdings hat sie nicht mit ausreichender Konsequenz auf eine Verbesserung der Angebotsbedingungen hingewirkt, sondern vielmehr den Schwerpunkt ihrer Anstrengungen auf die Nachfrageseite

gelegt. Mit Hilfe staatlich gestützter Nachfrage gelang es schließlich, die Konjunktur wieder zu beleben. Dennoch ist nicht zu übersehen, daß sich seit der Rezesssion von 1975 auch die Rahmenbedingungen für das wirtschaftliche Wachstum allmählich verbessert haben:

— Die Zinsen sind gesunken und der Finanzierungsspielraum der Wirtschaft für Investitionen ist groß.

— Die Preissteigerungsrate in der Bundesrepublik ist auf den niedrigsten Stand seit Ende der sechziger Jahre gesunken.

— In zahlreichen, wenn auch kleinen Schritten hat die Wirtschaftspolitik in den letzten Jahren die Angebotsbedingungen verbessert, insbesondere steuerliche Investitionshemmnisse abgebaut und die Anreize für Neuerungen erhöht.

— Die Problemländer Westeuropas konnten sowohl ihre Leistungsbilanzdefizite vermindern als auch ihre Inflation dämpfen, so daß auch dort die Ausgangslage für einen neuen Aufschwung besser geworden ist.

— Rohstoffe und viele andere ausländische Vorleistungen sind für die deutsche Wirtschaft billiger geworden, teils als Folge eines Überangebots auf den Weltmärkten, teils als Folge der Aufwertung der D-Mark.

271. Ob die Verbesserung der Rahmenbedingungen ausreicht, um für den Aufschwung über das Jahr 1979 hinaus eine tragfähige Basis zu schaffen, kann gegenwärtig kaum jemand sagen. Zweifel sind jedoch angebracht. Die Labilität des Dollar und die hohen Staatsdefizite belasten die Zukunftserwartungen. Das Niveau der realen Lohnkosten ist immer noch weit höher als vor der Rezession und daher vermutlich mit Vollbeschäftigung noch nicht vereinbar. Welche Lohnpolitik die Gewerkschaften in Zukunft verfolgen werden, ist ungewiß. Eine offene Frage ist auch, inwieweit die bisher erreichte Verbesserung der Angebotsbedingungen in einem neuen Aufschwung wieder zunichte gemacht wird, etwa dadurch, daß erneut inflationäre Kräfte wach werden. Dennoch scheint richtig zu sein, daß sich mehr Zuversicht durchgesetzt hat, jedenfalls was die kurzfristigen Aussichten anlangt. Das trifft insbesondere für Binnenbereiche zu, die von den Vorgängen an den Devisenmärkten eher begünstigt als behindert worden sind.

272. Die jüngste konjunkturelle Belebung unterscheidet sich von der früherer Aufschwungsphasen vor allem dadurch, daß die Wende ohne außenwirtschaftliche Impulse zustande kam. Die ungebrochene Expansion in der Automobilindustrie und der Aufschwung in der Bauwirtschaft, im Handwerk und in den Dienstleistungsbereichen werden vorwiegend vom Binnenmarkt getragen. Außenhandelsintensive Bereiche wie die Stahlindustrie, die Chemiefaserindustrie, der Schiffbau und die Textilindustrie leiden unter schwierigen Anpassungsproblemen. Ob sich ein stärker binnenwirtschaftlich geprägtes Wachstum der deutschen Wirtschaft herauszubilden beginnt, kann in Anbetracht der massiven staatlichen Stützung der Binnennachfrage noch nicht gesagt werden. Für wahrscheinlich halten darf man jedoch, daß sich der Stau an unbewältigtem Strukturwandel, der sich im Gefolge der Rezession gebildet hatte, allmählich abbaut. Wenn es richtig ist, daß die sektoralen Anpassungsprobleme vor allem auf die kaum reversible reale Höherbewertung der Mark und Änderungen der internationalen Arbeitsteilung zurückgehen, dann kommt dem Wachstum in den Binnensektoren in Zukunft eine größere Bedeutung zu als in der Vergangenheit. Sollen die Marktkräfte diesen Prozeß steuern, muß von der Kostenentwicklung her Spielraum gelassen werden für stärkere Produktionsanreize in den Binnenbereichen. Eine erfolgreiche Umstrukturierung hat man sich großenteils, aber nicht allein in Richtung auf die Binnenwirtschaft vorzustellen. Auch in den unter internationalem Konkurrenzdruck stehenden Bereichen können Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern, indem sie sich vermehrt auf Güter spezialisieren, bei deren Produktion die Standortvorteile der Bundesrepublik ausgeschöpft werden — die Qualifikation der Arbeitskräfte und die Fähigkeit der Unternehmen, neue Technologien und neue Produkte auf den Markt zu bringen.

273. Offenbar haben viele Unternehmen erhebliche Schwierigkeiten gehabt, aus der Tatsache, daß so günstige Produktionsbedingungen wie in den sechziger Jahren so leicht nicht wiederkehren, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Nachdem der Kostenvorsprung der sechziger Jahre aufgegeben werden mußte und die Bundesrepublik in technologischer und wirtschaftlicher Hinsicht in die Gruppe der am höchsten entwickelten Länder aufgerückt ist, kommt es mehr denn je auf Neuerungen und damit zusammenhängende Investitionen an, wenn die Wirtschaft aus sich heraus zu mehr Dynamik zurückfinden soll. Die Eigendynamik und damit die Bewältigung des Strukturwandels muß heute von den Investitionen kommen, die die Produktionstechnik und die Güterversorgung autonom auf ein neues Niveau heben.

274. Im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Diskussion stehen nicht diese autonomen Investitionen, sondern vielmehr jene sogenannten induzierten Investitionen, die auch oder vorwiegend in Abhängigkeit vom Auslastungsgrad der Kapazitäten getätigt werden. Die induzierten Investitionen bestimmen die Investitionstätigkeit vor allem dann, wenn die Nachfragestruktur und die Produktionstechnik keinem starken Wandel unterworfen sind. Ob und vor allem wann sie getätigt werden, hängt nicht zuletzt von der Entwicklung der Nachfrage auf bereits erschlossenen Märkten ab. Je mehr der Strukturwandel zur Erschließung neuer Märkte und zur Anwendung neuer Techniken zwingt, um so mehr werden jedoch die autonomen Investitionen zur Schlüsselgröße für das wirtschaftliche Wachstum.

275. Die autonomen Investitionen bestehen aus einer Vielzahl verschiedenartiger Investitionen, und

die Motive der Unternehmen, sie vorzunehmen, sind in der Praxis vielschichtig und schwer klar voneinander zu scheiden. Dies hat seinen Grund nicht zuletzt darin, daß die Durchsetzung von Neuerungen in der Wirtschaft nicht mehr allein Aufgabe und Chance einer dynamischen Unternehmerpersönlichkeit ist, sondern das Ergebnis eines arbeitsteiligen Innovationsprozesses zwischen größeren und kleineren Unternehmen. Dabei mögen die Innovationen im Vordergrund stehen, die aus dem Konkurrenzkampf zwischen den Unternehmen entstehen. Es darf aber nicht aus dem Blick kommen, daß große und kleine Unternehmen im Innovationsprozeß auch zusammenspielen und sich ergänzen, sei es, daß sie als Zulieferer Innovationen beim Marktpartner möglich machen, sei es, daß sie als Abnehmer zur Verbesserung einer Innovation beitragen, um diese am Markt durchsetzen zu können. Aber auch innerhalb der Unternehmen gibt es innovatorische und nachahmende Teile, und der Innovationsprozeß durchläuft verschiedene Phasen. Zu jeder sind Investitionen erforderlich.

Investitionen im innovatorischen Bereich umfassen die Phasen der Forschung und Entwicklung, des Aufbaus von Pilotanlagen und der Erstausrüstung von Fertigungsstätten, aber auch die Investitionen für die Schulung von Mitarbeitern für Fertigung, Verkauf und Service des neuen Produktes. Schließlich kann man auch die Lagerinvestitionen zur Erstausrüstung der Läger mit dem neuen Produkt dazu rechnen. Auch die Einführungswerbung gehört zu den autonomen Investitionen.

276. So gesehen, ergibt sich die Unterscheidung von autonomen und induzierten Investitionen aus der Zusammenfassung sehr differenzierter Investitionsvorgänge in den Unternehmen unter dem Gesichtspunkt des Innovationsprozesses.

Induzierte Investitionen sind einmal solche Investitionen, die von dem Nachfragesog verursacht werden, der im Gefolge innovatorischer Prozesse entsteht: Setzt sich eine Innovation erfolgreich im Markt durch, dann schafft sie sich gleichsam wie in einem Ansteckungsprozeß weitere Nachfrage, die zu Erweiterungsinvestitionen führt. Die zusätzliche Nachfrage bewirkt aber auch, daß sich andere Anbieter nachstoßend mit veränderten oder auch verbesserten Produkten um sie bemühen. Wenn daraufhin der Innovator seinerseits wieder Investitionen vornimmt, die zur Verteidigung seiner Wettbewerbspositionen dienen, sind auch diese als induzierte Investitionen zu bezeichnen. Letztlich sind diese Investitionen aber alle auf die zusätzliche Nachfrage zurückzuführen, die durch den ursprünglichen Innovationsstoß hervorgerufen wurde. Zu dieser Gruppe der induzierten Investitionen gehören die Entwicklungsaufwendungen, die für die differenzierende Produktnachahmung erforderlich sind, aber auch die Investitionen in Gebäude und maschinelle Anlagen für die Fertigung des Imitationsprodukts und die Lagerinvestitionen. In den ursprünglich innovatorischen Bereichen der Unternehmen ebenso wie in den imitativen umfassen sie die Phasen der Produktverteidigung, insbesondere also Rationalisierungsinvestitionen, Investitionen zur Produktverbesserung und Produktvariation.

Von diesen auf eine letztlich angebotsseitig verursachte Nachfrageerhöhung zurückzuführenden Investitionen sind diejenigen induzierten Investitionen zu unterscheiden, die von einem autonomen Nachfragestoß ausgelöst werden. Dabei handelt es sich um Erweiterungsinvestitionen. Diese können die bisherige Produktionsweise unverändert lassen. Sie können aber auch mit Rationalisierungsinvestitionen verbunden sein und so zu einer Beschleunigung des technischen Fortschritts beitragen.

Damit kommt die quantitativ sicherlich außerordentlich wichtige Teilmenge der Ersatzinvestitionen ins Bild. Der Zeitpunkt, zu dem Ersatzinvestitionen vorgenommen werden, ist nicht fest vorgegeben. Er kann hinausgeschoben werden und er wird insbesondere dann hinausgeschoben werden, wenn die Angebotsbedingungen schlecht und die Erwartungen hinsichtlich der längerfristigen Nachfrage unsicher sind. Weniger eine vorübergehende Nachfragebelebung, als vielmehr eine Festigung der Erwartung, daß bei auskömmlichen Ertrags-Kosten-Relationen produziert und dauerhaft verkauft werden kann, dürfte dazu führen, daß bisher vertagte Ersatzinvestitionen nachgeholt werden. Es ist daher auch bei den Ersatzinvestitionen ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen den Angebotsbedingungen, namentlich also dem Kostenniveau, und der Investitionstätigkeit anzunehmen.

277. Innerhalb der autonomen Investitionen sind zwei Gruppen zu unterscheiden: Einmal solche, die für das Auffinden neuer Produkte erforderlich sind, also Forschungsinvestitionen, aber auch die Investitionen in Pilotanlagen sowie Gebäude und Maschinen im engeren Sinne. Man kann sie als die offensiven innerhalb der autonomen Investitionen bezeichnen. Daneben gibt es aber auch solche Investitionen, die dazu dienen, Auflagen und Anforderungen an Produktsicherheit, Arbeitssicherheit und Umweltschutz zu erfüllen. Dabei darf freilich nicht übersehen werden, daß die Unternehmen, die die entsprechenden Investitionsgüter herstellen, selbst sehr innovativ sein können. Ja, häufig wird sogar auf diesen Gebieten ein Schwerpunkt für offensive Investitionen in der Wirtschaft gesehen.

278. Bei zunächst als gegeben angenommenem Investitionsvolumen eines Unternehmens ist der Anteil der autonomen Investitionen um so geringer, je mehr Mittel in imitierenden Bereichen eingesetzt und je mehr Mittel in den Phasen der Produkterhaltung und Marktsicherung eingesetzt werden. Je höher außerdem der Anteil der durch Auflagen veranlaßten Investitionen innerhalb der autonomen ist, um so kleiner ist der Anteil der Mittel, die als offensive Investitionen zur Entdeckung und Entwicklung neuer Produkte und Verfahren zur Verfügung stehen. Der Anteil der Investitionen für Arbeits- und Produktsicherheit innerhalb des gesamten Investitionsbudgets ist heute in zunehmendem Maße von gesetzlichen Vorschriften und Auflagen bestimmt. Entschieden werden kann daher nur noch über die

Aufteilung der Mittel auf offensive und induzierte Investitionen. Bei gegebenem Budget ist dies eine Grundentscheidung im Unternehmen.

279. Das Investitionsbudget im ganzen ist selbstverständlich nicht einfach vorgegeben. Es läßt sich aber auch nicht beliebig durch Außenfinanzierung ausdehnen. Der Spielraum für Außenfinanzierung ist mitbestimmt von der Selbstfinanzierungskraft. Unternehmensseitig ist diese jedoch ihrerseits Ergebnis der Investitionsentscheidungen in der Vergangenheit. Je mehr in der Vergangenheit für Marktsicherung ausgegeben wurde, um so geringer dürften im allgemeinen die Selbstfinanzierungsmittel sein, die in der Gegenwart für Investitionen zur Verfügung stehen, weil zu wenig in gewinnträchtige Produkte investiert wurde und die Produkte, die man so erhalten hat, nach einiger Zeit dann ganz oder teilweise aufgegeben werden mußten.

280. Dies begründet auch die Sorge, die heute unter den Unternehmen verbreitet ist: Die aktuellen Probleme der Rentabilitätssicherung und der Erhaltung von Arbeitsplätzen könnten die langfristigen Aufgaben der Entwicklung neuer Produkte und der Erschließung neuer Tätigkeitsbereiche über Gebühr in den Hintergrund drängen. Die Gefahr, daß kurzfristige Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und damit der Arbeitsplätze die Sicherheit der Arbeitsplätze auf lange Sicht aufs Spiel setzen könnte, wird gesehen. Ihr steht die Befürchtung gegenüber, bei zu starker Dotierung der offensiven Investitionen nicht genügend Investitionsmittel zu haben, um die Rentabilität derjenigen Produktbereiche sichern zu können, die sich in der Reifephase oder in der Abschwungsphase ihres Lebenszyklus befinden und sich gegen vorstoßenden Wettbewerb der Konkurrenten verteidigen müssen. In den Unternehmen ist es Aufgabe der strategischen Planung, ein Gleichgewicht zwischen den autonomen Investitionen und den Investitionen in den imitativen und erhaltenden Bereichen dergestalt herbeizuführen, daß die Innovationsrate im Unternehmen ausreicht, um die Rentabilität des Unternehmens und seine Arbeitsplätze zu sichern.

281. Der Wirtschaftspolitik stellt sich die Aufgabe, Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen sich ein Gleichgewicht von autonomen und induzierten Investitionen herausbildet, das die Stabilitäts- und Wachstumsziele der Volkswirtschaft erfüllt. Das heißt, es soll sich ein ausgewogenes Verhältnis zwischen expansiven jungen Aktivitäten auf auch weltweit expandierenden Märkten einerseits und ertragssicheren etablierten Aktivitäten mit vergleichsweise hohem Arbeitskräftebedarf andererseits herausbilden können. Förderung von Forschung und Innovation kann das erleichtern. Aktivitäten dagegen, die sich einer stagnierenden Nachfrage gegenübersehen, die hohen Löhnen auch auf Dauer nicht gewachsen sind, deren internationale Wettbewerbsfähigkeit also nachhaltig gefährdet ist, sollten nicht durch staatliche Wirtschaftspolitik am Leben erhalten werden.

282. Einer solchen angebotsseitig orientierten Wirtschaftspolitik erwachsen von der Nachfrage her keine Schwierigkeiten. Mit steigendem verfügbarem Einkommen wächst der Spielraum für innovatorische Kaufentscheidungen. Die Bereitschaft, neue Produkte und Problemlösungen zu erproben, wird auf der Seite der Nachfrage größer. Aber auch die Bereitschaft, für neue Produkte höhere Preise zu bezahlen, nimmt bei wachsendem Wohlstand zu. Damit steigt der Anreiz für die Unternehmen, solche Produkte anzubieten.

283. Die Konzeption der Angebotspolitik wird häufig mißverstanden, insbesondere der Zusammenhang zwischen der Angebotspolitik und Beschäftigung. In der Diskussion spielt die Vorstellung eine große Rolle, daß es vorwiegend auf diejenigen induzierten Investitionen ankomme, für die der Staat günstige Bedingungen schaffen könne, indem er für mehr Nachfrage sorgt. Die deutsche Wirtschaft befindet sich jedoch in einer Phase des Strukturwandels, dessen Bewältigung entscheidend davon abhängt, ob genügend autonome Investitionen getätigt werden. Hier Hilfe zu leisten, ist Aufgabe der Angebotspolitik.

284. Nachfragepolitik und Angebotspolitik werden überdies häufig als unvereinbare Gegensätze hingestellt. Das gibt ein falsches Bild. Wer die autonomen Investitionen in der gegenwärtigen Situation für besonders wichtig hält und auch einen Teil der induzierten Investitionen letztlich als von diesen bestimmt ansieht, braucht nicht zu leugnen, daß es auch Investitionen gibt, die primär von der aktuellen Nachfrage abhängen. Wenn der Sachverständigenrat die Ursachen des Beschäftigungsproblems vor allem auf der Angebotsseite sieht, so bedeutet das nicht, daß er einzig und allein auf die Angebotspolitik setzt. Er hat es auch nicht getan, sondern in der konkreten Situation des Jahres 1977 eine Doppelstrategie für richtig gehalten, die sowohl die Angebotsseite wie die Nachfrageseite einbezog.

285. Dem Sachverständigenrat ist unterstellt worden, er erwarte einen Aufschwung allein von der Lohnpolitik. Dies ist eine grobe Vereinfachung. Kennzeichnend für das Konzept des Rates ist die Ausrichtung auf die mittelfristigen Beschäftigungsprobleme. Es ging also nicht nur und nicht einmal in erster Linie um die Frage, wie ein Aufschwung in Gang gesetzt werden kann, sondern darum, wie er sich so festigen kann, daß auf mittlere Sicht Vollbeschäftigung möglich wird. In diesem Konzept war der Lohnpolitik die Aufgabe zugedacht, von der Kostenseite her mehr Produktion rentabel zu machen. Für die primären Auftriebsimpulse zu sorgen, war nach diesem Konzept jedoch Sache des Staates. Der Sachverständigenrat hatte im Spätsommer 1977 in einem Sondervotum ausdrücklich geraten: „Was die gesetzgebenden Körperschaften an Maßnahmen beschließen werden, sollte den gesamtwirtschaftlich möglichen Rahmen ... ausschöpfen, weil ein kräftiger Impuls nötig ist, ..." (JG 77 Anhang IV, Ziffer 13). Der expansive Impuls, der

in der Finanzpolitik für das Jahr 1978 angelegt war, betrug in der Tat fast 20 Mrd DM. Die positiven Wirkungen, die eine zurückhaltende Lohnpolitik damals hätte haben können, beruhten im übrigen nicht allein auf der unmittelbaren Kostendämpfung, sondern auch auf dem Signalcharakter, den eine solche Lohnpolitik für die Erwartungen der Investoren gehabt hätte (JG 77 Ziffer 356).

286. Auch nachdem die konjunkturelle Erholung weitere Fortschritte macht, bleibt die Aufgabe bestehen, von der Kostenseite her eine solide Basis für ein kräftigeres Wachstum zu schaffen. Damit stellt sich erneut die Frage, ob nach wie vor die Notwendigkeit besteht, die Reallöhne zu korrigieren. Der Sachverständigenrat hat in der Vergangenheit diese Frage nie ohne Vorbehalte bejaht, sondern dafür geworben, daß die Tarifparteien das zur Vollbeschäftigung passende Lohnniveau im Rahmen der Tarifautonomie herausfinden müssen. Eine wissenschaftliche Methode, mit der festgestellt werden könnte, wie hoch das vollbeschäftigungskonforme Lohnniveau ist, gibt es nicht. Wenn allerdings Unterbeschäftigung herrscht und alle mittelfristigen Analysen die Erwartung begründen, daß sich das Problem von selbst nicht löst, und gleichzeitig festgestellt werden muß, daß die realen Lohnstückkosten auf einem Niveau sind, bei dem es Vollbeschäftigung in der Bundesrepublik noch nie gegeben hat (Ziffer 125), so läßt sich die Vermutung nicht einfach von der Hand weisen, daß das Kostenniveau korrigiert werden muß.

Die Diskussion um die Lohnpolitik

287. In der Kontroverse um die Beschäftigungspolitik wird häufig in Frage gestellt, daß die Lohnpolitik einen Beitrag zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit leisten kann. Möglicherweise sei es ganz falsch, in der Therapie bei den Löhnen anzusetzen, weil die Ursache der Unterbeschäftigung ebensogut auf den Gütermärkten liegen könne. Auch sei es sehr unsicher, ob, wie und in welchem Zeitraum eine zurückhaltende Lohnpolitik auf die Beschäftigung wirke. Denn eine solche Politik könne die Massenkaufkraft mindern oder vorwiegend Rationalisierungsinvestitionen zum Ergebnis haben. Außerdem müßte befürchtet werden, daß der bewegliche Wechselkurs eine positive Beschäftigungswirkung nicht mehr zulasse. Schon die Unsicherheit bei Diagnose und Wirkungsanalyse schließe eindeutige Aussagen über die Zweckmäßigkeit einer bestimmten Politik aus.

Unsicherheit darüber, auf welchen Ursachen Fehlentwicklungen beruhen und wie diese beseitigt werden können, kann jedoch kein Argument sein, eine bestimmte Strategie nicht in Betracht zu ziehen. Sicheres Wissen gibt es nicht. Jeder Lösungsansatz für das Beschäftigungsproblem ist letztlich mit Unsicherheit behaftet, die abgeschätzt und vor allem gegen die Unsicherheit abgewogen werden muß, mit der bei anderen Lösungsansätzen zu rechnen wäre.

288. Ein gravierender Einwand gegen eine zurückhaltende Lohnpolitik lautet, daß eine Kostensenkung nur in dem Fall zu einem höheren Beschäftigungsgrad führt, in dem die Ursache der Arbeitslosigkeit tatsächlich in einem zu hohen Lohnniveau liegt. Das sei aber keineswegs sicher. Denn auch die Güterpreise könnten aufgrund von Marktmacht starr oder überhöht sein, mit der Folge, daß die Kapazitäten nicht voll genutzt werden und Arbeitslosigkeit auftritt. Die angemessene Therapie bestehe in diesem Fall in einer Erhöhung des gesamtwirtschaftlichen Nachfragevolumens bis zu dem Punkt, bei dem auch bei den herrschenden Güterpreisen die Kapazitäten wieder voll ausgelastet werden. Hilfreich wäre auch eine Intensivierung des Wettbewerbs, der die Güterpreise nach unten drückt. Daß auch dieser Fall möglich ist, ist nicht strittig. Doch es geht nicht um die denkbaren Fälle, sondern darum, welcher Fall in der gegebenen Situation relevant ist.

289. Es gibt gewichtige Anhaltspunkte dafür, daß die gegenwärtige Arbeitslosigkeit nicht zuletzt, wenn auch nicht ausschließlich, mit Störungen auf dem Arbeitsmarkt zu tun hat, weil sich bestimmte Probleme als Probleme eines zu hohen Lohnniveaus darstellen. Die realen Lohnkosten, etwa gemessen an der Reallohnposition der Arbeitnehmer, haben ein Niveau, das weit höher ist als in all den Jahren, in denen Vollbeschäftigung geherrscht hat. Zu diesem Anstieg der realen Kosten, der in die erste Hälfte dieses Jahrzehnts fiel, hatte nicht nur die interne Lohnentwicklung beigetragen, sondern auch die Intensivierung des Wettbewerbs von außen, die von der Höherbewertung der D-Mark ausging. Das läßt deutlich werden, daß die andauernde Arbeitslosigkeit mit einer zunehmenden Erstarrung der Gütermärkte kaum in Zusammenhang gebracht werden kann. Zugleich muß gesehen werden, daß nicht nur die realen Lohnkosten, sondern auch die Marktrisiken gestiegen sind, weil seit der Rezession der Bedarf an Strukturwandel größer geworden ist. Eigentlich müßten diese zusätzlichen Risiken durch niedrigere Kosten abgefangen werden können. Ein Indiz gegen die Diagnose, die die Ursache auf den Gütermärkten vermutet, ist im übrigen das Mißverhältnis, das zwischen den starken expansiven Impulsen von seiten des Staates, die 1975, 1976 und 1978 wirksam waren, und dem kaum nennenswerten Rückgang der Arbeitslosigkeit besteht. Zumindest scheint die Chance, Arbeitslosigkeit mit „keynesianischen" Mitteln zu beseitigen, nicht sehr groß zu sein. Nur 1976 gab es zeitweilig einen leichten Anstieg der Beschäftigung; damals waren auch die realen Lohnkosten gesunken.

290. Obwohl sehr viel für die Diagnose angebotsbedingter Unterbeschäftigung spricht, kann man nicht ausschließen, daß neben Angebotsproblemen auch autonomer oder daraus resultierender Nachfragemangel im Spiel ist und die Expansionserwartungen so stark dämpft, daß daraus ein selbständiges Konjunkturproblem erwächst. Weil uns im Sommer 1977 eine solche Situation vorzuliegen schien, hielten wir die Doppelstrategie für angemessen. Eine nur an

der Nachfrage ansetzende Politik würde bei überwiegend angebotsbedingter Arbeitslosigkeit keine wirkliche Abhilfe schaffen. Da sie die eigentlichen Probleme ungelöst ließe, setzte sie sich dem Zwang aus, laufend neue Expansionsprogramme nachschikken zu müssen.

291. Das Kaufkraftargument ist immer wieder in die Diskussion geworfen worden. Es bringt die Sorge zum Ausdruck, eine Verlangsamung des Lohnanstiegs könne die Massenkaufkraft so stark schwächen, daß positive Beschäftigungswirkungen davon nicht zu erwarten seien. Der Sachverständigenrat hat in seinem letzten Jahresgutachten zu zeigen versucht, daß diese Sorge unbegründet ist, und zwar auch dann, wenn die Kostensenkung, die durch die Lohnzurückhaltung zustande kommt, nicht unmittelbar die Beschäftigung erhöht (JG 77 Ziffern 288 ff.). Unsere Begründung war: Ein Minderanstieg der Bruttolöhne schwächt die nominale Inlandsnachfrage bei weitem nicht in gleichem Umfang, weil vom Bruttoentgelt Steuern und Sozialversicherungsbeiträge abgehen und vom Nettoentgelt ein Teil gespart, ein anderer für Importe ausgegeben wird. Die reale Inlandsnachfrage wird noch weniger gemindert, da der geringere Anstieg der Bruttolöhne und der Lohnnebenkosten in vollem Umfang das Kostenniveau entlastet und dies den Preisauftrieb dämpft. Schon dann, wenn die prozentuale Minderlohnsteigerung nur etwa zur Hälfte in der Form einer Minderpreissteigerung weitergegeben wird, braucht mit einem Ausfall an realer Inlandsnachfrage überhaupt nicht gerechnet zu werden. Dabei spielt eine wichtige Rolle, daß ein großer Teil des verfügbaren Einkommens — insbesondere die Sozialeinkommen und die Einkommen aus Geldvermögen — nominal festliegt und erst nach einiger Zeit an einen langsameren Anstieg der Löhne und Preise angepaßt wird. Die Relevanz dieses Realwerteffektes ist angezweifelt worden.

292. Einmal ist kritisch betont worden, er beruhe nicht auf einem echten Einkommenszuwachs, weil das, was die einen real zugewinnen, andere real verlieren. Das ist für einen großen Teil des Realwerteffekts auch sicher richtig und vom Sachverständigenrat nicht bestritten worden (JG 77 Ziffer 302). Was die Bezieher von Sozialeinkommen in realer Rechnung mehr erhalten, muß früher oder später von den Beitragszahlern oder Steuerzahlern real getragen werden. Ähnliches gilt für die Einkommen aus Geldvermögen, denen Geldschulden des Staates gegenüberstehen. Der Realwerteffekt beruht jedoch gerade auf der Überlegung, daß die Gegenbuchung später vorgenommen wird. Er sorgt für eine Überbrückung der Zeit, in der die Kostenentlastung noch nicht zu mehr rentabler Produktion geführt hat. Und was die Unternehmen als Geldschuldner angeht, so mögen sie sich zwar wegen der Verlangsamung des Preisniveauanstiegs einen höheren Realwert ihrer Schulden und ihres Kapitaldienstes ausrechnen. Es ist jedoch ein Realwert, der sie weniger drückt als vorher, weil sich ihre Ertragsaussichten aufgrund der Kostenentlastung verbessert haben. Sie erleiden bei einer Mindersteigerung der Löhne gewiß keine Vermögenseinbuße.

293. Der Realwerteffekt wird eigenartigerweise gerade von denen als illusionär bezeichnet und dann gegen die lohnpolitische Argumentation des Sachverständigenrates ins Feld geführt, die ansonsten für eine noch expansivere Nachfragepolitik eintreten. Die Wirksamkeit gerade der Nachfragepolitik beruht aber darauf, daß ihre Kosteneffekte erst relativ spät sichtbar und spürbar werden; sonst käme es gar nicht zu einem Nachfrageanstieg. Illusionen werden bei einer expansiven Nachfragepolitik genutzt und oftmals mißbraucht, indem Vertrauen auf einen stabilen Geldwert enttäuscht wird. Ganz anders verhält es sich mit einer Politik der Kostendämpfung, bei der zwar auch Illusionen genutzt werden; diese werden aber hier nicht enttäuscht, da keine inflatorischen Gefahren heraufbeschworen, sondern vielmehr verringert werden. Und die Senkung des realen Kostenniveaus erleichtert es, die Gegenbuchung später zu begleichen, da sie mehr Wachstum und damit im ganzen mehr Einkommen möglich macht. Diese Politik zielt also auf eine Lösung des Problems beim Kostenniveau und nicht darauf, es zu überdecken.

294. Ein anderer Einwand besagt, daß die Hoffnung auf den Realwerteffekt wegen der Starrheit vieler Preise nach unten überzogen sei. Übersehen wird dabei jedoch, daß der Realwerteffekt nicht notwendig durch Preissenkung zustande kommen muß, sondern auch dann eintritt, wenn das Preisniveau langsamer steigt als sonst. Nur wenn die Nominallöhne überhaupt nicht mehr steigen würden, wären in größerem Umfang Preissenkungen notwendig, um die reale Kaufkraft zu sichern. Der Sachverständigenrat hatte jedoch keine Lohnpause im Auge, sondern eine Verlangsamung des Lohnanstiegs, verbunden mit einer etwas geringeren Verlangsamung des Preisniveauanstiegs. Die Trägheit, mit der Preissenkungen vorgenommen werden, spielt dann keine große Rolle, weil es nur darum geht, daß die Preise etwas weniger erhöht werden als sonst. Ein Rest an Unsicherheit darüber, daß der Realwerteffekt groß genug ausfallen könnte, mag gleichwohl bestehen bleiben. Es wäre dann nicht auszuschließen, daß doch Nachfrage ausfällt und daraus Unsicherheit bei den Investoren erwächst. Dieser Unsicherheit stünde zwar immer noch der positive Rentabilitätseffekt gegenüber, um den es bei einer zurückhaltenden Lohnpolitik in der Hauptsache geht. Wenn aber die Beschäftigungswirkungen einer verbesserten Rentabilität auf sich warten lassen, bleibt ein Restrisiko. Auch um diesem Restrisiko vorzubeugen, hielten wir die Doppelstrategie für eine situationsgerechte Konzeption.

295. Einem populären Argument zufolge führt eine zurückhaltende Lohnpolitik nur zu höheren Unternehmergewinnen, die dazu benutzt würden, Arbeitsplätze wegzurationalisieren. Eine Verminderung des Kostendrucks kann aber schwerlich ein Grund für Rationalisierungsinvestitionen sein. Eher trifft das Gegenteil zu. Rationalisierungsinvestitionen stehen

häufig mit autonomen Neuerungen in Verbindung und haben keinen oder nur einen geringen Kontakt mit dem aktuellen Kostenniveau. Das Tempo, mit dem sie vorgenommen werden, mag gleichwohl durch den Druck der Lohnkosten bestimmt werden. Lohnpolitische Zurückhaltung mindert daher den Anreiz für Rationalisierungsinvestitionen. Daß durch eine zurückhaltende Lohnpolitik die Gewinne und die Finanzierungsspielräume der Unternehmen verbessert werden, ist für sich genommen kein Anreiz für solche Investitionen, es sei denn, Rationalisierungsinvestitionen sind vom Selbstfinanzierungsspielraum mit abhängig. Den Selbstfinanzierungsspielraum zu begrenzen, um Rationalisierungsinvestitionen zu verhindern, wäre jedoch ein gefährliches Spiel. Denn zugleich würden dadurch Ersatzinvestitionen und Erweiterungsinvestitionen getroffen. Im allgemeinen sind höhere Gewinne kein Grund, eine Rationalisierungsinvestition vorzunehmen, die bei niedrigeren Gewinnen unterblieben ist. Diese hätte ja die Gewinnsituation schon vorher verbessern können.

296. Im übrigen sind Rationalisierungsinvestitionen unter gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten kein Vorgang, durch den Beschäftigungsprobleme vergrößert würden. Der Sachverständigenrat hat sich dazu mehrfach geäußert. Rationalisierungsinvestitionen helfen Kosten senken und sichern damit die Wettbewerbsfähigkeit der Produktion. In einer offenen Wirtschaft sind sie häufig das einzige Mittel, mit dem die Produktion am inländischen Standort verteidigt werden kann. Sie führen zwar nicht selten zu Entlassungen in den Bereichen, die rationalisieren. Gerade eine zurückhaltende Lohnpolitik verbessert aber die Bedingungen dafür, daß die Arbeitskräfte, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, an anderer Stelle der Volkswirtschaft einen neuen Arbeitsplatz finden können.

Lohnpolitik und Wechselkurs

297. Die beschäftigungspolitische Autonomie eines Landes wird bei flexiblen Wechselkursen als bedroht angesehen. Das Kostenniveau, so wird argumentiert, könne für den internationalen Wettbewerb nicht gesenkt werden, weil der Wechselkurs Kostenvorteile, etwa aus einer zurückhaltenden Lohnpolitik, sogleich wieder durch eine Aufwertung beseitige. Eine zurückhaltende Lohnpolitik müsse deshalb wirkungslos bleiben. Im übrigen sei auch ein zu hohes Niveau der Lohnkosten in den unter Auslandswettbewerb stehenden Bereichen der Wirtschaft kaum vorstellbar, weil der Wechselkurs über eine Abwertung für einen Ausgleich sorge.

Im Prinzip stellt dieses Argument den Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Beschäftigung nicht in Frage, sondern nur die Möglichkeit, daß das Inland eine andere Kostenentwicklung haben kann als das Ausland. Es bleibt durchaus offen, ob derzeit nicht das Kostenniveau in allen Ländern höher ist, als mit Vollbeschäftigung vereinbar wäre.

298. Zunächst muß man sich vor Augen halten, wie eine auf Kostensenkung zielende Lohnpolitik den Wechselkurs beeinflussen könnte. Anpassungsvorgänge gibt es sowohl auf den Gütermärkten wie auf den Kapitalmärkten.

Wenn es der inländischen Wirtschaft gelingt, sich einen Kostenvorteil gegenüber dem Ausland zu verschaffen, kann sie im internationalen Handel billiger anbieten. In dem Maße, wie ihre Güter stärker nachgefragt werden, wird auch ihre Währung mehr benötigt. Es kommt zu einer Aufwertung, die den Wettbewerbsvorsprung zu nivellieren tendiert.

Soweit der Kostenvorteil nicht im Preis weitergegeben wird, verbessert sich die Rentabilität am inländischen Standort. An der Nutzung der vermehrten Produktionschancen beteiligt sich nicht nur inländisches, sondern auch ausländisches Kapital. Es ist der Kapitalimport, der in diesem Fall eine Aufwertung auslöst. Der Kapitalzustrom wird anhalten, bis die Rentabilität der inländischen Produktion keinen Vorsprung mehr hat, ein weiterer Kapitalimport also nicht mehr lohnend erscheint. Dieser Anpassungsvorgang hebt den mit der Kostensenkung angestrebten Beschäftigungsanstieg nicht auf, sondern bewirkt nur, daß der Kapitalzustrom nicht unbegrenzt weitergeht. Am Ende des Prozesses gibt es zwar keinen Kostenvorteil mehr gegenüber dem Ausland, das Niveau von Produktion und Beschäftigung ist aber höher als am Anfang.

Es wird nun befürchtet, daß durch einen Zustrom spekulativen Geldes vor allem im Bereich des kurzfristigen Kapitalverkehrs die Anpassung des Wechselkurses sehr schnell vor sich gehen kann. Unter diesen Umständen ist es in der Tat möglich, daß weder der Marktanteil der inländischen Anbieter sich erhöht, noch die Rentabilität sich verbessert. Eine positive Beschäftigungswirkung der Lohnzurückhaltung käme nicht zustande, oder allenfalls längerfristig als Folge einer Zinssenkungstendenz und günstiger Austauschverhältnisse gegenüber dem Ausland.

Diese Möglichkeit ist jedoch nur gefährlich, wenn die Geldpolitik sie nicht verhindern kann, sie also eine Aufwertungstendenz zulassen muß, die stärker ist als die internationalen Unterschiede in den Preissteigerungsraten. Um dieser Tendenz entgegenzutreten, braucht sie keinen inflatorischen Kurs einzuschlagen, sondern muß nur unverändert das Preisniveau zu realisieren trachten, das sie von Anfang an angestrebt hat. Gelingt es ihr, diesen Preisniveau-Standard zu realisieren, wird zwar der internationale Wettbewerb immer noch für einen Ausgleich der Güterpreise sorgen, der Kostenvorteil in Form des Rentabilitätseffekts kann sich aber voll auswirken. Er verschwindet nur in dem Maße, wie Investitionen und Beschäftigung zunehmen.

299. Bei festen Wechselkursen ist es nicht nötig und nicht möglich, einen eigenen Preisniveau-Standard zu realisieren. Der Standard ist das internationale Preisniveau. Ein inländischer Kostenvorteil läßt sich ungestört in einen Wettbewerbsvorsprung oder einen Rentabilitätsvorteil umsetzen. Allerdings: Ein Inflationsgefälle vom Ausland zum Inland kann hin-

zukommen, dem Inland also einen zusätzlichen künstlichen Standortvorteil verschaffen. Die Inflationsdifferenz begünstigt den vorstoßenden Wettbewerb inländischer Anbieter auf ausländischen Märkten und erhöht die Rentabilität der inländischen Unternehmen. Die Beschäftigungswirkungen einer zurückhaltenden Lohnpolitik sind bei festen Wechselkursen daher vergleichsweise groß. Der internationale Preiszusammenhang läßt sich jedoch nicht auf Dauer unterbrechen. Im Zuge einer allmählich einsetzenden Anpassungsinflation werden die künstlichen Standortvorteile wieder beseitigt, es sei denn, eine Aufwertung erweist sich schon vorher als unumgänglich. Der künstliche Standortvorteil hat vorübergehend die Beschäftigung auf Kosten des Auslandes erhöht. Dies muß in der Regel mit Devisenmarktinterventionen oder einem unfreiwilligen Kapitalexport erkauft werden. In einem Festkurssystem ist eine solche Politik der Unterbewertung der Währung möglich.

Die Erfahrungen mit dem System von Bretton Woods haben gezeigt, wie groß die Probleme sind, die sich aus einer künstlich verzögerten Anpassung der Wechselkurse ergeben können, wenn sich in der Zwischenzeit die Produktionsstruktur an falsche Rahmenbedingungen anpaßt. Werden diese dann schließlich doch geändert, sind strukturelle Beschäftigungsprobleme die Folge.

300. Skeptiker werden sich von solchen grundsätzlichen Überlegungen nicht überzeugen lassen, sondern auf das für die deutsche Wirtschaft in den letzten Jahren wenig vorteilhafte Zusammenspiel von Wechselkursen, Preisen und Kosten verweisen. Tatsächlich war der im internationalen Vergleich gemäßigte Anstieg des Kostenniveaus in der Bundesrepublik von einer Aufwertungstendenz begleitet, die zeitweise sogar über das hinausging, was den Kostendivergenzen zwischen Inland und Ausland entsprochen hätte, so daß die unter Auslandswettbewerb stehenden Bereiche der Wirtschaft im internationalen Vergleich einen Rückgang der Gewinnmargen hinnehmen mußten (Ziffer 164). Zu fragen ist,

— ob die interne Kostenentwicklung tatsächlich die Ursache für die reale Aufwertungstendenz war oder

— ob beide Tendenzen nur in einem losen Zusammenhang standen, also mehr oder weniger zufällig zusammenfielen.

Wenn der erste Fall zuträfe, könnte man sagen, daß die beschäftigungspolitische Autonomie aufgrund der bisherigen Erfahrungen ernsthaft gefährdet ist. Im zweiten Fall hätte die Lohnpolitik trotz widriger außenwirtschaftlicher Umstände eine Chance, zum Anstieg der Beschäftigung im Inland beizutragen.

301. Um herauszufinden, welche Vermutung zutreffen könnte, sollen auch andere Industrieländer in die Betrachtung einbezogen werden. Die Information über die Veränderung der realen Bewertung ihrer Währungen auf Preisbasis und auf Kostenbasis, die in Schaubild 3 enthalten sind, lassen folgende Grundlinien sichtbar werden:

— Die reale Bewertung der Währung auf Kostenbasis zeigt für eine Gruppe von Ländern, der die Bundesrepublik, Belgien, die Niederlande, die Schweiz und Japan angehören, seit Beginn der siebziger Jahre einen zum Teil sehr starken Anstieg. In einzelnen Jahren gab es auch rückläufige Bewegungen. Die reale Bewertung auf Preisbasis war in diesen Ländern ebenfalls nach oben gerichtet. Der Anstieg fiel jedoch schwächer aus als bei der realen Bewertung auf Kostenbasis. Durchweg hatten diese Aufwertungsländer daher negative Rentabilitätseffekte zu verzeichnen.

— Die reale Bewertung der Währung auf Kostenbasis zeigt für eine zweite Gruppe von Ländern, die aus den Vereinigten Staaten, Italien und Großbritannien besteht, während der siebziger Jahre einen mehr oder weniger starken Rückgang. Vorübergehend kam es auch einmal zu einem Anstieg. Im Einklang mit dieser Tendenz ging auch die reale Bewertung auf Preisbasis zurück, freilich nicht so stark wie die reale Bewertung auf Kostenbasis, so daß sich in den Abwertungsländern durchweg positive Rentabilitätseffekte ergaben.

Die unterschiedlichen Grundlinien in den Veränderungen der realen Bewertung der einzelnen Währungen finden sicher zu einem Teil ihre Ursache darin, daß zu Beginn der siebziger Jahre die internationalen Kosten- und Preisrelationen sehr stark verzerrt waren. Darauf darf man aber wohl nicht mehr zurückführen, daß sich diese unterschiedlichen Entwicklungen in den letzten Jahren fortgesetzt haben. Vielmehr scheint es von der Konstitution eines Landes in bezug auf die Stabilitätspolitik abzuhängen, ob es sich einer Aufwertungstendenz oder einer Abwertungstendenz ausgesetzt sieht.

302. In der Bundesrepublik scheint sich somit aufgrund eines Zusammenspiels von Kosten, Preisen und Wechselkurs die Rentabilität verschlechtert zu haben. Es fällt jedoch schwer, die interne Kostenentwicklung als entscheidende Ursache der Tendenz zu einer realen Höherbewertung der D-Mark anzusehen. Nur wenn sich die Rentabilität im Vergleich zum Ausland verbessert hätte, könnte man für einigermaßen begründet halten, daß die Bundesrepublik von ihrer Kostenentwicklung her in den Aufwertungssog geraten ist.

Überzeugender erscheint dagegen die These, daß die reale Aufwertungstendenz der D-Mark die längerfristige Bewertung zum Ausdruck bringt, die das Ausland der Fähigkeit der Bundesrepublik, ihr Preisniveau zu stabilisieren, entgegenbringt. Der Wechselkurs ist seit einigen Jahren in bezug auf das Tempo des bisherigen Stabilisierungsprozesses sichtbar in der Führungsrolle. In einem solchen Prozeß muß man kurzfristig auch mit Überreaktionen des Wechselkurses rechnen, insbesondere dann, wenn sich gleichzeitig die Inflation in wichtigen Partnerländern beschleunigt. Die Fähigkeit, den Kostenauftrieb in Grenzen zu halten, ist in der Bundesrepublik zwar größer als im Ausland, war aber

offenbar nicht auf der Höhe des vom Ausland vorgegebenen Stabilisierungsdrucks. Die Lohnpolitik hat diesen immer erst nachträglich zur Kenntnis genommen und sich bei den nötigen Korrekturen schwergetan.

Kaum jemand würde beispielsweise sagen wollen, daß das Ausmaß der Höherbewertung des Jahres 1978 in ursächlichem Zusammenhang mit der Lohnrunde dieses Jahres steht. Vielmehr scheint es die Vertrauenskrise zu sein, in die der Dollar geraten ist, die die D-Mark zu einer Zufluchtswährung hat werden lassen. Für die Wirtschaftspolitik gibt es in einer solchen Situation kaum eine Alternative. Denn in einer Politik, die Inflation erzeugt, um die Aufwertungstendenz zu brechen, kann kein Sinn liegen.

Eine chronische Aufwertungstendenz ist längerfristig zwar nicht ohne reale Vorteile, weil sich das Austauschverhältnis mit dem Ausland dadurch in der Regel verbessert und Kapital billiger angeboten wird. Damit Produktion und Beschäftigung aber nicht beeinträchtigt werden, sondern wieder kräftiger steigen können, müßte die Aufwertung den Kostenauftrieb ebenso stark dämpfen wie den Preisauftrieb. Man kann für wahrscheinlich halten, daß eine zurückhaltendere Lohnpolitik in der Bundesrepublik die Chance gehabt hätte, die Kompression der Gewinnmargen in den außenhandelsintensiven Bereichen geringer ausfallen zu lassen.

303. Die Binnenbereiche der Volkswirtschaft werden von den Vorgängen an den Devisenmärkten nicht direkt getroffen, von der Kostenseite her sogar begünstigt, weil importierte Kostengüter und dem internationalen Wettbewerb ausgesetzte Inlandsgüter durch die Aufwertung billiger werden. Stehen die Außenbereiche unter scharfem Wettbewerbsdruck, die Binnenbereiche aber nicht, so ändern sich die Preisrelationen zugunsten der Binnenwirtschaft. Möglicherweise müssen die Verbraucherpreise relativ steigen. Solche Veränderungen der Preisstruktur können kein Anlaß sein, lohnpolitisch einen Ausgleich zu verlangen. Denn eine Rentabilitätsverbesserung in der Binnenwirtschaft ist eine Vorbedingung für den Anpassungsprozeß, durch den sich die Wachstumsdynamik von den Außensektoren auf die Binnensektoren verlagert. Es gibt Anzeichen dafür, daß dieser Prozeß in den vergangenen Jahren ein Stück vorangekommen ist.

II. Zur finanzpolitischen Diskussion

304. Auf mittlere Sicht hat es die Finanzpolitik vor allem mit zwei Problemen zu tun. Zum einen zeichnet sich eine höhere öffentliche Kreditaufnahme auf Dauer ab; das wäre neu in der Geschichte der Bundesrepublik und soll deswegen auf seine Wirkungen hin untersucht werden. Zum anderen sind wichtige Änderungen in der Besteuerung vorgenommen worden oder stehen für die nächste Zukunft zur Entscheidung an; weil dabei Grundsatzfragen berührt werden, verdienen diese Maßnahmen auch unter längerfristigem Aspekt Aufmerksamkeit.

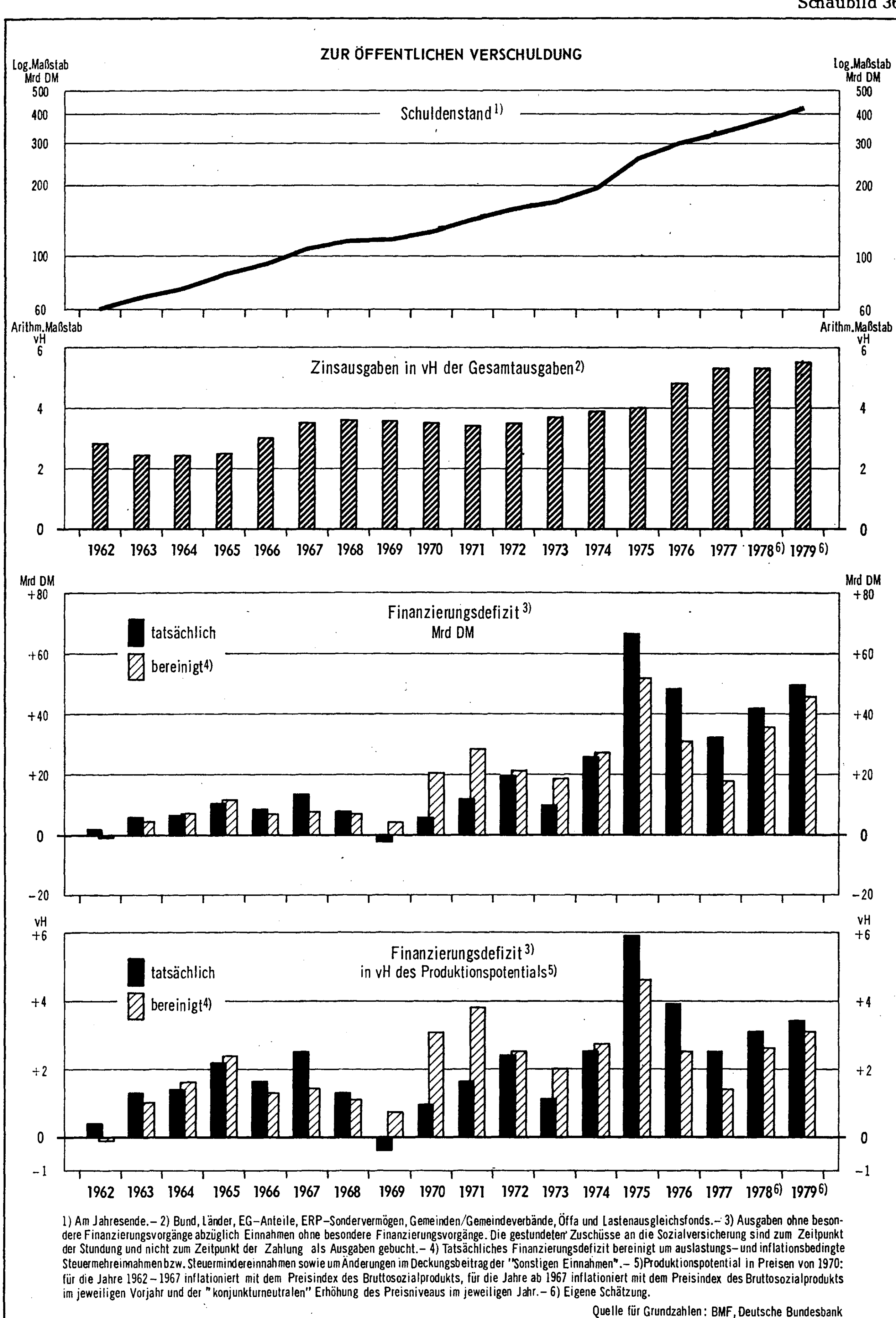
Höhere Defizite auf Dauer?

305. Die Verschuldung des Staates hat in den siebziger Jahren drastisch zugenommen (Schaubild 36). Der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte, der sich von 1950 bis 1962 und von 1962 bis 1970 verdoppelt hatte, verdreifachte sich von 1970 bis 1978. Auch wenn man in Rechnung stellt, daß wirtschaftliches Wachstum den Spielraum für staatliche Kreditaufnahme erweitert und Inflation den Wert der absoluten Schuldenbeträge gemindert hat, bleibt es dabei, daß die Staatsverschuldung in den siebziger Jahren stark angestiegen ist. Das Finanzierungsdefizit des öffentlichen Gesamthaushalts, gemessen am gesamtwirtschaftlichen Produktionspotential, machte im Durchschnitt der Jahre 1962 bis 1967 etwa 1½ vH aus; im Durchschnitt der Jahre 1974 bis 1979 werden es etwa 3½ vH sein.

Die starke Zunahme der öffentlichen Verschuldung hat einen kräftigen Anstieg der Zinsausgaben mit sich gebracht. Während der Anteil der Zinsausgaben an den Gesamtausgaben der Gebietskörperschaften 1962 nur 2,8 vH betragen hatte, war er bis 1978 auf 5,3 vH gestiegen und wird 1979 voraussichtlich 5,5 vH erreichen. Vergleicht man die Schuldenaufnahme in den siebziger Jahren von Land zu Land, dann befand sich die Bundesrepublik bei der Kreditaufnahme, gemessen als Anteil am Sozialprodukt, mit an der Spitze der Industrieländer (Tabelle 33). Bei einem solchen Vergleich der Situation in verschiedenen Ländern sollten freilich die unterschiedliche Ausgangssituation nach dem Kriege sowie das Tempo der Schuldenaufnahme seitdem nicht aus dem Bild bleiben. Schlüsse auf den Spielraum für eine weitere Zunahme der Verschuldung in der Bundesrepublik können aus einem solchen Vergleich allerdings nicht gezogen werden.

306. In der Entwicklung der Haushaltsdefizite spiegeln sich zu einem Teil auch Konjunkturverlauf und staatliche Konjunkturpolitik. Vor allem seit Mitte der siebziger Jahre prägen Steuerausfälle infolge der lang anhaltenden Unterauslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials und expansive Impulse der Finanzpolitik zur Nachfragestützung und zur Wachstumsförderung die Entwicklung der staatlichen Kreditaufnahme. Soweit der Anstieg der Haushaltsdefizite auf konjunkturbedingten Einnahmenausfällen beruht, fällt er bei einer Analyse der mittelfristigen Entwicklung der Staatsverschuldung nicht so sehr ins Gewicht, weil er sich von selbst zurückbildet, wenn im Zuge eines nachhaltigen Aufschwungs wieder eine normale Auslastung des Produktionspotentials erreicht wird. Das gilt in gewissem Umfange auch für Ausgabensteigerungen, die sich bei schwacher Konjunktur automatisch ergeben; diese sind allerdings noch schwerer abzuschätzen. Vorübergehend sind die fiskalischen Lasten einer Rezession jedoch keineswegs (JG 76 Ziffern 228 ff.). Bereinigt man die tatsächlichen Defizite um die konjunkturellen Einnahmenschwankungen, dann bleibt als „bereinigtes" Defizit das, was in den Haushalten der Gebietskörperschaften an Impulsen zur Beeinflussung der konjunkturellen Entwicklung und an Dauerverschuldung angelegt ist. Anders als kon-

Schaubild 36



1) Am Jahresende.– 2) Bund, Länder, EG–Anteile, ERP–Sondervermögen, Gemeinden/Gemeindeverbände, Öffa und Lastenausgleichsfonds.– 3) Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge abzüglich Einnahmen ohne besondere Finanzierungsvorgänge. Die gestundeten Zuschüsse an die Sozialversicherung sind zum Zeitpunkt der Stundung und nicht zum Zeitpunkt der Zahlung als Ausgaben gebucht.– 4) Tatsächliches Finanzierungsdefizit bereinigt um auslastungs– und inflationsbedingte Steuermehreinnahmen bzw. Steuermindereinnahmen sowie um Änderungen im Deckungsbeitrag der "Sonstigen Einnahmen".– 5) Produktionspotential in Preisen von 1970: für die Jahre 1962–1967 inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts, für die Jahre ab 1967 inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Vorjahr und der "konjunkturneutralen" Erhöhung des Preisniveaus im jeweiligen Jahr.– 6) Eigene Schätzung.

Quelle für Grundzahlen: BMF, Deutsche Bundesbank

Tabelle 33

Internationaler Vergleich der Größenordnungen der öffentlichen Verschuldung und des Zinsendienstes

Land	Gesamtverschuldung [1]) Ende 1977 in vH des Bruttosozialprodukts			Finanzierungssaldo in vH des jeweiligen Bruttosozialprodukts im Durchschnitt der Jahre 1973 bis 1977	Zinsendienst in vH der Ausgaben	
	insgesamt	davon entfallen auf die Zeiträume			Staat (Bund) 1977	Staat (Bund) und nachgeordnete Gebietskörperschaften 1976
		bis 1948	1949 bis 1977 [2])			
Bundesrepublik Deutschland	27	2	25	3,5	5,0	5,3
Belgien	52	11	41	2,1	7,7	.
Dänemark	29	3	26	2,2	1,9	2,3
Frankreich	15 [a])	2	13 [b])	1,6 [c])	2,1	.
Großbritannien	63	20	43	6,5	8,5	10,9
Italien	53	1	52	11,2 [c])	8,1	7,9
Japan	28	—	28	4,2	6,6	5,4
Niederlande	40	10	30	2,0	4,8	.
Norwegen	42	4	38	6,2	4,6	4,3
Österreich	27 [a])	1	26 [b])	1,2 [d])	4,5	.
Schweden	39	4	35	4,0	4,6	.
Schweiz	31	7	24	1,7	4,0	6,6
USA	52	15	37	1,5	8,3	6,3

[1]) Bund (Staat) und nachgeordnete Gebietskörperschaften; ohne Verschuldung der Gebietskörperschaften untereinander.
[2]) Rechnerisch ermittelt, indem der Schuldenstand des Jahres 1948 von dem neuesten Schuldenstand in Abzug gebracht wurde.
[a]) 1976.
[b]) 1949 bis 1976.
[c]) 1973 bis 1976.
[d]) 1973 bis 1975.

Quelle: BMF

junkturbedingte Einnahmenausfälle bilden sich expansive Impulse bei einer konjunkturellen Belebung nicht von selbst zurück. Die Entwicklung dieses „bereinigten" Defizits — bezogen auf das Produktionspotential — zeigt in den siebziger Jahren eine weniger dramatische Zunahme als die des tatsächlichen Defizits; die deutliche Tendenz zu einer höheren staatlichen Kreditaufnahme bleibt aber bestehen (Schaubild 36).

307. Wieweit sich diese stark angestiegene Kreditaufnahme des Staates wieder zurückbilden wird, läßt sich nur schwer abschätzen. Anhaltspunkte für die weitere Entwicklung der öffentlichen Verschuldung bieten die mittelfristigen Finanzpläne der Gebietskörperschaften, in denen der mittelfristige Kurs der Finanzpolitik offengelegt werden soll. Da kein zusammengefaßter Finanzplan für den öffentlichen Gesamthaushalt vorliegt, gehen wir, um ein Schätzurteil über die Entwicklungstendenzen für die öffentliche Verschuldung zu gewinnen, vom Finanzplan des Bundes für die Jahre bis 1982 aus. Dort ist unter der Annahme eines nachhaltigen Aufschwungs — im Durchschnitt der Jahre 1978 bis 1982 ist ein reales Wirtschaftswachstum von 4 vH und ein Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus um 3 vH unterstellt — eine nur moderate Rückführung der Nettokreditaufnahme von 35½ Mrd DM im Jahre 1979 auf etwa 30 Mrd DM im Jahre 1982 vorgesehen. Nimmt man für Länder und Gemeinden an, daß sie insgesamt gesehen bei der Zurückführung ihrer Defizite ähnlich vorgehen, dann zeichnet sich für das Jahr 1982 im öffentlichen Gesamthaushalt ein Finanzierungssaldo in der Größenordnung von 40 Mrd DM bis 50 Mrd DM ab. Dies ist weit mehr, als sich bei einem Fortschreiben der Kreditaufnahme nach dem Verschuldungsverhalten des Staates in den sechziger Jahren ergäbe, das wir auch für die potentialorientierte Kreditaufnahme in unseren Rechnungen zum konjunkturneutralen Haushalt zugrunde legen. Sollte die Finanzpolitik einem solchen Kurs folgen, dann würde die Kreditaufnahme des Staates im Verhältnis zum Sozialprodukt in dem Jahrfünft, das von der aktuellen Finanzplanung erfaßt wird — also von 1978 bis 1982 — noch etwas höher ausfallen als in dem Jahrfünft zuvor, und dies, obwohl in den beiden Zeiträumen vermutlich ganz unterschiedliche Aufgaben zur Lösung anstanden

beziehungsweise anstehen. Waren es in den Jahren von 1973 bis 1977 vor allem konjunkturelle Probleme, die man zu bewältigen suchte, so dürften in den vor uns liegenden Jahren wohl Wachstumsprobleme dominieren.

308. Aus ökonomischer Sicht gibt es keine leicht zu bestimmenden Grenzen dafür, wieweit der Staat seine Ausgaben durch Kredite finanzieren kann. Eine Änderung im Finanzierungsverhalten des Staates in dem Sinne, daß Kredite an die Stelle von Steuern treten, muß daher von den Wirkungen her beurteilt werden, die davon zu erwarten sind; wichtig ist außerdem, wie die Chancen einzuschätzen sind, allfällige Nebenwirkungen abzufangen.

Bei unseren Überlegungen gehen wir von folgenden Grundannahmen aus:

— Wir halten dafür, daß dem wirtschaftlichen Wachstum für eine Lösung der anhaltenden Beschäftigungsprobleme ein hoher Rang zukommt und daß deshalb eine Einschränkung der privaten Investitionen nicht gewollt ist.

— Die Erfahrung lehrt, daß eine stark expansiv angelegte Finanzpolitik dadurch unwirksam werden oder gar kontraproduktiv wirken kann, daß steigende Defizite die Erwartung höherer Zinsen wecken, die Furcht vor zunehmenden Inflationsraten, einer anschließenden Stabilisierungskrise und später ansteigenden Steuerlasten beflügeln und so negativ auf die Gewinnerwartungen der Unternehmen und die Einkommenserwartungen der privaten Haushalte durchschlagen.

— Außerdem geben die Erfahrungen der letzten Jahre Grund zu der Annahme, daß eine Erhöhung der volkswirtschaftlichen Steuerquote auch in Zukunft auf erheblichen Widerstand stoßen wird.

— Schließlich ist davon auszugehen, daß es aus verteilungspolitischen Gründen Grenzen für eine erhöhte Kapitalbildung über Selbstfinanzierung gibt.

309. Der Spielraum, der durch eine auf Dauer angelegte Erhöhung der Kreditaufnahme für zusätzliche Staatsausgaben oder für Steuerentlastungen entsteht, wird oft überschätzt. Schulden bringen Zinsverpflichtungen mit sich, so daß ein mit der Zeit zunehmender Teil der dauerhaft erhöhten Kreditaufnahme durch dauerhaft höhere Zinszahlungen aufgezehrt wird. Wieviel dies sein wird, hängt zum einen vom Tempo des wirtschaftlichen Wachstums und zum anderen davon ab, wie hoch der Zinssatz ist, zu dem die Staatsschulden verzinst werden müssen. Für die Zeit des Übergangs auf einen höheren Verschuldungspfad ist freilich in jedem Falle wegen der verzögerten Anpassung der Zinslasten Spielraum für mehr Staatsausgaben oder Steuerentlastungen gegeben. Im Zuge der Anpassung verengt dieser sich jedoch; in diesem Maße muß entweder die Ausgabenexpansion oder die Steuerentlastung zurückgenommen werden. Soll der Spielraum ungeschmälert bleiben, muß die staatliche Kreditaufnahme ständig beschleunigt zunehmen. Dieser dritte Weg stieße auf stabilitätspolitische und wachstumspolitische Bedenken. Der zweite Weg, die wachsenden Zinslasten über Steuererhöhungen zu finanzieren, wäre nur dann möglich, wenn angenommen werden dürfte, daß der Steuerwiderstand in der Zukunft wesentlich geringer sein wird, als er in der Gegenwart ist. Der erste Weg, eine Verminderung der künftigen Ausgabenexpansion, ist im Prinzip gangbar. Man müßte allerdings Spielraum dafür sehen oder schaffen, und dabei ist zu bedenken, daß über die Staatsausgaben durch langfristige Verpflichtungen weitgehend disponiert ist, und bei dem geringen Rest von Staatsausgaben, der für politisches Handeln zur Verfügung steht, führt nicht erst eine Erhöhung der Zinslast um volle Prozentpunkte zu spürbaren Einschränkungen. Auch hier könnte es nicht darum gehen, einfach darauf zu setzen, daß künftig etwas leicht fällt, was heute große Anstrengungen erfordert.

310. Aus stabilitätspolitischer Sicht stehen gegenwärtig wegen unterausgelasteter Kapazitäten und sinkender Preissteigerungsraten einer vergleichsweise hohen Kreditaufnahme des Staates wenig Bedenken entgegen. Hielte der Staat die erhöhte Kreditaufnahme aber auf Dauer, also auch bei einer normalen Auslastung des Produktionspotentials durch, wären stabilitätspolitische Probleme wahrscheinlich. Zumindest lehrt dies die Erfahrung. Anfang der siebziger Jahre führte der Versuch, eine erhöhte Staatsquote zu realisieren, ohne daß die Bürger darauf vorbereitet waren, daß dies einen Verzicht, sei es freiwillig oder über Steuererhöhungen, in der privaten Beanspruchung des Produktionspotentials erforderte, zu einem Zusammenstoß der steigenden Ansprüche und beschleunigte die Inflation (JG 75 Ziffer 290).

Bedenken muß man auch, daß eine dauerhafte Erhöhung der staatlichen Kreditfinanzierungsquote den konjunkturpolitischen Handlungsspielraum des Staates einschränken kann. Die Höhe der Defizite, die in den öffentlichen Haushalten entstehen können, ohne daß die Zukunftserwartungen von privaten Haushalten und Unternehmen beeinträchtigt werden, ist nicht unbegrenzt. Zwar läßt sich der Spielraum der Finanzpolitik quantitativ nicht angeben, er mag sich auch im Zeitablauf ändern; aber es leuchtet wohl ein, daß das, was davon in konjunkturell normalen Zeiten in Anspruch genommen wird, der Finanzpolitik fehlt, wenn gegen eine Rezession anzugehen ist. Die Erfahrungen des Jahres 1975 haben gezeigt, daß es solche Grenzen der Rezessionsbekämpfung mit finanzpolitischen Mitteln gibt; und weil auch für die Zukunft konjunkturelle Rückschläge nicht auszuschließen sind, ist es nicht ratsam, den Spielraum, der in diesem Sinn für Defizite in den öffentlichen Haushalten besteht, auf dem Wege einer erhöhten Normalverschuldung des Staates auszuloten.

311. Bedenken gegen eine dauerhafte Erhöhung der staatlichen Kreditfinanzierung kommen vor allem aus wachstumspolitischer Sicht. Eine verstärkte Kreditaufnahme der öffentlichen Hand ist, hält man eine starke Zunahme der privaten Investitionen für nötig, nur unbedenklich, wenn die öffentliche Kreditaufnahme nicht private Investoren verdrängt, die mit

dem Staat um die anlagebereiten Mittel konkurrieren. Wachstumspolitisch unbedenklich wäre es beispielsweise, wenn der Staat mit den zusätzlichen Krediten eine Steuersenkung finanziert, von der vor allem die Investitionen begünstigt werden, derart, daß sich der private Kreditbedarf entsprechend vermindert. Dies ist aber wohl ein Sonderfall und kein besonders realistischer.

Wenn infolge der erhöhten staatlichen Kreditaufnahme die Zinsen steigen, könnten Kapitalimporte am Kapitalmarkt Entlastung bringen; der Zinsauftrieb hielte sich in Grenzen. Das erhöhte Kapitalangebot würde dazu führen, daß durch die erhöhte Kreditaufnahme weniger private Investitionen verdrängt werden als ohne die Kapitalimporte. Die erhöhte Kreditaufnahme des Staates würde insoweit mittelbar vom Ausland finanziert. Allerdings ist zu bedenken, daß die Aufwertung, die mit dem Kapitalimport verbunden wäre, den Zwang zum Strukturwandel verstärken würde. Anpassungsdruck entstünde vor allem in den außenwirtschaftlichen Bereichen; der Umfang von rentablen Produktionsmöglichkeiten verringerte sich in der Exportwirtschaft und in den Sektoren der Binnenwirtschaft, deren Produkte mit Importgütern konkurrieren. Mehr oder weniger begünstigt würden die übrigen Bereiche der Volkswirtschaft. Dieser Prozeß wäre sicher mit negativen Wirkungen für die privaten Investitionen verbunden — freilich nur für die Zeit der Anpassung. Die Dauerwirkung wäre, daß von dem künftigen Volkseinkommen ein Teil für Zinszahlungen an das Ausland abgezweigt werden muß.

Eine Beeinträchtigung der privaten Investitionen infolge einer erhöhten staatlichen Kreditaufnahme auf Dauer könnte, sieht man von der außenwirtschaftlichen Verflechtung ab, dann vermieden werden, wenn zugleich die Spielräume für eine Investitionsfinanzierung aus Unternehmensgewinnen größer würden. Um dies zu erreichen, müßte die Lohnpolitik eine nachhaltige Verschiebung in den Verteilungsrelationen zugunsten der Gewinneinkommen zulassen, und zwar über das hinaus, was sich bei geringerer staatlicher Kreditaufnahme als vollbeschäftigungskonform erweisen würde. Da es der Lohnpolitik ohnehin schon schwerfällt, zu einem vollbeschäftigungskonformen Kostenniveau zurückzufinden, erscheint dieser Ausweg nicht besonders realistisch.

Eine Verdrängung der privaten Investitionen fände auch nicht statt, insoweit durch ein verändertes Sparverhalten der Privaten das Kapitalangebot entsprechend ausgeweitet würde. Der Staat könnte diese Mittel für seine Zwecke aufnehmen; er müßte sich dabei freilich gegen private Nachfrager von Kapital durchsetzen. Ob er das tun sollte, ist allerdings keineswegs selbstverständlich. Eine Entscheidung zugunsten einer staatlichen Verwendung müßte dadurch begründet sein, daß die Bürger die Staatsleistungen, die mit diesen Mitteln finanziert werden höher bewerten als die privaten Gütern gewidmeten Investitionen, die dann ausfallen würden.

Es wird auch behauptet, daß der Staat bei einer Erhöhung der Sparquote die am Kapitalmarkt zusätzlich angebotenen Mittel nicht nur aufnehmen könne, sondern sogar an sich ziehen müsse, um eine dauerhafte Nachfragelücke und damit Unterbeschäftigung zu vermeiden. Abgesehen davon, daß eine Tendenz zu einer langfristig ansteigenden Sparquote heute kaum auszumachen ist, ist es keinesfalls zwingend, daß die zusätzlichen Ersparnisse nicht auch von Privaten nachgefragt würden. Die private Kapitalnachfrage, mit der der Staat auf dem Kapitalmarkt in Wettbewerb steht, ist nämlich nicht von vornherein auf ein bestimmtes Ausmaß begrenzt. Die Bereitschaft von Unternehmen und von privaten Haushalten, Kapitalmarktmittel aufzunehmen, hängt vielmehr von den Konditionen ab, zu denen dieses Kapital angeboten wird, und außerdem davon, was die Privaten von der Verwendung dieser Finanzierungsmittel an Gewinn und an Nutzen erwarten.

Die Forderung nach einer höheren Kreditfinanzierungsquote des Staates wird auch damit begründet, daß privates Kapitalangebot und private Kapitalnachfrage der Art nach auseinanderfallen. Die privaten Sparer bevorzugten festverzinsliche Anlagen; die Unternehmen suchten vor allem risikotragendes Kapital und böten unsichere Beteiligungserträge. Im Prinzip wird die Transformation von Sparkapital (Geldkapital) in Beteiligungskapital vom Markt durch eine Änderung der jeweiligen Rendite vorgenommen. Wenn gleichwohl im Falle einer Erhöhung der Sparquote bei dieser Transformation Schwierigkeiten auftreten würden, könnte die Bildung von Eigenkapital attraktiver gemacht werden, beispielsweise durch Änderungen im Steuersystem.

312. Für die Beurteilung der wachstumspolitischen Wirkungen einer höheren Kreditfinanzierungsquote auf Dauer käme es auch darauf an, ob mit der veränderten Finanzierungsstruktur der öffentlichen Haushalte eine Veränderung der Ausgabenstruktur einhergeht. Eine Beeinträchtigung des wirtschaftlichen Wachstums aufgrund des Zurückdrängens von privater Kreditnachfrage könnte vermindert werden, wenn der Staat in seinen Haushaltsplänen solchen Ausgaben ein höheres Gewicht einräumen würde, die dem Wachstum förderlich sind. Dies können sowohl Ausgaben sein, die unmittelbar zu einem verstärkten Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials beitragen, als auch solche, die dazu führen, daß die Privaten mehr Produktionsmöglichkeiten schaffen oder diese besser nutzen.

313. Nimmt man die Wirkungen zusammen (die Zinslasten, die Beschränkung des konjunkturpolitischen Potentials, die Verdrängung von privaten Investitionen beziehungsweise die Veränderung der Einkommensverteilung), die von einer erhöhten staatlichen Kreditaufnahme vermutlich ausgehen, und bezieht die Bedingungen ein (Steuerwiderstand, Sensibilität in bezug auf Inflation und Streit um die Verteilung), von denen wir ausgegangen sind, dann überwiegen die Bedenken gegen eine deutliche und dauerhafte Erhöhung der Kreditfinanzierungsquote des Staates. Eine erhöhte staatliche Kreditaufnahme paßt auf die Dauer nicht gut in ein Konzept, das

Vollbeschäftigung durch Wachstum zu erreichen sucht. Die Gefahr, daß das wirtschaftliche Wachstum beeinträchtigt wird, mag man gegenwärtig für gering halten; sie würde aber um so deutlicher werden, je näher die Volkswirtschaft an die Normalauslastung ihres Produktionspotentials käme. Im Hinblick darauf gewinnt eine gegenwärtige Entscheidung über die Höhe der Kreditfinanzierungsquote ihr Gewicht.

Fraglich ist auch, ob eine höhere Kreditfinanzierungsquote ohne Gefahren für die gesamtwirtschaftliche Stabilität durchgehalten werden kann. Die Antwort dürfte nicht zuletzt davon abhängen, ob die private Sparneigung mittelfristig wieder ansteigt. Wenn der Staat — wie er es Anfang der siebziger Jahre getan hat — auch bei normal ausgelasteten Kapazitäten auf einer erhöhten Kreditfinanzierung seiner Ausgaben beharrt, ohne daß die Privaten Raum hierfür geben, besteht die Gefahr, daß wieder Inflation, oder, wenn die Geldpolitik nicht nachgibt, Unterbeschäftigung entsteht.

Alle diese Bedenken richten sich gegen höhere Kreditfinanzierung des Staates auf Dauer und nicht dagegen, daß die staatliche Kreditnachfrage vorübergehend höher ist. Die aktuelle Kreditaufnahme eines Jahres ist im Zusammenhang mit der konjunkturellen Lage zu sehen. Die aktuellen Defizite werden deshalb an anderer Stelle dieses Gutachtens gewürdigt (Ziffern 414 ff.). In mittelfristiger Sicht geht es um die Frage, wie weit die staatliche Kreditfinanzierungsquote zurückgeführt sein soll, wenn die konjunkturellen Schwächetendenzen überwunden sind. Ohne weiteres das zum Programm zu machen, was sich gegenwärtig an Tendenzen in der mittelfristigen Finanzplanung abzeichnet, wäre nicht unbedenklich.

314. Soll die erhöhte Kreditfinanzierungsquote zurückgeführt werden, dann ist zunächst zu fragen, was an Wachstumsimpulsen in der Finanzpolitik bereits angelegt ist oder was noch getan werden könnte, um über verstärktes wirtschaftliches Wachstum die Konsolidierungsaufgabe zu erleichtern, wobei freilich zu beachten ist, daß Steuern und Staatsausgaben nicht in erster Linie Instrumente der Wachstumspolitik sind. Gleichwohl: Da geringes Wachstum zu einem wirtschaftspolitischen Problem geworden ist, muß die Finanzpolitik der wachstumspolitischen Aufgabe bei der Gestaltung von Steuern und Staatsausgaben mehr als bisher Rechnung tragen. Ein Konsolidierungsbeitrag allerdings ist von einem beschleunigten Wachstum — das durch Umstrukturierung von Ausgaben und Steuern oder auf anderem Wege bewirkt wird — nur dann zu erwarten, wenn im Zuge des Wachstums die Ausgabenpläne nicht an die wachstumsbedingt steigenden Steuereinnahmen angepaßt werden; bei gleicher Steuerquote müßte die Expansionsrate der Staatsausgaben also hinter der Wachstumsrate des Produktionspotentials zurückbleiben.

315. Durchaus fraglich ist, ob zum Abbau der staatlichen Kreditfinanzierung auf eine Erhöhung der Steuerquote gesetzt werden kann. Zwar steigen die Steuereingänge bei unverändertem Steuerrecht meist etwas stärker als das Bruttosozialprodukt, wodurch es zu einem Anstieg der Steuerquote kommt, gleichzeitig steigt aber auch — wie die jüngsten Erfahrungen zeigen — das Drängen auf steuerliche Entlastung. Sollen außerdem weitere Schritte hin zu einer Senkung wachstumshemmender Steuern unternommen werden, dann dürfte für eine Rückführung staatlicher Kreditfinanzierung über Steuererhöhungen nicht viel Spielraum bleiben.

316. Das Schwergewicht der Konsolidierungsbemühungen müßte dann auf der Ausgabenseite des Staatshaushalts liegen. Auch dabei gibt es Hindernisse und Gefahren. Aber die Chancen für eine Konsolidierung stehen hier möglicherweise doch besser als bei Steuererhöhungen und bei der Umstrukturierung von Ausgaben und Steuern. Außerdem sprechen die zuvor erörterten wachstumspolitischen Gesichtspunkte dafür, eine Dämpfung der Ausgabenexpansion für die wirksamste Form der Konsolidierung zu halten (SG 78 Ziffer 28; Anhang IV).

317. Was das Tempo anlangt, mit dem die Kreditfinanzierungsquote zurückgeführt werden könnte, so müßte darüber anhand der Einschätzung der konjunkturellen Entwicklung, genauer: der Entwicklung der Unternehmensinvestitionen entschieden werden. Kräftige Auftriebstendenzen könnten Anlaß sein, die Rückführung der staatlichen Defizite zu beschleunigen. (Sicherlich sollten dann die Staatsausgaben nicht schneller expandieren als das Produktionspotential wächst.) Bei konjunkturellen Schwächetendenzen wäre zu erwägen, die Rückführung der staatlichen Defizite zu strecken. Allerdings müßte die Grundlinie klar sein, und an die Gründe, die eine Abweichung davon rechtfertigen, wären hohe Anforderungen zu stellen.

318. Angesichts dessen, was man in den Jahren 1976 und 1977 an Konsolidierung erreicht hat, erscheint auch eine Rückführung der staatlichen Kreditfinanzierungsquote auf das Niveau der sechziger Jahre nicht von vornherein ausgeschlossen, und, wenn man sich mehr Zeit ließe, nicht unrealistisch. Eine so bemessene Konsolidierung könnte beispielsweise bis 1982 weitgehend erledigt sein, wenn die Zuwachsraten der Staatsausgaben, die sich derzeit nach den Finanzplanungen abzeichnen, für jeweils zwei Jahre um einen ganzen Prozentpunkt und für jeweils zwei Jahre um einen halben Prozentpunkt gemindert würden. Die Behauptung, daß Konsolidierung in absehbarer Zeit nicht möglich sei, hat so gesehen nicht viel für sich. Daß die Finanzpolitik den Konsolidierungskurs steuern sollte, hat der Bundestag am 13. April dieses Jahres in einem einstimmigen Beschluß bekundet. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, „darauf hinzuwirken, daß der Haushalt des Bundes unter Berücksichtigung des Artikels 115 des Grundgesetzes dauerhaft konsolidiert wird; dazu muß der Schuldenzuwachs mittelfristig abgebaut werden und die Neuverschuldung des Bundes niedriger liegen als bisher".

Änderungen im Steuersystem

319. Was im vergangenen Jahr an Beschlüssen gefaßt worden ist und was in diesem Jahr an endgültigen Entscheidungen noch erwartet werden kann, führt, zusammen genommen, zu beachtlichen Steuersenkungen. Aber auch Änderungen im Steuersystem sind damit verbunden. Hierin kann man eine Antwort auf Probleme der Besteuerung sehen, die seit Jahren bestehen, sich über die Zeit verschärft haben, bisher jedoch nicht oder nur in Teilen grundsätzlich angegangen worden sind. Zu diesen Problemen zählt der Anstieg in der Belastung mit direkten Abgaben; hier soll die Reform des Einkommensteuertarifs zum 1. Januar nächsten Jahres Entlastung bringen.

Als besondere Aufgabe stellt sich für die Steuerpolitik, die Bedingungen für Wachstum und Beschäftigung auf mittlere Sicht zu verbessern; nach einer Reihe von Steuerrechtsänderungen, die diesem Ziel gewidmet waren, steht jetzt eine Änderung der Gewerbesteuer an.

Entlastung bei der Lohn- und Einkommensteuer

320. Nicht so sehr die Steuerquote, die seit den fünfziger Jahren im Durchschnitt nur wenig angestiegen ist, im Jahre 1977 allerdings (auch bei Berücksichtigung der Veränderung im Familienlastenausgleich von 1975) einen besonders hohen Stand erreicht hatte, sondern die Verlagerung der Steuerlast zu den einkommensabhängigen Steuern, und dies fast ausschließlich zur Lohnsteuer hin, hat der Entwicklung der Abgabenlast einen dramatischen Akzent gegeben (Ziffern 206 ff.). Hinzu kommt, daß die Sozialbeitragsquote seit den sechziger Jahren um 5 Prozentpunkte angestiegen ist.

Die Abgabenlast hat also objektiv zugenommen; aber sie ist offenbar auch merklicher geworden. Wahrscheinlich hängt das in erster Linie mit der Belastung des Einkommenszuwachses (Grenzbelastung) zusammen, die in den letzten zehn Jahren ständig angestiegen ist. Die Forderung nach einer steuerlichen Entlastung der Einkommen wurde immer drängender.

321. Der Staat hat darauf in den letzten Jahren mit einer Vielzahl von Neuregelungen im Rahmen der Lohn- und Einkommensteuer reagiert. Die Besonderheit der im Herbst 1977 beschlossenen Maßnahmen war die Einführung eines Tariffreibetrages. Aber weder dadurch noch durch die Anhebung des Weihnachtsfreibetrages ist das Hineinrücken der Einkommen in den Progressionstarif entscheidend hinausgeschoben worden. Bei unverändertem Einkommensteuerrecht wäre 1979 wahrscheinlich die Hälfte der Lohnsteuerpflichtigen mit ihrem Einkommen über den Tarifsprung von 22 vH auf 30,8 vH hinweg in den Bereich steigender Grenzsteuersätze vorgerückt, der für Ledige bei einem zu versteuernden Einkommen von 16 000 DM und für Verheiratete bei einem Einkommen von 32 000 DM beginnt. Schon im Herbst 1977 war daher vorauszusehen, daß die Reform des Einkommensteuertarifs, besonders die Beseitigung des Tarifsprungs, nur für kurze Zeit vertagt war.

322. Das Steuerprogramm vom Herbst dieses Jahres hat dann mit der Tarifreform auch die Beseitigung des Tarifsprungs gebracht; der Tariffreibetrag ist beibehalten worden.

Zusammen mit den tarifpolitischen Maßnahmen, die in den Jahren 1977 und 1978 in Kraft getreten sind, hat das zu einer Senkung der durchschnittlichen Belastung in allen Einkommensgruppen geführt, und zwar um so stärker, je niedriger das Einkommen ist. In absoluten Beträgen hat die Entlastung mit der Höhe des Einkommens allerdings zugenommen. Durch die Tarifreform sind die Grenzsteuersätze ab einem Einkommen von 48 000 DM für Ledige und ab einem Einkommen von 96 000 DM für Verheiratete nicht verändert worden. Vermutlich hat diese Regelung fiskalische Gründe. Der Einnahmenausfall sollte nicht noch größer werden. Der Belastungsverlauf wird dadurch in dem Sinne geändert, daß im Bereich des Progressionstarifs zwar das Niveau der Grenzsteuersätze gesenkt wird, der Anstieg der Grenzsteuersätze nun aber steiler ist als zuvor. Im Belastungsgefühl der Bezieher von Einkommen, die jetzt in diesem Bereich liegen, wird vermutlich der Entlastungseffekt diesen Struktureffekt überdecken. Die Steuerpflichtigen, deren Einkommen in Zukunft in diesen Bereich vorrücken, werden den steilen Anstieg der Grenzsteuersätze vielleicht eher als Ungereimtheit empfinden. Man darf daher vermuten, daß in nicht zu ferner Zukunft dieses steile Ansteigen der Grenzsteuersätze die steuerpolitische Diskussion erneut anfachen wird.

Mit der Entlastung, die der neue Einkommensteuertarif bringt, werden vermutlich auch Leistungshemmnisse abgebaut. Die wachstumspolitische Wirkung, die davon erwartet werden kann, ist jedoch geringer zu veranschlagen als die einer entsprechenden Entlastung bei Steuern, die vor allem die Investitionen treffen.

Abbau der Gewerbesteuer

323. Für mehr wirtschaftliches Wachstum sprechen gegenwärtig in erster Linie beschäftigungspolitische Gründe. Der Staat kann dazu beitragen, indem er die Investitionsbedingungen verbessert. Hierfür ist in der Bundesrepublik in den letzten Jahren bereits eine Vielzahl von steuerlichen Maßnahmen ergriffen worden. Gegenwärtig geht es um eine Senkung der Gewerbesteuer, die dazu führen soll, mehr Investitionen rentabel zu machen. Als konkrete Maßnahme hat die Bundesregierung insbesondere beschlossen, die Lohnsummensteuer abzuschaffen.

324. Die Gewerbesteuer belastet — gesamtwirtschaftlich gesehen — sowohl den Konsum als auch die Investitionen und die Ausfuhr. Zum Teil ist sie eine ertragsabhängige Steuer (Gewerbeertragsteuer), zum Teil aber auch eine ertragsunabhängige Steuer (Gewerbekapitalsteuer und Lohnsummen-

steuer). Die ertragsunabhängigen Teile belasten die Verwendung von Kapital und Arbeit unabhängig vom Unternehmenserfolg. Ertragsunabhängige Steuern beeinträchtigen die Investitionsneigung der Unternehmen stärker als ertragsabhängige (JG 77 Ziffern 438 ff.).

Aber nicht nur wachstumspolitische Gründe sprechen gegen die Gewerbesteuer. Sie verursacht bedenkliche Steuerkraftunterschiede zwischen den Gemeinden und verleitet diese infolge der starken Konjunkturreagibilität der Gewerbeertragsteuer zu prozyklischem Ausgabenverhalten. Schließlich hat die Gewerbesteuer auch steuersystematische Argumente gegen sich und gilt als bürgerferne Steuer.

Es gibt aber auch Argumente für die Gewerbesteuer. Sie ist die ergiebigste originäre Gemeindesteuer. Daher stellt sie ein wesentliches Bindeglied zwischen den Gemeinden und dem ortsansässigen Gewerbe dar. Ihre Ergiebigkeit macht es so schwer, einen geeigneten Ersatz zu finden.

Diese Argumente sprechen gegen eine vollständige Abschaffung der Gewerbesteuer. Sie sprechen indessen nicht gegen einen Abbau der Gewerbesteuer in Höhe der Gewerbesteuerumlage. Denn die Gewerbesteuer wird zwar im ganzen von den Gemeiden erhoben, steht aber dem Aufkommen nach teilweise dem Bund und den Ländern zu. Die Aufhebung der Gewerbesteuerumlage würde also weder die Finanzautonomie noch das Steueraufkommen der Gemeinden und auch nicht deren Interesse am ortsansässigen Gewerbe berühren.

325. Dieses Jahr hat bei der Gewerbesteuer neue Regelungen in den Bemessungsgrundlagen gebracht. Bei der Gewerbekapitalsteuer ist die Besteuerungsfreigrenze in einen (auf das Zehnfache erhöhten) Freibetrag umgewandelt und bei der Lohnsummensteuer erstmals ein Freibetrag eingeführt worden. Außerdem hat man bei der Gewerbeertragsteuer den Freibetrag für Einzelunternehmen und Personengesellschaften etwas angehoben. Für übernächstes Jahr ist eine weitere Erhöhung des Freibetrages bei der Gewerbeertragsteuer und, wie erwähnt, die Abschaffung der Lohnsummensteuer vorgesehen.

326. Gegen die Erhöhungen des Freibetrages bei der Gewerbeertragsteuer sowie die Einführung des Freibetrages bei der Gewerbekapitalsteuer und bei der Lohnsummensteuer sind ernstzunehmende Einwände erhoben worden. Es wird selbstverständlich nicht bestritten, daß diese Maßnahmen kleinere Unternehmen steuerlich entlasten; aber es sei, so heißt es, dies der falsche Weg, die Gewerbesteuerbelastung zu senken, weil das Interesse der Gemeinden an kleineren Unternehmen abnehme, wenn diese kaum noch Gewerbesteuer zahlen. Nimmt man dies für gegeben, so könnten sich ansteigende Freibeträge bei der Gewerbesteuer in der Tat schädlich auswirken, und es ist nicht auszuschließen, daß die Nachteile, die aus dem fiskalisch bedingten Desinteresse der Gemeinden erwachsen, die Vorteile überwiegen, die sich aus der Steuerentlastung ergeben.

327. Hohe Wogen in der öffentlichen Diskussion hat der Beschluß der Bundesregierung geschlagen, die Lohnsummensteuer abzuschaffen, die nur von rund 800 deutschen Gemeinden und vorwiegend im Ruhrgebiet erhoben wird. Zugunsten dieser Maßnahme wird angeführt, daß die Lohnsummensteuer erstens ertragsunabhängig sei und zweitens Arbeitsplätze vernichte.

Richtig an dem ersten Argument ist, daß ertragsunabhängige Steuern die Investitionsneigung stärker dämpfen als ertragsabhängige Steuern. Das spricht für die Abschaffung der Lohnsummensteuer — freilich auch für die Beseitigung der Gewerbekapitalsteuer. Gegen diese ist außerdem einzuwenden, daß sie im Zusammenwirken mit der Gewerbeertragsteuer eine Doppelbelastung der Erträge des Produktionsfaktors Kapital mit sich bringt.

Richtig an dem zweiten Argument ist, daß eine Abschaffung der Lohnsummensteuer einer Kostensenkung gleichkommt und damit mehr Produktion und Arbeitsplätze rentabel werden läßt. Zugleich wird für die Zukunft der Rationalisierungsdruck in den von der Lohnsummensteuer entlasteten Betrieben gemildert.

328. Gleichwohl ist es nicht selbstverständlich, daß am Anfang des Abbaus der Gewerbesteuer die Abschaffung der Lohnsummensteuer stehen soll.

Gegen die Beseitigung der Lohnsummensteuer hat es vor allem Widerspruch gegeben, weil der Ausgleich der Steuerausfälle bei den betroffenen Ruhrgemeinden und die bundesweite Diffundierung der steuerlichen Entlastung, die mit der Abschaffung der Lohnsummensteuer verbunden wäre, sehr komplizierte Finanzausgleichsprobleme mit sich bringen. Es hat erhebliche Schwierigkeiten bereitet, in kurzer Zeit eine befriedigende Regelung zu finden.

Die Abschaffung der Lohnsummensteuer wäre auch dann bedenklich, wenn dies die erste Stufe eines Planes sein sollte, die den Abbau der Gewerbesteuer über die Beseitigung ihrer Teilsteuern zum Ziele hat. Als nächstes wäre dann wohl, wie bereits nachdrücklich gefordert, die Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer zu erwarten, so daß nur die Gewerbeertragsteuer bestehen bliebe. Würde man hier mit dem Abbau in der Weise fortfahren, daß Teilvorschriften aufgehoben werden, und dabei mit der Zulassung des Abzugs der Zinsen auf Dauerschulden beginnen, dann bliebe für die möglicherweise ziemlich lange letzte Abbauphase eine Sonderabgabe auf den Unternehmensgewinn, also eine Steuer, die die Eigenkapitalfinanzierung benachteiligt.

Schließlich könnte auch ein steuersystematischer Grund gegen die Abschaffung der Lohnsummensteuer vorgebracht werden: Ein Ertragsteuersystem ist seiner Idee nach auf eine (gleichmäßige) Belastung aller Faktorerträge gerichtet und die Entlastung der Erträge nur eines Faktors also so gesehen keineswegs plausibel. Die aktuelle Bedeutung dieses Arguments wird man freilich nicht hoch veranschlagen dürfen, weil die Lohnsummensteuer in der Bundesrepublik nur von rund einem Zehntel der Gemeinden erhoben wird.

329. Der Bundesfinanzminister hat zum Ausgleich der Steuerausfälle, die infolge der Abschaffung der Lohnsummensteuer entstehen würden, und als Vorkehrung zur Gewerbesteuerentlastung auch in den Gemeinden, die keine Lohnsummensteuer erheben, ein aus fünf Elementen bestehendes Kombinationsmodell vorgelegt. Danach soll der Anteil der Gemeinden an der Einkommensteuer zu Lasten von Bund und Ländern erhöht und der Gewerbesteuer-Umlagesatz gesenkt werden. Die daraus resultierenden Mehreinnahmen würden dem Ausfall an Lohnsummensteuer zwar in der Summe, nicht aber in der Verteilung auf die einzelnen Gemeinden entsprechen. Daher sieht das Kombinationsmodell vor, daß die Ausfälle bei der Lohnsummensteuer von den betroffenen Gemeinden zu einem weiteren Teil durch eine Erhöhung der Hebesätze bei der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ausgeglichen werden. Verbleibende Steuerausfälle könnten nur durch Zuweisungen der einzelnen Länder an ihre Gemeinden im Rahmen des Finanzausgleichs gedeckt werden. Da nach dem Kombinationsmodell auch diejenigen Gemeinden, die keine Lohnsummensteuer erheben, in den Genuß der Erhöhung des Anteils der Gemeinden an der Einkommensteuer und der Senkung der Gewerbesteuerumlage kommen würden, geht die Bundesregierung davon aus, daß diese Gemeinden die zusätzlichen Einnahmen dazu verwenden, über eine Senkung der Gewerbesteuerhebesätze die dort ansässigen Betriebe zu entlasten.

330. Die kritischen Punkte dieses Vorschlags liegen offenbar im Mitwirken der Länder und der Gemeinden. Beim Ausgleich der Lohnsummensteuerausfälle mag es Streit darüber geben, wieviel dazu die betroffenen Gemeinden durch eine Erhöhung der Hebesätze bei der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital beitragen wollen und wieviel davon die Länder über Zuweisungen an die Gemeinden im Rahmen des Finanzausgleichs zu übernehmen bereit sind. Bei Gemeinden, die keine Lohnsummensteuer erheben, könnte es wohl vorkommen, daß sie zögern, die Mehreinnahmen voll als Entlastung bei der Gewerbesteuer weiterzugeben. Wenn all diese Hindernisse überwunden werden könnten, gäbe es eine über das ganze Bundesgebiet ausgedehnte, in der Verteilung freilich ungleichmäßige Entlastung der Betriebe bei der Gewerbesteuer.

Zu fragen bliebe dann, wie man sich einen weiteren Abbau der Gewerbesteuer vorstellen könnte, ohne daß dabei wiederum so gravierende Finanzausgleichsprobleme entstehen würden. Man könnte daran denken, die Gewerbesteuerumlage schrittweise abzubauen. Die Steuerausfälle, die Bund und Ländern daraus entstünden, ließen sich durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ausgleichen.

Zu den Auslandseffekten der Körperschaftsteuer

331. Mit der Einführung des Anrechnungsverfahrens hatte die Körperschaftsteuerreform unter anderem die Begünstigung ausländischer Muttergesellschaften nach dem alten Körperschaftsteuerrecht beseitigen wollen. Inzwischen ist Streit um die Frage entbrannt, ob der Gesetzgeber in der Behandlung ausländischer Anteilseigner an inländischen Kapitalgesellschaften hinter dem angestrebten Ziel zurückgeblieben oder gar über das Ziel hinausgeschossen sei. Diese Frage wird unterschiedlich beantwortet, je nachdem, ob in die Belastungsrechnung nur die ausländischen Muttergesellschaften oder auch deren Anteilseigner einbezogen werden und ob man unterstellt, daß die Anteile inländischer Kapitalgesellschaften von ausländischen Muttergesellschaften gehalten werden oder ob ausländischer Streubesitz vorliegt.

Wer die Ansicht vertritt, daß die Wettbewerbsfähigkeit auf der Unternehmensebene ohne Berücksichtigung der Situation bei den Anteilseignern betrachtet werden muß, kommt zu dem Ergebnis, daß die ausländischen Muttergesellschaften nach wie vor Wettbewerbsvorteile gegenüber im Inlandsbesitz stehenden Unternehmen haben. Ebenso wie im Inland sollte auch im Ausland die steuerliche Gesamtbelastung von Unternehmen und Anteilseignern im Bild sein. Dann ergibt sich, daß ausländische Muttergesellschaften und ihre Anteilseigner zusammen nach dem neuen Körperschaftsteuergesetz schlechter gestellt sind als inländische Unternehmen und ihre Gesellschafter. Die Belastung eines ausländischen Kleinaktionärs ist durch die Körperschaftsteuerreform gegenüber der eines inländischen Kleinaktionärs erheblich gestiegen, da er die Steuern auf ausgeschüttete Gewinne nicht anrechnen kann.

332. Die Bundesregierung sucht eine Lösung nicht in der Ausdehnung des Anrechnungsverfahrens auf ausländische Anteilseigner, sondern in der Revision der Doppelbesteuerungsabkommen. Sie erwägt eine Senkung der Kapitalertragsteuer für ausländische Anteilseigner. Durch Doppelbesteuerungsabkommen müßte allerdings gewährleistet sein, daß der ausländische Fiskus auch den nachgelassenen Teil der Kapitalertragsteuer auf die Ertragsteuer des ausländischen Steuerpflichtigen anrechnet.

333. Die Körperschaftsteuerreform hat auch in manchen Fällen eine relative Benachteiligung bei den Erträgen aus ausländischen Investitionen deutscher Unternehmen gegenüber Erträgen aus inländischen Investitionen gebracht. Auch dieses Problem unterstreicht die Bedeutung, die der Anpassung der geltenden Doppelbesteuerungsabkommen an die durch die Körperschaftsteuerreform geschaffene Rechtslage zukommt.

Zur Doppelbelastung bei der Vermögensteuer

334. Die Belastung der Unternehmen mit ertragsunabhängigen Steuern ist in den gewinnschwachen Jahren der Rezession besonders fühlbar geworden. Trotz der Senkung der Vermögensteuersätze zum 1. 1. 1978 wird weiterhin eine Minderung dieser Belastung gefordert. Von einer Erfüllung dieser Forderungen wird ein positiver Effekt auf die Investitionstätigkeit der Unternehmen erwartet, da die Vorabbelastung des Gewinns durch vermögensab-

hängige Steuern sich als Bremse für Investitionsentscheidungen auswirkt.

In der Diskussion ist vor allem die Doppelbelastung der Kapitalgesellschaften durch die Vermögensteuer. Ein Vorschlag, diese zu beseitigen, geht dahin, das Anrechnungsverfahren auch für die Vermögensteuer von Kapitalgesellschaften einzuführen. Ein anderer zielt auf die Abschaffung der Vermögensteuer für Kapitalgesellschaften. Ein dritter möchte immerhin die Abzugsfähigkeit der Vermögensteuer von der Bemessungsgrundlage bei der Körperschaftsteuer hergestellt sehen. Der Sachverständigenrat macht sich keinen dieser Vorschläge zu eigen. Er weist jedoch darauf hin, daß auch wachstumspolitische Gründe für eine Beseitigung oder doch wenigstens eine Erleichterung der Doppelbelastung bei der Vermögensteuer sprechen.

III. Zur währungspolitischen Diskussion

Eine Rolle ist unbesetzt

335. Mit dem Übergang zu beweglichen Wechselkursen zwischen den meisten Welthandelswährungen im Frühjahr 1973 hatten die wichtigsten Mitglieder des internationalen Währungsfonds den von den einen als inflatorisch, von den anderen als deflatorisch empfundenen Anpassungszwang des Währungssystems von Bretton Woods aufgekündigt.

Heute muß man feststellen:

— Die Länder, die sich zu mehr autonomer Stabilisierungspolitik befreit fühlten, sahen ihre Erwartungen bestätigt.

— Die Länder, die sich zu mehr autonomer Beschäftigungspolitik befreit fühlten, sahen ihre Erwartungen enttäuscht.

Die Befreiung zu einer Politik, die um einer höheren Beschäftigung willen mehr Inflation in Kauf nimmt, erwies sich als Illusion. Daß dies auf die Dauer kein Konzept für die Wirtschaftspolitik sein könnte, war zwar auch schon vorher erkennbar gewesen. Doch unter den Bedingungen flexibler Wechselkurse erlebten einige Länder eine so rasch sich drehende Inflations-Abwertungs-Spirale, daß eine Umkehr im Denken unumgänglich wurde. Dies durfte im Prinzip nicht überraschen. In der wissenschaftlichen Diskussion, die dem Übergang zu beweglichen Wechselkursen voranging, war die Möglichkeit einer über den Wechselkurs sich selbst verstärkenden Inflation als Folge einer laxen nationalen Stabilitätspolitik nie umstritten. Tatsächlich war man aber nicht darauf vorbereitet, als es so kam. Dabei muß man bedenken, daß das alte Weltwährungssystem an der Divergenz mächtiger inflatorischer Kräfte zerbrochen war. Um so gefährlicher war bei diesem Erbe die Illusion, bewegliche Wechselkurse würden es leichter machen, Beschäftigungspolitik ohne Rücksicht auf den Geldwert zu treiben. Die Illusion verflog rasch. Manche Länder begannen, sich den mittleren Disziplinierungszwang des Festkurssystems, den sie lange Zeit als Deflationsdruck beklagt hatten, zurückzuwünschen. Denn jetzt waren „freiwillige" Stabilisierungsaktionen nötig. In der Summe nahmen die Beschäftigungsprobleme in der Welt zu. Das schlug auf alle zurück, auch auf die Länder, die ihre Stabilisierungsprobleme verhältnismäßig schnell in den Griff bekommen hatten. Diese Länder erlebten außerdem, daß ihnen im Zusammenhang mit den hohen internationalen Unterschieden in den Inflationsraten von den Devisenmärkten eine Höherbewertung der Währung vorgegeben wurde, die ihnen bei der Stabilisierung des Preisniveaus ein Tempo auferlegte, hinter dem auch sie mit der binnenwirtschaftlichen Anpassung des Kostenniveaus zurückblieben. So ist es jetzt diese Gruppe von Ländern, die sich über Deflationsdruck beklagt.

Im ganzen haben wir heute große internationale Unterschiede im Inflationstempo und eine unbefriedigende Lage der Weltkonjunktur, aus der niemand so recht einen Ausweg weiß. Alle sind auf sich selbst gestellt und müssen hoffen, daß sie durch isolierte, aber gleichgerichtete Anstrengungen, die allen gemeinsam zugute kommende Wohltat einer guten Weltkonjunktur zustande bringen.

336. Unter den gegebenen Umständen und wegen der schlimmen Erfahrungen in der Spätzeit des Systems von Bretton Woods kommt eine Rückkehr zu einer ähnlichen Weltwährungsordnung zweifellos derzeit nicht in Betracht. Fast jeder konzediert auch, daß die marktbestimmte Beweglichkeit der Wechselkurse vermutlich eine entscheidende Voraussetzung dafür war, daß die Weltwirtschaft mit den außerordentlichen Zahlungsbilanzproblemen, die sich vor allem aus dem Ölpreisschock der Jahre 1973/74 ergeben haben, einigermaßen zufriedenstellend fertig geworden ist. Den Erwartungen der Währungspolitiker entsprochen hat ebenfalls, wie die Unternehmen mit beweglichen Wechselkursen zu leben gelernt haben. Die Befürchtungen, die in dieser Hinsicht vorher weithin bestanden haben, die Befürchtung etwa, daß Unsicherheit über die künftigen Wechselkurse den internationalen Handel prinzipiell stark beeinträchtigen müsse, haben sich nicht als berechtigt erwiesen.

337. Das Ungenüge an dem System beweglicher Wechselkurse hat letztlich seine Gründe darin, daß sich nicht einmal in bezug auf die wichtigsten Wechselkursrelationen in der Welt einigermaßen stabile mittel- oder gar langfristige Erwartungen bilden konnten. Die Stabilität solcher längerfristigen Erwartungen war es ja, von der über die ihnen entsprechende Stabilität der Wechselkurse an den Terminmärkten Stabilität oder jedenfalls Stetigkeit in der Bewegung auch der Wechselkurse an den Kassamärkten erhofft worden war. Diese Hoffnung hat getrogen.

Tatsächlich haben sich auch die längerfristigen Wechselkurserwartungen als sehr sensibel erwiesen, namentlich in bezug auf Inflationstendenzen. Und über die hochreagiblen Entscheidungen im internationalen Kapitalverkehr — Entscheidungen darüber, in wel-

cher Währung man Geldvermögen hält — kann es dann mehr als nur vorübergehend zu Wechselkursänderungen von so starkem Ausmaß kommen, daß der güterwirtschaftliche Anpassungszwang, der daraus auf dem Wege über den internationalen Handel für die Volkswirtschaft erwächst, nicht leicht zu rechtfertigen ist. Es können strukturelle Anpassungen sein, die in solchen Fällen erzwungen werden. Es können Anpassungen des Preis- und Kostenniveaus sein. Die Bewegung der Wechselkurse, die eigentlich Veränderungen der gesamtwirtschaftlichen Bedingungen eines Landes nur konstatieren sollte, kann sie diktieren. Wohlgemerkt, dies ist nicht der Regelfall. Aber man kann ihn auch nicht einfach als Ausnahme qualifizieren.

Im Prinzip kann die nationale Geldpolitik solchen Tendenzen entgegenwirken, allerdings wohl kaum im Sinne der Feinsteuerung, sondern allenfalls im Sinne der Vermeidung schwerer gesamtwirtschaftlicher Störungen (Ziffer 407).

338. Daß die Instabilität der längerfristigen Erwartungen heute so ausgeprägt ist, kann allerdings nicht als unmittelbare Folge der Aufkündigung des alten Festkurssystems angesehen werden. Es hätte gut anders kommen können. Unter den Gründen, die man dafür anführen kann, daß es so kam, wie es gekommen ist, ragt einer hervor, die Tatsache nämlich, daß die Vereinigten Staaten nicht in der Lage waren, dem Dollar nach der Aufkündigung des Festkurssystems die Rolle de facto zu sichern, die ihm vorher de jure zukam — die Rolle der unbezweifelten Leitwährung. Angeschlagen war der Dollar in dieser Rolle allerdings schon vorher; das hatte zum Zusammenbruch des alten Weltwährungssystems nicht zuletzt beigetragen, und mit diesem Erbe ist auch das Nachfolgesystem nicht fertig geworden.

339. Auch ein Währungssystem auf der Basis beweglicher Wechselkurse braucht, das hat die Erfahrung der letzten fünf Jahre gelehrt, dringend einen Wertmaßstab, den möglichst viele akzeptieren, mit dem international gerechnet wird, auf den internationale Kontrakte abstellen, eine Währung, in der international monetäre Reserven gehalten werden. Eine Maßstabwährung muß von ihrem inneren Wert her nicht absolut stabil sein, aber doch stabil genug, um als Wertmaßstab und als Hauptmedium der internationalen Geldvermögenshaltung niemals in Frage gestellt zu werden.

Es mag durchaus unnötig sein, daß viele Länder eine völlig stabile Relation ihrer nationalen Währung zu einer solchen Leitwährung aufrechterhalten. Aber die Möglichkeit und die Zweckmäßigkeit, dies zu tun, sollte nicht von der Instabilität der Leitwährung abhängen, sondern ausschließlich von den stabilitätspolitischen Bedingungen des jeweiligen Landes. Entscheidend ist allein, daß eine Währung mit Maßstabsqualität angeboten wird. Wahrscheinlich wären es sogar sehr viele Länder, die freiwillig ihre Geldpolitik streng an dem Ziel ausrichten würden, eine bestimmte Kursrelation zur Leitwährung durchzuhalten. Denn diese Länder würden damit zwar ihre geldwertpolitische Autonomie wieder zugunsten einer wechselkurspolitischen Zielsetzung aufgeben, was bei einer stabilen Leitwährung auch nicht schwerzufallen brauchte, sie würden jedoch beschäftigungspolitisch an Spielraum gewinnen.

340. Die Rolle einer internationalen Leitwährung dieser Qualität ist gegenwärtig nicht mehr besetzt. Das ist nur vordergründig in erster Linie ein Problem der amerikanischen Leistungsbilanz. Denn man könnte es mit gleicher Berechtigung auch umgekehrt sehen und sagen: Die Finanzierung der amerikanischen Leistungsbilanzdefizite würde überhaupt keine Probleme aufwerfen, wenn der Dollar als Leitwährung nicht in Frage gestellt wäre. Der Kern des Problems ist die amerikanische Inflation. Die riesigen Dollarbestände in der Welt durch Inflation entwerten und Leitwährungsland bleiben — das geht nicht zusammen.

Die Vereinigten Staaten haben die Rolle des Leitwährungslandes im Grunde seit Beginn der isolationistischen Politik des „benign neglect" abgelehnt. Daraus hat sich die seit Jahren latente und dann immer wieder auch akut werdende Vertrauenskrise in bezug auf den Dollar ergeben. Diese Vertrauenskrise hat auch die Grenzen dieser Politik aufgezeigt. Wollten die Vereinigten Staaten die Dollarbestände in der Welt inflatorisch entwerten, so müßte dies den Vertrauensschwund weiter beschleunigen. Sie müßten bereit sein, einen Dollarkurs zu akzeptieren, bei dem sie ihre Exportwaren verschleudern würden und enorm hohe Einfuhrpreise zu bezahlen hätten, von den Folgen für die politische Position der Vereinigten Staaten einmal ganz abgesehen. Wollten sie das, was von der Leitwährungsfunktion des Dollar geblieben ist, allmählich abbauen, also nach und nach Dollarbestände repatriieren, so müßten sie eine Zeitlang enorme Leistungsbilanzüberschüsse erwirtschaften. Dies aber setzte vermutlich keine andere Politik voraus als eine Strategie der Wiedergewinnung der vollen Leitwährungsfunktion für den Dollar, nämlich Inflationsbekämpfung und damit Stabilisierung der Bereitschaft in der Welt, weiterhin hohe Geldvermögen in Dollar zu halten und — abnehmende — amerikanische Leistungsbilanzdefizite durch Kredite zu finanzieren.

341. Die Vertrauenskrise in bezug auf den Dollar wird manifest in der Suche nach Alternativen. Keine andere Welthandelswährung kann jedoch die Leitwährungsfunktion übernehmen. Die Flucht in den Schweizer Franken, in die D-Mark, in den Yen ist vorläufig, im Weltmaßstab gesehen, eher die partielle Flucht in eine Wartestellung als die Konstituierung neuer Leitwährungen. In regionalem Rahmen wächst diesen Währungen allerdings Leitwährungscharakter zu, im europäischen Raum vor allem der D-Mark, die anders als der Schweizer Franken nicht nur als Wertaufbewahrungswährung, sondern auch als Maßstab für die Orientierung der Geldpolitik anderer Länder Bedeutung erlangt hat. Ein breit angelegter Wechsel hin zu einem Weltwährungssystem mit — de facto — multiplen Leitwährungen müßte von den Ländern, deren Währungen diese Rolle übernehmen sollen, gewollt sein. Denn ein solcher Wechsel könnte ohne einen weiteren

rapiden Dollarkursverfall nur vollzogen werden, wenn die Zentralbanken dieser Länder einen erheblichen Teil der Dollarbestände aufnehmen würden, die andere auflösen möchten. Die Bereitschaft zu diesem Wechsel gibt es nicht, und das hat auch gute Gründe. Die Gründe sind politischer wie ökonomischer Art. Was die Bundesrepublik angeht, so hat diese zwar im Welthandel ein etwa ebenso großes Gewicht wie die Vereinigten Staaten. Aber die gesamtwirtschaftliche Basis für die Übernahme von Leitwährungsfunktionen in der Welt ist doch zu gering.

342. Im Lichte dieser Probleme, der Vertrauenskrise in bezug auf den US-Dollar und dem — von ihr abhängigen — Ungenüge an beweglichen Wechselkursen, muß man die Pläne sehen, in Europa zu einer neuen Währungsordnung zu kommen.

Im Grunde ist es nicht die Bundesrepublik, die in besonderem Maße zu klagen hätte über die Erfahrungen mit der Beweglichkeit der Wechselkurse. Sie gehört zwar zu den Ländern, die seit einiger Zeit vom Aufwertungsdruck ihrer Währung besonders herausgefordert sind. Dieser Aufwertungsdruck hat aber auch ein unerwartet hohes Maß an Stabilisierung gebracht. Und die Terms-of-Trade-Gewinne aus der Höherbewertung der Mark sind ohne Zweifel ebenfalls von Gewicht. Die währungspolitischen Voraussetzungen für einen Fortgang und eine Harmonisierung der wirtschaftlichen Stabilisierung in ganz Europa zu verbessern, ist jedoch gemeinsames Interesse aller Länder der Europäischen Gemeinschaft.

Diese Bereitschaft voraussetzend, hat der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten 1976/77 ein Konzept für eine harmonisierte Geldpolitik in Europa zur Diskussion gestellt (JG 76 Ziffern 475 ff.). Dabei sind wir davon ausgegangen, daß der Wille zu einer harmonisierten Geldpolitik Basis jedes neuen Anlaufs sein muß, mit den Problemen der Währungspolitik und allgemein der Stabilitätspolitik besser fertig zu werden. Unser Konzept ließ sich kennzeichnen als das einer stabilitätsorientierten abgestimmten Geldmengenpolitik der europäischen Länder, abgesichert durch den Harmonisierungszwang, der von einem unter Vorbehalt stehenden Interventionsversprechen der Notenbanken in bezug auf die Wechselkurse ausgehen soll. Eine ganze Reihe weiterer Konzepte ist von anderen Seiten in die Diskussion gekommen. Sie umschließen vor allem unterschiedliche Möglichkeiten der Einführung einer europäischen Parallelwährung.

Die europäischen Regierungen, die in diesem Jahr die Schaffung eines Europäischen Währungssystems (EWS) vereinbarten, haben einerseits den Anschluß an das bestehende Festkurssystem des Europäischen Währungsverbundes gewahrt, wollen jedoch zugleich den Rahmen schaffen für eine Entwicklung, die längerfristig über ein System „fester, aber anpassungsfähiger Wechselkurse" hinaus zu einer Europäischen Währungsunion führt.

343. Ein neues System von Spielregeln für den Bereich der Währungspolitik und der Geldpolitik in Europa setzt, wenn erwartet werden soll, daß die Spielregeln eingehalten werden, voraus, daß bei allen Teilnehmern das langfristige Interesse an der Einhaltung der Spielregeln größer ist als die Versuchung, diese im Falle eines kurzfristigen Interessenkonflikts zu verletzen oder aus dem System auszuscheiden.

In der Vergangenheit waren die gemeinsamen Interessen der europäischen Länder an einer konsequenten Harmonisierung ihrer Stabilitätspolitik in diesem Sinne nicht tragfähig. Wenn viele dies heute anders sehen, auch in der Bundesrepublik, so hat dies offensichtlich folgende Gründe:

- Alle europäischen Länder haben erfahren, daß ungelöste Stabilitätsprobleme in einem größeren Teil Europas negative Auswirkungen auch auf Wachstum und Beschäftigung in allen anderen Ländern haben.
- Die Anpassungsbereitschaft, die in bezug auf eine konsequent stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik zu verlangen wäre, wird heute nicht mehr nur als störende Anpassungspflicht, sondern auch als hilfreiche Objektivierung einer bestimmten stabilitätspolitischen Grundlinie empfunden.
- Alle europäischen Länder haben ein Interesse daran, dem Anpassungsdruck zu entgehen, der von Wechselkursbewegungen ausgeht, wenn diese sich gegenüber den güterwirtschaftlichen Ursachen, von denen sie ausgelöst sein mögen, verselbständigen.
- Alle europäischen Länder, nicht zuletzt die Bundesrepublik, haben ein Interesse daran, der Tendenz entgegenzutreten, daß die D-Mark de facto europäische Leitwährung wird.

Alle diese Gründe sind plausible Gründe. Eine andere Frage ist, ob es hinreichende Gründe sind.

Zu den Plänen für ein Europäisches Währungssystem

344. Das geplante Europäische Währungssystem, wie es sich seit den Bremer Beschlüssen des Europäischen Rates vom 7. Juli abzeichnet, enthält drei wesentliche Elemente: eine Änderung des innergemeinschaftlichen Wechselkurssystems, die Erweiterung des Europäischen Fonds für Währungspolitische Zusammenarbeit zu einem Europäischen Währungsfonds und die Einführung einer Europäischen Währungseinheit.

Die Änderung des Wechselkurssystems soll darin bestehen, daß zwischen den Währungen des jetzigen Europäischen Währungsverbundes und denjenigen EG-Währungen, die in der Vergangenheit aus dem Verbund ausgeschieden sind, wieder Paritäten und Bandbreiten fixiert werden. Inwieweit nur die Bandbreiten unmittelbar zwischen den Mitgliedswährungen, oder auch die Bandbreiten gegenüber der Europäischen Währungseinheit (EWE) verbindlich werden, ist noch nicht entschieden. In jedem Falle werden wohl verbindliche Bandbreiten unmittelbar zwi-

schen den Mitgliedswährungen fixiert. Aber es scheint die Absicht zu bestehen, außerdem gegenüber der Europäischen Währungseinheit zumindest unverbindliche Bandbreiten zu definieren, die als Frühindikator für die innergemeinschaftliche Wechselkurssituation (Divergenzindikator) dienen und Konsultationen zwischen den Mitgliedern auslösen sollen. Die Konsultationen sollen nicht unverbindlich sein, sondern in jedem Falle zu Maßnahmen führen. Die Umwandlung des Europäischen Fonds für Währungspolitische Zusammenarbeit in einen Europäischen Währungsfonds soll gegenüber den bisherigen Regelungen folgende Veränderungen bringen:

— Die kurz- und mittelfristigen Kreditlinien, die die Zentralbanken der Mitgliedsländer einander über den Fonds gewähren, sollen von 15 Mrd Europäischen Währungseinheiten (etwa 40 Mrd DM) auf 25 Mrd Europäische Währungseinheiten (etwa 65 Mrd DM) aufgestockt werden.

— Die Laufzeit der kurzfristigen Kredite, die ohne Auflagen vergeben werden, soll von derzeit drei (nach Verlängerung sechs) Monaten auf künftig maximal neun oder gar zwölf Monate verlängert werden.

— Die Zentralbanken der Mitgliedsländer sollen einen Teil ihrer Dollar- und Gold-Reserven — geplant sind 20 vH — beim Europäischen Währungsfonds hinterlegen und im Gegenzug in gleicher Höhe Ziehungsrechte auf den Fonds erhalten, die jederzeit ohne Auflagen in Anspruch genommen werden können.

— Sowohl die Kredite des Fonds als auch die Ziehungsrechte aufgrund der hinterlegten Devisenreserven sollen in der Europäischen Währungseinheit ausgedrückt werden.

Mit der Einführung der Europäischen Währungseinheit wird die als Währungskorb definierte (neue) Europäische Rechnungseinheit (ERE), die bereits seit einiger Zeit von mehreren Gemeinschaftsinstitutionen verwendet wird, zum ersten Mal auf den Währungsbereich übertragen. Sie soll im geplanten Europäischen Währungssystem zunächst nur die Rolle eines offiziellen Wertmaßstabes bei Wechselkursänderungen (Leitwährungseinheit) und eines offiziellen Wertaufbewahrungsmittels (Reservemedium der Zentralbanken) erfüllen.

345. Die Pläne für das Europäische Währungssystem können interpretiert werden als ein Versuch, durch die Vereinbarung fester, aber noch anpassungsfähiger Paritäten die Wechselkursänderungen in der Europäischen Gemeinschaft zu verringern, damit auf längere Sicht eine Währungsunion mit unwiderruflich festen Wechselkursen und völlig uneingeschränkter Konvertibilität zwischen den Mitgliedsländern realisiert werden kann. Die Pläne zielen zunächst nicht auf die Übertragung von geldpolitischen Kompetenzen an Gemeinschaftsinstitutionen und die Schaffung einer gemeinsamen Währung ab, sondern auf die Angleichung der Geldpolitik der Mitgliedsländer.

Das Ziel, Wechselkursänderungen bei noch anpassungsfähigen Paritäten zu verringern, kann man vermutlich auf Dauer nur dadurch erreichen, daß zu der Verabredung über die Fixierung der Wechselkurse verbindliche Verabredungen hinsichtlich einer aufeinander abgestimmten Geldmengenpolitik zwischen den beteiligten Ländern treten sowie Sanktionen für den Fall, daß diese Verabredungen nicht eingehalten werden. Die bisherigen Pläne enthalten keine explizite geldpolitische Ergänzung, wohl aber über die verbindlichen Konsultationen starke Einwirkungsmöglichkeiten der Gemeinschaftsorgane auf die Geldpolitik der einzelnen Mitgliedsländer.

Unabhängig davon ist zu prüfen, ob und inwieweit die neue Europäische Währungseinheit einen Ansatzpunkt zu verstärkter Automatik bei der Annäherung der Geldpolitik zwischen den Mitgliedsländern bieten könnte.

346. Mit den Plänen für das neue Europäische Währungssystem werden große Hoffnungen verbunden.

Erstens verspricht man sich von der Fixierung fester, aber noch anpassungsfähiger Paritäten einen heilsamen Stabilisierungsdruck auf die Wirtschaftspolitik der Länder, die gegenwärtig noch mit hohen Preissteigerungsraten zu kämpfen haben. Die außenwirtschaftliche Verankerung soll den Regierungen dieser Länder die notwendige Rückendeckung geben, die Stabilisierung weiter voranzutreiben. Allerdings soll der Anpassungszwang zunächst nicht allzu stark sein, damit die Stabilisierungspolitik in den betreffenden Ländern nicht überfordert wird und nicht eine Stabilisierungskrise oder ein erneutes Ausscheiden von einzelnen Ländern aus dem Europäischen Währungssystem programmiert wird.

Zweitens glaubt man, daß der internationale Handel zwischen den Mitgliedstaaten in dem geplanten Währungssystem geringeren Wechselkursrisiken ausgesetzt sein wird. Dies wäre dann der Fall, wenn der Harmonisierungsdruck eine wesentliche Verringerung der Wechselkursänderungen in der Gemeinschaft zur Folge hätte. Kommt es zu dieser Harmonisierung nicht, so mögen die dann nötigen abrupten Wechselkursänderungen auf Dauer ein höheres Wechselkursrisiko beinhalten als die vom Markt bestimmten Wechselkursänderungen bei frei beweglichen Wechselkursen.

Drittens erwartet man, nicht vom Markt bestimmte Wechselkurse werden die nationale beschäftigungspolitische Autonomie erhöhen. Lohnzurückhaltung der nationalen Tarifpartner sowie staatliche Maßnahmen, die mit angebotspolitischen Mitteln den Anstieg des nationalen Kostenniveaus vermindern, hätten kurzfristig eine stärkere Wirkung auf Absatz und Beschäftigung; denn anders als bei frei beweglichen Wechselkursen könnte dieser Vorstoß im internationalen Wettbewerb nicht ohne parallele oder nachstoßende Aktion in anderen Ländern (das heißt: nicht ohne Beschäftigungserhöhung in allen Ländern) egalisiert werden. Wird nämlich der Wechselkurs festgehalten, so kann die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, die ein Land durch den geringeren Anstieg seiner Exportgüterpreise erlangt hat, nur durch eine entsprechende Verlangsamung auch des ausländischen Kosten- und

Preisniveauanstiegs wettgemacht werden. Die Möglichkeit, gegenüber dem Ausland nicht nur auf Unternehmens- und Branchenebene, sondern im gesamten Außenhandelsbereich gleichzeitig einen Wettbewerbsvorsprung zu erzielen, könnte den internationalen Stabilitäts- und Wachstumswettbewerb beleben. Ökonomisch sinnvoll und vertretbar ist diese Strategie allerdings nur dann, wenn der Mehrexport, der durch die Preis- und Lohnniveauzurückhaltung eines Landes ermöglicht wird, nicht dauerhaft durch Anhäufung von Devisenreserven oder andere Formen des staatlichen Kapitalexports oder durch staatlich subventionierten Kapitalexport ausgeglichen zu werden braucht.

Viertens hofft man, daß bei einer Verringerung der innergemeinschaftlichen Wechselkursänderungen die Kapitalbewegungen, die aus einer Verschiebung der Währungspräferenzen zu Lasten des Dollar resultieren, sich gleichmäßiger als bisher auf die verschiedenen Währungen verteilen können. Dazu könnte es kommen, wenn Paritätsänderungen zwischen den Mitgliedswährungen weitgehend auszuschließen wären, vor allem keine eindeutigen Erwartungen hinsichtlich der Richtung der Wechselkursentwicklung einzelner europäischer Währungen mehr aufkämen. Ist jedoch abzusehen, daß einige Mitgliedsländer längerfristig wesentlich mehr Geldwertstabilität erreichen werden als andere, würden ihre Währungen auch weiterhin die bevorzugten Fluchtwährungen sein.

Fünftens scheint die Vorstellung verbreitet, das geplante Europäische Währungssystem werde zur Lösung des Dollarproblems beitragen. Ein solcher Beitrag könnte darin bestehen, daß im Wettbewerb der Währungen entweder der Wechselkurs des Dollar durch eine entsprechende Politik der Vereinigten Staaten stabilisiert wird oder daß der Dollar — insbesondere in Europa — von den europäischen Währungen zurückgedrängt wird. Beides zusammen dürfte nicht gleichzeitig möglich sein. Welche Entwicklung sich einstellt, hängt von dem Verhalten der amerikanischen Geldpolitik ab, aber auch davon, ob es unter dem geplanten Währungssystem zu mehr Geldwertstabilität auf Dauer in Europa kommt. Schließlich und vor allem werden außerökonomische Gründe für das geplante Europäische Währungssystem geltend gemacht. Insbesondere angesichts der Beitrittsverhandlungen mit den drei südeuropäischen Ländern sei das Währungssystem dringend notwendig, um den politischen Zusammenhalt der Gemeinschaft zu stärken oder auch nur zu erhalten. Neue Impulse seien auch wegen der allgemeinen Unzufriedenheit mit der gemeinsamen Agrarpolitik erforderlich, die zu großer Europamüdigkeit führe. Stillstand in der politischen Integration bedeute in der gegenwärtigen Situation Rückschritt. Diese Argumentation setzt voraus, daß die Ausgestaltung und Wirkungsweise des neuen Systems einen Erfolg erwarten läßt.

347. Die Pläne für das neue Europäische Währungssystem haben auch Anlaß zu schwerwiegenden Sorgen gegeben.

Erstens: Es besteht die Befürchtung, der erhoffte Stabilisierungsdruck in Ländern mit noch hohen Inflationsraten könne nur dadurch erkauft werden, daß ein Anstieg der Inflationsraten in den anderen Ländern hingenommen wird. Zwar wird im Zusammenhang mit den Devisenmarktinterventionen, die erforderlich sind, um den Wechselkurs innerhalb der vereinbarten Bandbreiten zu halten, die Zentralbankgeldmenge in dem unter Abwertungsdruck stehenden Land verringert. Doch werden infolge der geplanten großzügigen Beistandsregelungen die Grenzen für die Interventionsmöglichkeiten eines Landes erst sehr spät wirksam, so daß von daher der Anreiz, die Zentralbankgeldmenge alsbald so zu begrenzen, daß es gar nicht oder nur zu geringfügigen Interventionen kommt, nicht groß genug ist. Die Erhöhung der Zentralbankgeldmenge, die aus den Interventionsverpflichtungen in dem Land resultiert, dessen Währung unter Aufwertungsdruck steht, kann von der betreffenden Zentralbank — zumal wenn sich die vorherrschenden Erwartungen auf eine Paritätsänderung richten —, nicht mehr neutralisiert werden, ohne daß der Wechselkurs die Bandbreiten erneut zu überschreiten tendiert und infolgedessen weiter interveniert werden muß, es sei denn, im Ausland werde die Zentralbankgeldmenge beträchtlich reduziert und damit die Erwartung einer Paritätsänderung erstickt. Sind die Interventionsregeln für die Mitgliedsländer symmetrisch, so wäre für die Gemeinschaft insgesamt auf Dauer eine Angleichung der nationalen Inflationsraten auf mittlerem Niveau zu erwarten. In der Tat kann, was die Stabilitätsländer angeht, eine Asymmetrie zugunsten von mehr Geldwertstabilität nur darauf beruhen, daß der Verlust von Devisenreserven (oder der Zwang zur Aufnahme von Devisenkrediten) kurz- und mittelfristig die Bereitschaft zur Ausweitung der Zentralbankgeldmenge in den betroffenen Ländern eher eingrenzt, als ein ständiger Devisenzustrom die Bereitschaft, die Geldmenge immerfort auszudehnen, in anderen Ländern zunehmen läßt.

Zweitens: Wenn auf irgendeine — bisher nicht erkennbare — Weise dafür Sorge getragen würde, daß die Länder mit geringen Preissteigerungsraten einem verstärkten Inflationsdruck nicht ausgesetzt werden, so würde die stabilste Währung im neuen Europäischen Währungssystem — wie schon im bisherigen Europäischen Währungsverbund — eine Führungsrolle übernehmen. Denn solange nicht im voraus verbindliche Absprachen über eine Harmonisierung der Geldpolitik getroffen werden, ist ein System fester Paritäten wie das geplante Europäische Währungssystem ohne eine Leitwährung auf die Dauer vermutlich schweren Belastungsproben ausgesetzt. Ohne eine Leitwährung bleibt unklar, welche Länder ihre Geldpolitik primär danach ausrichten müssen, daß sie ihre Währungsparität aufrecht erhalten können, und welches Land seine Geldpolitik primär unter dem Gesichtspunkt der Geldwertstabilisierung betreibt, was zur Funktionstüchtigkeit des gesamten Systems notwendig ist. Es wird daher befürchtet, daß das System des Europäischen Währungsverbundes nicht auf eine Gruppe von Ländern übertragen werden kann, die — wie die Europäische Gemeinschaft — mehrere politisch-ökonomisch etwa gleichgewichtige Partner einschließt.

Die Europäische Währungseinheit, wie sie bisher konzipiert wurde, löst das „Leitwährungsproblem" nicht.

Drittens: Wenn die Mitgliedsländer nicht bereit sind, die geld- und stabilitätspolitischen Verpflichtungen einer verringerten Wechselkursflexibilität uneingeschränkt zu erfüllen, so könnte ihre Neigung wachsen, den internationalen Kapitalverkehr weiter zu beschränken oder, soweit neue Barrieren nicht errichtet werden, den Abbau bereits bestehender Beschränkungen zu verzögern oder zu verhindern. Beschränkungen des Kapitalverkehrs stehen zweifellos nicht nur einer unter Produktivitäts- und Risikogesichtpunkten optimalen räumlichen Verteilung des Einsatzes knapper Ersparnisse im Wege, sie können auch den meist mit Direktinvestitionen verbundenen internationalen Technologietransfer und den internationalen Warenaustausch behindern. Zudem sind sie mit dem Ziel, eine Währungsgemeinschaft, ja letztlich eine Währungsunion zu errichten, nicht vereinbar.

Viertens: Es wird befürchtet, daß sich im geplanten Europäischen Währungssystem nur die kurzfristigen Fluktuationen der innergemeinschaftlichen Wechselkurse, nicht aber deren längerfristige Entwicklung verändern könnten und daß an die Stelle laufender Wechselkursänderungen wieder wenige abrupte Wechselkursänderungen treten würden. Die Marktteilnehmer wären durch die Fixierung von Paritäten und Bandbreiten dann nicht vor den — auf der nationalen geldpolitischen Autonomie beruhenden — Wechselkursrisiken geschützt, sondern über sie hinweggetäuscht worden.

Fünftens: Wegen des direkten Preiszusammenhangs über die Märkte besteht die Gefahr einer internationalen Inflationsübertragung in einem Festkurssystem auch dann schon, wenn die Devisenmärkte noch im Gleichgewicht sind. Die Bundesrepublik liefert fast die Hälfte ihrer Exporte in Länder der Europäischen Gemeinschaft. Entsprechend groß wäre ihre direkte Abhängigkeit von der Preisentwicklung in diesen Ländern, wenn mit dem Festkurssystem ernst gemacht wird.

Schließlich wird zu bedenken gegeben, daß ökonomische Konstruktionsfehler des neuen Systems auch die außerökonomischen Zielsetzungen gefährden müßten. Im Falle eines Scheiterns wäre die Chance eines währungspolitischen Neubeginns für Jahre vertan und die Idee der europäischen Integration aufs neue durch währungspolitische Fehler diskreditiert.

348. Die Befürchtung, daß das geplante Europäische Währungssystem die Bewahrung stabilitätspolitischer Erfolge einiger Mitgliedsländer erschweren oder gar unmöglich machen könnte, hängt mit der Erwartung zusammen, daß die Bedingungen, die stabilitätsbewußteres Verhalten aller Mitgliedsländer sichern würden, nicht hart genug sein möchten. Es sind die Bedingungen aufzuzeigen, unter denen dieser Sorge geringere Bedeutung beigemessen werden könnte.

349. Geht man davon aus, daß den Devisenreserven eines Landes und der Bereitschaft zur Aufnahme von Devisenkrediten wegen der Zinsbelastung engere Grenzen gesetzt sind als der Bereitschaft, Devisenreserven zu akkumulieren, so ist für die Härtung des Europäischen Währungssystems von besonderer Bedeutung, ob die Interventionsverpflichtung stets zweiseitig und symmetrisch oder in der Regel einseitig gilt. Werden die Bandbreiten unmittelbar zwischen den Währungen der Mitgliedsländer fixiert, so kann eine Währung nur dann an ihren Interventionspunkt gelangen, wenn gleichzeitig mindestens eine andere Währung den entgegengesetzten Interventionspunkt erreicht; die Interventionsverpflichtung ist daher grundsätzlich zweiseitig und symmetrisch. Da Beistandskredite und Devisenkredite am Markt mit der Zeit nur zu immer ungünstigeren Bedingungen zu erhalten sein werden, würde das Mitgliedsland, dessen Währung im Interventionsfall am stärksten nach unten von seiner Parität abweicht, auf Dauer seine Geldpolitik dem wechselkurspolitischen Zwang entsprechend verändern oder aber abwerten müssen. Werden die Bandbreiten gegenüber einer Korbwährungseinheit definiert (Korbsystem), so ist unsicher, ob auch nur dieser Anpassungsdruck immer wirksam wird. Denn in diesem Falle kommt es nur zufällig dazu, daß zwei Währungen gleichzeitig und entgegengesetzt an ihre Bandgrenze stoßen. Die Interventionsverpflichtung trifft — bei gleicher Bandbreite gegenüber der Korbparität für alle Währungen — immer nur das Mitgliedsland, dessen Währung sich am weitesten vom Gemeinschaftsdurchschnitt entfernt hat. Weicht etwa die Währung des Landes mit der geringsten Inflationsrate am stärksten vom Gemeinschaftsdurchschnitt ab, so ist für kein anderes Land, nicht einmal für das mit dem größten Geldwertschwund, ein Anreiz gegeben, seine Geldpolitik anzupassen, und zwar selbst dann nicht, wenn nur seine Währung von der intervenierenden Zentralbank aufgekauft würde; denn dieses Land wäre seinerseits nicht zu Interventionen verpflichtet. Allerdings: weicht die Währung des Landes mit dem höchsten Preisniveauanstieg am stärksten vom Gemeinschaftsdurchschnitt ab, so wäre allein die Zentralbank dieses Landes zu Interventionen verpflichtet. Das Risiko, einseitig intervenieren zu müssen, ist also im Prinzip für Länder mit schwächerer und Länder mit stärkerer Währung gleich groß. Solange die durchschnittliche Inflationsrate hoch ist, liegt darin allerdings kein Trost für die Bundesrepublik. Die Wahrscheinlichkeit, daß sie durch Interventionen D-Mark an den Markt geben muß, ist groß. Kern des Korbsystems ist es, daß der Währungs-Durchschnitt einen starken Anpassungsdruck auf eine abweichende Währung ausübt. Dies paßt zu dem Ziel, eine Konvergenz der Inflationsraten zu erreichen und damit Paritätsänderungen möglichst unwahrscheinlich zu machen. Es paßt nicht zu dem Ziel einer Konvergenz der Inflationsraten auf niedrigem Niveau. Neben dem reinen Korbsystem als Basis der Interventionsregeln gibt es vielfältige Möglichkeiten, durch ergänzende Vereinbarungen aus einem System der bilateralen Paritäten de facto ein Korbsystem zu machen. Unter

dem Gesichtspunkt der Härtung des Systems wären sie allesamt nachteilig.

350. Soll vermieden werden, daß das geplante Europäische Währungssystem zu einer erneuten Beschleunigung der Inflationsraten in anderen Mitgliedsländern führt, so müßte vor allem dafür Sorge getragen werden, daß die Mitgliedsländer mit hohem Geldwertschwund verpflichtet werden, ihre Geldpolitik anzupassen, bevor es noch zu Interventionen am Devisenmarkt kommt. Werden die verbindlichen Bandbreiten unmittelbar zwischen den Mitgliedswährungen fixiert, so könnten die zusätzlich vorgesehenen, engeren Kursbänder um die Korbparitäten die Funktion haben, für die Abweichungen der einzelnen Währungen von ihrer Parität nach unten unverbindliche Minimalkurse („Stabilisierungspunkte") zu markieren. Erreichte die Währung eines Mitgliedslandes diesen Stabilisierungspunkt, so hätte es Absprachen darüber zu treffen, inwieweit es seine Geldmengenpolitik verändern müßte, wenn bei nachfolgendem Erreichen eines unteren Interventionspunktes die symmetrischen Interventionen und der Anspruch auf den währungspolitischen Beistand erhalten bleiben sollen.

351. Kommt es zu Verkäufen am Devisenmarkt, könnte die Regel sein, daß diese in erster Linie durch die Aufnahme von Devisenkrediten an den privaten Geld- und Kapitalmärkten zu finanzieren sind. Diese Lösung hätte den Vorteil, daß so eine marktgerechte Verzinsung der Devisenkredite sichergestellt wäre. Beistandskredite vom Europäischen Währungsfonds brauchten nur eine sehr kurzfristige Laufzeit zu haben und könnten hauptsächlich dazu dienen, den Zeitraum zu überbrücken, der verstreicht, bis Devisenkredite am freien Markt beschafft sind. Auch für diese kurzfristigen Beistandskredite vom Europäischen Währungsfonds könnte eine marktgerechte Verzinsung vorgesehen sein. Eine stabilitätswidrige Geldpolitik würde dann nicht durch Subventionen belohnt.

352. Werden die Beistandskredite des Fonds in europäischen Währungseinheiten abgerechnet, so würde nur eine Sicherungsklausel für den Fall von Paritätsänderungen gewährleisten, daß die Empfängerländer nicht durch Abwertung ihrer Währung den Wert ihrer Verbindlichkeiten — ausgedrückt in Devisen — verringern können, sie sich aber bei einer Aufwertung der Währung eines anderen Landes nicht einer Erhöhung allfälliger Verbindlichkeiten in eigener Währung gegenübersehen. Eine solche Klausel müßte vorsehen, daß der Betrag einer ab- oder aufwertenden Währung, der in den zur Verrechnung verwendeten Währungskorb eingeht, entsprechend der Paritätsänderung erhöht oder verringert wird, so daß das Gewicht der Währung im Korb für Zwecke des Saldenausgleichs unverändert bleibt. In diesem Falle entspräche die Paritätsänderung gegenüber den einzelnen Währungen der Paritätsänderung gegenüber der Korbwährungseinheit.

353. Werden die offiziellen Beistandskredite in der Europäischen Gemeinschaft weiterhin subventioniert, so würden nur Vorkehrungen, die darauf hinauslaufen, daß die Kreditlinien möglichst knapp zu halten und Kredite nur unter strikten wirtschaftspolitischen Auflagen gewährt werden, gewährleisten können, daß dieser Liquiditätsspielraum das System nicht aufweicht.

354. Eine Härtung würde es bedeuten, wenn Devisenkredite des Europäischen Währungsfonds grundsätzlich in derselben Mitgliedswährung zurückzuzahlen wären, in der sie aufgenommen wurden. Damit würde sichergestellt, daß die Devisenmarktinterventionen nicht permanent, sondern nur für die Dauer des Kredits eine Erhöhung der Geldmenge im Geberland zur Folge haben.

355. Um die Überlebenschancen des geplanten Europäischen Währungssystems stünde es schlecht, wenn es nicht gelänge, eine Harmonisierung der Geldpolitik in der Gemeinschaft zu erreichen (JG 76 Ziffern 496 ff.). Sollten sich die von den Zentralbanken vereinbarten Zuwachsraten der Zentralbankgeldmenge als unvereinbar mit den fixierten Paritäten erweisen, so könnte eine asymmetrische Anpassungspflicht gelten derart, daß die Zentralbank des Landes, dessen Währung den Stabilisierungspunkt erreicht, — vorbehaltlich einer Paritätsänderung — verpflichtet wäre, mit den ihr zur Verfügung stehenden Instrumenten die Expansion der Zentralbankgeldmenge so stark zu reduzieren, wie notwendig erscheint, um die Währung innerhalb der Bandbreiten zu halten. Ein Land, dessen Währung einer Aufwertungstendenz unterliegt, wäre dagegen nur dann verpflichtet, das vereinbarte und vorangekündigte Geldmengenziel zu überschreiten, wenn die gewogene Aufwertung gegenüber seinen Haupthandelspartnern in der Welt die entsprechenden Unterschiede in den Inflationsraten so erheblich überstiege, daß mit einiger Sicherheit auf eine unerwartete Änderung der Neigung zur Kassenhaltung in seiner Währung geschlossen werden könnte. Ein derartiger Anpassungsmechanismus würde es erlauben, allfälligen Verschiebungen der internationalen Währungspräferenzen geldpolitisch Rechnung zu tragen (Ziffern 403 ff.).

356. Die Wahrscheinlichkeit, daß das neue System erfolgreich ist, dürfte zunehmen, wenn die Anzahl der Mitglieder zu Anfang klein ist und dann allmählich erhöht wird. Je mehr Mitglieder am Anfang dabei sind, desto höher ist zunächst der Durchschnitt und die Streuung der Inflationsraten für die Gruppe und desto weiter der Weg, den die Länder mit den höchsten Inflationsraten zurücklegen müssen, um der Geldwertstabilität nahe zu kommen. Treten dagegen zunächst nur wenige der Länder, die aus dem Europäischen Währungsverbund ausgeschieden sind, dem neuen System bei, so ist die Chance, daß die Rückkehr zur Stabilität gelingt, größer und die Gefahr, daß sie eine Erhöhung der durchschnittlichen Inflationsrate in den Ländern des Währungsverbundes bewirken werden, geringer. Je größer dann allmählich der Stabilitätsblock würde, um so größer

würde auch seine Assimilationskraft in bezug auf weitere Mitglieder.

357. Soll die Fixierung von Paritäten dazu dienen, die Wechselkurserwartungen zu stabilisieren und somit die Währungsspekulation zu dämpfen, so darf es nicht zu häufigen Paritätsänderungen kommen. Dennoch hätte es keinen Sinn, Paritätsanpassungen zu verzögern oder gar zu unterbinden, wenn deutlich wird, daß eine Harmonisierung der Geldpolitik nur um den Preis höherer Inflationsraten in den stabilitätsorientierten Mitgliedsländern oder um den Preis einer überstürzten Stabilisierung und eines vermeidbaren Beschäftigungseinbruchs in den anderen Mitgliedsländern möglich ist. Gelingt die Harmonisierung der Geldpolitik nicht, so hat es wenig Sinn zu versuchen, die Bandbreiten mit Hilfe verstärkter Devisenmarktinterventionen einzuhalten. Die Gefahr, daß dies dennoch geschieht, darf man gleichwohl gerade in der Bundesrepublik nicht gering einschätzen. In dem geplanten Währungssystem wäre das Interventionspotential selbst bei restriktiven Regeln hinsichtlich des währungspolitischen Beistandes so enorm groß, daß die Bundesbank kaum hoffen könnte, ihre geldpolitische Grundlinie mit Hilfe kompensierender geldpolitischer Maßnahmen durchhalten zu können, wenn auch nur ein größerer Teil dieses Potentials im Zusammenhang mit der Erwartung einer wolbegründeten Änderung der D-Mark-Parität in Bewegung geriete. Für die Möglichkeit, in solchen Fällen rechtzeitig, nach Möglichkeit sogar vorbeugend die Parität ändern zu können, müßte ausreichender Spielraum gewährleistet bleiben.

358. Daß dieser Spielraum gegeben sein wird und rechtzeitig genutzt wird, versteht sich nicht von selbst. Zu den geplanten Regelungen soll gehören, daß Paritätsänderungen nur im Einvernehmen der Partner des Europäischen Währungssystems vorgenommen werden dürfen. Dies würde zumindest de facto eine Änderung der deutschen Geldverfassung bedeuten. Zwar gibt es eine entsprechende, unauffällig zustande gekommene Vorschrift auch schon im Europäischen Währungsverbund. Sie hat dort jedoch eine weniger einschnürende Bedeutung, da das Gewicht der Bundesrepublik in der Gruppe der Länder des Europäischen Währungsverbundes groß ist.

Eine Änderung der deutschen Geldverfassung bedeutete es auch, wenn über vielfältige Detailregelungen zur Interventionspflicht der Bundesbank und zur Unterordnung der deutschen Geldpolitik unter die Erfordernisse einer Aufrechterhaltung bestimmter Wechselkurse die geldpolitische Verantwortung der Organe der Deutschen Bundesbank ausgehöhlt würde. Die quasi-gesetzgeberische Tätigkeit der Organe der Europäischen Gemeinschaft erlaubte es, hier schrittweise Veränderungen vorzunehmen, die je für sich wenig bedeutend erscheinen mögen, die im ganzen jedoch die Grundlage der Stabilitätspolitik in der Bundesrepublik einschneidend verändern können.

Sehen muß man auch, daß das Europäische Währungssystem die Verteilung der Gewichte in der Stabilitätspolitik auf Kosten der autonomen Bundesbank und zugunsten der Bundesregierung verschieben würde. Denn die Kompetenz für Entscheidungen über Paritätsänderungen und damit über Änderungen der Interventionspflicht der Bundesbank läge bei der Bundesregierung. Wer diese Kompetenz hat, kann im Konfliktfall letztlich die Grundlinie der Geldpolitik in all den Fällen bestimmen, in denen ein Devisenzustrom oder ein Devisenabstrom bei unveränderter Währungsparität die Grenzen einer autonomen Geldpolitik markiert. Insoweit bedeutete die Gründung des Europäischen Währungssystems eine Rückkehr zu den Bedingungen der 1973 aufgekündigten Weltwährungsordnung.

Zur Weiterentwicklung des Europäischen Währungssystems

359. Die Schaffung einer Europäischen Währungseinheit, die von den Mitgliedszentralbanken als internationales Reserveaktivum gehalten wird, ist für das Funktionieren des neuen Wechselkurssystems nicht wesentlich oder erforderlich. Man mag daher in der neuen Währungseinheit in erster Linie einen Ansatzpunkt für eine später zu schaffende Gemeinschaftswährung sehen. Diese Möglichkeit scheidet im Prinzip auch dann nicht aus, wenn das Ziel, die Wechselkurse zwischen den Mitgliedswährungen zu stabilisieren, nicht erreicht wird. Zu erörtern ist, was in dieser Entwicklungslinie, beginne man damit nun früher oder später, angelegt ist und wie sich eine allmähliche zunehmende Verwendung der Europäischen Währungseinheit in das vorgesehene Wechselkurssystem einfügen könnte.

360. Soll die Europäische Währungseinheit überhaupt private Geldfunktionen übernehmen, so legen die Erfahrungen mit Währungskorbeinheiten auf den internationalen Kapitalmärkten allerdings den Schluß nahe, daß ihr dies in ausreichendem Maße nur gelingen würde, wenn sie gleichzeitig alle drei klassischen Geldfunktionen (Wertmaßstab, Wertaufbewahrungsmittel, Zahlungsmittel) erfüllen darf.

361. Eine Währungsunion zwischen verschiedenen Ländern ist dann verwirklicht, wenn ein System unverrückbar fester Wechselkurse ohne Bandbreiten (Wechselkursunion) verbunden mit der Freiheit des Kapitalverkehrs (uneingeschränkte Konvertibilität) zwischen ihnen besteht oder in allen beteiligten Ländern nur eine Währung (Einheitswährung) umläuft. Der Unterschied zwischen einer Wechselkursunion und einer Einheitswährung besteht darin, daß in einer Wechselkursunion Unsicherheit hinsichtlich der Unverrückbarkeit der Wechselkurse bestehen bleiben kann, solange noch jedes Land eine eigene Währung besitzt. Meinen es die Länder der Europäischen Gemeinschaft ernst mit dem Ziel der Errichtung einer Währungsunion, so wäre es daher zweckmäßig, wenn sie sich zur Schaffung einer Gemeinschaftswährung entschlössen, die die bisherigen nationale Währungen vollständig ersetzte (Einheitswährung). Offen wäre dann allerdings noch, ob der Übergang zu einer Gemeinschaftswährung abrupt oder allmählich erfolgen sollte. Für den Weg eines

allmählichen Übergangs gibt es durchaus gute Gründe:

— Widerstände gegen die Währungsunion und die Verwendung einer Gemeinschaftswährung ließen sich mildern, wenn ein solcher Integrationsprozeß über eine Reihe von Jahren verteilt wäre.

— Die Wirtschaftspolitik in einzelnen Ländern stände bei einem zeitlich gestreckten Prozeß der Währungsintegration weniger vor der Notwendigkeit, um einer deswegen etwa für erforderlich gehaltenen Stabilisierung der Altwährung willen eine Stabilisierungskrise in Kauf nehmen zu müssen. Die Beteiligten in allen Ländern könnten sich auf die Währungsvereinigung einstellen und sich auf dem Weg dahin zunehmend der neuen — möglichst stabilen — Gemeinschaftswährung bedienen.

— Die gegenwärtig in den jeweiligen nationalen Währungen bestehenden Forderungen und Verbindlichkeiten müssen bei einer allmählichen Währungsvereinigung nicht auf die neue Gemeinschaftswährung umgestellt werden, sondern können weitgehend in der Übergangszeit auslaufen. Für den Gesetzgeber vermindert sich insoweit die Entscheidungslast und der Ermessensspielraum hinsichtlich der erforderlichen Anpassung bei einer Währungsumstellung, namentlich der Umstellung bei den Zinsen, die ja mehr oder weniger vollständig die Inflationsrate einer Volkswirtschaft einschließen.

362. Der Prozeß einer allmählichen Währungssubstitution könnte durch die wirtschaftspolitischen Instanzen oder durch den Markt gesteuert werden. Für eine marktwirtschaftliche Lösung gibt es gute Gründe. Die Gemeinschaftswährung würde sich als erstes bei jenen durchsetzen, die am intensivsten nach Schutz vor dem Wertverfall und dem Inflations- und Wechselkursrisiko ihrer nationalen Währung verlangen. Sie würde sich weiterhin dort ausbreiten, wo Geld- und Wechselkursillusion kaum oder gar nicht mehr vorhanden ist und wo die nationale Geld- und Wechselkurspolitik somit ihre Wirkung auf das Beschäftigungsniveau bereits weitgehend oder ganz verloren hat. Sie könnte schließlich einen Automatismus in Gang halten und dafür sorgen, daß nicht immer wieder politische Entscheidungen auf dem Weg zur Einheitswährung notwendig werden. Eine Abdankung der nationalen Geldpolitik brauchte dies keineswegs zu bedeuten. Während der politische Handlungsbedarf minimiert würde, wären die politischen Handlungsmöglichkeiten, dem Abwahlprozeß entgegenzuwirken oder ihn zu steuern, nach wie vor gegeben. Die nächstliegende Maßnahme in dieser Hinsicht wäre eine Geldpolitik, die die Inflationsrate der nationalen Währung senkt.

363. Der Ecu würde, sorgt man für dessen Stabilität, nicht nur mit den nationalen EG-Währungen konkurrieren können, sondern auch mit anderen Währungen; hierbei ist besonders an den Dollar, namentlich den Eurodollar, zu denken. Angesichts der ungelösten Dollarprobleme könnte dies für die EG-Mitgliedsstaaten sogar ein Grund sein, die Schaffung einer Gemeinschaftswährung zu befürworten. Um zu verhindern, daß eine Verschiebung der Währungspräferenzen vom Dollar zum Ecu zu einer unbeabsichtigten Abwertung der amerikanischen Währung führt, würde das Dollarangebot von den Vereinigten Staaten entsprechend der Verringerung der Dollarnachfrage gedrosselt werden müssen.

Gleichviel ob es dazu kommt oder nicht, daß die Ausweitung des Dollarangebots aus diesen Gründen gebremst wird, würde eine Verschiebung der Währungspräferenzen vom Dollar zum Ecu einen realen Transfer über den Leistungsverkehr von den Vereinigten Staaten zur Europäischen Gemeinschaft erforderlich machen.

Wird ein Verfall des Dollarkurses zugelassen, so werden Dollarbestände in der Welt aufgelöst, gleichsam in die Vereinigten Staaten repatriiert, und es kommt im Zusammenhang mit einer deutlichen Verschlechterung des Verhältnisses der amerikanischen Exportpreise im Verhältnis zu den Importpreisen alsbald zu diesem Realtransfer. Der Realtransfer wird über einen längeren Zeitraum gestreckt, wenn durch eine Verknappung des Dollarangebots von seiten der Vereinigten Staaten oder durch eine Erhöhung des Ecu-Angebots in Europa der Zins für amerikanische Wertpapiere im Verhältnis zum Zins für europäische Wertpapiere so stark steigt, daß Kapitalanleger veranlaßt werden, Dollarpositionen zu halten oder neu aufzubauen. Die insoweit erhöhten amerikanischen Zinszahlungen an das Ausland müßten dann in Zukunft durch erhöhte Exporte amerikanischer Güter und Dienstleistungen verdient oder durch verminderte Importe eingespart werden.

364. Soll die Einführung einer Europäischen Währung überhaupt sinnvoll sein, so müßte frühzeitig eine europäische Geldverfassung beschlossen werden, die Gewähr dafür böte, daß der Währungszusammenschluß Europa nicht zu einer Inflationsgemeinschaft macht. Die Aussicht, daß der Ecu sich zu einer stabilen Einheitswährung entwickelt, würde seine Attraktivität schon während der Phase des Währungswettbewerbs erhöhen. Wäre eine solche Aussicht nicht begründet, so könnte der Ecu, wenn überhaupt, nur als private Rechnungseinheit Verbreitung finden — und auch dies nur, wenn er den Mitgliedswährungen in dieser Funktion gleichgestellt würde.

365. Nimmt man den Plan für ein Europäisches Währungssystem, die Ziele auf kurze und auf längere Sicht, die sich mit ihm verbinden, die Probleme, die aus seiner Realisierung erwachsen können, noch einmal im ganzen ins Bild, so ist deutlich zu sehen, daß der Plan auf die Vorstellung hin angelegt ist, die Bedingungen für eine Harmonisierung der Wirtschaftspolitik in Europa würden sich durchgreifend ändern lassen. Diese Vorstellung hat wenig Deckung durch die Erfahrung. Die Erfahrungen mit dem Werner-Plan Anfang der siebziger Jahre legen Skepsis nahe. Inzwischen hat man zwar hinzulernen können. Von den internationalen Unterschieden im Inflationstempo her ist die Ausgangssituation aber

eher schlechter als damals. Das Europäische Währungssystem wird die Bedingungen für seinen Erfolg auch nicht einfach aus sich selbst heraus hervorbringen. So ist sehr viel auf die Zuversicht der Politiker gestellt, die Bedingungen für einen Erfolg noch schaffen und dann erhalten zu können.

Unabhängig von der Frage, ob ein Teil der Partnerländer ein Wechselkurssystem bei Konvergenz der Inflationsraten auf mittlerem Niveau zum Ziele haben könnte, muß man wohl für realistisch halten, daß die Länder, die noch hohe Inflationsraten haben, ihr Risiko in der Gemeinschaft vorläufig vor allem als ein Beschäftigungsrisiko ansehen und ihrerseits für zumutbar halten, daß umgekehrt die Länder mit niedriger Inflationsrate bereit sind, ein Geldwertrisiko einzugehen. Richtig ist: Im Erfolgsfalle werden alle gewinnen, nicht zuletzt bei Wachstum und Beschäftigung. Und ohne Risiko ist auch die Chance möglicherweise nicht zu haben. Aber es handelt sich um ein Risiko besonderer Qualität. Der hohe Rang des Ziels der Geldwertstabilität gehörte zu den grundlegenden Bedingungen, unter denen die Wirtschaft der Bundesrepublik entstand und Erfolg hatte. Soll es bei diesem hohen Rang bleiben, so müßte das Europäische Währungssystem von vornherein auf einen Konsens der Partner gegründet sein, daß Politik zur Wahrung der Geldwertstabilität den Rang einer Spielregel hat. Der neue Anlauf zu mehr europäischer Integration mag vielfältige Formen erhöhter Solidarität unter den Partnern verlangen. Ausdrücklich sollte gelten, daß Solidarität auf Kosten des Geldwerts nicht verlangt werden darf.

VIERTES KAPITEL

Angetriebene Konjunktur

I. Die stabilitäts- und wachstumspolitische Situation

366. Nach dem Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung soll der Sachverständigenrat untersuchen, „wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können".

Zu den Zielen

367. Die wirtschaftliche Entwicklung wird im Jahre 1979 wahrscheinlich befriedigender verlaufen als im Jahre 1978. Es zeichnet sich auch ein allmählicher Anstieg der Beschäftigung ab, der wenigstens die Hoffnung nährt, daß Arbeitslosigkeit in Millionenhöhe kein Dauerproblem bleiben wird. Gleichwohl werden in den nächsten Jahren noch große beschäftigungspolitische Anstrengungen nötig sein. Denn die konjunkturelle Belebung ist bislang zu wesentlichen Teilen bestimmt von den Wirkungen staatlicher Anregungsmaßnahmen. Getragen wird die Expansion in erster Linie durch die binnenwirtschaftliche Nachfrage. Zum ersten Mal in der Nachkriegszeit ist eine konjunkturelle Erholung ohne den Sog der Auslandsnachfrage, ja sogar unter widrigen außenwirtschaftlichen Umständen in Gang gekommen. Unsicher ist noch, wie die privaten Investoren auf einen solchermaßen veränderten Ablauf der Konjunktur reagieren werden. Zwar sind die Finanzierungsmöglichkeiten günstig und die Investitionsbedingungen durch Steuerrechtsänderungen verbessert worden, aber erst im Laufe des nächsten Jahres muß sich zeigen, ob die Unternehmen soviel Eigennachfrage, für Investitionen und Vorräte, entfalten werden, wie für einen stetigen Anstieg der Beschäftigung notwendig erscheint. Vom Preisklima her werden sich die Gewinnmargen in vielen Bereichen kaum erhöhen lassen, vor allem dort nicht, wo der internationale Wettbewerb scharf bleibt und mögliche neue Preisauftriebstendenzen in Schach halten wird. Ein inflationärer Anstieg von Preisen und Kosten kann vermieden werden.

368. Trotz der zu erwartenden Besserung am Arbeitsmarkt, wird das Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes wiederum am stärksten verletzt sein. Eine Rückkehr zur Vollbeschäftigung wird Zeit beanspruchen. Auf verbesserte Beschäftigungschancen warten die Arbeitslosen und eine zunehmende Zahl von Berufsanfängern. Außerdem gibt es nach wie vor viele, die dann wieder nach Arbeit drängen, wenn dies mehr Erfolg als jetzt verspricht. Die Arbeitslosen einzugliedern wird schwieriger, weil die Problemgruppen unter den Arbeitslosen größer werden. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit nimmt zu. Qualifizierte Arbeitskräfte, insbesondere Facharbeiter, haben dagegen wenig Schwierigkeiten, einen Arbeitsplatz zu finden. Auch regionale Unterschiede treten immer mehr hervor. In Regionen des Bundesgebietes, die ihre Produktionsstruktur vor allem auf solche Güter ausgerichtet haben, die auf den inländischen und ausländischen Märkten gut abzusetzen sind, liegt die Arbeitslosigkeit bei weniger als 2,5 vH; auch viele von den Arbeitslosen, die anderswo als schwer vermittelbar gelten, sind dort anscheinend wieder in Arbeit. In weniger wettbewerbsfähigen Regionen liegt die Arbeitslosigkeit weit über dem Bundesdurchschnitt.

369. Obwohl es ernstzunehmende Probleme struktureller Arbeitslosigkeit gibt, kann von einer Erstarrung des Arbeitsmarktes nicht die Rede sein. Schon seit 1976 finden ebenso viele Personen, die einen Arbeitsplatz verlieren oder aufgeben, wieder einen neuen Arbeitsplatz. Im Jahre 1977 waren das fast sechs Millionen Arbeitnehmer, davon wurden 2,3 Millionen vom Arbeitsamt vermittelt. Das anhaltende Ungleichgewicht am Arbeitsmarkt stammt aus den Jahren 1974 und 1975, als erheblich mehr Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verloren, als neu eingestellt wurden. Eine Umkehr dieser Entwicklung steht noch aus. Um das Ungleichgewicht zu beseitigen, müssen in großer Anzahl neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Alle Anstrengungen, die Investitionsneigung weiter zu festigen, dürfen deshalb nicht nachlassen. Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik können hier keinen Ersatz schaffen, sondern haben flankierende Bedeutung.

370. Die jüngste Belebung der Nachfrage birgt die Chance in sich, das Wachstum des Produktionspotentials wieder anzuregen. In den letzten Jahren sind Ersatzinvestitionen zurückgestellt worden, die allmählich nachgeholt werden dürften. In der Regel erhöhen auch Ersatzinvestitionen die Kapazität. Es kommt aber vor allem darauf an, daß die Unternehmen Mut fassen, in neuen Aufgabenbereichen zu investieren, so daß daraus eine Dynamik entsteht, die dann auch Erweiterungsinvestitionen in der Breite nach sich zieht. Ziel muß es sein, die Wachstumsrate des Produktionspotentials, die gegenwärtig etwa 3 vH beträgt, zumindest für einige Jahre deutlich zu erhöhen. Anders kann die gegenwärtige und künftige Nachfrage nach Arbeitsplätzen nicht befriedigt werden. Es geht dabei nicht um Wachstum

an sich oder um jeden Preis, sondern darum, den Arbeits- und Erwerbswünschen der Bevölkerung ausreichend Chancen einzuräumen. Das wird vermutlich nicht auch einen beschleunigten Anstieg des Einkommens je Beschäftigten bedeuten. Die Wirtschaft muß vielmehr in die Breite wachsen. Durchaus wahrscheinlich ist, daß das Einkommen je Kopf in Zukunft langsamer wachsen wird als in der Vergangenheit.

371. Als eindrucksvollen Erfolg kann die Wirtschaftspolitik die weitgehende Stabilisierung des Preisniveaus buchen. Die Preissteigerungsraten haben die niedrigsten Werte seit Ende der sechziger Jahre erreicht. Dem Ziel eines stabilen Preisniveaus ist die Bundesrepublik recht nahe gekommen, zumal man berücksichtigen muß, daß bei der Messung des Preisniveaus nicht alle Qualitätsverbesserungen erfaßt werden können. Auch soweit die Erhöhung des Preisniveaus auf einer Anhebung der Mehrwertsteuer beruht, darf in ihr nicht ohne weiteres eine Inflationskomponente gesehen werden (JG 74 Ziffer 391). Die letzte Strecke bis zur Geldwertstabilität ist vermutlich nur langsam zurückzulegen.

Dem Stabilisierungsprozeß kam im Jahre 1978 zugute, daß die Ernte außerordentlich günstig ausfiel und die rasche Aufwertung die Einfuhr verbilligte. Aber auch wenn diese günstigen Bedingungen das Jahr 1979 über nicht anhalten, und in einzelnen Bereichen mit einem erheblich verstärkten Preisanstieg gerechnet werden muß, kann der Stabilisierungserfolg bewahrt werden, wenn die Wirtschaftspolitik wachsam bleibt. Die Gefahr, daß es im ganzen ungünstiger kommt, ist jedoch nicht von der Hand zu weisen. Risiken für den Geldwert lauern an vielen Stellen. Vor allem von der Ausgestaltung des geplanten europäischen Währungssystems wird es abhängen, ob die Bundesrepublik ihren Stabilisierungserfolg dauerhaft verteidigen kann.

372. In den letzten Jahren ist das Tempo des Stabilisierungsprozesses vor allem von der Höherbewertung der D-Mark bestimmt worden. So sehr einerseits diese rasche Rückkehr zu mehr Geldwertstabilität erwünscht war, so sehr muß man für wahrscheinlich halten, daß der Prozeß nicht ohne Friktionen ablief. Lohnerhöhungen wurden jedenfalls mehrmals vor dem Hintergrund der Erwartungen über eine Preisniveausteigerung vereinbart, die sich im nachhinein als zu hoch erwiesen. Nachdem der Stabilisierungsprozeß ziemlich weit fortgeschritten ist, mag es den Akteuren an den Devisenmärkten weniger lukrativ erscheinen, mit ihren Erwartungen den binnenwirtschaftlichen Faktoren des Stabilisierungsprozesses voranzueilen und diesen damit zu forcieren. Die Erfolgsbedingungen für eine am Beschäftigungsziel orientierte Politik der Kostendämpfung im Innern würde dadurch besser werden (Ziffern 300 ff.).

373. Das Ziel des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts ist gegenwärtig nicht gefährdet. Das muß auch nicht befürchtet werden, solange die Wechselkurse überwiegend flexibel sind und die Volkswirtschaft sich des Vertrauens ihrer Partner sicher sein kann. Trotzdem ist die heimische Wirtschaftsentwicklung in diesem Jahr wiederholt von außen gestört worden. Für die Zukunft sind ähnliche Gefahren nicht auszuschließen. Die Bundesbank sah sich mehrmals veranlaßt, zugunsten des Dollar zu intervenieren, und mußte in erheblichem Umfang Devisen aus dem Markt nehmen, um die Währungen von Ländern des Europäischen Währungsverbundes zu stützen. Das Überschreiten des Geldmengenziels hat im wesentlichen außenwirtschaftliche Ursachen. Die Höherbewertung der D-Mark auf den Devisenmärkten sicherte ihren inneren Wert, aber nur um den Preis einer unerwarteten Ertragsschmälerung in den Wirtschaftsbereichen, die der internationalen Konkurrenz ausgesetzt sind. Mit weniger als 1 vH des Bruttosozialprodukts übersteigt der Leistungsbilanzüberschuß keinesfalls einen Wert, den man für ein entwickeltes Industrieland, von dem man einen langfristigen Kapitalexport erwarten kann, als normal ansehen mag. Daß der Leistungsbilanzüberschuß in diesem Jahr nicht durch einen langfristigen Kapitalexport gedeckt ist, muß im Zusammenhang mit den spekulativen Einflüssen auf den Devisenmärkten gesehen werden.

374. Im weltwirtschaftlichen Rahmen stellt sich die Bundesrepublik neben der Schweiz als eine Stabilitätsinsel dar; sie ist aber offenbar ebensowenig wie andere Länder in der Lage, die Arbeitslosigkeit rasch zu beseitigen. Weltwirtschaftliche Spannungen ergeben sich daraus, daß zwei so wichtige Welthandelsländer wie die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik mit unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Konzeptionen versuchten, ihre Beschäftigungsprobleme zu lösen. Die Vereinigten Staaten haben beschäftigungspolitische Erfolge verzeichnen können, aber nur um den Preis einer Inflationsbeschleunigung, deren interne und externe Folgen jetzt einen Restriktionskurs unausweichlich machen. Die Bundesrepublik suchte nach einem inflationsfreien Weg zur Vollbeschäftigung, der länger und mühsamer ist, aber die Chance birgt, daß am Ende ein dauerhafter Erfolg steht. Gleichwohl sah sich die Bundesrepublik dem Drängen ihrer Partner ausgesetzt, für mehr Nachfrage im Innern und damit auch nach außen zu sorgen. Sie hat sich bemüht, diesem Drängen auf der Bonner Weltwirtschaftskonferenz bis an die Grenze ihrer eigenen Grundsätze entgegenzukommen. Das Dollar-Problem läßt sich auf diese Weise freilich nicht lösen. Es ist zu tief verwurzelt in den inneren Bedingungen der amerikanischen Volkswirtschaft. Seine Auswirkungen erweisen sich immer mehr als Wachstumshemmnis, auch für die deutsche Wirtschaft, die als Fliehburg für fremde Währungen überfordert ist, weil sie mit ihrem eigenen Kostenniveau schon genug zu kämpfen hat.

Zur Grundlinie

375. Nach der Hektik der vergangenen Jahre muß die Wirtschaftspolitik zu mehr Konstanz zurückfinden. Einen weiteren Handlungsbedarf für die Konjunkturpolitik sehen wir nicht. Bis weit ins Jahr

1979 hinein wird die konjunkturelle Erholung durch Impulse der Finanzpolitik gefördert werden. Dann muß sich erweisen, ob die Konjunktur auch ohne staatliche Stützen auskommen kann. Im Jahre 1976 hatte sich gezeigt, daß die Auftriebskräfte im privaten Bereich den Aufschwung nicht tragen konnten, als der Staat sich zurückzog. Seither sind die Angebotsbedingungen in zahlreichen kleinen Schritten verbessert worden, aber noch ist nicht sicher, daß der Boden für ein spontanes Wachstum genügend vorbereitet ist. Die Wirtschaftspolitik darf nicht davon ablassen, die Wachstumsbedingungen weiter zu verbessern. Das ist auch dann nicht falsch, wenn der Aufschwung kräftiger ausfallen sollte, als gegenwärtig abzusehen ist.

376. Die weltwirtschaftliche Konstellation erlaubt gegenwärtig nicht, darauf zu setzen, daß vom Export her der Aufschwung schon bald unterstützt werden wird. So sind es vor allem die vom Binnenmarkt abhängigen Bereiche, von denen die Eigendynamik kommen muß. Mit einer realen Expansion, wie sie in Tempo und Struktur jetzt angelegt ist, würde die Bundesrepublik auch einen nennenswerten Beitrag zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme ihrer Handelspartner leisten. Vermehrte Einfuhren der Bundesrepublik erhöhen das Einkommen in den Partnerländern, vergrößern deren Importkapazität und damit die Exportchancen der deutschen Wirtschaft. Wenn die Partnerländer ihrerseits ihre günstigeren Ausgangsbedingungen wahren und nutzen, dann könnte sich durch eine wechselseitige Verstärkung schließlich auch die internationale Konjunkturlage wieder bessern. Die Weltkonjunktur muß dabei stärker von den europäischen Ländern getragen werden, weil die Vereinigten Staaten zu Stabilisierungsanstrengungen genötigt sind, und sie daher weniger als in den vergangenen Jahren die Weltkonjunktur stützen werden.

377. Nutzen kann die Bundesrepublik ihre Exportchancen freilich nur, wenn die Exportwirtschaft nicht an Leistungsfähigkeit verliert. Aus dem weltwirtschaftlichen Strukturwandel — den starken Änderungen der Wechselkurse und dem Vordringen von Entwicklungsländern auf den Märkten der traditionellen Industrieländer — hat sich ein starker Druck auf die Exportbereiche ergeben. Wenn sie im internationalen Wettbewerb nicht Boden verlieren wollen, sind weitere Anstrengungen um Neuerungen erforderlich und eine stärkere Orientierung auf solche Produkte, die ein reiches Industrieland wie die Bundesrepublik mit hochqualifizierten Arbeitskräften auch bei hohem Lohnniveau wettbewerbsfähig produzieren kann. Dies geht nicht von heute auf morgen und würde durch eine zurückhaltende Lohnpolitik erleichtert werden. Mit dem Druck auf die Exportbereiche ging zunächst ein Teil der Dynamik verloren, die früher so häufig von der Exportwirtschaft ausgegangen war. Der Staat ist mit expansiven Haushalten und nach und nach mit mehr wachstumspolitischen Maßnahmen in die Bresche gesprungen.

378. Auf mittlere Sicht läßt sich diese Rolle des Staates jedoch nicht festschreiben. Wir haben an anderer Stelle dargelegt, welche Probleme aus einer auf Dauer erhöhten staatlichen Kreditaufnahme erwachsen können (Ziffern 305 ff.). Defizite der gegenwärtigen Größenordnung gewinnen ihre Rechtfertigung aus der Notwendigkeit, in der Phase des Übergangs, auch des Übergangs zu einem stärker binnenwirtschaftlich getragenen Wachstum, für Impulse zu sorgen. Mit fortschreitender konjunktureller Erholung muß sich der Staat wieder zurückziehen, damit die aufkommende Dynamik der Privatwirtschaft sich entfalten kann. Von der Finanzpolitik, nicht nur der des Bundes, wird Augenmaß verlangt. Baut der Staat seine stützenden Impulse zu schnell ab, könnte daraus erneut eine Konjunkturbremse werden. Zieht er sich nicht schnell genug zurück, könnte er den Spielraum für private Aktivitäten einengen und damit als Wachstumsbremse wirken. Maßgebend für den konjunkturpolitischen Rückzug des Staates könnte die Entwicklung der Unternehmensinvestitionen sein. Deren Anstieg kann als Indiz dafür gelten, in welchem Maße sich die Eigendynamik der Wirtschaft festigt.

379. Bei der Festlegung des finanzpolitischen Kurses erscheint es ratsam, die wachstumspolitischen Anstrengungen weiter zu verstärken. Das heißt nicht, daß wir neue Programme für angezeigt hielten. Mehr Klarheit über die künftige Struktur der Besteuerung zu schaffen, ist möglicherweise wichtiger, als umgehend noch die eine oder andere Steueränderung zu beschließen. Auf der Ausgabenseite erscheint es im Interesse des wirtschaftlichen Wachstums ratsam, den Ausgaben, die geeignet sind, die Anpassung von Unternehmen und Arbeitnehmern an den Strukturwandel zu fördern, höheren Rang zu geben. Eine neue Dynamik des Investierens ist angesichts der drängenden Beschäftigungsprobleme unabdingbar. Dort wo der Staat die Neuerungstätigkeit der privaten Wirtschaft wirksam unterstützen kann, sollte er nicht zögern. Zögern sollte er dagegen bei Ausgaben, die von ihm zur Erhaltung einer überkommenen Produktionsstruktur gefordert werden. Die Flucht nach vorne zu finanzieren, ist hier im Zweifel billiger als die Verteidigung von Produktionsbereichen, die im Strukturwandel auf Dauer nicht überleben können. Notleidende Bereiche sollten nur noch vom Staat unterstützt werden bei Maßnahmen, mit denen sie ihr Produktionsprogramm neuen Marktbedingungen anpassen, wobei weiterhin als Grundsatz gelten müßte, daß der Staat nicht mit in die unternehmerische Verantwortung eintreten soll.

380. Damit die Unternehmen in Zukunft auch risikobehaftete Investitionschancen in größerem Maße nutzen können, brauchen sie eine ausreichende Eigenkapitalausstattung. Im längerfristigen Trend ist der Anteil des Eigenkapitals am eingesetzten Kapital erheblich zurückgegangen (Ziffer 57). Eine normale Kapitalstruktur läßt sich zwar kaum bestimmen, doch die zu beobachtende Entwicklung stützt wohl die verbreitete These, daß die Eigenkapitaldecke heute zu dünn sei, als daß es möglich

wäre, einen hohen Anteil riskanter Investitionen zu tätigen. Die Bereitschaft zu mehr risikobehafteten Investitionen wäre jedoch zur Wiedererlangung der Vollbeschäftigung nötig.

Den Möglichkeiten der Selbstfinanzierung über höhere Gewinne sind vom verschärften Wettbewerb und von den Einkommensansprüchen der Arbeitnehmer her Grenzen gezogen. So würde es in hohem Maße darauf ankommen, daß sich die Unternehmen über Außenfinanzierung genügend Eigenkapital beschaffen können. Da aber die Gewinne letztlich auch über die Attraktivität der Unternehmen für Anleger entscheiden, die dem Unternehmen Eigenkapital im Wege der Außenfinanzierung zur Verfügung stellen könnten, ergeben sich auch von daher Grenzen. Die Grenzen werden noch enger gesteckt, wenn der Staat Mittel zur Finanzierung größerer Defizite an sich zieht, und dies etwa gerade deshalb, weil es an Wachstumsdynamik fehlt. Er vergrößert dann die Probleme, die es zu lösen gilt. Denn diese Mittel stehen den Unternehmen weder als Eigenkapital noch als Fremdkapital zur Verfügung. Auch deshalb kann auf eine Konsolidierung der hohen Staatsdefizite nicht verzichtet werden.

Für die Anleger ist es durch die Reform der Körperschaftsteuer rentabler geworden, sich an Kapitalgesellschaften zu beteiligen, aber für die Unternehmen bestehen bei der Eigenkapitalfinanzierung nach wie vor steuerliche Nachteile gegenüber der Fremdfinanzierung. Die Unternehmer und die Arbeitnehmer könnten sich auf eine tarifvertragliche Gewinnbeteiligung einigen, wie sie der Sachverständigenrat schon mehrmals erörtert hat (JG 76 Ziffern 361 ff.). Das hätte nicht nur verteilungspolitische Bedeutung, sondern würde auch den Bedarf der Unternehmen an Eigenkapital vermindern. Erwogen wird derzeit, steuerlich den Anreiz für Arbeitnehmer zu erweitern, sich in verstärktem Maße am risikotragenden Kapital zu beteiligen. Der Staat könnte außerdem im Rahmen der Reform des Steuersystems weitere Möglichkeiten nutzen, den Unternehmen die Übernahme von Risiken zu erleichtern (JG 77 Ziffern 436 ff.). Bei der Förderung der Wachstumsdynamik von unten können schließlich auch haftende Darlehen oder Bürgschaften des Staates helfen, wie sie derzeit zur Förderung von Unternehmensgründungen geplant werden (Ziffer 435).

Die Verbesserung der Möglichkeiten der Eigenkapitalfinanzierung und die Minderung des Eigenkapitalbedarfs gehören zu den Hauptaufgaben einer Wirtschaftspolitik, die zu einem hohen Beschäftigungsstand zurückführen soll.

381. Die Geldpolitik muß in den nächsten Jahren das wiedergewonnene Vertrauen in die Stabilität des Geldwertes verteidigen. Bei zunehmender Auslastung des Produktionspotentials muß sie zeigen, daß sie inflationären Preisauftriebstendenzen entgegenwirken kann. Die Bewährungsprobe könnte schon im Jahre 1979 anstehen. Angesichts der aktuellen Widrigkeiten mag es Mühe kosten, das Konzept der mittelfristig orientierten Geldmengenpolitik durchzuhalten.

Die gewiß nicht leichte Aufgabe der Geldpolitik besteht darin, weithin sichtbar ihr Geldwertziel zu befolgen und es zu verteidigen, wenn aus binnenwirtschaftlichen Gründen das Drängen nach einem erhöhten Geldangebot, sei es aus Gründen des Nachfragesogs oder des Kostendrucks, mit diesem Ziel in Konflikt gerät. Sie muß aber auch eine angemessene Antwort finden, wenn sich aus einer verstärkten internationalen Nachfrage nach D-Mark eine Aufwertung ergibt, die stärker auf die inländischen Preise drückt, als kurzfristig ohne nachteilige Folgen für die Beschäftigung verkraftet werden kann.

Die Vorankündigung eines Geldmengenziels kann gerade dann, wenn es um der Geldwertstabilität willen notwendig ist, andrängende Geldwünsche abzuwehren, sehr hilfreich sein. Die Bundesbank sollte deshalb trotz der Schwierigkeiten, die daraus erwachsen, daß Abweichungen notwendig sein können, bei diesem Konzept bleiben.

382. Mit Beginn des Jahres 1979 wollen die Bundesrepublik und andere europäische Länder zu einem neuen Europäischen Währungssystem mit festgelegten Interventionsverpflichtungen übergehen. Der Neubeginn wird von der Hoffnung getragen, daß die institutionelle Stabilisierung der Wechselkurse zwischen den Währungen der beteiligten Länder den Zwang zu einer wirtschaftlichen Stabilisierung schafft. Die Gefahren für die Bundesrepublik liegen darin, daß sie ihren eigenen Währungsstandard zugunsten eines weniger stabilen Gemeinschaftsstandards aufgeben muß. Damit dies nicht geschieht, halten wir eine weitgehende Härtung des Gemeinschaftsstandards durch das Regelwerk des geplanten Währungssystems für geboten.

II. Wirtschaftspolitik für 1979 und danach

Lohnpolitik

383. Die Lohnpolitik steht in den nächsten Monaten vor der Aufgabe, einen Ausgleich zu finden zwischen den Erwartungen der Arbeitnehmer auf höhere Realeinkommen, mehr Freizeit und bessere Arbeitsbedingungen einerseits und einem möglicherweise noch ungedeckten Korrekturbedarf beim Kostenniveau andererseits. In einer Situation der konjunkturellen Erholung müßte diese Aufgabe leichter zu lösen sein als bei darniederliegender Konjunktur. Die Tarifparteien müssen jedoch im Auge haben, daß die Kraft und die Dauer des Aufschwungs auch von ihren Entscheidungen abhängt. Häufig ist es nicht allein die Prozentzahl eines Tarifabschlusses, die das Investitionsklima bestimmt, sondern auch die Erwartungen auf mittlere Sicht, die sich im Zusammenhang damit bilden.

384. In den Jahren seit der Rezession von 1975 ist die Gewöhnung an niedrigere Lohnsteigerungsraten gelungen. Die Angebotsbedingungen konnten von den Ertrags-Kosten-Relationen her verbessert wer-

den, allerdings nur in kleinen Schritten. In unserem letzten Jahresgutachten hatten wir dafür geworben, daß die Lohnpolitik auf die Möglichkeit setzen sollte, durch einen größeren Schritt rascher zu deutlichen Erfolgen beim Beschäftigungsziel zu kommen. Dies hat eine heftige öffentliche Diskussion ausgelöst. Man kann den Eindruck gewinnen, daß — außer unter außergewöhnlichen konjunkturellen Umständen — nicht mehr als eine allmähliche Änderung der lohnpolitischen Grundlinie konsensusfähig ist. Die Lohnabschlüsse dieses Jahres werden anscheinend weithin, also nicht nur bei den Gewerkschaften, als situationsgerecht gewertet oder hingenommen. Wenn dies zutrifft, so wäre das für die zentrale Frage der Wiedergewinnung von Vertrauen in die Lohnpolitik auf längere Sicht schon ein wichtiger Vorgang. Allerdings kommt in dem vorherrschenden Urteil über die Lohnpolitik dieses Jahres die Situation derjenigen Unternehmen nicht hinreichend zum Ausdruck, die bei dem gegenwärtigen und für die Zukunft erwarteten Kostenniveau auf die Dauer keine oder nur verminderte Absatzchancen sehen und daher ihre Produktion einschränken oder aufgeben oder Neues nicht beginnen, allemal zumindest Investitionszurückhaltung üben.

385. Es ist allerdings möglich, daß die in den letzten Monaten aufgekommene Zuversicht über die Konjunkturentwicklung 1979 die Probleme des Kostenniveaus in den Hintergrund drängt und die kommende Lohnrunde stattdessen von der Sorge der Gewerkschaften geprägt wird, die Entwicklung der Löhne könnte im Zuge eines kräftigen Aufschwungs den Anschluß an die Gewinnentwicklung verlieren. So verständlich diese Befürchtungen angesichts von Erfahrungen in der Vergangenheit auch sind, es wäre riskant, wenn die Tarifabschlüsse von ihnen bestimmt würden. In unserer Prognose für 1979 haben die Gewinne nur einen geringen Vorlauf. Und noch hat gegenwärtig jede Prognose für das kommende Jahr ihre Grundlage weniger in den Auftragsbüchern als im Stimmungswandel der Unternehmen. Dieser kann auch wieder umschlagen, zum Beispiel wenn die Erwartungen hinsichtlich der Lohnrunde enttäuscht werden. Die Tarifparteien müssen die Möglichkeit ernst nehmen, daß sie einem Aufschwung die Grundlage entziehen, wenn sie ihn in den Tarifabschlüssen bereits vorwegnehmen. Es gehört eigentlich zu den Kennzeichen eines beginnenden Aufschwungs, daß er mit einem deutlichen Vorlauf der Gewinne verbunden ist.

386. Man muß auch sehen, daß bei einer Laufzeit der Tarifverträge von zwölf Monaten, wie sie die Regel ist, die Risiken für die Arbeitnehmer begrenzt sind. Und es ist im Blick zu halten, daß grundsätzlich nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch die Unternehmen mit den Tarifabschlüssen Risiken eingehen. Gegenwärtig ist nicht auszuschließen, daß sich Lohnerhöhungen, die zunächst als maßvoll erscheinen, durch einen anhaltenden Aufwertungsdruck auf die D-Mark oder durch eine schwache Weltkonjunktur im nachhinein als zu hoch erweisen.

387. Die beschäftigten Arbeitnehmer sind bei der Lohnpolitik der letzten Jahre gewiß nicht ins Hintertreffen geraten. Die Reallöhne liegen im Jahr 1978 um mehr als 8 vH über dem Niveau des Rezessionsjahres von 1975. Die rasche Stabilisierung des Preisniveaus hat den Arbeitnehmern in den letzten Jahren mehr als einmal einen unerwarteten Reallohnanstieg gebracht. Auch für 1978 ist durch das Zusammenspiel von Wechselkurs und Preisniveau mehr an Reallöhnen herausgekommen, als während der Lohnrunde absehbar war. Das sollte das Klima der nächsten Lohnrunde günstig beeinflussen.

388. Im Jahre 1979 dürfte der Geldwertschwund vermutlich noch niedriger bleiben (Ziffer 259). Wir rechnen für den Jahresdurchschnitt mit einem Anstieg der Verbraucherpreise um 2½ vH. Zu berücksichtigen ist dabei, daß — wie schon 1978 — ein Teil der Preiserhöhung auf die Anhebung der Mehrwertsteuer zurückgehen wird, die zum 1. Juli 1979 zum partiellen Ausgleich von Steuersenkungen an anderer Stelle vorgesehen ist. Sie sollte keinen Einfluß auf die Tarifabschlüsse haben. Im Verlauf des Jahres werden vor allem die Preise für Nahrungsmittel und administrierte Dienstleistungen etwas schneller steigen. Der Druck, den der Wettbewerb von außen auf die Preise der Industriewaren ausübt, wird aber vermutlich nur wenig nachlassen. Im Jahre 1978 standen die Erlös-Kosten-Relationen in der Industrie wegen des scharfen Außenwettbewerbs weiter unter Druck. Die Industrie wird mit ihren Investitionen aber nicht abseits stehen dürfen, wenn eine neue Dynamik des Investierens aufkommen soll. Die Lohnpolitik wäre gut beraten, wenn sie die Unterschiede in der Preisentwicklung zwischen der Industrie und den übrigen Bereichen nicht außer acht ließe.

389. Den Produktivitätsanstieg im kommenden Jahr sollte man nicht schon von vornherein als hoch einschätzen. Im Zuge einer konjunkturellen Belebung wäre normalerweise aufgrund einer verbesserten Kapazitätsauslastung ein beschleunigter Produktivitätsanstieg zu erwarten. Diesmal rechnen wir unter den Annahmen unserer Prognose jedoch nicht damit, insbesondere, weil anders als sonst in Aufschwungsphasen die Unternehmen ihren Personalstand weitgehend an die niedrige Kapazitätsauslastung angepaßt haben. Eine weitere Verbesserung im Verhältnis der Ausfuhrpreise zu den Einfuhrpreisen ist im Jahre 1979 zwar nicht ausgeschlossen, aber nicht besonders wahrscheinlich. Sie wäre im übrigen mit einer erneuten Höherbewertung der D-Mark verbunden, die in den außenwirtschaftlichen Bereichen zu einem Druck auf die Gewinnmargen führen würde.

Begrenzt wird der Verteilungsspielraum vermutlich durch steigende Kapitalkosten. Die Wirtschaft, die immer kapitalintensiver produziert, um den Produktivitätsanstieg erwirtschaften zu können, wird kaum mit einem Ausgleich durch einen dauerhaften Rückgang des Realzinses rechnen können. Die Tarifparteien sollten daher den Spielraum für Lohnerhöhungen vorsichtig einschätzen und im Blick haben, daß ein erneuter Kostendruck die Auftriebskräfte schwächen kann und damit auch das mindert, was sonst verteilbar wäre.

390. Als Grundlinie für die Lohnpolitik im Jahre 1979 halten wir Tarifabschlüsse für angemessen, die im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt unter denen des Jahres 1978 liegen. Unserer Prognose haben wir allerdings Tarifabschlüsse als Annahme zugrunde gelegt, die nur etwas niedriger sind als die von 1978. Der Beschäftigungsanstieg, den wir für 1979 erwarten, hält sich daher in engen Grenzen. Wenn schon ein größerer Schritt zur Verbesserung der Angebotsbedingungen nicht erreichbar sein sollte, so wäre es doch im Interesse von Investitionen und Beschäftigung geboten, die Lohnpolitik der kleinen Schritte in Richtung auf eine allmähliche Korrektur des Kostenniveaus fortzusetzen.

391. Die starke Differenzierung der Konjunktur nach Branchen und Regionen mag es nahelegen, auch bei den Lohnabschlüssen stärker als in den letzten Jahren zu differenzieren. Es gibt jedoch Gründe, mit der Differenzierung nicht so weit zu gehen, daß in Branchen, denen es gut geht, die Lohnerhöhungsspielräume voll ausgeschöpft werden. Allzuleicht könnte sich die Produktion in diesen Bereichen so stark verteuern, daß, wenn nicht kurzfristig, so doch langfristig Nachfrage wieder verloren geht. In Branchen mit strukturellen Schwierigkeiten und in Regionen mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit sollte die Lohnpolitik vorsichtiger sein als im allgemeinen. Eine starke Differenzierung nach Qualifikationsgruppen wäre im Prinzip ebenfalls marktgerecht, scheint aber auf große Schwierigkeiten zu stoßen.

392. Im öffentlichen Dienst sind in diesem Jahr die Abschlüsse etwas niedriger ausgefallen als in der privaten Wirtschaft. Von allen Bereichen hat der Staat am wenigsten Schwierigkeiten, seinen Personalbedarf zu decken. Wenn er bei der Besoldung Geld spart, kann er mehr Personal einstellen und mehr zur Verbesserung der Wachstumsbedingungen ausgeben und so ebenfalls zur Lösung der Beschäftigungsprobleme beitragen.

393. In kommenden Tarifauseinandersetzungen wird es nicht nur um Lohnerhöhungen, sondern auch um die Verkürzung der Arbeitszeit gehen. Die Gewerkschaften haben die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit und die Verlängerung des Urlaubs zu einer zentralen Forderung gemacht, auch in der Erwartung, daß die Beschränkung der Arbeitszeit es erleichtern würde, die Beschäftigungsprobleme zu lösen. Zu dieser Strategie haben wir mehrfach Stellung genommen und erörtern sie auch an anderer Stelle dieses Gutachtens (Ziffern 468 ff., SG 78 Ziffern 31 ff., Anhang IV).

Es scheint unter den Tarifparteien Einverständnis zu bestehen, daß Vereinbarungen über Lohn und Arbeitszeit im Zusammenhang zu sehen sind und daß es darum geht, wie Lohn und Arbeitszeit gegeneinander aufzurechnen sind, im besonderen inwieweit also die zusätzlichen Kosten, die den Unternehmen durch die Verkürzung der Arbeitszeit entstehen, durch einen zusätzlichen Produktivitätsanstieg aufgewogen werden, den eine Zunahme der Arbeitsleistung nach sich zieht.

Probleme der Lohnfindung auf mittlere Sicht

394. Es herrscht Unsicherheit darüber, wie weit das gegenwärtige Kostenniveau von dem entfernt ist, das zu Vollbeschäftigung passen würde. Das müssen letztlich die Tarifparteien herausfinden. Es erweist sich jedoch als außerordentlich schwierig, das reale Lohnniveau zu korrigieren.

Die Gewerkschaften dürften einen Korrekturbedarf kaum anerkennen, zumindest nicht ausdrücklich, obwohl sie den Kostenaspekt der Löhne grundsätzlich nicht bestreiten. Sie respektieren durchaus, daß Löhne von den Unternehmen „verkraftet" werden müssen. Erst im nachhinein stellte sich häufig heraus, daß die Abschlüsse zu hoch waren.

395. Ein Korrekturbedarf auf der Lohnseite wird vor allem dann nicht akzeptiert, wenn die Arbeitslosigkeit auch andere Ursachen als die einer starken Lohnsteigerung in der Vergangenheit hat. Zählt man jede sichtbare Änderung von Bedingungen, von denen die Beschäftigung abhängen kann, zu den möglichen Ursachen der Arbeitslosigkeit, so kommen nicht allein der deutliche Anstieg der realen Lohnkosten, sondern auch ein verschärfter außenwirtschaftlicher Wettbewerb, dadurch ausgelöste Strukturprobleme, Vermachtungstendenzen auf einzelnen Märkten, das dichter gewordene Netzwerk von investitionshemmenden Vorschriften und Rechtsrisiken sowie vieles andere mehr als Ursache in Betracht. In vielen Fällen ist es jedoch kaum möglich, beschäftigungshindernde Entwicklungen direkt zu korrigieren. Strukturveränderungen sind in der Regel irreversibel, und staatliche Regulierungen werden nicht ohne Grund eingeführt und aufrechterhalten. Eine reale Veränderung des Wechselkurses kann nicht ohne weiteres rückgängig gemacht werden. Die Ursachen von Fehlentwicklungen und die Möglichkeiten zu deren Beseitigung liegen nicht immer auf derselben Ebene. Eine Anpassungsstrategie etwa in Form einer staatlichen Angebotspolitik, die Risiken mindert, die Neuerungsanstrengungen und die Mobilität fördert, kann indirekt helfen. Da hier die Mittel begrenzt sind und die Wirkungszeiträume lang sein können, müssen die Tarifparteien die Aufteilung der Anpassungsaufgabe letztlich unter sich ausmachen. Die Aufgabe der Unternehmen besteht darin, mehr Produktionschancen und mehr Beschäftigungsmöglichkeiten zu erschließen. Aufgabe der Arbeitnehmer ist zu akzeptieren, daß sie nur die Löhne durchsetzen dürfen, bei denen ausreichend viele Unternehmen ihre Aufgabe erfüllen können.

396. Falsche Erwartungen hinsichtlich der Preis- und Konjunkturentwicklung waren in den letzten Jahren häufig ein Grund für Lohnabschlüsse, die im nachhinein zu einem stärkeren Anstieg der Reallöhne geführt haben, als ursprünglich abzusehen und möglicherweise auch beabsichtigt war. Die Lohnrunden der Jahre 1974, 1976 und 1978 standen unter dem Eindruck von Preiserwartungen, die sich hinterher als zu hoch erwiesen haben. Zur Zeit der Lohnrunde der Jahre 1975 und 1977 wurden die Konjunkturaussichten jeweils günstiger beurteilt, als

sich dann später als realistisch herausstellte. So hat sich über die Jahre hinweg ein reales Lohnniveau herausgebildet, das in dieser Höhe von den Gewerkschaften möglicherweise nicht erwartet worden war. Eine Korrektur zu niedriger Abschlüsse bereitet weniger Schwierigkeiten als eine Korrektur zu hoher Abschlüsse. Reale Besitzstände, wie immer sie auch zustande gekommen sein mögen, werden verteidigt. Für die Gewerkschaften, die den Korrekturbedarf durchaus einsehen mögen, ist es schwer, sich einen Erfolg, der in harten Tarifauseinandersetzungen erstritten wurde und der sich im nachhinein als zu hoch erwies, in der nächsten Tarifrunde anrechnen zu lassen. Es sind ja nicht selten Teile eines Prozentpunktes, um die ein Arbeitskampf geführt wird. Die Verhandlungsposition in künftigen Lohnrunden würde entscheidend geschwächt werden, wenn offiziell eingestanden werden müßte, daß der vorangegangene Arbeitskampf eigentlich umsonst war.

397. Bei hoher Unsicherheit über die künftige Entwicklung der Preise und der Produktivität ist es verständlich, daß die Gewerkschaften Risiken von sich und ihren Mitgliedern fernhalten wollen. Stabilere gesamtwirtschaftliche Bedingungen für die Einkommenspolitik können aber von der Wirtschaftspolitik nicht garantiert werden. Aus diesen und anderen Gründen läßt sich die Qualität der Wirtschaftsprognosen nicht so leicht verbessern. Dies legt es nahe, nach neuen Wegen der Lohnfindung zu suchen.

398. Eine Chance, die Prognoserisiken zu mindern und zugleich dem Interesse der Unternehmen an einer möglichst sicheren Kalkulationsgrundlage stärker entgegenzukommen, also Tarifverträge für längere Zeit möglich zu machen, läge darin, daß die Tarifparteien bei den Tarifabschlüssen eine Revisionsklausel vereinbarten und sich im übrigen von einer vorsichtigen Einschätzung der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung leiten ließen. Die Revisionsklausel längerfristiger Tarifverträge könnte Neuverhandlungen oder ein vorzeitiges Kündigungsrecht vorsehen für den Fall, daß bestimmte gesamtwirtschaftliche oder branchenspezifische Indikatoren einen vorher festgelegten Wert übersteigen. Auf die Indikatoren müßte man sich bei Abschluß des Tarifvertrags ebenso einigen wie auf die Werte, bei denen der Revisionsfall eintritt.

399. Mit den Revisionsklauseln könnten Befürchtungen der Arbeitnehmer Rechnung getragen werden, daß sie im Zuge eines Aufschwungs, der stärker ausfällt, als von Anfang an abzusehen ist, verteilungspolitisch ins Hintertreffen geraten. Sind die festgelegten Kriterien für den Revisionsfall, nach denen die Verträge sich öffnen, erfüllt, müßte in Anbetracht der veränderten Lage neu verhandelt werden. Es könnte entweder der Abschluß für die weitere Laufzeit des Tarifvertrages korrigiert oder eine Pauschalzahlung vereinbart werden. Solche Revisionsklauseln böten die Chance, daß die Gewerkschaften in Zeiten eines beginnenden Aufschwungs oder eines noch unsicheren Stabilisierungserfolges vorsichtige Abschlüsse besser vertreten können.

400. Für die Unternehmen wären derartige Tarifverträge attraktiv, weil sie gesamtwirtschaftlicher Unsicherheit in bezug auf die Ertragsaussichten besser Rechnung tragen und zugleich für das unternehmensspezifische Risikokalkül eine längerfristige Grundlage schaffen könnten. Längerfristige Verträge müßten wohl im voraus festgelegte Stufenerhöhungen vorsehen, damit die Entwicklung der Tariflöhne nicht den Kontakt zu dem verliert, was verteilbar ist. Die Arbeitgeber mögen befürchten, daß durch solche Revisionsklauseln jeder überraschende Gewinn in Neuverhandlungen gleichsam zur Disposition gestellt wird. Das könnte aber nicht gemeint sein. Wie die Gewerkschaften müßten die Arbeitgeber Vorteile und Nachteile abwägen. In den vergangenen Jahren war es mehrfach so, daß im voraus Einkommen verteilt worden sind, die dann — und möglicherweise deshalb — gar nicht entstehen konnten. Und: Eine allfällige Veränderung der Beschäftigung, die bei den ursprünglich vereinbarten Tariflöhnen realisiert worden ist, würde den Tarifparteien in den Neuverhandlungen Anhaltspunkte dafür bieten, wie groß der vollbeschäftigungskonforme Verteilungsspielraum tatsächlich ist.

401. Wenn in Tarifvereinbarungen Modelle entwickelt würden, die gegebenenfalls Pauschalzahlungen oder korrigierende Tarifanhebungen in eine Gewinnbeteiligung oder eine Vermögensbildung zugunsten der Arbeitnehmer überführten, wäre möglicherweise ein zusätzlicher Anreiz für längerfristige Tarifabschlüsse geschaffen. Der Sachverständigenrat hat zuletzt in seinem Jahresgutachten 1976/77 ein Konzept der Gewinnbeteiligung mit begrenzter Haftung erörtert. Uns schiene dieses Konzept auch geeignet, im Zusammenhang mit neuen Formen der Lohnfindung den Verteilungsstreit zu entspannen. Der Staat könnte die steuerlichen Vorbedingungen für eine Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer verbessern, damit ein solches Modell auch von dieser Seite her attraktiv ist (JG 76 Ziffern 378 f.).

Geldpolitik

402. Die Bundesbank hat auch 1978 eine monetäre Expansion zugelassen, in deren Verlauf die Zentralbankgeldmenge abermals und diesmal sehr deutlich die gesetzte Zielmarke übertraf. Das hat ihr nicht nur Zustimmung, sondern auch Kritik eingetragen. Diese Kritik wurzelt in der Sorge,

— daß bei einem ständigen Überschreiten des Geldmengenziels die stabilitätspolitische Glaubwürdigkeit der Bundesbank leiden müsse und

— daß im Zuge einer monetären Expansion, die nun schon mehrere Jahre deutlich über die Expansion der volkswirtschaftlichen Gesamtausgaben hinausgehe, allmählich ein inflatorisches Potential aufgebaut worden sei, das die Bundesbank nicht rechtzeitig und ohne unerwünschte Nebenwirkungen wieder beseitigen könne, wenn der allseits gewünschte konjunkturelle Aufschwung Kraft gewinnt.

Diese Argumente sind ernst zu nehmen. Man gäbe ihnen jedoch übergroßes Gewicht, verlangte man, die Bundesbank müsse bereit sein, aus Gründen einer rigorosen Durchsetzung ihres Geldmengenziels auch offensichtlich Unvernünftiges zu tun.

403. Was die Glaubwürdigkeit der Bundesbank angesichts des wiederholten Überschreitens ihres Geldmengenziels angeht, so kann diese darauf verweisen, daß sie selbst ein Geldmengenziel, das unbedingt einzuhalten sei, bisher nicht verkündet hat.

Abweichungen selbst von einem zunächst gut begründeten Geldmengenziel lassen sich wohl in drei Fällen rechtfertigen, und zwar

(1) Abweichungen für kurze Zeit, wenn wegen irregulärer Schwankungen im Geldbedarf der Banken andernfalls eine unnötige Liquiditätsanspannung bei den Banken die Folge wäre. Die Einhaltung einer Jahreszielgröße wird dadurch in der Regel auch nicht gefährdet.

(2) Abweichungen für eine mäßig lange Zeit, wenn die gesamtwirtschaftliche Nachfrageexpansion sehr unbefriedigend ist oder zu werden droht und zugleich deshalb oder aus anderen Gründen eine Gefährdung des Ziels der Geldwertstabilität ausgeschlossen werden kann. In solchen Fällen auf der Einhaltung einer Zielgröße zu beharren, hätte zu viel gegen sich und zu wenig für sich.

(3) Abweichungen für endgültig oder vorübergehend, wenn international eine unvorhergesehene dauerhafte oder vorübergehende Änderung in der Neigung zur Kassenhaltung in D-Mark zu beobachten ist. Einem erhöhten Bedarf an Zentralbankgeld, der sich so ergeben kann, nicht entsprechen, hieße Deflationsdruck erzeugen.

404. Für die Zeit seit dem Herbst 1977 scheinen sowohl der Fall (2) als auch der Fall (3) von Bedeutung gewesen zu sein. Änderungen in der Neigung, Kassenbestände oder sonstige Geldanlagen in D-Mark zu halten, und Änderungen im Saldo der deutschen Leistungsbilanz entsprachen einander nicht. Der daraus resultierende Aufwertungsdruck auf den Wechselkurs der Mark war stärker, als den internationalen Unterschieden im Kostenauftrieb entsprochen hätte und schuf zugleich die sichere und — wie sich inzwischen gezeigt hat — berechtigte Erwartung, daß der Anstieg des Preisniveaus 1978 abermals geringer ausfallen würde als zunächst angestrebt. Unter diesen Umständen war es angebracht, daß die Bundesbank mehr Zentralbankgeld zur Verfügung stellte, als ihrem Geldmengenziel entsprochen hätte.

405. *Die geldpolitische Steuergröße der Bundesbank, die „Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen" schließt die Mindestreserven der Banken auf Einlagen von Ausländern nicht ein. Dies bringt es mit sich, daß der Bedarf an Zentralbankgeld, der im Zusammenhang mit Ausländereinlagen entsteht, gleichsam außerhalb des jeweiligen Geldmengenziels zusätzlich befriedigt wird. Verschiebungen in der Währungsvorliebe international tätiger Unternehmen wird auf diese Weise jedoch nur teilweise automatisch Rechnung getragen. Nicht automatisch berücksichtigt wird insbesondere eine veränderte Neigung, Kassenbestände in einer bestimmten Währung zu halten, insoweit die Nachfrage nach dieser Währung gar nicht zum Zuge kommt, weil der Wechselkurs auf die Devisenbewegungen, die aus einer veränderten Währungsvorliebe resultieren, reagiert und deshalb viele, die an sich auch die Währung hatten wechseln wollen, hierauf nun verzichten. Insoweit kommt es dann zwar nicht zu einem Deflationsdruck aufgrund der Absorption eines Teils der Geldmenge durch erhöhte Kassenhaltung im Zusammenhang mit der Verschiebung in der Währungsvorliebe, wohl aber zu einem Deflationsdruck durch die Wechselkursänderung. Aus diesen Gründen dürfte es richtig sein, sich bei der Diagnose von Änderungen in der Nachfrage nach D-Mark nicht allein an beobachtbaren Änderungen monetärer Bestände im Zusammenhang mit Auslandstransaktionen zu orientieren, sondern gravierende reale Veränderungen des Wechselkurses zusammenfassend als Indiz aller Tendenzen im internationalen Geld- und Kapitalverkehr anzusehen, die die Frage nach einer konterkarierenden Antwort der Geldpolitik aufwerfen.*

406. Wohlgemerkt: Es kann nicht darum gehen, jeder realen Veränderung des Wechselkurses geldpolitisch entgegenzuwirken. Allmähliche reale Veränderungen des Wechselkurses können wohlbegründet sein, etwa wenn es gilt, Leistungsbilanzungleichgewichte zu beseitigen, oder wenn sich die Struktur der Auslandsnachfrage zugunsten oder zuungunsten eines Landes verschiebt. Auch alle Richtungsänderungen in den internationalen Kapitalströmen erfordern prinzipiell eine reale Veränderung der Wechselkurse. Das gleiche gilt für Verschiebungen zwischen Währungsgebieten bei der Kassenhaltung zumindest vorübergehend selbst dann, wenn der daraus entstehende zusätzliche Geldbedarf von der Notenbank befriedigt wird. Aber: In allen diesen Fällen muß die Volkswirtschaft eine Anpassung über die Änderung der Preisrelationen finden. Hierbei wäre nicht die Geldpolitik gefordert. Starke und abrupte reale Veränderungen des Wechselkurses hingegen weisen darauf hin, daß der internationale Geld- und Kapitalverkehr eine überstürzte Anpassung zu diktieren tendiert. Dann muß die Geldpolitik dem vom Wechselkurs ausgehenden Deflations- oder Inflationsdruck entgegenwirken und kann es in der Regel auch, ohne eine Gefährdung des Geldwerts beziehungsweise des Beschäftigungsstandes befürchten zu müssen.

Andererseits können auch schon Wechselkursänderungen, die mit internationalen Unterschieden im Kostenauftrieb durchaus korrespondieren, ein Problem darstellen. Das ist etwa der Fall, wenn bei einer zurückhaltenden Lohnpolitik Wechselkursänderungen behindern, daß diese Politik beschäftigungswirksam wird (Ziffer 298).

407. Hinsichtlich des Beharrens auf einem einmal verkündeten Geldmengenziel Vorbehalte akzeptieren heißt nicht leichthin die Sorgen beiseite schieben, die sich aus einer Geldpolitik abseits des geraden Weges mittelfristig orientierter Mengensteuerung ergeben. Und obwohl die Vorbehalte weitreichend sein können, heißt es auch nicht, daß die

Bundesbank am besten ein Geldmengenziel gar nicht erst verkündet.

Ein Geldmengenziel darf „bedingt" sein. „Unbedingt" sein müssen nur der Wille und die Fähigkeit der Bundesbank, auf mittlere Sicht den Geldwert zu sichern und das Vertrauen, daß es sich so verhält, zu befestigen und zu rechtfertigen. Und wenn die Bundesbank trotz guter Gründe für ihre Zielabweichungen Sorge um ihre Glaubwürdigkeit haben müßte, so wäre dies Problem doch nicht dadurch beseitigt, daß sie ein Geldmengenziel nicht mehr verkündet. Aus einer ganzen Reihe von Gründen raten wir vielmehr dazu, daß die Bundesbank an dem Konzept mittelfristig orientierter und jährlich vorangekündigter Geldmengenziele als Basiszielgrößen der Geldmengensteuerung festhält.

— Erstens: Das Konzept der Geldmengensteuerung mit vorangekündigten Zielgrößen hat in den zurückliegenden schwierigen Jahren, die im Zeichen einer allmählichen, aber stetigen Senkung der Inflationsrate standen, trotz der häufigen Zielabweichung den Erwartungen Führung gegeben und den Kurs der Bundesbank zu verdeutlichen erlaubt. Die öffentliche Diskussion über diesen Kurs hatte eine klare Grundlage. Im ganzen konnte die Bundesbank ihrer auf Stabilität zielenden Grundlinie fast unangefochten treu bleiben. Die Zielabweichungen nach oben brachten sie trotz der lang anhaltenden Konjunkturschwäche sogar eher in die Rolle desjenigen, der eine möglicherweise zu nachgiebige Geldpolitik zu verteidigen hat.

— Zweitens: Der Bedarf an einer die öffentliche Diskussion zentrierenden Zielgröße der Geldpolitik besteht fort. Die Rückkehr zu einer niedrigen Inflationsrate ist zwar geschafft. Doch die Stabilitätserwartungen brauchen weiterhin Führung. Sie dürften noch labil sein. Die Bewährungsprobe der neuen Geldpolitik in einem kraftvollen Aufschwung steht noch aus, eine schwierige Aufgabe, falls dann die Stabilisierungshilfe einer fortgesetzten realen Höherbewertung der D-Mark ausfallen sollte.

— Drittens: Neue Verunsicherung kann auch aufkommen, wenn das Experiment des geplanten Europäischen Währungssystems begonnen wird. Daß dieses Experiment im Zeichen des Willens zur Stabilität stehen soll, muß durch Kontinuität im Konzept der Geldmengenpolitik unterstrichen werden.

— Viertens: Wenn es Vorbehalte gibt, die einem Geldmengenziel beigegeben werden dürfen, so sind dies doch nicht in erster Linie Vorbehalte hinsichtlich des Pfades der monetären Expansion auf mittlere Sicht. Von der Unsicherheit der binnenwirtschaftlichen und außenwirtschaftlichen Faktoren, die eine dauerhafte Änderung in der D-Mark-Kassenhaltung bewirken können und die besser zu berücksichtigen man wohl nur allmählich lernen kann, einmal abgesehen, sollte das Prinzip der mittelfristigen Orientierung der Geldmengenpolitik nicht strittig sein. Das erfordert eine Basiszielgröße. Auch begründete Abweichungen hiervon machen in der Regel eine Rückkehr zum mittelfristig angestrebten Pfad nötig, wenn auch nicht notwendigerweise im selben Jahr. Je mehr Vorbehalte zugunsten vorübergehender Abweichungen es gibt, um so wichtiger wird die Orientierungshilfe, die eine mittelfristige Zielvorstellung bietet. Auf den Rechtfertigungszwang, den Abweichungen von einer vorangekündigten Basiszielgröße auslösen, sollte ebensowenig verzichtet werden wie auf die Chance, daß eine zielkonforme, aber auch eine hinsichtlich ihrer Zielabweichungen wohlbegründete Politik die wirtschaftlichen Erwartungen stabilisieren und koordinieren hilft.

— Fünftens: Mit den Vorbehalten, die einem Geldmengenziel beigegeben werden dürfen, ist nicht gemeint, die Geldpolitik solle nun auch offen sein für Aufgaben der konjunkturpolitischen Feinsteuerung. Dies wäre ein gefährliches Mißverständnis. Das Urteil über die Wirkungen der Geldpolitik auf Produktion und Beschäftigung ist sowohl im Hinblick auf deren Ausmaß als auch im Hinblick auf deren zeitliches Profil viel zu unsicher, als daß die Geldpolitik mit der Aufgabe der konjunkturellen Feinsteuerung betraut werden dürfte. Ausreichend sicher ist nur das Urteil, daß die konjunkturellen Wirkungen, die von einer dauerhaften Änderung des Geldangebots ausgehen können, wenn durch sie die monetäre Expansion vom Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials abweicht, früher oder später in eine Veränderung des Preisniveaus übergehen müssen. Dies ist die zentrale Einsicht, die im Zweifel einen Vorrang der mittelfristigen Orientierung der Geldpolitik begründet, welche konkret eine Orientierung an einem nur sehr langsam sich ändernden Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials sein soll. Ein konjunkturpolitischer Vorbehalt sollte daher die Vorankündigung eines Geldmengenziels nur in bezug auf eine schwerwiegende Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts begleiten und nicht etwa in bezug auf jedwede konjunkturelle Bewegung. Gegenüber allen kleineren und mäßig großen Störungen muß das Prinzip der Stetigkeit der monetären Expansion Vorrang haben.

— Sechstens: Ein Verzicht auf die Festlegung eines mittelfristig orientierten Geldmengenziels würde vermutlich erneut der Vorstellung Vorschub leisten, die Bundesbank hätte die Aufgabe und die Fähigkeit, in jeder Situation für den jeweils „optimalen" Kompromiß zwischen den Zielen der Geldwertstabilität und der Beschäftigungssicherung zu sorgen. Das ist jedoch nicht ihre Aufgabe und kann es nicht sein, wie die Erfahrung gelehrt hat. Das Grundprinzip der Geldmengensteuerung durch eine autonome Zentralbank ist die Objektivierung der Geldversorgung in dem Sinne, daß die Privaten, aber auch der Staat (als Fiskus) ihre Pläne und Ansprüche auf der Basis eines vorgegebenen Geldangebots zu koordinieren haben, eines Geldangebots, das seinerseits zum jeweiligen gesamtwirtschaftlichen Produktionspotential passen muß. Nicht hingegen sollen die Privaten und der Staat mit ihrer Neigung, es

immer wieder der Inflation zu überlassen, ihre Pläne und Ansprüche stimmig zu machen, über die Geldnachfrage das Geldangebot bestimmen. Die aus mittelfristiger Orientierung gewonnenen Geldmengenziele sind der sichtbare Ausdruck dieses Prinzips. Beugt man sich der Übermacht kurzfristig bedeutsam erscheinender Umstände, verzichtet man deshalb auf ein vorangekündigtes Geldmengenziel — der Eindruck könnte nicht ausbleiben, Geldpolitik müsse eben doch auch nach Auffassung der Bundesbank rundum ein an den Umständen des Tages und der unmittelbar übersehbaren Zukunft orientiertes Geschäft sein. Die bedeutsamsten Wirkungen der Geldpolitik, die Wirkungen auf den Geldwert, liegen aber meist gerade nicht in der unmittelbar übersehbaren Zukunft.

— Siebentens: Die Kapitulation vor der Unvorhersehbarkeit von Problemen, die zugegebenermaßen bei mittelfristig orientierter Geldmengenpolitik nicht leicht gelöst werden können, würde die Geldpolitik zurückwerfen auf die Orientierung an Ersatzindikatoren, von denen nur abgeraten werden kann. Mehr und mehr würde sie vermutlich gedrängt werden, kurzfristige Orientierungssicherheit bei den Zinsen zu suchen. Zinsen können diese Orientierungssicherheit jedoch nicht geben. Zinsen müssen sich bewegen, und welches die jeweils richtigen Zinsen sind, weiß auch die Bundesbank nicht genau genug. Zudem: Die Bundesbank kann zwar die Zinsen beeinflussen, aber über den Tag hinaus ist dieser Einfluß nicht einmal dem Vorzeichen nach eindeutig, wenigstens bei den langfristigen Zinsen nicht, auf die es vor allem ankäme — es sei denn, die Geldpolitik wäre gleichmütig gegenüber ihren möglichen inflatorischen Folgen. Mit den Zinsen verhält es sich nicht sehr viel besser als mit der Beeinflussung der Wechselkurse. Schließlich: Geldpolitik als Zinspolitik steht nicht zuletzt unter dem Dauerdruck fiskalischer Interessen an niedrigen Zinsen. Und wenn also stets streitig ist, welches die richtigen und die wahrscheinlichen Zinsen sind — wie könnte die Bundesbank, hätte sie erst einmal den Weg zu einer verstärkt zinsorientierten Geldpolitik eingeschlagen, solchem Druck entgehen? Sie kann es nur, wenn man bei dem Prinzip bleibt, daß Zinsen als Marktergebnis hinzunehmen sind. Wegen der rasch ansteigenden Staatsschuld wird dieser Gesichtspunkt vermutlich auch in der Bundesrepublik an Bedeutung gewinnen.

— Achtens: Schon sehr alt ist die Idee, der Steuerungsauftrag der Geldpolitik könnte von vornherein über die Geldmenge hinausreichen und direkt auf eine zielgerechte Beeinflussung der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage abstellen. So naheliegend dies erscheinen mag, so wenig spricht die Erfahrung dafür, daß ein solcher Auftrag sich erfüllen ließe. Hier verhielte es sich im Prinzip nicht anders als bei der konjunkturpolitischen Feinsteuerung. Die Wirkungskette monetärer Impulse ist zu lang und im einzelnen zu unübersichtlich, als daß sich die Geldpolitik von einem solchen Auftrag Orientierungssicherheit versprechen dürfte. Die Verantwortung der Notenbank muß an etwas gebunden werden, was sie auch verantworten kann. Das ist die monetäre Expansion.

— Neuntens: Kommt es zu dem geplanten Europäischen Währungssystem, so wird eine konsequent stabilitätsorientierte Geldmengensteuerung in Europa zu dessen Erfolgsbedingungen gehören. Nur sie kann das Vertrauen schaffen, das die festgelegten Wechselkurse zu marktgerechten Wechselkursen werden läßt, im günstigen Fall schon im Vorlauf zur harmonisierten Stabilisierung der Preisniveaus. Einigte man sich hingegen, was die Geldpolitik angeht, auf das Prinzip einer Harmonisierung der Zinspolitik in Europa, so wäre damit jedwedes Inflationsniveau in Europa vereinbar. Und mit dem Prinzip einer Steuerung der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage mag zwar eine Harmonisierung der Wünsche verhältnismäßig leicht gelingen, kaum aber eine Harmonisierung der Realität.

Vorangekündigte Geldmengenziele als Führungshilfe für die Geldpolitik, für die Diskussion über die Geldpolitik sowie für die gesamtwirtschaftlichen Erwartungen, die sich mit der Geldpolitik verbinden, werden erst unnötig, wenn eine Politik, die, in jeweils mittelfristiger Betrachtung, ihre Stabilitätsziele in bezug auf den Geldwert erreicht, fest eingeübt ist und entsprechend feste Erwartungen begründet hat. Dann werden gelegentliche unerwartete Veränderungen des Preisniveaus von selbst nicht mehr als Beginn eines inflatorischen oder eines deflatorischen Prozesses mißverstanden werden. Dies wiederum würde die Wirkungsmöglichkeiten der Geldpolitik für Zwecke der Konjunktursteuerung vergrößern, und man könnte ihr in dieser Hinsicht allmählich einen etwas weniger eng gefaßten Auftrag geben, als es heute schon möglich erscheint — vorausgesetzt allerdings, daß wir bis dahin besser gelernt haben, Intensität und zeitliche Verteilung der Wirkungen der Geldpolitik auf Produktion, Beschäftigung und Preisniveau abzuschätzen.

408. Es ist also das Prinzip der mittelfristigen Orientierung der Geldpolitik, an dem unbedingt festgehalten werden sollte. Dies erfordert zweifellos eine gewisse Robustheit gegenüber der Versuchung, auf die wechselnden Umstände des Tages allzu elastisch zu reagieren. Wird deutlich, daß diese Robustheit der Stabilität des Geldwerts dient, so braucht man eine übergroße Irritation auf den Kreditmärkten nicht zu befürchten, namentlich nicht auf den Märkten für langfristig anlagesuchendes Kapital.

409. Bei der Aufgabe, für das Jahr 1979 ein Geldmengenziel als mittelfristig orientiertes Basisziel der Geldpolitik vorzugeben, ist die Bundesbank vor allem vor zwei Fragen gestellt.

— Wie rasch kann die Geldpolitik, ohne unerwünschte Friktionen hervorzurufen, nach der starken monetären Expansion der jüngsten Vergangenheit zu einem Expansionspfad zurückstreben, der zum Wachstum des gesamtwirtschaft-

lichen Produktionspotentials paßt? Mit anderen Worten: Wie stark soll sie dem Problem des Tempowechsels Rechnung tragen?

— Inwieweit hat man davon auszugehen, daß inzwischen eine Überversorgung mit Zentralbankgeld eingetreten ist, absorbiert zwar durch eine derzeit im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt ungewöhnlich hohe Kassenhaltung, aber doch Überversorgung zu nennen insoweit, als die Zentralbankgeldmenge hinausgeht über das, was bei Vollauslastung der Produktionskapazitäten und wieder normalisierter Kassenhaltung ohne Gefährdung der Geldwertstabilität angeboten werden dürfte?

Unterstellt sei zunächst, aus der zweiten Frage heraus erwüchsen überhaupt keine Korrekturaufgaben. In diesem Falle hielten wir es für angemessen, die weitere monetäre Expansion allmählich so zu dämpfen, daß die bereinigte Zentralbankgeldmenge im Verlauf des gesamten Jahres 1979 nicht stärker zunimmt, als dem Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials (etwa 3 vH) zuzüglich einer — gemessen am Preisindex für das Bruttosozialprodukt — weiter ermäßigten Inflationsrate (etwa 3 vH) entspräche. Die monetäre Expansion würde dann im Verlauf des Jahres 1979 hinter die Expansion des nominalen Sozialprodukts zurückfallen, und zwar zunehmend. Dies paßte zu der Vorstellung, daß im konjunkturellen Aufschwung nicht nur die Auslastung der Produktionskapazitäten zunimmt, sondern auch die Ausnutzung einer gegebenen Geldmenge, die durchschnittliche Kassenhaltung also sinkt oder, was dasselbe ist, die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes steigt. Drückt man einen solchen Expansionspfad durch das aus, was er für die Veränderung der jahresdurchschnittlichen Zentralbankgeldmenge bedeuten würde, so ergibt sich — unter der vorläufigen Annahme, daß am Jahresende 1978 die bereinigte Zentralbankgeldmenge um etwa 5 vH über dem Bestand im Jahresdurchschnitt 1978 liegen wird — eine Jahreszuwachsrate von 8 vH bis 9 vH.

410. Die Unterstellung, daß die gegenwärtige Geldversorgung, bezogen auf das Produktionspotential, nur „normal" ist, dürfte allerdings zu optimistisch sein (Ziffern 140 ff.). Und insoweit das der Fall ist, liegen in der gegenwärtigen Kassenhaltung eben nicht nur konjunkturbedingte, sondern auch geldangebotsbedingte Reserven. Das Finanzierungspotential für künftige Nachfrage, das heute schon vorhanden ist, wäre entsprechend größer. Damit es nicht zur Finanzierung von Preissteigerungen zur Verfügung steht, müßte es bei der weiteren monetären Expansion angerechnet werden, rechtzeitig, wenn auch nicht abrupt. Die Crux ist, daß es nach wie vor nicht möglich erscheint, in empirisch einigermaßen verläßlicher Weise anzugeben, wie groß dieser Korrekturbedarf ist. Man kann sich an das, was „normale" Zentralbankgeldversorgung heißen mag, nur herantasten. Vermeidet die Bundesbank abrupte Kurswechsel, läßt aber keinen Zweifel daran aufkommen, daß mittelfristig der Kurs auf Geldwertstabilität festliegt, so halten sich die Risiken, die in solcher Unsicherheit liegen, auch in vertretbaren Grenzen. Konkret besagt dies: Ein Geldmengenziel für das Jahr 1979 in der Größenordnung, wie sie unter Ziffer 409 erläutert ist, sollte unter dem Vorbehalt der Abweichung nach unten stehen für den Fall, daß der konjunkturelle Aufschwung sehr kräftig zu werden tendiert — ein Vorbehalt im Zeichen der Normalisierung des Geldangebots.

411. Ein zweiter Vorbehalt wird sich auf die Wechselkursentwicklung beziehen müssen. Hält etwa die Tendenz zur Höherbewertung der D-Mark an den Devisenmärkten an und geht sie überdies deutlich über das hinaus, was durch die internationalen Unterschiede im Inflationstempo erklärt wird, so darf das als Indiz für eine Nachfrage nach D-Mark angesehen werden, die mit ausreichender Sicherheit inflationsfrei zusätzlich befriedigt werden kann.

412. Dies heißt nicht, daß die Bundesbank in entsprechendem Umfang an den Devisenmärkten intervenieren müßte oder sollte. Interventionen an den Devisenmärkten sind nur nützlich, wenn die Bundesbank hoffen kann, dadurch am besten zu einer Stabilisierung fehlgeleiteter Erwartungen beitragen zu können. Die Erfahrungen stützen solche Hoffnung kaum. Eine Notenbank, die aus wirtschaftspolitischen Gründen und nicht — wie etwa der private Marktteilnehmer — aus Interesse an Kursgewinnen am Devisenmarkt kauft und verkauft, ist von vornherein in einer unterlegenen Position. Sie bietet eine Einladung zur risikoarmen Spekulation gegen sich selbst. Die Kursverluste zu bekritteln, die die Bundesbank immer wieder nicht nur an ihren Altbeständen an Devisen, sondern auch an neu hinzugekauften erlebt, mag unangemessen sein angesichts der wohlerwogenen gesamtwirtschaftlichen Motive, aus denen heraus die Bundesbank zu handeln hat. Aber diese Kursverluste sind nicht nur der Ausweis für Vermögensverluste, sie sind möglicherweise auch der Ausweis für eine unzweckmäßige Wahl unter den geldpolitischen Mitteln. Hat man vor, die andrängende D-Mark-Nachfrage von Ausländern (teilweise) zu befriedigen, so mag es zweckmäßiger sein, das dann nötige zusätzliche Zentralbankgeld außerhalb der Devisenmärkte bereitzustellen, das Geschäft der Gegenspekulation aber den Privaten zu überlassen.

413. Was die Faktoren angeht, die die Zinsentwicklung in der nächsten Zukunft bestimmen werden — eine Zinsprognose ist selbstverständlich unmöglich —, so ist das Bild nach wie vor uneindeutig. Die Zinsentwicklung hat die weitere Senkung der Inflationsrate nicht mit vollzogen. Die Realzinsen sind sogar wieder gestiegen, und dies, obwohl sie auch schon vorher, hält man sich an längerfristige und internationale Vergleiche, keineswegs niedrig zu nennen waren. Offensichtlich haben sich Vorstellungen, die Periode der Zinssenkungen sei endgültig zu Ende, diesmal stärker befestigt als in den Phasen vorübergehender Angebotsstockung am Kapitalmarkt in den Jahren zuvor. Sie haben möglicherweise auch mehr Stützung von den quantitativen Faktoren. Die staatliche Kapitalnachfrage ist noch einmal stark gestie-

gen, und zwar anscheinend nicht nur vorübergehend. Hinzu kommt die Konjunkturbelebung im privaten Bereich. Hier ist der Konflikt angelegt, in dem die Geldmengenpolitik ihre Bewährungsprobe im Aufschwung sehen könnte. Doch es gibt auch Gründe, die der Erwartung, mit dem Fortgang des konjunkturellen Aufschwungs müsse es zu einer raschen Zinssteigerung kommen, entgegenstehen. Die konjunkturelle Belebung ist vorläufig noch verhältnismäßig stark von eigenfinanzierter Nachfrage getragen. Das kann noch eine Zeitlang anhalten, zumal wir eine spektakuläre Zunahme der Investitionsneigung für die nächste Zukunft nicht voraussehen. Außerdem: Bei anhaltendem Kapitalzustrom käme es von daher eher zu einem Druck auf die Zinsen. Bleibt zudem wegen niedriger Importpreise die Inflationsrate gering, sollte man nicht für unwahrscheinlich halten, daß weitere private Anleger ihre Reserve überwinden und von der kürzerfristigen Geldanlage zur längerfristigen überwechseln. Für die Zeit danach hängt dann alles davon ab, ob der Staat rechtzeitig einen Weg findet, seine Defizite zu vermindern. Je früher dieser Weg deutlich wird, um so besser für die Erwartungen, die die Zinsentwicklung nun einmal entscheidend prägen.

Finanzpolitik

414. Die Finanzpolitik steht weiterhin vor der Aufgabe, die noch schwachen konjunkturellen Auftriebskräfte zunächst durch expansive Impulse zu stützen, gleichzeitig aber die Wachstumsbedingungen für den privaten Sektor zu verbessern, um zur Lösung der mittelfristigen Beschäftigungsprobleme beizutragen und auf mittlere Frist den Abbau der hohen Haushaltsdefizite zu betreiben, die in diesem Jahr und den nächsten Jahren entstehen werden (Ziffern 304 ff.).

415. Im vergangenen Jahr hat die Finanzpolitik ihren Kurs geändert und versucht, mit Steuerentlastungen und durch eine verstärkte Expansion der öffentlichen Ausgaben der Konjunktur neuen Antrieb zu geben; außerdem hat sie weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Wachstumsbedingungen eingeleitet. Gemessen an unserem Konzept des konjunkturneutralen Haushalts gingen von den öffentlichen Haushalten im Jahre 1978 expansive Impulse in Höhe von gut 17 Mrd DM aus; im Jahre 1977 hatte es so gut wie keine Impulse gegeben (Ziffern 198 f.). Ungewiß war, ob dieser erneute Versuch, Investition, Produktion und Konsum über eine starke Ausweitung der staatlichen Defizite zu beleben, zu einem sich selbst tragenden Aufschwung führen würde, oder ob die konjunkturelle Entwicklung bald wieder an Kraft verlieren und auf ein unbefriedigendes Niveau zurückfallen würde. Diese Unsicherheit wurde verstärkt, als sich mit der kräftigen Höherbewertung der D-Mark die Aussichten für eine Stützung des Aufschwungs durch die Außenhandelsentwicklung verdüsterten; auch von der Lohnpolitik kam weniger Unterstützung, als zur Überwindung der anhaltenden Beschäftigungsprobleme durch mehr Wachstum nötig gewesen wäre (Ziffern 59 ff.). Hinzu kam das Drängen der ausländischen Partner auf eine expansive Politik in der Bundesrepublik, von der diese sich einen Beitrag zur Überwindung ihrer eigenen wirtschaftlichen Probleme versprachen. So sah sich die Finanzpolitik vor eine Entscheidung über den weiteren Kurs gestellt, noch bevor die bereits angelegten expansiven Impulse ihre Wirkung voll entfalten konnten. Handlungsbedarf für die Finanzpolitik hat der Sachverständigenrat in dieser Situation im Hinblick auf eine Verbesserung der Wachstumsbedingungen, nicht im Hinblick auf eine zusätzliche Nachfragestützung gesehen (SG 78 Ziffern 12 ff.; Anhang IV). Im Zusammenhang mit einem solchen Programm der Wachstumsförderung schien es jedoch wichtig, für einen mittelfristigen Ausgleich von Ausgabenerhöhungen und Steuerentlastungen durch Ausgabenkürzungen oder Steuererhöhungen an anderer Stelle zu sorgen, damit die Wachstumskräfte nicht durch einen erneuten Anstieg der bereits hohen öffentlichen Defizite behindert würden.

416. Der Kurs der Finanzpolitik für die Jahre 1979 und 1980 wurde durch die Beschlüsse der Bonner Weltwirtschaftskonferenz und deren Konkretisierung in den „Maßnahmen zur Stärkung der Nachfrage und zur Verbesserung des Wirtschaftswachstums" abgesteckt (Ziffer 175). Statt einer allmählichen Zurückführung der staatlichen Nettokreditaufnahme, wie es die vorjährigen Finanzpläne vorgesehen hatten, ist nunmehr zunächst eine kräftige Erhöhung der staatlichen Defizite geplant. Die Finanzpolitik für die Jahre 1979 und 1980 bleibt damit weiterhin und verstärkt auf eine Stützung der Nachfrage gerichtet.

417. Was im Jahr 1979 an konjunkturellen Impulsen von den öffentlichen Haushalten ausgehen wird, läßt sich im einzelnen noch schwer abschätzen. Anhaltspunkte für die Entwicklung der öffentlichen Ausgaben liefern die Entwürfe der Haushaltspläne. Sie liegen aber nur für den Bund und einige Länder vor. Nach dem bisherigen Verlauf der Haushaltsberatungen ist zu erwarten, daß die Haushaltsansätze in diesen Entwürfen vor der Verabschiedung noch etwas gekürzt werden. Informationen über die Haushaltspläne der Gemeinden für das nächste Jahr liegen uns nicht vor; auch die Angaben über deren Haushaltsführung im laufenden Jahr sind wegen Veränderungen in der Finanzstatistik nur wenig aussagekräftig (Ziffer 181).

Wir sind in unserer Prognose von einem Anstieg der öffentlichen Ausgaben von $6^1/_2$ vH ausgegangen. Danach würden die Ausgaben der Gebietskörperschaften im Jahr 1979 etwa 460 Mrd DM betragen. Bei der Steuerschätzung haben wir zugrunde gelegt, daß der neue Einkommensteuertarif zum 1. 1. 1979 in Kraft gesetzt und der Mehrwertsteuersatz zum 1. 7. 1979 um einen Prozentpunkt angehoben wird (beziehungsweise um einen halben Prozentpunkt beim ermäßigten Mehrwertsteuersatz). Nach unserer Schätzung werden die Steuereinnahmen auch 1979 nur verhalten steigen, und zwar um $4^1/_2$ vH auf etwa 333 Mrd DM. Die volkswirtschaftliche Steuerquote, die Steuereinnahmen in ihrem Ver-

hältnis zum Bruttosozialprodukt also, geht weiter zurück. Wir schätzen, daß sie im nächsten Jahr 24¼ vH betragen wird; im Jahre 1977 hatte sie bei 25,3 vH gelegen. Abermals sei angemerkt, daß das Ergebnis der Steuerschätzung mit großen Vorbehalten versehen werden muß. Vor allem die Auswirkungen der Steuerrechtsänderungen lassen sich aufgrund der unzureichenden Datengrundlage nur grob abschätzen (JG 77 Ziffer 152). Das Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts beträgt im Jahre 1979 nach unserer Schätzung etwa 49½ Mrd DM.

Durch den Rückgang der Steuerquote wird der Spielraum für eine konjunkturneutrale Inanspruchnahme des Produktionspotentials durch den Staat geringer. Anders gewendet: Von einem gegebenen Ausgabenvolumen gehen bei niedrigerer Steuerquote stärkere expansive Impulse aus. Nach unserer Rechnung zum konjunkturneutralen Haushalt wären bei einem Rückgang der Steuerquote auf 24¼ vH, einem zu erwartenden Wachstum des Produktionspotentials von 3 vH und einem konjunkturneutralen Anstieg des Preisniveaus (gemessen am Preisindex für das Bruttosozialprodukt im Jahresdurchschnitt) von 2½ vH Ausgaben der Gebietskörperschaften in Höhe von etwa 434 Mrd DM konjunkturneutral zu nennen. Die Differenz zu den von uns erwarteten Staatsausgaben steht für den konjunkturellen Impuls, der 1979 nach dieser Rechnung von den Haushalten der Gebietskörperschaften voraussichtlich ausgehen wird. Im kommenden Jahr beträgt er etwa 26 Mrd DM, das sind etwa 9 Mrd DM mehr als im laufenden Jahr und rund 26 Mrd DM mehr als im Jahre 1977 (Tabellen 34 und 35). Unschärfen, die aufgrund der Rechenregeln zum konjunkturneutralen Haushalt einzuräumen sind, betreffen zwar die absoluten Beträge, nicht aber die Tendenz einer Zunahme der expansiven Impulse (Ziffer 198).

418. Zur Stützung der konjunkturellen Auftriebskräfte war für 1978 ein hoher expansiver Impuls angemessen. Inzwischen zeichnet sich aber eine konjunkturelle Belebung ab, und diese dürfte auch die Entwicklung im kommenden Jahr tragen. Deshalb halten wir nicht für dringlich, daß der expansive Impuls im nächsten Jahr um so viel höher ausfällt als im Jahre 1978, wie sich gegenwärtig abzeichnet. Im Rahmen eines mittelfristigen Konzepts zur Stärkung der Wachstumskräfte erscheint es daher vernünftig, daß erwogen wird, im Zuge der Haushaltsberatungen bei den Ausgabenansätzen für das nächste Jahr noch mäßige Kürzungen vorzunehmen.

Zu einer solchen mittelfristigen Strategie gehört auch mehr Stetigkeit in der Finanzpolitik. Ein konjunkturpolitisch motiviertes Vorziehen von staatlichen Ausgaben kann zu einer besseren Nutzung der Kapazitäten führen. Sind diese weitgehend ausgelastet, dann sollte der Staat seine Ausgaben auf die Expansionsrate zurücknehmen, die mittelfristig geplant ist. Die kräftige Erhöhung der staatlichen Investitionsausgaben hat — verstärkt durch die staatliche Förderung von Energiesparmaßnahmen im Wohnungsbau — bereits einen starken Anstieg der Bauaufträge bewirkt (Ziffern 97 f.). Engpässe in der Bauausführung und Preissteigerungstendenzen machen deutlich, daß hier von zusätzlichen Maßnahmen kurzfristig nur wenig zusätzliche Bauleistungen zu erwarten sind.

419. Der starke Anstieg der konjunkturellen Impulse im Jahr 1978 ergibt sich sowohl aus Entlastungen bei der Lohn- und Einkommensteuer als auch aus der Ausweitung der öffentlichen Ausgaben. Aber auch die Bedingungen für die privaten Investitionen wurden verbessert. Erweiterte Möglichkeiten für eine degressive Abschreibung und höhere Abschreibungssätze, eine Verdoppelung der Investitionszulage zur Förderung von Forschungs- und Entwicklungstätigkeit und mehr Mittel für Existenzgründungsprogramme (Ziffer 435) schlagen quantitativ in den Haushaltsplänen zwar weit weniger zu Buch als die Maßnahmen zur Stützung der Nachfrage; ihre Wachstumswirkung läßt sich jedoch an der Veränderung der Defizite, die sie in den Haushaltsplänen hervorrufen, nur unzureichend ablesen.

420. Der erneute Anstieg der expansiven Impulse, den wir für das Jahr 1979 erwarten, resultiert zum größeren Teil aus Steuerentlastungen. Obwohl die Änderungen des Einkommensteuerrechts vom Herbst 1977 den Lohnsteuerzahlern und den Einkommensteuerpflichtigen im laufenden Jahr deutliche Entlastungen gebracht haben, hielt die Diskussion um eine weitere Eindämmung der Einkommensteuerbelastung an. Im Rahmen der Maßnahmen der Bundesregierung zur Stärkung der Nachfrage und zur Verbesserung des Wirtschaftswachstums wurde eine Reform des Einkommensteuertarifs beschlossen, durch die der allseits beklagte Sprung bei den Grenzsteuersätzen beseitigt wird. Infolge dieser Neuregelung werden die Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen nachhaltig entlastet; allein für 1979 schätzt das Bundesfinanzministerium die Ausfälle an Lohn- und Einkommensteuer auf 10 Mrd DM. Dieser steuerlichen Entlastung stehen zusätzliche Belastungen der privaten Haushalte durch die Erhöhung der Mehrwertsteuersätze gegenüber. Mit der Mehrwertsteuererhöhung ist jedoch kein voller Ausgleich der Ausfälle bei der Einkommensteuer geplant; außerdem soll die Einkommensteuersenkung bereits bis zum 1. Januar 1979, die Mehrwertsteuererhöhung dagegen erst zum 1. Juli 1979 in Kraft treten. Für das kommende Jahr ergibt sich daraus eine deutliche Stärkung der Kaufkraft der privaten Haushalte. Auch die beschlossenen sozialpolitischen und familienpolitischen Maßnahmen, vor allem die Anhebung des Kindergeldes, werden die Haushaltseinkommen erhöhen.

421. Die wachstumspolitischen Akzente, die die Bundesregierung im Rahmen ihrer Beschlüsse gesetzt hat, sind auf weitere Steuererleichterungen sowie zusätzliche Maßnahmen zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovationen gerichtet. Die Mittel für die direkte Förderung von Forschungsprojekten wurden aufgestockt, die Haushaltsansätze für die Forschung in der Kompetenz von Bundes-

Tabelle 34

Die Haushalte der Gebietskörperschaften 1979 in konjunktureller Sicht [1])

	Einheit	1978	1979
Staatsausgaben bei gleicher Staatsquote wie im Basisjahr 1966 (3)	Mrd DM	390,1	417,4
Vollbeschäftigungssteuereinnahmen bei gleicher Steuerquote wie im Basisjahr 1966 (5)	Mrd DM	306,5	327,9
Vollbeschäftigungssteuereinnahmen bei gleicher Steuerquote wie im jeweiligen Jahr (6)	Mrd DM	330,1	344,2
nachrichtlich: tatsächliche Steuereinnahmen ohne Verrechnung der Investitionszulage vom Dezember 1974 (6a)	Mrd DM	319,5	333,3
Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974 (6b)	Mrd DM	— 1,1	— 0,3
Mehreinnahmen aufgrund erhöhter Steuerquote (7)	Mrd DM	+23,7	+16,3
Konjunkturneutrales Haushaltsvolumen (8)	Mrd DM	413,8	433,7
Tatsächliche Staatsausgaben (9)	Mrd DM	431,3	460,0
Konjunktureller Impuls (10)	Mrd DM	+17,5	+26,3
nachrichtlich: konjunktureller Impuls des Haushalts unter Einrechnung der Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974	Mrd DM	+18,6	+26,6
Ex post: Der Abweichung der realisierten von der konjunkturneutralen Staatsquote entsprechen ... (11)	Mrd DM	+12,0	+23,3
Veränderung des konjunkturellen Impulses gegenüber dem jeweiligen Vorjahr (12)	Mrd DM	+17,0	+ 8,8
Zum Vorjahresvergleich			
Steigerungsrate			
(a) der tatsächlichen Staatsausgaben gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ...	vH	+ 8,6	+ 6,7
(b) des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens gegenüber den tatsächlichen Staatsausgaben im jeweiligen Vorjahr	vH	+ 4,2	+ 0,6
Bestimmungsfaktoren von (b)			
(c) Wachstumsrate des Produktionspotentials in Preisen von 1970	vH	+ 2,9	+ 3,0
(d) „Konjunkturneutrale" Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts	vH	+ 2,5	+ 2,5
(e) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der Steuerquote von der des jeweiligen Vorjahres	vH	— 1,3	— 2,1
(f) Basiskorrektur: Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der realisierten Staatsquote von der konjunkturneutralen im jeweiligen Vorjahr	vH	— 0,0	— 2,9
Volkswirtschaftliche Steuerquote (13)	vH	24,90	24,27
Konjunkturneutrale Staatsquote (14)	vH	30,36	29,74
Beanspruchte Staatsquote (15)	vH	31,64	31,54
Konjunktureller Impuls bezogen auf das Produktionspotential (16)	vH	+ 1,29	+ 1,80
Realisierte Staatsquote (17)	vH	31,22	31,32

[1]) Eigene Schätzung. Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und EG-Anteile. — Die in Klammern eingefügten Zahlen weisen auf das Berechnungsverfahren in Tabelle 27 hin. Methodische Erläuterungen siehe Anhang V, Abschnitt D. — Differenzen in den Summen durch Rundung.

Tabelle 35

Finanzierungssaldo und konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte 1979

Mrd DM

	1978	1979
I. Konjunkturneutrale Komponenten des Finanzierungssaldos [1])		
(a) Potentialorientierte Kreditaufnahme	−18,0	−19,3
(b) Auslastungsbedingte Steuermehreinnahmen bzw. -mindereinnahmen	−14,9	−13,2
(c) Inflationsbedingte Steuermehreinnahmen	+ 4,2	+ 2,3
(d) Änderungen im Deckungsbeitrag der „Sonstigen Einnahmen"	+ 5,4	+ 7,2
I. (a) bis (d) Konjunkturneutraler Finanzierungssaldo (= Finanzierungssaldo des konjunkturneutralen Haushalts)	−23,1	−22,8
II. Tatsächlicher Finanzierungssaldo [2])	−40,6	−49,1
IIa. nachrichtlich: tatsächlicher Finanzierungssaldo unter Einrechnung der Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974	−41,7	−49,4
I. ./. II. Konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte: (expansiv: +; kontraktiv: −)	+17,5	+26,3
I. ./. IIa. nachrichtlich: konjunktureller Impuls unter Einrechnung der Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974	+18,6	+26,6

[1]) Methodische Erläuterungen siehe Tabelle 26 und Anhang V, Abschnitt D.
[2]) Ohne Verrechnung der Investitionszulage des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974.

ministerien erhöht; außerdem sind Zuschüsse zu den Personalaufwendungen im Forschungs- und Entwicklungsbereich kleiner und mittlerer Unternehmen vorgesehen.

Das Schwergewicht der Technologieförderung liegt nach wie vor bei der direkten Projektförderung, die unter anderem den Nachteil hat, daß hier kleine und mittlere Unternehmen weniger leicht zum Zuge kommen können. Mit der Novellierung des Investitionszulagengesetzes — durch die der Satz der Zulage für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen verdoppelt, die Bemessungsgrundlage für die Förderung erweitert und die Zweckbindungsklauseln gelockert wurden —, mit der Einführung von Zuschüssen für Vertragsforschung und mit den erwähnten Zuschüssen zu Personalaufwendungen im Forschungs- und Entwicklungsbereich ist immerhin der Anteil der indirekten Forschungsförderung erhöht und die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen auch gezielt verbessert worden.

Neben den Bemühungen des Bundes gibt es in einigen Bundesländern landeseigene Programme zur Förderung von Entwicklungsvorhaben in vorwiegend mittelständischen Unternehmen; in weiteren Bundesländern sind solche Programme geplant. Inwieweit die Verstärkung der staatlichen Technologieförderung von den Unternehmen angenommen wird und inwieweit es gelingt, der Wirtschaft mit diesen Maßnahmen nachhaltige Wachstumsimpulse zu geben, muß abgewartet werden. Wachstumsimpulse brauchen Zeit, um sich entfalten zu können.

422. Was die steuerpolitischen Beschlüsse betrifft, so zielt vor allem die Abschaffung der Lohnsummensteuer auf wachstumsfördernde Impulse. Damit im Zusammenhang sollen Änderungen im Finanzausgleich stehen, die auch den Gemeinden, die keine Lohnsummensteuer erheben, und das sind die meisten, eine Senkung der Gewerbesteuer erlauben würden.

423. In den Beschlüssen vom Juli dieses Jahres ist eine mittelfristige Erhöhung der Haushaltsdefizite angelegt. Um zu vermeiden, daß dauerhaft erhöhte Defizite das wirtschaftliche Wachstum beeinträchtigen, müßte möglichst bald klar werden, wie und innerhalb welcher Zeit der Konsolidierungsbedarf gedeckt werden soll (Ziffern 305 ff.).

Marktpolitik

424. Bei wirksamem Wettbewerb versuchen die Unternehmen, vorstoßend Marktvorteile gegenüber ihren Mitbewerbern zu erringen. Das geschieht, indem den Abnehmern neue und bessere Produkte und Dienstleistungen angeboten werden. Bei wirksamem Wettbewerb sehen sich die Unternehmen aber auch bald durch nachstoßenden Wettbewerb genötigt, ihre Vorteile an die Konsumenten weiterzugeben. Wirksamer Wettbewerb ist daher sowohl Innovationswettbewerb als auch Preiswettbewerb.

Wettbewerb ist Selbstzweck wie Mittel zum Zweck. Der Sachverständigenrat sieht ihn nicht einseitig instrumental, wenn er hier seine Bedeutung für eine auf Wachstum und Stabilität ausgerichtete Wirtschaftspolitik betont.

425. Wettbewerbspolitik soll bewirken, daß die marktwirtschaftlichen Strukturen für Suchprozesse und Anpassungsprozesse offen und flexibel bleiben. Sie soll bewirken, daß es attraktiv ist, neue Produkte, Problemlösungen und Verfahren einzusetzen und zum Erfolg zu führen und das damit verbundene Risiko zu übernehmen. Das ist die offensive Komponente der Marktpolitik. Auf der anderen Seite wirkt Marktpolitik Versuchen entgegen, Marktstrukturen zu verfestigen und den Wettbewerb auszuschalten. Das ist die defensive Komponente der staatlichen Wettbewerbspolitik. Im wirtschaftlichen Strukturwandel ist es wichtig, daß beide Komponenten in einem ausgewogenen Verhältnis stehen.

Verschärfter Wettbewerb

426. Hoffnungen darauf, daß die Wettbewerbspolitik zur Lösung der Beschäftigungsprobleme beitragen könnte, setzen sowohl diejenigen, die von einer Verbesserung der Rentabilitätslage der Unternehmen eine Erhöhung ihrer Investitionen im Inland erwarten, als auch diejenigen, die die Gewinne als überhöht ansehen, weil sie eine zunehmende Vermachtung der Märkte konstatieren. Die Indizien dafür, daß sich die Wettbewerbsintensität in den letzten Jahren erheblich verändert hat, werden von diesen Gruppen zum Teil unterschiedlich gewürdigt.

427. In der zunehmenden Anzahl von Fusionen, der steigenden Neigung zur Gründung von Gemeinschaftsunternehmen und zum Abschluß von Kooperationsverträgen werden von den einen Zeichen einer zunehmenden Vermachtung der Märkte gesehen, die anderen werten sie als Ausdruck intensiveren Wettbewerbs. In Zeiten größeren Wettbewerbsdrucks nehmen die Versuche zu, sich ihm durch Aufgabe der wirtschaftlichen Selbständigkeit oder durch Zusammenarbeit mit anderen ganz oder teilweise zu entziehen. Wer nicht rechtzeitig erkennt, daß er den verschärften Wettbewerbsbedingungen nicht gewachsen ist, scheidet aus dem Markt aus.

428. Verschärfter Wettbewerb wird dann zum „Auslesewettbewerb": Die Zahl der Betriebsschließungen, Konkurse und Vergleiche steigt. Während die Anzahl der Insolvenzen von Unternehmen in den Jahren von 1955 bis 1969 bei rund 4 000 jährlich lag, stieg sie in den Jahren von 1970 bis 1974 an und liegt seit 1975 bei über 9 000 jährlich. Immer geringer sind die Aussichten geworden, Unternehmen, die in die Krise geraten sind, mit Hilfe der Gläubiger fortführen zu können: Die Anzahl der Vergleiche, die früher einen beachtlichen Anteil an den Insolvenzen hatten, ist seit einigen Jahren sehr niedrig.

429. Steigende Wettbewerbsintensität kommt am deutlichsten in einer Verminderung der Gewinnmargen von Unternehmen zum Ausdruck. Auf vermachteten Märkten werden Monopolrenten erzielt; auf Märkten mit wirksamem Wettbewerb werden Pioniergewinne schnell aufgezehrt, und Kostenvorteile müssen an die Abnehmer weitergegeben werden.

Eine Untersuchung der Jahresabschlüsse von Industrieaktiengesellschaften zeigt, daß die auf das Gesamtkapital bezogenen Gewinne und Fremdkapitalzinsen in den Jahren von 1960 bis 1977 deutlich gesunken sind. Dabei ist es größeren Unternehmen offenbar leichter gefallen als kleineren, ihre Gewinne im zunehmenden Wettbewerbsdruck zu verteidigen. Noch deutlicher zeigt sich diese Differenzierung, wenn man die Eigenkapitalrentabilität der Aktiengesellschaften betrachtet. Sie hat sich insgesamt erheblich vermindert; die kleineren Aktiengesellschaften haben jedoch wesentlich größere Einbußen hinnehmen müssen als die größeren.

430. Der Wettbewerb auf dem Binnenmarkt der Bundesrepublik hat an Schärfe und Intensität in den letzten Jahren zugenommen. Dies ist nicht nur auf die durch die Freigabe der Wechselkurse herbeigeführte Verschärfung des internationalen Wettbewerbs zurückzuführen, der die inländischen Unternehmer stärker auf den heimischen Markt verweist und den deutschen Markt für ausländische Exporteure interessanter gemacht hat. Zur Verschärfung des Wettbewerbs hat auch beigetragen, daß sich das Wachstum der Wirtschaft deutlich verlangsamt hat. Auf stark expandierenden Märkten steht der Wettbewerb um den Zuwachs an Nachfrage im Vordergrund. Marktanteilsverschiebungen kommen zustande, ohne daß ein Unternehmen Abnehmer verlieren müßte. Auf stagnierenden Märkten zielt die Konkurrenz nicht vorwiegend auf die zusätzlich für das Produkt zu gewinnenden Kunden, sondern ist darauf gerichtet, Abnehmer von Wettbewerbern abzuziehen. Marktanteilsgewinne sind immer mit Nachfrageverlusten bei Wettbewerbern verbunden.

431. Ein Unternehmen wendet in einer Situation verschärften Wettbewerbs unterschiedliche Strategien zugleich an. Teilweise wird die Sicherung des Unternehmens in einer offensiven Strategie gesucht, teilweise in einer Verteidigungsstrategie. Die Unternehmen versuchen, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen diesen beiden Strategien zu finden. Die Wettbewerbspolitik kann die Bedingungen beeinflussen, unter denen dieses Gleichgewicht zustande kommt (Ziffer 281).

Für mehr offensive Marktpolitik

432. Marktpolitik kann die Bedingungen für innovatorische Prozesse verbessern. Je besser diese sind, um so wichtiger ist, daß der nachstoßende Wettbewerb Wirksamkeit entfalten kann. Innovatorische Prozesse werden verstärkt durchgeführt, wenn ausreichend viele Unternehmen neu gegründet werden und bestehende Unternehmen auf neue Märkte vorstoßen.

433. Es wird daher als ein beunruhigendes Zeichen angesehen, daß die Anzahl der Selbständigen auch außerhalb der Landwirtschaft über Jahre hinweg abgenommen hat und teilweise ein Überschuß von ausscheidenden über neu gegründete Unternehmen zu verzeichnen ist.

434. Der Rückgang der Anzahl der Selbständigen außerhalb der Landwirtschaft betrifft vor allem den Handel, aber auch das verarbeitende Gewerbe und das Baugewerbe. Allein im Handel ist die Anzahl der Selbständigen zwischen 1960 und 1977 um mehr als 250 000 zurückgegangen, im verarbeitenden Gewerbe um mehr als 100 000. Nur im Dienstleistungsbereich hat deren Anzahl zugenommen, und zwar um über 50 000.

Aus dieser Entwicklung wird die Forderung abgeleitet, die Marktpolitik solle die Bedingungen verbessern, unter denen es zur Gründung von Unternehmen und dazu kommt, daß die Erfolgsaussichten solcher Gründungen günstig eingeschätzt werden können.

435. Der Sachverständigenrat hat bereits mehrfach für eine Förderung von Unternehmensgründungen geworben. Er hat dies vorwiegend wachstumspolitisch begründet (JG 76 Ziffer 323; JG 77 Ziffern 446 ff.). Er hat dabei auch davor gewarnt, einfach mehr Mittel für Subventionen zu fordern. Von gleichem Rang ist, daß sich junge Unternehmen am Markt so rasch durchsetzen können, daß die hohen Anlaufverluste in der Startphase von Pioniergewinnen abgelöst werden.

In der Startphase eines Unternehmens haben Finanzierungsprobleme eine besonders große Bedeutung. Die Bundesregierung und die Landesregierungen haben Programme für die Gründung selbständiger Existenzen geschaffen und die dafür vorgesehenen Haushaltsmittel nicht unerheblich aufgestockt. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß die Hauptprobleme bei der Gründung einer selbständigen wirtschaftlichen Existenz, der Mangel an Eigenkapital und die Belastungen durch Zins- und Tilgungsverpflichtungen gerade in der Startphase, in der Anlaufverluste unvermeidlich sind, mit Hilfe der bisherigen Programme nicht ausreichend angegangen werden konnten. Die Bundesregierung bereitet jetzt ein Programm zur Erleichterung der Eigenkapitalbeschaffung für Existenzgründungen vor. Danach sollen zeitlich befristet staatliche Mittel mit Eigenkapitalcharakter gewährt werden. Der Eigenkapitalcharakter dieser Mittel kommt darin zum Ausdruck, daß keine dinglichen Sicherheiten für sie bestellt werden müssen und daß sie im Konkursfall voll haften. Fremdkapitalcharakter haben sie insoweit, als die Mittel verzinslich gegeben werden. Es wird damit gerechnet, daß dieses Eigenkapitalhilfeprogramm die Gründung von rund 12 000 selbständigen Existenzen jährlich ermöglichen könnte.

Der Erfolg von Unternehmensgründungen hängt aber nicht nur von einer ausreichenden Eigenkapitalbasis ab. Ungenügende Kenntnisse rechtlicher Regelungen, aber auch mangelnde Ausbildung in den Methoden der Unternehmensführung sind es, die in vielen Fällen das Überleben der jungen Unternehmen gefährden. Diese Gefahrenquellen sollen durch den Ausbau des Beratungswesens für kleine und mittlere Unternehmen beseitigt werden. Hierbei ist nicht nur an einen quantitativen Ausbau der Beratungsförderung gedacht, sondern vor allem an Maßnahmen zur Verbesserung der Wirksamkeit des Beratungswesens. Die Erfahrungen zeigen, daß dies vordringlich ist.

436. Vorstoßender Wettbewerb kommt nicht nur von neu gegründeten Unternehmen. Er kommt auch von ausländischen Unternehmen, die auf den deutschen Märkten Fuß fassen. Es liegt im Interesse eines Landes, das in so starkem Maße exportorientiert ist wie die Bundesrepublik, daß der Zugang zu den deutschen Märkten offen gehalten und, soweit noch Hemmnisse bestehen, weiter geöffnet wird. Dies geschieht durch Verstärkung der Harmonisierungsbemühungen im Bereich der Europäischen Gemeinschaft und durch weitere Liberalisierung des Handels auch mit Staatshandelsländern. Hier liegen freilich besondere Schwierigkeiten.

437. Für die Dynamik der Märkte sind letztlich neue Produkte und Dienstleistungen entscheidend, gleichgültig, ob sie von neu gegründeten oder von bestehenden Unternehmen stammen. Die Förderung expansiver neuer Branchen durch Innovationsförderung und Schaffung von Wettbewerbsbedingungen, unter denen sich eine hohe Innovationsrate einstellt, sind Aufgaben einer offensiven Marktpolitik.

Für eine hohe Innovationsrate in der Wirtschaft ist es wichtig, daß Neuerungen sowohl von großen als auch von kleineren Unternehmen kommen. Der Förderung der Forschungstätigkeit in kleineren und mittleren Unternehmen kommt hohe wettbewerbspolitische Bedeutung zu. Die Bundesregierung bereitet ein Programm für die Gewährung von Zuschüssen und Aufwendungen für das in Forschung und Entwicklung tätige Personal von kleinen und mittleren Unternehmen des Produzierenden Gewerbes vor. Die Mittel sollen von der Arbeitsgemeinschaft Industrieller Forschungsvereinigungen e. V. (AIF) im Auftrage des Bundesministers für Wirtschaft verwaltet werden. Die Forschungsaufwendungen müssen dazu dienen, in technologischer Hinsicht neue oder verbesserte Erzeugnisse oder Verfahren zu gewinnen, die die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Unternehmens verbessern sollen.

438. Der Erfolg von Innovationen wird davon bestimmt, daß sich die neuen Produkte schnell am

Markt durchsetzen und einen ausreichenden Marktanteil gewinnen, um die hohen Anlaufverluste während der ersten Jahre zu tilgen und schließlich Gewinne abzuwerfen. Von neuen Gütern eines Unternehmens werden auch auf expandierenden Märkten häufig Marktanteile erreicht, die über den Grenzen liegen, bei denen das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen eine marktbeherrschende Stellung vermutet. Da auf diesen Märkten das Risiko des nachstoßenden Wettbewerbs groß ist, mag es im Rahmen einer offensiven Marktpolitik vertretbar erscheinen, die innovatorischen Unternehmen nicht alsbald mit dem wettbewerbsrechtlichen Risiko der Preisaufsicht zu belasten. Es kommt hinzu, daß sich Vergleichspreise für innovatorische Güter, wie sie im Preisaufsichtsverfahren ermittelt werden müssen, praktisch kaum ermitteln lassen (JG 76 Ziffer 385). Die Verfolgung von Behinderungsmißbräuchen ist dagegen gerade auf innovatorischen Märkten wichtig, um zu verhindern, daß der Innovator den Marktzugang für nachstoßende Konkurrenz behindert.

439. Verbreitet ist die Ansicht, daß der Innovationswettbewerb an Intensität verliert, wenn Großunternehmen durch den Ankauf kleinerer Unternehmen auf einem Markt Fuß zu fassen suchen. Es sei daher geboten, dem Eindringen von Großunternehmen auf vorwiegend mittelständische Märkte Einhalt zu gebieten, um die kleinen und mittleren Unternehmen in ihrer Innovationstätigkeit nicht zu entmutigen.

Größe an sich stellt noch keine Gefährdung des Wettbewerbs dar. Dies ist die Grundlinie, von der der Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen ausgeht. Der Gesetzentwurf behält auch dort, wo die Vermutungstatbestände an Größenmerkmale anknüpfen, den Bezug zur Marktbeherrschung und zur Ausübung von Macht als ordnungspolitische Legitimation für die Fusionskontrolle bei. Er knüpft allerdings die Vermutung, daß Marktmacht mit Größe gleichzusetzen sei, an den Fall, daß ein Unternehmen mit Umsatzerlösen von mindestens 2 Mrd DM ein Unternehmen kauft, das auf einem mittelständisch strukturierten Markt tätig ist. Diese Vermutung wird auf die plausible Annahme gestützt, daß das große Wettbewerbspotential, über das große Unternehmen verfügen, einen abschreckenden Effekt auf kleinere Mitbewerber hat und diese zu einem weniger vorstoßenden Wettbewerbsverhalten veranlaßt. Die Großunternehmen werden durch den neuen Vermutungstatbestand, der Fusionen auf derartigen Märkten weitgehend unterbinden dürfte, auf den Weg des Wachstums von innen heraus beziehungsweise darauf verwiesen, auf mittelständischen Märkten auf dem Umweg über den Erwerb eines ausländischen Unternehmens Fuß zu fassen. In jedem Falle wird die Zahl der Wettbewerber auf dem bisher mittelständisch strukturierten Markt zunächst erhöht und damit der Wettbewerb intensiviert.

440. Zu einer offensiven Marktpolitik gehört es auch, deutschen Anbietern und Nachfragern den Zugang zu den internationalen Märkten offenzuhalten. Dem dient, daß die Bundesregierung im internationalen Rahmen — so in der Europäischen Gemeinschaft, in der laufenden GATT-Runde, den UNCTAD-Konferenzen und bei der Seerechtskonferenz — für freien Welthandel, eine weitere Liberalisierung der Handelsströme und für den Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse eintritt. Diese Bemühungen könnten durch institutionelle Verbesserungen in der internationalen Wettbewerbsordnung gestützt werden. Das wurde zunächst zwar ausschließlich für die Kontrolle der Tätigkeit von multinationalen Unternehmen gefordert, wird nunmehr aber auch unter dem Gesichtspunkt einer verbesserten Aufsicht über internationale Kartelle und zur Eindämmung staatlich bewirkter Wettbewerbsverzerrung diskutiert.

Für wirksamere Maßnahmen gegen Vermachtung

441. Mangel an Bereitschaft, in neue risikoreiche Märkte einzudringen, aber auch als ungenügend eingeschätzte Erfolgsaussichten mögen vor allem in den weniger stark wachsenden Bereichen der Wirtschaft eine Politik der Verteidigung und Festigung von Marktpositionen begünstigen. Nicht selten wird die Gefahr des Verlustes von Arbeitsplätzen zur Rechtfertigung von Wettbewerbsbeschränkungen herangezogen. Erstarrung dieser Märkte ist vielfach die Folge. Nicht überall, wo man Erstarrung von Märkten beobachtet, hat dies allerdings auf der Anbieterseite seine Ursache. Auch Nachfragemacht im Bereich von Handel und Industrie kann zur Verkrustung von Märkten beitragen. Die Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen soll die Instrumente der Marktpolitik so verbessern, daß derartigen Vermachtungstendenzen besser entgegengewirkt werden kann. Hierzu sollen vor allem die Verbesserung der Mißbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen sowie die Verbesserung der Fusionskontrolle dienen.

442. Auch staatliche Eingriffe tragen zur Verfestigung von Marktstrukturen bei. Staatliche Subventionen an notleidende Unternehmen können eine Verminderung des Anpassungsdrucks bei den betroffenen Unternehmen, möglicherweise aber auch ein Nachlassen des Leistungswillens bei den Unternehmen zur Folge haben, die sich düpiert vorkommen müssen, wenn der Staat einen Konkurrenten, der sich als unterlegen erwiesen hat, wider die Spielregeln des Marktes wieder aufrichtet. Sie sind daher wettbewerbspolitisch unerwünscht, so sehr sie aus sozialen und arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten kurzfristig gerechtfertigt erscheinen. Staatliche Förderung notleidender Branchen bindet Ressourcen in Bereichen, in denen sie nicht zur Bewältigung des Strukturwandels beitragen können. Die Genehmigung von Strukturkrisenkartellen mit Umstrukturierungsauflagen fügt einem ordnungspolitisch problematischen Instrument ein zweites hinzu: die Einbindung des Staates in die unternehmerische Verantwortung.

Gegen Protektionismus

443. Nicht nur durch Subventionen versuchen die Staaten, wirtschaftliche Schwierigkeiten in bestimmten Branchen und Bereichen der Wirtschaft zu erleichtern oder zu überwinden. Häufig sind es auch protektionistische Maßnahmen, mit denen der heimischen Wirtschaft zu Lasten ausländischer Anbieter geholfen werden soll. Seitdem die wirtschaftlichen Schwierigkeiten weltweit zugenommen haben, mehren sich derartige Maßnahmen im internationalen Handel, und dies, obwohl immer wieder bekundet wird, wie notwendig es sei, den freien Welthandel zu erhalten und zu verbessern. Es gibt eine große Anzahl von Importbeschränkungen der verschiedensten Formen in fast allen Ländern. Das GATT-Sekretariat hat eine Schätzung vorgelegt, wonach allein die von Industrieländern seit 1974 neu eingeführten Handelsbeschränkungen 3 vH bis 5 vH des Welthandels betreffen. Das Erlahmen der Widerstände gegen die Versuchung, sich durch Protektionismus zu helfen, ist eine sehr beunruhigende Entwicklung der letzten Jahre.

444. Auch die Europäische Gemeinschaft greift mehr und mehr zu protektionistischen Maßnahmen. Auf wichtigen Märkten wird der Import durch Lizenzpflichten und freiwillige Selbstbeschränkungsabkommen behindert, zum Teil um den Erfolg von Strukturkrisenkartellen handelspolitisch abzusichern. Ende des Jahres 1977 war das Welttextilabkommen erweitert und um vier Jahre verlängert worden. Im Rahmen dieses Abkommens hat die Europäische Gemeinschaft mit 23 Textillieferländern bilaterale Selbstbeschränkungsvereinbarungen getroffen. Mindestpreise und ein Strukturkrisenkartell sollen die Strukturanpassung der Stahlindustrie erleichtern. Europäische Chemiefaserhersteller haben ein Krisenkartell angemeldet. Der Europäische Agrarmarkt ist dem internationalen Wettbewerb seit jeher weitgehend entzogen.

445. Die laufende GATT-Runde wird zeigen, ob der protektionistische Trend gebremst werden kann. Im Mittelpunkt dieser Verhandlungen steht der Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse. Insbesondere geht es um eine internationale Vereinbarung über Regeln für die Gewährung staatlicher Subventionen an Industrieunternehmen und Branchen sowie über den allmählichen Abbau wettbewerbsverzerrender Subventionen. Der Abschluß einer solchen Vereinbarung ist für die Aufrechterhaltung des freien Welthandels wichtig. Von gleichem Rang ist eine Vereinbarung über die Regeln, nach denen Staaten Ausgleichszölle erheben können, um Wettbewerbsverzerrungen bei der Einfuhr zu begegnen. Es wird angestrebt, die Zulässigkeit solcher Ausgleichszölle von dem Nachweis des Schadens für die heimische Wirtschaft abhängig zu machen und internationale Institutionen zu schaffen, die einen solchen Schadensnachweis prüfen.

Von der Europäischen Gemeinschaft wird ferner eine Revision der Schutzklausel des GATT-Vertrages angestrebt. Nach der bisher geltenden Klausel kann ein Land nur allgemein wirkende Regelungen ergreifen, um sich gegen Marktstörungen zu schützen. Die Abänderung soll dazu führen, daß diese Schutzklausel auch selektiv gegen einzelne Marktstörer angewandt werden kann. Kommt es nicht zu der gewünschten Veränderung, werden die Versuche, „freiwillige" Selbstbeschränkungsabkommen abzuschließen, möglicherweise verstärkt fortgesetzt. Dies ist wettbewerbspolitisch unbefriedigend. Ebenso unbefriedigend ist allerdings die Möglichkeit, daß die neue Schutzklausel gegen einzelne „Marktstörer" protektionistisch mißbraucht werden könnte.

Arbeitsmarktpolitik

446. Arbeitsmarktpolitik hat in der gegenwärtigen Situation nach wie vor großer Arbeitslosigkeit einen hohen Rang. Ihre Fortentwicklung ist eine wichtige Aufgabe für die nächsten Jahre. Arbeitsmarktpolitik verbessert die Situation der Arbeitsuchenden, erleichtert den Ausgleich von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt und kann auch versuchen, das Angebot an Arbeitsplätzen zu beeinflussen.

447. Das Angebot an Arbeitsplätzen reicht gegenwärtig für Vollbeschäftigung nicht aus. Es gibt in der Arbeitslosigkeit erhebliche regionale Unterschiede. Wachstumspolitik, die zu mehr Arbeitsplätzen insgesamt führt, und regionale Strukturpolitik, die die Einrichtung von Arbeitsplätzen dort begünstigt, wo die Beschäftigung suchenden Menschen wohnen, haben mithin arbeitsmarktpolitische Bedeutung. Sie mildern die Anpassungslasten im Strukturwandel, die der einzelne, aber auch die Gesamtheit, zu tragen haben.

448. Die Möglichkeiten der Arbeitsmarktpolitik, auf das Angebot an Arbeitsplätzen einzuwirken, sind begrenzt. Auf kürzere und mittlere Sicht ist dieses Angebot nach Umfang und Struktur durch die produktionstechnischen Gegebenheiten und die ökonomischen Bedingungen des Marktes bestimmt. Dies gilt vor allem in den fertigungsnahen Bereichen. Bei Verwaltungs- und Führungstätigkeiten läßt auch ein rationeller Arbeitsablauf mehr Gestaltungsmöglichkeiten zu. Die Erfahrungen mit neueren Formen der Arbeitsorganisation zeigen, daß das Angebot an Arbeitsplätzen im Betrieb nicht starr ist und daß Arbeitsinhalte in gewissem Maße flexibel sind. Auf längere Frist gilt ohnehin, daß das Angebot an Arbeitsplätzen auch von den Einstellungsentscheidungen in der Vergangenheit mitbestimmt wird.

449. Das Angebot an Stellen wird bei gegebener Arbeitsmenge von der Arbeitszeitregelung beeinflußt. Der Sachverständigenrat hat sich zu Fragen der Vermehrung von Stellen über Arbeitszeitverkürzung mehrfach geäußert, zuletzt in seinem Sondergutachten vom Juni dieses Jahres (SG 78 Ziffern 31 ff.; Anhang IV). Er hat dabei darauf hingewiesen, daß die verschiedenen Formen der Arbeitszeitverkürzung in unterschiedlichem Ausmaß zur

Schaffung neuer Arbeitsplätze führen können. Der Beitrag von Teilzeitarbeit und Verlängerung der Bildungszeit wäre höher anzusetzen als der anderer Formen der Arbeitszeitverkürzung. Allerdings führt Arbeitszeitverkürzung nicht in jedem Falle zu einer Vermehrung des Stellenangebots. Gibt es zu wenig Fachkräfte und können deshalb die Unternehmen ihre Produktion nicht ausweiten, dann können von Arbeitszeitverkürzung sogar negative Wirkungen für die Beschäftigung insgesamt ausgehen.

450. Obwohl es 1978 erheblich mehr betriebliche Ausbildungsplätze gab als im vergangenen Jahr und in einzelnen Berufen und Regionen nicht alle freien Ausbildungsplätze besetzt werden konnten, muß im Blick bleiben, daß das Angebot an Ausbildungsplätzen nach wie vor in einer Reihe von Berufen und Regionen deutlich hinter der Nachfrage zurückbleibt. Es erscheint als sicher, daß die Anzahl der angebotenen Ausbildungsplätze insgesamt die Nachfrage 1978 nicht um mehr als 12,5 vH übersteigt. Käme die Bundesregierung Anfang kommenden Jahres zu der Überzeugung, daß mit einer wesentlichen Verbesserung der Ausbildungssituation nicht zu rechnen sei, dann wären die Voraussetzungen für die Erhebung einer Ausbildungsplatzabgabe gemäß Ausbildungsplatzförderungsgesetz erfüllt; sie würde zur Förderung betrieblicher und zur Unterhaltung überbetrieblicher Ausbildungsplätze zu verwenden sein.

Zur Verbesserung des Angebots für Problemgruppen kommt eine direkte Förderung von Ausbildungsplätzen in Betracht. Es wird auch erwogen, zusätzliche Ausbildungsplätze für Mädchen in Berufen zu fördern, die nach traditionellem Verständnis bisher Männern vorbehalten waren.

Das Angebot an Arbeitsplätzen für Jugendliche, die kein Ausbildungsverhältnis eingehen wollen, ist nicht ohne Einfluß auf künftige Arbeitsmarktprobleme. Jugendliche, die Arbeit als Ungelernte einer Berufsausbildung vorziehen, gehören zu der Gruppe Nichtqualifizierter, deren Beschäftigungsrisiken erheblich höher sind als die der qualifizierten Arbeitskräfte. Maßnahmen, die dazu dienen, Arbeitsplätze für diese jüngeren Arbeiter mit Bildungsinhalten anzureichern und damit die Fortbildungsbereitschaft der Jugendlichen zu entwickeln, können Instrumente einer präventiven Arbeitsmarktpolitik sein.

451. Die Einrichtung von Teilzeitarbeitsplätzen ist eine weitere angebotswirksame Maßnahme. Auf bestimmten Teilarbeitsmärkten wie dem der Frauen trägt sie dazu bei, einen besseren Ausgleich von Angebot und Nachfrage herbeizuführen. Der öffentliche Dienst hat begonnen, die Einrichtung solcher Arbeitsplätze voranzutreiben. Die Einrichtung von Arbeitsplätzen für ältere Menschen, auf denen diese mit altersabhängig gestaffelten Arbeitszeiten eingesetzt werden sollen, wird diskutiert. Dies wäre eine Maßnahme, durch die das Angebot an Arbeitsplätzen der Arbeitsfähigkeit von Mitarbeitern angepaßt wird.

452. Besondere Schwierigkeiten bereitet es, ein Angebot an Arbeitsplätzen hervorzubringen, das den Möglichkeiten und Fähigkeiten besonders benachteiligter Gruppen unter den Arbeitsuchenden, wie Behinderten oder auch Älteren, entgegenkommt. Hier bedarf es nach den vorliegenden Erfahrungen, auch des Auslandes, nicht unerheblicher Mittel, wenn es gelingen soll, die Unterschiede in der Leistungsfähigkeit von Mitgliedern der Problemgruppen zu den anderen Arbeitskräften zu überbrücken, es sei denn, man wollte den Weg einer stärkeren Lohndifferenzierung beschreiten. Der Eingliederungsbeihilfe kommt hier eine erhebliche Bedeutung zu. Anscheinend haben es große Unternehmen leichter, Arbeitsplätze den speziellen Erfordernissen von Arbeitskräften aus Problemgruppen anzupassen. Ein überproportionaler Anteil an den Eingliederungsbeihilfen wird von Großunternehmen in Anspruch genommen. Es wäre zu prüfen, wie das Angebot an solchen Arbeitsplätzen im Bereich der mittleren und kleinen Betriebe verbessert werden kann.

453. Die Nachfrage nach Arbeitsplätzen hat sich nach mehreren Jahren hoher Arbeitslosigkeit deutlich verändert. Ein wachsender Teil der Arbeitslosen hat sinkende Chancen, rasch wieder eine Beschäftigung zu finden (Ziffer 107). Mit der Verbesserung des Schutzes der Beschäftigten vor Verlust ihres Arbeitsplatzes — so wichtig und wünschenswert das war und ist — wurden die Anpassungslasten der Unterbeschäftigung verstärkt denjenigen auferlegt, die keinen Arbeitsplatz haben. Das trifft unter Umständen gerade diejenigen hart, die selbst zur Gruppe der besonders Geschützten gehören, aber arbeitslos sind. Es wird nicht darum gehen können, den Schutz der Arbeitsplätze für Beschäftigte wieder zu lockern. Die Rückwirkungen, die diese Maßnahmen für die Arbeitslosen haben, können aber nicht übersehen werden. Die notwendige und wohl gewollte Folge ist, daß sich die Arbeitsmarktpolitik dieser Problemgruppen annehmen und ihre Beschäftigungschancen verbessern muß.

454. Arbeitskräfte ohne berufsqualifizierenden Abschluß haben gegenüber besser ausgebildeten ein größeres Risiko, den Arbeitsplatz zu verlieren, und eine geringere Chance, einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Sie stellen den größten Anteil unter den derzeit Arbeitslosen. Es kommt hinzu, daß die Anzahl der Stellenangebote für beruflich Nichtqualifizierte im Verhältnis zu den Arbeitslosen besonders klein ist. Der Trend, daß die Anzahl der Arbeitsplätze für nicht qualifizierte Arbeitskräfte schneller abnimmt als die Anzahl der nicht qualifizierten Arbeitskräfte selbst, dürfte sich auch in Zukunft fortsetzen. Dem wird arbeitsmarktpolitisch dadurch begegnet, daß Anreize geboten werden, Qualifikationen nachzuholen und durch Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen fachliche Eignung zu erlangen. Im Rahmen des Aktionsprogramms „Berufliche Bildung und Beschäftigungslage" geben die Arbeitsämter gezielt Anregung und Hilfe, die Bildungsangebote wirksamer zu nutzen. Die Bildungsbereitschaft vor allem unter den Arbeitslosen, die aus verschiedenen Gründen, so auch wegen geringer beruflicher Qualifikation, nur schwer zu vermitteln sind, soll geweckt und entwickelt werden.

455. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen werden in verstärktem Maße durchgeführt. Das genannte Aktionsprogramm dient auch der Verbesserung der Beschäftigungschancen von Frauen, die erstmalig oder erneut in das Berufsleben eintreten wollen. Durch berufskundliche Information sollen Frauen, die zu Büroberufen tendieren, für andere Berufe interessiert werden. Durch Verstärkung von Teilzeitbildungsmaßnahmen wird es den Frauen in größerem Umfange als bisher möglich, an Bildungsmaßnahmen teilzunehmen.

Von besonderem Rang ist die Aufgabe, das Beschäftigungssystem als ganzes für weibliche Arbeitskräfte durchlässiger zu machen. Durch Aufklärung wird dafür geworben, daß Frauen auch in nicht frauentypischen Berufen gleiche Einstellungschancen erhalten wie Männer. Modellversuche der Bundesanstalt für Arbeit zur Erschließung gewerblich-technischer Berufe für Mädchen dienen ebenfalls diesem Ziel.

456. Arbeitslose Behinderte und andere in ihrer Leistung beeinträchtigte Arbeitslose haben es besonders schwer, wieder Beschäftigung zu finden. Mit Maßnahmen der beruflichen Rehabilitation wird die Wiedereingliederung von Behinderten in das Berufsleben gefördert. Es ist in Aussicht genommen, in Zukunft die Betriebe stärker an der Rehabilitation von Behinderten zu beteiligen, weil so eher Aussicht auf Weiterbeschäftigung besteht. Die Bundesanstalt für Arbeit gewährt Arbeitgebern Darlehen oder Zuschüsse von in der Regel bis zu 80 vH des Arbeitsentgelts auf die Dauer von bis zu zwei Jahren, wenn sie leistungsgeminderte Arbeitskräfte einstellen. Im Haushalt 1978 waren Eingliederungsbeihilfen für 100 000 Personen vorgesehen. 1977 war die Inanspruchnahme dieser Beihilfen sprunghaft auf 103 000 Fälle angestiegen. In welchem Umfang dadurch zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden, läßt sich schwer abschätzen.

Einarbeitungszuschüsse werden Arbeitgebern für die Einstellung von solchen Arbeitnehmern gewährt, die der beruflichen Förderung am Arbeitsplatz bedürfen, um eine volle Leistung erbringen zu können. Der Arbeitgeber verpflichtet sich, dem Mitarbeiter qualifizierende berufliche Kenntnisse und Fertigkeiten zu vermitteln. Es wird damit gerechnet, daß die Zahl der geförderten Personen 1978 bei etwa 4 000 liegt.

Für eingeschränkt leistungsfähige Arbeitnehmer sind auch die Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung ein Mittel, mit dem diese Personen wieder in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden sollen. Die Erfahrung zeigt, daß immerhin rund die Hälfte der Personen, die an Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung teilnehmen, anschließend Beschäftigung findet, ein Drittel in einem festen Arbeitsverhältnis.

Gelegentlich wird angeregt, das Einstellungsrisiko, das der Arbeitgeber trägt, dadurch zu senken, daß die kündigungsschutzfreie Zeit durch eine Verlängerung der Probezeit erweitert wird. Es erscheint jedoch fraglich, ob damit ein nennenswerter Gewinn an zusätzlicher Beschäftigung erzielt werden könnte.

457. Ältere Arbeitslose bilden deshalb eine Problemgruppe für die Arbeitsmarktpolitik, weil sie nur geringe Chancen haben, wieder einen Arbeitsplatz zu finden. Die Arbeitsplatzsicherheit, die ältere Beschäftigte genießen, mindert die Chancen älterer Arbeitsloser, wieder Arbeit zu finden. Eingliederungsbeihilfen werden auch für diese Personengruppe gewährt.

Vielfach wird in der Vorverlegung der Altersgrenze für den Bezug von Altersruhegeld eine Lösung der arbeitsmarktpolitischen Probleme gesehen. Wir haben im Juni 1978 darauf hingewiesen (SG 78 Ziffer 39; Anhang IV), daß es sich hierbei um eine sehr teuere Lösung handelt, die zudem nicht immer mit Vorteilen für die Betroffenen verbunden ist. Einerseits wird auf die Vorteile einer Vorverlegung der Altersgrenze besonders für Arbeitnehmer mit schwerer körperlicher Arbeit hingewiesen, andererseits mehren sich die Stimmen, die vor den psychischen Störungen warnen, die ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Berufsleben zur Folge haben kann. Die Ansicht, für den früheren Eintritt in den Ruhestand sprächen nicht nur gewisse positive Beschäftigungseffekte, sondern auch humanitäre Gründe, wird nicht uneingeschränkt geteilt. In den neunziger Jahren könnte es zudem wegen der demographischen Entwicklung in der Bundesrepublik wünschenswert sein, daß die Lebensarbeitszeit auch ausgedehnt werden kann.

458. Die Jugendarbeitslosigkeit ist ein schweres gesellschaftspolitisches Problem. In der Bundesrepublik ist sie, vor allem dank des dualen Systems der beruflichen Bildung, niedriger als in anderen Industriestaaten. Aber man kann sich damit nicht begnügen. Zu seiner Lösung kann die Arbeitsmarktpolitik nur einen begrenzten Beitrag leisten, da die Gründe, die zur Jugendarbeitslosigkeit führen, im allgemeinen früher angelegt sind. Durch Berufsberatung und durch gezielte Förderungs- und Schulungsmaßnahmen können die Chancen der Jugendlichen, Beschäftigung zu finden, aber verbessert werden.

459. Dem besseren Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt kann eine bessere Einschaltung und Vermittlungstätigkeit der Arbeitsämter dienen. Davon verspricht man sich, daß die Information über Arbeitsplätze und ihre Inhalte und die Information über die Eignung von Arbeitsuchenden erhöht wird mit der Konsequenz, daß Besetzungsvorschläge gezielter gemacht werden können. Darüber hinaus erwartet man eine Erhöhung der Transparenz auf den Teilarbeitsmärkten; Hemmnisse bei der Wiedereingliederung von Arbeitslosen sollen dadurch abgebaut werden.

460. Nach der im Auftrag der Bundesregierung durchgeführten Untersuchung über Arbeitsuche, berufliche Mobilität, Arbeitsvermittlung und Beratung sind bessere Vermittlungsergebnisse vor allem von einer noch intensiveren Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Vermittlungsdiensten der Arbeitsämter zu erwarten. Die Unternehmen, insbesondere kleinere und mittlere Betriebe, klagen über mangelnde Kooperation und wünschen engeren Kontakt mit

den Vermittlern. Durch häufigere Betriebsbesuche könnten diese eine bessere Kenntnis von den praktischen betrieblichen Anforderungen erlangen, die heute an Arbeitsuchende gestellt werden. Einer wirkungsvolleren Beratungs- und Vermittlungstätigkeit dienen nicht nur der Erfahrungsaustausch unter den Landesarbeitsämtern und die Erweiterung der Vermittlungstätigkeit über die Grenzen von Arbeitsämtern hinaus, sondern auch die 1978 beschlossene Erhöhung der Stellenzahl für Arbeitsvermittler und die Neuorganisation der Arbeitsvermittlung. Es ist vorgesehen, die individuelle Betreuung der Arbeitslosen zu verbessern, durch eine nachgehende Betreuung den Vermittlungserfolg zu sichern und die Fachvermittlung auszubauen. Vermittlung und Beratung werden in der neuen Organisationsstruktur miteinander verzahnt. Die Kontakte zu den Betrieben sowie die Beratung von Arbeitgebern sollen intensiviert werden.

III. Alternativen zum Status quo

461. Folgen die Wirtschaftspolitik und die Lohnpolitik den aufgezeigten Grundlinien, so ist Spielraum und Anreiz für mehr private Investitionen und damit für mehr Wachstum auf mittlere Sicht gegeben. Man kann sich davon keine schnellen Erfolge versprechen. Die Förderung der wirtschaftlichen Dynamik und die Begrenzung des Kostenanstiegs werden erst auf mittlere Sicht die Nachfrage nach Arbeitskräften so stark erhöhen, wie es für eine Lösung des Beschäftigungsproblems nötig ist.

Immerhin, obwohl wir der Wirtschaftspolitik für 1979 nicht zu zusätzlichen Maßnahmen raten, würde eine Politik, die darauf gerichtet ist, für möglichst günstige Wachstumsbedingungen zu sorgen, zusammen mit einer flexiblen Lohnpolitik den von uns prognostizierten Anstieg von Produktion und Beschäftigung im kommenden Jahr wenn nicht schon deutlich beschleunigen, so doch sicherer machen. Sie beugte der Gefahr vor, daß die konjunkturelle Erholung wegen ungelöster Angebotsprobleme erneut einen Rückschlag erleidet. Wir halten eine solche neuerliche Abschwächung zwar nicht für die wahrscheinlichste Entwicklung, doch für wahrscheinlich genug, daß Wirtschaftspolitik und Lohnpolitik sie in Rechnung stellen sollten.

462. Eine auf mehr Beschäftigung durch mehr Wachstum ausgerichtete Politik würde auch helfen, den Expansionsprozeß im Inland abzusichern, wenn sich die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen erneut verschlechtern sollten. Ein neuerliches Erlahmen der Weltkonjunktur oder anhaltende Unruhe an den Devisenmärkten würden der Exportwirtschaft neue Belastungen auferlegen und auch den Anpassungsdruck für jene Bereiche verstärken, die im Inland mit ausländischen Anbietern konkurrieren, und dies um so mehr, je stärker dann die Neigung in den einzelnen Ländern würde, die eigenen Exporte zu forcieren und Importe über Handelshemmnisse zu erschweren. Dies würde nicht nur die heimische Ausfuhr, sondern über eine Verschlechterung der Ertragslage mehr noch die Investitionsneigung in den vom Außenhandel abhängigen Bereichen treffen und mit abnehmender Produktion und Beschäftigung auch den privaten Verbrauch. Nach unserer Schätzung würde im Jahre 1979 bei einem Anstieg der Exporte um 2½ vH statt um 4 vH, wie wir in unserer Status-quo-Prognose annehmen, der Zuwachs des realen Sozialprodukts wegen dieser negativen Rückwirkungen um 1 vH niedriger ausfallen, und es wären annähernd 100 000 Arbeitnehmer weniger beschäftigt als nach unserer Prognose. Auf mittlere Sicht könnte der Unterschied zwar geringer sein, weil damit gerechnet werden kann, daß die Unternehmen nicht ohne Erfolg versuchen dürften, sich mit verbesserten oder neuen Produkten im Inland wie im Ausland Nachfrage zu erhalten und zusätzliche zu erschließen; die Rückkehr zu einem hohen Beschäftigungsstand würde aber wesentlich schwerer. Um so wichtiger wäre es, daß die Anpassung durch eine flexible Lohnpolitik und durch eine Finanzpolitik erleichtert wird, die die Risiken des Strukturwandels mindert und die Finanzierungsmöglichkeiten verbessert.

463. Angesichts ihrer starken Exportabhängigkeit kann die Bundesrepublik in keinem Fall darauf setzen, Vollbeschäftigung etwa allein aus eigener Kraft zu erreichen. Deshalb muß eine Politik für Vollbeschäftigung durch mehr Wachstum auch darauf hinwirken, daß die weltweiten Wirtschaftsprobleme gelöst werden und zwar nicht im Sinne einer kurzatmigen Ankurbelung der Konjunktur in den einzelnen Ländern, sondern durch die Beseitigung von Wachstums- und Handelshemmnissen mit dem Ziel, die internationale Arbeitsteilung zu fördern. Der Beitrag, den eine dadurch bewirkte größere weltwirtschaftliche Dynamik für die deutsche Wirtschaft leisten kann, besteht nicht in der Zunahme des Überschusses in der Handelsbilanz. Das Ziel ist, daß beide, Exporte wie Importe, höher sind. Mehr Exporte bedeuten mehr Investitionen, Beschäftigung, Einkommen und privaten Verbrauch und damit auch mehr Importe. Und mehr Importe ermöglichen es, Produktivkräfte woanders, beispielsweise in der Exportwirtschaft, rentabler einzusetzen. Alternativrechnungen zu unserer Prognose hatten folgendes Ergebnis: Auch ohne daß der Außenbeitrag steigt, könnte etwa bei einem zusätzlichen Exportanstieg um 1½ Prozentpunkte wegen der Rückwirkungen auf die Binnennachfrage ein Mehr an Sozialprodukt von einem halben Prozentpunkt und zusätzliche Beschäftigung für 50 000 bis 100 000 Arbeitnehmer erwartet werden.

464. In der Öffentlichkeit ist nach wie vor umstritten, ob eine Politik der Vollbeschäftigung durch mehr Wachstum zum angestrebten Ziel führt, oder ob nicht ganz andere Wege beschritten werden müssen, wenn auf mittlere Sicht wieder ein hoher Beschäftigungsstand erreicht werden soll. Teils wird bezweifelt, daß die Verbesserung der Angebotsbedingungen die Nachfrage nach Arbeitskräften im notwendigen Umfang steigern kann, teils herrscht Skepsis darüber, ob die dazu notwendigen Schritte, namentlich in der Lohnpolitik, getan werden oder

getan werden können. Die beiden wichtigsten Strategievorstellungen hierzu sind die Politik einer forcierten Arbeitszeitverkürzung und die Politik einer verstärkten staatlichen Nachfragestimulierung.

465. Die Gewerkschaften haben eine verstärkte Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit zum Handlungsprogramm erhoben. Auch in der Vergangenheit hat der Wunsch der Arbeitnehmer nach mehr Freizeit dazu geführt, daß der Produktivitätsfortschritt nicht voll für Lohnerhöhungen, sondern teilweise für Arbeitszeitverkürzungen genutzt wurde. Allerdings blieb der Wunsch nach mehr Einkommen dominant. Gegenwärtig wird vorgeschlagen, die Arbeitszeit auch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Diese Strategie basiert auf der Auffassung, daß die in der Volkswirtschaft nachgefragte Menge an Arbeit nach oben begrenzt sei und daß es deswegen darauf ankomme, diese durch Verkürzung der Arbeitszeit auf mehr Personen zu verteilen. Die Vorschläge reichen von der Verkürzung der Wochenarbeitszeit, der Verlängerung des Urlaubs bis hin zur Verkürzung der Arbeitszeit für bestimmte Arbeitnehmergruppen (SG 78 Ziffern 31 ff.; Anhang IV). Die Strategie einer forcierten Arbeitszeitverkürzung setzt darauf, daß die nachgefragte Menge an Arbeit durch die Beschränkung der individuellen Arbeitszeit nicht berührt wird und daß die Arbeitslosen die freiwerdende Arbeit übernehmen können. Um ein Bild davon zu gewinnen, ob diese Erwartung realistisch ist, und um die volkswirtschaftlichen Erträge und Kosten sichtbar zu machen, haben wir zu unserer Status-quo-Prognose eine Variante durchgerechnet, die über die bereits angenommene Arbeitszeitverkürzung von 0,5 vH hinaus eine zusätzliche von 1,5 vH vorsieht (Ziffern 468 ff.). Dabei haben wir unterstellt, daß die zusätzliche Arbeitszeitverkürzung auf die Lohnerhöhungen angerechnet, also gegenüber den Status-quo-Bedingungen kostenniveauneutral vorgenommen wird. Machte man diese Annahme nicht, dann ergäben sich Rückwirkungen auf die Investitionsneigung, die nicht Ergebnis der Arbeitszeitverkürzung als solcher, sondern auf den Anstieg des Kostenniveaus zurückzuführen wären.

466. Eine zweite Alternativstrategie wird vielfach in einer Ausweitung der staatlichen Nachfrage gesehen, die durch eine zusätzliche Kreditaufnahme finanziert werden soll. Sie wird aus unterschiedlichen Motiven vorgeschlagen. Die einen erhoffen sich von einer noch massiveren Initialzündung des Staates, als sie in den Haushaltsplänen für 1979 angelegt ist, die Anstöße für einen Aufschwung, der anschließend von der privaten Nachfrage der Konsumenten und Investoren weitergetragen wird. Das Ziel ist also letztlich auch hier die Förderung der privaten Nachfrage. Andere glauben jedoch, daß der Staat nicht nur vorübergehend, sondern dauerhaft an die Stelle der Privaten treten müsse, da diese ihre Einkommen nicht voll für ihre privaten Bedürfnisse, für Konsumgüter und die dafür notwendigen Investitionen, ausgeben wollen, so daß der Staat ungenutzte Einkommen aufnehmen und für öffentliche Aufgaben verwenden könne und müsse.

467. Wir haben uns mit den Auffassungen beider Richtungen in unserem letzten Jahresgutachten eingehend befaßt (JG 77 Ziffern 236 ff.). Hinsichtlich der kurzfristigen und mittelfristigen Wirkungen einer durch Kredite finanzierten zusätzlichen Ausweitung der Staatsausgaben haben wir andere Schätzurteile als die Befürworter dieser Strategie. Wir haben dazu noch eine zweite Variante zu unserer Status-quo-Prognose durchgerechnet, die sich durch einen zusätzlichen finanzpolitischen Impuls von 10 Mrd DM auf der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte unterscheidet (Ziffern 479 ff.). Dabei haben wir berücksichtigt, daß angesichts der hohen Kapazitätsauslastung in der Bauwirtschaft die staatlichen Investitionen, die großenteils aus Bauten bestehen, kurzfristig nicht mehr stark ausgeweitet werden können. Der Variante liegt die Annahme zugrunde, daß die Mehrausgaben für zusätzliche Stellen, Sachkäufe, Sozialleistungen und nur in mäßigem Umfang auch für zusätzliche öffentliche Investitionen verwendet werden.

Strategie der forcierten Arbeitszeitverkürzung

468. Bei einer zusätzlichen Verkürzung der Arbeitszeit, die um 1,5 vH über die in unserer Status-quo-Prognose angenommene hinausgeht, würde im Jahre 1979 nur ein Bruchteil der rein rechnerisch möglichen Mehrbeschäftigung von 375 000 Arbeitnehmern realisiert. Denn es ist nicht zu erwarten, daß die vorhandenen Arbeitslosen kurzfristig die freiwerdende Arbeit übernehmen können. Es müssen ja nicht nur die Diskrepanzen zwischen den angebotenen und nachgefragten Arbeitsplätzen hinsichtlich der beruflichen Qualifikation, hinsichtlich der regionalen Verteilung und hinsichtlich der Arbeitsbedingungen überbrückt werden, sondern die Betriebe müssen auch die gesamte Arbeit so auf die einzelnen Beschäftigten neu verteilen, daß sie zusätzliche Arbeitsplätze anbieten können. In kleinen Unternehmen, in denen nach wie vor ein großer Teil der Arbeitnehmer beschäftigt ist, summiert sich die freiwerdende Arbeitszeit nicht einmal zu der Arbeitszeit einer vollen Arbeitskraft. Für mittlere und größere Betriebe gilt dasselbe bei einem Teil der Berufsgruppen. Und dort, wo eine Umwandlung von Arbeitszeit in Arbeitsplätze möglich ist, sind Anpassungen bei den Arbeitnehmern und Unternehmen notwendig, die Zeit brauchen.

469. Die Unternehmen dürften daher zunächst versuchen, die Verkürzung der Arbeitszeit im Rahmen des Möglichen durch das Einlegen von Sonderschichten oder von Überstunden auszugleichen. Für die betreffenden Arbeitnehmer verwandelt sich dann lediglich tarifliche in übertarifliche Arbeitszeit. Dies ist wegen der Überstundenzuschläge für die Arbeitnehmer attraktiv, insbesondere für solche, die zusätzliches Einkommen zusätzlicher Freizeit vorziehen.

470. Die Unternehmen werden außerdem bestrebt sein, die Arbeitsproduktivität zu steigern. Diese Bemühungen können durchaus erfolgreich sein, auch

wenn die Unternehmen heute schon ihre vorhandenen Rationalisierungsmöglichkeiten weitgehend ausschöpfen. In einigen Branchen können die Unternehmen noch Produktivitätsreserven nutzen, die darin liegen, daß ihre Kapazitäten noch nicht ausgelastet sind. In vielen Bereichen kommt es erfahrungsgemäß bei einer Verkürzung der Arbeitszeit zu einer Erhöhung der Arbeitsintensität, zumal die Leistungsfähigkeit meist um so größer ist, je kürzer die Arbeitnehmer beansprucht werden.

Sind diese Wege zum Ausgleich der Arbeitszeitverkürzung nicht gangbar und sind keine geeigneten Arbeitskräfte zu finden, könnten die Unternehmen gezwungen sein, auf mögliche Aufträge zu verzichten oder zumindest die Ausführung von Aufträgen zeitlich zu strecken. Soweit nicht andere in die Aufträge eintreten können, würde infolge der Arbeitszeitverkürzung sonst mögliche Produktion und Beschäftigung ausfallen.

471. Der letzte Fall zeigt, daß man bei der Berechnung der Beschäftigungswirkungen einer Arbeitszeitverkürzung nicht ohne weiteres von einem unveränderten Arbeitsvolumen ausgehen kann, schon gar nicht auf kurze Sicht. Wegen der Grenzen in der Austauschbarkeit von Arbeitskräften vermindert die Verkürzung der Arbeitszeit die Menge des zur gegebenen Nachfrage am Arbeitsmarkt passenden Arbeitsangebots und hemmt insoweit die Produktionsausweitung selbst dann, wenn die Arbeitslosigkeit noch hoch ist. Aber auch die Nachfrage nach Arbeitskräften bleibt von der Politik einer forcierten Arbeitszeitverkürzung nicht unberührt, falls die Nachfrage nach Gütern zurückgeht. Dies könnte insbesondere für die Investitionsneigung, aber auch für die Nachfrage der privaten Haushalte gelten.

472. Da mit der Arbeitszeitverkürzung kein zusätzlicher Kostenanstieg verbunden sein soll, braucht sie insoweit die Investitionsneigung nicht zu beeinträchtigen. Was eine kostenniveauneutrale Verkürzung der Arbeitszeit für die Lohnabschlüsse bedeutet, muß letztlich in den Tarifverhandlungen herausgefunden werden. Die Arbeitnehmer wehren sich mit dem Hinweis auf die Produktivitätseffekte, die eine Arbeitszeitverkürzung hat, gegen eine volle Anrechnung auf die Lohnerhöhungen. Die Arbeitgeber machen geltend, daß der Produktvitätseffekt die zusätzlichen Kosten nicht aufwiegt, die darin bestehen, daß sie die Kosten für die Umorganisation und für die Einrichtung neuer Arbeitsplätze tragen müssen, ihre Produktionsanlagen nicht mehr so lange nutzen können und mehr Überstundenzuschläge zahlen müssen. Wir haben in unserer Rechnung unterstellt, daß das Wahrscheinliche in der Mitte liegt, daß also eine Verkürzung der Arbeitszeit um 1,5 vH einen ebenso großen Abschlag bei den Verdiensten je Beschäftigten erfordert, wenn die Lohnkosten und die übrigen Kosten zusammengenommen nicht zusätzlich steigen sollen.

Eine Politik der forcierten Arbeitszeitverkürzung könnte indessen die Investitionsneigung aus anderen Gründen dämpfen. Die Unternehmen müssen befürchten, daß qualifizierte Arbeitskräfte noch knapper werden, so daß sie für neue Produktionsanlagen nicht die erforderlichen Arbeitskräfte finden oder sie erst mit hohen Kosten anlernen müssen. Diese Erwartung könnte manches Unternehmen veranlassen, auf arbeitsplatzschaffende Investitionen zu verzichten. Die Verstärkung der Rationalisierungsinvestitionen kann hier jedoch teilweise einen Ausgleich schaffen.

473. Soweit die Verkürzung der Arbeitszeit nicht durch Überstunden ausgeglichen wird, ist das Einkommen der bisher Beschäftigten geringer als sonst. Auch die Produktionsbehinderung infolge der zusätzlichen Friktionen auf dem Arbeitsmarkt führt zu Einkommenseinbußen. Das Mehreinkommen der zusätzlich eingestellten Arbeitskräfte macht dies nicht wett, denn der Umfang an Neueinstellungen vermindert sich ja nicht nur um den friktionsbedingten Beschäftigungsausfall, sondern auch durch die Einsparungen an Arbeitskräften als Folge des Produktivitätsanstiegs. Zu berücksichtigen ist auch, daß das verfügbare Einkommen nur bei Neueinstellungen aus der „Stillen Reserve" um den vollen Nettolohn steigt, während es bei Arbeitnehmern, die bisher arbeitslos waren, nur um die Differenz von Nettolohn und Arbeitslosenunterstützung zunimmt. Der Ausfall an Einkommen braucht jedoch nicht zu einem gleich großen Ausfall an Konsumausgaben zu führen. Man kann vielmehr annehmen, daß der Gewinn an Freizeit dazu anregt, mehr vom Einkommen auszugeben. Aufgewogen werden die dämpfenden Einflüsse dadurch aber aller Voraussicht nach nicht. Denn noch ist es für die weitaus meisten Haushalte das Einkommen und nicht die nötige Zeit, was den privaten Verbrauch begrenzt.

474. Da die Lohnsumme im ganzen niedriger ausfällt, ist das Aufkommen aus Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträgen geringer. Dieser Einnahmenausfall geht über das hinaus, was an Unterstützung von Arbeitslosen eingespart wird, die eine neue Beschäftigung finden. Soll die Strategie der Arbeitszeitverkürzung nicht mit einer zu starken Ausweitung der Defizite der öffentlichen Haushalte verbunden sein, so kann der Staat nicht den vollen Betrag, den er durch die Anrechnung der Arbeitszeitverkürzung bei seinen Personalkosten einspart, für die Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte nutzen.

475. Die Beschäftigungsbilanz einer forcierten Verkürzung der Arbeitszeit kann auf kurze Sicht — etwa für das Jahr 1979 — nur geringe Erfolge aufweisen. Folgt man einer Umfrage des Ifo-Instituts, so werden die Unternehmen den Ausfall an regulärer Arbeitszeit zunächst weitgehend durch Überstunden und Rationalisierung kompensieren, gleichgültig ob es sich um eine Verringerung der Wochenarbeitszeit oder um eine Verlängerung des Urlaubs handelt. Wir sind in unserer Rechnung davon ausgegangen, daß dadurch zwei Drittel des rechnerischen Beschäftigungseffekts aufgebraucht werden.

Von dem verbleibenden Teil ist möglicherweise noch ein Abschlag für friktionsbedingten Produktions- und Beschäftigungsausfall in Rechnung zu stellen. Und schließlich: Da das Arbeitsvolumen

kleiner wäre, als es unserer Status-quo-Prognose entspricht, wäre auch die Bruttolohnsumme niedriger, unter unseren Annahmen um etwa 4 Mrd DM, und die Nettolohnsumme fiele um etwa 2,5 Mrd DM geringer aus. Da diese Einkommenseinbuße kaum durch einen entsprechenden Anstieg der Verbrauchsneigung wettgemacht werden dürfte, käme es über die Verminderung des privaten Verbrauchs nochmals zu einer Reduktion des Arbeitskräftebedarfs, insoweit die solchermaßen begründete Produktionseinschränkung nicht zu einer Minderung des Produktivitätseffekts der Arbeitszeitverkürzung führt. Statt der rechnerischen Beschäftigungszunahme um 375 000 Arbeitnehmer wäre für 1979 ein Anstieg der Anzahl der Beschäftigten um kaum mehr als 60 000 bis 80 000 zu erwarten.

476. Mittelfristig dürfte die Beschäftigungsbilanz jedoch positiver aussehen. Im Verlauf der Zeit wird es den Unternehmen möglich sein, durch Maßnahmen der Arbeitsorganisation Arbeitsplätze für zusätzliche Arbeitskräfte zu schaffen, die einen Teil der von den beschäftigten Arbeitskräften weniger geleisteten Arbeit übernehmen. Ein vermehrtes Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen würde hier sehr hilfreich sein. Außerdem könnte die Zeit dazu genutzt werden, die neu einzustellenden Arbeitskräfte für die angebotenen Arbeitsplätze zu qualifizieren, sofern sich offene Stellen auch nach längerer Suche nicht mit den benötigten Fachkräften besetzen lassen. Die Überwindung dieser Friktionen verursacht freilich Kosten.

Gleichwohl kann eine Politik der forcierten Arbeitszeitverkürzung auch auf mittlere Sicht nicht mit der gleichen Menge an Arbeit rechnen wie eine Politik, bei der die Arbeitszeit nicht schneller verkürzt wird, als dies in der Vergangenheit der Fall war, und bei der eine Korrektur des Kostenniveaus das für Vollbeschäftigung notwendige Angebot an rentablen Arbeitsplätzen besorgt. Überdies kommt auch eine Politik der forcierten Arbeitszeitverkürzung nicht ohne eine zurückhaltende Lohnpolitik aus; denn sie hat zu berücksichtigen, daß der vom Produktivitätsfortschritt her gegebene Verteilungsspielraum nicht voll für Reallohnsteigerungen genutzt werden kann, weil die Unternehmen bei gleicher Produktion mehr Investitionskapital für die Einrichtung zusätzlicher Arbeitsplätze aufwenden müssen.

477. Soweit die Politik einer forcierten Arbeitszeitverkürzung mit Kosten verbunden ist — zusätzlichen Kapitalkosten und Kosten für die Überwindung von Friktionen —, muß sie den Beschäftigten Einkommenseinbußen zumuten, ohne daß diese im gleichen Umfang bisher Arbeitslosen zugute kommen. Ein Verzicht auf mögliches Einkommen und Wachstum ist der Preis für die Arbeitszeitverkürzung. Er ist in Kauf zu nehmen, wenn der Verzicht auf Einkommen zugunsten von mehr Freizeit den Wünschen der Arbeitnehmer entspricht. Ist dieser Verzicht jedoch unfreiwillig, so muß sich die Politik der Arbeitszeitverkürzung anrechnen lassen, daß sie Menschen daran hindert, mit mehr Arbeit mehr Einkommen zu erzielen. Zu ihrer Rechtfertigung müßte sie darauf verweisen können, daß kein anderer Weg erkennbar sei, der einen Abbau der Arbeitslosigkeit verspricht.

478. Die volkswirtschaftlichen Kosten einer forcierten Arbeitszeitverkürzung zeigen sich nicht nur in niedrigeren Einkommen der Privaten, sondern auch darin, daß der Staat als Folge der verminderten Einkommensexpansion weniger Steuern und die Sozialversicherung weniger Beiträge einnimmt, wobei die Einsparungen an Arbeitslosenunterstützung den Einnahmenausfall nicht aufwiegen. Dieser würde noch vergrößert, wenn die Arbeitnehmer den unfreiwilligen Verzicht auf Einkommen dadurch wettzumachen suchten, daß sie in ihrer Freizeit für sich oder für andere arbeiten. Ein Teil der Produktion und der Einkommenserzielung würde dann von den Unternehmen in die Haushalte verlagert. Besteuerte Markteinkommen würden durch nicht besteuerte Nichtmarkteinkommen ersetzt.

Zu denjenigen, die die Kosten der Arbeitszeitverkürzung tragen müssen, gehören nicht zuletzt auch die Rentner. Ganz abgesehen von den Finanzierungsproblemen, die auf die Rentenversicherung zukommen, hat die Verwendung des Produktivitätsfortschritts für mehr Freizeit die Konsequenz, daß die Rentner in geringerem Ausmaß am Produktivitätsfortschritt beteiligt sind, denn ihre Einkommen steigen gemäß der Rentenformel nicht nach Maßgabe der Einkommen je Stunde, sondern nach Maßgabe der Einkommen je Beschäftigten.

Strategie der verstärkten Nachfragestimulierung

479. Der zusätzliche finanzpolitische Impuls in Höhe von 10 Mrd DM hat kurzfristig vor allem unmittelbare Wirkungen auf Produktion und Beschäftigung, indem der Staat mehr Personal einstellt, selbst Güter kauft oder durch Einkommensübertragungen andere in den Stand setzt, mehr Güter kaufen zu können.

Über den Erfolg dieser Strategie entscheiden indessen nicht nur die unmittelbaren, sondern auch die mittelbaren Wirkungen. Zu beachten sind dabei nicht nur die positiven Folgewirkungen, die sich aus den Ausgabenentscheidungen der unmittelbar Begünstigten für die wirtschaftliche Situation Dritter ergeben, sondern auch die negativen Rückwirkungen, die die zusätzliche Verschuldung des Staates auf das Ausgabenverhalten der Privaten hat. Wir sind skeptisch, ob im Ergebnis bei den mittelbaren Wirkungen die positiven überwiegen.

480. Gewiß, die staatlichen Impulse werden dadurch verstärkt, daß etwa die vom Staat zusätzlich eingestellten Arbeitnehmer Einkommen ausgeben. Außerdem erhöht sich die Kapazitätsauslastung bei denjenigen Unternehmen, denen die vom Staat bewirkte Nachfrage zugute kommt. Für die Investitionsbereitschaft darf man sich allerdings kurzfristig nicht zu viel versprechen; denn nach den Erfahrungen der letzten Jahre reagieren die Unternehmen auf einen Nachfrageanstieg nur verzögert und nur dann, wenn sie ihn für dauerhaft halten. Gerade bei

staatlich ausgelösten Nachfrageschüben werden viele Unternehmen an der Dauerhaftigkeit zweifeln und zunächst abwartend bleiben.

481. Der höhere Kreditbedarf des Staates bedeutet höhere Zinsen, als sie sich sonst einstellen würden. Da der Staat stärker als andere Kreditnehmer am Kapitalmarkt engagiert ist und die Anleger dort oftmals sehr sensibel auf Veränderungen der öffentlichen Verschuldung reagieren, kann der Zinseffekt sogar größer sein, als es der tatsächlichen Beanspruchung der volkswirtschaftlichen Ersparnis durch den Staat entspricht, etwa weil die Anleger befürchten, daß die erhöhte Verschuldung inflatorisch wirken könnte. Der Zinsanstieg würde zinsabhängige Ausgaben der Unternehmen und der privaten Haushalte zurückdrängen. Kapitalzuflüsse aus dem Ausland könnten zwar den Zinsanstieg und die Inflationserwartungen dämpfen, zugleich würden sie aber die Aufwertung der D-Mark verstärken und die Absatz- und Ertragserwartungen der mit ausländischen Anbietern konkurrierenden Unternehmen beeinträchtigen. Zu berücksichtigen ist schließlich, daß sich zwar in einigen Unternehmen die Absatz- und Einkommenserwartungen verbessern, daß sie aber in anderen durch die Sorge gedämpft werden, daß die erhöhten Defizite künftig zu Lasten der privaten Einkommen konsolidiert werden müssen.

Die Investitionsbedingungen würden sich noch weiter verschlechtern, falls das Kostenniveau nicht nur infolge eines Zinsanstiegs, sondern auch wegen höherer Lohnabschlüsse angehoben würde. Damit wäre dann zu rechnen, wenn sich die Tarifparteien durch die Finanzpolitik in ihrer beschäftigungspolitischen Verantwortung entlastet fühlten.

482. Wir befürchten daher, daß das, was die Finanzpolitik durch staatliche Nachfrage an privaten Ausgaben anregt, an anderer Stelle durch Ausgabenzurückhaltung wieder weitgehend verlorengeht. Wir erwarten nicht, daß die Zuwachsrate des realen Sozialprodukts bei einer Strategie der verstärkten Nachfragestimulierung 1979 um mehr als einen halben Prozentpunkt höher sein würde als unter den Bedingungen unserer Status-quo-Prognose. Immerhin könnten etwa 50 000 Arbeitnehmer mehr beschäftigt sein. Die zusätzliche Produktion und Beschäftigung wäre begleitet von einem verstärkten Preisauftrieb als Folge des Nachfrage- und Kostenanstiegs.

483. Zu fragen ist überdies, ob der Gewinn an Beschäftigung auch auf Dauer erhalten bleibt, wenn der finanzpolitische Impuls zwar nicht weiter erhöht, aber doch auf gleichem Niveau gehalten wird. Wir sehen dies nicht als wahrscheinlich an. Denn das, was der Staat zusätzlich an Gütern und Diensten kaufen kann, wird allmählich kleiner, weil er nachfragewirksame Ausgaben durch die höheren Zinszahlungen ersetzen muß, die für die zusätzliche Staatsverschuldung anfallen.

Vor allem aber kann ein Nachfrageimpuls Beschäftigungsprobleme, die auf der Angebotsseite, namentlich in einem überhöhten Kostenniveau, begründet sind, nur kurzfristig überspielen. Auf die Dauer bedeutet eine erhöhte Staatsquote allemal eine erhöhte Belastung des privaten Sektors der Wirtschaft. Weil sich die Gewinnerwartungen nicht deutlich bessern und kein Prozeß der Selbstverstärkung ausgelöst wird, in dem sich die Angebotsprobleme aufgrund von Produktivitätsfortschritten, die in der erzielten Höhe nicht im vorhinein einkalkuliert waren, gleichsam von selbst lösen, werden sich die Angebotsprobleme letzten Endes wieder durchsetzen.

484. Eine Politik der verstärkten Nachfragestimulierung, die nicht durch Maßnahmen auf der Angebotsseite fundiert wird, läuft daher Gefahr, daß im Endergebnis dem Mehr an staatlichen Leistungen ein Weniger an privaten Ausgaben gegenübersteht. Falls sich durch den Ausfall privater Investitionen auch das wirtschaftliche Wachstum und damit die Expansion des Steueraufkommens verlangsamt, wäre noch nicht einmal völlig sicher, daß sich die Versorgung mit öffentlichen Gütern überhaupt verbessert. Für einen mäßigen, wenn nicht nur vorübergehenden Anstieg der Beschäftigung müssen die volkswirtschaftlichen Kosten in Kauf genommen werden, die darin bestehen, daß sich der Anteil des Staates am Sozialprodukt zwar erhöht, daß aber dieser zusätzliche Anteil zum großen Teil aus Zinsverpflichtungen besteht und im übrigen aus Staatsleistungen, die nur getätigt werden, um den Bürgern Arbeit zu schaffen, und nicht deshalb, weil die Bürger diese Leistungen mehr schätzen als die durch den Staat verdrängten privaten Güter.

* * *

Minderheitsvotum

Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Gerhard Scherhorn, hat im Jahresgutachten 1977/78 (Ziffern 471 ff.) und im Sondergutachten 1978 (Ziffern 42 ff.; Anhang IV) zum Ausdruck gebracht, daß er die von der Mehrheit vorgetragene Konzeption für Wachstum und Beschäftigung nur mit Einschränkungen zu teilen vermag. Er weicht von der Mehrheit in der Interpretation des Wachstumsziels ab, und damit auch in der Einschätzung des Weges, der zu Vollbeschäftigung führt. Eine Wirtschaftspolitik des qualitativen Wachstums scheint ihm nicht nur möglich und gewünscht zu sein, sondern auch erfolgversprechend. Die Diskussion darüber kann in den Gutachten des Sachverständigenrates nicht umfassend geführt werden.

Vier Fragen, in denen das Jahresgutachten 1978/79 den besonderen Widerspruch der Minderheit findet, werden im folgenden bezeichnet: Die Fragen nach der Bedeutung des Staates für Wachstum und Beschäftigung und nach der Rolle der Lohnpolitik, das Urteil über die Verkürzung der Arbeitszeit und über die Entwicklung der Nachfrage.

485. Man kann die Bedeutung des Staates für Wachstum und Beschäftigung anders sehen. Die Mehrheit hebt den Widerstand gegen eine weitere Erhöhung der Abgabenlast sowie die Gefahr hervor, daß durch hohe Staatsverschuldung privater Kapitalbedarf verdrängt und Inflationsfurcht entfacht werden könnten. Sie macht geltend, daß die kon-

junkturpolitische Manövrierfähigkeit eingeengt würde und daß eine dauerhaft erhöhte Kreditaufnahme des Staates nur zeitweise Spielraum für merklich mehr Staatsausgaben oder Steuererleichterungen böte (Ziffern 305 ff.). Diese Argumente haben Gewicht. Die in den mittelfristigen Finanzplänen angelegte Staatsverschuldung hätte aber weniger Bedenken gegen sich, wenn der Anteil am Sozialprodukt (bei Normalauslastung des Produktionspotentials), den die privaten Nachfrager nach Kapital nicht in Anspruch nehmen, weil sie darauf eingestellt sind, daß er dem Staat für Kredite zur Verfügung steht (potentialorientierte Normalverschuldung), heute größer wäre als in den sechziger Jahren. Ein Indiz dafür könnte sein, daß in den siebziger Jahren das von konjunkturellen Einflüssen bereinigte Finanzierungsdefizit des Staates durchweg höher war (Schaubild 36). Auch kann man wohl darauf vertrauen, daß die auf Geldwertstabilität gerichteten Erwartungen in der Bundesrepublik von der Wirtschaftspolitik weiter gestärkt und die Stabilitätsbemühungen von der anhaltenden Aufwertungstendenz der D-Mark weiter gestützt werden.

486. Auch den Hinweis auf die nachteiligen Wirkungen einer Erhöhung der Staatsquote (Ziffern 479 ff.) kann man zwar unter den heutigen Bedingungen für gerechtfertigt halten, aber diese Bedingungen selbst müssen nicht von vornherein für unabänderlich genommen werden. Daß die Anzahl der im öffentlichen Dienst Beschäftigten, die von 1960 bis 1974 im Durchschnitt pro Jahr um etwa 95 000 Personen oder 3,4 vH erhöht worden war, seitdem nur noch um 1 vH jährlich zugenommen hat, muß nicht als Zeichen dafür gedeutet werden, daß die Grenze für den weiteren Anstieg der Staatsquote erreicht ist. Aber mit dem Anwachsen der Staatsbürokratie treten auch die Probleme deutlicher zutage und fallen schwerer ins Gewicht, die sich aus der oft geringen Effizienz der Verwaltung einerseits und ihrem hohen Gestaltungs- und Belastungsanspruch andererseits ergeben. Der starke Widerstand gegen weitere Erhöhungen der Abgabenlast und gegen weitere Reglementierung und Einengung privater Entscheidungen dürfte auch darin seinen Grund haben. Schon jetzt wird die Behauptung erhoben, hinter der geringen Effizienz der öffentlichen Verwaltung stehe eine verdeckte Arbeitslosigkeit von nennenswertem Ausmaß. In dieser Situation wäre ein weiteres Ansteigen der Staatsquote wohl in der Tat nicht zu verantworten.

Auf der anderen Seite wird allerdings geltend gemacht, daß weiterer Wohlstandsfortschritt in Bereichen wie Bildung und Information, Gesundheit und Freizeit, Betreuung von Randgruppen und Gestaltung der Umwelt nicht allein marktwirtschaftlich organisiert sein kann; es müßten auch manche Dienstleistungen zunehmen, die privatwirtschaftlich nicht angeboten werden können, und das in einem Maße, das ein weiteres behutsames Ansteigen der Staatsquote eigentlich nötig machte. Dies mag nur solange nicht möglich sein, wie die Öffentlichkeit nicht davon überzeugt werden kann, daß die Staatstätigkeit an den Prinzipien der Dienstleistung, des effizienten Mitteleinsatzes und der Schonung privater Initiative orientiert ist. Das wiederum scheint nicht von vornherein ausgeschlossen. Es setzt aber wohl eine grundlegende Reform des öffentlichen Dienstes voraus. Als Hauptursache für die mangelnde Effizienz der Tätigkeit im öffentlichen Dienst werden seit langem die Regeln angesehen, denen dieser unterworfen ist. Sie führen dazu, daß auf den einzelnen dort, wo er Sachkompetenz besitzt, vielfach keine Entscheidungsbefugnis delegiert ist, daß Entscheidungskompetenz wegen verzweigter Mitkompetenz anderer Dienststellen nicht mit Verantwortung verbunden ist und daß es auch dort, wo die persönliche Verantwortung festgestellt werden kann, oftmals an Sanktionen fehlt. Diese Regeln bewirken, daß die Leistung nicht — auch nicht an der Zufriedenheit der Bürger oder an anderen Indikatoren für den gesellschaftlichen Nutzen der öffentlichen Tätigkeit — gemessen und der Vergleich von Aufwand und Erfolg nicht angestellt wird. Reformansätze hat es mehrfach gegeben. Sie haben das Problem der Lösung nicht näher gebracht. Es zu lösen, ist die vielleicht größte Aufgabe, die sich der Politik dieses Landes in den kommenden Jahren stellt.

487. Der Widerstand gegen die Kosten vermehrter Staatsleistungen kann nicht nur durch ein verändertes Bild der Verwaltung in der Öffentlichkeit abgebaut werden, sondern auch durch marktnähere Finanzierungsformen, Beiträge und Gebühren vor allem, bei denen das monetäre Opfer in engerer Beziehung zu der staatlichen Leistung steht, als es bei Steuereinnahmen ohne Zweckbindung der Fall sein kann. Solche Abgaben können nicht immer kostendeckend sein, da es sich ja um Leistungen handelt, die sich privatwirtschaftlich nicht erbringen lassen. Der Kostendeckungsgrad braucht aber nicht gering zu sein. Die Verwendung der Mittel, auch der Zuschüsse aus öffentlichen Haushalten, müßte allerdings nicht nach kameralistischen Grundsätzen erfolgen, sondern nach Kriterien, die die effiziente Erfüllung der Bedürfnisse der Leistungsempfänger sicherstellen. Manche der Möglichkeiten, auf solchen Wegen die öffentlichen Leistungen zu erhöhen, mögen sich bei näherem Hinsehen als nicht realisierbar erweisen. Gleichwohl sollte die Warnung vor den nachteiligen Folgen erhöhter Staatsausgaben mit der intensiven und beharrlichen Frage nach den Bedingungen verbunden bleiben, unter denen diese Folgen weniger nachteilig wären.

488. Der Lohnpolitik kommt in den wirtschaftspolitischen Ausführungen des Sachverständigenrates besondere Bedeutung zu; zusammen mit der Geldpolitik und der Finanzpolitik bildet sie einen Bereich politischer Entscheidungen, die Jahr für Jahr als besonders folgenreich und besonders gestaltbar behandelt werden. Die Analyse konzentriert sich jedoch bei der Lohnpolitik in besonderem Maße auf das Hervorheben wirtschaftspolitischer Grundzusammenhänge, hier vor allem auf den Zusammenhang von Lohnniveau und Beschäftigung. Für die Urteilsbildung in der Öffentlichkeit ist dies sicherlich

von elementarer Bedeutung, zumal derartige Zusammenhänge in der wirtschaftlichen Wirklichkeit von dritten Faktoren überlagert erscheinen. Aber die lohnpolitischen Folgerungen, die sich aus solcher Analyse ableiten lassen, erhalten nach meiner Auffassung erst dann Gewicht, wenn untersucht wird, unter welchen Bedingungen diese Folgerungen in die Tat umzusetzen wären und wie solche Bedingungen herstellbar sind.

489. Eine nicht genügend beachtete Verhaltensbedingung ist meines Erachtens das Äquivalenzgefühl der Arbeitnehmer. Wenn es zutrifft, daß in der Vergangenheit die Arbeitsbedingungen den Bedürfnissen der Arbeitenden nicht nachwuchsen, sondern sich, neben gewiß nicht unbedeutenden partiellen Verbesserungen, für manche Arbeitnehmer sogar in entgegengesetzter Richtung entwickelten, dann mußte dies möglicherweise durch höhere Lohnsteigerungen ausgeglichen werden, weil mit der Befriedigung in der Arbeit auch die Reaktion auf materielle Anreize abnimmt, so daß die Einkommensteigerungen höher sein müssen, um das größere Arbeitsleid zu kompensieren. Liegt hier einer der Faktoren, die die Bereitschaft der Arbeitnehmer blokkieren, ihre Lohnansprüche an das geringer gewordene Wachstum der Güterproduktion anzupassen, so ist es nicht genug, niedrigere Lohnsteigerungen anzuraten; man muß dann auch darüber nachdenken, wie die Bedingungen verändert werden können, die diese Blockade bewirken.

490. Indizien gibt es genug, dieses Problem ernst zu nehmen. Aus Unternehmen wird häufig berichtet, daß bei den Arbeitnehmern Bereitschaft zu spontaner, interessierter, mitverantwortlicher, sachorientierter Leistung seltener werde. Es muß auch zu denken geben, daß die Vermutung, viele Arbeitslose seien nicht ernsthaft daran interessiert, wieder Arbeit anzunehmen, in der breiten Öffentlichkeit so viel Verständnis findet. Nach wie vor sind es sicher wenige, die die Arbeit scheuen oder ablehnen. Aber die Zahl derer scheint zu steigen, die es zwar erstrebenswert finden, eine Anstellung zu haben, aber ihre berufliche Tätigkeit nicht als befriedigend erleben. Daß es solche Menschen gibt, ist nicht verwunderlich, wundern müßte man sich eher, wenn es sie nicht gäbe. Bedenklich aber ist, daß es sehr viele sind und daß ihre Zahl in den letzten Jahren größer geworden ist; dies ist durch Umfragen erhärtet.

Abnehmendes Interesse an der Arbeit ist in manchen Fällen damit zu erklären, daß für den einzelnen die Arbeitsbedingungen sich verschlechtert haben; häufiger scheint es daran zu liegen, daß die Ansprüche gestiegen sind. Daß die Ansprüche an die Arbeitsbedingungen steigen, entspricht den Tendenzen des Bedarfswandels, die man in anderen Bereichen beobachten kann. Auch in diesem Falle sind es letzten Endes die Arbeitsbedingungen, die sich verändern müssen. Und es ist die Organisation, die die Arbeitsbedingungen und damit für den einzelnen die Chancen bestimmt, seine Fähigkeiten zu entfalten, den Produktionsprozeß mitzugestalten, sich mit seiner Arbeit zu identifizieren. Auf ihre leitenden Mitarbeiter und ansatzweise wohl auch ihre Stammbelegschaften wenden viele Unternehmen diese Erkenntnis schon heute an. Welche Folgen es hat, sie nicht anzuwenden, zeigt die zunehmende Zahl derer, die in einem Rückkopplungsprozeß durch unbefriedigende Arbeitsbedingungen zu Desinteresse, durch Desinteresse zu minderer Leistungsfähigkeit und mangelnder Fortbildungsbereitschaft und dadurch wiederum zu schlechteren Beschäftigungschancen gebracht werden. Darauf vertrauen, daß auch diese bei kräftigerem Wachstum wieder einen Arbeitsplatz finden werden, heißt die Wirkung dieser Prozesse unterschätzen.

491. In der umstrittenen Frage der Arbeitszeitverkürzung kommt man zu einem anderen Urteil als die Mehrheit des Sachverständigenrates, wenn man nicht wie sie davon ausgeht, daß die Verkürzung der Arbeitszeit in einem von den Betroffenen gar nicht gewünschten Maße forciert wird (Ziffern 468 ff.). Ich halte eine Entwicklung für mindestens ebenso wahrscheinlich, in der die Verkürzung der Arbeitszeit

— nicht sprunghaft ansteigt, sondern auf den längerfristigen Trendwert von etwa 1 vH pro Jahr zurückkehrt, hinter den sie schon seit einigen Jahren zurückgefallen ist,

— sich im Einklang mit den Freizeitwünschen der Arbeitenden einerseits und deren Einkommens- und Güterwünschen andererseits vollzieht,

— in eine von beiden Tarifvertragsparteien und vom Staat gemeinsam getragene mittelfristige Konzeption der Humanisierung der Arbeit eingebunden wird, durch die der Unzufriedenheit vieler Arbeitnehmer mit Arbeitsbedingungen Rechnung getragen werden soll, die sie als langweilig und abstumpfend, unselbständig und entpersonalisierend, unbedeutend und ineffizient empfinden.

Die Einwände der Mehrheit treffen auf diese Variante der Arbeitszeitverkürzung nicht uneingeschränkt zu. So paßt zu einer solchen Konzeption, die zugleich auf eine Veränderung der Produktionsabläufe in den Unternehmen hinwirkt, die Annahme nicht so gut, daß aus Mangel an geeigneten Kräften ein nennenswerter Teil der ausfallenden Arbeit nicht ersetzt werden könnte. Denn erstens könnte es nicht nur durch ad hoc eingeführte Maßnahmen wie insbesondere die Ausbildung von „Springern", sondern auch im Zusammenhang mit den organisatorischen Vorkehrungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, beispielsweise durch Bildung teilautonomer Arbeitsgruppen, zu einer etwas größeren Flexibilität des Einsatzes von Arbeitskräften kommen. Und wo für zusätzliche Arbeitsplätze keine Bewerber mit geeigneter Qualifikation verfügbar sind, da wäre es, zweitens, im Rahmen einer derartigen Konzeption wahrscheinlicher, daß arbeitslose Bewerber in flexiblen, überregional koordinierten Sonderprogrammen für diese Arbeitsplätze ausgebildet würden, und auch, daß mehr Betriebe die Ausbildung selbst übernähmen und dafür in erhöhtem Umfang Einarbeitungszuschüsse gezahlt würden. In die Bereitschaft

der Arbeitnehmer, die Kosten der Verkürzung ihrer Arbeitszeit und der Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen in den Lohnforderungen zu berücksichtigen, brauchte weniger Zweifel gesetzt zu werden. Und die Wahrscheinlichkeit erhöhte sich, daß die politische Entscheidung, die Rentenformel den neuen Gegebenheiten anzupassen, von den Betroffenen akzeptiert würde.

492. Beschäftigungspolitisch gesehen ist Arbeitszeitverkürzung eines von mehreren Mitteln, in einem gegebenen Arbeitsvolumen mehr Beschäftigte unterzubringen. Die Mehrheit des Sachverständigenrates wendet sich mit Recht dagegen, eine solche Zielvorstellung zur Grundlage der Wirtschaftspolitik zu machen. Aber damit allein ist das Problem, um das es geht, nach meiner Auffassung noch nicht abschließend behandelt. Denn erstens sollte man nicht an der angedeuteten Möglichkeit vorbeigehen, daß beschleunigte Arbeitszeitverkürzung um ihrer selbst willen begehrt wird, und auch diesen Fall zum Gegenstand der Untersuchung machen. Und zweitens scheint es mir nicht abwegig, nach weiteren Entwicklungen zu fragen, die, kämen sie aus eigenen Gründen zustande, einen der Art nach vergleichbaren Beschäftigungseffekt hätten. Zwei solche Entwicklungen scheinen durch in der Gegenwart erkennbare Tendenzen soweit vorbereitet zu sein, daß es gerechtfertigt wäre, sie auf ihre Voraussetzungen und Wirkungen hin zu prüfen: die Ausweitung des Bildungssystems und die Vermehrung ziviler Hilfsdienste.

Im ersten Falle ginge es darum, der Ungleichverteilung der Beschäftigungschancen, sowohl innerhalb einer Generation als auch zwischen den Generationen, wirksamer entgegenzutreten: in der Schulausbildung intensiver für eine breite Grundqualifikation zu sorgen, die in dem dafür empfänglichen Alter Lernfähigkeit vermittelt und damit die Chance des einzelnen erhöht, sich an wechselnde und wachsende Anforderungen des Berufslebens anzupassen; und nach der Schulzeit mehr Menschen als bisher die Möglichkeit zu verschaffen, als Erwachsene zeitweilig in das Bildungssystem zurückzukehren, um sich fortzubilden oder neu zu orientieren. In einem solchen Fortbildungssystem könnte ein großer Teil dessen aufgehen, was heute Arbeitslosigkeit heißt (JG 77 Ziffer 484). Es müßte keineswegs vollständig staatlich organisiert und finanziert sein, käme aber ohne Zuschüsse wohl nicht aus. Die Erfahrungen der Bundesanstalt für Arbeit mit der Förderung von Fortbildungs- und Umschulungskursen sind ermutigend. Wachstumspolitisch könnte es von großer Bedeutung sein, auf diesem Wege fortzufahren.

Im zweiten Falle ginge es um das nicht allzu seltene Problem jener Dienstleistungen, die aus dem Sozialprodukt verschwinden, weil die Wertschätzung für sie mit dem Steigen ihrer Preise nicht Schritt hält. Manche von ihnen werden nicht unterlassen, sondern wechseln in den Bereich der „quartären" Dienstleistungen über, die die Mitglieder der privaten Haushalte für sich selbst oder füreinander durch Eigenproduktion und Naturaltausch erbringen. Andere aber, und um sie geht es hier, können nur dann fortgesetzt werden, wenn sich eine größere Organisation ihrer annimmt. In Ansätzen geschieht das beispielsweise im Wehrersatzdienst. Aber dieser ist offenbar dadurch belastet, daß eine Ersatzverwendung für Militärdienstpflichtige gesucht werden muß. Demgegenüber geht es hier um den Fall, daß im Prozeß des wirtschaftlichen Strukturwandels gesellschaftlich erwünschte Dienste weggefallen sind und daß es Menschen gibt, meist junge und sicher nicht nur Männer, die sich freiwillig dafür zur Verfügung stellen würden, wenn man sie brauchte. Der Technische Hilfsdienst ist ein Beispiel dafür. Analog dazu wäre es durchaus vorstellbar, daß öffentlich kontrollierte, aber nicht unbedingt öffentlich betriebene Organisationen entstehen, die zivile Hilfsdienste vermitteln und begleiten. Auch dies könnte eine beschäftigungspolitisch erwünschte Nebenwirkung haben.

493. Solche Auffassungen sind mit denen der Mehrheit insoweit unvereinbar, als sie in der Annahme wurzeln, daß man sich die Nachfrage gerade nicht als eine Größe vorstellen darf, die sich dem technisch produzierbaren Angebot beliebig anpassen könnte. Nur wenn das so wäre, käme es für das Beschäftigungsziel letztlich allein darauf an, daß die vorhandene Erwerbsbereitschaft, die zugleich Ausdruck von Konsumbereitschaft ist, nicht dadurch brachgelegt wird, daß sie sich mit höheren Lohnforderungen verbindet, als das produzierbare Ergebnis den Nachfragern nach Gütern wert ist. Ich kann dieser Vorstellung nicht folgen. Zwar halte ich es wie die Mehrheit für vernünftig, davon auszugehen, daß die Summe der menschlichen Bedürfnisse unendlich ist, bin aber davon überzeugt, daß der Geschwindigkeit, mit der zusätzliche Wünsche nach Konsumgütern erfüllt werden können, eine Grenze gezogen ist; diese ist zwar immer nur für einen gegebenen Zeitpunkt unverrückbar und läßt sich im Zeitablauf immer wieder hinausschieben, aber gegen stärker werdende Widerstände, also in allmählich kleiner werdenden Schritten.

Das hat nichts mit Sättigung zu tun, sondern mit der Begrenztheit der naturgegebenen Produktivkräfte. Denn wachsender Wohlstand ist mit einer Tendenz verbunden, die Kosumansprüche auf knappere Ressourcen zu richten: wertvollere Materialien, seltenere Stücke, arbeitsaufwendiger hergestellte Produkte zu bevorzugen, mehr knappen Boden und Wohnraum zu beanspruchen und die durch die Knappheit der Zeit begrenzte Konsumkapazität durch Nutzung von Dienstleistungen zu erweitern, beispielsweise um von zeitraubender Pflege und Zubereitung von Konsumgütern entlastet zu werden. Im Laufe der wirtschaftlichen Entwicklung wird die Grenze, die so durch die jeweilige Knappheit der Ressourcen gesetzt ist, immer wieder hinausgeschoben, weil Möglichkeiten gefunden werden, einzelne Sachgüter oder Dienstleistungen durch solche zu ersetzen, die weniger knappe Ressourcen beanspruchen. Wir müssen nicht annehmen, daß dieser Prozeß an ein Ende kommt. Aber wir haben Anlaß zu der Annahme, daß er sich nicht dauerhaft weiter beschleunigt, sondern an Tempo verliert.

In dem Maße, in dem sich die Konsumansprüche auf Sachgüter und Dienste verlagern, die durch Massenproduktion nicht allgemein zugänglich gemacht wer-

den können, werden die Expansionschancen des Konsums geringer. Zwar ist die Nachfrage nach Gütern der Massenproduktion nicht am Ende. Mikroelektronik und Kommunikationstechnik beispielsweise werden schon in wenigen Jahren für einen neuen Konsumschub sorgen. Und man braucht auch nicht zu befürchten, daß künftig keine neuen Möglichkeiten mehr gefunden würden, menschliche Tätigkeiten durch Sachgüter zu ersetzen. Aber wo die eigene Tätigkeit selbst den Gegenstand des Bedarfs bildet, wie vielfach im Freizeitbereich, da wird besonders anschaulich, daß es die zunehmende Knappheit von Ressourcen ist, die die Expansion des privaten Verbrauchs verlangsamt.

Anhang

I.

Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685)

in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633) — § 6 Abs. 1 —, und des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, vom 8. Juni 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 582) — § 6 Abs. 2

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Zur periodischen Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und zur Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit wird ein Rat von unabhängigen Sachverständigen gebildet.

(2) Der Sachverständigenrat besteht aus fünf Mitgliedern, die über besondere wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse und volkswirtschaftliche Erfahrungen verfügen müssen.

(3) Die Mitglieder des Sachverständigenrates dürfen weder der Regierung oder einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes noch dem öffentlichen Dienst des Bundes, eines Landes oder einer sonstigen juristischen Person des öffentlichen Rechts, es sei denn als Hochschullehrer oder als Mitarbeiter eines wirtschafts- oder sozialwissenschaftlichen Institutes, angehören. Sie dürfen ferner nicht Repräsentant eines Wirtschaftsverbandes oder einer Organisation der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sein oder zu diesen in einem ständigen Dienst- oder Geschäftsbesorgungsverhältnis stehen. Sie dürfen auch nicht während des letzten Jahres vor der Berufung zum Mitglied des Sachverständigenrates eine derartige Stellung innegehabt haben.

§ 2

Der Sachverständigenrat soll in seinen Gutachten die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung darstellen. Dabei soll er untersuchen, wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können. In die Untersuchung sollen auch die Bildung und die Verteilung von Einkommen und Vermögen einbezogen werden. Insbesondere soll der Sachverständigenrat die Ursachen von aktuellen und möglichen Spannungen zwischen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dem gesamtwirtschaftlichen Angebot aufzeigen, welche die in Satz 2 genannten Ziele gefährden. Bei der Untersuchung sollen jeweils verschiedene Annahmen zugrunde gelegt und deren unterschiedliche Wirkungen dargestellt und beurteilt werden. Der Sachverständigenrat soll Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder deren Beseitigung aufzeigen, jedoch keine Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen aussprechen.

§ 3

(1) Der Sachverständigenrat ist nur an den durch dieses Gesetz begründeten Auftrag gebunden und in seiner Tätigkeit unabhängig.

(2) Vertritt eine Minderheit bei der Abfassung der Gutachten zu einzelnen Fragen eine abweichende Auffassung, so hat sie die Möglichkeit, diese in den Gutachten zum Ausdruck zu bringen.

§ 4

Der Sachverständigenrat kann vor Abfassung seiner Gutachten ihm geeignet erscheinenden Personen, insbesondere Vertretern von Organisationen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, Gelegenheit geben, zu wesentlichen sich aus seinem Auftrag ergebenden Fragen Stellung zu nehmen.

§ 5

(1) Der Sachverständigenrat kann, soweit er es zur Durchführung seines Auftrages für erforderlich hält, die fachlich zuständigen Bundesminister und den Präsidenten der Deutschen Bundesbank hören.

(2) Die fachlich zuständigen Bundesminister und der Präsident der Deutschen Bundesbank sind auf ihr Verlangen zu hören.

(3) Die Behörden des Bundes und der Länder leisten dem Sachverständigenrat Amtshilfe.

§ 6

(1) Der Sachverständigenrat erstattet jährlich ein Gutachten (Jahresgutachten) und leitet es der Bun-

desregierung bis zum 15. November zu. Das Jahresgutachten wird den gesetzgebenden Körperschaften von der Bundesregierung unverzüglich vorgelegt und zum gleichen Zeitpunkt vom Sachverständigenrat veröffentlicht. Spätestens acht Wochen nach der Vorlage nimmt die Bundesregierung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften zu dem Jahresgutachten Stellung. In der Stellungnahme sind insbesondere die wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen, die die Bundesregierung aus dem Gutachten zieht, darzulegen.

(2) Der Sachverständigenrat hat ein zusätzliches Gutachten zu erstatten, wenn auf einzelnen Gebieten Entwicklungen erkennbar werden, welche die in § 2 Satz 2 genannten Ziele gefährden. Die Bundesregierung kann den Sachverständigenrat mit der Erstattung weiterer Gutachten beauftragen. Der Sachverständigenrat leitet Gutachten nach Satz 1 und 2 der Bundesregierung zu und veröffentlicht sie; hinsichtlich des Zeitpunktes der Veröffentlichung führt er das Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft herbei.

§ 7

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates werden auf Vorschlag der Bundesregierung durch den Bundespräsidenten berufen. Zum 1. März eines jeden Jahres — erstmals nach Ablauf des dritten Jahres nach Erstattung des ersten Gutachtens gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 — scheidet ein Mitglied aus. Die Reihenfolge des Ausscheidens wird in der ersten Sitzung des Sachverständigenrates durch das Los bestimmt.

(2) Der Bundespräsident beruft auf Vorschlag der Bundesregierung jeweils ein neues Mitglied für die Dauer von fünf Jahren. Wiederberufungen sind zulässig. Die Bundesregierung hört die Mitglieder des Sachverständigenrates an, bevor sie ein neues Mitglied vorschlägt.

(3) Die Mitglieder sind berechtigt, ihr Amt durch Erklärung gegenüber dem Bundespräsidenten niederzulegen.

(4) Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, so wird ein neues Mitglied für die Dauer der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds berufen; Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 8

(1) Die Beschlüsse des Sachverständigenrates bedürfen der Zustimmung von mindestens drei Mitgliedern.

(2) Der Sachverständigenrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden für die Dauer von drei Jahren.

(3) Der Sachverständigenrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 9

Das Statistische Bundesamt nimmt die Aufgaben einer Geschäftsstelle des Sachverständigenrates wahr. Die Tätigkeit der Geschäftsstelle besteht in der Vermittlung und Zusammenstellung von Quellenmaterial, der technischen Vorbereitung der Sitzungen des Sachverständigenrates, dem Druck und der Veröffentlichung der Gutachten sowie der Erledigung der sonst anfallenden Verwaltungsaufgaben.

§ 10

Die Mitglieder des Sachverständigenrates und die Angehörigen der Geschäftsstelle sind zur Verschwiegenheit über die Beratungen und die vom Sachverständigenrat als vertraulich bezeichneten Beratungsunterlagen verpflichtet. Die Pflicht zur Verschwiegenheit bezieht sich auch auf Informationen, die dem Sachverständigenrat gegeben und als vertraulich bezeichnet werden.

§ 11

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates erhalten eine pauschale Entschädigung sowie Ersatz ihrer Reisekosten. Diese werden vom Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern festgesetzt.

(2) Die Kosten des Sachverständigenrates trägt der Bund.

§ 12

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 13

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

II.

Auszug aus Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1967, Teil I S. 582

Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft

Vom 8. Juni 1967

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.

§ 2

(1) Die Bundesregierung legt im Januar eines jeden Jahres dem Bundestag und dem Bundesrat einen Jahreswirtschaftsbericht vor. Der Jahreswirtschaftsbericht enthält:

1. die Stellungnahme zu dem Jahresgutachten des Sachverständigenrates auf Grund des § 6 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685) in der Fassung des Gesetzes vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633);
2. eine Darlegung der für das laufende Jahr von der Bundesregierung angestrebten wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele (Jahresprojektion); die Jahresprojektion bedient sich der Mittel und der Form der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, gegebenenfalls mit Alternativrechnungen;
3. eine Darlegung der für das laufende Jahr geplanten Wirtschafts- und Finanzpolitik.

(2) Maßnahmen nach § 6 Abs. 2 und 3 und nach den §§ 15 und 19 dieses Gesetzes sowie nach § 51 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes und nach § 19 c des Körperschaftsteuergesetzes dürfen nur getroffen werden, wenn die Bundesregierung gleichzeitig gegenüber dem Bundestag und dem Bundesrat begründet, daß diese Maßnahmen erforderlich sind, um eine Gefährdung der Ziele des § 1 zu verhindern.

§ 3

(1) Im Falle der Gefährdung eines der Ziele des § 1 stellt die Bundesregierung Orientierungsdaten für ein gleichzeitiges aufeinander abgestimmtes Verhalten (konzertierte Aktion) der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Unternehmensverbände zur Erreichung der Ziele des § 1 zur Verfügung. Diese Orientierungsdaten enthalten insbesondere eine Darstellung der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge im Hinblick auf die gegebene Situation.

(2) Der Bundesminister für Wirtschaft hat die Orientierungsdaten auf Verlangen eines der Beteiligten zu erläutern.

§ 4

. . .

III.

Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates

Als Veröffentlichungen des Sachverständigenrates sind bisher erschienen:

Jahresgutachten 1964/65: „Stabiles Geld — Stetiges Wachstum" (am 11. Januar 1965)

Jahresgutachten 1965/66: „Stabilisierung ohne Stagnation" (am 13. Dezember 1965)

Jahresgutachten 1966/67: „Expansion und Stabilität" (am 30. November 1966)

Jahresgutachten 1967/68: „Stabilität im Wachstum" (am 6. Dezember 1967); darin enthalten: Sondergutachten vom März 1967: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1967"

Jahresgutachten 1968/69: „Alternativen außenwirtschaftlicher Anpassung" (am 4. Dezember 1968)

Jahresgutachten 1969/70: „Im Sog des Booms" (am 3. Dezember 1969); darin enthalten: Sondergutachten vom 30. Juni 1969 und 3. Juli 1968: „Binnenwirtschaftliche Stabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht"; Sondergutachten vom 25. September 1969: „Zur lohn- und preispolitischen Situation Ende September 1969"; Sondergutachten vom 4. Oktober 1969: „Zur währungspolitischen Situation Anfang Oktober 1969"

Jahresgutachten 1970/71: „Konjunktur im Umbruch — Risiken und Chancen —" (am 3. Dezember 1970); darin enthalten: Sondergutachten vom 9. Mai 1970: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1970"

Jahresgutachten 1971/72: „Währung, Geldwert, Wettbewerb — Entscheidungen für morgen —" (am 22. November 1971); darin enthalten: Sondergutachten vom 24. Mai 1971: „Zur konjunktur- und währungspolitischen Lage im Mai 1971"

Jahresgutachten 1972/73: „Gleicher Rang für den Geldwert" (am 6. Dezember 1972); darin enthalten: Sondergutachten vom 3. Juli 1972: „Zur währungspolitischen Lage im Juli 1972"

Jahresgutachten 1973/74: „Mut zur Stabilisierung" (am 22. November 1973); darin enthalten: Sondergutachten vom 4. Mai 1973: „Zur konjunkturpolitischen Lage im Mai 1973"

Jahresgutachten 1974/75: „Vollbeschäftigung für morgen" (am 22. November 1974); darin enthalten: Sondergutachten vom 17. Dezember 1973: „Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Ölkrise"

Jahresgutachten 1975/76: „Vor dem Aufschwung" (am 24. November 1975); darin enthalten: Sondergutachten vom 17. August 1975: „Zur konjunkturpolitischen Lage im August 1975"

Jahresgutachten 1976/77: „Zeit zum Investieren" (am 24. November 1976)

Jahresgutachten 1977/78: „Mehr Wachstum — Mehr Beschäftigung" (am 22. November 1977)

Das Sondergutachten vom 19. Juni 1978: „Zur wirtschaftlichen Lage im Juni 1978" ist im Anhang dieses Jahresgutachtens enthalten.

Alle Veröffentlichungen sind im W. Kohlhammer-Verlag, Stuttgart—Mainz, erschienen.

IV.

Zur wirtschaftlichen Lage im Juni 1978

Sondergutachten vom 19. Juni 1978

1. Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik wird 1978 voraussichtlich abermals hinter dem zurückbleiben, was die Bundesregierung als Zielwerte angestrebt hat. Der Abstand dürfte zwar, aufs Jahr gerechnet, nicht sehr groß sein. Aber die Zielsetzungen für 1978 waren ohnehin nur in kurzfristiger Betrachtung und nur unter Berücksichtigung der ungünstigen Ausgangslage ehrgeizige Zielsetzungen. Gemessen an der Aufgabe, auf dem Wege zurück zur Vollbeschäftigung voranzukommen, waren es Mindestziele. Denn selbst für den Fall, daß sie hätten erreicht werden können, war 1978 keine durchgreifende Wende am Arbeitsmarkt zu erwarten gewesen. Wenn die Zielgrößen des Jahreswirtschaftsberichts gleichwohl noch ausreichend schienen, so deshalb, weil mit ihnen in erster Linie eine bestimmte Beschleunigung der wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung im Verlauf des Jahres gemeint war, eine Aufwärtsbewegung, die über dieses Jahr hinaustragen und wenigstens auf mittlere Sicht wieder einen hohen Beschäftigungsstand möglich machen sollte. Die Zuversicht, daß es dazu, wenn auch zeitlich versetzt, doch noch kommt, ist kleiner geworden.

Angesichts der erneuten Verzögerung eines kräftigen Aufschwungs wächst die Ungeduld. Das Drängen auf neue Maßnahmen wird stärker. Die veränderte Situation und die daraus entstandene wirtschaftspolitische Diskussion veranlassen den Sachverständigenrat, der Bundesregierung ein Sondergutachten nach § 6 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates vorzulegen.

I. Lage und Perspektiven

2. Die Belebung von Nachfrage und Produktion, die in den letzten Monaten des Jahres 1977 zu verzeichnen war, hat sich nach der Jahreswende nicht fortgesetzt. Im Durchschnitt der Monate Januar bis April 1978 war der Auftragseingang beim verarbeitenden Gewerbe dem Volumen nach um 3 vH niedriger als von September bis Dezember 1977 und nur um knapp $2^1/_2$ vH höher als ein Jahr zuvor. Die Produktion in diesem Bereich fiel wieder auf das Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums zurück. Obwohl sich im Frühjahr eine leichte Besserung abzeichnete und die Belebung am Arbeitsmarkt im Gegensatz zum vorangegangenen Jahr etwas über das saisonübliche Maß hinausging, hat die wirtschaftliche Entwicklung im bisherigen Verlauf des Jahres die ohnehin nicht hoch gesteckten Erwartungen enttäuscht.

3. Mit dem Kurswechsel, den die Finanzpolitik im Herbst 1977 vollzog, sollte der Konjunktur ein neuer Anstoß gegeben werden. Unter Inkaufnahme wieder erheblich größerer öffentlicher Defizite wurden die Ausgabenpläne kräftig aufgestockt und die Steuern gesenkt; der davon ausgehende expansive Impuls im Jahre 1978 war auf mehr als 20 Mrd DM zu veranschlagen. Unsicher war indes, ob es über diese Anstoßwirkung hinaus zu einem anhaltenden, sich selbst tragenden Aufschwung kommen würde, zumal dies nicht zuletzt von der Lohnpolitik abhing. Immerhin schien die Initialzündung stark genug, im Jahre 1978 eine Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion um $3^1/_2$ vH nach $2^1/_2$ vH im Vorjahr wahrscheinlich zu machen. Zu dieser Erwartung trug auch bei, daß in zahlreichen Partnerländern die von Zahlungsbilanzproblemen erzwungenen wirtschaftspolitischen Restriktionen gelockert wurden, so daß bei der Auslandsnachfrage ebenfalls wieder mit einem wenn auch mäßigen Anstieg gerechnet werden konnte.

An Finanzierungsmitteln für eine kräftige Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Ausgaben fehlte es nicht, ja, die Geldversorgung wurde bei weiter rückläufigen Preissteigerungsraten so reichlich bemessen, daß eher die Nachhaltigkeit des Stabilisierungserfolgs als der monetäre Spielraum für den angestrebten Aufschwung in Zweifel zu ziehen ist.

4. Noch bevor die Expansionsmaßnahmen ihre Wirkung voll entfalten konnten, kam mit der kräftigen Höherbewertung der D-Mark neue Unsicherheit auf. Nachdem der Wechselkurs der heimischen Währung von Ende September bis Ende Dezember 1977 im gewogenen Durchschnitt gegenüber den Währungen der wichtigsten Handelspartner bereits um $4^1/_2$ vH gestiegen war, erhöhte er sich bis Anfang März 1978 noch einmal um 3 vH. Inzwischen ist er zwar wieder etwas zurückgegangen, doch war er auch zuletzt noch um fast 8 vH höher als vor Jahresfrist. Die nominale Aufwertung war damit um etwa $3^1/_2$ vH größer, als der Differenz in den Preissteigerungsraten zwischen dem Inland und dem Ausland entsprochen hätte. Legt man den Unterschied in der Entwicklung der Lohnstückkosten zugrunde, so ist die reale Aufwertung noch größer. Die Wechselkursänderungen dämpften also die Preise stärker als die Löhne; mit einer Steigerung der Verdienste je Arbeitsstunde um 5 vH bis 6 vH blieb die Lohnpolitik auf dem Kurs, den sie bei günstigeren Wettbewerbsbedingungen gegenüber dem Ausland und in der Erwartung höherer Preissteigerungsraten vor Beginn des Jahres eingeschlagen hatte.

5. Die erneute Verunsicherung zeigte sich vor allem bei der Nachfrage nach Investitionsgütern und konzentrierte sich im wesentlichen auf den Bereich der Industrie. Die dort tätigen Unternehmen sind es vorwiegend, die unmittelbar mit ausländischen Anbietern im Wettbewerb stehen, sei es als Exporteure auf den Auslandsmärkten, sei es als Hersteller von Produkten, die im Inland mit Importen konkurrieren. Zwar hielt sich die mengenmäßige Reaktion der Nachfrage auf die wechselkursbedingte Verteuerung heimischer Erzeugnisse anscheinend in Grenzen; die Verteidigung der Marktanteile mußte jedoch mit Preiszugeständnissen erkauft werden. Der Druck, der davon auf die Gewinnmargen ausging, konnte in vielen Fällen nicht dadurch aufgefangen werden, daß importierte Güter mit der Aufwertung billiger wurden und daß die Zinsen noch einmal deutlich sanken. Begünstigt von der Aufwertung waren hingegen vor allem die inländischen Konsumenten, aber auch jene Unternehmen, die nicht unter dem verstärkten Konkurrenzdruck aus dem Ausland stehen. Hier sind vor allem der Einzelhandel und auch die Bauwirtschaft zu nennen. Dies sind zugleich jene beiden Bereiche, in denen die Steuererleichterungen und die verstärkte Expansion der Staatsausgaben bislang die deutlichste Wirkung zeigen.

6. Die konjunkturellen Aussichten für den weiteren Verlauf dieses Jahres sind nicht als so ungünstig zu beurteilen, wie sie sich nach der Entwicklung in den vergangenen Monaten darstellen. Dies gilt schon deshalb, weil sich in dem Rückschlag, den die statistischen Indikatoren für das verarbeitende Gewerbe ausweisen, auch die Auswirkungen der Arbeitskämpfe zeigen, die in den nächsten Monaten wettgemacht werden dürften, zumal es einem Teil der betroffenen Industriezweige, namentlich der Automobilindustrie, nicht an Aufträgen mangelt. Mit einer beschleunigten Ausweitung der Fertigung ist vor allem in der Bauwirtschaft zu rechnen; im ersten Vierteljahr 1978 wurden dieser über 20 vH, dem Wohnungsbau sogar über 30 vH mehr Aufträge erteilt als ein Jahr zuvor, doch verhinderte die Witterung bis zum Frühjahr, daß der anhaltend starke Nachfragezuwachs produktionswirksam wurde. Dies wird auch auf die vorgelagerten Bereiche ausstrahlen, denn mit der Produktion wird der Bedarf an Vorprodukten steigen. Überdies haben die retardierenden währungspolitischen Einflüsse in jüngster Zeit etwas an Gewicht verloren. Auch die Risiken, die in der konjunkturellen Entwicklung der Partnerländer liegen, scheinen eher abgenommen zu haben. Im weiteren Verlauf des Jahres dürften daher die expansiven binnenwirtschaftlichen Faktoren allmählich wieder die Oberhand gewinnen.

7. Das heißt indes nicht, daß sich die konjunkturelle Belebung, die für 1978 angestrebt war, nur zeitlich verzögert hätte. Man muß sich wohl auch darauf einstellen, daß sie im ganzen etwas schwächer ausfällt, als im Herbst letzten Jahres möglich schien. Die Zunahme der Ausfuhr dürfte bei den erhöhten Wechselkursen nicht ganz mit der Expansion des Welthandels Schritt halten, und von der im Inland wirksamen Nachfrage dürfte sich ein weiter steigender Teil Gütern aus ausländischer Produktion zuwenden. Die vergrößerte Unsicherheit darüber, für welche Erzeugnisse, die internationalem Wettbewerb ausgesetzt sind, die Bundesrepublik als kostengünstiger Produktionsstandort gelten kann, wird überdies den Anstieg der Investitionstätigkeit hemmen (möglicherweise auch zugunsten von Auslandsinvestitionen). Obwohl die Verminderung des Preisanstiegs die Kaufkraft erhöht und damit dem Konsum zugute kommt und obwohl die Expansion im Wohnungsbau wie im öffentlichen Tiefbau die Erwartungen eher zu übertreffen scheint, dürfte die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Jahresdurchschnitt 1978 kaum über 3 vH hinausgehen. Diese Ausweitung reicht für eine Erhöhung des Beschäftigungsstandes abermals nicht aus. Noch schwerer wiegt, daß sich auch auf mittlere Sicht ein Abbau der Arbeitslosigkeit nicht abzeichnet.

II. Gegen Defizitpolitik

8. In dieser Situation häufen sich die Forderungen und Ratschläge, den neun finanzpolitischen Programmen der letzten Jahre ein zehntes nachzuschikken — obwohl im übrigen weithin Übereinstimmung herrscht, daß die Defizite der öffentlichen Haushalte zu groß geworden sind. Viele raten zu weiterer allgemeiner Steuerentlastung durch eine rasche Korrektur des Einkommensteuertarifs. Andere drängen auf weitere Minderung der Unternehmensbesteuerung; was bisher an Entlastungsforderungen erfüllt worden sei, habe für eine kräftige Belebung der Investitionen nicht ausgereicht. Vorgeschlagen wird auch, im Vorgriff auf die erst für später geplante Tarifreform lineare Entlastungen bei der Lohn- und Einkommensteuer zu beschließen, wie sie das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz vorsieht — in Ergänzung der Entlastungen, die erst mit Beginn des Jahres 1978 in Kraft getreten sind. In mehreren Varianten tritt die Forderung nach zusätzlichen Staatsausgaben auf; die Vorstellungen reichen von einem neuen kurzfristigen Programm bis zur dauerhaften Aufstockung der Ausgaben. Auch aus dem Ausland richten sich Erwartungen an die Bundesrepublik, sie möge defizitfreudiger noch als bisher die Binnennachfrage mit finanzpolitischen Mitteln beleben und über die Steigerung ihres Imports und den Abbau ihrer Exportüberschüsse die konjunkturelle Erholung in den Partnerländern erleichtern.

Neben den auf finanzpolitische Maßnahmen gerichteten Forderungen gewinnt nicht zuletzt bei den Arbeitnehmerorganisationen, die Vorstellung an Boden, daß die Arbeitslosigkeit durch Verkürzung der Arbeitszeit abgebaut werden könnte und sollte. Der Eindruck, den beschäftigungspolitische Argumente gegenwärtig machen, wird auch genutzt, wenn einzelne Industriezweige auf die Reglementierung von Märkten und andere Formen der Protektion setzen, weil die Anpassungsaufgaben, die Überkapazität und Konkurrenz aus Niedriglohnländern stellen, angeblich marktwirtschaftlich nicht be-

wältigt werden könnten — eine international zunehmende Tendenz. Neu erwacht ist schließlich das Drängen auf rationalisierungshemmende Regelungen, mit denen Schutz vor dem Wegfall von Arbeitsplätzen gesucht wird. Der in der Bundesrepublik bisher bestehende Konsens wird schwächer, daß Rationalisierungsanstrengungen als Basis der allgemeinen Wohlstandssteigerung anzusehen, daher trotz der daraus erwachsenden individuellen Härten dringend erwünscht sind und nur sehr vorsichtig mit Regelungen belastet werden sollten, die über die allgemeine soziale Sicherung hinaus den Besitzstand der betroffenen Arbeitnehmer wahren.

9. Es gibt wohl keine wirtschaftspolitische Strategie, die zuverlässig und rasch zu einem befriedigenden Beschäftigungsstand zurückführen kann. Damit wächst die Gefahr, daß Zuflucht bei kostenreichen Ersatzlösungen gesucht wird.

Die allgemeinen Bedingungen für einen kräftigeren wirtschaftlichen Aufschwung in der Bundesrepublik haben sich zwar von den Finanzierungsbedingungen her, dem Inflationsklima, der steuerpolitischen Grundlinie der letzten Jahre, dem aufgelaufenen Bedarf an Ersatzinvestitionen sowie der Neigung der privaten Haushalte zu konsumieren und zu bauen, gebessert. Trotzdem wird man mehr als einen Erfolg in kleinen Schritten nicht erwarten können. Denn dieser hängt auch von dem Erfolg der stabilitätspolitischen Bemühungen in anderen Industrieländern ab, der Voraussetzung für eine mehr als vorübergehende Belebung der Weltwirtschaft ist. Außerdem tut sich die Lohnpolitik schwer mit der Aufgabe, zu vollbeschäftigungskonformen Löhnen zurückzufinden.

Wenn die Chance einer günstigeren Entwicklung auf mittlere Sicht nicht verspielt werden soll, dann muß der Versuchung zu Ersatzlösungen weiterhin widerstanden werden. Was man als Ersatzlösung anzusehen hat, ist selbstverständlich eine Frage der Problemdiagnose.

Der Sachverständigenrat hat in seinem letzten Jahresgutachten begründet, warum er die eigentliche Ursache der Unterbeschäftigung eher in ungelösten Angebotsproblemen sieht als in einem konjunkturellen Nachfragemangel, der mit vorübergehender staatlicher Nachfragestimulierung zu bekämpfen wäre. Auch in der Möglichkeit eines strukturellen Nachfragemangels, der gegebenenfalls mit dauerhaft höheren Staatsausgaben auszugleichen wäre, konnten wir keinen adäquaten Erklärungsansatz sehen. Der Streit der Meinungen über diese Diagnose kann in diesem Sondergutachten nicht im einzelnen fortgeführt werden.

10. Die Nachfrage, die heute fehlt, muß über den Markt bereitgestellt werden. Das Haupthemmnis für eine kräftige Nachfrageexpansion scheint uns nach wie vor im Bereich der privaten Investitionen zu liegen. Viel weniger als früher lassen sich Unternehmen durch eine verbesserte Kapazitätsauslastung dazu bewegen, die Kapazitäten zu erneuern oder zu erweitern und mehr Arbeitskräfte einzustellen. Die Kettenreaktion bei den Ausgabeentscheidungen bleibt aus. Und es fehlt bei jenen autonomen Investitionen, die getragen sein müßten von den Gewinnchancen, die neue Güter und neue Märkte verheißen. Die Ursachen des mangelnden Investitionselans liegen anscheinend im wesentlichen darin, daß hohe Kosten und Risiken sowie ein Dickicht staatlicher Regulierungen der unternehmerischen Initiative zu enge Grenzen setzen.

Die Wirtschaftspolitik ist nur begrenzt zuständig, wenn es darum geht, die Störungen auf der Angebotsseite zu beseitigen. Unbeschadet der Bürde, die die Lohnpolitik übernehmen muß, sollte die Wirtschaftspolitik den Spielraum, den sie hat, jedoch nicht verschenken. Wir haben in unseren letzten beiden Jahresgutachten dargelegt, wo wir die wichtigsten Ansatzpunkte dafür sehen: in der Risikoentlastung der Unternehmen, in einer Minderung der speziell die Investitionen treffenden Steuern, in einer stärker in die Breite wirkenden Förderung von Forschung und Entwicklung, in der Förderung der marktwirtschaftlichen Dynamik von unten, von jungen, kleinen und mittleren Unternehmen her, sowie nicht zuletzt in der Unterstützung der Mobilität der Arbeitnehmer.

Auch wir haben im vergangenen Jahr eingeräumt, daß der Nachfragemangel, der aus ungelösten Angebotsbedingungen resultiert, sich als konjunktureller Faktor verselbständigen kann. Wir hielten es daher — im Sinne einer Doppelstrategie — für angemessen, daß eine Politik, die im wesentlichen bei den Ursachen auf der Angebotsseite ansetzt, durch eine staatliche Initialzündung unterstützt wird.

11. Mit den Steuerbeschlüssen vom vergangenen Herbst und der auf mehr Expansion ausgerichteten Ausgabenplanung hat der Staat vor allem der Aufgabe gedient, der Konjunktur von der Nachfrageseite her einen kräftigen Anstoß zu geben, und er ist dabei hinsichtlich der öffentlichen Defizite sogar über das hinausgegangen, was in konkreten Absichtserklärungen als mittelfristig konsolidierungsfähig dargelegt werden konnte. Dieser Kurs der Finanzpolitik war auf ein stärkeres Mitziehen der Lohnpolitik abgestellt, als sich dann als realistisch erwies.

Die expansiven Impulse sind noch nicht voll wirksam geworden. Gleichwohl wird der Staat inzwischen zu weiteren Maßnahmen gedrängt.

12. Der Sachverständigenrat sieht gegenwärtig keinen Handlungsbedarf und keinen wesentlichen Handlungsspielraum für eine Finanzpolitik als Konjunkturpolitik, die direkt auf zusätzliche Nachfrageexpansion abzielt, und zwar weder auf der Ausgabenseite noch auf der Einnahmenseite der öffentlichen Haushalte. Handlungsbedarf besteht hingegen für eine Finanzpolitik als Wachstumspolitik, die auf verbesserte Angebotsbedingungen der Wirtschaft abzielt, und der Handlungsspielraum mag hier noch nicht ausgeschöpft sein.

— Wenn sich der Zuwachs des Sozialprodukts erhöht (womit wir durchaus rechnen), so sollte sich eigentlich das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte allmählich verringern, zumal mit anziehender Konjunktur die Kapitalnach-

frage der Wirtschaft verstärkt zunehmen wird und zunehmen können soll. Der konjunkturell bedingte Teil des Defizits würde automatisch kleiner. Zu der Ankündigung, auch den strukturellen Teil des Defizits, der aus den finanzpolitischen Entscheidungen vom Herbst vergangenen Jahres resultiert, schrittweise zu konsolidieren, würde eine entsprechende Verringerung der staatlichen Ausgabenexpansion gehören. Dies gilt im Prinzip selbst dann, wenn auch der erhöhte Zuwachs des Sozialprodukts noch als unzureichend anzusehen ist. Dann muß verstärkt Wachstumspolitik an die Stelle der Konjunkturpolitik treten. Denn:

— Der Staat kann nicht um den Preis ständig steigender öffentlicher Defizite gesamtwirtschaftlichen Produktions- und Beschäftigungszielen nachstreben. Wenn der stark expansive fiskalische Impuls die ungelösten Probleme auf der Angebotsseite nicht überspielen und die private Investitionsbereitschaft nicht beleben kann, erscheint es sinnvoller, direkt an den Investitionshemmnissen anzusetzen, als sich den Erfolg von weiteren Milliarden staatlicher Nachfragestützung zu versprechen. Und zwar aus doppeltem Grunde:

  Erstens: Was bei konjunkturellem Nachfragemangel wirksam sein kann, etwa die Erhöhung von Staatsausgaben, ist bei einer Störung der Wachstumsbedingungen unter Umständen schädlich, weil es den Expansionsspielraum des privaten Sektors der Wirtschaft einengt (Ziffer 28). In diesem Falle wäre nicht eine Erhöhung, sondern eine Senkung der Staatsausgaben wirksam, zumindest mittelfristig.

  Zweitens: Das Konzept der konjunkturpolitischen Initialzündung durch öffentliche Defizite zielt auf Stimulierung eigenfinanzierter privater Nachfrage ab, nicht auf deren Ersetzung durch staatlich finanzierte Nachfrage. Kommt es nicht einigermaßen rasch zu solcher Stimulierung, so ist diese Politik wegen der Dauerlasten im Schuldendienst fiskalisch zu teuer. Sie beeinträchtigt zu stark den Spielraum für die künftige Erfüllung öffentlicher Aufgaben.

— Es ist gefährlich und durch die Konjunkturlage auch nicht gerechtfertigt, erneut die Grenze auszuloten, an der öffentliche Defizite ihres bloßen Ausmaßes wegen eine negative Überreaktion am Kapitalmarkt hervorrufen und auf diese Weise die Investitionsneigung im privaten Bereich stärker beeinträchtigen, als die staatlich bewirkte Nachfrageexpansion sie zugleich anregt, die expansive Finanzpolitik in bezug auf die privaten Investitionen also kontraproduktiv wird. Zu beachten ist dabei auch, daß jede fiskalpolitisch bewirkte Zinssteigerung nicht nur direkt — zinsabhängige — binnenwirtschaftliche Ausgaben zurückdrängt, sondern über den Wechselkurs indirekt auch die Exporte.

13. Eine nicht nur vorübergehende, sondern eine dauerhafte Erhöhung der Staatsausgaben wird vielfach mit dem Hinweis darauf gerechtfertigt, ja gefordert, daß angesichts einer steigenden Sparquote der privaten Haushalte und einer abnehmenden Beanspruchung des heimischen Produktionspotentials durch das Ausland bei zunehmendem Anteil ausländischer Produkte an der inländischen Güterversorgung ohne eine Vergrößerung des Staatsanteils Sachanlagen auf Dauer ungenutzt und Arbeitskräfte unbeschäftigt blieben. Daß dies gegenwärtig der Fall ist, sollte jedoch nicht den Blick dafür verstellen, daß die heutigen Beschäftigungsprobleme zu einem beträchtlichen Teil ihren Ursprung nicht in zu geringen, sondern in zu hohen Einkommensansprüchen haben, die einen Teil der latent vorhandenen Nachfrage nicht zum Zuge kommen lassen. Wären etwa die Ansprüche in bezug auf den Ertrag der Arbeit niedriger, wäre mehr Arbeit „rentabel". Dauerhaft höhere Staatsausgaben um der Beschäftigung willen fordern heißt insoweit, die Gemeinschaft der Steuerzahler zu Zahlungen verpflichten, also gleichsam zum Kauf von Gütern verpflichten, die die Gemeinschaft zu diesem „Preis" eigentlich nicht kaufen will. Daß es ohne diese Verpflichtung gehe, weil der Anstieg der privaten Sparquote genügend Spielraum auch ohne eine Verdrängung privater Nachfrage ermögliche, daß die Ausweitung der Staatsquote insoweit also kostenlos sei, ist eine Vorstellung, die allenfalls bei konjunkturellen, nicht aber bei dauerhaften Beschäftigungsproblemen sinnvoll sein kann.

14. Die Bundesrepublik sieht sich dem Drängen ausländischer Partner konfrontiert, sie möge durch eine expansivere Fiskalpolitik für eine Beschleunigung des Produktionswachstums sorgen. Begründet wird diese Forderung mit dem Hinweis auf die weltwirtschaftliche Bedeutung, die starke Zahlungsbilanz und die niedrige Inflationsrate der Bundesrepublik. Hinsichtlich des Ziels, eine stärkere reale Expansion in Gang zu bringen, herrscht Einvernehmen zwischen der Bundesrepublik und ihren Partnern. Umstritten ist der Weg.

Die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik hat sich 1973 von der Vorstellung abgekehrt, daß erhöhtes wirtschaftliches Wachstum durch Inkaufnahme einer erhöhten Inflationsrate ermöglicht wird. Seither versucht sie, günstige Bedingungen für wirtschaftliches Wachstum auf inflationsfreier Grundlage wiederzugewinnen. Dieser Prozeß erwies sich als langwierig. Das ist in Kauf genommen worden, zum einen aufgrund der in Deutschland vorherrschenden Einstellung zur Inflationsgefahr, zum anderen in der Zuversicht, daß auf diese Weise künftige Stabilisierungskrisen mit ihren schlimmen Folgen für die Beschäftigung vermieden werden können, was gewiß nicht nur ein Vorteil für die Bundesrepublik selbst wäre. Der deutsche Stabilisierungserfolg hat es mit sich gebracht, daß die Bundesrepublik wohl nicht zuletzt wegen der Wechselkursänderungen, die sich aus dieser Politik ergeben haben, in allen vergangenen Jahren, selbst am Tiefpunkt der Rezession von 1975, verhältnismäßig hohe Zuwachsraten der Einfuhr aufzuweisen hatte, und daß sie niemals versucht war, etwa aus Zahlungsbilanzgründen ihrer Politik eine importfeindliche Wendung zu geben.

Trotzdem ist die internationale Ungeduld wegen der Wachstumsverzögerung in der Bundesrepublik nicht gering. Denn es ist ja nicht selbstverständlich, daß ein Land, das sich auf die solide Strategie „Expansion durch bessere Angebotsbedingungen" verlegt, für einen Erfolg so lange Zeit benötigt. Es wird auf die Vereinigten Staaten verwiesen, die seit der weltweiten Rezession auf dem Wege zu mehr Produktion und Beschäftigung rascher vorangekommen sind. Um mehr als 7 Millionen hat dort die Anzahl der Beschäftigten von 1975 bis 1977 zugenommen, und mehr als 5 vH betrug in dieser Zeit die jährliche Zuwachsrate der gesamtwirtschaftlichen Produktion, ein mehr als deutlicher Beleg dafür, daß auch in einem hochentwickelten Industrieland nicht etwa Nachfragemangel oder gar eine allgemeine Sättigungstendenz den Spielraum für zusätzliche Produktion und Beschäftigung objektiv begrenzen. Die globalen ökonomischen Bedingungen waren aber anders als bei uns. Die vom Außenhandel abhängigen Bereiche sind von den Wechselkursänderungen der vergangenen Jahre begünstigt worden. Das Inflationsproblem blieb ungelöst, und über die Inflation sind die Reallöhne und die Realzinsen korrigiert worden. Dieser Weg ist in der Bundesrepublik kaum noch gangbar, selbst wenn man ihn nicht aus prinzipiellen Gründen ablehnt.

Die Partner Amerikas haben von dessen konjunkturbedingt hoher Importnachfrage zwar profitiert, sie wurden über die Turbulenzen an den Devisenmärkten aber auch frühzeitig in die Nachteile einer Politik hineingezogen, die erneut eine Inflationsbeschleunigung zuließ. Noch haben in den Vereinigten Staaten die konjunkturellen Auftriebskräfte eindeutig die Oberhand. Doch die steigende Inflationsrate kann rasch den Zeitpunkt näherbringen, von dem an die Stabilisierung in den Vereinigten Staaten ernsthaft und dann wieder ohne große Rücksicht auf Produktion und Beschäftigung betrieben werden muß.

Was der Weltwirtschaft dabei schadet, ist der Widerspruch zwischen einer auf Inflation und einer auf Stabilität gegründeten Politik der Wachstumsbelebung. Die Bundesrepublik, vom Kursverfall des Dollar besonders betroffen, konnte die Früchte ihrer Stabilisierungspolitik nicht ernten, sie erlitt konjunkturelle Rückschläge. Daraus erwuchsen den Partnerländern vermutlich Nachteile, die größer waren als die Vorteile, die ihnen zugleich aufgrund der wechselkursbedingt abnehmenden deutschen Leistungsbilanzüberschüsse zufielen. Da der Spielraum für eine nichtinflationäre Expansion in den Vereinigten Staaten immer enger wird, kommt auf die Bundesrepublik eine erhöhte Verantwortung für die Weltwirtschaft zu. Sie sollte ihren stabilitätsorientierten Weg weitergehen, aber mit mehr Konsequenz bei der Verbesserung der Angebotsbedingungen.

15. Die vom Kursverfall des Dollar angeführte reale Aufwertung der D-Mark hat in der Bundesrepublik zusätzlichen Bedarf an Flexibilität bei Zinsen und Löhnen erzeugt, einen Bedarf, der nicht leicht zu befriedigen ist.

Zwar war es für eine Vermehrung rentabler langfristiger Investitionen ohnehin zu wünschen, daß die Zinsen für langfristig zur Verfügung stehendes Kapital weiter sinken. Dies ist durch die reale Aufwertung der D-Mark jedoch noch dringender geworden. Zusammen mit weiter ermäßigten Lohnsteigerungen wäre ein Sinken der Realzinsen der beste Weg der Anpassung an die von der Wechselkursbewegung der vergangenen Monate geschaffene Situation. Die Zinssenkung müßte allerdings vom Markt kommen, von einer vergrößerten Anlagebereitschaft des Publikums (im übrigen von einer allmählich geringer werdenden Kreditnachfrage des Staates). Das ist gewiß ein Weg, der schnelle Hilfe nicht verspricht. Die langfristigen Zinserwartungen der Kapitalanleger lassen sich offenbar nur allmählich weiter nach unten korrigieren.

Trotzdem sollte die Zinssenkung nicht von geldpolitischen Maßnahmen erwartet werden. Eine Politik der forcierten Zinssenkung verspräche keinen dauerhaften Erfolg. Die Bundesbank hat im Zusammenhang mit den Interventionen am Devisenmarkt ohnehin eine Expansion der Zentralbankgeldmenge zugelassen, die den Kontakt mit dem Mengenziel der Geldpolitik verloren hat. Da inzwischen die Wechselkursbewegung die Führungsrolle im Prozeß der Inflationsdämpfung übernommen hat, mußte das Verhalten der Bundesbank auf kurze Sicht keine großen Bedenken hervorrufen. Doch kann die Geldpolitik eine solche Führungsrolle des Wechselkurses nicht als dauerhaft ansehen. Die Bundesbank muß also die Gefahr ernst nehmen, daß sich durch eine übermäßige monetäre Expansion ein Inflationspotential aufbaut, das nicht leicht unter Kontrolle zu bringen sein wird, wenn der konjunkturelle Aufschwung die Kraft gewinnt, die allenthalben gewünscht wird. Daß die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes gegenwärtig noch gering ist, ja, weiter sinkende Tendenz aufweist, dürfte eine nachgiebige Geldpolitik kaum ausreichend rechtfertigen. Denn diese niedrige Umlaufgeschwindigkeit ist vermutlich teilweise auch Reflex des reichlichen Geldangebots. Hinzu kommen Zweifel, ob die umfangreichen Devisenkäufe der Bundesbank wirklich großen dämpfenden Einfluß auf den Kursverfall des Dollar gehabt haben, ob es sich also gelohnt hat, die damit einhergehende unerwünscht starke Vermehrung der Zentralbankgeldmenge in Kauf zu nehmen.

Die Überschreitung des Mengenziels ist so weit gegangen, daß eine abrupte Rückkehr zum Zielpfad sicherlich mehr als nur eine vorübergehende Irritation am Kapitalmarkt zur Folge haben könnte. Die Notwendigkeit, den Rückweg zu strecken, darf jedoch nicht dazu führen, daß das Ziel mehr und mehr an der Nachfrage nach Geld orientiert wird statt an mittelfristigen Bezugsgrößen, insbesondere am Wachstum des Produktionspotentials.

16. Die Lohnpolitik hat auf die Herausforderung, die von den Devisenmärkten ausging, nicht zu antworten vermocht. Es hieße zwar die Lohnpolitik überfordern, wenn man erwartete, daß sie die Risiken, die aus einer labilen internationalen Währungssituation erwachsen, kurzfristig voll auffangen könnte. Aber eine Anpassung der Geldlöhne an für dau-

erhaft zu haltende Wechselkursänderungen ist sicherlich unverzichtbar, wenn die internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht leiden soll.

Die Aufwertung und der dadurch verursachte Minderanstieg des Preisniveaus erhöhen den realen Wert der Tarifabschlüsse. Die Reallöhne werden 1978 mit 3 vH mindestens ebenso stark steigen wie 1977 (die realen Nettolöhne sogar stärker als 1977). Der Anstieg des Kostenniveaus dürfte etwas geringer sein als im Vorjahr, weil die Produktivität unvermindert steigt und die importierten Kostengüter billiger geworden sind. Neues Investitionsvertrauen hat die Lohnrunde jedoch offensichtlich nicht schaffen können.

17. Da die Lohnrunde weitgehend abgeschlossen ist, bietet die Lohnpolitik gegenwärtig keine beschäftigungspolitische Option. Bestehen bleibt aber die Aufgabe, jenes Lohnniveau herauszufinden, das einen höheren Beschäftigungsstand möglich macht. Der Handlungsspielraum der Tarifvertragsparteien und insbesondere der Gewerkschaften ist gewiß nicht unbegrenzt. Doch wird keine staatliche Beschäftigungspolitik den Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Beschäftigung auf Dauer überspielen können. Es überrascht nicht, daß dieser Zusammenhang heftig umstritten ist. Zu fundamental sind die Interessengegensätze, die er berührt. Es muß aber nicht sein, daß der Verteilungskampf die Lohnfindung so stark belastet wie in manchen der vergangenen Jahre. Über Entspannungsmöglichkeiten, wie sie in einer Gewinn- und Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer liegen könnten, hat sich der Sachverständigenrat wiederholt geäußert. Die einkommenspolitische Diskussion darf nicht zum Stillstand kommen.

18. Es war nicht eine zurückhaltende Lohnpolitik allein, von der wir für 1978 eine Verbesserung der Beschäftigungslage erwartet hätten, sondern, wie erwähnt, eine Kombination aus zurückhaltender Lohnpolitik, nachfrageorientierter Initialzündung der Finanzpolitik und angebotsorientierter Wachstums- und Strukturpolitik. Eine angebotsorientierte Politik, die die Risiken und Kosten des Strukturwandels zu mindern versucht, kann die Lohnpolitik am ehesten entlasten. Gegen die Verunsicherung, die von einer labilen Währungssituation ausgeht, ist jedoch auch dies keine wirksame Hilfe.

19. Wenn nun aber weder eine expansive Geldpolitik auf Dauer als gute Lösung von Problemen angesehen werden kann, die sich aus einem möglicherweise nicht nur kurzfristig über die Preis- und Kostendisparität gegenüber dem Ausland hinausgehenden Aufwertungsdruck auf die D-Mark ergeben, noch für möglich gehalten wird, daß die Lohnpolitik kurzfristig immer wieder eine Tendenz zu übermäßiger Höherbewertung der D-Mark ausgleicht, so hat man nicht viele Möglichkeiten, zwischen denen man wählen kann:

— Entweder man nimmt den Spruch des Devisenmarktes über das, was der jeweils marktgerechte Wechselkurs der D-Mark ist, hin (und damit den Spruch über das reale Kostenniveau, mit dem die Bundesrepublik im internationalen Wettbewerb zu bestehen hat), vertraut also darauf, daß größere Fehler früher oder später vom Markt selbst korrigiert werden,

— oder man versucht, durch Änderungen am Währungssystem die Beeinträchtigung der nationalen Autonomie hinsichtlich der Entwicklung des realen Kostenniveaus der Volkswirtschaft zu korrigieren.

20. Die Erfahrungen der vergangenen Monate haben möglicherweise die Entschlossenheit erhöht, in Richtung einer währungspolitisch abgesicherten Harmonisierung der Geldpolitik in Europa voranzukommen (JG 76 Ziffern 467 ff). Mit einer währungspolitischen Initiative wäre allerdings nichts gewonnen, würde sie sich darin erschöpfen, dem bestehenden Währungsverbund durch ein Aufweichen seiner Regeln neue Mitglieder zu gewinnen. Eine neue Initiative müßte vielmehr darauf abzielen, in Europa eine stabilitätspolitische Basis auf lange Sicht zu legen und damit auch integrationspolitisch einen neuen Anlauf zu unternehmen. Härtung der Regeln im europäischen Währungsverbund ist wichtiger als dessen rasche Erweiterung.

Für das Ziel, die einzelnen europäischen Währungen gegen Vertrauensschwankungen in bezug auf den amerikanischen Dollar widerstandsfähiger zu machen, die Schwankungen der Wechselkurse also geringer werden zu lassen, würde die Erweiterung des europäischen Währungsverbundes vermutlich keinen großen Fortschritt bringen. Es wären auch in diesem Falle die härteren Währungen innerhalb des Verbundes, die als Anlagewährungen begehrt blieben. Das Dollarproblem kann nicht in erster Linie in Europa gelöst werden. Informelle Kooperation mit den Vereinigten Staaten muß vorläufig helfen, die Gefahren zu mildern, die aus den ungelösten Inflationsproblemen und den Ungleichgewichten in den Zahlungsbilanzen erwachsen.

Wichtig ist andererseits aber auch, daß nicht in der Finanzpolitik Ersatzlösungen für wechselkursbedingte außenwirtschaftliche Probleme gesucht werden, die, wenn überhaupt, nur von der Währungspolitik gelöst werden können.

III. Für Wachstumspolitik

21. Daß wir dennoch dazu raten, die Finanzpolitik solle ihre wachstumspolitischen Möglichkeiten weiter ausschöpfen, versteht sich also nicht von selbst, und zwar auch deshalb nicht, weil die Finanzpolitik als Wachstumspolitik in besonderem Maße auf das Mitziehen des privaten Sektors der Wirtschaft angewiesen ist, insbesondere der Lohnpolitik, die hierfür in diesem Jahr überzeugende Zeichen nicht gesetzt hat. Bei der Inkaufnahme temporär steigender staatlicher Defizite muß sie darauf bauen können, daß ein verstärkt wachsendes Produktionspotential die Defizite einigermaßen rasch zu konsolidieren erlaubt. Der Wechsel, der im Rahmen der Doppelstra-

tegie vom Herbst vergangenen Jahres hierauf gezogen wurde, ist noch nicht gedeckt. Die Freisetzung investiver Handlungsspielräume der Privaten — hierum geht es ja — muß daher in einer Weise versucht werden, die einen Ausgleich für Steuersenkungen oder zusätzliche Staatsausgaben nicht nur „wahrscheinlich möglich" macht, sondern sicherstellt. Solche Wege sind die Umstrukturierung des Steuersystems, die Umstrukturierung der Staatsausgaben und die gleichmäßige Senkung von Steuern und Ausgaben.

22. Bei der Umstrukturierung des Steuersystems geht es, wie erwähnt, um eine verstärkte Beteiligung des Fiskus an den Risiken der Unternehmen und um eine geringere steuerliche Belastung der Investitionen.

Zu den Steuern, die neben dem Konsum auch die Investitionen belasten, gehört beispielsweise die Gewerbesteuer. Ein Abbau der Gewerbesteuer, der auch aus anderen Gründen naheliegt (JG 76 Ziffer 353), würde also die Investitionen steuerlich entlasten. Unter dem Risikoaspekt wäre es am besten, die Steuersenkung bei der Gewerbekapitalsteuer vorzunehmen, diese sogar ganz abzuschaffen. Denn sie gehört zu den ertragsunabhängigen Steuern, und bei diesen ist die Risikobeteiligung des Staates am geringsten. Außerdem werden die Erträge aus dem Einsatz des Faktors Kapital gegenwärtig doppelt belastet. Allerdings würde eine solche Maßnahme in den einzelnen Gemeinden unterschiedlich hohe Steuerausfälle hervorrufen.

Will man diesen Finanzausgleichseffekt — der kaum ganz zu vermeiden ist — gering halten, so könnte daran gedacht werden, die Gewerbesteuer insgesamt, also Gewerbekapitalsteuer und Gewerbeertragsteuer, gleichmäßig zu senken. Die Einnahmen der Gemeinden blieben hiervon im wesentlichen unberührt, wenn man die Senkung der Gewerbesteuer auf den Teil beschränkte, den die Gemeinden als Gewerbesteuerumlage an Bund und Länder abführen.

Eine Möglichkeit, den Einnahmeausfall auszugleichen, der beim Bund und bei den Ländern im Falle einer vollständigen Beseitigung der Gewerbesteuerumlage entstehen würde, könnte in einer Erhöhung der Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt bestehen (beziehungsweise um einen halben Prozentpunkt für die Güter, die mit dem halben Steuersatz besteuert werden). Die Mehrwertsteuer hat gegenüber der Gewerbesteuer den Vorteil, daß sie nur auf dem Konsum und nicht auch auf den Investitionen liegt. Aber auch eine Erhöhung anderer Verbrauchsteuern, deren Anteil am Steueraufkommen ständig sinkt, könnte zur Finanzierung herangezogen werden. Der übrige Steuerausfall, der entstünde, wenn die Gewerbesteuerumlage wegfiele, würde beim Bund und bei den Ländern durch das Mehraufkommen aus der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer ausgeglichen, das sich ergäbe, weil von deren Bemessungsgrundlagen nur noch die verringerte Gewerbesteuer abgezogen werden könnte.

Für die Gemeinden ist eine Senkung der Gewerbesteuer bei gleichzeitiger Abschaffung der Gewerbesteuerumlage der Idee nach aufkommensneutral. Faktisch ließe sich das erreichen, wenn man dafür sorgte, daß die Steuerschuld bei den Gewerbesteuerpflichtigen nach Maßgabe des Anteils gesenkt wird, den die Gewerbesteuerumlage am gesamten Gewerbesteueraufkommen in den einzelnen Gemeinden ausmacht. Das könnte wohl am besten durch eine entsprechende Kürzung des einheitlichen Steuermeßbetrages geschehen. Freilich wäre damit die Aufkommensneutralität der Gewerbesteuersenkung für die einzelnen Gemeinden nicht vollständig gesichert. Es gäbe Rückwirkungen zum einen in Form von Mehreinnahmen auch bei den Gemeinden wegen ihres Anteils am Aufkommen der Einkommensteuer, zum anderen im Rahmen der Finanzausgleichsregelungen der Länder. Hier ließe sich ein Ausgleich wahrscheinlich eher erreichen als dort. Alle Rückwirkungen bei jeder Gemeinde ausgleichen zu wollen, wäre wahrscheinlich kaum möglich, sicher aber zu aufwendig. In Zweifelsfällen sollte man es bei einer Verbesserung der kommunalen (Steuer-)Einnahmen belassen.

Die Gewerbesteuer könnte auch in der Weise gesenkt werden, daß im Rahmen der Gewerbeertragsteuer die Zinsen auf Dauerschulden sowie im Rahmen der Gewerbekapitalsteuer die Dauerschulden von der Besteuerung befreit werden. Eine solche Steuerrechtsänderung würde jedoch den unerwünschten Nebeneffekt haben, daß auch die Gewerbesteuer zu einer Steuer würde, die den Einsatz von Eigenkapital gegenüber dem Einsatz von Fremdkapital in den Unternehmen diskriminiert.

23. Die Senkung der Gewerbesteuer ist eine unter vielen steuerlichen Möglichkeiten, wie sich der Staat am Risiko der privaten Investitionstätigkeit stärker beteiligen und die Besteuerung der Investitionen mindern kann. Eine alternative Möglichkeit wäre insbesondere, die Abschreibungsmöglichkeiten abermals zu erweitern (JG 77 Ziffern 441 ff). Bei Abschreibungserleichterungen ist der Kontakt zum Investitionskalkül enger als bei den meisten anderen wachstumsfördernden Maßnahmen der Steuerpolitik.

24. Eine weitere Möglichkeit, das wirtschaftliche Wachstum mit Hilfe finanzpolitischer Maßnahmen anzuregen und damit die Beschäftigung zu erhöhen, ist die verstärkte Förderung von Forschung und Entwicklung in den Unternehmen (JG 76 Ziffern 326 ff, JG 77 Ziffern 445 ff). Im Jahreswirtschaftsbericht 1978 hat die Bundesregierung eine Reihe von zusätzlichen Maßnahmen angekündigt, die geeignet sind, diesem Ziel zu dienen. Gleichwohl scheint auf diesem Gebiet der Handlungsbedarf, der sich aus dem Interesse an einer angebotsorientierten Beschäftigungspolitik ergibt, noch nicht gedeckt zu sein. Eine Volkswirtschaft mit so hohem Lohnniveau wie die Bundesrepublik muß sich darauf einstellen, daß sie in einer Situation wie der gegenwärtigen sogar außerordentliche Anstrengungen unternehmen muß, um durch einen Neuerungsschub für genügend Investitions- und Beschäftigungschancen zu sorgen. Der Forschungs- und Technologiepolitik kommt dabei eine zentrale Rolle zu.

Die Förderung von Forschung und Entwicklung wird zuweilen kritisch betrachtet, weil neue Technologien im Einzelfall auch Arbeitsplätze vernichten. Dies kann jedoch gesamtwirtschaftlich nicht ohne weiteres gelten und am allerwenigsten in einer offenen Wirtschaft. Arbeitsparende Technologien,

die im Inland entwickelt und eingesetzt werden, können sogar unmittelbar die Beschäftigung erhöhen, wenn sie in Form von Investitionsgütern exportiert werden. Gerade in der Bundesrepublik, die einen ganz erheblichen Teil ihres Exports mit Investitionsgütern bestreitet, braucht es ob der Beschäftigungswirkungen von Neuerungen keine Bedenken zu geben.

Die Technologiepolitik bedient sich überwiegend des Instruments der direkten Projektförderung. Vieles spricht dafür, dieses Instrument auf solche Bereiche zu beschränken, in denen hohe volkswirtschaftliche Erträge mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartet werden können. Bei der direkten Förderung bestehen Evaluierungsprobleme, die staatliche Instanzen und Gutachtergremien nicht immer lösen können. Unabhängig davon kommt es darauf an, daß in der Breite dem Ideen- und Erfindungsreichtum von vielen die Chance eröffnet wird, im Wettbewerb miteinander neue Produktionsverfahren herauszufinden und neue Produkte auf den Markt zu bringen. Der Einwand, man könne nicht nach dem „Gießkannen-Prinzip" vorgehen, hätte nur dann Gewicht, wenn das Evaluierungsproblem bei der direkten Förderung gelöst wäre. Die indirekte Förderung aller Sach- und Personalaufwendungen für Forschung und Entwicklung — in Form einer Prämie oder einer Steuergutschrift — wäre das geeignete Instrument für eine in die Breite wirkende Politik. Der Sachverständigenrat hat schon früher dafür geworben. Wir verkennen nicht, daß es besondere Schwierigkeiten gibt, die Bemessungsgrundlage für die Förderung genau abzugrenzen, wenn Personalaufwendungen einbezogen werden sollen, und daß diese Schwierigkeiten bei kleinen und mittleren Unternehmen besonders groß sind. Die Schwierigkeiten scheinen uns aber nicht unüberwindbar zu sein; gewisse Unschärfen müssen wohl in Kauf genommen werden. Vielen kleinen und mittleren Unternehmen ebnet die indirekte Förderung erst den Weg zu dem staatlichen Anreizsystem. Denn die Mittel der direkten Förderung fließen zum ganz überwiegenden Teil großen Unternehmen zu.

25. Was an staatlichen Mitteln zur Wachstumsförderung zusätzlich eingesetzt werden kann und was im Wege der Umstrukturierung auf der Einnahmenseite und der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte versucht werden muß, ist nicht zuletzt im Blick darauf zu entscheiden, daß eine Korrektur des Einkommensteuertarifs ansteht, die für den Staat erhebliche Einnahmenminderungen mit sich bringt. Eine Korrektur des Einkommensteuertarifs läßt sich auch wachstumspolitisch begründen, weil Leistungshemmnisse abgebaut werden, wenn die steuerliche Belastung zusätzlichen Einkommens gesenkt wird. Die wachstumspolitische, vor allem die arbeitsplatzschaffende Wirkung ist hier jedoch geringer zu veranschlagen als bei einer gleich großen Senkung von Steuern, die vor allem die Investitionen belasten, so daß die Senkung der Einkommensteuer fiskalisch als ein vergleichsweise teures Mittel der Wachstumspolitik anzusehen ist. Gleichwohl wird allgemein eine Korrektur für unumgänglich gehalten.

Der Anteil der einkommensabhängigen Steuern am gesamten Steueraufkommen hat infolge der Gestalt unseres Steuersystems seit 1960 um etwa 10 Prozentpunkte zugenommen. Der Anteil der Lohnsteuer am gesamten Steueraufkommen ist im gleichen Zeitraum von knapp 12 vH auf über 29 vH angestiegen. Die Sätze der Sozialbeiträge der Arbeitnehmer sind seit 1972 von 13½ vH auf über 16 vH erhöht worden. Überschreitet das zu versteuernde Einkommen gerade die obere Grenze der unteren Proportionalzone des Einkommensteuertarifs, dann werden die Einkommenszuwächse (ohne Kirchensteuer) mit Abgaben von mehr als 41 vH belastet (mit 47 vH, wenn die Beitragsbemessungsgrenze der Krankenversicherung nicht überschritten ist). Trotz der Steuerentlastungen, die zu Beginn des Jahres in Kraft getreten sind, wird schon 1979 mehr als die Hälfte aller Lohnsteuerpflichtigen mit ihrem Einkommen in den Progressionstarif hineingewachsen sein, und trotz dieser Entlastungen setzt in diesem Jahr der Progressionstarif bei einem niedrigeren Realeinkommen ein als 1975.

Es ist daher verständlich, daß der Steuerwiderstand zugenommen hat und daß die Forderung nach einer Tarifreform bei der Einkommensteuer immer lauter wird. Dabei geht es sowohl um eine Senkung der Einkommensteuerlast insgesamt wie auch besonders um einen Abbau der Grenzsteuersätze dort, wo sie derzeit besonders steil ansteigen.

26. Für den Verlauf des neuen Tarifs gibt es inzwischen zahlreiche Vorschläge. Es sollte ein Tarif gefunden werden, der in seiner Struktur, das heißt in seinem Belastungsverlauf, in naher Zukunft nicht abermals grundlegende Änderungen nötig macht. Bei den Einkommensteuererleichterungen der Jahre 1975 und 1978 standen die kurzfristigen Entlastungswirkungen im Vordergrund. Dieses Mal sollte auch der mittelfristige Gesichtspunkt beachtet werden.

Von der anstehenden Tarifreform unabhängig zu sehen sind die Probleme, die daraus erwachsen, daß für zahlreiche staatliche Transferzahlungen (zum Beispiel Wohngeld, Sparprämien, Ausbildungsförderung) Einkommensgrenzen gelten. Die zusätzlichen „Belastungen" beim Wegfall dieser Vergünstigungen sind mit den Grenzbelastungen im Rahmen der Einkommensteuer vergleichbar. Sie erreichen im Einzelfall extreme Höhen. Dies zu ändern wird erst in Betracht kommen, nachdem die Transfer-Enquête-Kommission ihre Untersuchung dieser Zusammenhänge vorgelegt hat.

27. Eine Korrektur des Einkommensteuertarifs, die die Strukturprobleme des Tarifs mildert und dabei auch nur eine mäßige Rücknahme der Grenzsteuersätze vorsieht, wo diese besonders steil ansteigen, würde wahrscheinlich bereits zu Einnahmeausfällen von derzeit etwa 14 bis 20 Mrd DM im Jahr führen. Diese Deckungslücke gälte es zu schließen. Außerdem steht noch die mittelfristige Konsolidierung des strukturellen Defizits aus, das im laufenden Jahr in den öffentlichen Haushalten auf Grund der im vergangenen Jahr ergriffenen Maßnahmen entstehen wird.

Zwar geben die bisherigen Steuereingänge dieses Jahres Veranlassung, die letzte Steuerschätzung für das Jahr 1978 um etwa 2 bis 3 Mrd DM nach oben zu korrigieren. Da dies aber zu einem großen Teil auf hohen, unerwarteten Nachzahlungen an Einkommensteuer und an Körperschaftsteuer beruht, kann aus der diesjährigen Entwicklung nicht ohne weiteres auf eine Unterschätzung des Steueraufkommens auch in den nächsten Jahren geschlossen werden. Für die folgenden Jahre hat die letzte Steuerschätzung ermittelt, daß das Steueraufkommen nur wenig stärker zunimmt als das Sozialprodukt. Denn der Lohn- und Einkommensteuer, deren Aufkommen überproportional ansteigt, stehen andere Steuern gegenüber, in deren Aufkommen sich Wachstum und Inflation wesentlich geringer niederschlagen; außerdem werden in den kommenden Jahren die Steuerausfälle aufgrund der Körperschaftsteuerreform sowie aus der Erweiterung der Abschreibungsmöglichkeiten an Bedeutung gewinnen. Bis 1980 ergab sich in der letzten Steuerschätzung kein Anstieg der Steuerquote. Bis 1982 wird sie nach dieser Schätzung um lediglich 0,6 Prozentpunkte ansteigen.

Der größte Teil der mittelfristigen Konsolidierung sowohl des bestehenden als auch des durch eine Tarifreform entstehenden strukturellen Defizits in den öffentlichen Haushalten könnte also nicht der Elastizität des Steuersystems überlassen, sondern müßte auf andere Weise erreicht werden.

28. Zur Konsolidierung des Einnahmeausfalls gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder man kürzt die Ausgabenpläne oder man erhöht andere Steuern. An dieser Wahl führt kein Weg vorbei, da eine dauerhafte Erhöhung des Staatsdefizits nicht in Betracht kommen sollte (Ziffern 12, 21). Diejenigen, die mit Nachdruck in der Öffentlichkeit eine durchgreifende Tarifkorrektur fordern, müssen jedenfalls, wenn sie glaubwürdig bleiben wollen, deutlich sagen, wie sie für einen soliden Ausgleich der Mindereinnahmen sorgen wollen.

Die Kürzung von Ausgabenplänen wäre unter wachstumspolitischen Gesichtspunkten, also auf mittlere und längere Sicht, die wirksamste Form der Konsolidierung, weil sie den Privaten mehr Raum für Produktion und Investition ließe. Der Staat würde auf diese Weise auch der zunehmenden Unzufriedenheit über Ausmaß, Art und Effizienz seiner Tätigkeit Rechnung tragen. Freilich gibt es auf diesem Weg Gefahren und Hindernisse. Gefahren liegen darin, daß eine so starke Drosselung der Staatsausgaben, wie sie zum Ausgleich der Mindereinnahmen notwendig wäre, einer konjunkturellen Nachfragestockung Vorschub leisten könnte. Hindernisse sind vor allem darin zu sehen, daß der größte Teil der Staatsausgaben, insbesondere die Personal- und Sozialausgaben, durch Gesetze und Verträge längerfristig festgelegt ist. Relativ groß ist die Manövrierfähigkeit lediglich bei den Investitionshaushalten, bei denen eine Reduktion jedoch am wenigsten angezeigt erscheint. Trotz dieser Schwierigkeiten sollte die Möglichkeit einer Reduktion des Ausgabenanstiegs nicht von vornherein als illusionär abgetan werden. Immerhin hat der Staat nach 1975 einen erheblichen Teil seiner Defizite durch eine zurückhaltende Ausgabenpolitik abgebaut. Allgemeine Absichtserklärungen, die Staatsausgaben einzudämmen, würden allerdings nicht ausreichen, den Entschluß zu großzügigen Steuersenkungen zu decken und der Gewöhnung an immer weiter steigende Defizite vorzubeugen. Entscheidungen, die die künftigen Ausgaben einschränken, müßten möglichst parallel vorbereitet oder zumindest in der mittelfristigen Finanzplanung so weit konkretisiert werden, daß sie realistisch erscheinen. Dabei wäre es durchaus zulässig, darauf zu setzen, daß eine wachstumsorientierte Korrektur des Steuertarifs geeignet ist, den Leistungswillen und die Produktionschancen zu erhöhen. Durch das Mehrwachstum würde es möglich, einen Teil des Defizits durch einen Rückgang der Staatsquote zu konsolidieren, ohne daß bestehende Ausgabenpläne gekürzt werden müßten. Allerdings ist der derzeit schon vorhandene Konsolidierungsbedarf der öffentlichen Haushalte mit zu bedenken.

Soweit der Einnahmeausfall nicht auf der Ausgabenseite ausgeglichen werden kann, ist eine kompensierende Steuererhöhung unvermeidlich. Die Umsatzsteuer und die großen Verbrauchsteuern kommen dafür am ehesten in Betracht, weil sie unter wachstumspolitischen Gesichtspunkten am wenigsten bedenklich sind. Gegenüber Ausgabenkürzungen hätten Steuerrechtsänderungen den Vorteil, daß über sie nicht von Jahr zu Jahr neu beschlossen werden müßte. Aber auch für Steuererhöhungen gilt, daß sie nicht zur konjunkturellen Unzeit vorgenommen werden sollten. Es wäre deshalb gegebenenfalls eine zeitliche Streckung der zur Konsolidierung für notwendig erachteten Steuererhöhungen vorzusehen. Damit ginge zwar eine vorübergehende Zunahme des Staatsdefizits einher. Wenn aber gleichzeitig mit der Änderung des Einkommensteuertarifs verbindlich beschlossen wird, ab wann und in welchen Stufen der Konsolidierungsbedarf durch Erhöhung anderer Steuern gedeckt werden soll, könnte eine Verunsicherung der Investoren vermieden werden.

Nochmals sei betont, daß es nicht konjunkturpolitische Erfordernisse sind, die ein solches Programm der kombinierten Einkommensteuersenkung und Verbrauchsteuererhöhung oder Ausgabenzurückhaltung ratsam erscheinen lassen, sondern mittel- und langfristige Erfordernisse. So erwünscht eine baldige wachstumspolitische Initiative ist, die konjunkturelle Lage ist nicht so, daß das, was sich politisch möglicherweise schnell durchsetzen ließe — eine Steuersenkung — aus Gründen der Nachfragestützung vorgezogen, das übrige jedoch späteren Entscheidungen überlassen werden dürfte. Der Zeitpunkt für ein solches Programm ist gekommen, wenn darüber im ganzen entschieden werden kann. Davon unabhängig ist die Frage der zeitlichen Verteilung des Inkrafttretens der einzelnen Programmelemente.

29. Eine Senkung der Einkommensteuer durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zu finanzieren, wirft Verteilungsprobleme auf. Denn die Belastung durch die Einkommensteuer richtet sich nach der persön-

lichen Einkommenslage der Besteuerten, die Mehrwertsteuer belastet nach Maßgabe des Konsums. Gegenüber der Einkommensteuer tritt bei der Mehrwertsteuer eine Mehrbelastung also insbesondere bei Beziehern niedriger Einkommen auf. Diese Wirkung wird allerdings infolge der Befreiung der Mieten von der Mehrwertsteuer und wegen der Belastung der lebensnotwendigen Güter mit dem halben Satz der Mehrwertsteuer beträchtlich gemildert.

Wenn wir zur Umstrukturierung des Steuersystems raten, so gründet sich dies zum einen darauf, daß dadurch lediglich eine Entwicklung zum Teil korrigiert würde, die in der Vergangenheit zu einer erheblichen Zunahme des Anteils der lohn- und einkommensabhängigen Steuern am gesamten Steueraufkommen geführt hat. Zum anderen übersieht eine ausschließlich an den kurzfristigen Verteilungswirkungen ausgerichtete Kritik die positiven Wirkungen auf Beschäftigung und Wohlstand, die sich auf mittlere und längere Sicht aus einer wachstumsfreundlichen Umstrukturierung des Steuersystems für alle ergeben können. Die Verteilungswirkungen, die zunächst von einer partiellen Ersetzung der Einkommensteuer (und anderer investitionshemmender Steuern) durch die Mehrwertsteuer ausgehen würden, wären also gleichsam der vorübergehend zu entrichtende Preis für ein Mehr an Beschäftigung und ein Mehr an verteilbarem Wohlstand in der Zukunft.

30. Andere Behinderungen ergeben sich aus der großen Zahl staatlicher Regulierungen und Auflagen. Sie sind — ebenso wie unser Abgabensystem — nicht nur für viele zu einem fast alltäglichen Ärger geworden, sondern sie behindern in vielen Fällen auch die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Zum Teil sind die staatlichen Auflagen Alternativen zu steuerlichen oder steuerähnlichen Abgaben, und oft wirken sie wie ertragsunabhängige Steuern, das heißt, sie erzeugen Kosten, die die Produktion unabhängig von deren wirtschaftlichem Erfolg belasten. Es geht gewiß nicht darum, das Wachstum dadurch zu steigern, daß man eine wohlerwogene Behinderung bestimmter Formen wirtschaftlicher Betätigung unterläßt oder wieder aufhebt. Aber nicht jede Regelung, die zur Zeit ihrer Einführung begründet war, bleibt über Jahre hinweg unverändert notwendig, und für so manche Auflage gilt, daß der beabsichtigte Zweck auch mit weniger hinderlichen Nebenfolgen erreicht werden könnte. Jedenfalls macht es die Kumulation der Auflagen dringlich, diese — ebenso wie die öffentlichen Leistungen — immer wieder auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen.

IV. Für und wider Arbeitszeitverkürzung

31. Wichtig ist nicht nur, daß mehr neue Arbeitsplätze geschaffen werden, ebenso wichtig ist, daß diese von den Arbeitsuchenden auch besetzt werden können. Repräsentative Untersuchungen zeigen, daß sich die Beschäftigungsstruktur in den Unternehmen während der letzten Jahre deutlich gewandelt hat; der Anteil von ungelernten und angelernten Arbeitnehmern ist gesunken, der Anteil qualifizierter Arbeitskräfte entsprechend gestiegen. Die Struktur der Arbeitslosen hat sich spiegelbildlich dazu geändert. Die Chance, eine neue Beschäftigung zu finden, ist für einen Arbeitslosen mit hoher beruflicher Qualifikation im Durchschnitt mehr als doppelt so groß wie für den, der keine abgeschlossene Berufsausbildung hat. Die Anforderungen, die die Bewältigung des Strukturwandels an die Qualifikation und berufliche Mobilität stellt, werden in Zukunft weiter zunehmen. Viele Arbeitnehmer, beschäftigte wie arbeitslose, sehen dies auch so. Das Interesse an Fortbildung und Umschulung scheint größer zu sein, als es die derzeitigen Teilnehmerzahlen an solchen Maßnahmen zum Ausdruck bringen. Hier mehr zu erreichen, ist offenbar nicht nur eine Frage der bereitgestellten Fördermittel, sondern auch der Kenntnis der bestehenden Fördermöglichkeiten, und zwar bei den Arbeitnehmern ebenso wie bei vielen Unternehmen.

32. Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung kann sich einmal auf den Wunsch der Menschen nach mehr Freizeit gründen. Eine Arbeitszeitverkürzung, die von einem solchen Wunsch getragen wird, wäre allemal zu respektieren. In der Vergangenheit ist die Arbeitszeit tatsächlich in erheblichem Umfang vermindert worden. Offenbar war dies Ausdruck des Wunsches nach mehr Freizeit. Freilich muß dieser Wunsch in der ihm zukommenden Perspektive gesehen werden. Von Anfang der sechziger Jahre bis Mitte der siebziger Jahre ist das Produktionsergebnis je Stunde im Durchschnitt um gut 5 vH jährlich gestiegen. Dabei ist der Produktivitätsverzicht für die Verbesserung der Arbeits- und Umweltbedingungen bereits berücksichtigt. Von den 5 vH Produktivitätssteigerung wurden drei Viertel zur Ausweitung und Verbesserung der Güterversorgung genutzt und knapp ein Viertel zur Verkürzung der Arbeitszeit. Der Wunsch nach Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen hat offenbar weitaus überwogen. Daran hat sich anscheinend nichts Wesentliches geändert.

33. Der individuelle Wunsch nach mehr Gütern, der sich gegen eine kollektive Arbeitszeitverkürzung wendet, kann möglicherweise nicht zu jedem Zeitpunkt das letzte Wort haben. Aber es ist ein Wunsch, über den eine marktwirtschaftliche Ordnung eigentlich zuallerletzt hinwegehen dürfte.

Die Forderung nach forcierter Arbeitszeitverkürzung ist anzuerkennen, falls bei Abwägung des Interesses der Beschäftigten an Aufrechterhaltung oder nur geringer Verkürzung der Arbeitszeit und des Interesses der Arbeitsuchenden, überhaupt Arbeit zu finden, ein angemessener Ausgleich nur dadurch möglich erscheint, daß die Arbeitszeitwünsche derjenigen, die einen Arbeitsplatz haben, nicht in vollem Umfange erfüllt werden. Ein solcher Ausgleich wird vielfach mit dem mißverständlichen Schlagwort von der „Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Arbeitswilligen" belegt. Eine Arbeitszeitverkürzung, die über das Maß dessen hinausgeht, was die in Arbeit Stehenden selbst wün-

schen, mag von ihnen verstanden und akzeptiert werden, wenn überzeugend dargelegt werden kann, daß sich kein anderer Weg zur Beschäftigung für alle finden läßt. Der Sachverständigenrat kann nicht dazu raten, von einer solch pessimistischen Einschätzung der zukünftigen Entwicklung auszugehen, jedenfalls mittel- und langfristig nicht. Eine solche Forderung könnte daher allenfalls als ein kurzfristiger und vorübergehender Ausgleich zur Bewältigung der aktuellen beschäftigungspolitischen Probleme verstanden werden. Dann aber dürften die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht in Konflikt mit der Erfüllung mittel- und langfristiger Ziele geraten. Sie müßten als reversibel eingeschätzt werden können.

34. Die in der Volkswirtschaft zu erledigende Arbeit ist nicht vorgegeben. Wenn alle, die einen Arbeitsplatz haben, sich entschließen, eine Stunde je Woche weniger zu arbeiten, so werden sie weniger produzieren, weniger verdienen, weniger Güter und Dienste nachfragen. Daß andere — bisher Arbeitslose — in die bei den bisher Beschäftigten ausfallende Arbeit, den ausfallenden Verdienst, die ausfallende Nachfrage eintreten, kann nur erwartet werden,

— soweit die volkswirtschaftliche Gesamtnachfrage von dem elementaren Zusammenhang zwischen Arbeit und Nachfrage unabhängig ist, wie bei großen Teilen der staatlich bestimmten Nachfrage und der Auslandsnachfrage, und

— soweit Arbeitslose in der Lage sind, einen Teil der Arbeit der bisher Beschäftigten zu übernehmen, sei es direkt oder doch zumindest über eine Kette von Umsetzungsvorgängen.

Für einen erheblichen Teil der Ersetzungsaufgabe mögen diese Bedingungen gegeben sein. Doch ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß im Zusammenhang mit einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung Nachfrage nach Gütern und damit Nachfrage nach Arbeit in nennenswertem Umfang ausfällt.

35. Auf diesem Hintergrund sind die Forderungen nach forcierter Arbeitszeitverkürzung zu würdigen. Die drei Kriterien zur Beurteilung der einzelnen Formen der Arbeitszeitverkürzung sollten sein:

— Inwieweit verletzt eine Verkürzung der Arbeitszeit den Anspruch der Beschäftigten auf eine Arbeitszeit entsprechend den bei ihnen vorherrschenden Wünschen?

— Inwieweit wären neue Arbeitszeitregelungen de facto irreversibel und damit ein Hemmnis für Flexibilität und zukünftige Wachstumschancen?

— Inwieweit führt eine Arbeitszeitverkürzung gesamtwirtschaftlich zu einer Minderung des Arbeitsvolumens?

36. Im Hinblick auf keines der drei Kriterien gibt es Bedenken gegen eine individuelle Arbeitszeitverkürzung, zu der es auf freiwilliger Basis kommen könnte, wenn vermehrt Arbeitsplätze für Teilzeitarbeit angeboten würden. Ein solches Angebot erweitert die Optionen für die Beschäftigten und für die Beschäftigungssuchenden, vor allem jener, die zu der stillen Reserve des Arbeitsmarktes gezählt werden. Vielen Menschen ist nur schwer verständlich zu machen, warum es aus Gründen der Arbeitsorganisation so schwer sein soll, jenen den Wunsch nach Beschäftigung zu erfüllen, die aus Gründen des Alters, der Gesundheit oder der Familie nur Teilzeitarbeit annehmen wollen.

37. Am ungünstigsten ist das Urteil über Änderungen der Arbeitszeitordnung. Eine Senkung der gesetzlich zulässigen Höchstarbeitszeit, die nicht aus Gründen des Arbeitsschutzes vorgenommen wird, bedeutet im Bereich der Arbeitszeitregelungen den härtesten Eingriff in die wirtschaftliche Betätigungsfreiheit der Arbeitnehmer. Solche Regelungen sind zudem meist irreversibel; sie mindern also das Beschäftigungspotential langfristig und damit die Wachstumschancen. Ferner beeinträchtigen sie die Flexibilität der Unternehmen in besonders hohem Maße und mindern damit letztlich Produktion und Arbeitsvolumen auch kurzfristig.

38. Wird eine Arbeitszeitverkürzung tarifvertraglich vereinbart, sei es für die Wochenarbeitszeit, sei es für die Jahresarbeitszeit, so können sich die Präferenzen der Betroffenen in der tarifpolitischen Diskussion Geltung verschaffen. Tarifvertraglich vereinbarte Arbeitszeitverkürzungen dürften freilich ebensowenig reversibel sein wie gesetzlich geregelte. Daß tariflich vereinbarte Arbeitszeitverkürzungen von den Unternehmen zum Anlaß für Rationalisierungsmaßnahmen genommen werden und nur teilweise zum Anlaß für die Einstellung zusätzlicher Mitarbeiter, ist nicht umstritten. Dadurch wird auch den Kostensteigerungen begegnet, die eintreten, wenn die betrieblichen Kapazitäten weniger intensiv genutzt werden.

Bei tarifvertraglichen Arbeitszeitverkürzungen wird in der Regel ein Lohnausgleich vereinbart. Das ist unbedenklich nur, soweit der von der Produktivitätsentwicklung im ganzen gegebene Spielraum dafür genutzt wird, den Arbeitnehmern durch eine Erhöhung der Stundenlöhne einen kostenniveauneutralen Ausgleich für die weniger geleistete Arbeit zu verschaffen. Es darf nicht übersehen werden: Wenn der Lohnausgleich darüber hinausgeht, das Kostenniveau sich also erhöht, wird der beschäftigungssteigernde Effekt der Arbeitszeitverkürzung gefährdet. Besteht ohnehin Korrekturbedarf beim Kostenniveau, so ist der Spielraum für einen Lohnausgleich entsprechend geringer. Im übrigen gilt auch in dem Fall, in dem voller Lohnausgleich vereinbart wird: Bei unveränderter Arbeitszeit wäre das Einkommen höher gewesen — und zwar höher im Maße der Arbeitszeitverkürzung, korrigiert um die genannten Kosten- und Produktivitätseffekte, die die Arbeitszeitverkürzung selbst verursacht.

39. Vielfach wird auch vorgeschlagen, die Altersgrenze für das Ausscheiden aus dem Berufsleben aus beschäftigungspolitischen Gründen vorzuverlegen. Selbst wenn man davon ausgehen könnte, daß

dies den Interessen der Mehrheit der Betroffenen entgegenkäme, ließe sich nicht übersehen, daß eine solche Maßnahme nicht reversibel wäre und in der gegenwärtigen Situation nur teilweise zu Neueinstellungen führte. Hinzu kommt, daß eine Vorverlegung des Rentenalters entweder hohe Rentenverzichte von den Betroffenen fordert oder für die Rentenversicherung sehr teuer ist. Gelegentlich werden die Kosten des Vorziehens der Altersgrenze im Rahmen entsprechender tarifvertraglicher Vereinbarungen auch von den Unternehmen übernommen.

40. Für eine Verlängerung von Bildungszeit, sei es für eine allgemeine Einführung eines zehnten Schuljahrs, sei es für zusätzliche Fortbildungszeiten, werden gute bildungspolitische Gründe vorgebracht. Die entlastende Wirkung solcher Maßnahmen für den Arbeitsmarkt ist in der gegenwärtigen Situation als eine willkommene Nebenwirkung zu begrüßen. Soweit sie — unter Berücksichtigung der Kosten — produktivitätssteigernd wirken, haben sie auch wachstumspolitische Vorteile.

41. Bei einer Beurteilung der Vorschläge für forcierte Arbeitszeitverkürzungen dürfen deren Nachteile in Form volkswirtschaftlicher und fiskalischer Kosten nicht unberücksichtigt bleiben, denen teilweise auch Vorteile gegenüberstehen. Nimmt man alles zusammen, so sollte in den meisten Fällen der Arbeitszeitverkürzung folgendes im Bild sein:

— Die volkswirtschaftlichen Kosten, die bei dem Versuch entstehen, das Arbeitsvolumen auf mehr Beschäftigte zu verteilen, sind darin zu sehen, daß friktionsbedingt Nachfrage ausfällt, auch weil freiwerdende Arbeitsplätze nicht wieder vollwertig besetzt werden können, und daß Kapazitäten weniger intensiv genutzt werden. Diese Kosten können gemindert werden durch die positiven Produktivitätseffekte, die erfahrungsgemäß als Folge von Arbeitszeitverkürzungen erzielt werden.

— Wohlfahrtsmindernd wirkt sich aus, daß eine unfreiwillige Verlängerung der Freizeit aufgrund forcierter Arbeitszeitverkürzung Menschen daran hindert, mehr zu arbeiten und mehr Einkommen zu erzielen. Andererseits: Eine Verringerung der Anzahl der Arbeitsuchenden senkt die unfreiwillige Erwerbslosigkeit und wirkt sich positiv auf das soziale Klima aus.

— Eine forcierte Arbeitszeitverkürzung ließe die gegenwärtige Belastung der öffentlichen Haushalte und des Systems der sozialen Sicherung, die aus der Arbeitslosigkeit resultiert, zu einer Dauerbürde werden. Letztlich würde durch eine Erhöhung der Anzahl der Beschäftigten via Arbeitszeitverkürzung die Bemessungsgrundlage für Steuern und Sozialversicherungsbeiträge nicht erhöht, sondern nur anders verteilt. Dem stehen Einsparungen bei der Arbeitslosenunterstützung und in den Sozialhaushalten gegenüber.

Nachteile und Vorteile mögen sich die Waage halten, wenn man außer der forcierten Arbeitszeitverkürzung keine andere Möglichkeit sieht, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Die Kosten überwiegen jedoch eindeutig, wenn man eine realistische Alternative darin erkennt, daß durch ein kräftigeres Wachstum die Vollbeschäftigung wiederhergestellt werden kann.

* * *

Minderheitsvotum

Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Gerhard Scherhorn, widerspricht der Mehrheit in folgenden Punkten.

42. Er teilt nicht die dieses Sondergutachten bestimmende Grundauffassung der Mehrheit, die Volkswirtschaft könne über höhere Wachstumsraten zur Vollbeschäftigung zurückfinden. Binnen- und außenwirtschaftlicher Strukturwandel hat die Expansionschancen für die industrielle Produktion nachhaltig geschwächt, das Angebot an Dienstleistungen aber wird sich wegen des dort relativ geringen Produktivitätsfortschritts und wegen der deshalb erforderlichen überdurchschnittlichen Steigerung von Preisen bzw. Steuern nur langsam erweitern. Für die absehbare Zukunft kann daher wohl auch unter günstigen Bedingungen nur mit einem mittleren Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion gerechnet werden. Zwar liegen die erreichbaren Wachstumsraten über den derzeit erreichten. Aber die Volkswirtschaft wird nicht allein dadurch an das erreichbare Wachstum herangeführt, daß die Wirtschaftspolitik den Unternehmen Raum bei Kosten und Risiken schafft und hemmende Regulierungen abbaut. Erforderlich ist, den Strukturwandel des Angebots **und** der Nachfrage zu fördern. Dazu bedarf es auch der Weiterentwicklung der Regeln, die das Mitwachsen der Umweltqualität, des Verbraucherschutzes und der Arbeitsbedingungen sicherstellen; es bedarf auch einer Weiterentwicklung der Infrastruktur, vor allem durch bildungspolitische und kommunalpolitische Maßnahmen, durch die das Mitwachsen der Fähigkeiten und Möglichkeiten der Menschen begünstigt wird; es bedarf auch strukturpolitischer Eingriffe, die das Mitwachsen der Ressourcengesamtheit bewirken.

43. Er folgt nicht der Vorstellung, daß Vollbeschäftigung ohne eine Verkürzung der Arbeitszeit erreichbar sei, und hält es nicht für wahrscheinlich, daß eine verstärkte Verkürzung der Arbeitszeit „über das Maß dessen hinausgeht, was die in Arbeit Stehenden selbst wünschen" (Ziffer 33).

Erstens sind nach seiner Einschätzung die Zuwachsraten der absetzbaren privaten und der finanzierbaren öffentlichen Produktion, mit denen in der absehbaren Zukunft günstigenfalls gerechnet werden kann, nicht so hoch, daß man vom Einsatz wachstumspolitischer Mittel, so wichtig er ist, den baldigen Abbau der Arbeitslosigkeit erwarten könnte. Auch das amerikanische Beispiel (Ziffer 15) zeigt lediglich, daß es mit der dort betriebenen Wirtschaftspolitik (die auf die Bundesrepublik nicht übertragbar wäre und auch vom Sachverständigenrat

nicht befürwortet würde) möglich ist, die Beschäftigung zu erhöhen. Es zeigt dagegen nicht, daß mit solchen Mitteln die Arbeitslosigkeit abgebaut werden kann.

Zweitens lassen sich viele Indizien dafür anführen, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit, die leicht über den bisherigen Trend hinausgeht (der in jüngster Zeit deutlich unterschritten worden ist), mit den Wünschen der Arbeitenden in Einklang steht. Das gilt auch dann, wenn die Arbeitszeitverkürzung auf die andernfalls auszahlbaren Einkommenszuwächse angerechnet wird. Die Verlängerung der arbeitsfreien Zeit gehört zu den immateriellen Bestandteilen der Lebensqualität, die mitwachsen müssen, wenn das Wachstum des Sozialprodukts für Arbeitende und Konsumenten seinen Sinn behalten soll. Denn mit wachsendem Wohlstand nimmt die pro Konsumakt im Durchschnitt verfügbare Zeit ab, mit der Verlagerung der Konsumwünsche auf Dienstleistungen und Freizeittätigkeiten erhöht sich der durchschnittliche Zeitbedarf pro Konsumakt. Der Wunsch nach Verlängerung der arbeitsfreien Zeit (und nach Verbesserung anderer immaterieller Wohlstandsbedingungen) geht mit dem Wunsch nach Erhöhung des Einkommens einher, beide zugleich sind Ausdruck des Wunsches nach wachsendem Wohlstand; aber in welchem Verhältnis sie jeweils zueinander stehen und wie sich dieses Verhältnis entwickelt, das ist aus globalen Angaben über die Arbeitszeitverkürzungen in der Vergangenheit nicht abzuleiten.

44. Er kann sich nach alledem auch nicht von der Vorstellung leiten lassen, bei einer Störung der Wachstumsbedingungen wäre unter Umständen, zumindest mittelfristig, „nicht eine Erhöhung, sondern eine Senkung der Staatsausgaben wirksam" (Ziffer 12) und unter wachstumspolitischen Gesichtspunkten wäre eine Einkommensteuersenkung am wirksamsten mit der Kürzung von Ausgabenplänen auszugleichen (Ziffer 28). So notwendig es ohne Zweifel ist, der Zunahme der Staatsausgaben, der bürokratischen Überwucherung des Berufs- und Alltagslebens und der fiskalischen Schwächung materieller Anreize für individuelle Initiative Widerstand entgegenzusetzen, so wenig darf man darüber hinwegsehen, daß auch die Vermehrung der öffentlichen Leistungen zu den Voraussetzungen für die weitere Steigerung des Wachstums gehört. Das künftige Wachstum der privaten Produktion ist gerade auch auf die (private Investitionen ergänzenden) öffentlichen Ausgaben für Bildung und Information, regionale und kommunale Infrastruktur, Umweltschutz und Umweltgestaltung angewiesen. Eine Erhöhung dieser Ausgaben müßte ebenso durchsetzbar sein wie die Erhöhung der relativen Preise für private Dienstleistungen, wenn den Bürgern der Nutzen dieser Ausgaben transparent gemacht würde. Dies freilich ist keine einfache Aufgabe. Über die Verwendung geeigneter Indikatoren hinaus erfordert sie vor allem den Nachweis, daß alles unternommen worden ist, die Staatsausgaben zugunsten dieser Bereiche umzustrukturieren, die erforderliche Ausweitung der Staatstätigkeit am Prinzip der Dienstleistung zu orientieren und sie mit einem Minimum an bürokratischer Behinderung privater Initiative zu verbinden. Dies sieht die Mehrheit wohl nicht grundlegend anders. Die abweichende Auffassung der Minderheit aber geht dahin, daß es, auch wenn all das beachtet wird, zumindest mittelfristig nicht ohne eine behutsame Erhöhung der Staatsquote abgehen wird, also auch nicht ohne eine entsprechende Erhöhung der Einnahmen aus Steuern und anderen Abgaben.

45. Er ist auch anderer Meinung in bezug auf die Gefahr, „daß im Zusammenhang mit einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung Nachfrage nach Gütern und damit Nachfrage nach Arbeit in nennenswertem Umfang ausfällt" (Ziffer 34).

Man kann aus den bereits skizzierten Gründen darauf vertrauen, daß von der Verkürzung der Arbeitszeit nicht nur mittelfristig eine Förderung des Bedarfswandels, sondern schon bald auch eine Belebung des Konsums ausgehen wird, wenn die Wirtschaftspolitik deutlich macht, daß Arbeitszeitverkürzung nicht primär als Mittel der Beschäftigungspolitik, sondern als Bestandteil einer Konzeption zur Weiterentwicklung der qualitativen Grundlagen des künftigen Wachstums gesehen — und durch entsprechende Maßnahmen flankiert — werden sollte. Man braucht auch an dem beschäftigungspolitischen Erfolg der Arbeitszeitverkürzung nicht zu zweifeln. Sie fällt in erster Linie in die Zuständigkeit der Tarifvertragsparteien. Aber im Rahmen einer wirtschaftspolitischen Gesamtkonzeption muß sie mit einer gezielten Förderung der außer- und innerbetrieblichen Ausbildung gerade derjenigen Qualifikationen verbunden werden, für die es dann am Arbeitsmarkt zusätzliche Nachfrage gibt. Daß der Wirkungsgrad der Arbeitszeitverkürzung so groß wie überhaupt möglich ist, hängt dann entscheidend von zwei Faktoren ab: zum einen von der Bereitschaft der Arbeitnehmer, sich das Mehr an Freizeit auf die sonst zu fordernde Einkommenssteigerung anrechnen zu lassen, zum anderen von der Qualität der gleichzeitig durchzuführenden ausbildungspolitischen Maßnahmen. In beiden Fällen ist es die zentrale wirtschaftspolitische Konzeption, die Führung geben und den Erfolg sichern kann — einen Erfolg, der über die Verminderung der Arbeitslosigkeit hinausreicht.

Denn die Verbesserung der immateriellen Elemente des Wohlstands, die mit der Arbeitszeitverkürzung und den sie begleitenden Maßnahmen beabsichtigt und bewirkt würde, hat nicht nur wachstumspolitischen und beschäftigungspolitischen Rang, sondern auch verteilungspolitische Bedeutung. Nach einem verbreiteten Empfinden ist die Verteilungsgerechtigkeit im Bereich des immateriellen Wohlstands — beispielsweise in der Verteilung der Umweltqualität, der Bildungschancen oder der Arbeitsbedingungen — vielleicht noch mehr beeinträchtigt als bei Einkommen und Vermögen. Wird hier ein großer Schritt getan, so darf man erst recht erwarten, daß die Vorteile der Arbeitszeitverkürzung eindeutig überwiegen, statt ihnen allenfalls zuzubilligen, daß sie den Nachteilen die Waage halten (Ziffer 41).

V.
Methodische Erläuterungen

A. Zur Bestimmung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials (Sachkapazitäten)

1. Verwendete Symbole:

t	Zeitindex (Jahre)
K_t	durchschnittliches Bruttoanlagevermögen
Y_t	reales Bruttoinlandsprodukt
Y_t^*	gesamtwirtschaftliches Produktionspotential
P_t^*	Produktionspotential des Sektors Unternehmen
k_t	empirisch gemessene Kapitalproduktivität
$\hat{k}_t$	trendmäßige Kapitalproduktivität
k_t^*	trendmäßige Kapitalproduktivität bei Vollauslastung der Sachkapazitäten
λ_t	Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials

2. Das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential setzt sich additiv zusammen aus der potentiellen Bruttowertschöpfung des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung), den Beiträgen des Staates, der Wohnungsvermietung und der privaten Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter zur realen Bruttowertschöpfung sowie den Einfuhrabgaben. Beim Staat und den übrigen Bereichen außerhalb des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) wird dabei angenommen, daß deren Produktionspotential stets voll ausgelastet und daher mit den jeweiligen Beiträgen zur Bruttowertschöpfung identisch ist.

   Der Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials errechnet sich nach der Relation:

$$\lambda_t = \frac{Y_t}{Y_t^*}$$

3. Das Produktionspotential des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) ist das Produkt des jahresdurchschnittlichen Bruttoanlagevermögens und der trendmäßigen Kapitalproduktivität bei Vollauslastung der Sachkapazitäten:

$$P_t^* = k_t^* \cdot K_t$$

4. Die Berechnung der in die Potentialschätzung eingehenden Kapitalproduktivitäten erfolgt in zwei Schritten. Zunächst werden trendmäßige Kapitalproduktivitäten mit Hilfe einer logarithmischen Trendfunktion errechnet:

$$\log \hat{k}_t = \log a + t \log b$$

   Sodann wird die Kapitalproduktivität, die in die Potentialberechnung eingeht, dadurch ermittelt, daß der Trend parallel durch denjenigen Wert der empirisch gemessenen Kapitalproduktivitäten im jeweiligen Stützbereich verschoben wird, der von seinem Trendwert am weitesten nach oben abweicht:

$$\log k_t^* = a_0 + \log \hat{k}_t,$$
$$\text{wobei } a_0 = \max [\log k_t - \log \hat{k}_t] \text{ ist.}$$

   Als Stützbereich für die Ermittlung der Trendwerte der Jahre 1960 bis 1970 wird die Periode von 1960 bis 1974 verwendet; für die Trendwerte der Jahre 1971, 1972 und 1973 werden die Stützbereiche 1961 bis 1970, 1962 bis 1971 und 1963 bis 1972 genommen.

5. Nach dieser Berechnungsmethode wäre die Entwicklung der trendmäßigen Kapitalproduktivität für die Jahre von 1974 bis 1978 aus der empirischen Kapitalproduktivität der Zehnjahresabschnitte zwischen 1964 und 1977 zu ermitteln. Der Trend würde jedoch in diesem Falle wesentlich steiler abfallen als in den Vorjahren, da die empirische Kapitalproduktivität 1974 und 1975 sehr niedrig war. Wenn sicher wäre, daß darin verstärkte Rationalisierungsanstrengungen zum Ausdruck kommen, wäre das Ergebnis einer im Trend niedrigeren Kapitalproduktivität gerechtfertigt. Es ist aber wahrscheinlich, daß der Grund für den verstärkten Rückgang überwiegend in der niedrigen Kapazitätsauslastung während der Rezession liegt. Würde k_t^* mit der durch die Stärke des konjunkturellen Einbruchs beeinflußten Rate fortgeschrieben, könnte — wie die Erfahrung nach 1967 zeigt — in absehbarer Zeit eine Niveaukorrektur nach oben notwendig werden, wenn im Zuge des Aufschwungs die empirisch gemessene Kapitalproduktivität deutlich ansteigt. Wir legen daher unserer Potentialberechnung vorerst weiter eine Abnahmerate der trendmäßigen Kapitalproduktivität von 1,0 vH zugrunde, wie sie für die Jahre 1964 bis 1973 typisch war.

6. Über die Entwicklung der einzelnen Komponenten des Potentialwachstums werden außerdem folgende Annahmen gemacht:
   - Bei der Fortschreibung des vom Statistischen Bundesamt geschätzten Bruttoanlagevermögens wird davon ausgegangen, daß die realen Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) 1978 um 4½ vH und 1979 um 6 vH zunehmen.
   - Die rechnerischen Abgänge werden nach einem Verfahren geschätzt, das einer quasilogistischen Verteilungsfunktion ähnelt.

7. Der Berechnung des Produktionspotentials bei Normalauslastung wird der langfristige Durchschnitt der Auslastung der Sachanlagen von 97¼ vH zugrunde gelegt.

B. Zur Berechnung der Reallohnposition der Arbeitnehmer

1. Die Reallohnposition stellt eine Maßzahl dar, an der wir Änderungen der Verteilungsposition der Arbeitnehmer messen. An den Veränderungen der Reallohnposition läßt sich ablesen, ob Veränderungen des gesamtwirtschaftlichen realen Durchschnittslohnes im Hinblick auf das Kostenniveau neutral gewirkt haben. Kostenniveauneutral nennen wir einen Anstieg des durchschnittlichen Reallohnes dann, wenn dieser nicht größer ist als der Prozentsatz, um den sich in der Gesamtwirtschaft das Produktionsergebnis je Erwerbstätigen ändert (JG 64 Ziffer 248). Aufgrund der Schwierigkeiten, die bestehen, die Produktivitätsentwicklung im Staatssektor zu messen, bleibt dieser in der Berechnung der Reallohnposition außer acht.

2. Die Zunahme des durchschnittlichen realen Arbeitseinkommens der Arbeitnehmer wird berechnet, indem man den Anstieg aller in der Volkswirtschaft erzielten Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, das ist die Summe aller Bruttolöhne und -gehälter zuzüglich der Sozialbeiträge der Arbeitgeber, um den Anstieg der Verbraucherpreise bereinigt. Dabei bleiben Preissteigerungen außer Ansatz, die auf die Erhöhung von Verbrauchsteuern zurückzuführen sind. Bei der Bemessung dessen, was an zusätzlichem Sozialprodukt pro Kopf der Erwerbstätigen mehr zu verteilen ist, werden Veränderungen des realen Austauschverhältnisses im Außenhandel (Terms of Trade) berücksichtigt. Wenn sich beispielsweise die Terms of Trade für das Inland verschlechtern, also die Einfuhrpreise in Relation zu den Ausfuhrpreisen steigen, dann müßten die Reallöhne um das Ausmaß des Einkommenseffekts der Verschlechterung der Tauschrelation hinter dem Fortschritt der gesamtwirtschaftlichen Produktivität zurückbleiben. Erhöhungen der Beiträge zur Sozialversicherung, die die Unternehmen zugunsten der Arbeitnehmer leisten, würden ebenso den Spielraum für auszahlbare Lohnsteigerungen schmälern. Dasselbe gilt auch für eine dauerhafte Erhöhung der Kapitalkosten, die nicht durch eine entsprechende Zinssenkung aufgefangen werden kann. Streng genommen müssen bei der Ermittlung des Verteilungsspielraumes auch Wandlungen in der Beschäftigtenstruktur berücksichtigt werden. Diese können dann eintreten, wenn Beschäftigte innerhalb oder zwischen Wirtschaftszweigen oder wenn sie innerhalb oder zwischen den Lohnleistungsgruppen wechseln, oder wenn sie zwischen Regionen wandern. Diese Effekte, die wir zusammenfassend als die Lohnsummeneffekte des Wandels der Beschäftigtenstruktur bezeichnet haben, dürften im allgemeinen, so haben unsere Schätzungen ergeben, gering zu veranschlagen sein (JG 65 Ziffer 99 und JG 66 Ziffer 335). Eine verläßliche quantitative Messung des Effektes, der von Veränderungen der Kapitalkosten auf den Verteilungsspielraum ausgeht, ist außerordentlich schwer. Über die Faktoren, die die Entwicklung der Kapitalkosten in der Vergangenheit bestimmten, haben wir nur unzulängliche Kenntnisse. Der Fehlerbereich der Berechnung der Kapitalkosten ist daher groß. Bei der Berechnung der Reallohnposition, wie wir sie in unserem Jahresgutachten ausweisen, bleiben daher Veränderungen der Kapitalkosten außer Ansatz; das gleiche gilt für den Lohnsummeneffekt des Wandels der Beschäftigtenstruktur.

3. Die Reallohnposition ist in unserer Rechnung danach definiert als

$$(1)\quad RLP_t = \frac{\dfrac{BLGS_t^{oSt} + AGB_t^{oSt}}{A_t^{oSt}} \cdot \dfrac{1}{P_t^{PV}}}{\dfrac{BIP_t^{r,oSt}}{E_t^{oSt}} \cdot \dfrac{GNI_t^r}{BIP_t^r}}$$

Die Symbole bedeuten:

BLGS	Bruttolohn- und -gehaltssumme
AGB	Sozialbeiträge der Arbeitgeber
A	Anzahl der abhängig Beschäftigten
E	Anzahl der Erwerbstätigen
P^{PV}	Preisindex für den privaten Verbrauch (von Verbrauchsteueränderungen bereinigt)
BIP^r	Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen
GNI^r	Gross National Income in konstanten Preisen
oSt	Gesamtwirtschaft ohne Staat
t	jeweiliges Beobachtungsjahr

Das Gross National Income in konstanten Preisen ist gleich dem Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen abzüglich des Außenbeitrags in konstanten Preisen und zuzüglich des Außenbeitrags in konstanten Importpreisen. Der Außenbeitrag in konstanten Importpreisen wird ermittelt, indem man den Außenbeitrag in jeweiligen Preisen mit dem Preisindex der Einfuhr deflationiert (JG 66 Anhang VI, Ziffer 5).

4. Für die prozentuale Veränderung der Reallohnposition, wie wir sie in Tabelle 15 ausweisen, gilt

$$(2)\quad W_{RLP} = \frac{\dfrac{1 + W_{BLGS}^{oSt}}{(1 + W_A^{oSt}) \cdot (1 + W_{P^{PV}})}}{\dfrac{1 + W_{BIP^{r,oSt}}}{1 + W_E^{oSt}} \cdot \dfrac{1 + W_{GNI^r}}{1 + W_{BIP^r}} \cdot \dfrac{1 + \dfrac{AGB_{t-1}^{oSt}}{BLGS_{t-1}^{oSt}}}{1 + \dfrac{AGB_t^{oSt}}{BLGS_t^{oSt}}}} - 1$$

Dabei bedeutet W die prozentuale Veränderungsrate (1 vH = 0,01) der jeweiligen, durch das Suffix bezeichneten Größe gegenüber dem vorangegangenen Beobachtungsjahr.

Der Zähler des Bruches auf der rechten Seite von Gleichung (2) kennzeichnet den Zuwachs beim ausgezahlten Reallohn der Arbeitnehmer, der Nenner die Veränderung des Verteilungsspielraums. Im einzelnen ist

$$\frac{1 + W_{BLGS}^{oSt}}{(1 + W_{A}^{oSt}) \cdot (1 + W_{P^{pv}})} - 1$$ die Zuwachsrate der realen Bruttolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer

$$\frac{1 + W_{BIP^{r,oSt}}}{1 + W_{E^{oSt}}} - 1$$ der Produktivitätseffekt

$$\frac{1 + W_{GNP^{r}}}{1 + W_{BIP^{r}}} - 1$$ der Terms-of-Trade-Effekt

$$\frac{1 + \frac{AGB_{t}^{oSt}}{BLGS_{t}^{oSt}}}{1 + \frac{AGB_{t-1}^{oSt}}{BLGS_{t-1}^{oSt}}} - 1$$ der Lohnkosteneffekt der Sozialbeiträge der Arbeitgeber

C. Zur Berechnung der bereinigten Zentralbankgeldmenge

1. Die Zentralbankgeldmenge ist in der von uns verwendeten Abgrenzung definiert als

(1) $Z_t = BG_t + MR_t + ÜR_t$

Die Symbole haben folgende Bedeutung:

Z Zentralbankgeldmenge
BG Bargeldumlauf
MR Mindestreserven
ÜR Überschußreserven
t Zeitindex

Die Bereinigung der Mindestreserven um den Effekt von Reservesatzänderungen erfolgt mit Hilfe eines Korrekturpostens

(2) $MR_t^b = MR_t + K_t$

Dabei bedeuten:

MR^b Bereinigte Mindestreserven
K Korrekturposten

Es ist

(3) $K_t = \sum_{\tau=t_0}^{t} \Delta K_\tau$

mit

(4) $\Delta K_\tau = -(r_\tau - r_{\tau-1}) E_{\tau-1}$

Dabei bedeuten

r Reservesatz
E Reservepflichtige Bankeinlagen
τ Zeitindex für die Kumulation des Korrekturpostens
t_0 Zeitpunkt, zu welchem die Kumulation des Korrekturpostens begonnen wird

Die bereinigte Zentralbankgeldmenge Z^b ergibt sich dann als

(5) $Z_t^b = BG_t + (MR_t + K_t) + ÜR_t$

2. Gelten für unterschiedliche Einlagearten verschiedene Reservesätze, so ist r ein durchschnittlicher Reservesatz (Reserve-Soll in vH der reservepflichtigen Einlagen), welcher nicht nur auf mindestreservepolitische Maßnahmen, sondern auch auf vom Publikum und von den Banken bewirkte Verschiebungen in der Einlagenstruktur reagiert. Da die Zentralbankgeldmenge nur um die reinen Effekte mindestreservepolitischer Maßnahmen bereinigt werden soll, muß die Bereinigung nach einzelnen Einlagearten getrennt vorgenommen werden. Für die Mindestreserven gilt

(6) $MR_t = \sum_{i=1}^{n} r_{it} E_{it}$

Dabei ist

i Index der Einlagearten, für die unterschiedliche Reservesätze gelten

Die Bereinigung erfolgt getrennt für jede Einlageart nach den Formeln (2) bis (4). Die nach einzelnen Einlagearten bereinigte Zentralbankgeldmenge ist dann

(7) $Z_t^b = BG_t + \sum_{i=1}^{n} (r_{it}E_{it} + K_{it}) + ÜR_t$

Nach Ausdruck (7) wird die Zentralbankgeldmenge nur um den reinen Effekt mindestreservepolitisch bewirkter Reservesatzänderungen bereinigt, denn für den Korrekturposten gilt

(8) $\Delta K_\tau = \sum_{i=1}^{n} -(r_{i\tau} - r_{i\tau-1}) E_{i\tau-1}$

Dieser Ausdruck ist nur dann ungleich Null, wenn die Bundesbank wenigstens einen der Reservesätze zwischen zwei Zeitpunkten ändert.

3. Die „Zentralbankgeldmenge bei konstanten Reservesätzen", wie sie die Bundesbank be-

rechnet, ist zu jedem Zeitpunkt t wie folgt definiert[1]):

$$Z_t^{KR} = BG_t + \sum_{i=1}^{k} r_i^0 E_{it}^I$$

Dabei ist

E_{it}^I Reservepflichtige Verbindlichkeiten gegenüber Inländern

r_i^0 Reservesatz für die Einlageart i in der Basisperiode.

D. Zum Konzept des konjunkturneutralen Haushalts

1. Nach dem Konzept des konjunkturneutralen Haushalts messen wir konjunkturelle Impulse der Finanzpolitik, indem wir das tatsächliche Haushaltsvolumen mit einem konjunkturneutralen vergleichen. Ein Haushaltsvolumen ist nach diesem Konzept dann konjunkturneutral, wenn es für sich genommen keine Abweichungen der Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials von dem bewirkt, was mittelfristig als normal angesehen wird. Die Privaten sind daran gewöhnt, daß der Staat direkt oder indirekt einen Teil des Produktionspotentials für seine Aufgaben in Anspruch nimmt und ihnen einen Teil ihres Einkommens durch Steuern entzieht. In dem Maße, wie das Produktionspotential wächst, kann der Staat auch seine Ansprüche erhöhen, ohne daß sich daraus stabilitätspolitische Probleme ergeben; hielte er sich zurück, könnte sich eine Unterauslastung des Produktionspotentials einstellen. Abweichungen von dieser mittelfristig normalen Inanspruchnahme des Produktionspotentials durch den Staat werden nur dann als konjunkturneutral angesehen, wenn dieser gleichzeitig durch eine Änderung seiner steuerlichen Einnahmenregelungen die Privaten veranlaßt, ihre Ansprüche an das Produktionspotential entsprechend zu ändern.

2. Der konjunkturelle Impuls mißt nur die primären Wirkungen, die von einer Abweichung des tatsächlichen Haushaltsvolumens vom konjunkturneutralen ausgehen. Allenfalls sie, nicht auch Sekundärwirkungen der Finanzpolitik lassen sich situationsneutral bestimmen. Nicht erfaßt werden auch die Auswirkungen von Änderungen in der Struktur der öffentlichen Ausgaben und der Steuereinnahmen (JG 74 Ziffern 400 ff.).

3. Gerechnet wird der konjunkturelle Impuls als Abweichung der finanzwirtschaftlichen Quoten (Staatsquote, volkswirtschaftliche Steuerquote und — davon abhängig — konjunkturbereinigte Kreditfinanzierungsquote) von ihren mittelfristigen Bezugsgrößen. Zunächst wird das Haushaltsvolumen errechnet, das konjunkturneutral wäre auf der Basis einer mittelfristig konstanten Staatsquote, ermittelt als Produkt aus der Staatsquote des Basisjahres und dem jeweiligen Produktionspotential bei konjunkturneutralem Preisniveau. Das konjunkturneutrale Preisniveau haben wir definiert als den mit der Rate der konjunkturneutralen Preisniveausteigerung des Jahres t inflationierten Preisindex des Bruttosozialprodukts des Jahres t — 1. Ein Anstieg des Preisniveaus gilt als konjunkturneutral, wenn er durch keine marktwirtschaftliche Strategie bei Vermeidung unzumutbarer Beschäftigungsrisiken kurzfristig niedriger gehalten werden kann. Dieses Haushaltsvolumen ist zu bereinigen um das, was der Staat durch seine Steuerpolitik am Spielraum für seine Ausgabentätigkeit verändert hat, ermittelt als Produkt aus der Abweichung der Steuerquote des Jahres t von der des Basisjahres und dem Bruttosozialprodukt bei konjunkturneutralem Preisniveau und Normalauslastung des Produktionspotentials im Jahre t. Das so ermittelte konjunkturneutrale Haushaltsvolumen wird mit den tatsächlichen Ausgaben der Gebietskörperschaften verglichen, die Differenz ist der konjunkturelle Impuls.

4. Die verwendeten Symbole haben folgende Bedeutung:

P_t^r Produktionspotential in Preisen von 1970 im Jahr t

p_t „konjunkturneutrale" Erhöhung des Preisniveaus (Preisindex des Bruttosozialproduktes) im Jahr t (in vH)

P_t^n Produktionspotential, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialproduktes im Vorjahr (t — 1) und der „konjunkturneutralen" Erhöhung des Preisniveaus (p_t) im Jahr t

P_t^i Produktionspotential in jeweiligen Preisen (Deflator des Bruttosozialproduktes) im Jahr t

l_v Normalauslastungsgrad des Produktionspotentials (in vH)

G_t^i tatsächliche Staatsausgaben im Jahr t

g_o Anteil der Staatsausgaben am Produktionspotential (Staatsquote) im Basisjahr (in vH)

G_t^n Staatsausgaben im Jahr t bei gleichem Staatsanteil am Produktionspotential wie im Basisjahr: $\frac{(g_o \cdot P_t^n)}{100}$

Y_t^i Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen im Jahr t

Y_t^v Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials (P_t^n) im Jahr t

Y_t^n Bruttosozialprodukt bei „konjunkturneutralem" Preisniveau im Jahr t

t_o volkswirtschaftliche Steuerquote (Anteil der tatsächlichen Steuereinnahmen am Bruttosozialprodukt) im Basisjahr (in vH)

t_t volkswirtschaftliche Steuerquote im Jahr t (in vH)

---

[1]) Seit März 1978 verwendet die Deutsche Bundesbank den Bargeldumlauf ohne die seit diesem Monat anrechenbaren Kassenbestände der Kreditinstitute.

T_t^v Vollbeschäftigungssteuereinnahmen im Jahr t bei gleicher Steuerquote wie im jeweiligen Jahr

T_t^n Vollbeschäftigungssteuereinnahmen im Jahr t bei gleicher Steuerquote wie im Basisjahr: $\frac{(t_o \cdot Y_t^v)}{100}$

H_t^n konjunkturneutrales Haushaltsvolumen im Jahr t

n_t konjunkturneutrale Staatsquote im Jahr t (in vH)

b_t beanspruchte Staatsquote im Jahr t (in vH)

i_t realisierte Staatsquote im Jahr t (in vH)

S_o sonstige Einnahmen im Basisjahr

S_t sonstige Einnahmen im Jahr t

K_o^n potentialorientierte Kreditaufnahme im Basisjahr

K_t^n potentialorientierte Kreditaufnahme im Jahr t

F_o^i tatsächlicher Finanzierungssaldo im Basisjahr

5. Definitionen

$$Y_t^v = \frac{l_v \cdot P_t^n}{100}$$

$$Y_t^n = Y_t^i \frac{P_t^n}{P_t^i}$$

$$T_t^v = \frac{t_t \cdot Y_t^v}{100}$$

$$T_t^n = \frac{t_o \cdot Y_t^v}{100}$$

$$H_t^n = \frac{g_o \cdot P_t^n}{100} + \frac{(t_t - t_o)\, Y_t^v}{100}$$

Die Differenz der Steuerquoten des laufenden Jahres (t_t) und des Basisjahres (t_o) — als Maß für Veränderungen in den Entzugseffekten des Steuersystems — gewichten wir seit 1974, anders als bei den Rechnungen in früheren Gutachten, nicht mehr mit dem Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen (Y_t^i), sondern mit dem Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials zu konjunkturneutralen Preisen (Y_t^v). Hierdurch sollen konjunkturbedingte und inflationsbedingte Schwankungen im Steueraufkommen besser als bisher bei der Ermittlung des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens ausgeschaltet werden. Konjunkturbedingte und inflationsbedingte Schwankungen in den Steuerquoten vermögen wir allerdings nach wie vor nicht hinreichend genau zu erfassen (siehe JG 70 Ziffer 341).

Konjunktureller Impuls:

$H_t^n > G_t^i$: kontraktiv

$H_t^n = G_t^i$: konjunkturneutral

$H_t^n < G_t^i$: expansiv

konjunkturneutrale Staatsquote: $n_t = \frac{H_t^n}{P_t^n} \cdot 100$

beanspruchte Staatsquote: $b_t = \frac{G_t^i}{P_t^n} \cdot 100$

realisierte Staatsquote: $i_t = \frac{G_t^i}{P_t^i} \cdot 100$

potentialorientierte Kreditaufnahme im Basisjahr:

$$K_o^n = F_o^i + \frac{t_o}{100} \cdot (Y_o^n - Y_o^v)$$

6. Zur Berechnung der Steigerungsrate für eine konjunkturneutrale Ausweitung der Staatsausgaben (bezogen auf die Ist-Ausgaben des Vorjahres)

$$\left(\frac{H_{t+1}^n}{G_t^i} - 1\right) \cdot 100 = \left[\frac{\left(\frac{H_t^n}{G_t^i} \cdot \frac{P_t^i}{P_t^n}\right) \cdot \left(\frac{P_{t+1}^v}{P_t^v}\right) \cdot (100 + p_{t+1})}{100} + \frac{(t_{t+1} - t_t)\, Y_{t+1}^v}{G_t^i \cdot 100} - 1\right] \cdot 100 =$$

$$= \left[\frac{\left(\frac{P_{t+1}^v}{P_t^v}\right) \cdot \frac{(100 + p_{t+1})}{100}}{\frac{i_t}{n_t}} + \frac{(t_{t+1} - t_t)\, Y_{t+1}^v}{G_t^i \cdot 100} - 1\right] \cdot 100$$

Zwischen den Werten der konjunkturneutralen Steigerungsrate in Zeile (b) der Tabelle 27 und den Werten in den Zeilen (c), (d), (e) und (f) besteht folgender Zusammenhang:

$$b = \left[\frac{\frac{[100 + (c)]}{100} \cdot \frac{[100 + (d)]}{100}}{\frac{100 - (f)}{100}} + \frac{(e)}{100} - 1\right] \cdot 100$$

7. Zur Berechnung des konjunkturneutralen Finanzierungssaldos

(a) potentialorientierte Kreditaufnahme:

$$K_t^n = K_0^n \cdot \frac{P_t^n}{P_0^i}$$

Diese Größe tritt an die Stelle der früher ausgewiesenen „konjunkturneutralen längerfristigen Kreditaufnahme" zuzüglich der auslastungs- und inflationsbedingten Änderung im Deckungsbeitrag dieser Größe (früher zusammen mit (d)).

(b) auslastungsbedingte Steuermehreinnahmen bzw. Mindereinnahmen: [1]

$$\frac{t_t}{100} \cdot (Y_t^n - Y_t^r)$$

(c) inflationsbedingte Steuermehreinnahmen: [1]

$$\frac{t_t}{100} \cdot (Y_t^i - Y_t^r)$$

(d) Änderung im Deckungsbeitrag der „Sonstigen Einnahmen":

$$\left(S_t - S_0 \frac{P_t^n}{P_0^i}\right)$$

Der konjunkturneutrale Finanzierungssaldo ergibt sich als Summe der Komponenten (a) bis (d).

---

[1]) Die auslastungsbedingten und die inflationsbedingten Steuermehreinnahmen bzw. Mindereinnahmen werden mit der jeweiligen Steuerquote und nicht — wie bis 1975 — mit der Steuerquote des Basisjahres errechnet. Diese Änderung wurde dadurch erforderlich, daß der konjunkturneutrale Ausgabenspielraum, der durch eine Änderung der steuerlichen Einnahmenregelungen entsteht, nicht mehr wie früher aufgrund der tatsächlichen Steuereinnahmen errechnet wird, sondern aufgrund der Vollbeschäftigungssteuereinnahmen.

VI.

Statistischer Anhang *)

) Bei den in den Tabellen 14 bis 25* nachgewiesenen Daten aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen konnten auf Grund der im Jahre 1977 vom Statistischen Bundesamt vorgenommenen Revision nur Angaben ab 1960 gebracht werden (vgl. hierzu auch die Erläuterungen S. 218 ff.).

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland

1. Vorbemerkung

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Bundesrepublik Deutschland werden in mehrjährigen Abständen einer umfassenden Revision unterworfen. Eine solche Revision wurde auch 1977 durchgeführt. Die in diesem Jahr dargestellten Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind für den Zeitraum ab 1960 revidierte Daten. Die Revision hatte zum Ziel, die Ergebnisse aus Statistiken, die nur in mehrjährigen Abständen durchgeführt werden und in den laufenden Berechnungen nicht berücksichtigt werden konnten, erstmalig in die Berechnung einzuarbeiten. Auch die Konzepte und Definitionen sind im Zuge dieser Revision zum Teil geändert worden, um neuen Anforderungen Rechnung tragen zu können. Die Berechnungen in konstanten Preisen wurden vom Basisjahr 1962 auf das Basisjahr 1970 umgestellt.

2. Sektoren der Volkswirtschaft

Die inländischen wirtschaftlichen Institutionen sind in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Sektoren zusammengefaßt. In der Grundeinteilung werden drei Sektoren unterschieden, nämlich Unternehmen, Staat sowie private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Zu den **Unternehmen** rechnen alle Institutionen, die vorwiegend Waren und Dienstleistungen produzieren bzw. erbringen und diese gegen spezielles Entgelt verkaufen, das in der Regel Überschüsse abwirft oder mindestens die Kosten deckt. Hierzu gehören auch landwirtschaftliche Betriebe, Handwerksbetriebe, Ein- und Verkaufsvereinigungen, Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Arbeitsstätten der freien Berufe, die Deutsche Bundesbahn, die Deutsche Bundespost und sonstige Unternehmen, die dem Staat gehören, unabhängig von ihrer Rechtsform, ferner die Wohnungsvermietung einschließlich der Nutzung von Eigentümerwohnungen.

Der **Staat** umfaßt folgende öffentliche Körperschaften: Bund einschl. Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen, Länder einschl. Stadtstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbände, und zwar Hoheits- und Kämmereiverwaltungen (also nicht ihre Unternehmen), ferner Zweckverbände, soweit sie Aufgaben erfüllen, die denen der Gebietskörperschaften entsprechen, und die Sozialversicherung einschl. der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst.

In den Sektor der **privaten Haushalte** sind die privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter eingeschlossen, wie Kirchen, religiöse und weltanschauliche Organisationen, karitative, kulturelle und wissenschaftliche — sowie überwiegend von privaten Haushalten finanzierte — und im Erziehungswesen tätige Organisationen, politische Parteien, Gewerkschaften, Sportvereine, gesellige Vereine usw.

3. Das Sozialprodukt und seine Entstehung

Das **Sozialprodukt** gibt in zusammengefaßter Form ein Bild der wirtschaftlichen Leistung der Volkswirtschaft.

Von seiner Entstehung her gesehen wird das Sozialprodukt über das **Inlandsprodukt** berechnet. Inlandsprodukt und Sozialprodukt werden im allgemeinen sowohl „brutto" als auch „netto" (d. h. nach Abzug der Abschreibungen) berechnet und dargestellt. Ausgangsgröße für die Ermittlung des Inlandsprodukts sind in der Regel die Produktionswerte (Wert der Verkäufe von Waren und Dienstleistungen aus eigener Produktion sowie von Handelsware an andere Wirtschaftseinheiten, Bestandsveränderung an Halb- und Fertigwaren, selbsterstellte Anlagen) der einzelnen Sektoren bzw. Wirtschaftsbereiche. Zieht man hiervon die sogenannten Vorleistungen (Wert der Güter, die inländische Wirtschaftseinheiten von anderen Wirtschaftseinheiten bezogen und im Berichtszeitraum im Zuge der Produktion verbraucht haben) ab, erhält man die **Bruttowertschöpfung** der Wirtschaftsbereiche. Durch Addition der Bruttowertschöpfung der Unternehmensbereiche erhält man zunächst die unbereinigte Bruttowertschöpfung der Unternehmen insgesamt; sie umfaßt u. a. die unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen und die abzugsfähige Mehrwertsteuer auf Investitionen (gekürzt um Investitionsteuer), schließt jedoch die Einfuhrabgaben aus. Zieht man von der unbereinigten Bruttowertschöpfung der Unternehmen insgesamt die unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen und die abzugsfähige Vorsteuer auf Investitionen (vermindert um Investitionsteuer) ab, erhält man die Bruttowertschöpfung des Unternehmenssektors. Addiert man hierzu die Bruttowertschöpfung des Staates, der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter, ergibt sich die gesamte Bruttowertschöpfung der Volkswirtschaft. Um das Bruttoinlandsprodukt zu erhalten, müssen zur Bruttowertschöpfung die Einfuhrabgaben, die vom Staat oder von Institutionen der Europäischen Gemeinschaften (übrige Welt) auf eingeführte Güter erhoben werden, hinzugefügt werden. Dieser Schritt läßt sich nur für alle Sektoren zusammen vollziehen, da die Einfuhrabgaben alle Sektoren betreffen und vereinfachende Hilfskonstruktionen nicht anwendbar sind.

Erhöht man das Bruttoinlandsprodukt um die Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die inländische Personen bzw. Institutionen von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man die Erwerbs- und Vermögenseinkommen ab, die an die übrige Welt geflossen sind, ergibt sich das **Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen.**

Das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen ist, von seiner Verwendung her gesehen, gleich der Summe aus dem letzten Verbrauch (Privater und Staatsverbrauch), den Bruttoinvestitionen und dem Außenbeitrag. Der Außenbeitrag ergibt sich nach Abzug der Einfuhr von Waren und Dienstleistungen (einschl. der Erwerbs- und Vermögenseinkommen an die übrige Welt) von der Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen (einschl. der Erwerbs- und Vermögenseinkommen aus der übrigen Welt).

Zieht man vom Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen die verbrauchsbedingten, zu Wiederbeschaffungspreisen bewerteten Abschreibungen ab, erhält man das **Nettosozialprodukt zu Marktpreisen.** Hieraus leitet sich durch Kürzung um die indirekten Steuern (Produktionssteuern und Einfuhrabgaben) und durch Addition der für die laufende Produktion gezahlten staatlichen Subventionen das **Nettosozialprodukt zu Faktorkosten** ab. Es ist identisch mit dem Volkseinkommen.

Die einzelnen Begriffe hängen, schematisch dargestellt, wie folgt zusammen:

	Bruttowertschöpfung
+	Einfuhrabgaben
=	Bruttoinlandsprodukt
+	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt
=	Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen
−	Abschreibungen
=	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen
−	Indirekte Steuern
+	Subventionen
=	Nettosozialprodukt zu Faktorkosten = Volkseinkommen

4. Verteilung des Volkseinkommens

Das Volkseinkommen ist die Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländern letztlich zugeflossen sind. Es umfaßt — in der Gliederung nach Sektoren — die Erwerbs- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter, die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen des Staates und die unverteilten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit.

In der Verteilungsrechnung des Volkseinkommens werden zwei wichtige Einkommensarten unterschieden, nämlich Einkommen aus unselbständiger Arbeit und Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Das **Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit** umfaßt die Bruttolohn- und -gehaltssumme und die tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträge der Arbeitgeber.

Das **Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen** enthält das Einkommen der privaten Haushalte und des Staates aus Zinsen, Nettopachten, Einkommen aus immateriellen Werten, Dividenden und sonstigen Ausschüttungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie Einkommen der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, und zwar nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden bzw. auf die öffentliche Schuld. Dazu kommen die unverteilten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit (Kapitalgesellschaften, Genossenschaften usw.).

Die Anteile der Sektoren am Volkseinkommen enthalten einerseits noch die aus den Einkommen zu leistenden direkten Steuern, derjenige der privaten Haushalte außerdem die Sozialbeiträge; andererseits sind die von den privaten Haushalten empfangenen Renten und übrigen laufenden Übertragungen noch nicht einbezogen.

Erhöht man den Anteil der privaten Haushalte (und privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter) am Volkseinkommen um die Renten, Pensionen, Unterstützungen und ähnliches, die die privaten Haushalte vom Staat und von den anderen Sektoren sowie von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man von dieser Summe die von ihnen an den Staat geleisteten direkten Steuern sowie die an alle Sektoren und die übrige Welt geleisteten Sozialbeiträge und sonstigen laufenden Übertragungen ab, ergibt sich das **verfügbare Einkommen** des Haushaltssektors. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte kann sowohl einschl. als auch ohne nicht entnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit dargestellt werden. Dasselbe gilt für die **Ersparnis** der privaten Haushalte, die man erhält, wenn man vom verfügbaren Einkommen den Privaten Verbrauch abzieht.

5. Verwendung des Sozialprodukts

Auf der Verwendungsseite des Sozialprodukts werden der Private Verbrauch, der Staatsverbrauch, die Bruttoinvestitionen und der Außenbeitrag unterschieden.

Der **Private Verbrauch** umfaßt die Waren- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke und den Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter. Neben den tatsächlichen Käufen sind auch bestimmte unterstellte Käufe einbegriffen, wie z. B. der Eigenverbrauch der Unternehmer, der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen sowie Deputate der Arbeitnehmer. Der Verbrauch auf Geschäftskosten wird nicht zum Privaten Verbrauch gerechnet, sondern zu den Vorleistungen der Unternehmen. Nicht enthal-

ten sind ferner die Käufe von Grundstücken und Gebäuden, die zu den Anlageinvestitionen zählen.

Der **Staatsverbrauch** entspricht den Aufwendungen des Staates für Verwaltungsleistungen, die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden. Er ergibt sich nach Abzug der Verkäufe sowie der selbsterstellten Anlagen vom Produktionswert des Staates, der anhand der laufenden Aufwendungen der Institutionen des Staatssektors gemessen wird. Zu den laufenden Aufwendungen für Verteidigungszwecke wird auch der Erwerb von militärischen Bauten und dauerhaften militärischen Ausrüstungen gerechnet. Sachleistungen der Sozialversicherung, der Sozialhilfe usw. an private Haushalte zählen zum Staatsverbrauch und nicht zum Privaten Verbrauch.

Die **Bruttoinvestitionen** setzen sich aus Anlageinvestitionen (Ausrüstungen und Bauten) und der Vorratsveränderung zusammen.

Die **Anlageinvestitionen** umfassen die Käufe neuer Anlagen sowie von gebrauchten Anlagen und Land nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Anlagen und Land. Als Anlagen werden in diesem Zusammenhang alle dauerhaften reproduzierbaren Produktionsmittel angesehen, mit Ausnahme dauerhafter militärischer Güter und dauerhafter Güter, die in den Privaten Verbrauch eingehen. Als dauerhaft gelten diejenigen Produktionsmittel, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt und die normalerweise aktiviert und abgeschrieben werden; ausgenommen sind geringwertige Güter.

Die Anlageinvestitionen werden unterteilt in **Ausrüstungsinvestitionen** (Maschinen und maschinelle Anlagen, Fahrzeuge usw.) und **Bauinvestitionen** (Wohngebäude, Verwaltungsgebäude, gewerbliche Bauten, Straßen, Brücken, Wasserwege usw.).

Die **Vorratsveränderung** wird anhand von Bestandsangaben für Vorräte berechnet, die zunächst auf eine konstante Preisbasis (1970) umgerechnet werden. Die Differenz zwischen Anfangs- und Endbeständen wird anschließend mit jahresdurchschnittlichen Preisen bewertet. Die so ermittelte Vorratsveränderung ist frei von Scheingewinnen und -verlusten, die aus preisbedingten Änderungen der Buchwerte resultieren.

Als **Außenbeitrag** wird die Differenz zwischen der Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen bezeichnet. Erfaßt werden die Waren- und Dienstleistungsumsätze zwischen Inländern und der übrigen Welt. Einbezogen in die Ausfuhr sind Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländer von der übrigen Welt bezogen haben; in der Einfuhr sind die an die übrige Welt geflossenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen enthalten.

Beim Vergleich mit entsprechenden Positionen der Zahlungsbilanz ist zu beachten, daß in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die übrige Welt neben dem Ausland auch die DDR und Berlin (Ost) umfaßt.

6. Das Sozialprodukt in konstanten Preisen und die Preisentwicklung des Sozialprodukts

Das Sozialprodukt und die wichtigsten Teilgrößen der Entstehungs- und Verwendungsrechnung werden auch in konstanten Preisen (von 1970) berechnet. Man spricht in diesem Fall auch vom realen Sozialprodukt im Gegensatz zum nominalen, das in jeweiligen Preisen ausgedrückt ist. Dividiert man nominale durch die entsprechenden realen Größen, erhält man Preisindizes auf der Basis 1970. Diese Preisindizes haben eine wechselnde Wägung, das heißt, ihnen liegt der „Warenkorb" des jeweiligen Berichtsjahres zugrunde. Sie zeigen den Preisstand im Berichtsjahr verglichen mit dem von 1970; die Preisentwicklung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ist aus ihnen — wegen der wechselnden Wägung — nur mit Einschränkungen abzulesen.

Weitere Hinweise zum Inhalt der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendeten Begriffe werden in den Fußnoten zu den einzelnen Tabellen gegeben.

Tabellenteil

Wechselkurs für die Berechnung der in Eur ausgedrückten Angaben
(Gegenwert von 1 Eur in Landeswährung)
1 Eur =

	DM	FF	Lit	Fl	FB	Flux	£ (UK)	£ (IRL)	DKr	$ (US)	Yen
1960	4,20000	4,93706	625,000	3,80000	50,0000	50,0000	0,357143	0,357143	6,90714	1,00000	360,000
1961	4,03507			3,65205							
1962	4,00000			3,62000							
1963											
1964											
1965											
1966							↓	↓	↓		
1967							0,364318	0,364318	6,97374		
1968	↓	↓					0,416667	0,416667	7,50000		
1969	3,93852	5,17884									
1970	3,66000	5,55419	↓	↓	↓	↓			↓	↓	↓
1971	3,65514		625,191	3,61707	49,9595	49,9595	↓	↓	7,50236	1,00258	359,228
1972	3,49872		631,342	3,52281	48,6572	48,6572	0,437	0,437	7,57831	1,08571	334,400
1973	3,32811	↓	729,—	3,47410			0,511	0,511		1,25	339,—
1974	3,21978	6,01	813,—	3,35507			0,534	0,534		1,25	363,—
1975	↓	5,68	863,—				0,597	0,597	↓	1,32	389,—
1976	3,20684	6,06	1 054,—	↓	↓	↓	0,706	0,706	7,64301	1,27	378,—

Quelle: SAEG

Tabelle 1

Bevölkerung und Erwerbstätige [1]) in den EG-Ländern

1 000

Jahr	EG insgesamt [2])	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
					Gesamtbevölkerung					
1960	172 232	55 433	9 119	45 684	50 198	315	11 483	4 581	52 559	2 832
1961	173 983	56 175	9 166	46 163	50 523	319	11 637	4 617	52 954	2 818
1962	176 020	56 837	9 218	46 998	50 843	323	11 801	4 647	53 414	2 830
1963	177 976	57 389	9 283	47 816	51 198	326	11 964	4 684	53 691	2 850
1964	179 703	57 971	9 367	48 310	51 600	330	12 125	4 720	54 033	2 864
1965	181 438	58 619	9 448	48 758	51 987	333	12 293	4 758	54 378	2 876
1966	182 942	59 148	9 508	49 164	52 332	335	12 455	4 797	54 653	2 884
1967	183 990	59 286	9 557	49 548	52 667	335	12 597	4 839	54 933	2 900
1968	185 053	59 500	9 590	49 914	52 987	337	12 726	4 867	55 157	2 913
1969	186 523	60 067	9 613	50 315	53 317	339	12 873	4 891	55 372	2 929
1970	188 090	60 651	9 638	50 768	53 661	340	13 032	4 929	55 522	2 950
1971	189 750	61 284	9 673	51 249	54 005	345	13 194	4 963	55 712	2 978
1972	191 173	61 669	9 711	51 703	54 412	348	13 330	4 992	55 882	3 014
1973	256 645	61 976	9 742	52 130	54 913	353	13 438	5 022	56 021	3 051
1974	257 819	62 054	9 772	52 492	55 413	357	13 543	5 045	56 053	3 089
1975	258 455	61 829	9 801	52 748	55 830	358	13 660	5 060	56 042	3 127
1976	258 805	61 531	9 818	52 921	56 169	356	13 773	5 073	56 001	3 162
					Erwerbstätige					
1960	74 086	26 080	3 481	19 581	20 630	132	4 182	2 054	24 313	1 055
1961	74 587	26 441	3 510	19 594	20 667	132	4 243	2 084	24 598	1 053
1962	74 639	26 534	3 566	19 628	20 450	133	4 328	2 116	24 770	1 060
1963	74 666	26 596	3 592	19 820	20 139	132	4 387	2 142	24 800	1 066
1964	74 952	26 618	3 641	20 031	20 066	133	4 464	2 186	25 083	1 071
1965	74 837	26 769	3 648	20 105	19 680	133	4 502	2 226	25 320	1 069
1966	74 661	26 686	3 665	20 262	19 377	134	4 537	2 264	25 479	1 066
1967	74 038	25 817	3 654	20 317	19 596	131	4 523	2 312	25 106	1 060
1968	74 073	25 839	3 650	20 303	19 585	131	4 565	2 320	24 927	1 063
1969	75 044	26 240	3 711	20 644	19 676	132	4 641	2 342	24 970	1 066
1970	75 781	26 570	3 691	20 943	19 745	135	4 696	2 374	24 840	1 053
1971	76 004	26 639	3 729	21 058	19 715	139	4 724	2 382	24 485	1 055
1972	75 807	26 580	3 725	21 210	19 466	143	4 683	2 390	24 460	1 050
1973	104 853	26 648	3 774	21 495	19 604	146	4 685	2 407	25 037	1 057
1974	104 948	26 155	3 828	21 655	19 884	150	4 687	2 394	25 129	1 066
1975	103 544	25 266	3 776	21 410	19 895	150	4 656	2 344	24 997	1 050
1976	103 250	25 033	3 752	21 427	20 072	148	4 644	2 373	24 766	1 035

1) Inlandskonzept (nach dem Beschäftigungsort).
2) Bis 1972 EG der Sechs, ab 1973 EG der Neun.

Quelle: SAEG

Tabelle 2*

Beschäftigte Arbeitnehmer [1]) und registrierte Arbeitslose in den EG-Ländern

1 000

Jahr	EG insgesamt [2])	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
					Beschäftigte Arbeitnehmer					
1960	52 228	20 090	2 565	13 926	12 257	94	3 296	1 580	22 547	650
1961	53 328	20 580	2 609	14 086	12 588	96	3 369	1 613	22 839	650
1962	54 258	20 876	2 674	14 261	12 885	97	3 465	1 647	23 024	659
1963	55 147	21 113	2 724	14 583	13 093	98	3 536	1 668	23 067	669
1964	55 872	21 349	2 799	14 913	13 088	100	3 623	1 710	23 363	680
1965	56 120	21 639	2 828	15 095	12 780	102	3 676	1 741	23 614	702
1966	56 351	21 650	2 854	15 353	12 669	104	3 722	1 754	23 785	702
1967	56 012	20 921	2 845	15 508	12 918	103	3 718	1 803	23 335	705
1968	56 443	21 054	2 845	15 590	13 076	104	3 775	1 839	23 149	715
1969	57 956	21 636	2 911	16 051	13 388	106	3 865	1 856	23 100	726
1970	59 117	22 148	2 985	16 469	13 472	110	3 933	1 902	22 938	725
1971	59 805	22 328	3 048	16 708	13 635	114	3 972	1 909	22 576	737
1972	60 162	22 360	3 063	16 980	13 698	119	3 942	1 950	22 561	736
1973	86 806	22 500	3 123	17 377	13 918	123	3 958	1 969	23 090	749
1974	87 137	22 092	3 186	17 638	14 192	127	3 972	1 964	23 204	763
1975	86 061	21 329	3 138	17 486	14 253	128	3 956	1 914	23 111	747
1976	86 029	21 233	3 121	17 593	14 436	126	3 959	1 945	22 880	736
					Registrierte Arbeitslose					
1960	2 088	271	110	131	1 546	0,1	30	31	377	53
1961	1 810	181	88	112	1 407	0,1	22	25	347	21
1962	1 536	155	71	125	1 162	0,1	23	23	467	47
1963	1 477	186	54	143	1 069	0,2	25	32	558	50
1964	1 444	169	53	113	1 087	0,0	22	19	404	49
1965	1 560	147	65	141	1 180	0,0	27	16	347	49
1966	1 534	161	74	147	1 115	0,0	37	18	361	48
1967	1 856	459	98	196	1 024	0,2	79	22	557	55
1968	1 726	323	116	254	961	0,1	72	39	583	59
1969	1 429	179	87	223	887	0,0	53	31	576	57
1970	1 426	149	81	262	888	0,0	46	24	612	65
1971	1 708	185	85	338	1 038	0,020	62	29	792	62
1972	1 891	246	105	384	1 048	0,042	108	29	876	72
1973	2 596	273	111	394	1 005	0,046	110	18	619	67
1974	3 070	582	124	498	997	0,058	135	48	615	70
1975	4 623	1 074	208	840	1 107	0,265	195	122	978	99
1976	5 248	1 060	267	934	1 182	0,457	211	122	1 360	111
1977	5 736	1 030	308	1 072	1 378	0,821	207	147	1 484	109

[1]) Inlandskonzept (nach dem Beschäftigungsort).
[2]) Bis 1972 EG der Sechs, ab 1973 EG der Neun.

Quelle: SAEG

Tabelle 3*

Bruttoinlandsprodukt in den EG-Ländern [1])

Mrd Eur [2])

Jahr	EG insgesamt [3])	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
					in jeweiligen Preisen und Wechselkursen					
1960	189,4	72,1	11,1	60,1	34,6	0,5	11,0	5,9	71,4	1,8
1961	210,8	82,2	11,8	65,5	38,6	0,5	12,1	6,6	76,2	1,9
1962	233,1	90,2	12,7	73,2	43,4	0,5	13,1	7,4	79,8	2,1
1963	255,7	95,6	13,6	82,0	49,7	0,6	14,3	7,9	84,8	2,2
1964	283,0	105,1	15,3	91,0	54,3	0,6	16,8	9,0	92,5	2,5
1965	307,2	114,8	16,6	97,9	58,4	0,7	18,7	10,1	99,5	2,7
1966	330,3	122,1	17,8	106,0	63,2	0,7	20,4	11,1	106,0	2,8
1967	350,0	123,6	19,1	114,5	69,6	0,7	22,4	12,0	109,7	3,0
1968	379,4	133,7	20,4	124,5	75,1	0,8	24,8	12,3	103,6	3,0
1969	421,3	151,6	22,7	135,3	82,7	0,9	28,1	14,1	110,7	3,5
1970	477,0	185,5	25,2	140,9	92,7	1,1	31,6	15,6	121,7	3,9
1971	529,0	206,5	27,7	157,1	100,9	1,1	35,8	17,1	136,4	4,5
1972	596,6	236,1	31,6	176,6	109,4	1,2	41,7	19,2	143,9	5,1
1973	843,4	276,0	35,9	200,6	113,2	1,5	48,4	21,8	140,8	5,3
1974	926,0	306,6	42,0	211,6	124,1	1,7	56,7	24,3	153,4	5,5
1975	1 021,1	319,9	46,2	253,0	132,3	1,7	62,3	26,9	172,7	6,1
1976	1 092,0	350,1	...	273,5	134,8	...	70,5	30,5	172,8	6,3
					in Preisen und Wechselkursen von 1970					
1960	288,3	117,1	15,6	81,7	54,1	0,8	.	9,7	92,6	.
1961	304,6	123,1	16,4	86,3	58,5	0,8	.	10,3	95,7	.
1962	321,2	128,5	17,2	92,1	62,1	0,8	.	10,9	96,6	.
1963	334,7	132,4	18,0	96,9	65,6	0,8	21,0	11,0	100,4	.
1964	354,4	141,3	19,2	102,9	67,3	0,9	22,8	12,0	106,0	.
1965	371,4	149,2	19,9	107,9	69,4	0,9	24,0	12,6	108,4	.
1966	386,1	152,9	20,6	113,6	73,4	0,9	24,7	12,9	110,4	.
1967	398,5	152,7	21,4	119,0	78,6	0,9	26,0	13,5	113,3	.
1968	420,9	162,3	22,3	124,1	83,6	1,0	27,7	14,0	117,2	.
1969	450,7	175,0	23,7	133,0	88,3	1,0	29,6	15,2	118,8	.
1970	477,0	185,5	25,2	140,9	92,7	1,1	31,6	15,6	121,7	3,9
1971	494,3	191,4	26,2	148,4	94,1	1,1	33,0	16,1	125,1	4,1
1972	516,1	198,4	27,7	157,5	97,1	1,1	34,3	16,8	128,1	4,3
1973	703,3	208,2	29,4	166,0	103,8	1,2	36,4	17,3	136,6	4,5
1974	715,1	209,3	30,5	170,6	107,9	1,3	37,9	17,3	135,7	4,5
1975	703,5	203,9	29,9	171,7	104,1	1,2	37,4	17,1	133,5	4,5
1976	737,2	215,2	...	181,0	110,0	...	39,2	18,1	137,0	4,7

[1]) Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gensamtrechnungen", 1970).
[2]) Rechnungseinheit der Europäischen Gemeinschaften.
[3]) Bis 1972 EG der Sechs, ab 1973 EG der Neun.

Quelle: SAEG

Tabelle 4*

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in den EG-Ländern [1])

Eur [2])

Jahr	EG insgesamt [3])	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
				in jeweiligen Preisen und Wechselkursen						
1960	2 557	2 764	3 201	3 067	1 678	3 875	2 633	2 875	2 935	1 685
1961	2 826	3 110	3 376	3 344	1 867	3 791	2 851	3 144	3 097	1 817
1962	3 123	3 400	3 554	3 727	2 122	4 019	3 035	3 489	3 220	1 952
1963	3 425	3 595	3 793	4 138	2 467	4 259	3 249	3 669	3 418	2 087
1964	3 776	3 947	4 189	4 542	2 706	4 875	3 757	4 109	3 689	2 364
1965	4 105	4 289	4 551	4 871	2 970	5 054	4 160	4 533	3 928	2 520
1966	4 424	4 575	4 868	5 232	3 263	5 237	4 495	4 892	4 159	2 668
1967	4 727	4 788	5 230	5 637	3 553	5 399	4 947	5 199	4 369	2 873
1968	5 121	5 175	5 602	6 131	3 836	5 936	5 435	5 310	4 154	2 825
1969	5 613	5 776	6 112	6 554	4 203	6 849	6 054	6 012	4 432	3 255
1970	6 294	6 980	6 838	6 728	4 695	7 857	6 740	6 560	4 901	3 705
1971	6 961	7 753	7 417	7 459	5 116	7 779	7 588	7 185	5 570	4 231
1972	7 870	8 882	8 482	8 328	5 621	8 611	8 894	8 030	5 882	4 845
1973	8 044	10 358	9 510	9 333	5 773	10 246	10 329	9 042	5 624	4 979
1974	8 823	11 722	10 984	9 772	6 242	11 684	12 101	10 134	6 105	5 130
1975	9 862	12 661	12 237	11 818	6 652	11 078	13 375	11 472	6 911	5 776
1976	10 576	13 987	...	12 764	6 718	...	15 192	12 841	6 976	6 043
				in Preisen und Wechselkursen von 1970						
1960	3 891	4 492	4 485	4 174	2 622	5 843	.	4 731	3 810	.
1961	4 084	4 656	4 669	4 406	2 831	6 033	.	4 961	3 890	.
1962	4 303	4 844	4 835	4 695	3 038	6 111	.	5 163	3 901	.
1963	4 482	4 977	5 009	4 890	3 256	6 283	4 784	5 132	4 047	.
1964	4 728	5 307	5 286	5 137	3 354	6 686	5 105	5 495	4 226	.
1965	4 962	5 574	5 464	5 366	3 528	6 786	5 329	5 642	4 281	.
1966	5 172	5 731	5 610	5 607	3 790	6 881	5 438	5 700	4 333	.
1967	5 383	5 914	5 846	5 857	4 010	7 020	5 746	5 818	4 513	.
1968	5 682	6 281	6 097	6 112	4 266	7 325	6 076	6 019	4 701	.
1969	6 006	6 669	6 395	6 444	4 487	7 879	6 381	6 474	4 757	.
1970	6 294	6 980	6 838	6 728	4 695	7 857	6 740	6 560	4 901	3 705
1971	6 504	7 187	7 037	7 046	4 775	7 840	6 993	6 771	5 109	3 847
1972	6 808	7 466	7 424	7 424	4 988	7 967	7 331	7 041	5 239	4 075
1973	6 708	7 811	7 788	7 723	5 297	8 357	7 760	7 188	5 455	4 226
1974	6 813	8 001	7 979	7 878	5 428	8 421	8 083	7 239	5 400	4 248
1975	6 794	8 069	7 915	8 022	5 234	7 757	8 041	7 312	5 342	4 325
1976	7 140	8 598	...	8 448	5 480	...	8 435	7 608	5 533	4 529

1) Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen", 1970).
2) Rechnungseinheit der Europäischen Gemeinschaften.
3) Bis 1972 EG der Sechs, ab 1973 EG der Neun.

Quelle: SAEG

Tabelle 5*

Verfügbares Nettovolkseinkommen [1]) und Einkommen aus unselbständiger Arbeit in den EG-Ländern [2])

Mrd Eur [3]) in jeweiligen Wechselkursen

Jahr	EG insgesamt [4])	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
				Verfügbares Nettovolkseinkommen [1])						
1960	172,3	65,8	10,1	53,8	32,0	0,4	10,1	5,4	65,9	1,8
1961	191,1	74,4	10,8	58,6	35,7	0,4	11,1	6,0	70,2	1,9
1962	211,4	81,2	11,5	66,1	40,2	0,5	12,0	6,8	73,6	2,0
1963	231,5	85,6	12,4	74,0	46,0	0,5	13,1	7,2	78,3	2,2
1964	256,0	93,9	13,9	82,1	50,1	0,6	15,4	8,2	85,4	2,5
1965	277,3	102,2	15,1	88,2	54,0	0,6	17,2	9,2	91,9	2,6
1966	297,7	108,4	16,2	95,3	58,6	0,6	18,7	10,1	97,4	2,7
1967	315,0	109,2	17,4	102,8	64,5	0,6	20,5	11,0	100,7	2,9
1968	341,7	118,6	18,6	111,4	69,7	0,6	22,7	11,2	94,8	2,9
1969	379,7	134,7	20,6	121,1	76,7	0,7	25,8	12,9	101,3	3,3
1970	427,9	164,0	22,8	125,8	85,3	0,9	29,0	14,2	111,4	3,7
1971	473,7	181,9	25,0	140,4	92,9	0,9	32,7	15,5	124,3	4,2
1972	533,9	207,5	28,7	157,9	100,8	1,0	38,0	17,4	130,6	4,8
1973	756,2	242,6	32,7	178,9	103,6	1,3	44,5	19,9	127,8	5,0
1974	823,1	267,8	38,3	186,9	111,9	1,5	51,7	21,8	137,9	5,3
1975	902,2	278,1	42,0	222,9	118,6	1,5	55,5	24,0	153,8	5,9
1976	967,4	305,7	...	242,3	121,1	...	63,6	27,4	152,5	6,0
				Einkommen aus unselbständiger Arbeit						
1960	85,8	34,2	5,1	26,5	14,5	0,2	5,2	2,8	42,6	0,8
1961	97,6	40,2	5,4	29,6	16,1	0,2	6,0	3,2	46,1	0,9
1962	109,9	44,9	5,9	33,4	18,8	0,3	6,6	3,6	48,6	1,0
1963	123,3	48,2	6,5	38,1	22,8	0,3	7,4	3,8	51,1	1,1
1964	137,3	52,7	7,3	42,6	25,6	0,3	8,8	4,4	55,4	1,2
1965	149,9	58,5	8,1	45,9	27,0	0,4	10,0	5,1	59,8	1,3
1966	161,9	63,0	8,9	49,5	28,9	0,4	11,3	5,6	64,0	1,4
1967	170,5	62,9	9,5	53,4	31,9	0,4	12,3	6,1	65,4	1,5
1968	186,2	67,6	10,1	59,7	34,8	0,4	13,5	6,3	61,1	1,5
1969	208,1	77,3	11,2	65,1	38,3	0,4	15,7	7,2	65,4	1,7
1970	243,1	98,4	12,6	68,8	44,8	0,5	18,0	8,2	73,2	2,0
1971	276,1	111,4	14,3	77,8	51,3	0,6	20,6	9,2	81,0	2,3
1972	313,0	128,0	16,9	87,1	56,6	0,7	23,7	10,2	87,0	2,6
1973	460,8	152,8	19,5	100,5	59,5	0,8	27,8	11,8	85,5	2,7
1974	524,7	173,8	23,2	110,5	66,6	1,0	33,4	13,9	99,0	3,1
1975	593,8	181,0	26,5	136,4	76,3	1,2	37,8	15,9	115,3	3,5
1976	624,5	194,6	...	147,7	76,6	...	41,9	...	111,7	3,5

[1]) Nettosozialprodukt zu Marktpreisen.
[2]) Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen", 1970).
[3]) Rechnungseinheit der Europäischen Gemeinschaften.
[4]) Bis 1972 EG der Sechs, ab 1973 EG der Neun.

Quelle: SAEG

Tabelle 6*

Privater Verbrauch in den EG-Ländern [1]

Mrd Eur [2]

Jahr	EG insgesamt [3]	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
	in jeweiligen Preisen und Wechselkursen									
1960	117,2	43,1	7,7	36,9	22,8	0,3	6,4	3,9	47,2	1,4
1961	129,9	49,1	8,0	40,4	25,0	0,3	7,2	4,3	49,6	1,5
1962	143,6	53,7	8,4	45,2	28,1	0,3	7,9	4,8	52,6	1,6
1963	159,1	57,1	9,1	51,2	32,7	0,3	8,8	5,1	55,8	1,7
1964	172,7	61,5	9,7	55,9	35,4	0,4	9,9	5,8	59,4	1,9
1965	187,6	67,9	10,6	59,7	38,0	0,4	11,0	6,3	63,3	2,0
1966	203,0	72,9	11,3	64,6	41,8	0,4	11,9	7,0	67,1	2,1
1967	216,5	75,3	11,9	70,0	46,0	0,4	12,9	7,6	69,2	2,2
1968	232,8	80,3	12,9	76,2	48,9	0,5	14,0	7,7	65,1	2,2
1969	256,3	89,7	14,0	82,8	53,4	0,5	16,0	8,8	69,3	2,5
1970	285,6	107,0	15,0	84,8	60,3	0,6	18,0	9,4	75,5	2,8
1971	317,6	119,5	16,5	95,1	65,6	0,6	20,2	10,1	84,3	3,1
1972	358,8	137,5	18,8	106,8	71,6	0,7	23,3	10,8	90,7	3,4
1973	505,9	159,3	21,4	120,5	73,6	0,8	26,8	12,3	87,8	3,4
1974	560,9	178,5	24,8	129,3	81,7	0,9	31,3	13,8	96,9	3,7
1975	633,2	196,0	28,0	157,5	89,3	1,0	35,7	15,6	106,2	3,9
1976	670,8	213,2	...	170,2	88,7	...	39,9	17,8	104,5	4,0
	in Preisen und Wechselkursen von 1970									
1960	170,0	66,1	10,4	49,2	33,7	0,4	.	6,1	59,9	.
1961	179,7	69,8	10,6	52,3	36,1	0,4	.	6,6	61,2	.
1962	190,7	73,3	11,0	56,2	38,4	0,4	.	6,9	62,5	.
1963	201,6	75,7	11,5	60,2	41,6	0,4	12,1	6,9	65,1	.
1964	210,8	79,6	11,8	63,3	42,8	0,5	12,8	7,5	67,0	.
1965	221,8	85,0	12,3	66,1	44,3	0,5	13,7	7,8	68,0	.
1966	231,9	87,9	12,6	69,5	47,4	0,5	14,1	8,1	69,2	.
1967	241,1	89,3	12,9	73,0	50,7	0,5	14,7	8,4	70,8	.
1968	252,0	93,5	13,6	75,7	53,0	0,5	15,6	8,5	72,8	.
1969	269,1	100,4	14,4	80,9	56,2	0,5	16,7	9,3	73,4	.
1970	285,6	107,0	15,0	84,8	60,3	0,6	18,0	9,4	75,5	2,8
1971	299,6	112,6	15,7	90,0	62,0	0,6	18,6	9,6	77,7	2,9
1972	313,8	117,4	16,6	95,6	64,2	0,6	19,4	9,8	82,1	3,0
1973	427,2	120,2	17,9	101,1	67,9	0,6	20,1	10,4	85,8	3,1
1974	432,9	121,7	18,3	103,6	69,7	0,7	20,7	10,1	85,0	3,1
1975	439,9	125,7	18,5	107,1	68,7	0,7	21,5	10,6	84,2	3,0
1976	453,7	130,4	...	111,6	70,9	...	21,9	11,1	84,9	3,1

[1] Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen", 1970).

[2] Rechnungseinheit der Europäischen Gemeinschaften.

[3] Bis 1972 EG der Sechs, ab 1973 EG der Neun.

Quelle: SAEG

Tabelle 7*

Staatsverbrauch in den EG-Ländern [1])

Mrd Eur [2])

Jahr	EG insgesamt [3])	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
				in jeweiligen Preisen und Wechselkursen						
1960	22,7	7,7	1,4	7,8	4,2	0,0	1,5	0,7	11,8	0,2
1961	25,5	9,1	1,4	8,6	4,6	0,0	1,7	0,9	12,7	0,2
1962	29,4	10,7	1,6	9,7	5,4	0,1	1,9	1,0	13,6	0,3
1963	33,7	12,1	1,8	11,0	6,6	0,1	2,2	1,1	14,4	0,3
1964	36,6	12,5	1,9	12,1	7,5	0,1	2,6	1,3	15,3	0,3
1965	40,3	13,9	2,1	12,9	8,5	0,1	2,9	1,5	16,8	0,4
1966	43,1	14,8	2,3	13,8	9,0	0,1	3,2	1,8	18,2	0,4
1967	46,1	15,5	2,6	14,8	9,5	0,1	3,6	2,0	19,8	0,4
1968	49,7	15,8	2,8	16,8	10,2	0,1	3,9	2,2	18,4	0,4
1969	54,9	18,2	3,1	18,1	11,0	0,1	4,5	2,4	19,2	0,5
1970	61,7	22,4	3,4	18,9	11,7	0,1	5,2	3,1	21,5	0,6
1971	71,9	26,5	3,9	21,1	14,2	0,1	6,0	3,6	24,5	0,7
1972	81,2	30,3	4,6	23,2	15,9	0,1	6,9	4,1	26,6	0,8
1973	123,2	36,5	5,2	26,4	15,8	0,2	7,9	4,6	25,8	0,8
1974	142,6	43,1	6,2	29,0	17,0	0,2	9,7	5,6	30,9	1,0
1975	167,3	46,7	7,8	37,0	18,3	0,2	11,4	6,6	38,1	1,2
1976	176,1	49,1	...	40,3	18,4	...	12,9	7,4	37,6	1,2
				in Preisen und Wechselkursen von 1970						
1960	42,0	15,1	2,0	13,0	8,1	0,1	.	1,6	17,6	.
1961	44,2	16,2	2,0	13,6	8,5	0,1	.	1,7	18,2	.
1962	47,3	18,0	2,2	14,1	8,8	0,1	.	1,9	18,7	.
1963	49,8	19,3	2,5	14,5	9,2	0,1	4,2	1,9	19,0	.
1964	50,9	19,3	2,6	15,0	9,7	0,1	4,3	2,1	19,4	.
1965	52,8	20,1	2,7	15,5	10,1	0,1	4,4	2,1	19,9	.
1966	53,8	20,1	2,8	15,9	10,5	0,1	4,5	2,3	20,4	.
1967	55,6	20,7	3,0	16,5	10,8	0,1	4,6	2,4	21,6	.
1968	56,9	20,3	3,1	17,4	11,3	0,1	4,7	2,6	21,6	.
1969	59,4	21,4	3,3	18,1	11,6	0,1	4,9	2,8	21,2	.
1970	61,7	22,4	3,4	18,9	11,7	0,1	5,2	3,1	21,5	0,6
1971	64,5	23,6	3,6	19,6	12,4	0,1	5,3	3,3	22,2	0,6
1972	66,6	24,2	3,8	20,1	13,0	0,1	5,4	3,3	23,1	0,7
1973	96,7	25,2	4,0	20,7	13,3	0,1	5,5	3,3	23,9	0,7
1974	99,0	25,9	4,1	21,0	13,7	0,1	5,6	3,4	24,4	0,8
1975	103,1	26,3	4,3	22,3	14,1	0,1	5,8	3,6	25,7	0,8
1976	106,1	26,7	...	23,3	14,4	...	6,1	3,8	26,5	0,8

[1]) Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen", 1970).

[2]) Rechnungseinheit der Europäischen Gemeinschaften.

[3]) Bis 1972 EG der Sechs, ab 1973 EG der Neun.

Quelle: SAEG

Tabelle 8*

Bruttoanlageinvestitionen in den EG-Ländern [1])

Mrd Eur [2])

Jahr	EG insgesamt [3])	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
	in jeweiligen Preisen und Wechselkursen									
1960	42,2	17,5	2,2	12,0	7,7	0,1	2,6	1,1	11,7	0,3
1961	49,0	20,7	2,4	13,9	8,8	0,1	3,0	1,4	13,2	0,3
1962	55,0	23,2	2,7	15,6	10,1	0,1	3,2	1,5	13,5	0,4
1963	60,6	24,4	2,8	18,1	11,7	0,2	3,4	1,6	14,2	0,4
1964	68,5	27,9	3,4	20,8	11,9	0,2	4,3	2,0	16,9	0,5
1965	72,5	30,0	3,7	22,8	11,1	0,2	4,7	2,2	18,2	0,6
1966	77,5	31,0	4,1	25,1	11,7	0,2	5,3	2,4	19,4	0,6
1967	79,6	28,5	4,4	27,3	13,4	0,2	5,9	2,7	20,7	0,6
1968	85,4	30,0	4,4	29,1	15,2	0,2	6,6	2,6	19,7	0,6
1969	96,4	35,4	4,8	31,7	17,3	0,2	6,9	3,1	20,6	0,8
1970	114,3	47,5	5,7	33,0	19,7	0,3	8,1	3,4	22,7	0,9
1971	127,8	54,6	6,1	37,1	20,5	0,3	9,2	3,7	25,3	1,1
1972	141,6	61,3	6,8	41,8	21,6	0,3	9,9	4,2	26,7	1,2
1973	192,4	67,7	7,7	47,7	23,5	0,4	11,1	5,0	27,8	1,3
1974	208,2	67,2	9,6	51,9	28,1	0,5	12,3	5,4	31,7	1,4
1975	218,4	66,6	10,3	59,1	27,5	0,5	13,1	5,3	34,5	1,4
1976	229,9	72,6	...	63,1	27,3	...	13,9	6,6	33,2	1,5
	in Preisen und Wechselkursen von 1970									
1960	65,2	29,8	3,2	15,7	12,2	0,2	.	1,7	13,9	.
1961	71,1	32,0	3,6	17,4	13,6	0,2	.	1,9	15,3	.
1962	75,8	33,4	3,9	18,9	14,9	0,2	.	2,1	15,3	.
1963	79,1	33,8	3,9	20,5	16,1	0,2	4,6	2,0	15,5	.
1964	85,5	37,7	4,4	22,5	15,1	0,3	5,5	2,5	18,1	.
1965	88,0	39,5	4,6	24,0	13,9	0,2	5,8	2,6	19,0	.
1966	91,7	40,0	4,9	25,8	14,4	0,2	6,3	2,7	19,4	.
1967	92,8	37,2	5,1	27,3	16,1	0,2	6,8	2,9	21,1	.
1968	98,3	38,7	5,0	28,9	17,9	0,2	7,5	2,9	22,0	.
1969	106,4	42,8	5,3	31,5	19,2	0,2	7,4	3,3	22,1	.
1970	114,3	47,5	5,7	33,0	19,7	0,3	8,1	3,4	22,7	0,9
1971	119,2	50,5	5,6	35,3	19,1	0,3	8,4	3,5	23,3	1,0
1972	123,9	52,3	5,8	38,1	19,3	0,3	8,1	3,8	23,6	1,0
1973	158,6	52,4	6,3	40,4	20,8	0,3	8,6	4,0	24,7	1,2
1974	154,4	47,2	6,7	41,0	21,5	0,3	8,3	3,6	24,7	1,1
1975	146,4	45,2	6,5	39,6	18,7	0,3	7,9	3,2	24,1	1,0
1976	150,8	47,5	...	41,5	19,2	...	7,8	3,7	23,3	1,1

[1]) Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen", 1970).
[2]) Rechnungseinheit der Europäischen Gemeinschaften.
[3]) Bis 1972 EG der Sechs, ab 1973 EG der Neun.

Quelle: SAEG

Tabelle 9*

Außenhandel der EG-Länder [1])

Mrd Eur [2]) in jeweiligen Preisen und Wechselkursen

Jahr	EG insgesamt [3])	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
	Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen									
1960	35,8	13,0	4,2	8,3	4,5	0,4	5,3	1,9	14,5	0,5
1961	38,6	14,2	4,6	8,8	5,1	0,4	5,6	1,9	15,2	0,5
1962	41,1	15,0	5,1	9,0	5,7	0,4	5,9	2,1	15,5	0,5
1963	44,9	16,3	5,6	9,9	6,3	0,4	6,4	2,3	16,4	0,6
1964	50,8	18,2	6,4	11,1	7,3	0,5	7,3	2,6	17,4	0,7
1965	56,7	20,1	6,9	12,4	8,7	0,5	8,1	2,9	18,7	0,7
1966	62,6	22,6	7,7	13,4	9,7	0,5	8,6	3,1	20,0	0,9
1967	67,2	24,3	8,1	14,4	10,6	0,5	9,2	3,2	20,3	1,0
1968	75,8	27,5	9,1	15,9	12,3	0,6	10,3	3,3	21,6	1,0
1969	88,3	31,8	11,0	18,4	14,2	0,7	12,2	3,8	24,0	1,1
1970	103,3	37,7	12,8	21,6	16,0	0,9	14,4	4,2	27,2	1,3
1971	115,2	41,4	13,7	25,1	17,8	0,9	16,4	4,8	30,6	1,4
1972	131,4	47,0	15,9	28,6	20,1	1,0	18,9	5,3	30,4	1,6
1973	199,0	58,4	19,6	34,5	20,9	1,2	23,1	6,5	32,9	1,8
1974	260,4	78,3	25,4	43,6	28,1	1,6	31,0	8,1	42,0	2,2
1975	266,3	76,4	24,3	47,5	30,5	1,3	31,6	8,6	43,5	2,5
1976	301,1	88,5	...	57,9	33,4	...	37,2	9,4	47,5	2,9
	Einfuhr von Waren und Dienstleistungen									
1960	33,2	11,4	4,2	6,8	5,2	0,4	5,2	1,9	15,4	0,6
1961	36,1	12,4	4,7	7,2	5,8	0,4	5,7	2,0	15,3	0,7
1962	39,9	13,7	5,1	8,0	6,6	0,4	6,0	2,3	15,5	0,7
1963	45,3	14,8	5,7	9,5	8,2	0,5	6,7	2,3	16,3	0,8
1964	50,4	16,6	6,5	11,0	8,0	0,5	7,8	2,8	18,5	1,0
1965	54,9	19,6	6,9	11,4	8,2	0,5	8,3	3,0	18,9	1,1
1966	60,3	20,4	7,8	13,1	9,5	0,5	9,0	3,2	19,6	1,1
1967	62,6	19,8	7,9	14,0	10,8	0,5	9,4	3,4	21,1	1,2
1968	69,7	22,7	8,9	15,7	11,5	0,6	10,3	3,5	22,2	1,3
1969	84,0	27,4	10,6	19,3	13,9	0,6	12,1	4,1	23,4	1,5
1970	98,8	33,3	12,1	21,2	16,7	0,8	14,8	4,7	26,2	1,7
1971	108,4	36,6	12,9	23,7	18,0	0,8	16,4	5,1	28,5	1,8
1972	121,6	40,8	14,6	27,1	20,6	0,9	17,6	5,2	30,6	1,9
1973	192,6	48,0	18,6	33,4	24,8	1,1	21,4	6,9	36,1	2,3
1974	262,7	62,3	24,9	46,7	35,7	1,5	29,3	8,9	50,4	3,1
1975	256,2	64,8	23,9	45,6	32,3	1,5	29,1	8,8	47,3	2,9
1976	299,6	77,4	...	56,0	37,2	...	34,4	10,9	50,5	3,4

[1]) Berechnet nach dem ESVG (Ausführliche Erläuterungen siehe SAEG, „Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen", 1970).
[2]) Rechnungseinheit der Europäischen Gemeinschaften.
[3]) Bis 1972 EG der Sechs, ab 1973 EG der Neun; einschließlich der entsprechenden innergemeinschaftlichen Transaktionen.

Quelle: SAEG

Tabelle 10

Industrielle Produktion in den EG-Ländern

1970 = 100

Zeitraum	EG insgesamt [1])	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Dänemark	Großbritannien	Irland
1960	57	61	61	56	50	79	50	.	76	52
1961	61	64	65	59	56	81	51	.	76	57
1962	64	66	69	63	61	78	54	.	77	60
1963	69	69	74	71	67	79	57	.	80	63
1964	73	74	79	75	67	86	63	.	86	68
1965	76	78	81	76	70	87	66	.	89	71
1966	79	79	82	81	79	83	70	.	90	74
1967	80	77	84	83	86	83	73	.	90	81
1968	86	84	88	85	91	88	82	.	96	90
1969	94	94	97	95	94	100	91	.	100	97
1970	100	100	100	100	100	100	100	.	100	100
1971	103	102	103	106	100	99	106	.	100	104
1972	108	106	109	112	104	103	111	.	102	109
1973	115	113	116	120	115	115	119	.	111	120
1974	115	111	120	123	119	119	125	.	109	122
1975	107	104	109	114	109	93	119	.	103	114
1976	115	111	118	124	121	99	126	.	104	125
1977	117	114	118	126	121	99	127	.	106	135
1973 1. Vj.	113	108	116	122	106	113	119	.	114	113
2. Vj.	119	119	119	124	120	119	119	.	110	125
3. Vj.	106	106	107	104	108	112	109	.	103	119
4. Vj.	122	119	122	130	124	117	130	.	115	123
1974 1. Vj.	117	109	125	129	124	123	128	.	109	119
2. Vj.	122	119	128	130	130	126	126	.	110	128
3. Vj.	106	103	110	107	109	117	115	.	103	120
4. Vj.	117	112	121	126	115	111	131	.	112	121
1975 1. Vj.	109	101	115	117	111	102	123	.	111	109
2. Vj.	110	107	111	118	113	97	117	.	102	118
3. Vj.	96	95	97	96	96	81	104	.	94	112
4. Vj.	114	111	112	125	115	93	131	.	106	118
1976 1. Vj.	114	106	117	127	118	97	128	.	107	116
2. Vj.	119	117	123	127	128	109	126	.	103	129
3. Vj.	105	104	107	108	109	93	114	.	97	125
4. Vj.	123	117	123	134	132	96	138	.	110	129
1977 1. Vj.	120	111	121	133	131	101	131	.	112	124
2. Vj.	120	119	123	130	127	108	129	.	104	141
3. Vj.	105	105	105	107	106	91	112	.	98	132
4. Vj.	121	120	120	132	120	97	136	.	109	142
1978 1. Vj.	119	112	121	133	123	107	131	.	111	139
2. Vj.	122	120	120	133	127	112	126	.	109	148

[1]) Bis 1972 EG der Sechs, ab 1973 EG der Neun, zusammengewogen mit den Anteilen an der Industrieproduktion der EG im Jahre 1970.

Quelle: OECD; Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle

Tabelle 11*

Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern

1970 = 100

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Vereinigte Staaten	Kanada	Japan	Schweden	Schweiz
					Verbraucherpreise [1]						
1960	78	74	.	67	68	.	76	76	.	67	72
1961	80	75	.	69	69	.	77	77	.	69	73
1962	82	76	73	72	73	.	78	78	.	72	76
1963	84	78	76	74	78	.	79	79	69	74	79
1964	86	81	79	76	83	.	80	81	72	77	82
1965	89	84	81	80	86	.	81	83	77	80	84
1966	92	88	83	83	88	.	84	86	81	86	88
1967	93	90	85	85	92	.	86	89	84	89	92
1968	95	93	89	89	93	.	90	93	88	91	94
1969	97	96	95	94	95	96	94	97	93	93	97
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105	104	106	109	105	108	104	103	106	107	107
1972	111	110	112	117	111	116	108	108	111	114	114
1973	119	118	120	128	123	126	114	116	124	121	124
1974	127	133	137	148	146	138	127	129	154	134	136
1975	135	150	153	184	171	152	139	142	172	147	145
1976	141	163	168	215	200	165	147	153	188	162	147
1977	146	175	183	249	237	176	156	165	204	180	149
1978 1. Hj.	150	181	195	264	258	182	164	176	210	196	151
					Erzeuger- bzw. Großhandelspreise [1]						
1960	88a)	82	76	73a)	77	.	86	.	88	.	83
1961	89a)	82	78	75a)	78	.	86	84	89	.	83
1962	90a)	83	78	77a)	80	82	86	85	87	.	86
1963	90a)	85	80	78a)	84	84	86	86	89	81	90
1964	91a)	89	83	80a)	87	88	86	87	89	86	91
1965	94a)	90	84	82a)	88	91	88	88	90	87	91
1966	95a)	92	86	85a)	90	95	90	90	92	89	93
1967	94a)	91	85	86a)	89	96	91	92	94	89	93
1968	94a)	91	84	90a)	90	98	93	94	94	90a)	93
1969	95a)	95	93	93a)	93	96a)	97	98	97	94a)	96
1970	100a)	100	100	100a)	100	100a)	100	100	100	100a)	100
1971	104a)	99a)	102	109a)	103	105a)	103	102	99	103a)	102
1972	107a)	104a)	107	115a)	108	110a)	108	107	100	107a)	106
1973	114a)	116a)	123	123a)	127a)	117a)	122	119	116	120a)	117
1974	129a)	136a)	158	152a)	179a)	129a)	145	141	152	148a)	136
1975	136a)	137a)	149	189a)	194a)	138a)	158	157	157	160a)	133
1976	141a)	147a)	160	220a)	238a)	147a)	166	165	165	174a)	132
1977	144a)	151a)	169	262a)	278a)	155a)	176	178	168	188a)	133
1978 1. Hj.	146a)	147a)	173	282a)	295a)	158a)	186	188	165	197a)	129

[1] Nationale Quellen.
a) Ohne Mehrwertsteuer.

noch Tabelle 11*

Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern

1970 = 100

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Vereinigte Staaten	Kanada	Japan	Schweden	Schweiz
	Durchschnittswerte der Ausfuhr [2]										
1967	95	92	85	84	93	95	90	93	91	89	94
1968	95	91	84	91	92	94	92	95	91	89	95
1969	97	96	91	94	96	96	95	97	95	92	96
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	103	97	106	106	105	102	103	101	102	105	104
1972	103	99	107	111	109	103	106	104	100	109	109
1973	107	108	118	126	127	110	124	119	108	120	112
1974	123	136	148	161	180	141	158	158	148	153	127
1975	132	140	157	198	204	148	176	175	150	178	130
1976	134	147	171	240	246	157	183	179	148	191	130
1977	136	149	188	284	294	160	191	190	148	207	132
1978 1. Hj.	134	149	198	302	...	158	201	...	147	...	128
	Durchschnittswerte der Einfuhr [2]										
1967	100	93	88	83	96	93	90	94	96	90	92
1968	98	93	85	93	96	91	91	96	95	91	92
1969	100	96	90	96	97	93	93	98	95	93	94
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	99	102	104	105	106	104	105	102	100	106	101
1972	97	101	104	109	109	103	113	104	93	107	103
1973	103	109	112	138	139	111	133	112	104	121	110
1974	129	143	165	210	241	150	200	138	191	165	132
1975	129	147	162	236	256	157	216	160	205	173	126
1976	133	158	188	289	320	167	223	161	211	187	120
1977	135	162	200	334	375	172	241	180	205	210	127
1978 1. Hj.	130	163	206	340	...	171	256	...	180	...	117
	Bruttostundenverdienste in der Industrie [3]										
1969	87	92	91	91	82	90	95	92	85	88	94
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	111	111	111	113	114	112	106	109	114	108	110
1972	121	126	124	128	125	126	113	118	132	124	119
1973	134	147	141	145	156	143	121	128	163	134	130
1974	147	178	169	169	191	169	131	145	205	149	144
1975	159	210	198	220	241	192	143	168	229	171	155
1976	169	235	227	264	292	208	154	191	258	202	157
1977	181	256	256	276	374	223	168	212	282	215	160
1978 1. Hj.	187	267	275	308	419	233	178	224	248	231	166
	Anteil am Warenhandel [4] der Bundesrepublik Deutschland in vH										
1973—1977	×	*8,3*	*12,2*	*4,4*	*8,2*	*11,8*	*7,3*	*0,9*	*1,8*	*2,9*	*4,0*

[2]) Quelle: IMF; Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle.

[3]) Quelle: OECD; Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle. — Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande, Großbritannien: Tarifliche Stundenlöhne. — Japan: Bruttomonatsverdienste.

[4]) Einfuhr + Ausfuhr.

Tabelle 12*

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Zeitraum	Einwohner (Wohnbevölkerung)	Erwerbspersonen	Erwerbsquote [1]	Erwerbstätige [2]			Offene Stellen [4]	Arbeitslose [4]	Arbeitslosenquote [5]
				insgesamt	darunter Abhängige				
					zusammen	darunter Ausländer [3]			
	1 000		vH	1 000					vH
1950	46 908	21 577	*46,0*	19 997	13 674	.	116	1 580	*10,4*
1951	47 413	21 952	*46,3*	20 520	14 286	.	116	1 432	*9,1*
1952	47 728	22 289	*46,7*	20 910	14 754	.	115	1 379	*8,5*
1953	48 172	22 684	*47,1*	21 425	15 344	.	123	1 259	*7,6*
1954	48 710	23 216	*47,7*	21 995	15 968	73	137	1 221	*7,1*
1955 [6]	49 203	23 758	*48,3*	22 830	16 840	80	200	928	*5,2*
1956	49 797	24 196	*48,6*	23 435	17 483	99	219	761	*4,2*
1957	50 434	24 602	*48,8*	23 940	17 992	108	217	662	*3,5*
1958	51 056	24 807	*48,6*	24 124	18 188	127	216	683	*3,6*
1959	51 634	24 857	*48,1*	24 381	18 508	167	280	476	*2,5*
1960	52 183	25 027	*48,0*	24 792	19 005	.	449	235	*1,2*
1960	55 433	26 518	*47,8*	26 247	20 257	279	465	271	*1,3*
1961	56 175	26 772	*47,7*	26 591	20 730	507	552	181	*0,9*
1962	56 837	26 845	*47,2*	26 690	21 032	629	574	155	*0,7*
1963	57 389	26 930	*46,9*	26 744	21 261	773	555	186	*0,9*
1964	57 971	26 922	*46,4*	26 753	21 484	902	609	169	*0,8*
1965	58 619	27 034	*46,1*	26 887	21 757	1 119	649	147	*0,7*
1966	59 148	26 962	*45,6*	26 801	21 765	1 244	540	161	*0,7*
1967	59 286	26 409	*44,5*	25 950	21 054	1 014	302	459	*2,1*
1968	59 500	26 291	*44,2*	25 968	21 183	1 019	488	323	*1,5*
1969	60 067	26 535	*44,2*	26 356	21 752	1 366	747	179	*0,8*
1970	60 651	26 817	*44,2*	26 668	22 246	1 807	795	149	*0,7*
1971	61 284	26 910	*43,9*	26 725	22 414	2 128	648	185	*0,8*
1972	61 669	26 901	*43,6*	26 655	22 435	2 285	546	246	*1,1*
1973	61 976	26 985	*43,5*	26 712	22 564	2 425a)	572	273	*1,2*
1974	62 054	26 797	*43,2*	26 215	22 152	2 323a)	315	582	*2,6*
1975	61 829	26 397	*42,7*	25 323	21 386	2 061	236	1 074	*4,8*
1976	61 351	26 148	*42,6*	25 088	21 288	1 925	235	1 060	*4,7*
1977	61 400	26 051	*42,4*	25 021	21 314	1 872	231	1 030	*4,6*
1972 1. Hj.	61 575	26 823	*43,6*	26 542	22 292	2 227	525	280	*1,2*
2. Hj.	61 763	26 981	*43,7*	26 768	22 578	2 342	567	213	*0,9*
1973 1. Hj.	61 881	26 917	*43,5*	26 636	22 482	.	591	280	*1,2*
2. Hj.	62 071	27 055	*43,6*	26 788	22 646	.	553	267	*1,2*
1974 1. Hj.	62 074	26 880	*43,3*	26 339	22 250	.	342	541	*2,4*
2. Hj.	62 034	26 715	*43,1*	26 091	22 054	.	290	624	*2,8*
1975 1. Hj.	61 915	26 448	*42,7*	25 359	21 395	2 101	247	1 089	*4,8*
2. Hj.	61 742	26 347	*42,7*	25 287	21 377	2 020	225	1 060	*4,7*
1976 1. Hj.	61 579	26 148	*42,5*	24 980	21 147	1 936	232	1 168	*5,2*
2. Hj.	61 484	26 149	*42,5*	25 196	21 429	1 913	239	953	*4,3*
1977 1. Hj.	61 418	26 033	*42,4*	24 943	21 224	1 879	231	1 090	*4,9*
2. Hj.	61 383	26 068	*42,5*	25 099	21 404	1 865	232	969	*4,3*
1978 1. Hj.	16 325	26 024	*42,4*	24 952	21 277	...	237	1 072	*4,8*

[1]) Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige + Arbeitslose) an der Wohnbevölkerung.
[2]) Inländerkonzept (nach dem Wohnort).
[3]) Bis 1960 Stand Ende Juli, 1961 Stand Ende Juni (Quelle: Bundesanstalt für Arbeit).
[4]) Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.
[5]) Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (abhängige Erwerbstätige + Arbeitslose).
[6]) Ohne Saarland und Berlin.
a) Eigene Schätzung.

Tabelle 13*

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen [1])

1 000

Zeitraum	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr [2])	Dienstleistungsunternehmen [3])	Staat	Private Haushalte [4])
			insgesamt	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
					Erwerbstätige insgesamt					
1960	26 080	3 581	12 497	757	9 698	2 042	4 759	2 381	2 098	764
1961	26 441	3 449	12 804	730	9 985	2 089	4 809	2 421	2 228	730
1962	26 534	3 307	12 916	699	10 040	2 177	4 814	2 475	2 348	674
1963	26 596	3 144	12 924	668	9 976	2 280	4 848	2 556	2 444	680
1964	26 618	3 002	12 982	654	9 988	2 340	4 821	2 604	2 540	669
1965	26 769	2 876	13 153	642	10 171	2 340	4 796	2 666	2 628	650
1966	26 686	2 790	13 011	621	10 080	2 310	4 806	2 732	2 706	641
1967	25 817	2 638	12 241	570	9 553	2 118	4 717	2 787	2 777	657
1968	25 839	2 523	12 310	535	9 627	2 148	4 702	2 850	2 803	651
1969	26 240	2 395	12 715	522	10 039	2 154	4 726	2 895	2 859	650
1970	26 570	2 262	12 973	530	10 289	2 154	4 769	2 943	2 978	645
1971	26 639	2 144	12 933	527	10 232	2 174	4 831	2 988	3 093	650
1972	26 580	2 038	12 751	511	10 068	2 172	4 877	3 025	3 233	656
1973	26 648	1 954	12 761	490	10 116	2 155	4 906	3 039	3 328	660
1974	25 155	1 882	12 303	482	9 844	1 977	4 801	3 065	3 439	665
1975	25 266	1 823	11 529	482	9 275	1 772	4 664	3 062	3 509	679
1976 [5])	25 033	1 743	11 317	476	9 091	1 750	4 604	3 118	3 560	691
1977 [5])	24 970	1 656	11 266	474	9 082	1 710	4 587	3 187	3 570	704
					Beschäftigte Abhängige					
1960	20 090	491	11 509	756	8 922	1 831	3 615	1 613	2 098	764
1961	20 580	452	11 844	729	9 236	1 879	3 674	1 652	2 228	730
1962	20 876	421	11 994	698	9 325	1 971	3 722	1 717	2 348	674
1963	21 113	406	12 016	667	9 275	2 074	3 773	1 794	2 444	680
1964	21 349	390	12 112	653	9 321	2 138	3 787	1 851	2 540	669
1965	21 639	369	12 301	641	9 521	2 139	3 780	1 911	2 628	650
1966	21 650	358	12 170	620	9 442	2 108	3 806	1 969	2 706	641
1967	20 921	324	11 415	569	8 932	1 914	3 732	2 016	2 777	657
1968	21 054	302	11 498	534	9 020	1 944	3 730	2 070	2 803	651
1969	21 636	297	11 928	521	9 455	1 952	3 784	2 118	2 859	650
1970	22 148	295	12 210	529	9 728	1 953	3 853	2 167	2 978	645
1971	22 328	285	12 175	526	9 676	1 973	3 918	2 207	3 093	650
1972	22 360	267	11 997	510	9 514	1 973	3 965	2 242	3 233	656
1973	22 500	258	12 005	489	9 559	1 957	3 996	2 253	3 328	660
1974	22 092	247	11 568	481	9 296	1 791	3 898	2 275	3 439	665
1975	21 329	243	10 825	481	8 753	1 591	3 802	2 271	3 509	679
1976 [5])	21 233	242	10 630	475	8 585	1 570	3 769	2 341	3 560	691
1977 [5])	21 263	244	10 582	473	8 569	1 540	3 770	2 393	3 570	704

[1]) Inlandskonzept (nach dem Beschäftigungsort); Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
[2]) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[3]) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Nutzung von Eigentümerwohnungen), sonstige Dienstleistungen.
[4]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.
[5]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 14*

Bruttowertschöpfung nach

a) Mrd

Zeitraum	Bruttowertschöpfung [1]	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr [2]	Dienstleistungsunternehmen [3]	Staat	Private Haushalte [4]
			insgesamt	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	in jeweiligen Preisen									
1960	297,10	17,39	161,26	15,70	121,74	23,82	55,16	41,40	21,93	4,51
1961	325,60	17,01	177,88	15,75	134,87	27,26	59,53	46,28	25,07	4,76
1962	353,64	18,63	192,14	16,29	144,68	31,17	65,81	50,50	27,42	4,85
1963	374,42	19,38	200,50	16,86	150,26	33,38	69,97	55,23	30,43	5,25
1964	412,14	19,36	223,68	17,77	166,99	38,92	75,92	61,45	33,23	5,55
1965	450,41	19,98	244,03	18,34	184,33	41,36	81,53	69,34	37,79	5,97
1966	479,66	20,92	255,33	18,98	192,47	43,88	87,10	77,34	42,17	6,44
1967	485,45	20,46	252,25	18,83	192,63	40,79	87,73	83,53	44,71	6,92
1968	521,85	22,50	278,31	21,01	215,02	42,28	89,88	91,54	47,74	7,31
1969	582,60	23,57	314,44	21,97	245,09	47,38	97,54	104,88	54,04	8,07
1970	660,15	23,07	360,71	25,26	277,30	58,15	108,70	118,32	63,48	9,06
1971	735,18	24,46	393,34	27,08	297,82	68,44	120,95	136,77	75,74	10,65
1972	804,72	26,81	422,91	29,76	315,87	77,28	132,83	155,71	85,04	11,81
1973	895,09	29,07	467,01	33,25	351,62	82,14	143,74	177,00	98,82	13,52
1974	960,22	27,03	495,07	37,90	377,92	79,25	150,22	198,27	114,55	15,13
1975	1 003,64	30,78	499,21	42,92	381,08	75,21	158,61	217,13	124,45	16,67
1976 [5]	1 093,06	32,77	548,94	46,72	421,58	80,64	172,22	236,43	131,80	18,01
1977 [5]	1 163,87	33,53	583,36	47,36	449,84	86,16	182,02	255,70	140,79	19,55
1970 1. Hj.	306,78	6,63	169,70	12,43	133,05	24,22	50,57	56,89	30,23	4,27
2. Hj.	353,37	16,44	191,01	12,83	144,25	33,93	58,13	61,43	33,25	4,79
1971 1. Hj.	344,81	6,48	188,26	13,21	145,25	29,80	56,33	65,99	35,77	5,02
2. Hj.	390,37	17,98	205,08	13,87	152,57	38,64	64,62	70,78	39,97	5,63
1972 1. Hj.	378,47	7,19	202,27	14,70	152,90	34,67	62,08	76,17	40,08	5,55
2. Hj.	426,25	19,62	220,64	15,06	162,97	42,61	70,75	79,54	44,96	6,26
1973 1. Hj.	423,61	6,77	225,83	16,35	171,50	37,98	69,27	86,21	45,67	6,24
2. Hj.	471,48	22,30	241,18	16,90	180,12	44,16	74,47	90,79	53,15	7,28
1974 1. Hj.	454,70	7,59	238,87	18,03	184,21	36,63	71,21	96,80	52,82	6,96
2. Hj.	505,52	19,44	256,20	19,87	193,71	42,62	79,01	101,47	61,73	8,17
1975 1. Hj.	474,79	8,44	240,41	20,87	185,50	34,04	75,16	106,09	57,94	7,72
2. Hj.	528,85	22,34	258,80	22,05	195,58	41,17	83,45	111,04	66,51	8,95
1976 1. Hj. [5]	517,61	8,63	265,05	23,09	206,54	35,42	81,54	116,32	61,13	8,32
2. Hj. [5]	575,45	24,14	283,89	23,63	215,04	45,22	90,68	120,11	70,67	9,69
1977 1. Hj. [5]	550,74	9,07	282,23	23,36	220,49	38,38	85,94	124,70	65,27	8,97
2. Hj. [5]	613,13	24,46	301,13	24,00	229,35	47,78	96,08	131,00	75,52	10,58
1978 1. Hj. [5]	585,81	10,21	300,24	...	...	...	91,39	134,41	77,21	

[1]) Bereinigt um die unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen und um den Vorsteuerabzug an Umsatzsteuer auf Investitionen (1968 bis 1973 gekürzt um die Investitionsteuer).

[2]) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.

Tabelle 14*

Wirtschaftsbereichen

DM

Bruttowertschöpfung [1]	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr [2]	Dienstleistungsunternehmen [3]	Staat	Private Haushalte [4]	Zeitraum
		insgesamt	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe					
				in Preisen von 1970						
420,75	21,22	217,02	18,42	158,09	40,51	68,06	75,32	41,09	9,14	1960
442,08	19,29	230,59	18,60	169,03	42,96	72,00	79,60	43,64	8,89	1961
460,79	20,74	240,19	19,12	176,54	44,53	75,34	82,46	46,22	8,41	1962
474,83	21,46	246,22	19,72	180,89	45,61	77,70	85,77	48,22	8,55	1963
505,75	20,86	268,75	20,73	196,59	51,43	82,40	90,20	49,70	8,56	1964
533,46	19,72	286,26	20,59	212,19	53,48	87,40	95,24	52,15	8,52	1965
547,19	20,70	291,55	21,17	215,27	55,11	89,08	98,62	54,83	8,54	1966
546,60	22,61	284,15	20,86	210,72	52,57	88,85	102,42	56,42	8,84	1967
580,23	24,10	307,88	21,87	233,50	52,51	94,14	106,37	58,12	8,87	1968
624,53	22,53	339,72	23,08	261,91	54,73	102,66	112,73	59,88	8,97	1969
660,15	23,07	360,71	25,26	277,30	58,15	108,70	118,32	63,48	9,06	1970
680,73	23,79	369,69	25,84	281,29	62,56	111,19	124,22	66,27	9,19	1971
704,45	23,24	382,30	26,97	288,84	66,49	113,85	131,80	69,47	9,35	1972
739,41	25,79	403,04	29,32	307,07	66,65	117,36	137,41	72,76	9,46	1973
744,12	26,06	399,95	30,71	308,12	61,12	116,83	141,66	76,07	9,56	1974
726,85	24,96	378,80	29,80	291,64	57,36	114,75	146,60	78,29	9,79	1975
765,12	24,23	404,54	31,20	313,95	59,39	121,70	153,73	79,48	10,01	1976 [5]
785,68	25,98	414,69	31,34	322,90	60,45	125,65	159,43	80,51	10,21	1977 [5]
312,69	6,30	172,34	12,61	135,01	24,72	51,66	58,17	31,49	4,49	1970 1. Hj.
347,46	16,77	188,37	12,65	142,29	33,43	57,04	60,15	31,99	4,57	2. Hj.
325,21	6,54	179,03	12,97	138,34	27,72	52,99	60,97	32,87	4,56	1971 1. Hj.
355,52	17,25	190,66	12,87	142,95	34,84	58,20	63,25	33,40	4,63	2. Hj.
335,94	6,21	184,38	13,47	140,97	29,94	54,21	64,85	34,46	4,64	1972 1. Hj.
368,51	17,03	197,92	13,50	147,87	36,55	59,64	66,95	35,01	4,71	2. Hj.
355,69	6,91	196,47	14,65	150,95	30,87	56,74	67,91	36,13	4,69	1973 1. Hj.
383,72	18,88	206,57	14,67	156,12	35,78	60,62	69,50	36,63	4,77	2. Hj.
362,39	7,23	198,47	15,28	154,38	28,81	57,20	70,02	37,79	4,73	1974 1. Hj.
381,73	18,83	201,48	15,43	153,74	32,31	59,63	71,64	38,28	4,83	2. Hj.
348,78	6,79	182,82	15,14	141,49	26,19	55,44	72,79	38,93	4,85	1975 1. Hj.
378,07	18,17	195,98	14,66	150,15	31,17	59,31	73,81	39,36	4,94	2. Hj.
367,59	7,11	195,31	15,72	153,04	26,55	58,65	76,19	39,60	4,95	1976 1. Hj. [5]
397,53	17,12	209,23	15,48	160,91	32,84	63,05	77,54	39,88	5,06	2. Hj. [5]
378,54	7,05	202,01	15,77	158,57	27,67	60,64	79,03	40,13	5,04	1977 1. Hj. [5]
407,14	18,93	212,68	15,57	164,33	32,78	65,01	80,40	40,38	5,17	2. Hj. [5]
387,38	7,49	205,02	...	...	...	63,17	82,41	46,10		1978 1. Hj. [5]

[3]) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Nutzung von Eigentümerwohnungen), sonstige Dienstleistungen.

[4]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.

[5]) Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 14*

Bruttowertschöpfung nach

b) Anteil

Zeitraum	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe insgesamt	Warenproduzierendes Gewerbe: Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Warenproduzierendes Gewerbe: Verarbeitendes Gewerbe	Warenproduzierendes Gewerbe: Baugewerbe	Handel und Verkehr [2]	Dienstleistungsunternehmen [3]	Staat	Private Haushalte [4]
				in jeweiligen Preisen					
1960	5,8	53,5	5,2	40,4	7,9	18,3	13,7	7,3	1,5
1961	5,1	53,8	4,8	40,8	8,2	18,0	14,0	7,6	1,4
1962	5,2	53,5	4,5	40,3	8,7	18,3	14,1	7,6	1,3
1963	5,1	52,7	4,4	39,5	8,8	18,4	14,5	8,0	1,4
1964	4,6	53,4	4,2	39,8	9,3	18,1	14,7	7,9	1,3
1965	4,4	53,2	4,0	40,2	9,0	17,8	15,1	8,2	1,3
1966	4,3	52,2	3,9	39,3	9,0	17,8	15,8	8,6	1,3
1967	4,1	50,9	3,8	38,9	8,2	17,7	16,9	9,0	1,4
1968	4,2	51,8	3,9	40,0	7,9	16,7	17,0	8,9	1,4
1969	3,9	52,2	3,6	40,7	7,9	16,2	17,4	9,0	1,3
1970	3,4	52,8	3,7	40,6	8,5	15,9	17,3	9,3	1,3
1971	3,2	51,6	3,6	39,1	9,0	15,9	18,0	9,9	1,4
1972	3,2	50,6	3,6	37,8	9,3	15,9	18,6	10,2	1,4
1973	3,1	50,3	3,6	37,8	8,8	15,5	19,0	10,6	1,5
1974	2,7	49,5	3,8	37,8	7,9	15,0	19,8	11,5	1,5
1975	2,9	47,7	4,1	36,4	7,2	15,2	20,7	11,9	1,6
1976 [5]	2,9	48,1	4,1	37,0	7,1	15,1	20,7	11,6	1,6
1977 [5]	2,8	48,0	3,9	37,0	7,1	15,0	21,0	11,6	1,6
1970 1. Hj.	2,1	53,3	3,9	41,8	7,6	15,9	17,9	9,5	1,3
2. Hj.	4,5	52,3	3,5	39,5	9,3	15,9	16,8	9,1	1,3
1971 1. Hj.	1,8	52,6	3,7	40,6	8,3	15,7	18,4	10,0	1,4
2. Hj.	4,4	50,8	3,4	37,8	9,6	16,0	17,5	9,9	1,4
1972 1. Hj.	1,8	51,4	3,7	38,9	8,8	15,8	19,4	10,2	1,4
2. Hj.	4,4	49,9	3,4	36,9	9,6	16,0	18,0	10,2	1,4
1973 1. Hj.	1,5	51,3	3,7	39,0	8,6	15,7	19,6	10,4	1,4
2. Hj.	4,6	49,3	3,5	36,8	9,0	15,2	18,6	10,9	1,5
1974 1. Hj.	1,6	50,4	3,8	38,8	7,7	15,0	20,4	11,1	1,5
2. Hj.	3,7	48,7	3,8	36,8	8,1	15,0	19,3	11,7	1,6
1975 1. Hj.	1,7	48,5	4,2	37,4	6,9	15,2	21,4	11,7	1,6
2. Hj.	4,1	47,0	4,0	35,5	7,5	15,1	20,1	12,1	1,6
1976 1. Hj. [5]	1,6	49,0	4,3	38,2	6,5	15,1	21,5	11,3	1,5
2. Hj. [5]	4,0	47,4	3,9	35,9	7,5	15,1	20,0	11,8	1,6
1977 1. Hj. [5]	1,6	49,0	4,1	38,3	6,7	14,9	21,6	11,3	1,6
2. Hj. [5]	3,8	47,1	3,8	35,9	7,5	15,0	20,5	11,8	1,7
1978 1. Hj. [5]	1,7	48,9	...	...	...	14,9	21,9	12,6	

1) Bezogen auf die Summe der Beiträge der Wirtschaftsbereiche (siehe Fußnote 1 auf Seite 236).
2) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.

noch Tabelle 14*

Wirtschaftsbereichen

in vH [1])

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr [2])	Dienstleistungsunternehmen [3])	Staat	Private Haushalte [4])	Zeitraum
	insgesamt	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe					
				in Preisen von 1970					
4,9	50,3	4,3	36,6	9,4	15,8	17,4	9,5	2,1	1960
4,2	50,8	4,1	37,2	9,5	15,9	17,5	9,6	2,0	1961
4,4	50,7	4,0	37,3	9,4	15,9	17,4	9,8	1,8	1962
4,4	50,5	4,0	37,1	9,3	15,9	17,6	9,9	1,8	1963
4,0	51,6	4,0	37,8	9,9	15,8	17,3	9,5	1,6	1964
3,6	52,1	3,7	38,6	9,7	15,9	17,3	9,5	1,6	1965
3,7	51,8	3,8	38,2	9,8	15,8	17,5	9,7	1,5	1966
4,0	50,4	3,7	37,4	9,3	15,8	18,2	10,0	1,6	1967
4,0	51,4	3,6	39,0	8,8	15,7	17,7	9,7	1,5	1968
3,5	52,5	3,6	40,5	8,5	15,9	17,4	9,3	1,4	1969
3,4	52,8	3,7	40,6	8,5	15,9	17,3	9,3	1,3	1970
3,4	52,5	3,7	39,9	8,9	15,8	17,6	9,4	1,3	1971
3,2	52,4	3,7	39,6	9,1	15,6	18,1	9,5	1,3	1972
3,4	52,6	3,8	40,1	8,7	15,3	17,9	9,5	1,2	1973
3,4	51,9	4,0	40,0	7,9	15,2	18,4	9,9	1,2	1974
3,3	50,3	4,0	38,7	7,6	15,2	19,5	10,4	1,3	1975
3,1	51,0	3,9	39,6	7,5	15,3	19,4	10,0	1,3	1976 [5])
3,2	50,8	3,8	39,5	7,4	15,4	19,5	9,9	1,3	1977 [5])
1,9	53,1	3,9	41,6	7,6	15,9	17,9	9,7	1,4	1970 1. Hj.
4,7	52,5	3,5	39,6	9,3	15,9	16,8	8,9	1,3	2. Hj.
1,9	53,1	3,8	41,1	8,2	15,7	18,1	9,8	1,4	1971 1. Hj.
4,7	51,9	3,5	38,9	9,5	15,8	17,2	9,1	1,3	2. Hj.
1,8	52,9	3,9	40,4	8,6	15,5	18,6	9,9	1,3	1972 1. Hj.
4,5	51,9	3,5	38,8	9,6	15,6	17,6	9,2	1,2	2. Hj.
1,9	53,3	4,0	40,9	8,4	15,4	18,4	9,8	1,3	1973 1. Hj.
4,8	52,0	3,7	39,3	9,0	15,3	17,5	9,2	1,2	2. Hj.
1,9	52,9	4,1	41,1	7,7	15,2	18,7	10,1	1,3	1974 1. Hj.
4,8	51,0	3,9	39,0	8,2	15,1	18,2	9,7	1,2	2. Hj.
1,9	50,6	4,2	39,1	7,2	15,3	20,1	10,8	1,3	1975 1. Hj.
4,6	50,0	3,7	38,3	8,0	15,1	18,8	10,1	1,3	2. Hj.
1,9	51,2	4,1	40,1	7,0	15,4	20,0	10,4	1,3	1976 1. Hj. [5])
4,2	50,8	3,8	39,1	8,0	15,3	18,8	9,7	1,2	2. Hj. [5])
1,8	51,3	4,0	40,3	7,0	15,4	20,1	10,1	1,3	1977 1. Hj. [5])
4,5	50,3	3,7	38,9	7,8	15,4	19,0	9,6	1,2	2. Hj. [5])
1,9	50,7	...	...	...	15,6	20,4	11,4		1978 1. Hj. [5])

[3]) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Nutzung von Eigentümerwohnungen), sonstige Dienstleistungen.

[4]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.

[5]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 15*

Bruttowertschöpfung, Brutto

Mrd

Zeitraum	Bruttowertschöpfung	Einfuhrabgaben [1]	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Bruttosozialprodukt	Abschreibungen	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	Indirekte Steuern [2]	Subventionen	Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen)
	in jeweiligen Preisen									
1960	297,10	5,70	302,80	+0,20	303,00	23,63	279,37	41,78	2,50	240,09
1961	325,60	6,20	331,80	−0,40	331,40	27,12	304,28	46,19	2,65	260,74
1962	353,64	7,24	360,88	−0,38	360,50	31,23	329,27	50,06	2,87	282,08
1963	374,42	8,05	382,47	−0,37	382,10	34,99	347,11	52,79	3,61	297,93
1964	412,14	8,14	420,28	−0,68	419,60	38,96	380,64	57,48	4,14	327,30
1965	450,41	8,86	459,27	−1,07	458,20	43,31	414,89	62,19	5,86	358,56
1966	479,66	8,68	488,34	−0,94	487,40	47,77	439,63	65,50	5,82	379,95
1967	485,45	9,01	494,46	−0,76	493,70	50,52	443,18	67,99	5,66	380,85
1968	521,85	13,05	534,90	+0,30	535,20	53,38	481,82	69,63	7,71	419,90
1969	582,60	14,35	596,95	+0,75	597,70	58,12	539,58	84,60	7,85	462,83
1970	660,15	18,60	678,75	+0,25	679,00	68,35	610,65	87,24	9,70	533,11
1971	735,18	19,70	754,88	+1,12	756,00	78,45	677,55	96,44	9,96	591,07
1972	804,72	21,27	825,99	+1,21	827,20	86,33	740,87	107,63	12,25	645,49
1973	895,09	23,51	918,60	+1,50	920,10	95,74	824,36	118,48	15,04	720,92
1974	960,22	26,91	987,13	−0,23	986,90	107,26	879,64	122,30	15,02	772,36
1975	1 003,64	28,18	1 031,82	+1,08	1 032,90	117,03	915,87	126,78	15,46	804,55
1976 [3]	1 093,06	32,52	1 125,58	+2,32	1 127,90	125,52	1 002,38	138,24	16,86	881,00
1977 [3]	1 163,87	34,63	1 198,50	+0,20	1 198,70	134,38	1 064,32	149,21	19,39	934,50
1970 1. Hj.	306,78	9,13	315,91	−0,11	315,80	33,10	282,70	40,94	4,44	246,20
2. Hj.	353,37	9,47	362,84	+0,36	363,20	35,25	327,95	46,30	5,26	286,91
1971 1. Hj.	344,81	9,77	354,58	+1,32	355,90	38,24	317,66	46,12	4,30	275,84
2. Hj.	390,37	9,93	400,30	−0,20	400,10	40,21	359,89	50,32	5,66	315,23
1972 1. Hj.	378,47	10,31	388,78	+0,82	389,60	42,16	347,44	51,14	5,00	301,30
2. Hj.	426,25	10,96	437,21	+0,39	437,60	44,17	393,43	56,49	7,25	344,19
1973 1. Hj.	423,61	11,47	435,08	+0,42	435,50	46,71	388,79	56,64	5,70	337,85
2. Hj.	471,48	12,04	483,52	+1,08	484,60	49,03	435,57	61,84	9,34	383,07
1974 1. Hj.	454,70	12,93	467,63	−0,23	467,40	52,23	415,17	59,09	7,02	363,10
2. Hj.	505,52	13,98	519,50	±0	519,50	55,03	464,47	63,21	8,00	409,26
1975 1. Hj.	474,79	13,81	488,60	−0,40	488,20	57,57	430,63	60,39	7,68	377,92
2. Hj.	528,85	14,37	543,22	+1,48	544,70	59,46	485,24	66,39	7,78	426,63
1976 1. Hj. [3]	517,61	15,87	533,48	+1,02	534,50	61,85	472,65	65,88	8,03	414,80
2. Hj. [3]	575,45	16,65	592,10	+1,30	593,40	63,67	529,73	72,36	8,83	466,20
1977 1. Hj. [3]	550,74	17,07	567,81	−0,01	567,80	66,15	501,65	71,51	9,35	439,49
2. Hj. [3]	613,13	17,56	630,69	+0,21	630,90	68,23	562,67	77,70	10,04	495,01
1978 1. Hj. [3]	585,81	18,77	604,58	+1,32	605,90	70,89	535,01	69,31		465,70

[1]) Die Einfuhrabgaben umfassen alle Abgaben, die vom Staat oder Institutionen der EG auf eingeführte Güter erhoben werden. Hierzu gehören Einfuhrzölle, Einfuhrumsatzsteuer (vor 1968 Umsatzausgleichsteuer), Verbrauchsteuern auf Einfuhren, Abschöpfungsbeträge und Währungsausgleichsbeträge auf eingeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse.

Tabelle 15*

inlandsprodukt, Sozialprodukt

DM

Bruttowertschöpfung	Einfuhrabgaben [1]	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Bruttosozialprodukt	Abschreibungen	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	Zeitraum
			in Preisen von 1970				
420,75	7,99	428,74	+0,76	429,50	33,11	396,39	1960
442,08	8,50	450,58	−0,18	450,40	36,30	414,10	1961
460,79	9,67	470,46	−0,16	470,30	39,74	430,56	1962
474,83	9,67	484,50	−0,20	484,30	43,21	441,09	1963
505,75	11,26	517,01	−0,61	516,40	46,76	469,64	1964
533,46	12,66	546,12	−1,12	545,00	50,51	494,49	1965
547,19	12,56	559,75	−0,95	558,80	54,22	504,58	1966
546,60	12,24	558,84	−0,74	558,10	57,50	500,60	1967
580,23	13,74	593,97	+0,43	594,40	60,52	533,88	1968
624,53	15,93	640,46	+0,84	641,30	64,01	577,29	1969
660,15	18,60	678,75	+0,25	679,00	68,35	610,65	1970
680,73	19,95	700,68	+1,02	701,70	73,26	628,44	1971
704,45	21,83	726,28	+1,02	727,30	78,27	649,03	1972
739,41	22,43	761,84	+1,16	763,00	83,18	679,82	1973
744,12	21,83	765,95	−0,25	765,70	87,40	678,30	1974
726,85	23,20	750,05	+0,65	750,70	90,86	659,84	1975
765,12	26,56	791,68	+1,52	793,20	94,26	698,94	1976 [3]
785,68	28,14	813,82	−0,02	813,80	97,86	715,94	1977 [3]
312,69	9,10	321,79	−0,09	321,70	33,60	288,10	1970 1. Hj.
347,46	9,50	356,96	+0,34	357,30	34,75	322,55	2. Hj.
325,21	9,76	334,97	+1,23	336,20	36,01	300,19	1971 1. Hj.
355,52	10,19	365,71	−0,21	365,50	37,25	328,25	2. Hj.
335,94	10,76	346,70	+0,70	347,40	38,51	308,89	1972 1. Hj.
368,51	11,07	379,58	+0,32	379,90	39,76	340,14	2. Hj.
355,69	11,40	367,09	+0,31	367,40	41,02	326,38	1973 1. Hj.
383,72	11,03	394,75	+0,85	395,60	42,16	353,44	2. Hj.
362,39	10,53	372,92	−0,22	372,70	43,22	329,48	1974 1. Hj.
381,73	11,30	393,03	−0,03	393,00	44,18	348,82	2. Hj.
348,78	11,47	360,25	−0,35	359,90	45,03	314,87	1975 1. Hj.
378,07	11,73	389,80	+1,00	390,80	45,83	344,97	2. Hj.
367,59	13,05	380,64	+0,66	381,30	46,73	334,57	1976 1. Hj. [3]
397,53	13,51	411,04	+0,86	411,90	47,53	364,37	2. Hj. [3]
378,54	13,63	392,17	−0,07	392,10	48,48	343,62	1977 1. Hj. [3]
407,14	14,51	421,65	+0,05	421,70	49,38	372,32	2. Hj. [3]
387,38	14,90	402,28	+0,82	403,10	50,28	352,82	1978 1. Hj. [3]

[2]) Produktionssteuern und Einfuhrabgaben.
[3]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 16*

Verteilung des Volkseinkommens

Mrd DM

Zeitraum	Volkseinkommen	Einkommen aus unselbständiger Arbeit		Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen				
				insgesamt		der privaten Haushalte [3]	der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit = unverteilte Gewinne	des Staates [4]
		brutto [1]	netto [2]	brutto	netto			
1960	240,09	144,90	104,68	95,19	75,07	78,23	14,95	2,01
1961	260,74	163,44	117,18	97,30	74,66	81,74	13,13	2,43
1962	282,08	180,84	129,12	101,24	76,48	85,44	13,45	2,35
1963	297,93	193,98	137,95	103,95	78,03	87,12	14,30	2,53
1964	327,30	212,08	151,06	115,22	87,49	97,68	14,98	2,56
1965	358,56	235,15	168,21	123,41	96,10	105,52	15,38	2,51
1966	379,95	253,20	178,11	126,75	98,48	108,84	15,70	2,21
1967	380,85	253,07	177,26	127,78	99,04	111,78	14,51	1,49
1968	419,90	271,91	186,86	147,99	116,82	126,98	19,05	1,96
1969	462,83	305,92	206,14	156,91	121,82	133,60	21,33	1,98
1970	533,11	361,32	236,87	171,79	139,75	155,23	14,53	2,03
1971	591,07	408,30	262,03	182,77	147,95	168,73	12,32	1,72
1972	645,49	448,79	285,77	196,70	159,62	173,61	23,01	0,08
1973	720,92	509,47	311,41	211,45	164,78	182,75	28,25	0,45
1974	772,36	560,60	335,75	211,76	165,22	186,72	26,62	− 1,58
1975	804,55	583,51	347,84	221,04	176,57	197,49	28,18	− 4,63
1976 [5]	881,00	626,26	361,25	254,74	201,16	224,56	37,81	− 7,63
1977 [5]	934,50	670,92	382,27	263,58	199,67	...	...	−11,55
1970 1. Hj.	246,20	170,07	113,79	76,13	60,74	.	.	0,68
2. Hj.	286,91	191,25	123,08	95,66	79,01	.	.	1,35
1971 1. Hj.	275,84	195,16	126,57	80,68	63,48	.	.	0,79
2. Hj.	315,23	213,14	135,46	102,09	84,47	.	.	0,93
1972 1. Hj.	301,30	214,06	139,64	87,24	70,52	.	.	− 0,27
2. Hj.	344,19	234,73	146,13	109,46	89,10	.	.	0,35
1973 1. Hj.	337,85	242,48	150,59	95,37	73,92	.	.	—
2. Hj.	383,07	266,99	160,82	116,08	90,86	.	.	0,45
1974 1. Hj.	363,10	268,25	164,49	94,85	71,65	.	.	− 0,57
2. Hj.	409,26	292,35	171,26	116,91	93,57	.	.	− 1,01
1975 1. Hj.	377,92	281,25	171,76	96,67	75,89	.	.	− 2,09
2. Hj.	426,63	302,26	176,08	124,37	100,68	.	.	− 2,54
1976 1. Hj. [5]	414,80	299,31	176,11	115,49	90,81	.	.	− 3,32
2. Hj. [5]	466,20	326,95	185,14	139,25	110,35	.	.	− 4,31
1977 1. Hj. [5]	439,49	322,74	186,41	116,75	85,80	.	.	− 6,14
2. Hj. [5]	495,01	348,18	195,86	146,83	113,87	.	.	− 5,41
1978 1. Hj. [5]	465,70	341,34	197,66	124,36	92,38	.	.	− 6,59

[1]) Bruttolohn- und -gehaltssumme zuzüglich Sozialbeiträge der Arbeitgeber.
[2]) Nettolohn- und -gehaltssumme (= Bruttolohn- und -gehaltssumme abzüglich Lohnsteuer und Sozialbeiträge der Arbeitnehmer).
[3]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter; nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden.
[4]) Nach Abzug der Zinsen auf öffentliche Schulden.
[5]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 17*

Einkommen aus unselbständiger Arbeit nach Wirtschaftsbereichen [1]

Jahr	Bruttoeinkommen insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr [2]	Dienstleistungsunternehmen [3]	Staat	Private Haushalte [4]
			insgesamt	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	Mrd DM									
1960	143,76	2,68	81,77	6,93	62,90	11,94	23,67	10,66	20,76	4,22
1961	162,36	2,71	93,13	7,42	71,69	14,02	26,05	12,26	23,78	4,43
1962	179,65	2,86	103,66	7,77	79,86	16,03	28,73	13,96	25,97	4,47
1963	192,79	2,95	108,80	7,88	83,47	17,45	31,83	15,58	28,81	4,82
1964	210,94	3,04	119,46	7,85	90,90	20,71	34,90	17,06	31,43	5,05
1965	234,08	3,16	132,26	8,57	101,74	21,95	38,52	18,94	35,79	5,41
1966	252,08	3,30	139,83	8,66	107,75	23,42	42,39	20,80	39,95	5,81
1967	251,69	3,06	134,45	8,26	104,76	21,43	43,11	22,44	42,37	6,26
1968	270,49	2,98	146,08	8,24	115,15	22,69	45,55	24,11	45,19	6,58
1969	304,58	3,13	165,80	8,85	132,59	24,36	50,41	26,77	51,20	7,27
1970	360,11	3,53	198,77	10,44	158,49	29,84	58,36	31,21	60,14	8,10
1971	407,08	3,83	219,48	11,51	174,08	33,89	66,61	35,70	71,89	9,57
1972	447,79	3,96	238,31	12,18	188,70	37,43	74,30	39,85	80,76	10,61
1973	508,53	4,22	268,82	13,30	214,72	40,80	84,06	45,21	94,03	12,19
1974	559,68	4,66	289,09	15,08	234,35	39,66	91,31	51,82	109,16	13,64
1975	582,46	5,01	292,34	16,43	239,01	36,90	95,38	56,12	118,53	15,08
1976 [5]	625,17	5,53	314,14	17,45	258,39	38,30	102,01	61,80	125,36	16,33
1977 [5]	669,87	6,13	335,82	18,55	277,67	39,60	109,06	67,32	133,81	17,73
	Anteil in vH									
1960	*100*	*1,9*	*56,9*	*4,8*	*43,8*	*8,3*	*16,5*	*7,4*	*14,4*	*2,9*
1961	*100*	*1,7*	*57,4*	*4,6*	*44,2*	*8,6*	*16,0*	*7,6*	*14,6*	*2,7*
1962	*100*	*1,6*	*57,7*	*4,3*	*44,5*	*8,9*	*16,0*	*7,8*	*14,5*	*2,5*
1963	*100*	*1,5*	*56,4*	*4,1*	*43,3*	*9,1*	*16,5*	*8,1*	*14,9*	*2,5*
1964	*100*	*1,4*	*56,6*	*3,7*	*43,1*	*9,8*	*16,5*	*8,1*	*14,9*	*2,4*
1965	*100*	*1,3*	*56,5*	*3,7*	*43,5*	*9,4*	*16,5*	*8,1*	*15,3*	*2,3*
1966	*100*	*1,3*	*55,5*	*3,4*	*42,7*	*9,3*	*16,8*	*8,3*	*15,8*	*2,3*
1967	*100*	*1,2*	*53,4*	*3,3*	*41,6*	*8,5*	*17,1*	*8,9*	*16,8*	*2,5*
1968	*100*	*1,1*	*54,0*	*3,0*	*42,6*	*8,4*	*16,8*	*8,9*	*16,7*	*2,4*
1969	*100*	*1,0*	*54,4*	*2,9*	*43,5*	*8,0*	*16,6*	*8,8*	*16,8*	*2,4*
1970	*100*	*1,0*	*55,2*	*2,9*	*44,0*	*8,3*	*16,2*	*8,7*	*16,7*	*2,2*
1971	*100*	*0,9*	*53,9*	*2,8*	*42,8*	*8,3*	*16,4*	*8,8*	*17,7*	*2,4*
1972	*100*	*0,9*	*53,2*	*2,7*	*42,1*	*8,4*	*16,6*	*8,9*	*18,0*	*2,4*
1973	*100*	*0,8*	*52,9*	*2,6*	*42,2*	*8,0*	*16,5*	*8,9*	*18,5*	*2,4*
1974	*100*	*0,8*	*51,7*	*2,7*	*41,9*	*7,1*	*16,3*	*9,3*	*19,5*	*2,4*
1975	*100*	*0,9*	*50,2*	*2,8*	*41,0*	*6,3*	*16,4*	*9,6*	*20,3*	*2,6*
1976 [5]	*100*	*0,9*	*50,2*	*2,8*	*41,3*	*6,1*	*16,3*	*9,9*	*20,1*	*2,6*
1977 [5]	*100*	*0,9*	*50,1*	*2,8*	*41,5*	*5,9*	*16,3*	*10,0*	*20,0*	*2,6*

[1] Inlandskonzept (nach dem Beschäftigungsort der Abhängigen).
[2] Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[3] Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Nutzung von Eigentümerwohnungen), sonstige Dienstleistungen.
[4] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.
[5] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 18*

Volkseinkommen, Produktivität und Lohnkosten

Zeitraum	Volkseinkommen je Einwohner		Brutto- lohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Abhängigen [1]		Netto- lohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Abhängigen [1]		Produktivität [2]		Lohnkosten je Produkteinheit [3]
	DM	1970 = 100	DM	1970 = 100	DM	1970 = 100	DM	1970 = 100	1970 = 100
1960	4 331	49,3	6 148	44,6	5 168	48,5	16 439	64,4	68,4
1961	4 642	52,8	6 775	49,2	5 653	53,1	17 041	66,7	72,7
1962	4 963	56,5	7 395	53,7	6 139	57,7	17 730	69,4	76,3
1963	5 191	59,1	7 850	57,0	6 488	60,9	18 217	71,3	78,8
1964	5 646	64,2	8 556	62,1	7 031	66,0	19 423	76,0	79,9
1965	6 117	69,6	9 336	67,8	7 731	72,6	20 401	79,9	83,3
1966	6 424	73,1	10 014	72,7	8 183	76,9	20 975	82,1	87,2
1967	6 424	73,1	10 349	75,1	8 419	79,1	21 646	84,7	87,3
1968	7 057	80,3	10 988	79,8	8 821	82,8	22 987	90,0	87,8
1969	7 705	87,7	12 003	87,1	9 477	89,0	24 408	95,5	90,6
1970	8 790	100	13 773	100	10 648	100	25 546	100	100
1971	9 645	109,7	15 392	111,8	11 690	109,8	26 303	103,0	108,9
1972	10 467	119,1	16 770	121,8	12 738	119,6	27 324	107,0	115,2
1973	11 632	132,3	18 782	136,4	13 801	129,6	28 589	111,9	124,2
1974	12 447	141,6	20 928	151,9	15 157	142,3	29 285	114,6	135,9
1975	13 013	148,0	22 426	162,8	16 265	152,8	29 686	116,2	144,5
1976 [4]	14 318	162,9	23 985	174,1	16 970	159,4	31 625	123,8	146,3
1977 [4]	15 220	173,2	25 631	186,1	17 935	168,4	32 592	127,2	151,9
1970 1. Hj.	4 067	92,5	6 521	94,7	5 164	97,0	12 189	95,4	99,6
2. Hj.	4 712	107,2	7 245	105,2	5 481	102,9	13 350	104,5	100,4
1971 1. Hj.	4 512	102,7	7 379	107,1	5 672	106,5	12 613	98,7	109,0
2. Hj.	5 132	116,8	8 010	116,3	6 017	113,0	13 687	107,2	108,8
1972 1. Hj.	4 893	111,3	8 052	116,9	6 264	117,7	13 101	102,6	115,3
2. Hj.	5 573	126,8	8 714	126,5	6 472	121,6	14 218	111,3	115,0
1973 1. Hj.	5 460	124,2	8 966	130,2	6 698	125,8	13 816	108,2	122,8
2. Hj.	6 171	140,4	9 813	142,5	7 101	133,4	14 771	115,6	125,5
1974 1. Hj.	5 849	133,1	9 964	144,7	7 393	138,9	14 191	111,1	133,6
2. Hj.	6 597	150,1	10 969	159,3	7 765	145,8	15 098	118,2	138,1
1975 1. Hj.	6 104	138,9	10 778	156,5	8 028	150,8	14 238	111,5	145,2
2. Hj.	6 910	157,2	11 648	169,1	8 237	154,7	15 450	121,0	143,9
1976 1. Hj. [4]	6 736	153,3	11 491	166,9	8 328	156,4	15 272	119,6	145,7
2. Hj. [4]	7 582	172,5	12 488	181,3	8 640	162,3	16 349	128,0	146,8
1977 1. Hj. [4]	7 156	162,8	12 316	178,8	8 783	165,0	15 755	123,3	151,8
2. Hj. [4]	8 064	183,5	13 311	193,3	9 151	171,9	16 834	131,8	152,0
1978 1. Hj. [4]	7 594	172,8	12 939	187,9	9 290	174,5	16 155	126,5	156,2

[1]) Inländerkonzept (nach dem Wohnort).

[2]) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1970 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept, nach dem Beschäftigungsort).

[3]) Bereinigt um Änderungen in der Struktur der Erwerbstätigkeit;

berechnet als $\frac{\text{Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Abhängigen (Inlandskonzept)}}{\text{Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1970 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept)}}$

[4]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 19*

Produktivität und Lohnkosten nach Wirtschaftsbereichen

Jahr	Alle Wirtschaftsbereiche	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr [3]	Dienstleistungsunternehmen [4]	Staat	Private Haushalte [5]
			insgesamt	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	Produktivität [1] (DM)									
1960	16 133	5 926	17 366	24 333	16 301	19 838	14 301	31 634	19 585	11 963
1961	16 719	5 593	18 009	25 479	16 928	20 565	14 972	32 879	19 587	12 178
1962	17 366	6 272	18 596	27 353	17 584	20 455	15 650	33 317	19 685	12 478
1963	17 853	6 826	19 051	29 521	18 133	20 004	16 027	33 556	19 730	12 574
1964	19 000	6 949	20 702	31 697	19 683	21 979	17 092	34 639	19 567	12 795
1965	19 928	6 857	21 764	32 072	20 862	22 855	18 224	35 724	19 844	13 108
1966	20 505	7 419	22 408	34 090	21 356	23 857	18 535	36 098	20 262	13 323
1967	21 172	8 571	23 213	36 596	22 058	24 821	18 836	36 749	20 317	13 455
1968	22 456	9 552	25 011	40 879	24 255	24 446	20 021	37 323	20 735	13 625
1969	23 801	9 407	26 718	44 215	26 089	25 409	21 722	38 940	20 944	13 800
1970	24 846	10 199	27 805	47 660	26 951	26 996	22 793	40 204	21 316	14 047
1971	25 554	11 096	28 585	49 032	27 491	28 776	23 016	41 573	21 426	14 138
1972	26 503	11 403	29 982	52 779	28 689	30 612	23 344	43 570	21 488	14 253
1973	27 747	13 199	31 584	59 837	30 355	30 928	23 922	45 216	21 863	14 333
1974	28 450	13 847	32 508	63 714	31 300	30 916	24 335	46 219	22 120	14 376
1975	28 768	13 692	32 856	61 826	31 444	32 370	24 603	47 877	22 311	14 418
1976 [6]	30 564	13 901	35 746	65 546	34 534	33 937	26 434	49 304	22 326	14 486
1977 [6]	31 465	15 688	36 809	66 118	35 554	35 351	27 393	50 025	22 552	14 503
	Lohnkosten je Produkteinheit [2] (1970 = 100)									
1960	67,8	78,5	69,9	91,0	71,5	58,1	68,8	58,4	53,4	51,6
1961	72,1	91,4	74,6	96,5	75,8	64,1	71,2	63,0	57,5	55,7
1962	75,7	92,3	79,4	98,3	80,5	70,3	74,2	68,2	59,3	59,5
1963	78,2	90,8	81,2	96,7	82,0	74,4	79,2	72,3	63,1	63,1
1964	79,5	95,6	81,4	91,6	81,9	77,9	81,1	74,3	66,8	66,0
1965	83,0	106,5	84,4	100,7	84,6	79,3	84,1	77,4	72,5	71,0
1966	86,8	105,9	87,6	99,0	88,3	82,3	90,4	81,7	76,9	76,1
1967	86,8	93,9	86,7	95,8	87,9	79,7	92,2	84,6	79,3	79,2
1968	87,4	88,1	86,8	91,2	87,0	84,3	91,7	87,2	82,1	83,0
1969	90,4	95,5	88,9	92,8	88,8	86,7	92,2	90,7	90,3	90,7
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	109,0	103,2	107,8	107,8	108,2	105,5	111,1	108,7	114,6	116,5
1972	115,5	110,9	113,3	109,3	114,3	109,5	120,7	114,0	122,8	126,9
1973	124,5	105,6	121,2	109,8	122,3	119,1	132,2	124,0	136,5	144,1
1974	136,1	116,2	131,4	118,9	133,1	126,5	144,8	137,7	151,5	159,6
1975	145,1	128,4	140,5	133,3	143,5	126,5	153,4	144,1	159,9	172,3
1976 [6]	147,2	140,2	141,4	135,2	144,1	127,0	154,0	149,4	166,5	182,4
1977 [6]	153,0	136,5	147,4	143,2	150,6	128,4	158,8	157,0	175,5	194,3

[1]) Bruttowertschöpfung in Preisen von 1970 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept).

[2]) Bereinigt um Änderungen in der Struktur der Erwerbstätigkeit;
berechnet als $\frac{\text{Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Abhängigen (Inlandskonzept)}}{\text{Bruttowertschöpfung in Preisen von 1970 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept)}}$.

[3]) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.

[4]) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Nutzung von Eigentümerwohnungen), sonstige Dienstleistungen.

[5]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.

[6]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 20*

Verwendung des

a) Mrd

Zeitraum	Brutto-sozial-produkt	Privater Ver-brauch	Staats-ver-brauch	Anlageinvestitionen			Vorrats-ver-ände-rung	Aus-fuhr [1]	Ein-fuhr [1]	Außen-bei-trag [2]
				insge-samt	Aus-rüstun-gen	Bauten				
	in jeweiligen Preisen									
1960	303,00	171,84	40,75	73,58	27,14	46,44	+ 8,90	60,68	52,75	+ 7,93
1961	331,40	188,33	46,08	83,46	31,32	52,14	+ 6,40	63,20	56,07	+ 7,13
1962	360,50	204,79	53,13	92,88	34,98	57,90	+ 5,40	66,26	61,96	+ 4,30
1963	382,10	216,79	59,69	97,71	35,64	62,07	+ 2,30	72,03	66,42	+ 5,61
1964	419,60	233,50	62,50	111,70	39,21	72,49	+ 6,00	79,86	73,96	+ 5,90
1965	458,20	257,62	70,15	119,90	43,35	76,55	+10,20	87,19	86,86	+ 0,33
1966	487,40	275,06	76,05	124,17	43,98	80,19	+ 4,70	98,42	91,00	+ 7,42
1967	493,70	282,63	80,65	114,18	41,07	73,11	− 1,10	106,41	89,07	+17,34
1968	535,20	300,76	83,67	120,12	43,45	76,67	+10,90	120,06	100,31	+19,75
1969	597,70	330,83	94,29	139,59	54,60	84,99	−15,40	137,08	119,49	+17,59
1970	679,00	367,55	108,11	173,69	68,43	105,26	+15,40	152,69	138,44	+14,25
1971	756,00	407,83	129,24	199,60	76,37	123,23	+ 3,80	168,32	152,79	+15,53
1972	827,20	447,75	144,03	214,34	76,75	137,59	+ 2,60	183,33	164,85	+18,48
1973	920,10	491,68	166,70	225,44	79,76	145,68	+ 7,20	214,72	185,64	+29,08
1974	986,90	527,55	194,02	216,39	76,47	139,92	+ 5,50	276,19	232,75	+43,44
1975	1 032,90	576,54	215,29	214,54	82,32	132,22	− 3,30	272,51	242,68	+29,83
1976 [3]	1 127,90	624,68	227,42	232,54	90,68	141,86	+13,70	311,78	282,22	+29,56
1977 [3]	1 198,70	668,50	240,14	250,21	99,89	150,32	+11,20	329,18	300,58	+28,60
1969 1. Hj.	274,90	154,81	43,16	60,92	24,37	36,55	+ 8,50	64,72	57,21	+ 7,51
2. Hj.	322,80	176,02	51,13	78,67	30,23	48,44	+ 6,90	72,36	62,28	+10,08
1970 1. Hj.	315,80	171,20	49,45	75,74	31,50	44,24	+13,50	72,15	66,24	+ 5,91
2. Hj.	363,20	196,35	58,66	97,95	36,93	61,02	+ 1,90	80,54	72,20	+ 8,34
1971 1. Hj.	355,90	191,66	60,26	91,91	37,48	54,43	+ 3,90	82,20	74,03	+ 8,17
2. Hj.	400,10	216,17	68,98	107,69	38,89	68,80	− 0,10	86,12	78,76	+ 7,36
1972 1. Hj.	389,60	210,70	67,34	99,66	37,09	62,57	+ 4,00	86,76	78,86	+ 7,90
2. Hj.	437,60	237,05	76,69	114,68	39,66	75,02	− 1,40	96,57	85,99	+10,58
1973 1. Hj.	435,50	234,97	76,15	107,58	38,84	68,74	+ 3,70	101,68	88,58	+13,10
2. Hj.	484,60	256,71	90,55	117,86	40,92	76,94	+ 3,50	113,04	97,06	+15,98
1974 1. Hj.	467,40	250,30	87,71	102,66	35,85	66,81	+ 5,60	132,38	111,25	+21,13
2. Hj.	519,50	277,25	106,31	113,73	40,62	73,11	− 0,10	143,81	121,50	+22,31
1975 1. Hj.	488,20	272,91	98,47	98,55	37,61	60,94	+ 2,10	131,92	115,75	+16,17
2. Hj.	544,70	303,63	116,82	115,99	44,71	71,28	− 5,40	140,59	126,93	+13,66
1976 1. Hj. [3]	534,50	298,45	105,53	106,75	42,88	63,87	+ 8,70	149,28	134,21	+15,07
2. Hj. [3]	593,40	326,23	121,89	125,79	47,80	77,99	+ 5,00	162,50	148,01	+14,49
1977 1. Hj. [3]	567,80	317,64	110,74	115,29	46,07	69,22	+10,10	160,08	146,05	+14,03
2. Hj. [3]	630,90	350,91	129,40	134,92	53,82	81,10	+ 1,10	169,10	154,53	+14,57
1978 1. Hj. [3]	605,90	339,67	116,18	124,65	50,19	74,46	+ 7,30	168,04	149,94	+18,10

[1]) Waren- und Dienstleistungsverkehr.
[2]) Ausfuhr abzüglich Einfuhr.

Tabelle 20*

Sozialprodukts

DM

Brutto-sozial-produkt	Privater Verbrauch	Staats-verbrauch	Anlageinvestitionen insgesamt	Anlageinvestitionen Ausrüstungen	Anlageinvestitionen Bauten	Vorrats-veränderung	Ausfuhr [1]	Einfuhr [1]	Außenbeitrag [2]	Zeitraum
				in Preisen von 1970						
429,50	226,37	69,53	109,24	34,06	75,18	+ 9,50	72,29	57,43	+14,86	1960
450,40	239,93	74,03	117,00	38,14	78,86	+ 7,30	74,92	62,78	+12,14	1961
470,30	252,99	81,75	122,34	41,18	81,16	+ 5,50	77,34	69,62	+ 7,72	1962
484,30	260,37	87,23	123,85	41,37	82,48	+ 2,40	83,21	72,76	+10,45	1963
516,40	273,34	88,22	137,80	44,66	93,14	+ 6,40	89,98	79,34	+10,64	1964
545,00	292,11	92,71	144,47	48,10	96,37	+10,50	95,84	90,63	+ 5,21	1965
558,80	300,62	94,91	146,24	47,54	98,70	+ 4,60	105,71	93,28	+12,43	1966
558,10	303,63	98,30	136,31	44,03	92,28	− 1,60	113,41	91,95	+21,46	1967
594,40	317,39	98,37	141,80	47,25	94,55	+11,50	128,44	103,10	+25,34	1968
641,30	342,41	103,37	156,73	58,12	98,61	+16,20	142,41	119,82	+22,59	1969
679,00	367,55	108,11	173,69	68,43	105,26	+15,40	152,69	138,44	+14,25	1970
701,70	386,80	114,95	184,87	72,44	112,43	+ 3,90	161,96	150,78	+11,18	1971
727,30	402,24	120,27	191,30	71,75	119,55	+ 2,40	172,26	161,17	+11,09	1972
763,00	412,48	126,85	191,67	72,30	119,37	+ 6,10	191,99	166,09	+25,90	1973
765,70	413,79	132,31	172,61	64,90	107,71	+ 4,40	214,73	172,14	+42,59	1974
750,70	425,93	138,25	165,37	65,13	100,24	− 2,60	201,86	178,11	+23,75	1975
793,20	441,68	141,74	173,65	69,35	104,30	+ 9,50	224,47	197,84	+26,63	1976 [3]
813,80	455,50	143,10	180,77	74,71	106,06	+ 7,50	233,22	206,29	+26,93	1977 [3]
300,60	161,38	49,22	70,08	26,28	43,80	+ 9,20	67,87	57,15	+10,72	1969 1. Hj.
340,70	181,03	54,15	86,65	31,84	54,81	+ 7,00	74,54	62,67	+11,87	2. Hj.
321,70	172,78	51,01	77,08	31,93	45,15	+14,00	73,01	66,18	+ 6,83	1970 1. Hj.
357,30	194,77	57,10	96,61	36,50	60,11	+ 1,40	79,68	72,26	+ 7,42	2. Hj.
336,20	184,01	55,34	86,09	35,68	50,41	+ 3,80	79,42	72,46	+ 6,96	1971 1. Hj.
365,50	202,79	59,61	98,78	36,76	62,02	+ 0,10	82,54	78,32	+ 4,22	2. Hj.
347,40	192,14	58,32	89,78	34,82	54,96	+ 3,40	81,94	78,18	+ 3,76	1972 1. Hj.
379,90	210,10	61,95	101,52	36,93	64,59	− 1,00	90,32	82,99	+ 7,33	2. Hj.
367,40	200,60	60,90	92,52	35,55	56,97	+ 2,70	93,02	82,34	+10,68	1973 1. Hj.
395,60	211,88	65,95	99,15	36,75	62,40	+ 3,40	98,97	83,75	+15,22	2. Hj.
372,70	199,71	63,10	82,97	31,01	51,96	+ 3,80	105,90	82,78	+23,12	1974 1. Hj.
393,00	214,08	69,21	89,64	33,89	55,75	+ 0,60	108,83	89,36	+19,47	2. Hj.
359,90	204,70	65,95	76,44	30,05	46,39	+ 1,40	98,06	86,65	+11,41	1975 1. Hj.
390,80	221,23	72,30	88,93	35,08	53,85	− 4,00	103,80	91,46	+12,34	2. Hj.
381,30	213,11	68,80	80,39	32,83	47,56	+ 5,80	108,23	95,03	+13,20	1976 1. Hj. [3]
411,90	228,57	72,94	93,26	36,52	56,74	+ 3,70	116,24	102,81	+13,43	2. Hj. [3]
392,10	218,38	68,91	84,06	34,46	49,60	+ 6,70	113,65	99,60	+14,05	1977 1. Hj. [3]
421,70	237,12	74,19	96,71	40,25	56,46	+ 0,80	119,57	106,69	+12,88	2. Hj. [3]
403,10	227,05	70,93	87,45	36,87	50,58	+ 4,70	118,50	105,53	+12,97	1978 1. Hj. [3]

[3]) Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 20*

Verwendung des

b) Anteil

Zeitraum	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen insgesamt	Anlageinvestitionen Ausrüstungen	Anlageinvestitionen Bauten	Vorratsveränderung	Ausfuhr [1])	Einfuhr [1])	Außenbeitrag [2])
	in jeweiligen Preisen								
1960	56,7	13,4	24,3	9,0	15,3	+2,9	20,0	17,4	+2,6
1961	56,8	13,9	25,2	9,5	15,7	+1,9	19,1	16,9	+2,2
1962	56,8	14,7	25,8	9,7	16,1	+1,5	18,4	17,2	+1,2
1963	56,7	15,6	25,6	9,3	16,2	+0,6	18,9	17,4	+1,5
1964	55,6	14,9	26,6	9,3	17,3	+1,4	19,0	17,6	+1,4
1965	56,2	15,3	26,2	9,5	16,7	+2,2	19,0	19,0	+0,1
1966	56,4	15,6	25,5	9,0	16,5	+1,0	20,2	18,7	+1,5
1967	57,2	16,3	23,1	8,3	14,8	−0,2	21,6	18,0	+3,5
1968	56,2	15,6	22,4	8,1	14,3	+2,0	22,4	18,7	+3,7
1969	55,4	15,8	23,4	9,1	14,2	+2,6	22,9	20,0	+2,9
1970	54,1	15,9	25,6	10,1	15,5	+2,3	22,5	20,4	+2,1
1971	53,9	17,1	26,4	10,1	16,3	+0,5	22,3	20,2	+2,1
1972	54,1	17,4	25,9	9,3	16,6	+0,3	22,2	19,9	+2,2
1973	53,4	18,1	24,5	8,7	15,8	+0,8	23,3	20,2	+3,2
1974	53,5	19,7	21,9	7,7	14,2	+0,6	28,0	23,6	+4,4
1975	55,8	20,8	20,8	8,0	12,8	−0,3	26,4	23,5	+2,9
1976 [3])	55,4	20,2	20,6	8,0	12,6	+1,2	27,6	25,0	+2,6
1977 [3])	55,8	20,0	20,9	8,3	12,5	+0,9	27,5	25,1	+2,4
1969 1. Hj.	56,3	15,7	22,2	8,9	13,3	+3,1	23,5	20,8	+2,7
2. Hj.	54,5	15,8	24,4	9,4	15,0	+2,1	22,4	19,3	+3,1
1970 1. Hj.	54,2	15,7	24,0	10,0	14,0	+4,3	22,8	21,0	+1,9
2. Hj.	54,1	16,2	27,0	10,2	16,8	+0,5	22,2	19,9	+2,3
1971 1. Hj.	53,9	16,9	25,8	10,5	15,3	+1,1	23,1	20,8	+2,3
2. Hj.	54,0	17,2	26,9	9,7	17,2	−0,0	21,5	19,7	+1,8
1972 1. Hj.	54,1	17,3	25,6	9,5	16,1	+1,0	22,3	20,2	+2,0
2. Hj.	54,2	17,5	26,2	9,1	17,1	−0,3	22,1	19,7	+2,4
1973 1. Hj.	54,0	17,5	24,7	8,9	15,8	+0,8	23,3	20,3	+3,0
2. Hj.	53,0	18,7	24,3	8,4	15,9	+0,7	23,3	20,0	+3,3
1974 1. Hj.	53,6	18,8	22,0	7,7	14,3	+1,2	28,3	23,8	+4,5
2. Hj.	53,4	20,5	21,9	7,8	14,1	−0,0	27,7	23,4	+4,3
1975 1. Hj.	55,9	20,2	20,2	7,7	12,5	+0,4	27,0	23,7	+3,3
2. Hj.	55,7	21,4	21,3	8,2	13,1	−1,0	25,8	23,3	+2,5
1976 1. Hj. [3])	55,8	19,7	20,0	8,0	11,9	+1,6	27,9	25,1	+2,8
2. Hj. [3])	55,0	20,5	21,2	8,1	13,1	+0,8	27,4	24,9	+2,4
1977 1. Hj. [3])	55,9	19,5	20,3	8,1	12,2	+1,8	28,2	25,7	+2,5
2. Hj. [3])	55,6	20,5	21,4	8,5	12,9	+0,2	26,8	24,5	+2,3
1978 1. Hj. [3])	56,1	19,2	20,6	8,3	12,3	+1,2	27,7	24,7	+3,0

[1]) Waren- und Dienstleistungsverkehr.
[2]) Ausfuhr abzüglich Einfuhr.

noch Tabelle 20*

Sozialprodukts

in vH

Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen insgesamt	Anlageinvestitionen Ausrüstungen	Anlageinvestitionen Bauten	Vorratsveränderung	Ausfuhr [1])	Einfuhr [1])	Außenbeitrag [2])	Zeitraum
				in Preisen von 1970					
52,7	16,2	25,4	7,9	17,5	+2,2	16,8	13,4	+3,5	1960
53,3	16,4	26,0	8,5	17,5	+1,6	16,6	13,9	+2,7	1961
53,8	17,4	26,0	8,8	17,3	+1,2	16,4	14,8	+1,6	1962
53,8	18,0	25,6	8,5	17,0	+0,5	17,2	15,0	+2,2	1963
52,9	17,1	26,7	8,6	18,0	+1,2	17,4	15,4	+2,1	1964
53,6	17,0	26,5	8,8	17,7	+1,9	17,6	16,6	+1,0	1965
53,8	17,0	26,2	8,5	17,7	+0,8	18,9	16,7	+2,2	1966
54,4	17,6	24,4	7,9	16,5	−0,3	20,3	16,5	+3,8	1967
53,4	16,5	23,9	7,9	15,9	+1,9	21,6	17,3	+4,3	1968
53,4	16,1	24,4	9,1	15,4	+2,5	22,2	18,7	+3,5	1969
54,1	15,9	25,6	10,1	15,5	+2,3	22,5	20,4	+2,1	1970
55,1	16,4	26,3	10,3	16,0	+0,6	23,1	21,5	+1,6	1971
55,3	16,5	26,3	9,9	16,4	+0,3	23,7	22,2	+1,5	1972
54,1	16,6	25,1	9,5	15,6	+0,8	25,2	21,8	+3,4	1973
54,0	17,3	22,5	8,5	14,1	+0,6	28,0	22,5	+5,6	1974
56,7	18,4	22,0	8,7	13,4	−0,3	26,9	23,7	+3,2	1975
55,7	17,9	21,9	8,7	13,1	+1,2	28,3	24,9	+3,4	1976 [3])
56,0	17,6	22,2	9,2	13,0	+0,9	28,7	25,3	+3,3	1977 [3])
53,7	16,4	23,3	8,7	14,6	+3,1	22,6	19,0	+3,6	1969 1. Hj.
53,1	15,9	25,4	9,3	16,1	+2,1	21,9	18,4	+3,5	2. Hj.
53,7	15,9	24,0	9,9	14,0	+4,4	22,7	20,6	+2,1	1970 1. Hj.
54,5	16,0	27,0	10,2	16,8	+0,4	22,3	20,2	+2,1	2. Hj.
54,7	16,5	25,6	10,6	15,0	+1,1	23,6	21,6	+2,1	1971 1. Hj.
55,5	16,3	27,0	10,1	17,0	+0,0	22,6	21,4	+1,2	2. Hj.
55,3	16,8	25,8	10,0	15,8	+1,0	23,6	22,5	+1,1	1972 1. Hj.
55,3	16,3	26,7	9,7	17,0	−0,3	23,8	21,8	+1,9	2. Hj.
54,6	16,6	25,2	9,7	15,5	+0,7	25,3	22,4	+2,9	1973 1. Hj.
53,6	16,7	25,1	9,3	15,8	+0,9	25,0	21,2	+3,8	2. Hj.
53,6	16,9	22,3	8,3	13,9	+1,0	28,4	22,2	+6,2	1974 1. Hj.
54,5	17,6	22,8	8,6	14,2	+0,2	27,7	22,7	+5,0	2. Hj.
56,9	18,3	21,2	8,3	12,9	+0,4	27,2	24,1	+3,2	1975 1. Hj.
56,6	18,5	22,8	9,0	13,8	−1,0	26,6	23,4	+3,2	2. Hj.
55,9	18,0	21,1	8,6	12,5	+1,5	28,4	24,9	+3,5	1976 1. Hj. [3])
55,5	17,7	22,6	8,9	13,8	+0,9	28,2	25,0	+3,3	2. Hj. [3])
55,7	17,6	21,4	8,8	12,6	+1,7	29,0	25,4	+3,6	1977 1. Hj. [3])
56,2	17,6	22,9	9,5	13,4	+0,2	28,4	25,3	+3,1	2. Hj. [3])
56,3	17,6	21,7	9,1	12,5	+1,2	29,4	26,2	+3,2	1978 1. Hj. [3])

[3]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 21*

Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung —

Mrd

Zeitraum	Bruttosozialprodukt	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen insgesamt	Anlageinvestitionen Ausrüstungen	Anlageinvestitionen Bauten	Vorratsveränderung	Ausfuhr [1]	Einfuhr [1]	Außenbeitrag [2]
	in jeweiligen Preisen									
1968 1. Vj.	119,50	66,80	18,88	22,80	8,68	14,12	+ 6,20	27,70	22,88	+ 4,82
2. Vj.	128,80	74,10	19,38	30,67	10,68	19,99	+ 0,80	27,89	24,04	+ 3,85
3. Vj.	141,60	74,83	20,47	31,47	10,70	20,77	+11,30	29,94	26,41	+ 3,53
4. Vj.	145,30	85,03	24,94	35,18	13,39	21,79	− 7,40	34,53	26,98	+ 7,55
1969 1. Vj.	131,60	73,72	21,05	25,51	11,16	14,35	+ 8,20	30,36	27,24	+ 3,12
2. Vj.	143,30	81,09	22,11	35,41	13,21	22,20	+ 0,30	34,36	29,97	+ 4,39
3. Vj.	158,00	82,54	22,53	37,85	13,59	24,26	+10,80	34,95	30,67	+ 4,28
4. Vj.	164,80	93,48	28,60	40,82	16,64	24,18	− 3,90	37,41	31,61	+ 5,80
1970 1. Vj.	149,00	81,45	23,22	30,46	14,43	16,03	+11,40	34,19	31,72	+ 2,47
2. Vj.	166,80	89,75	26,23	45,28	17,07	28,21	+ 2,10	37,96	34,52	+ 3,44
3. Vj.	178,00	91,70	26,18	47,15	16,90	30,25	+10,30	38,15	35,48	+ 2,67
4. Vj.	185,20	104,65	32,48	50,80	20,03	30,77	− 8,40	42,39	36,72	+ 5,67
1971 1. Vj.	171,50	91,20	29,50	39,41	17,55	21,86	+ 6,80	40,74	36,15	+ 4,59
2. Vj.	184,40	100,46	30,76	52,50	19,93	32,57	− 2,90	41,46	37,88	+ 3,58
3. Vj.	196,70	101,60	31,04	52,02	17,88	34,14	+ 8,70	42,46	39,12	+ 3,34
4. Vj.	203,40	114,57	37,94	55,67	21,01	34,66	− 8,80	43,66	39,64	+ 4,02
1972 1. Vj.	188,60	102,00	33,21	44,06	17,60	26,46	+ 5,20	42,03	37,90	+ 4,13
2. Vj.	201,00	108,70	34,13	55,60	19,49	36,11	− 1,20	44,73	40,96	+ 3,77
3. Vj.	212,40	111,91	34,39	54,72	18,23	36,49	+ 8,50	44,74	41,86	+ 2,88
4. Vj.	225,20	125,14	42,30	59,96	21,43	38,53	− 9,90	51,83	44,13	+ 7,70
1973 1. Vj.	211,60	113,27	37,70	48,26	18,52	29,74	+ 6,50	49,17	43,30	+ 5,87
2. Vj.	223,90	121,70	38,45	59,32	20,32	39,00	− 2,80	52,51	45,28	+ 7,23
3. Vj.	235,30	121,69	39,19	57,27	18,57	38,70	+10,40	53,59	46,84	+ 6,75
4. Vj.	249,30	135,02	51,36	60,59	22,35	38,24	− 6,90	59,45	50,22	+ 9,23
1974 1. Vj.	227,00	120,40	42,50	46,79	16,82	29,97	+ 5,70	64,22	52,61	+11,61
2. Vj.	240,40	129,90	45,21	55,87	19,03	36,84	− 0,10	68,16	58,64	+ 9,52
3. Vj.	253,50	132,27	46,22	55,02	18,69	36,33	+12,90	70,66	63,57	+ 7,09
4. Vj.	266,00	144,98	60,09	58,71	21,93	36,78	−13,00	73,15	57,93	+15,22
1975 1. Vj.	236,70	130,15	46,82	44,38	17,19	27,19	+ 5,70	64,49	54,84	+ 9,65
2. Vj.	251,50	142,76	51,65	54,17	20,42	33,75	− 3,60	67,43	60,91	+ 6,52
3. Vj.	261,90	144,22	51,74	54,46	19,58	34,88	+ 7,30	66,82	62,64	+ 4,18
4. Vj.	282,80	159,41	65,08	61,53	25,13	36,40	−12,70	73,77	64,29	+ 9,48
1976 1. Vj. [3]	258,50	144,16	51,34	46,64	19,75	26,89	+ 8,60	72,61	64,85	+ 7,76
2. Vj. [3]	276,00	154,29	54,19	60,11	23,13	36,98	+ 0,10	76,67	69,36	+ 7,31
3. Vj. [3]	285,50	154,65	53,95	58,50	20,69	37,81	+14,10	78,44	74,14	+ 4,30
4. Vj. [3]	307,90	171,58	67,94	67,29	27,11	40,18	− 9,10	84,06	73,87	+10,19
1977 1. Vj. [3]	277,50	152,99	53,53	51,96	21,43	30,53	+12,40	78,22	71,60	+ 6,62
2. Vj. [3]	290,30	164,65	57,21	63,33	24,64	38,69	− 2,30	81,86	74,45	+ 7,41
3. Vj. [3]	303,70	167,75	58,09	63,25	24,00	39,25	+13,60	80,73	79,72	+ 1,01
4. Vj. [3]	327,20	183,16	71,31	71,67	29,82	41,85	−12,50	88,37	74,81	+13,56
1978 1. Vj. [3]	293,60	163,72	57,43	54,45	23,45	31,00	+ 9,10	81,77	72,87	+ 8,90
2. Vj. [3]	312,30	175,95	58,75	70,20	26,74	43,46	− 1,80	86,27	77,07	+ 9,20

[1] Waren- und Dienstleistungsverkehr.
[2] Ausfuhr abzüglich Einfuhr.

Tabelle 21*

Verwendung des Sozialprodukts

DM

Brutto-sozial-produkt	Privater Verbrauch	Staats-verbrauch	Anlageinvestitionen insgesamt	Anlageinvestitionen Ausrüstungen	Anlageinvestitionen Bauten	Vorrats-veränderung	Ausfuhr [1]	Einfuhr [1]	Außenbeitrag [2]	Zeitraum
				in Preisen von 1970						
133,60	71,06	22,89	26,98	9,41	17,57	+ 6,30	29,70	23,33	+ 6,37	1968 1. Vj.
144,40	78,57	23,46	36,48	11,65	24,83	+ 0,80	29,89	24,80	+ 5,09	2. Vj.
157,70	78,65	24,28	37,17	11,63	25,54	+12,90	32,03	27,33	+ 4,70	3. Vj.
158,70	89,11	27,74	41,17	14,56	26,61	− 8,50	36,82	27,64	+ 9,18	4. Vj.
144,10	76,93	24,24	29,53	12,04	17,49	+ 8,80	31,92	27,32	+ 4,60	1969 1. Vj.
156,50	84,45	24,98	40,55	14,24	26,31	+ 0,40	35,95	29,83	+ 6,12	2. Vj.
169,90	85,22	25,42	42,49	14,55	27,94	+11,30	36,09	30,62	+ 5,47	3. Vj.
170,80	95,81	28,73	44,16	17,29	26,87	− 4,30	38,45	32,05	+ 6,40	4. Vj.
153,10	82,54	24,70	31,55	14,68	16,87	+11,20	34,79	31,68	+ 3,11	1970 1. Vj.
168,60	90,24	26,31	45,53	17,25	28,28	+ 2,80	38,22	34,50	+ 3,72	2. Vj.
177,80	91,33	26,74	46,82	16,87	29,95	+10,60	37,87	35,56	+ 2,31	3. Vj.
179,50	103,44	30,36	49,79	19,63	30,16	− 9,20	41,81	36,70	+ 5,11	4. Vj.
163,60	88,11	27,16	37,61	16,76	20,85	+ 6,60	39,42	35,30	+ 4,12	1971 1. Vj.
172,60	95,90	28,18	48,48	18,92	29,56	− 2,80	40,00	37,16	+ 2,84	2. Vj.
182,80	95,93	28,30	47,73	16,94	30,79	+ 9,00	40,63	38,79	+ 1,84	3. Vj.
182,70	106,86	31,31	51,05	19,82	31,23	− 8,90	41,91	39,53	+ 2,38	4. Vj.
169,00	93,42	28,75	40,18	16,56	23,62	+ 4,40	39,69	37,44	+ 2,25	1972 1. Vj.
178,40	98,72	29,57	49,60	18,26	31,34	− 1,00	42,25	40,74	+ 1,51	2. Vj.
187,90	100,05	29,37	48,47	16,97	31,50	+ 8,80	42,02	40,81	+ 1,21	3. Vj.
192,00	110,05	32,58	53,05	19,96	33,09	− 9,80	48,30	42,18	+ 6,12	4. Vj.
179,90	97,55	30,25	42,32	17,09	25,23	+ 4,90	45,38	40,50	+ 4,88	1973 1. Vj.
187,50	103,05	30,65	50,20	18,46	31,74	− 2,20	47,64	41,84	+ 5,80	2. Vj.
196,70	101,50	31,02	48,20	16,82	31,38	+10,40	47,38	41,80	+ 5,58	3. Vj.
198,90	110,38	34,93	50,95	19,93	31,02	− 7,00	51,59	41,95	+ 9,64	4. Vj.
183,40	96,89	30,98	38,56	14,73	23,83	+ 4,10	52,29	39,42	+12,87	1974 1. Vj.
189,30	102,82	32,12	44,41	16,28	28,13	− 0,30	53,61	43,36	+10,25	2. Vj.
197,50	102,74	32,80	43,39	15,69	27,70	+11,70	53,66	46,79	+ 6,87	3. Vj.
195,50	111,34	36,41	46,25	18,20	28,05	−11,10	55,17	42,57	+12,60	4. Vj.
176,40	98,54	32,10	34,75	13,91	20,84	+ 4,30	47,90	41,19	+ 6,71	1975 1. Vj.
183,50	106,16	33,85	41,69	16,14	25,55	− 2,90	50,16	45,46	+ 4,70	2. Vj.
192,30	105,53	34,57	41,83	15,42	26,41	+ 6,60	49,32	45,55	+ 3,77	3. Vj.
198,50	115,70	37,73	47,10	19,66	27,44	−10,60	54,48	45,91	+ 8,57	4. Vj.
186,10	103,58	34,25	35,47	15,25	20,22	+ 6,00	53,00	46,20	+ 6,80	1976 1. Vj. [3]
195,20	109,53	34,55	44,92	17,58	27,34	− 0,20	55,23	48,83	+ 6,40	2. Vj. [3]
203,00	108,61	34,75	43,46	15,82	27,64	+11,50	55,92	51,24	+ 4,68	3. Vj. [3]
208,90	119,96	38,19	49,80	20,70	29,10	− 7,80	60,32	51,57	+ 8,75	4. Vj. [3]
193,10	105,92	34,24	38,22	16,10	22,12	+ 8,30	55,79	49,37	+ 6,42	1977 1. Vj. [3]
199,00	112,46	34,67	45,84	18,36	27,48	− 1,60	57,86	50,23	+ 7,63	2. Vj. [3]
207,80	113,40	35,65	45,46	17,94	27,52	+11,00	56,89	54,60	+ 2,29	3. Vj. [3]
213,90	123,72	38,54	51,25	22,31	28,94	−10,20	62,68	52,09	+10,59	4. Vj. [3]
196,30	110,00	35,46	38,49	17,26	21,23	+ 5,90	57,75	51,30	+ 6,45	1978 1. Vj. [3]
206,80	117,05	35,47	48,96	19,61	29,35	− 1,20	60,75	54,23	+ 6,52	2. Vj. [3]

[3]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 22*

Investitionen

Mrd DM

Zeitraum	Insgesamt	Ausrüstungen			Bauten				Vorratsveränderung
		zusammen	Unternehmen[1]	Staat	zusammen	Unternehmen[1] zusammen	darunter Wohnbauten[2]	Staat	
	in jeweiligen Preisen								
1960	82,48	27,14	26,23	0,91	46,44	37,63	21,62	8,81	+ 8,90
1961	89,86	31,32	30,29	1,03	52,14	41,73	23,93	10,41	+ 6,40
1962	98,28	34,98	33,76	1,22	57,90	44,84	26,12	13,06	+ 5,40
1963	100,01	35,64	34,24	1,40	62,07	46,36	27,44	15,71	+ 2,30
1964	117,70	39,21	37,74	1,47	72,49	53,08	31,92	19,41	+ 6,00
1965	130,10	43,35	41,70	1,65	76,55	57,34	34,51	19,21	+10,20
1966	128,87	43,98	42,35	1,63	80,19	60,62	36,90	19,57	+ 4,70
1967	113,08	41,07	39,50	1,57	73,11	55,81	36,25	17,30	− 1,10
1968	131,02	43,45	41,94	1,51	76,67	57,43	37,33	19,24	+10,90
1969	154,99	54,60	52,88	1,72	84,99	62,84	38,68	22,15	+15,40
1970	189,09	68,43	66,24	2,19	105,26	76,79	44,86	28,47	+15,40
1971	203,40	76,37	73,70	2,67	123,23	92,55	55,05	30,68	+ 3,80
1972	216,94	76,75	73,86	2,89	137,59	106,68	66,89	30,91	+ 2,60
1973	232,64	79,76	76,49	3,27	145,68	113,80	72,61	31,88	+ 7,20
1974	221,89	76,47	72,74	3,73	139,92	103,10	64,47	36,82	+ 5,50
1975	211,24	82,32	78,63	3,69	132,22	95,59	59,19	36,63	− 3,30
1976[3]	246,24	90,68	87,23	3,45	141,86	105,24	65,37	36,62	+13,70
1977[3]	261,41	99,89	96,06	3,83	150,32	114,24	70,90	36,08	+11,20
1969 1. Hj.	69,42	24,37	23,67	0,70	36,55	27,27	16,68	9,28	+ 8,50
2. Hj.	85,57	30,23	29,21	1,02	48,44	35,57	22,00	12,87	+ 6,90
1970 1. Hj.	89,24	31,50	30,61	0,89	44,24	32,61	18,66	11,63	+13,50
2. Hj.	99,85	36,93	35,63	1,30	61,02	44,18	26,20	16,84	+ 1,90
1971 1. Hj.	95,81	37,48	36,36	1,12	54,43	40,79	23,53	13,64	+ 3,90
2. Hj.	107,59	38,89	37,34	1,55	68,80	51,76	31,52	17,04	− 0,10
1972 1. Hj.	103,66	37,09	35,85	1,24	62,57	48,62	29,92	13,95	+ 4,00
2. Hj.	113,28	39,66	38,01	1,65	75,02	58,06	36,97	16,96	− 1,40
1973 1. Hj.	111,28	38,84	37,50	1,34	68,74	54,31	34,49	14,43	+ 3,70
2. Hj.	121,36	40,92	38,99	1,93	76,94	59,49	38,12	17,45	+ 3,50
1974 1. Hj.	108,26	35,85	34,45	1,40	66,81	49,98	30,87	16,83	+ 5,60
2. Hj.	113,63	40,62	38,29	2,33	73,11	53,12	33,60	19,99	− 0,10
1975 1. Hj.	100,65	37,61	36,15	1,46	60,94	44,15	27,00	16,79	+ 2,10
2. Hj.	110,59	44,71	42,48	2,23	71,28	51,44	32,19	19,84	− 5,40
1976 1. Hj.[3]	115,45	42,88	41,48	1,40	63,87	47,52	28,75	16,35	+ 8,70
2. Hj.[3]	130,79	47,80	45,75	2,05	77,99	57,72	36,62	20,27	+ 5,00
1977 1. Hj.[3]	125,39	46,07	44,63	1,44	69,22	53,10	31,90	16,12	+10,10
2. Hj.[3]	136,02	53,82	51,43	2,39	81,10	61,14	39,00	19,96	+ 1,10
1978 1. Hj.[3]	131,95	50,19	...	...	74,46	...	...	...	+ 7,30

[1]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.
[2]) Nur neue Bauten.

noch Tabelle 22*

Investitionen

Mrd DM

Insgesamt	Ausrüstungen			Bauten				Vorratsveränderung	Zeitraum
	zusammen	Unternehmen [1])	Staat	zusammen	Unternehmen [1]) zusammen	Unternehmen [1]) darunter Wohnbauten [2])	Staat		
				in Preisen von 1970					
118,74	34,06	32,98	1,08	75,18	62,14	37,61	13,04	+ 9,50	1960
124,30	38,14	36,91	1,23	78,86	64,38	38,65	14,48	+ 7,30	1961
127,84	41,18	39,73	1,45	81,16	64,31	39,09	16,85	+ 5,50	1962
126,25	41,37	39,73	1,64	82,48	63,12	38,79	19,36	+ 2,40	1963
144,20	44,66	42,95	1,71	93,14	69,44	43,17	23,70	+ 6,40	1964
154,97	48,10	46,21	1,89	96,37	72,56	44,84	23,81	+10,50	1965
150,84	47,54	45,71	1,83	98,70	74,64	46,50	24,06	+ 4,60	1966
134,71	44,03	42,27	1,76	92,28	70,34	46,39	21,94	− 1,60	1967
153,30	47,25	45,62	1,63	94,55	70,98	46,14	23,57	+11,50	1968
172,93	58,12	56,32	1,80	98,61	72,96	44,98	25,65	+16,20	1969
189,09	68,43	66,24	2,19	105,26	76,79	44,86	28,47	+15,40	1970
188,77	72,44	69,90	2,54	112,43	84,28	49,69	28,15	+ 3,90	1971
193,70	71,75	69,06	2,69	119,55	92,06	56,68	27,49	+ 2,40	1972
197,77	72,30	69,36	2,94	119,37	92,28	57,41	27,09	+ 6,10	1973
177,01	64,90	61,74	3,16	107,71	78,61	47,75	29,10	+ 4,40	1974
162,77	65,13	62,19	2,94	100,24	71,79	42,78	28,45	− 2,60	1975
183,15	69,35	66,69	2,66	104,30	76,56	45,77	27,74	+ 9,50	1976 [3])
188,27	74,71	71,82	2,89	106,06	79,64	47,35	26,42	+ 7,50	1977 [3])
79,28	26,28	25,54	0,74	43,80	32,73	20,04	11,07	+ 9,20	1969 1. Hj.
93,65	31,84	30,78	1,06	54,81	40,23	24,94	14,58	+ 7,00	2. Hj.
91,08	31,93	31,03	0,90	45,15	33,30	19,08	11,85	+14,00	1970 1. Hj.
98,01	36,50	35,21	1,29	60,11	43,49	25,78	16,62	+ 1,40	2. Hj.
89,89	35,68	34,61	1,07	50,41	37,76	21,64	12,65	+ 3,80	1971 1. Hj.
98,88	36,76	35,29	1,47	62,02	46,52	28,05	15,50	+ 0,10	2. Hj.
93,18	34,82	33,66	1,16	54,96	42,47	25,69	12,49	+ 3,40	1972 1. Hj.
100,52	36,93	35,40	1,53	64,59	49,59	30,99	15,00	− 1,00	2. Hj.
95,22	35,55	34,33	1,22	56,97	44,61	27,64	12,36	+ 2,70	1973 1. Hj.
102,55	36,75	35,03	1,72	62,40	47,67	29,77	14,73	+ 3,40	2. Hj.
86,77	31,01	29,79	1,22	51,96	38,51	23,20	13,45	+ 3,80	1974 1. Hj.
90,24	33,89	31,95	1,94	55,75	40,10	24,55	15,65	+ 0,60	2. Hj.
77,84	30,05	28,88	1,17	46,39	33,31	19,63	13,08	+ 1,40	1975 1. Hj.
84,93	35,08	33,31	1,77	53,85	38,48	23,15	15,37	− 4,00	2. Hj.
86,19	32,83	31,74	1,09	47,56	35,06	20,41	12,50	+ 5,80	1976 1. Hj. [3])
96,96	36,52	34,95	1,57	56,74	41,50	25,36	15,24	+ 3,70	2. Hj. [3])
90,76	34,46	33,37	1,09	49,60	37,64	21,69	11,96	+ 6,70	1977 1. Hj. [3])
97,51	40,25	38,45	1,80	56,46	42,00	25,66	14,46	+ 0,80	2. Hj. [3])
92,15	36,87	...	...	50,58	...	...	...	+ 4,70	1978 1. Hj. [3])

[3]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 23*

Einkommen und Ersparnis

Mrd

Zeitraum	Erwerbs- und Vermögenseinkommen insgesamt [2])	Einkommen aus unselbständiger Arbeit	Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen [2])	Anteil der privaten Haushalte am Volkseinkommen [2]) [3])	Empfangene [4]) laufende Übertragungen	Geleistete [5]) laufende Übertragungen	Verfügbares Einkommen insgesamt [2])
1960	224,00	144,90	79,10	223,13	42,89	58,73	207,29
1961	246,21	163,44	82,77	245,18	46,95	68,04	224,09
1962	267,40	180,84	96,55	266,28	51,61	76,44	241,45
1963	282,28	193,98	88,30	281,10	55,08	83,12	253,06
1964	311,04	212,08	98,96	309,76	60,73	90,58	279,91
1965	342,10	235,15	106,95	340,67	85,05	99,00	309,72
1966	363,75	253,20	110,55	362,04	74,51	110,26	326,29
1967	366,65	253,07	113,58	364,85	81,81	111,95	334,71
1968	400,94	271,91	129,03	398,89	86,43	123,03	362,29
1969	442,14	305,92	136,22	439,25	93,77	141,67	391,62
1970	520,22	361,32	158,90	516,55	103,05	171,87	447,73
1971	581,30	408,30	173,00	577,03	115,54	200,93	491,64
1972	627,18	448,79	178,39	622,40	131,31	225,11	528,60
1973	698,95	509,47	189,48	692,22	146,52	270,52	568,22
1974	754,96	560,60	194,36	747,32	166,66	301,82	612,16
1975	788,26	583,51	204,75	781,00	201,80	312,64	670,16
1976 [8])	858,25	626,26	231,99	850,82	217,48	351,83	716,47
1977 [8])	...	670,92	...	...	233,39	383,06	...
1970 1. Hj.	227,98	170,07	57,91	226,25	51,23	78,74	198,74
2. Hj.	270,44	191,25	79,19	268,50	51,82	93,13	227,19
1971 1. Hj.	260,65	195,16	65,49	258,61	56,79	95,14	220,21
2. Hj.	300,49	213,14	87,35	298,26	58,75	105,79	251,22
1972 1. Hj.	289,49	214,06	75,43	287,24	63,74	103,68	247,30
2. Hj.	333,46	234,73	98,73	330,93	67,57	121,43	277,07
1973 1. Hj.	329,98	242,48	87,50	326,91	70,89	126,28	271,52
2. Hj.	372,66	266,99	105,67	369,00	75,63	144,24	300,39
1974 1. Hj.	355,73	268,25	87,48	351,96	81,13	141,42	291,67
2. Hj.	407,52	292,35	115,17	403,65	85,53	160,40	328,78
1975 1. Hj.	377,32	281,25	96,07	373,67	98,21	145,76	326,12
2. Hj.	422,02	302,26	119,76	418,40	103,59	166,88	355,12
1976 1. Hj. [8])	405,27	299,31	105,96	401,58	106,58	164,58	343,58
2. Hj. [8])	458,05	326,95	131,10	454,31	110,90	187,25	377,96
1977 1. Hj. [8])	434,95	322,74	112,21	431,19	113,88	181,63	363,44
2. Hj. [8])	486,40	348,18	138,22	482,42	119,51	201,43	400,50
1978 1. Hj. [8])	459,03	341,34	117,69	454,79	123,51	191,91	386,39

[1]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.
[2]) Für Halbjahre: Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
[3]) Erwerbs- und Vermögenseinkommen nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden.
[4]) Sozialbeiträge, soziale Leistungen, Schadenversicherungsleistungen, sonstige laufende Übertragungen.

Tabelle 23*

der privaten Haushalte [1])

DM

Privater Verbrauch	Ersparnis insgesamt	Nichtentnommene Gewinne [6])	Ersparnis ohne nichtentnommene Gewinne [6])	Sparquote [7]) (vH)	Empfangene	Geleistete	Finanzierungssaldo	Zeitraum
					Vermögensübertragungen			
171,84	35,45	19,42	16,03	*8,5*	3,01	3,02	16,02	1960
188,33	35,76	17,28	18,48	*8,9*	4,12	3,72	18,88	1961
204,79	36,66	17,49	19,17	*8,6*	4,52	4,51	19,18	1962
216,79	36,27	12,68	23,59	*9,8*	4,12	4,90	22,81	1963
233,50	46,41	16,80	29,61	*11,3*	4,57	5,86	28,32	1964
257,62	52,10	16,35	35,75	*12,2*	5,22	6,61	34,36	1965
275,06	51,23	14,99	36,24	*11,6*	5,25	7,41	34,08	1966
282,63	52,08	16,08	36,00	*11,3*	5,36	8,95	32,41	1967
300,76	61,53	18,66	42,87	*12,5*	5,74	10,24	38,37	1968
330,83	60,79	9,68	51,11	*13,4*	5,85	11,03	45,93	1969
367,55	80,18	21,80	58,38	*13,7*	8,24	12,71	53,91	1970
407,83	83,81	20,16	63,65	*13,5*	11,10	15,07	59,68	1971
447,75	80,85	4,23	76,62	*14,6*	12,57	19,09	70,10	1972
491,68	76,54	− 3,69	80,23	*14,0*	12,66	20,26	72,63	1973
527,55	84,61	− 8,29	92,90	*15,0*	15,96	23,73	85,13	1974
576,54	93,62	−11,08	104,70	*15,4*	17,49	25,43	96,76	1975
624,68	91,79	− 5,07	96,86	*13,4*	18,41	29,03	86,24	1976 [8])
668,55	...	...	95,39	*12,5*	20,63	30,73	85,29	1977 [8])
171,20	.	.	27,54	*13,9*	3,47	5,92	25,09	1970 1. Hj.
196,35	.	.	30,84	*13,6*	4,77	6,79	28,82	2. Hj.
191,66	.	.	28,60	*13,0*	4,76	7,08	26,28	1971 1. Hj.
216,17	.	.	35,05	*14,0*	6,34	7,99	33,40	2. Hj.
210,70	.	.	36,60	*14,8*	5,84	8,50	33,94	1972 1. Hj.
237,05	.	.	40,02	*14,4*	6,73	10,59	36,16	2. Hj.
234,97	.	.	36,55	*13,5*	5,90	9,40	33,05	1973 1. Hj.
256,71	.	.	43,68	*14,5*	6,76	10,86	39,58	2. Hj.
250,30	.	.	41,37	*14,2*	7,34	11,18	37,53	1974 1. Hj.
277,25	.	.	51,53	*15,7*	8,62	12,55	47,60	2. Hj.
272,91	.	.	53,21	*16,3*	8,06	11,80	49,47	1975 1. Hj.
303,63	.	.	51,49	*14,5*	9,43	13,63	47,29	2. Hj.
298,45	.	.	45,13	*13,1*	8,48	13,84	39,77	1976 1. Hj. [8])
326,23	.	.	51,73	*13,7*	9,93	15,19	46,47	2. Hj. [8])
317,64	.	.	45,80	*12,6*	9,83	14,54	41,09	1977 1. Hj. [8])
350,91	.	.	49,59	*12,4*	10,80	16,19	44,20	2. Hj. [8])
339,67	.	.	46,72	*12,1*	9,43	16,05	40,10	1978 1. Hj. [8])

[5]) Direkte Steuern, Sozialbeiträge, soziale Leistungen, Nettoprämien für Schadenversicherungen, sonstige laufende Übertragungen.
[6]) Nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
[7]) Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (jeweils ohne nichtentnommene Gewinne).
[8]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 24*

Käufe der privaten Haushalte im Inland [1])

Mrd DM

Jahr	Insgesamt	Nahrungs- und Genußmittel [2])	Kleidung, Schuhe	Wohnungsmieten u. ä. [3])	Elektrizität, Gas, Brennstoffe	Übrige Haushaltsführung	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	Körper- und Gesundheitspflege	Bildung und Unterhaltung	Persönliche Ausstattung u. ä. [4])
					in jeweiligen Preisen					
1960	170,57	63,29	19,68	16,90	5,20	22,05	15,60	8,38	12,24	7,23
1961	186,22	67,90	21,05	19,08	5,62	24,04	18,11	9,00	13,36	8,06
1962	201,87	72,57	22,49	20,22	6,97	26,05	20,76	9,91	14,22	8,68
1963	214,06	75,62	23,41	22,33	8,55	26,86	22,80	10,16	14,90	9,43
1964	230,69	80,69	25,13	24,61	7,99	29,28	25,47	11,00	16,15	10,37
1965	253,88	87,27	28,12	27,09	8,36	31,94	29,28	12,20	18,00	11,62
1966	271,14	91,79	29,66	30,57	8,88	33,71	31,78	13,03	19,05	12,67
1967	279,07	93,86	29,95	33,87	9,32	33,78	31,70	13,27	19,94	13,38
1968	296,95	96,47	31,08	37,77	10,81	35,32	35,75	14,11	21,31	14,33
1969	325,87	102,55	34,13	41,62	11,87	39,26	42,04	15,17	23,39	15,84
1970	360,53	110,26	38,32	44,97	13,19	44,21	49,19	16,48	26,45	17,46
1971	399,12	119,07	42,40	49,40	13,92	50,42	55,68	18,63	29,22	20,38
1972	437,74	128,50	46,98	54,50	15,55	56,10	60,39	20,41	32,29	23,02
1973	478,62	139,26	49,83	60,31	19,41	60,57	64,64	22,77	35,98	25,85
1974	513,70	146,98	53,14	65,84	22,25	64,15	67,61	25,49	39,65	28,59
1975	561,08	157,82	57,56	72,09	25,08	66,91	79,34	27,92	42,88	31,48
1976 [5])	608,56	170,09	60,22	77,47	28,64	71,02	91,11	29,81	45,46	34,74
1977 [5])	649,36	178,73	63,89	81,66	29,11	77,10	100,59	31,78	48,33	38,17
					in Preisen von 1970					
1960	223,53	76,68	23,87	31,16	6,89	27,19	19,07	12,42	17,02	9,23
1961	236,06	80,87	24,98	32,31	7,26	28,44	21,71	12,97	17,53	9,99
1962	248,23	84,09	25,92	33,48	8,82	29,33	24,60	13,66	17,74	10,59
1963	256,12	85,78	26,37	34,69	10,49	29,60	26,27	13,61	18,13	11,18
1964	269,32	89,66	27,92	36,03	9,53	31,90	28,87	14,33	19,05	12,03
1965	287,38	94,02	30,53	37,45	9,76	34,09	32,88	15,11	20,57	12,97
1966	295,90	95,86	31,45	38,95	10,26	35,23	34,30	15,03	21,11	13,71
1967	299,57	97,64	31,30	40,42	10,54	35,33	33,38	14,97	21,69	14,30
1968	313,53	101,01	32,58	41,99	11,40	36,87	36,92	15,22	22,74	14,80
1969	337,62	105,23	35,45	43,49	12,44	40,73	43,57	15,96	24,71	16,04
1970	360,53	110,26	38,32	44,97	13,19	44,21	49,19	16,48	26,45	17,46
1971	378,62	114,90	40,06	46,58	13,28	48,11	51,67	17,44	27,88	18,70
1972	393,59	117,36	41,90	48,52	14,27	51,59	52,33	17,95	29,68	19,99
1973	400,95	118,08	41,14	50,74	15,23	53,33	51,90	18,67	31,26	20,60
1974	403,81	119,71	41,15	52,89	15,48	53,18	49,26	19,53	32,06	20,55
1975	416,19	121,87	42,52	54,61	15,82	52,57	55,11	19,84	32,64	21,21
1976 [5])	431,56	125,54	42,91	56,03	16,93	53,88	60,41	20,12	33,52	22,22
1977 [5])	443,66	125,08	43,43	57,23	17,02	56,54	65,52	20,53	34,89	23,42

[1]) Hauptgruppen des Systematischen Güterverzeichnisses (1963) für den Privaten Verbrauch.
[2]) Einschließlich Verzehr in Gaststätten.
[3]) Einschließlich Mietwert der Eigentümerwohnungen.
[4]) Einschließlich Dienstleistungen der Kreditinstitute, der Versicherungsunternehmen, des Beherbergungsgewerbes u. ä.
[5]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 25*

Wirtschaftliche Beziehungen des Staates zu anderen Sektoren der Volkswirtschaft [1]) und zur übrigen Welt

Staat insgesamt (einschließlich Sozialversicherung)

Mrd DM

Jahr	Einnahmen insgesamt [1])	Verkäufe von Verwaltungsleistungen [2])	Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Empfangene		Veränderung der Verbindlichkeiten [4])
				laufende Übertragungen [3])	Vermögensübertragungen	
1960	113,97	4,72	4,20	101,15	1,39	+ 2,51
1961	128,44	5,14	4,64	114,49	1,09	+ 3,08
1962	140,93	5,74	4,76	125,96	1,31	+ 3,16
1963	152,72	6,23	5,19	134,23	1,23	+ 5,84
1964	165,92	6,97	5,47	145,99	1,60	+ 5,89
1965	179,82	7,73	5,75	156,53	1,70	+ 8,11
1966	192,75	8,65	6,34	168,84	1,64	+ 7,28
1967	205,15	9,36	6,69	172,88	1,74	+14,48
1968	218,72	10,14	7,36	186,68	1,85	+12,69
1969	243,37	11,08	7,84	220,61	2,00	+ 1,84
1970	277,66	12,32	8,63	245,63	2,47	+ 8,61
1971	319,76	14,79	9,15	279,75	2,72	+13,35
1972	356,38	17,39	8,56	311,45	4,04	+14,94
1973	419,76	20,68	10,67	368,09	4,31	+16,01
1974	462,39	23,68	10,62	399,21	4,96	+23,92
1975	519,81	27,12	9,60	412,60	6,03	+64,46
1976 [9])	560,06	31,08	9,95	464,74	7,77	+46,52
1977 [9])	595,98	33,26	9,19	511,72	6,46	+35,35

Jahr	Ausgaben insgesamt [1])	Käufe für		Entgelte für die beim Staat Beschäftigten	Zinsen auf öffentliche Schulden	Geleistete		Veränderung der Forderungen [8])
		laufende Produktionszwecke [5])	Investitionszwecke [6])			laufende Übertragungen [7])	Vermögensübertragungen	
1960	113,97	23,45	9,86	20,76	2,19	41,04	4,68	+11,99
1961	128,44	26,08	11,56	23,78	2,21	45,14	7,05	+12,62
1962	140,93	31,34	14,44	25,97	2,41	49,35	8,99	+ 8,43
1963	152,72	35,41	17,24	28,81	2,66	52,70	6,35	+ 9,55
1964	165,92	36,10	21,08	31,43	2,91	58,02	7,36	+ 9,02
1965	179,82	39,90	21,11	35,79	3,24	66,39	7,86	+ 5,53
1966	192,75	42,29	21,51	39,95	4,13	71,03	7,38	+ 6,46
1967	205,15	45,05	19,19	42,37	5,20	77,91	7,88	+ 7,55
1968	218,72	45,77	21,12	45,19	5,40	85,08	7,98	+ 8,18
1969	243,37	50,96	24,33	51,20	5,86	91,78	10,64	+ 8,60
1970	277,66	56,66	31,24	60,14	6,60	99,79	12,43	+10,80
1971	319,76	67,95	34,00	71,89	7,43	110,90	15,39	+12,20
1972	356,38	75,80	34,51	80,76	8,48	128,49	17,42	+10,92
1973	419,76	87,89	35,97	94,03	10,22	145,75	18,96	+26,94
1974	462,39	102,83	41,13	109,16	12,20	164,44	22,27	+10,36
1975	519,81	118,24	40,82	118,53	14,23	200,07	22,84	+ 5,08
1976 [9])	560,06	126,58	40,59	125,36	17,58	215,43	28,57	+ 5,95
1977 [9])	595,98	132,54	40,49	133,81	20,74	233,97	29,67	+ 4,76

Fußnoten siehe Seite 258 und 259.

noch Tabelle 25*

Wirtschaftliche Beziehungen des Staates zu anderen Sektoren der Volkswirtschaft [1]) und zur übrigen Welt

Gebietskörperschaften

Mrd DM

Jahr	Einnahmen insgesamt [1])	Verkäufe von Verwaltungsleistungen [2])	Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Empfangene laufende Übertragungen [3])	Empfangene Vermögensübertragungen	Veränderung der Verbindlichkeiten [4])
1960	85,14	4,71	2,89	73,18	1,39	+ 2,97
1961	98,55	5,13	3,16	83,82	1,09	+ 5,35
1962	105,91	5,72	3,23	91,97	1,31	+ 3,68
1963	115,01	6,21	3,29	97,71	1,23	+ 6,57
1964	125,87	6,95	3,40	106,87	1,60	+ 7,05
1965	135,97	7,71	3,48	113,36	1,70	+ 9,72
1966	143,78	8,64	3,65	120,97	1,64	+ 8,88
1967	154,88	9,36	3,80	123,89	1,74	+16,09
1968	161,24	10,14	4,51	132,50	1,85	+12,24
1969	177,51	11,03	5,10	157,92	2,00	+ 1,46
1970	200,75	12,27	5,46	171,29	2,47	+ 9,26
1971	233,27	14,76	5,60	194,73	2,72	+15,46
1972	255,86	17,34	4,60	213,82	3,08	+17,02
1973	301,58	20,61	4,90	252,30	3,30	+20,47
1974	329,44	23,66	5,25	271,21	3,78	+25,54
1975	375,06	27,10	4,46	272,62	4,09	+66,79
1976 [9])	389,29	31,06	5,12	306,31	5,21	+41,59
1977 [9])	420,19	33,25	5,35	341,66	4,87	+35,06

Jahr	Ausgaben insgesamt [1])	Käufe für laufende Produktionszwecke [5])	Käufe für Investitionszwecke [6])	Entgelte für die beim Staat Beschäftigten	Zinsen auf öffentliche Schulden	Geleistete laufende Übertragungen [7])	Geleistete Vermögensübertragungen	Veränderung der Forderungen [8])
1960	79,14	16,22	9,67	19,50	2,19	17,39	4,67	+ 9,50
1961	89,84	18,03	11,45	22,38	2,21	18,98	7,01	+ 9,78
1962	98,68	22,31	14,26	24,46	2,41	20,63	8,95	+ 5,66
1963	107,27	25,48	17,06	27,17	2,66	21,59	6,33	+ 6,98
1964	117,28	25,19	20,92	29,66	2,91	24,95	7,32	+ 6,33
1965	126,84	27,21	20,95	33,83	3,24	30,50	7,81	+ 3,30
1966	133,69	27,26	21,30	37,80	4,13	31,30	7,32	+ 4,58
1967	143,84	28,80	18,95	40,11	5,20	32,89	7,81	+10,08
1968	150,03	27,80	20,94	42,83	5,40	37,04	7,92	+ 8,10
1969	165,96	30,84	24,14	48,57	5,86	39,31	10,59	+ 6,65
1970	188,96	33,59	31,07	57,04	6,60	44,03	12,39	+ 4,24
1971	220,55	39,48	33,75	68,29	7,43	49,41	15,34	+ 6,85
1972	240,21	42,30	34,23	76,65	8,48	57,91	17,35	+ 3,29
1973	283,73	47,72	35,58	89,14	10,22	65,30	18,83	+16,94
1974	309,18	53,91	40,49	103,28	12,20	70,18	22,07	+ 7,05
1975	347,71	60,77	40,17	112,02	14,23	88,17	22,62	+ 9,73
1976 [9])	360,98	64,31	40,04	118,59	17,58	92,99	27,88	− 0,41
1977 [9])	392,36	67,31	39,99	126,62	20,74	101,10	28,64	+ 7,96

[1]) Ohne Einnahmen von bzw. Ausgaben an andere Körperschaften des Staatssektors, jedoch einschließlich der Verkäufe bzw. Käufe von Gesundheitsleistungen an die bzw. von der Sozialversicherung sowie der vom Staat gezahlten indirekten Steuern.

[2]) Einschließlich Verkäufe von gebrauchten Anlagen und Land.

[3]) Steuern, Sozialbeiträge, Schadenversicherungsleistungen, Strafen, Verwaltungsgebühren der privaten Haushalte, Erstattungen von Sozialleistungen, Beiträge des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds u. ä.

[4]) Nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank; einschließlich statistischer Differenz. Ohne Kreditaufnahme von anderen Körperschaften des Staatssektors; Tilgungsausgaben sind abgezogen.

noch Tabelle 25*

Wirtschaftliche Beziehungen des Staates zu anderen Sektoren der Volkswirtschaft [1]) und zur übrigen Welt

Sozialversicherung

Mrd DM

Jahr	Einnahmen insgesamt [1])	Verkäufe von Verwaltungsleistungen [2])	Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Empfangene laufende Übertragungen [3])	Empfangene Vermögensübertragungen	Veränderung der Verbindlichkeiten [4])
1960	28,83	0,01	1,31	27,97	—	−0,46
1961	29,89	0,01	1,48	30,67	—	−2,27
1962	35,02	0,02	1,53	33,99	—	−0,52
1963	37,71	0,02	1,90	36,52	—	−0,73
1964	40,05	0,02	2,07	39,12	—	−1,16
1965	43,85	0,02	2,27	43,17	—	−1,61
1966	48,97	0,01	2,69	47,87	—	−1,60
1967	50,27	0,00	2,89	48,99	—	−1,61
1968	57,48	0,00	2,85	54,18	—	+0,45
1969	65,86	0,05	2,74	62,69	—	+0,38
1970	76,91	0,05	3,17	74,34	—	−0,65
1971	86,49	0,03	3,55	85,02	—	−2,11
1972	100,52	0,05	3,96	97,63	0,96	−2,08
1973	118,18	0,07	5,77	115,79	1,01	−4,46
1974	132,95	0,02	5,37	128,00	1,18	−1,62
1975	144,75	0,02	5,14	139,98	1,94	−2,33
1976 [9])	170,77	0,02	4,83	158,43	2,56	+4,93
1977 [9])	175,79	0,01	3,84	170,06	1,59	+0,29

Jahr	Ausgaben insgesamt [1])	Käufe für laufende Produktionszwecke [5])	Käufe für Investitionszwecke [6])	Entgelte für die beim Staat Beschäftigten	Zinsen auf öffentliche Schulden	Geleistete laufende Übertragungen [7])	Geleistete Vermögensübertragungen	Veränderung der Forderungen [8])
1960	34,83	7,23	0,19	1,26	—	23,65	0,01	+ 2,49
1961	38,60	8,05	0,11	1,40	—	26,16	0,04	+ 2,84
1962	42,25	9,03	0,18	1,51	—	28,72	0,04	+ 2,77
1963	45,45	9,93	0,18	1,64	—	31,11	0,02	+ 2,57
1964	48,64	10,91	0,16	1,77	—	33,07	0,04	+ 2,69
1965	52,98	12,69	0,16	1,96	—	35,89	0,05	+ 2,23
1966	59,06	15,03	0,21	2,15	—	39,73	0,06	+ 1,88
1967	61,31	16,25	0,24	2,26	—	45,02	0,07	− 2,53
1968	68,69	17,97	0,18	2,36	—	48,04	0,06	+ 0,08
1969	77,41	20,12	0,19	2,63	—	52,47	0,05	+ 1,95
1970	88,70	23,07	0,17	3,10	—	55,76	0,04	+ 6,56
1971	99,21	28,47	0,25	3,60	—	61,49	0,05	+ 5,35
1972	116,17	33,50	0,28	4,11	—	70,58	0,07	+ 7,63
1973	136,03	40,17	0,39	4,89	—	80,45	0,13	+10,00
1974	153,21	48,92	0,64	5,88	—	94,26	0,20	+ 3,31
1975	172,10	57,47	0,65	6,51	—	111,90	0,22	− 4,65
1976 [9])	199,08	62,27	0,55	6,77	—	122,44	0,69	+ 6,36
1977 [9])	203,62	65,23	0,50	7,19	—	132,87	1,03	− 3,20

[5]) Einschließlich Käufe für Investitionen in eigener Regie, Vorratsveränderung sowie der vom Staat gezahlten indirekten Steuern.
[6]) Einschließlich Käufe von gebrauchten Anlagen und Land; ohne selbsterstellte Anlagen.
[7]) Subventionen, soziale Leistungen, Nettoprämien für Schadenversicherungen, Zuschüsse an die Bundesbahn u. ä. zur Deckung außergewöhnlicher Pensionslasten, Beiträge an die Europäischen Gemeinschaften und andere internationale Organisationen, Zahlungen an die Stationierungsstreitkräfte, unentgeltliche Ausfuhren im Rahmen der Entwicklungshilfe, vertragliche Zahlungen an die DDR u. a. m.
[8]) Nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank.
[9]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 26*

Vermögensbildung und ihre Finanzierung

Mrd DM

Zeitraum	Inländische nichtfinanzielle Sektoren							Ausland [4])	Finanzielle Sektoren zusammen [1]) [5])	Sektoren insgesamt [1])
	private Haushalte	Unternehmen			Gebietskörperschaften [2])	Sozialversicherung [3])	zusammen [1])			
		einschließlich [1]) Wohnungswirtschaft	ohne Wohnungswirtschaft	Wohnungswirtschaft						
	I. Ersparnis und Vermögensübertragungen									
1960	15,97	26,93	19,49	7,44	15,00	3,11	61,01	− 4,05	1,89	58,85
1961	18,92	23,22	15,60	7,62	14,31	5,44	61,89	− 2,37	3,22	62,74
1962	19,17	26,76	19,98	6,78	14,72	3,41	64,06	1,29	1,70	67,05
1963	22,82	21,00	13,87	7,13	15,84	3,41	63,07	− 0,16	2,11	65,02
1964	28,25	26,08	17,11	8,97	18,34	3,94	76,61	− 0,13	2,26	78,74
1965	34,19	27,39	18,01	9,38	12,36	3,93	77,87	6,61	2,31	86,79
1966	33,72	26,94	15,54	11,40	14,58	3,62	78,86	− 0,49	2,73	81,10
1967	31,76	28,88	15,58	13,30	10,40	−0,74	70,30	−10,25	2,50	62,56
1968	37,95	34,77	20,71	14,06	14,03	−0,27	86,48	−11,67	2,83	77,64
1969	44,76	28,38	18,73	9,65	26,19	1,68	101,01	− 7,89	3,75	96,87
1970	53,91	34,91	24,14	10,77	22,53	7,28	118,63	− 3,19	5,30	120,74
1971	59,68	32,65	16,87	15,78	21,16	7,60	121,09	− 2,32	6,18	124,95
1972	70,10	31,03	16,10	14,93	15,73	9,87	126,73	− 2,98	6,86	130,61
1973	72,63	26,29	14,74	11,55	26,73	14,72	140,37	−11,50	8,03	136,90
1974	85,13	21,10	4,60	16,50	16,53	5,43	128,19	−25,30	11,74	114,63
1975	96,35	20,85	8,39	12,46	−22,48	−1,81	92,91	−10,22	11,52	94,21
1976 [6])	87,33	37,86	24,71	13,15	− 8,52	1,83	118,50	− 9,22	11,44	120,72
1977 [6])	86,49	33,13	24,69	8,44	6,05	−3,17	122,50	− 7,69	12,22	127,03
1978 1. Hj. [6])	41,37	21,86	21,71	0,15	3,77	−3,02	63,98	− 6,98	4,06	61,06
	II. Nettoinvestitionen (Sachvermögensbildung)									
1960	—	49,52	32,21	17,31	8,39	0,21	58,12	—	0,73	58,85
1961	—	51,58	32,60	18,98	10,04	0,16	61,78	—	0,96	62,74
1962	—	53,16	32,73	20,43	12,64	0,24	66,04	—	1,01	67,05
1963	—	48,43	27,38	21,05	15,29	0,25	63,97	—	1,05	65,02
1964	—	58,49	33,66	24,83	18,92	0,22	77,63	—	1,11	78,74
1965	—	66,56	39,89	26,67	18,68	0,24	85,48	—	1,31	86,79
1966	—	60,50	32,16	28,34	18,73	0,32	79,55	—	1,55	81,10
1967	—	44,43	17,10	27,33	16,28	0,32	61,03	—	1,52	62,56
1968	—	57,67	30,10	27,57	18,03	0,24	75,94	—	1,70	77,64
1969	—	73,61	45,84	27,77	20,86	0,26	94,73	—	2,13	96,87
1970	—	90,84	59,28	31,56	27,29	0,32	118,45	—	2,29	120,74
1971	—	92,55	52,95	39,60	29,51	0,30	122,36	—	2,59	124,95
1972	—	97,91	48,35	49,56	29,30	0,35	127,56	—	3,05	130,61
1973	—	102,94	49,92	53,02	29,85	0,66	133,45	—	3,45	136,90
1974	—	75,57	33,00	42,57	34,80	0,62	110,99	—	3,63	114,63
1975	—	55,46	19,58	35,88	34,57	0,61	90,64	—	3,57	94,21
1976 [6])	—	83,21	42,77	40,44	33,53	0,50	117,24	—	3,48	120,72
1977 [6])	—	90,40	46,60	43,80	32,91	0,53	123,83	—	3,20	127,03
1978 1. Hj. [6])	—	43,89	24,09	19,80	16,08	0,20	60,17	—	0,89	61,06
	III. Geldvermögensbildung									
1960	17,44	6,25	5,75	0,81	9,58	2,97	35,69	8,25	34,80	78,74
1961	20,25	9,33	9,36	0,27	9,52	5,09	42,20	3,55	41,71	87,46
1962	21,38	5,42	6,15	−0,42	5,66	3,12	35,23	5,02	33,02	73,27
1963	24,27	8,18	8,38	0,22	6,99	3,16	42,01	7,33	41,46	90,81
1964	29,57	10,04	10,07	0,45	6,33	3,72	48,63	8,05	42,85	99,54
1965	36,04	11,52	12,02	−0,04	3,30	3,72	53,09	10,32	47,88	111,29
1966	34,34	8,51	8,75	0,33	4,58	3,33	49,31	7,76	46,26	103,32
1967	33,49	18,42	18,65	0,28	10,08	−0,92	59,46	4,63	60,05	124,14
1968	41,24	18,16	17,82	0,62	8,10	−0,61	67,58	12,89	78,54	159,01
1969	49,79	19,38	20,06	−0,32	6,64	1,35	77,77	12,19	81,48	171,43

[1]) Bei der Summenbildung wurden intersektorale Ströme nicht mitaddiert.
[2]) Einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen.
[3]) Einschließlich Zusatzversorgungsanstalten öffentlicher Stellen.

noch Tabelle 26*

Vermögensbildung und ihre Finanzierung

Mrd DM

Zeitraum	Inländische nichtfinanzielle Sektoren: private Haushalte	Unternehmen: einschließlich Wohnungswirtschaft [1]	Unternehmen: ohne Wohnungswirtschaft	Unternehmen: Wohnungswirtschaft	Gebietskörperschaften [2]	Sozialversicherung [3]	zusammen [1]	Ausland [4]	Finanzielle Sektoren zusammen [1] [5]	Sektoren insgesamt [1]
					noch: III. Geldvermögensbildung					
1970	58,16	23,31	24,11	− 0,56	4,24	6,94	92,27	33,13	102,16	227,57
1971	66,74	29,39	29,63	0,11	6,85	7,38	108,33	20,64	113,14	242,10
1972	80,17	34,63	34,54	0,64	3,29	9,59	125,72	18,75	137,12	281,60
1973	77,72	23,81	23,58	0,75	16,94	13,93	128,48	26,11	131,35	285,94
1974	85,51	31,51	32,27	− 0,36	7,04	4,83	127,38	16,82	115,28	259,48
1975	103,81	29,73	30,07	− 0,14	12,37	0,09	138,81	28,02	166,59	333,42
1976 [6]	101,49	43,43	42,95	0,55	− 0,28	1,29	150,96	34,23	156,96	342,15
1977 [6]	101,20	42,71	41,63	1,00	7,47	− 3,67	149,92	29,99	166,94	346,86
1978 1. Hj. [6]	49,17	8,35	7,78	0,55	4,77	− 3,16	60,74	4,79	72,31	137,84
					IV. Kreditaufnahme und Aktienemission					
1960	1,47	28,83	18,47	10,68	2,97	0,07	32,79	12,30	33,64	78,74
1961	1,33	37,69	26,36	11,63	5,25	− 0,19	42,09	5,92	39,45	87,46
1962	2,21	31,82	18,90	13,23	3,58	− 0,05	37,21	3,73	32,33	73,27
1963	1,45	35,61	21,89	14,14	6,44	0,00	42,91	7,49	40,40	90,81
1964	1,32	42,45	26,63	16,31	6,91	0,00	49,66	8,18	41,70	99,54
1965	1,85	50,69	33,90	17,25	9,62	0,03	60,70	3,71	46,88	111,29
1966	0,62	42,06	25,36	17,27	8,73	0,03	49,99	8,25	45,08	103,32
1967	1,73	33,97	20,17	14,31	15,96	0,14	50,19	14,88	59,07	124,14
1968	3,29	41,06	27,22	14,13	12,10	− 0,10	57,04	24,56	77,41	159,01
1969	5,03	64,61	47,18	17,80	1,31	− 0,07	71,49	20,08	79,86	171,43
1970	4,25	79,24	59,25	20,23	9,00	− 0,02	92,09	36,32	99,15	227,57
1971	7,06	89,28	65,70	23,93	15,20	0,08	109,59	22,96	109,56	242,10
1972	10,07	101,50	66,79	35,27	16,86	0,07	126,55	21,73	133,31	281,60
1973	5,09	100,47	58,76	42,22	20,06	− 0,13	121,56	37,61	126,77	285,94
1974	0,38	85,99	60,67	25,71	25,31	0,02	110,19	42,12	107,17	259,48
1975	7,46	64,34	41,26	23,28	69,42	2,51	136,53	38,24	158,65	333,42
1976 [6]	14,16	88,78	61,01	27,84	41,77	− 0,04	149,70	43,45	149,00	342,15
1977 [6]	14,71	99,97	63,53	36,36	34,33	0,03	151,26	37,68	157,92	346,86
1978 1. Hj. [6]	7,80	30,37	10,15	20,20	17,08	0,06	56,93	11,77	69,14	137,84
					V. Finanzierungssaldo [7] (= I ./. II oder III ./. IV)					
1960	15,97	−22,59	−12,72	− 9,87	6,61	2,90	2,89	− 4,05	1,16	—
1961	18,92	−28,36	−17,00	−11,36	4,27	5,28	0,11	− 2,37	2,26	—
1962	19,17	−26,40	−12,75	−13,65	2,08	3,17	− 1,98	1,29	0,69	—
1963	22,82	−27,43	−13,51	−13,92	0,55	3,16	− 0,90	− 0,16	1,06	—
1964	28,25	−32,41	−16,55	−15,86	− 0,58	3,72	− 1,02	− 0,13	1,15	—
1965	34,19	−39,17	−21,88	−17,29	− 6,32	3,69	− 7,61	6,61	1,00	—
1966	33,72	−33,55	−16,61	−16,94	− 4,15	3,30	− 0,68	− 0,49	1,17	—
1967	31,76	−15,55	− 1,52	−14,03	− 5,88	− 1,06	9,27	−10,25	0,98	—
1968	37,95	−22,90	− 9,39	−13,51	− 4,00	− 0,51	10,54	−11,67	1,13	—
1969	44,76	−45,24	−27,12	−18,12	5,33	1,42	6,27	− 7,89	1,62	—
1970	53,91	−55,93	−35,14	−20,79	− 4,76	6,96	0,18	− 3,19	3,01	—
1971	59,68	−59,89	−36,07	−23,82	− 8,35	7,30	− 1,26	− 2,32	3,58	—
1972	70,10	−66,88	−32,25	−34,63	−13,57	9,52	− 0,83	− 2,98	3,81	—
1973	72,63	−76,65	−35,18	−41,47	− 3,12	14,06	6,92	−11,50	4,58	—
1974	85,13	−54,48	−28,41	−26,07	−18,27	4,81	17,19	−25,30	8,11	—
1975	96,35	−34,60	−11,18	−23,42	−57,05	− 2,42	2,28	−10,22	7,94	—
1976 [6]	87,33	−45,35	−18,06	−27,29	−42,05	1,33	1,26	− 9,22	7,96	—
1977 [6]	86,49	−57,27	−21,91	−35,36	−26,86	− 3,70	− 1,34	− 7,69	9,03	—
1978 1. Hj. [6]	41,37	−22,03	− 2,38	−19,65	−12,31	− 3,22	3,81	− 6,98	3,17	—

[4] Einschließlich DDR.
[5] Banken, Bausparkassen, Versicherungen (einschließlich Pensionskassen).
[6] Vorläufige Ergebnisse.
[7] Finanzierungsüberschuß bzw. -defizit (—) oder Nettoveränderungen der Forderungen bzw. Verpflichtungen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 27*

Einnahmen und Ausgaben der Gebietskörperschaften [1])

Mio DM

Zeitraum	Einnahmen insgesamt [2])	Einnahmen darunter Steuern [3])	Einnahmen darunter Zuweisungen [4])	Ausgaben insgesamt [2])	Ausgaben darunter Personalausgaben [5])	Ausgaben darunter laufende Zuschüsse [6])	Sachinvestitionen zusammen	Sachinvestitionen dar. Baumaßnahmen	Finanzierungssaldo [7])	Kredite [8]) (netto)
				Insgesamt [9])						
1966	138 118	112 708	.	146 722	41 075	.	23 117	18 982	− 8 604	.
1967	142 379	114 976	.	155 944	43 649	.	22 642	18 366	−13 565	.
1968	151 811	122 019	.	159 190	46 364	.	23 137	18 694	− 7 379	.
1969	177 191	145 588	.	174 723	52 918	42 971	26 415	21 262	+ 2 469	+ 2 459
1970	188 305	153 850	.	196 330	61 484	46 694	32 315	25 797	− 7 982	+ 6 302
1971	209 819	171 412	.	225 182	73 457	50 827	37 617	30 395	−15 704	+13 711
1972	237 114	195 442	.	251 271	81 974	59 224	39 243	31 929	−14 155	+16 291
1973	268 656	222 747	.	277 665	94 014	64 156	41 427	32 981	− 8 797	+11 391
1974	285 651	237 120	.	314 093	107 238	71 899	45 719	35 897	−28 288	+22 155
1975	288 607	236 588	.	354 009	116 362	67 285	46 194	36 210	−65 363	+53 628
1976	320 908	261 647	.	368 754	122 848	69 108	44 127	34 893	−47 661	+47 233
1977	353 087	291 918	.	385 156	130 037	72 670	44 330	33 981	−32 082	+31 557
1977 1. Vj.	80 376	65 293	.	92 356	32 067	20 654	7 644	5 623	−12 117	+ 9 859
2. Vj.	80 894	67 217	.	89 105	31 356	16 518	9 218	7 251	− 8 587	+ 3 536
3. Vj.	87 312	72 669	.	92 253	30 418	17 761	10 825	8 585	− 5 253	+ 7 947
4. Vj.	104 506	86 739	.	111 461	35 725	17 875	16 721	12 613	− 6 136	+10 335
1978 1. Vj. [11])	85 382	70 519	.	99 564	33 461	21 516	8 152	5 983	−14 509	+12 690
2. Vj. [11])	85 984	71 824	.	95 622	31 481	17 929	10 242	7 879	− 9 782	+ 5 892
				Bund [10])						
1966	65 887	62 253	234	67 961	9 735	23 468	3 487	2 925	− 2 060	+ 1 844
1967	67 148	63 118	224	75 979	10 428	25 718	4 159	3 306	− 8 823	+ 7 754
1968	70 612	66 193	231	75 276	10 915	25 737	3 860	3 138	− 4 664	+ 5 950
1969	83 084	78 587	241	81 380	12 905	30 492	4 457	3 682	+ 1 704	− 517
1970	87 725	83 693	289	86 704	14 614	32 413	4 950	3 895	+ 959	+ 501
1971	96 768	92 226	251	97 534	17 118	34 758	5 899	4 563	− 1 076	+ 1 061
1972	105 792	101 706	302	111 172	19 060	40 354	6 156	4 872	− 5 373	+ 4 496
1973	118 877	114 958	303	121 178	21 385	43 073	5 915	4 658	− 2 119	+ 2 204
1974	122 839	119 424	163	133 303	24 031	46 897	7 101	5 624	−10 337	+ 9 475
1975	123 226	120 015	198	158 232	25 447	37 444	7 806	5 854	−34 984	+29 925
1976	135 905	131 784	223	164 471	26 249	37 168	7 004	5 449	−28 535	+25 782
1977	148 786	144 947	251	171 414	27 466	38 580	7 204	5 642	−22 638	+21 819
1977 1. Vj.	33 703	32 495	32	42 935	7 264	11 424	710	516	− 9 274	+ 8 225
2. Vj.	34 014	33 309	67	38 860	6 695	8 608	1 476	1 203	− 4 711	+ 2 369
3. Vj.	36 917	35 989	60	42 374	6 457	9 570	1 941	1 560	− 5 680	+ 5 764
4. Vj.	44 152	43 154	93	47 245	7 049	8 979	3 078	2 363	− 2 973	+ 5 462
1978 1. Vj.	36 963	35 106	42	49 389	7 702	11 998	893	683	−12 477	+11 839
2. Vj.	37 259	35 680	66	43 443	6 866	9 518	1 708	1 334	− 6 030	+ 5 020

[1]) Ab 1974 aus der Vierteljahresstatistik, vor 1974 aus der Jahresrechnungsstatistik; Abweichungen, die sich bei der Zusammenfassung der Vierteljahre gegenüber den Ergebnissen des Rechnungsjahres ergeben, sind auf nachträgliche Umsetzungen der Berichtsstellen zurückzuführen; Beträge der Länder ab 1974 einschließlich der Auslaufperiode; Auslaufperiode bei Gemeinden/Gv. ab 1977 weggefallen; kaufmännisch buchende kommunale Krankenhäuser ab 1976 zum Teil nicht mehr enthalten.

[2]) Netto, d. h. bis einschließlich 1976: Einnahmen und Ausgaben abzüglich Zahlungen von Verwaltungen; ab 1977: abzüglich Zahlungen vom gesamten öffentlichen Bereich.

[3]) Einschließlich Lastenausgleichsabgaben; ohne eigene Einnahmen der EG; ab 1974 einschließlich der steuerähnlichen Abgaben.

[4]) Ab 1975: einschließlich Zahlungen von Zweckverbänden und der Sozialversicherung.

noch Tabelle 27*

Einnahmen und Ausgaben der Gebietskörperschaften [1])

Mio DM

Zeitraum	Einnahmen insgesamt [2])	Einnahmen darunter Steuern [3])	Einnahmen darunter Zuweisungen [4])	Ausgaben insgesamt [2])	Ausgaben darunter Personalausgaben [5])	Ausgaben darunter laufende Zuschüsse [6])	Sachinvestitionen zusammen	Sachinvestitionen dar. Baumaßnahmen	Finanzierungssaldo [7])	Kredite [8]) (netto)
					Länder					
1966	43 593	36 260	9 243	47 351	21 019	5 463	4 660	3 566	− 3 758	+ 2 622
1967	46 062	37 595	9 397	48 502	22 316	5 625	4 523	3 375	− 3 441	+ 3 884
1968	48 925	40 923	10 811	50 058	23 861	6 680	4 531	3 421	− 1 134	+ 2 269
1969	57 177	48 348	10 801	55 500	26 880	6 129	4 940	3 759	+ 1 677	− 339
1970	61 879	51 978	9 572	64 759	31 649	7 277	6 397	4 930	− 2 956	+ 1 969
1971	68 905	58 563	10 727	74 442	38 076	7 925	6 958	5 274	− 5 569	+ 4 666
1972	80 669	69 226	13 018	82 108	42 380	9 310	6 727	5 059	− 1 445	+ 3 454
1973	91 710	79 217	14 936	93 680	48 940	10 756	7 369	5 297	− 1 956	+ 2 579
1974	100 062	86 791	16 611	108 928	55 762	12 026	8 261	6 122	− 8 846	+ 7 713
1975	99 603	84 982	18 418	119 309	60 953	14 392	8 242	6 249	−19 706	+16 964
1976	110 715	94 340	19 190	126 017	64 757	14 794	7 843	5 882	−15 328	+15 788
1977	124 428	107 141	21 520	132 641	69 468	15 802	8 185	6 100	− 8 222	+ 7 935
1977 1. Vj.	28 391	24 604	5 554	29 984	17 018	4 570	1 187	844	− 1 668	+ 981
2. Vj.	28 323	24 297	5 094	31 015	16 656	3 691	1 684	1 315	− 3 172	+ 913
3. Vj.	31 109	26 978	5 299	31 566	16 207	3 644	1 944	1 516	− 566	+ 1 671
4. Vj.	36 605	31 263	5 764	40 095	19 116	4 035	3 450	2 516	− 2 827	+ 4 490
1978 1. Vj. [11])	30 917	27 127	6 225	32 592	18 330	4 886	1 317	923	− 1 946	+ 379
2. Vj. [11])	30 303	26 197	5 508	33 722	17 109	4 041	1 786	1 383	− 3 715	+ 1 353
					Gemeinden und Gemeindeverbände					
1966	25 536	12 662	12 262	28 899	10 321	4 172	14 813	12 334	− 3 363	+ 3 317
1967	26 813	12 697	12 770	28 346	10 906	4 333	13 593	11 318	− 1 532	+ 2 497
1968	28 496	13 324	13 322	30 204	11 587	4 353	14 358	11 748	− 1 708	+ 2 401
1969	33 747	17 159	14 144	33 993	13 132	4 729	16 440	13 242	− 246	+ 2 705
1970	35 299	16 597	15 671	40 954	15 221	5 385	20 203	16 207	− 5 652	+ 3 452
1971	40 925	19 183	18 067	49 871	18 264	6 495	24 202	20 000	− 8 946	+ 7 733
1972	47 726	23 130	20 729	54 625	20 534	8 100	25 770	21 409	− 6 897	+ 7 986
1973	55 043	27 275	24 595	59 935	23 689	8 975	27 497	22 381	− 4 942	+ 6 962
1974	59 544	29 606	26 939	69 136	27 446	11 346	30 357	24 151	− 9 592	+ 5 394
1975	62 291	30 350	29 951	73 201	29 962	13 769	30 146	24 106	−10 910	+ 6 802
1976	70 927	34 204	32 328	74 797	31 842	15 440	29 281	23 562	− 3 755	+ 5 577
1977	76 346	38 487	35 760	78 491	33 104	16 575	28 941	22 240	− 2 166	+ 2 944
1977 1. Vj.	17 322	7 793	8 066	18 503	7 785	4 100	5 747	4 263	− 1 202	+ 827
2. Vj.	17 583	9 135	8 587	18 731	8 005	3 789	6 059	4 733	− 1 180	+ 679
3. Vj.	18 436	9 481	9 340	17 753	7 754	4 113	6 941	5 509	+ 703	+ 665
4. Vj.	23 006	12 078	9 767	23 504	9 560	4 574	10 194	7 734	− 487	+ 774
1978 1. Vj.	16 547	8 066	8 786	16 925	7 430	4 069	5 942	4 378	− 384	+ 625
2. Vj.	17 619	9 716	10 024	17 931	7 506	3 947	6 748	5 162	− 315	+ 319

[5]) Bis 1974 einschließlich, ab 1975 ohne Kindergeldzahlungen an Angehörige des öffentlichen Dienstes.
[6]) Ab 1975 einschließlich Kindergeldzahlungen an Angehörige des öffentlichen Dienstes und ohne Zahlungen an Zweckverbände und Sozialversicherung.
[7]) Einschließlich Saldo der Zu- und Absetzungen sowie der Verrechnungen.
[8]) Am Kreditmarkt.
[9]) Bund, Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG (Öffa), Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände.
[10]) Einschließlich Umsatzsteuereinnahmen, die als Ergänzungszuweisungen des Bundes an Länder gezahlt werden; ab 1974 einschließlich Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG (Öffa).
[11]) Neue Darstellungsmethode; mit den Vorjahren nicht voll vergleichbar.

Tabelle 28*

Kassenmäßige Steuereinnahmen

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	darunter						
		Lohn-steuer	Veranlagte Einkommen-steuer	Körperschaft-steuer	Steuern vom Umsatz [1] insgesamt	Umsatz- (Mehrwert-) steuer	Einfuhrumsatz-steuer	Mineralölsteuer
1950 [2]	18 802	1 807	2 087	1 449	4 987	.	.	73
1951 [2]	25 183	2 797	2 303	2 273	7 148	.	.	463
1952 [2]	31 215	3 658	3 925	2 780	8 736	.	.	590
1953 [2]	34 320	3 740	4 870	2 990	9 104	.	.	734
1954 [2]	35 894	3 875	4 588	3 071	9 766	.	.	781
1955 [2]	39 736	4 402	4 352	3 111	11 337	.	.	1 136
1956 [2]	44 530	5 402	4 728	3 637	12 437	.	.	1 415
1957 [2]	47 935	5 289	5 879	4 506	12 882	.	.	1 642
1958 [2]	50 188	5 932	5 473	5 190	13 506	.	.	1 665
1959 [2]	56 644	5 855	7 323	5 118	14 943	.	.	2 145
1960	66 627	8 102	8 963	6 510	16 917	.	.	2 664
1961	76 705	10 453	10 817	7 473	18 670	.	.	3 325
1962	84 480	12 315	12 218	7 790	20 036	.	.	3 699
1963	89 735	13 844	13 451	7 688	20 922	.	.	4 139
1964	98 061	16 092	14 101	8 018	22 845	.	.	6 071
1965	104 460	16 738	14 798	8 170	25 103	.	.	7 428
1966	111 154	19 055	16 075	7 687	25 989	.	.	8 016
1967	113 350	19 558	15 782	7 061	25 628	.	.	9 423
1968	120 378	22 080	16 272	8 553	25 779	18 786	6 994	9 875
1969	146 928	27 057	16 989	10 895	37 141	26 816	10 324	10 601
1970	152 328	35 086	16 001	8 716	38 125	26 791	11 334	11 512
1971	170 811	42 803	18 340	7 167	42 897	30 869	12 028	12 417
1972	195 510	49 770	23 140	8 495	46 981	34 153	12 828	14 227
1973	223 489	61 255	26 452	10 887	49 486	34 922	14 563	16 589
1974	238 179	71 960	26 793	10 403	51 170	32 852	18 317	16 052
1975	241 097	71 191	28 001	10 054	54 082	35 721	18 361	17 121
1976	266 582	80 609	30 860	11 840	58 459	36 559	21 900	18 121
1977	298 287	90 773	35 508	16 830	62 684	39 357	23 327	19 184
1975 1. Vj.	54 607	16 150	6 939	2 651	13 936	9 540	4 396	2 832
2. Vj.	54 535	14 413	5 716	2 095	12 726	8 181	4 545	4 236
3. Vj.	59 524	18 065	7 021	2 404	12 812	8 407	4 405	4 410
4. Vj.	72 378	22 562	8 325	2 904	14 609	9 594	5 015	5 643
1976 1. Vj.	58 661	17 636	7 496	2 431	15 346	10 292	5 054	3 048
2. Vj.	60 439	16 855	6 339	2 060	14 259	8 672	5 587	4 395
3. Vj.	66 244	20 589	7 683	3 064	13 745	8 283	5 462	4 610
4. Vj.	81 236	25 529	9 343	4 286	15 109	9 313	5 796	6 068
1977 1. Vj.	66 642	20 014	8 793	3 557	16 210	10 546	5 664	3 196
2. Vj.	68 625	19 690	7 752	3 640	14 950	9 044	5 906	4 646
3. Vj.	74 527	23 136	8 809	4 382	15 022	9 254	5 768	5 001
4. Vj.	88 476	27 934	10 153	5 251	16 503	10 514	5 989	6 342
1978 1. Vj.	73 026	20 362	9 705	4 888	19 965	13 631	6 334	3 417
2. Vj.	73 106	19 226	8 571	4 254	17 228	10 543	6 685	4 889
3. Vj. [3]	...	23 579	9 110	4 817	17 206	10 686	6 520	4 877

[1] Ohne stillgelegte Investitionsteuer (August 1973 bis Dezember 1974).
[2] Ohne Saarland.
[3] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 29*

Verschuldung der öffentlichen Haushalte [1])

Mio DM

Ende des Zeitraums	Insgesamt [2])	nach Kreditnehmern			nach ausgewählten Schuldarten			
		Bund [3])	Länder [4])	Gemeinden [5])	Anleihen [6])	Bankkredite	Darlehen von Nichtbanken	
							Sozialversicherungen [7])	Sonstige
1950	20 634	7 290	12 844	500	—	465	150	140
1951	22 365	8 220	13 294	850	49	745	290	205
1952	24 044	8 897	13 717	1 430	419	1 280	435	335
1953	33 901	16 726	14 563	2 320	1 126	2 120	1 323	657
1954	38 699	17 894	15 018	3 600	1 678	2 880	1 787	1 059
1955	40 943	17 868	15 523	4 670	2 022	3 660	2 019	1 371
1956	41 892	17 614	15 741	5 610	1 726	4 340	2 239	1 623
1957	43 614	19 723	13 963	7 010	1 780	5 410	2 433	1 835
1958	46 122	20 077	14 708	8 370	2 303	7 575	2 483	1 883
1959	49 084	20 986	14 920	9 630	3 058	9 450	2 472	1 998
1960	52 182	22 572	14 695	11 169	3 528	10 600	2 667	2 604
1961	56 564	25 941	13 903	12 805	4 810	11 693	4 687	2 811
1962	59 984	27 256	13 402	15 068	5 700	13 227	4 880	3 235
1963	66 687	30 136	13 329	17 686	7 712	15 582	5 066	4 399
1964	73 107	31 338	14 291	21 264	8 974	19 656	5 657	5 121
1965	82 981	33 017	17 401	25 844	11 195	24 749	6 591	6 339
1966	92 291	35 581	20 328	29 465	12 092	29 519	7 245	7 868
1967	107 175	43 468	24 188	31 986	14 230	34 114	8 387	8 690
1968	115 870	47 192	26 339	34 186	16 074	42 536	6 957	9 221
1969	116 141	45 360	25 771	36 663	16 266	50 051	6 101	9 884
1970	125 890	47 323	27 786	40 295	17 491	59 523	5 725	11 104
1971	140 399	48 764	33 037	47 927	20 249	70 665	6 511	12 592
1972	156 063 a)	55 299	36 963 a)	55 984	24 971	81 874 a)	7 374	14 667
1973	167 754	61 356	39 462	59 900	27 379	92 077	14 392	6 222
1974	192 383	72 138	47 323	66 375	30 940	107 755	16 954	6 969
1975	256 389	108 502	67 001	74 411	40 680	150 102	18 426	7 638
1976	296 650	128 449	81 805	79 830	52 101	180 908	12 953	9 581
1977	328 484	150 150	89 583	83 345	63 498	195 206	10 342	10 925
1977 Mär	303 288	133 336	83 013	80 450	54 788	184 978	12 704	10 136
Jun	306 966	135 822	84 140	81 050	57 850	185 933	11 923	10 406
Sep	314 756	141 523	85 669	81 750	60 845	189 501	10 885	10 681
Dez	328 484	150 150	89 583	83 345	63 498	195 206	10 342	10 925
1978 Mär	339 824	159 630	91 151	83 600	66 240	202 502	10 254	11 626
Jun	345 293	163 606	92 699	84 200	66 302	205 855	10 548	10 609

[1]) Ohne Verschuldung der Haushalte untereinander.
[2]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Auftragsfinanzierung Offa, Länder, Gemeinden. Änderungen der Berichterstattung werden in den Fußnoten 3, 4, 5 und 7 erläutert.
[3]) Ab Ende 1972 nach Einbeziehung der „Auftragsfinanzierung Offa" und der „Krankenhausfinanzierung" in den Bundeshaushalt.
[4]) Ab 1978 einschließlich Nettokreditaufnahme für die Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen.
[5]) Ab Ende 1973 nach Ausschaltung der Verschuldung der kommunalen Eigenbetriebe und nach Einbeziehung der kommunalen Zweckverbände. Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt.
[6]) Ohne die im Bestand der Emittenten befindlichen Stücke; einschließlich Bundesschatzbriefe.
[7]) Einschließlich Schuldbuchforderungen und Schatzbriefe. Ab 1973 einschließlich Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen.
a) Darunter 500 Mio DM statistisch bedingte Zunahme.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 30*

Entwicklung der Geldbe

Veränderung gegenüber dem

Zeitraum	I. Kredite an inländische Nichtbanken					II. Netto-Forderungen gegenüber dem Ausland [3])			
	insgesamt	Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute [2])			insgesamt	Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute	
			zusammen	Unternehmen und Privatpersonen	öffentliche Haushalte			zusammen	darunter mittel- und langfristig
1963	+26,81	+0,98	+25,83	+22,37	+ 3,45	+ 3,30	+ 2,71	+ 0,59	+ 1,25
1964	+30,19	−1,03	+31,22	+25,14	+ 6,09	+ 1,67	+ 0,43	+ 1,24	+ 1,32
1965	+34,17	−0,43	+34,61	+27,54	+ 7,06	+ 0,47	− 1,31	+ 1,79	+ 1,24
1966	+28,20	+0,29	+27,91	+21,56	+ 6,36	+ 3,62	+ 1,90	+ 1,72	+ 1,14
1967	+32,89	+0,67	+32,22	+18,33	+13,89	+ 6,28	− 0,17	+ 6,45	+ 1,62
1968	+40,02	−2,05	+42,06	+30,90	+11,17	+10,93	+ 6,57	+ 4,36	+ 6,76
1969	+53,48	+0,67	+52,81	+51,22	+ 1,59	− 2,45	−10,28	+ 7,83	+12,00
1970	+50,53	−0,24	+50,77	+43,81	+ 6,97	+14,23	+21,60	− 7,36	− 0,29
1971	+69,05	−0,63	+69,68	+59,52	+10,16	+11,52	+15,91	− 4,40	− 3,28
1972	+86,41	−2,07	+88,48	+78,22	+10,26	+ 8,66	+15,49	− 6,83	− 6,39
1973	+67,55	+2,37	+65,18	+54,59	+10,59	+23,48	+26,49	− 3,01	− 7,71
1974	+59,77	−1,48	+61,25	+41,18	+20,07	+13,19	− 1,90	+15,09	+ 5,54
1975	+85,51	+6,62	+78,89	+30,87	+48,02	+16,84	− 2,22	+19,06	+15,90
1976	+91,21	−5,10	+96,31	+65,76	+30,55	+ 8,27	+ 8,74	− 0,48	+ 6,84
1977	+94,18	−1,62	+95,80	+69,11	+26,69	+10,15	+10,49	− 0,34	+ 8,25
1975 1. Vj.	+ 4,36	+0,74	+ 3,62	− 1,69	+ 5,31	+ 8,67	+ 4,99	+ 3,67	+ 2,84
2. Vj.	+14,72	−2,13	+16,85	+ 6,60	+10,25	+ 4,94	− 3,95	+ 8,90	+ 4,89
3. Vj.	+21,93	+5,19	+16,74	+ 3,92	+12,81	+ 2,75	− 2,69	+ 5,44	+ 4,73
4. Vj.	+44,50	+2,82	+41,68	+22,03	+19,65	+ 0,48	− 0,58	+ 1,05	+ 3,45
1976 1. Vj.	+ 9,65	−1,61	+11,26	+ 3,70	+ 7,56	+ 5,83	+ 9,78	− 3,95	+ 2,47
2. Vj.	+25,20	−0,30	+25,50	+20,33	+ 5,17	+ 1,27	− 3,58	+ 4,85	+ 1,59
3. Vj.	+23,93	−1,38	+25,31	+15,35	+ 9,96	+ 0,64	+ 3,46	− 2,83	+ 0,83
4. Vj.	+32,42	−1,81	+34,23	+26,37	+ 7,86	+ 0,53	− 0,92	+ 1,45	+ 1,94
1977 1. Vj.	+ 7,21	−2,26	+ 9,47	+ 4,28	+ 5,20	+ 3,92	+ 0,64	+ 3,27	+ 0,98
2. Vj.	+23,34	+0,21	+23,13	+21,38	+ 1,75	+ 1,03	− 1,41	+ 2,43	+ 4,89
3. Vj.	+20,17	−0,29	+20,46	+14,47	+ 5,99	− 2,12	− 0,06	− 2,06	+ 1,98
4. Vj.	+43,46	+0,72	+42,73	+28,98	+13,75	+ 7,33	+11,31	− 3,99	+ 0,40
1978 1. Vj.	+ 6,88	−0,78	+ 7,66	+ 2,50	+ 5,16	+ 4,70	+ 4,55	+ 0,16	− 2,76
2. Vj.	+33,18	+1,91	+31,27	+25,62	+ 5,65	− 2,47	− 4,13	+ 1,66	+ 1,81
3. Vj.	+38,36	+1,91	+36,45	+22,60	+13,86	− 0,57	+ 6,32	− 6,90	− 1,48

1) Kreditinstitute einschließlich Bundesbank.

2) Einschließlich Wertpapiere.

3) Einschließlich Wertpapiertransaktionen mit dem Ausland sowie einschließlich Entwicklungshilfekredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

Tabelle 30*

stände im Bilanzzusammenhang [1])

vorangegangenen Zeitraum in Mrd DM

III. Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten aus inländischen Quellen [4])			IV. Zentralbankeinlagen inländischer öffentlicher Haushalte	V. Sonstige Einflüsse [7]) (einschl. Guthaben auf Sonderkonten Bardepot)	VI. Geldvolumen M 3 (Saldo I+II—III—IV—V)						Zeitraum
insgesamt [5])	darunter				insgesamt	Geldvolumen M 2				Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist	
	Termingelder mit Befristung von 4 Jahren und darüber	Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist [6])				zusammen	Geldvolumen M 1 (Bargeldumlauf u. Sichteinlagen) [8])	Termingelder mit Befristung unter 4 Jahren (Quasigeld)			
								zusammen	darunter unter 3 Monaten		
+15,43	+ 4,77	+ 4,13	— 0,61	+ 1,90	+13,38	+ 5,96	+ 4,41	+ 1,55	+ 0,47	+ 7,42	1963
+17,92	+ 4,63	+ 4,82	— 0,85	+ 0,66	+14,13	+ 6,43	+ 5,40	+ 1,03	+ 0,66	+ 7,71	1964
+16,69	+ 3,74	+ 5,13	— 1,11	+ 1,83	+17,23	+ 6,10	+ 5,57	+ 0,53	— 0,07	+11,13	1965
+15,90	+ 3,22	+ 7,81	— 0,53	+ 1,49	+14,96	+ 6,50	+ 1,09	+ 5,40	— 0,58	+ 8,46	1966
+14,63	+ 2,55	+ 8,49	+ 0,29	+ 0,91	+23,35	+14,19	+ 8,31	+ 5,88	+ 3,22	+ 9,16	1967
+19,74	+ 1,49	+11,03	+ 1,19	+ 0,88	+29,14	+18,15	+ 5,53	+12,62	+ 1,69	+10,99	1968
+26,29	+ 5,52	+13,26	+ 0,44	+ 1,42	+22,88	+14,55	+ 5,96	+ 8,59	+ 5,24	+ 8,33	1969
+27,79	+ 4,26	+12,94	+ 4,09	+ 8,91	+23,98	+16,41	+ 8,69	+ 7,72	+13,61	+ 7,57	1970
+32,65	+ 7,07	+14,73	+ 4,20	+ 5,00	+38,71	+24,97	+13,24	+11,72	+ 8,91	+13,75	1971
+47,00	+ 8,68	+20,62	— 3,85	+ 4,78	+47,14	+33,51	+17,55	+15,96	+ 6,58	+13,64	1972
+45,64	+10,22	+17,52	+ 4,22	+ 7,17	+34,00	+31,94	+ 2,57	+29,37	+22,78	+ 2,05	1973
+34,46	+ 7,95	+13,35	+ 0,44	+ 2,88	+35,18	+13,68	+15,50	— 1,82	+ 7,30	+21,49	1974
+61,34	+ 9,41	+34,81	+ 1,41	+ 1,17	+38,43	— 0,40	+21,40	—21,79	—17,24	+38,82	1975
+59,12	+11,45	+22,65	—10,22	+ 9,57	+41,01	+18,92	+ 6,88	+12,04	+ 2,71	+22,09	1976
+42,92	+13,65	+14,24	— 0,82	+ 3,28	+58,95	+33,47	+21,09	+12,38	+ 9,69	+25,47	1977
+16,46	+ 2,83	+ 7,47	+ 1,18	+ 7,63	—12,23	—19,47	— 9,11	—10,36	—14,50	+ 7,24	1975 1. Vj.
+16,48	+ 1,85	+10,52	— 2,34	+ 1,87	+ 3,65	— 5,29	+11,29	—16,58	— 9,45	+ 8,94	2. Vj.
+ 8,58	+ 2,18	+ 3,30	+ 4,71	+ 3,69	+ 7,71	— 0,76	+ 3,75	— 4,52	— 2,19	+ 8,47	3. Vj.
+19,82	+ 2,55	+13,52	— 2,13	—12,02	+39,30	+25,13	+15,46	+ 9,67	+ 8,90	+14,17	4. Vj.
+17,04	+ 3,28	+ 3,58	+ 2,88	+ 7,89	—12,33	—18,75	—13,10	— 5,65	—10,33	+ 6,42	1976 1. Vj.
+12,49	+ 1,73	+ 4,12	— 6,65	+ 5,44	+15,20	+13,99	+13,36	+ 0,63	+ 0,34	+ 1,21	2. Vj.
+ 9,55	+ 3,03	+ 0,56	+ 6,22	+ 2,87	+ 5,93	+ 1,57	— 3,27	+ 4,83	+ 2,92	+ 4,37	3. Vj.
+20,04	+ 3,42	+14,40	—12,66	— 6,63	+32,20	+22,11	+ 9,89	+12,23	+ 9,78	+10,09	4. Vj.
+11,99	+ 3,49	+ 1,44	+ 6,41	+ 1,95	— 9,23	—15,11	— 7,13	— 7,98	— 6,13	+ 5,89	1977 1. Vj.
+10,48	+ 2,99	+ 4,97	— 3,28	+ 7,98	+ 9,18	+ 9,67	+10,70	— 1,03	— 3,98	— 0,48	2. Vj.
+ 0,73	+ 3,43	— 5,17	+ 0,48	+ 2,54	+14,30	+ 5,59	+ 2,58	+ 3,01	+ 1,36	+ 8,72	3. Vj.
+19,72	+ 3,74	+13,01	— 4,43	— 9,19	+44,69	+33,33	+14,96	+18,38	+18,44	+11,36	4. Vj.
+13,74	+ 4,18	+ 1,41	+10,36	+ 4,85	—17,38	—20,85	— 3,85	—17,00	—18,04	+ 3,47	1978 1. Vj.
+13,46	+ 3,69	+ 4,49	— 4,36	+ 7,49	+14,12	+13,42	+11,08	+ 2,34	— 0,05	+ 0,71	2. Vj.
+ 8,53	+ 4,07	— 0,10	+ 9,71	+ 2,69	+16,86	+11,25	+ 2,09	+ 9,15	+ 5,16	+ 5,61	3. Vj.

[4]) Ohne Termingelder mit Befristung bis unter 4 Jahren und ohne Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist.
[5]) Einschließlich Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf (netto) bereinigt um den Saldo der Transaktionen mit dem Ausland sowie einschließlich Kapital und Rücklagen.
[6]) Einschließlich Sparbriefe.
[7]) Saldo der übrigen Positionen der Konsolidierten Bilanz des Bankensystems.
[8]) Bargeldumlauf ohne Kassenbestände der Kreditinstitute, jedoch einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 31*

Zahlungsmittelbestände und Kredite

Mrd DM

Ende des Zeitraums	Zahlungsmittelbestände								Kredite der Kreditinstitute		
	Geldvolumen = M 1			Geldvolumen (M 1) und Quasigeldbestände [3]) = M 2	Geldvolumen (M 1) und Quasigeldbestände [3]) zuzügl. Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist = M 3		nachrichtlich: Quasigeldbestände [3])		an inländische Unternehmen und Privatpersonen		an öffentliche Haushalte inländischer Nichtbanken [2])
	insgesamt	Bargeldumlauf [1])	Sichteinlagen inländischer Nichtbanken [2])		insgesamt	darunter Spareinlagen	insgesamt	darunter mit Befristung bis unter 3 Monaten	insgesamt [4])	darunter kurzfristig [5])	
1955 [6])	31,48	14,04	17,44	42,68	.	.	11,20	2,01	.	.	.
1956 [6])	33,89	14,88	19,01	47,45	.	.	13,56	2,78	.	.	.
1957 [6])	37,81	16,46	21,35	54,94	.	.	17,13	3,27	.	.	.
1958 [6])	42,58	17,94	24,64	60,52	.	.	17,94	3,19	.	.	.
1959	47,61	19,34	28,26	67,58	.	.	19,97	3,31	.	.	.
1960	51,08	20,83	30,25	72,70	.	.	21,62	3,61	.	.	.
1961	58,71	23,20	35,52	82,18	.	.	23,47	3,94	.	.	.
1962	63,28	24,25	39,03	88,46	.	.	25,19	4,10	.	.	.
1963	67,77	25,51	42,26	94,52	.	.	26,75	4,57	.	.	.
1964	73,05	27,89	45,16	100,82	.	.	27,78	5,23	231,81	60,67	40,48
1965	78,53	29,65	48,87	106,92	.	.	28,40	5,16	259,27	67,31	47,53
1966	79,62	30,88	48,74	113,39	.	.	33,77	4,58	280,74	72,32	53,96
1967	87,92	31,51	56,41	127,57	.	.	39,65	7,80	298,88	74,29	67,89
1968	93,47	32,59	60,88	142,33	.	.	48,86	9,58	334,55	81,00	74,37
1969	99,43	34,69	64,74	156,88	.	.	57,45	14,82	385,95	101,56	75,71
1970	108,22	36,89	71,33	173,38	291,52	118,13	65,16	28,43	430,54	113,62	82,54
1971	121,52	40,29	81,23	198,60	330,74	132,14	77,07	37,34	490,57	131,73	92,63
1972	139,30	45,77	93,53	232,33	378,45	146,12	93,03	43,92	569,33	155,94	102,86
1973	141,97	47,51	94,46	264,33	412,80	148,47	122,36	66,74	627,22	165,64	113,39
1974	158,43	51,52	106,91	279,60	452,21	172,60	121,17	74,30	672,12	179,67	132,39
1975	179,90	56,48	123,42	279,32	490,89	211,57	99,42	58,60	703,19	171,20	180,41
1976	186,85	60,57	126,28	298,18	532,03	233,85	111,33	59,84	769,17	182,83	210,91
1977	208,08	67,51	140,57	331,81	591,47	259,66	123,74	69,54	838,70	192,98	237,60
1975 1. Vj.	149,34	51,14	98,20	260,15	440,01	179,86	110,81	59,81	670,47	174,97	137,70
2. Vj.	160,64	52,90	107,74	254,89	443,73	188,84	94,25	50,37	677,12	173,42	147,95
3. Vj.	164,43	53,59	110,83	254,18	451,56	197,38	89,75	48,20	681,14	166,60	160,76
4. Vj.	179,90	56,48	123,42	279,32	490,89	211,57	99,42	58,60	703,19	171,20	180,41
1976 1. Vj.	166,80	54,41	112,39	260,57	478,58	218,01	93,77	46,77	706,91	165,64	187,97
2. Vj.	180,17	56,96	123,22	274,58	493,87	219,29	94,41	47,12	727,29	174,22	193,09
3. Vj.	176,92	58,04	118,88	276,01	499,69	223,68	99,09	50,05	742,69	176,59	203,05
4. Vj.	186,85	60,57	126,28	298,18	532,03	233,85	111,33	59,84	769,17	182,83	210,91
1977 1. Vj.	179,74	59,35	120,39	293,09	522,86	239,77	103,35	53,71	773,51	180,38	216,10
2. Vj.	190,48	61,91	128,58	292,82	532,23	239,41	102,33	49,74	794,98	187,07	217,86
3. Vj.	193,08	64,75	128,33	298,43	546,64	248,21	105,35	51,10	809,56	185,34	223,85
4. Vj.	208,08	67,51	140,57	331,81	591,47	259,66	123,74	69,54	838,70	192,98	237,60
1978 1. Vj.	204,24	68,00	136,25	310,98	574,16	263,17	106,74	51,50	841,23	187,37	242,76
2. Vj.	215,36	71,65	143,71	324,45	588,45	264,00	109,09	51,45	866,96	196,17	248,41
3. Vj.	217,48	72,02	145,46	335,73	605,42	269,69	118,24	56,61	889,66	197,04	262,27

[1]) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen.
[2]) Ohne Zentralbankeinlagen öffentlicher Haushalte.
[3]) Termingelder inländischer Nichtbanken mit Befristung bis unter 4 Jahren.
[4]) Einschließlich Bundesbahn und Bundespost. Ausnahme: Zentralbankeinlagen der Bundespost.
[5]) Einschließlich Schatzwechsel und U-Schätze der Bundesbahn und Bundespost.
[6]) Ohne Saarland.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 32*

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe [1])

a) Insgesamt (1970 = 100)

Zeitraum	Wertindex: Insgesamt	Wertindex: Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe	Wertindex: Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Wertindex: Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	Volumenindex: Insgesamt	Volumenindex: Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe	Volumenindex: Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Volumenindex: Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe
1962	53,3	56,7	47,0	62,4	57,7	58,6	53,1	66,8
1963	55,9	58,6	50,4	64,7	60,4	61,0	56,8	68,3
1964	64,1	67,8	58,0	72,5	68,2	69,6	64,4	75,1
1965	68,2	69,5	62,8	78,7	71,0	69,6	68,0	80,2
1966	68,1	72,0	61,5	77,6	69,7	71,5	65,1	77,5
1967	67,7	72,1	61,1	76,5	70,4	73,8	65,2	77,2
1968	78,0	80,8	72,7	86,1	85,4	87,8	81,3	91,4
1969	95,4	94,7	95,7	96,0	101,2	99,6	102,9	99,9
1970	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	102,4	101,0	99,7	110,9	98,2	99,3	93,6	107,0
1972	110,5	110,0	106,8	120,0	103,3	107,1	97,4	111,3
1973	128,2	128,9	128,6	125,5	114,9	120,1	113,2	110,2
1974	138,9	153,4	133,4	128,2	109,0	115,8	107,8	100,4
1975	135,9	135,2	139,9	127,4	103,4	104,3	105,0	98,1
1976	154,7	153,6	159,2	145,7	113,3	114,2	114,3	108,7
1977	156 1	148,3	164,6	148,6	112,3	112,1	113,9	108,0
1973 1. Vj.	132,3	125,6	136,8	132,4	121,1	121,0	122,0	119,0
2. Vj.	131,5	128,7	134,0	129,7	118,3	121,0	118,0	114,7
3. Vj.	120,8	127,5	120,7	109,6	107,8	118,1	105,8	95,7
4. Vj.	128,1	134,0	123,1	130,2	112,4	120,3	107,2	111,5
1974 1. Vj.	143,5	153,7	141,1	132,1	117,7	123,5	118,1	107,1
2. Vj.	144,0	163,8	134,5	133,7	112,7	122,6	109,0	105,1
3. Vj.	134,8	157,3	128,1	113,5	103,3	115,0	102,0	87,1
4. Vj.	133,5	138,9	129,7	133,4	102,2	102,0	102,2	102,3
1975 1. Vj.	132,1	133,5	136,1	119,9	100,1	100,3	103,4	91,8
2. Vj.	142,9	135,4	153,0	130,6	108,3	103,7	114,6	100,6
3. Vj.	128,6	131,2	133,3	112,9	97,8	102,1	99,4	87,1
4. Vj.	140,2	140,9	137,2	146,4	107,4	111,1	102,5	112,9
1976 1. Vj.	151,4	155,9	150,2	146,7	112,8	118,6	109,4	111,3
2. Vj.	151,2	160,0	145,9	149,3	110,7	118,5	104,7	111,9
3. Vj.	157,4	148,8	174,7	130,4	114,2	108,9	124,8	96,4
4. Vj.	158,8	149,8	166,0	156,5	115,4	110,9	118,3	115,1
1977 1. Vj.	157,9	150,7	167,4	147,4	114,2	113,7	117,0	107,4
2. Vj.	153,9	152,5	156,1	150,8	110,6	115,1	107,8	109,5
3. Vj.	146,8	143,7	153,1	136,9	105,4	108,4	105,5	99,3
4. Vj.	165,7	146,2	182,0	159,2	119,2	111,3	125,4	115,7
1978 1. Vj.	161,1	148,7	173,7	151,7	115,5	112,8	118,6	109,6
2. Vj.	163,9	159,3	169,4	158,0	116,1	119,8	114,4	113,8
3. Vj. [2])	157,0	155,2	165,2	140,3	110,8	116,5	111,0	100,7

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; ab 1968 ohne Umsatzsteuer. — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

[2]) Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 32*

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe [1])

b) Inland (1970 = 100)

Zeitraum	Wertindex: Insgesamt	Wertindex: Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe	Wertindex: Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Wertindex: Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	Volumenindex: Insgesamt	Volumenindex: Grundstoff u. Produktionsgütergewerbe	Volumenindex: Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Volumenindex: Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe
1962	57,5	61,2	50,4	65,5	61,4	62,5	55,8	70,3
1963	58,9	61,6	52,4	67,2	62,6	63,2	57,8	71,0
1964	67,8	72,5	60,1	75,3	71,3	73,7	65,8	78,2
1965	72,0	73,2	65,8	81,9	73,8	72,3	70,0	83,3
1966	69,7	73,8	61,3	79,7	70,3	72,3	63,8	79,6
1967	67,2	71,5	58,4	77,7	69,0	72,2	61,6	78,3
1968	77,0	80,4	69,1	86,9	84,3	87,1	77,7	92,5
1969	94,5	95,3	93,3	95,8	100,8	100,9	101,2	100,0
1970	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	102,0	100,3	98,6	110,6	97,5	97,7	92,5	106,7
1972	109,0	107,4	104,5	119,5	101,5	103,0	95,3	110,7
1973	120,3	122,9	117,0	122,3	107,8	113,5	103,4	107,2
1974	124,6	138,3	113,9	124,2	98,1	106,0	92,4	97,0
1975	127,9	126,4	130,7	124,3	97,6	97,4	98,6	95,4
1976	139,5	141,7	138,2	138,8	102,4	104,7	100,1	103,3
1977	142,5	134,0	149,6	141,6	102,6	99,9	104,3	102,7
1973 1. Vj.	126,5	120,9	128,5	130,1	115,6	115,1	115,0	116,8
2. Vj.	125,7	125,0	125,9	125,9	112,9	116,2	111,1	111,1
3. Vj.	111,9	122,4	105,7	107,9	99,8	112,2	92,9	93,9
4. Vj.	117,2	123,2	108,0	125,5	102,9	110,4	94,5	107,1
1974 1. Vj.	129,3	137,5	124,1	126,5	106,4	111,9	104,1	102,3
2. Vj.	129,5	147,3	115,2	129,4	101,7	111,9	93,6	101,6
3. Vj.	119,3	140,6	107,1	110,5	91,9	104,9	85,5	84,5
4. Vj.	120,4	127,7	109,2	130,5	92,5	95,3	86,5	99,7
1975 1. Vj.	123,4	123,4	126,3	117,4	93,7	93,1	96,1	89,6
2. Vj.	138,9	127,5	153,3	127,9	105,4	97,4	115,2	98,3
3. Vj.	119,6	123,7	120,8	110,6	91,4	96,0	90,9	85,2
4. Vj.	129,7	131,1	122,3	141,3	99,8	103,2	92,4	108,7
1976 1. Vj.	140,3	141,6	139,3	140,2	105,0	107,2	102,5	106,1
2. Vj.	138,6	146,9	130,5	141,7	101,6	108,2	94,4	105,9
3. Vj.	134,3	139,1	135,5	124,9	97,6	101,3	97,5	92,1
4. Vj.	145,0	139,4	147,6	148,6	105,4	102,1	105,9	109,0
1977 1. Vj.	144,0	134,8	153,2	140,4	104,2	100,5	108,0	102,0
2. Vj.	139,3	137,9	138,5	143,1	100,1	102,7	96,2	103,6
3. Vj.	135,6	131,5	140,7	131,8	97,3	97,8	97,7	95,4
4. Vj.	151,1	131,8	166,1	151,3	108,7	98,5	115,3	109,8
1978 1. Vj.	148,0	132,7	162,1	144,2	106,1	98,9	111,4	103,9
2. Vj.	150,0	142,1	156,6	149,1	106,4	105,1	106,5	107,2
3. Vj. [2])	144,2	139,1	153,7	133,8	102,0	102,9	104,0	95,7

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; ab 1968 ohne Umsatzsteuer. — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

[2]) Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 32*

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe [1])

c) Ausland (1970 = 100)

Zeitraum	Wertindex: Insgesamt	Wertindex: Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe	Wertindex: Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Wertindex: Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	Volumenindex: Insgesamt	Volumenindex: Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe	Volumenindex: Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Volumenindex: Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe
1962	40,0	41,8	39,4	38,3	45,8	45,4	46,9	40,3
1963	46,8	48,5	46,2	45,6	53,6	53,9	54,5	47,7
1964	52,8	52,0	53,1	50,8	59,0	55,5	61,7	52,3
1965	56,3	57,2	56,1	54,6	61,9	60,8	63,4	55,7
1966	63,0	65,8	62,1	61,0	68,1	69,7	68,4	61,4
1967	69,4	74,4	67,5	66,9	75,4	80,5	74,2	68,2
1968	81,2	82,3	81,0	79,4	89,1	90,7	89,5	82,5
1969	98,9	92,8	101,8	97,9	103,3	95,7	107,6	98,8
1970	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	103,5	103,5	102,0	112,5	100,0	105,3	96,0	109,8
1972	115,2	118,7	112,3	123,8	109,6	122,4	102,5	116,3
1973	153,7	149,6	156,2	149,5	138,2	142,9	136,7	134,0
1974	184,7	204,7	179,5	158,7	143,7	147,6	144,5	127,6
1975	162,2	165,2	162,3	151,6	122,3	127,4	120,4	119,1
1976	204,5	194,2	210,2	198,5	148,4	147,4	148,3	151,1
1977	199,6	198,8	199,7	201,5	143,1	157,7	135,8	149,3
1973 1. Vj.	152,0	141,3	157,1	150,2	139,7	141,5	139,3	136,1
2. Vj.	150,8	141,4	153,7	159,3	136,4	137,7	134,6	143,5
3. Vj.	149,8	144,9	156,2	122,4	134,3	138,6	136,1	110,1
4. Vj.	162,4	171,0	157,8	166,1	142,4	153,7	136,6	146,5
1974 1. Vj.	188,9	208,8	181,9	175,1	153,9	161,6	151,7	145,4
2. Vj.	189,7	219,2	179,8	166,5	147,7	157,5	145,4	133,6
3. Vj.	184,6	213,8	178,5	137,1	139,9	147,1	141,7	108,0
4. Vj.	175,5	176,9	177,8	156,2	133,4	124,3	139,0	123,3
1975 1. Vj.	161,0	167,8	161,3	138,8	121,4	124,8	121,7	109,0
2. Vj.	155,7	162,3	153,2	151,7	117,7	125,1	114,0	119,6
3. Vj.	157,6	156,8	162,2	130,0	118,6	122,8	119,3	101,8
4. Vj.	174,4	174,1	172,7	185,9	131,5	137,2	126,6	146,0
1976 1. Vj.	187,6	204,8	178,1	197,2	137,6	157,5	126,7	152,1
2. Vj.	191,8	204,9	183,3	207,3	139,0	154,4	129,2	158,6
3. Vj.	235,1	181,9	269,5	172,5	169,7	135,7	190,2	130,5
4. Vj.	203,5	185,4	209,6	217,0	147,5	142,1	147,1	163,0
1977 1. Vj.	203,3	206,2	202,3	201,4	146,2	161,6	138,9	150,2
2. Vj.	200,0	204,0	196,6	210,0	143,0	160,8	133,6	155,6
3. Vj.	182,5	187,0	181,6	175,4	130,5	148,5	123,0	129,6
4. Vj.	212,7	197,8	218,5	219,0	152,6	159,8	147,9	161,7
1978 1. Vj.	204,3	205,2	203,2	208,5	146,9	166,0	136,1	153,1
2. Vj.	208,9	221,5	200,4	226,1	147,5	176,4	133,1	165,5
3. Vj. [2])	198,2	213,8	192,3	190,1	139,2	169,1	127,2	138,8

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; ohne Umsatzsteuer. — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

[2]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 33*

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe [1])

Wertindex 1970 = 100

Zeitraum	Verarbeitendes Gewerbe			Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe		
	Insgesamt	Inland	Ausland	zusammen	Inland	Ausland
1971	93,7	91,9	100,4	71,5	68,7	82,4
1972	92,3	90,2	100,2	76,5	69,4	104,4
1973	116,1	110,7	136,0	130,7	121,9	176,8
1974	129,4	112,8	189,5	170,3	142,9	312,8
1975	117,1	105,3	159,4	109,2	100,0	156,9
1976	126,7	113,0	175,1	117,6	108,4	165,6
1977	124,5	107,0	185,6	106,6	93,4	175,4
1971 1. Vj.	93,1	91,6	98,4	79,2	77,1	87,6
2. Vj.	98,4	96,6	104,6	74,5	70,4	90,6
3. Vj.	91,6	89,1	100,9	69,3	66,1	81,9
4. Vj.	91,8	90,2	97,7	63,0	61,4	69,4
1972 1. Vj.	89,4	87,0	98,1	70,2	66,4	85,2
2. Vj.	95,3	94,2	99,3	77,9	72,6	98,7
3. Vj.	89,0	86,7	97,4	78,1	70,0	110,2
4. Vj.	95,6	92,7	105,9	79,7	68,6	123,3
1973 1. Vj.	108,6	105,7	119,6	116,6	110,8	146,9
2. Vj.	121,9	118,9	132,2	133,9	128,3	163,1
3. Vj.	116,9	110,8	139,6	136,2	127,7	180,1
4. Vj.	117,1	107,4	152,5	136,3	120,8	216,9
1974 1. Vj.	125,5	110,6	179,4	165,0	140,1	294,8
2. Vj.	138,2	122,7	194,5	187,3	160,1	328,9
3. Vj.	131,1	112,1	199,9	182,6	149,3	356,0
4. Vj.	122,9	105,7	184,4	146,3	122,2	271,4
1975 1. Vj.	111,4	95,9	167,0	120,5	106,9	190,9
2. Vj.	118,1	106,2	160,5	109,6	101,3	152,7
3. Vj.	118,0	108,3	152,9	104,8	97,2	144,7
4. Vj.	120,9	110,7	157,3	102,0	94,7	139,8
1976 1. Vj.	124,6	113,0	166,1	116,8	111,0	146,7
2. Vj.	132,6	120,6	175,3	127,3	117,0	181,3
3. Vj.	126,0	110,7	179,4	123,1	111,7	182,3
4. Vj.	123,8	107,7	179,7	103,2	93,9	151,8
1977 1. Vj.	122,2	104,6	183,5	106,0	92,1	178,1
2. Vj.	130,5	112,7	192,2	112,7	97,4	192,1
3. Vj.	121,4	103,4	184,0	107,6	94,7	175,0
4. Vj.	124,0	107,1	182,6	100,2	89,4	156,3
1978 1. Vj.	125,6	108,5	185,2	111,8	101,0	168,3
2. Vj.	135,0	118,5	192,2	116,9	104,3	182,4
3. Vj. [2])	132,6	116,2	189,8	119,1	106,9	182,1

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; ohne Umsatzsteuer. — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

[2]) Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 33*

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe [1])

Wertindex 1970 = 100

Zeitraum	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe			Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe		
	zusammen	Inland	Ausland	zusammen	Inland	Ausland
1971	97,9	95,6	103,9	108,2	107,3	115,6
1972	88,8	87,1	93,7	117,3	115,5	132,6
1973	103,5	98,0	117,3	125,0	119,4	172,0
1974	110,7	93,7	150,6	115,4	107,9	178,3
1975	126,5	111,5	161,4	106,2	100,7	152,2
1976	131,2	112,5	173,8	129,3	120,1	205,4
1977	134,5	111,0	186,6	126,7	117,7	201,1
1971 1. Vj.	100,2	99,8	101,5	91,8	90,7	100,9
2. Vj.	100,6	98,3	106,5	119,0	118,6	121,6
3. Vj.	97,4	94,2	105,9	102,5	101,7	108,6
4. Vj.	93,2	90,0	101,8	119,4	118,0	131,3
1972 1. Vj.	92,5	90,3	98,5	102,9	100,5	122,4
2. Vj.	88,8	87,2	93,6	129,6	127,6	136,8
3. Vj.	85,4	84,1	89,5	108,6	107,2	120,9
4. Vj.	88,3	86,7	93,2	129,3	126,7	150,4
1973 1. Vj.	99,9	97,6	106,0	117,9	113,9	151,3
2. Vj.	105,7	102,0	115,2	142,5	138,2	178,5
3. Vj.	104,4	97,0	122,4	119,2	113,6	165,9
4. Vj.	104,2	95,3	125,5	120,4	111,9	192,2
1974 1. Vj.	109,7	97,2	139,7	106,1	96,1	190,7
2. Vj.	111,7	95,6	149,8	131,0	123,1	196,9
3. Vj.	110,2	91,4	154,3	107,0	100,7	160,3
4. Vj.	111,1	90,8	158,6	117,3	111,6	165,4
1975 1. Vj.	115,4	94,3	164,3	89,1	83,9	132,2
2. Vj.	123,4	106,2	163,4	117,6	112,7	158,6
3. Vj.	135,0	125,2	157,9	96,7	91,6	138,8
4. Vj.	132,1	120,1	159,9	121,5	114,5	179,0
1976 1. Vj.	135,3	120,0	170,9	110,4	102,4	176,9
2. Vj.	130,4	114,9	166,5	145,4	136,2	220,9
3. Vj.	129,5	108,8	176,0	121,7	112,8	195,2
4. Vj.	129,6	106,4	181,6	139,5	128,8	228,7
1977 1. Vj.	135,8	114,3	183,4	113,2	103,1	196,8
2. Vj.	136,4	113,1	188,3	142,2	132,9	218,6
3. Vj.	132,8	108,2	187,5	114,0	106,1	180,0
4. Vj.	132,8	108,4	187,4	137,4	128,7	208,8
1978 1. Vj.	138,2	114,8	190,4	115,6	107,0	187,4
2. Vj.	140,7	117,7	191,8	147,8	139,4	216,8
3. Vj. [2])	145,0	123,3	193,1	122,7	115,2	184,8

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; ohne Umsatzsteuer. — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

[2]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 34*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe [1])

a) Insgesamt

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
1950 [2])	80 395	4 573	75 822	22 459	18 348	20 139	14 875
1951 [2])	109 908	5 776	104 133	33 372	26 531	26 520	17 708
1952 [2])	119 392	6 908	112 484	36 821	31 783	25 013	18 867
1953 [2])	126 162	7 321	118 841	36 928	34 147	27 108	20 658
1954 [2])	140 943	7 718	133 225	42 197	39 630	29 055	22 343
1955 [2])	166 511	8 464	158 048	51 313	49 496	32 713	24 526
1956 [2])	185 646	9 452	176 194	56 417	55 471	36 282	28 023
1957 [2])	199 551	10 186	189 365	59 639	60 634	39 032	30 060
1958 [2])	205 069	9 577	195 493	59 990	65 253	38 726	31 523
1959 [2])	223 656	9 400	214 256	67 414	72 168	41 492	33 182
1960	266 373	11 374	254 999	81 585	87 678	48 459	37 277
1961	287 018	11 011	276 007	85 200	98 294	52 347	40 166
1962	304 028	11 123	292 906	87 207	105 652	56 288	43 759
1963	315 309	11 702	303 608	89 446	110 405	57 908	45 848
1964	346 804	11 026	335 779	100 931	121 660	63 656	49 531
1965	374 612	10 606	364 006	108 161	132 714	69 718	53 413
1966	388 029	10 099	377 930	111 592	138 685	72 355	55 299
1967	380 659	9 473	371 186	111 178	133 020	69 012	57 976
1968	405 599	9 565	396 034	122 041	141 806	73 118	59 070
1969	470 537	10 080	460 457	141 145	173 772	82 724	62 815
1970	518 410	11 656	506 753	154 859	193 801	87 067	66 026
1971	551 544	12 092	539 451	157 739	215 938	94 663	71 111
1972	583 961	12 196	571 765	165 282	228 170	102 789	75 524
1973	653 936	13 373	640 563	193 556	253 027	110 265	83 715
1974	735 902	18 512	717 389	241 730	270 151	116 969	88 539
1975	719 795	17 654	702 141	215 823	279 667	113 868	92 783
1976	804 209	19 363	784 846	242 470	315 585	125 208	101 583
1977	927 734	22 035	905 699	278 372	369 798	140 044	117 486
1975 1. Vj.	171 842	4 977	166 864	53 869	62 413	28 365	22 217
2. Vj.	178 068	4 259	173 809	53 880	69 771	27 137	23 021
3. Vj.	175 235	3 786	171 450	52 855	67 491	27 842	23 262
4. Vj.	194 650	4 632	190 017	55 220	79 991	30 524	24 282
1976 1. Vj.	189 541	4 469	185 072	57 474	72 473	31 042	24 083
2. Vj.	199 451	4 612	194 839	61 555	78 212	29 836	25 236
3. Vj.	197 739	4 887	192 851	61 738	74 645	30 932	25 536
4. Vj.	217 479	5 394	212 085	61 703	90 255	33 399	26 729
1977 1. Vj.	225 472	5 500	219 973	69 555	87 255	35 376	27 787
2. Vj.	230 223	5 308	224 915	71 136	90 958	33 208	29 614
3. Vj.	226 059	5 258	220 801	68 657	88 115	34 710	29 320
4. Vj.	245 980	5 970	240 010	69 025	103 470	36 751	30 765
1978 1. Vj.	230 478	5 622	224 855	67 581	92 175	35 850	29 249
2. Vj.	239 858	5 927	233 931	72 805	95 516	34 663	30 948
3. Vj.	236 185	5 486	230 699	71 983	93 936	35 359	29 422

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ab 1968 ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (bisheriges Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

[2]) Ohne Saarland und Berlin.

noch Tabelle 34*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe [1])

b) Inland

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
1953 [2])	110 894	5 729	105 166	32 617	26 591	25 482	20 476
1954 [2])	122 424	6 014	116 410	36 985	30 353	26 958	22 113
1955 [2])	144 717	6 790	137 927	45 148	38 234	30 297	24 247
1956 [2])	159 570	7 639	151 931	48 594	42 030	33 668	27 638
1957 [2])	169 166	8 293	160 873	50 518	44 475	36 247	29 633
1958 [2])	174 201	7 757	166 445	51 186	48 143	36 064	31 052
1959 [2])	189 904	7 689	182 215	57 447	53 595	38 525	32 647
1960	225 616	9 142	216 474	69 191	65 721	44 887	36 676
1961	244 016	8 834	235 182	72 372	74 643	48 676	39 491
1962	259 081	8 947	250 134	74 150	80 477	52 461	43 045
1963	266 359	9 398	256 961	75 379	82 946	53 620	45 015
1964	292 167	8 833	283 334	85 370	90 743	58 643	48 578
1965	315 772	8 426	307 346	90 772	90 779	64 413	52 382
1966	312 720	8 026	313 694	91 897	101 177	66 390	54 229
1967	309 301	7 494	301 807	88 935	93 655	62 553	56 665
1968	325 238	7 458	317 780	98 342	96 190	65 664	57 584
1969	377 570	8 051	369 518	113 945	120 771	73 786	61 016
1970	416 978	9 266	407 711	124 821	140 953	77 748	64 189
1971	442 223	9 529	432 694	126 536	152 664	84 428	69 066
1972	465 298	9 684	455 613	131 601	159 102	91 707	73 203
1973	511 627	10 541	501 086	151 272	172 073	97 043	80 698
1974	556 039	14 150	541 888	179 007	177 139	101 451	84 291
1975	548 226	13 466	534 759	164 115	182 642	99 630	88 372
1976	606 479	15 345	591 134	184 557	202 450	107 621	96 506
1977	701 717	18 195	683 522	215 022	238 006	120 456	110 038
1975 1. Vj.	130 607	3 733	126 873	40 117	40 761	24 814	21 181
2. Vj.	135 144	3 234	131 909	41 047	45 128	23 757	21 977
3. Vj.	134 950	2 928	132 024	40 799	44 750	24 340	22 135
4. Vj.	147 526	3 572	143 953	42 154	52 002	26 719	23 078
1976 1. Vj.	143 769	3 622	140 147	43 203	47 327	26 764	22 853
2. Vj.	150 608	3 630	146 978	46 972	50 471	25 556	23 979
3. Vj.	149 539	3 780	145 758	47 342	47 620	25 517	24 279
4. Vj.	162 564	4 312	158 252	47 040	57 032	28 785	25 396
1977 1. Vj.	171 048	4 706	166 342	53 649	56 316	30 314	26 062
2. Vj.	174 125	4 347	169 779	54 747	58 901	28 439	27 693
3. Vj.	171 920	4 214	167 706	53 513	56 923	29 882	27 388
4. Vj.	184 623	4 928	179 695	53 113	65 866	31 821	28 895
1978 1. Vj.	173 495	4 604	168 891	51 548	59 175	30 799	27 368
2. Vj.	180 783	4 696	176 088	55 642	61 881	29 738	28 827
3. Vj.	178 224	4 244	173 980	54 996	61 122	30 388	27 475

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ab 1968 ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (bisheriges Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

[2]) Ohne Saarland und Berlin.

noch Tabelle 34*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe [1])

c) Ausland

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
1953 [2])	15 268	1 593	13 675	4 312	7 556	1 626	182
1954 [2])	18 519	1 704	16 816	5 212	9 277	2 096	230
1955 [2])	21 795	1 674	20 121	6 165	11 262	2 416	279
1956 [2])	26 076	1 813	24 263	7 823	13 440	2 614	385
1957 [2])	30 385	1 893	28 492	9 122	16 159	2 784	427
1958 [2])	30 868	1 820	29 048	8 804	17 110	2 662	472
1959 [2])	33 752	1 711	32 041	9 967	18 573	2 966	535
1960	40 757	2 232	38 525	12 395	21 957	3 572	601
1961	43 003	2 177	40 826	12 828	23 651	3 672	675
1962	44 947	2 176	42 772	13 057	25 175	3 827	713
1963	48 950	2 303	46 647	14 068	27 458	4 288	833
1964	54 637	2 192	52 445	15 561	30 917	5 013	953
1965	58 840	2 180	56 660	17 389	32 935	5 305	1 031
1966	66 309	2 074	64 236	19 694	37 508	5 964	1 069
1967	71 358	1 979	69 379	22 243	39 366	6 459	1 311
1968	80 361	2 107	78 254	23 699	45 616	7 454	1 485
1969	92 967	2 028	90 939	27 201	53 001	8 938	1 799
1970	101 432	2 390	99 042	30 038	57 848	9 319	1 837
1971	109 321	2 563	106 757	31 203	63 274	10 235	2 045
1972	118 663	2 512	116 152	33 681	69 068	11 082	2 321
1973	142 309	2 832	139 477	42 284	80 954	13 222	3 017
1974	179 863	4 362	175 501	62 723	93 012	15 518	4 248
1975	171 569	4 188	167 382	51 708	97 025	14 238	4 411
1976	197 730	4 018	193 712	57 913	113 135	17 587	5 077
1977	226 017	3 839	222 178	63 350	131 792	19 588	7 448
1975 1. Vj.	41 235	1 244	39 991	13 752	21 652	3 551	1 036
2. Vj.	42 924	1 025	41 900	12 833	24 643	3 380	1 044
3. Vj.	40 285	858	39 426	12 056	22 741	3 502	1 127
4. Vj.	47 124	1 060	46 064	13 066	27 989	3 805	1 204
1976 1. Vj.	45 772	847	44 925	14 271	25 146	4 278	1 230
2. Vj.	48 843	982	47 861	14 583	27 741	4 280	1 257
3. Vj.	48 200	1 107	47 093	14 396	27 025	4 415	1 257
4. Vj.	54 915	1 082	53 833	14 663	33 223	4 614	1 333
1977 1. Vj.	54 424	793	53 631	15 906	30 939	5 062	1 725
2. Vj.	56 098	961	55 136	16 389	32 057	4 769	1 921
3. Vj.	54 139	1 043	53 096	15 144	31 193	4 827	1 932
4. Vj.	61 356	1 042	60 315	15 911	37 604	4 930	1 870
1978 1. Vj.	56 983	1 019	55 965	16 033	32 999	5 051	1 881
2. Vj.	59 074	1 231	57 843	17 163	33 635	4 925	1 121
3. Vj.	57 961	1 242	56 719	16 987	32 814	4 971	1 947

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (bisheriges Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

[2]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 35*

Index der Produktion im Produzierenden Gewerbe [1])

1970 = 100

Zeitraum	Index der Nettoproduktion [2]): Insgesamt [3])	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe: zusammen	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe: zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter (produzierendes Gewerbe)	Verbrauchsgüter (produzierendes Gewerbe)	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	Index der Bruttoproduktion [4]): Investitionsgüter [5])	Verbrauchsgüter [5])
1962	66,2	66,6	106,7	65,0	58,9	64,2	72,8	72,2	68,6	66,5
1963	68,5	68,7	108,1	67,2	61,1	66,5	74,2	75,7	69,3	69,6
1964	73,9	74,1	108,9	72,7	68,7	71,1	78,9	79,9	73,0	74,8
1965	77,7	78,0	104,4	77,0	72,3	75,9	83,8	83,2	76,9	80,0
1966	78,7	78,8	99,5	78,0	74,3	76,0	84,4	85,9	78,0	79,9
1967	76,5	76,5	92,0	75,9	75,6	71,4	80,1	88,1	73,7	74,7
1968	83,6	83,7	90,7	83,4	85,3	77,9	87,7	92,1	78,2	83,3
1969	94,4	94,6	93,3	94,6	95,6	92,0	97,2	97,1	91,0	95,1
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	101,6	101,1	99,5	101,1	100,5	99,1	104,0	104,7	100,9	102,4
1972	106,2	104,9	95,7	105,2	105,7	101,9	110,6	106,9	104,7	106,8
1973	112,8	111,8	94,4	112,3	116,0	109,9	113,5	110,6	108,7	110,7
1974	110,5	109,6	93,7	110,1	115,4	106,5	108,5	112,1	107,3	102,9
1975	103,6	102,8	89,0	103,3	101,1	101,9	103,0	112,8	103,5	100,1
1976	110,7	110,1	86,6	110,9	111,5	109,0	110,2	116,7	105,8	109,6
1977	113,7	113,5	83,7	114,5	112,3	115,0	114,4	117,9	109,5	117,2
1974 1. Vj.	109,2	109,2	98,6	109,5	114,9	106,8	109,8	105,9	103,3	106,8
2. Vj.	119,1	118,1	92,4	119,0	124,9	116,1	117,4	117,2	115,3	111,0
3. Vj.	102,6	101,2	86,6	101,7	113,2	94,5	96,9	106,6	96,5	89,8
4. Vj.	111,7	110,5	97,4	110,9	109,0	109,9	111,4	117,6	115,4	105,3
1975 1. Vj.	101,4	101,2	96,6	101,3	99,9	98,7	103,9	109,4	97,9	100,1
2. Vj.	106,8	106,1	89,7	106,6	103,5	107,7	104,1	113,9	108,2	102,3
3. Vj.	95,3	94,2	80,1	94,6	95,9	90,8	92,6	107,4	93,9	88,0
4. Vj.	111,1	110,1	89,9	110,7	105,2	111,4	112,1	119,0	114,6	110,7
1976 1. Vj.	105,8	106,0	89,7	106,5	106,3	105,4	107,9	108,5	100,1	110,2
2. Vj.	116,8	116,1	83,9	117,1	118,6	116,3	114,3	120,2	112,9	113,5
3. Vj.	103,5	102,2	80,8	102,9	109,7	96,2	100,5	113,0	93,9	97,2
4. Vj.	117,1	116,7	91,8	117,5	111,6	119,1	118,7	123,3	117,0	118,2
1977 1. Vj.	111,3	112,0	91,7	112,7	111,4	113,8	113,5	110,6	103,1	121,7
2. Vj.	119,3	119,1	77,8	120,4	118,7	122,4	118,1	120,8	114,5	121,5
3. Vj.	104,7	104,0	77,4	104,8	107,4	101,3	103,7	112,2	98,5	103,0
4. Vj.	119,9	119,5	87,7	120,5	112,1	123,5	123,0	125,9	123,1	123,4
1978 1. Vj.	112,2	112,4	90,3	113,1	111,4	112,9	114,4	115,3	102,9	121,9
2. Vj.	120,1	118,9	80,8	120,1	122,0	118,4	117,6	124,8	111,0	120,9
3. Vj. [6])	109,2	107,4	75,7	108,4	113,7	103,3	105,8	117,0	101,1	104,8

[1]) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt.
[2]) Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1969 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.
[3]) Einschließlich Elektrizitäts- und Gasversorgung sowie Baugewerbe (ohne Ausbaugewerbe).
[4]) Die Zuteilung von Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen zum jeweiligen Güterbereich erfolgt annäherungsweise nach der Zulassungsstatistik für Kraftfahrzeuge.
[5]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.
[6]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 36*

Beschäftigte im Bergbau und

in

Zeitraum	Insgesamt		Bergbau		Ver	
					zusammen	
	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter
1950 [1])	4 797	4 054	571	528	4 226	3 526
1951	5 332	4 509	593	548	4 739	3 961
1952	5 518	4 633	614	568	4 903	4 066
1953	5 751	4 814	643	591	5 108	4 222
1954	6 062	5 070	642	588	5 420	4 482
1955	6 576	5 498	644	587	5 932	4 910
1956	6 991	5 820	653	594	6 338	5 226
1957	7 221	5 984	668	606	6 553	5 378
1958	7 273	5 979	657	593	6 616	5 385
1959	7 301	5 949	613	549	6 688	5 400
1960	8 081	6 545	616	547	7 465	5 998
1961	8 316	6 674	586	517	7 730	6 157
1962	8 339	6 623	549	481	7 790	6 141
1963	8 264	6 500	517	452	7 747	6 049
1964	8 301	6 491	497	432	7 804	6 059
1965	8 460	6 578	474	410	7 986	6 168
1966	8 385	6 452	435	373	7 949	6 079
1967	7 843	5 927	378	321	7 465	5 606
1968	7 899	5 967	337	285	7 562	5 682
1969	8 308	6 284	318	266	7 991	6 018
1970	8 384	6 296	310	259	8 075	6 037
1971	8 320	6 170	306	254	8 014	5 916
1972	8 129	5 964	282	233	7 847	5 731
1973	8 159	5 954	261	214	7 899	5 741
1974	7 943	5 738	252	206	7 691	5 531
1975	7 430	5 289	254	208	7 176	5 082
1976	7 250	5 171	246	200	7 004	4 971
1977	7 259	5 166	240	195	7 019	4 971
1975 1. Vj.	7 579	5 410	254	208	7 326	5 203
2. Vj.	7 454	5 308	254	208	7 200	5 100
3. Vj.	7 385	5 255	255	208	7 131	5 046
4. Vj.	7 300	5 184	253	206	7 047	4 978
1976 1. Vj.	7 207	5 123	248	202	6 959	4 921
2. Vj.	7 223	5 148	246	201	6 976	4 947
3. Vj.	7 284	5 208	246	200	7 038	5 008
4. Vj.	7 287	5 206	244	199	7 043	5 008
1977 1. Vj.	7 244	5 154	242	196	7 002	4 957
2. Vj.	7 236	5 150	239	194	6 996	4 955
3. Vj.	7 287	5 191	240	195	7 047	4 997
4. Vj.	7 268	5 168	239	194	7 029	4 974
1978 1. Vj.	7 220	5 119	236	192	6 983	4 928
2. Vj.	7 191	5 099	234	189	6 957	4 910
3. Vj.	7 239	5 138	232	188	7 007	4 950

[1]) Gliederung nach Betrieben (bisheriges Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

Tabelle 36*

im Verarbeitenden Gewerbe [1])

1 000

arbeitendes Gewerbe								
Grundstoff- und Produktionsgüter-gewerbe		Investitionsgüter produzierendes Gewerbe		Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe		Nahrungs- und Genußmittelgewerbe		Zeitraum
Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	
1 095	915	1 457	1 186	1 336	1 160	338	226	1950 [2])
1 202	1 004	1 679	1 372	1 501	1 303	357	282	1951 [2])
1 243	1 030	1 776	1 440	1 508	1 302	376	294	1952 [2])
1 248	1 029	1 866	1 503	1 605	1 386	389	304	1953 [2])
1 313	1 080	2 020	1 631	1 684	1 457	403	314	1954 [2])
1 422	1 170	2 302	1 867	1 787	1 545	421	328	1955 [2])
1 496	1 225	2 522	2 035	1 879	1 622	442	344	1956 [2])
1 538	1 254	2 650	2 126	1 906	1 642	458	356	1957 [2])
1 539	1 243	2 722	2 168	1 888	1 614	467	360	1958 [2])
1 564	1 256	2 793	2 205	1 864	1 583	467	356	1959 [2])
1 722	1 379	3 232	2 536	2 005	1 699	506	384	1960
1 784	1 416	3 398	2 641	2 033	1 713	514	387	1961
1 771	1 390	3 462	2 659	2 033	1 702	524	391	1962
1 750	1 358	3 454	2 623	2 015	1 678	528	390	1963
1 770	1 366	3 508	2 648	2 006	1 663	522	382	1964
1 804	1 384	3 629	2 726	2 032	1 680	520	379	1965
1 771	1 339	3 617	2 683	2 040	1 679	521	379	1966
1 670	1 237	3 385	2 461	1 902	1 544	507	364	1967
1 682	1 243	3 466	2 530	1 908	1 549	505	359	1968
1 750	1 288	3 741	2 750	1 990	1 619	510	361	1969
1 793	1 309	3 857	2 823	1 922	1 553	503	352	1970
1 767	1 273	3 855	2 780	1 889	1 514	503	349	1971
1 724	1 228	3 762	2 675	1 866	1 486	495	342	1972
1 730	1 228	3 836	2 720	1 839	1 455	494	338	1973
1 700	1 196	3 799	2 670	1 713	1 340	479	325	1974
1 608	1 111	3 543	2 446	1 574	1 220	451	305	1975
1 564	1 081	3 468	2 398	1 534	1 196	438	297	1976
1 547	1 061	3 502	2 423	1 531	1 192	439	295	1977
1 633	1 132	3 627	2 513	1 612	1 252	454	306	1975 1. Vj.
1 617	1 120	3 554	2 454	1 581	1 225	448	301	2. Vj.
1 601	1 107	3 514	2 422	1 561	1 208	455	309	3. Vj.
1 579	1 087	3 478	2 394	1 542	1 193	448	304	4. Vj.
1 549	1 066	3 446	2 374	1 529	1 187	435	294	1976 1. Vj.
1 562	1 080	3 451	2 384	1 530	1 192	433	292	2. Vj.
1 575	1 092	3 482	2 412	1 538	1 201	443	303	3. Vj.
1 570	1 085	3 493	2 421	1 539	1 202	440	300	4. Vj.
1 545	1 060	3 493	2 416	1 530	1 191	434	290	1977 1. Vj.
1 549	1 064	3 490	2 415	1 524	1 187	434	290	2. Vj.
1 553	1 068	3 515	2 432	1 534	1 195	445	302	3. Vj.
1 540	1 053	3 511	2 428	1 535	1 195	442	298	4. Vj.
1 522	1 036	3 504	2 417	1 527	1 187	430	287	1978 1. Vj.
1 521	1 037	3 488	2 405	1 520	1 181	429	287	2. Vj.
1 529	1 044	3 512	2 423	1 525	1 186	440	297	3. Vj.

[2]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 37*

Geleistete Arbeiterstunden im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe [1]

Mio

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
1950 [2]	9 240	1 152	8 088	2 146	2 723	2 594	624
1951 [2]	10 218	1 204	9 014	2 348	3 156	2 851	659
1952 [2]	10 501	1 203	9 273	2 398	3 317	2 861	695
1953 [2]	10 885	1 258	9 627	2 388	3 433	3 085	721
1954 [2]	11 516	1 218	10 298	2 541	3 777	3 234	746
1955 [2]	12 484	1 213	11 271	2 738	4 319	3 436	778
1956 [2]	12 952	1 218	11 734	2 809	4 557	3 560	807
1957 [2]	12 624	1 188	11 436	2 714	4 478	3 430	813
1958 [2]	12 377	1 134	11 242	2 624	4 545	3 272	801
1959 [2]	12 231	1 014	11 217	2 654	4 558	3 221	783
1960	13 393	1 026	12 368	2 900	5 230	3 407	831
1961	13 403	962	12 441	2 923	5 352	3 345	821
1962	12 998	889	12 109	2 802	5 219	3 269	819
1963	12 579	833	11 746	2 713	5 070	3 154	810
1964	12 609	795	11 814	2 758	5 133	3 130	793
1965	12 654	738	11 916	2 764	5 250	3 123	779
1966	12 221	656	11 565	2 632	5 090	3 071	772
1967	10 986	545	10 441	2 391	4 521	2 787	742
1968	11 322	497	10 826	2 444	4 792	2 860	730
1969	11 946	465	11 481	2 546	5 247	2 960	728
1970	11 906	441	11 465	2 557	5 382	2 811	715
1971	11 395	423	10 973	2 416	5 136	2 717	704
1972	10 898	372	10 526	2 320	4 870	2 655	681
1973	10 839	346	10 492	2 315	4 947	2 560	670
1974	10 162	340	9 821	2 196	4 679	2 311	635
1975	9 077	335	8 742	1 918	4 161	2 069	594
1976	9 151	318	8 833	1 933	4 222	2 095	582
1977	8 995	299	8 695	1 866	4 209	2 060	560
1975 1. Vj.	2 294	86	2 207	485	1 049	527	146
2. Vj.	2 286	84	2 202	486	1 054	517	145
3. Vj.	2 195	82	2 112	468	999	495	150
4. Vj.	2 300	82	2 220	479	1 059	529	153
1976 1. Vj.	2 287	82	2 205	477	1 054	531	143
2. Vj.	2 280	77	2 203	484	1 057	521	141
3. Vj.	2 220	79	2 141	479	1 011	504	148
4. Vj.	2 365	81	2 284	493	1 099	540	151
1977 1. Vj.	2 307	80	2 227	473	1 084	531	138
2. Vj.	2 236	70	2 165	468	1 050	511	136
3. Vj.	2 165	73	2 092	457	1 001	494	141
4. Vj.	2 286	76	2 211	468	1 074	524	145
1978 1. Vj.	2 226	76	2 150	454	1 045	516	135
2. Vj.	2 213	70	2 143	461	1 037	509	136
3. Vj.	2 118	68	2 050	446	985	482	138

[1] Gliederung nach Betrieben (bisheriges Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

[2] Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 38*

Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe [1])

1970 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
1962	66,0	56,9	66,5	57,2	71,2	68,2	68,4
1963	69,7	61,4	69,9	60,7	74,8	71,4	71,6
1964	75,1	64,6	75,6	67,4	79,4	76,9	77,3
1965	78,5	66,3	79,1	70,2	82,7	82,0	81,8
1966	81,1	70,0	81,6	74,7	84,0	83,3	84,9
1967	85,8	76,5	86,1	82,2	86,7	85,4	89,1
1968	90,8	81,9	91,1	90,7	89,6	90,8	93,7
1969	97,0	89,3	97,2	96,7	96,9	97,3	98,2
1970	100	100	100	100	100	100	100
1971	104,7	103,0	104,9	105,2	102,8	107,2	105,9
1972	112,1	111,3	112,1	114,1	109,3	115,7	110,7
1973	119,1	117,0	119,2	124,1	115,4	122,5	115,0
1974	122,9	117,7	123,0	128,3	116,8	127,6	122,0
1975	127,5	113,8	127,9	125,6	124,1	135,0	130,7
1976	137,7	116,7	138,4	138,8	133,3	146,2	140,3
1977	144,7	119,2	145,3	144,1	141,2	155,0	150,0
1973 1. Vj.	115,3	119,0	115,1	119,3	112,8	119,3	110,3
2. Vj.	119,9	115,0	119,8	126,3	116,2	121,9	115,9
3. Vj.	119,0	113,8	119,1	127,0	111,9	122,0	114,9
4. Vj.	122,6	119,9	122,7	124,3	120,4	126,8	118,9
1974 1. Vj.	119,5	119,3	119,5	126,1	114,2	124,6	115,9
2. Vj.	124,2	118,0	124,3	132,9	117,6	128,2	122,2
3. Vj.	123,7	113,4	124,0	132,4	115,1	126,6	122,9
4. Vj.	124,1	120,1	124,3	122,1	120,4	131,5	126,9
1975 1. Vj.	121,6	117,6	121,9	121,1	116,4	130,1	125,1
2. Vj.	126,9	112,5	127,4	124,9	125,1	131,9	130,3
3. Vj.	126,9	107,5	127,7	126,7	121,6	134,2	130,8
4. Vj.	134,6	117,2	135,0	130,3	132,6	143,8	136,8
1976 1. Vj.	132,8	117,8	133,3	133,8	129,3	141,4	132,9
2. Vj.	139,0	114,0	139,6	142,9	134,6	145,0	140,3
3. Vj.	137,1	112,5	137,8	142,3	128,4	144,9	140,5
4. Vj.	142,0	122,2	142,6	136,0	140,5	153,4	146,7
1977 1. Vj.	140,4	122,3	140,9	141,0	137,3	150,8	142,9
2. Vj.	145,1	114,2	145,8	147,1	142,2	152,2	148,7
3. Vj.	143,9	117,3	144,5	145,6	137,3	154,0	149,0
4. Vj.	149,4	123,2	150,2	142,7	147,7	163,0	157,9
1978 1. Vj.	143,9	126,4	144,3	145,1	138,9	154,1	151,3
2. Vj.	150,2	121,3	151,0	155,6	143,4	157,3	159,1
3. Vj.	150,0	120,9	150,5	156,3	141,3	157,0	156,3

[1]) Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

Tabelle 39*

Baugenehmigungen

Zeitraum	Genehmigungen für Hochbauten [1]								Öffentliche Aufträge für Tiefbauten
	umbauter Raum [2]				veranschlagte reine Baukosten [3]				
	insgesamt	Wohnbauten	Nichtwohnbauten: Unternehmen, freie Berufe, private Haushalte	Nichtwohnbauten: Gebietskörperschaften [4]	insgesamt	Wohnbauten	Nichtwohnbauten: Unternehmen, freie Berufe, private Haushalte	Nichtwohnbauten: Gebietskörperschaften [4]	
	1 000 cbm				Mio DM				1970=100
1950 [5]	.	140 665	.	.	.	5 243	.	.	.
1951 [5]	.	139 448	.	.	.	5 337	.	.	.
1952 [5]	230 108	135 652	94 456		9 693	6 216	3 478		.
1953 [5]	245 968	163 649	82 319		11 370	7 860	3 510		.
1954 [5]	282 134	185 592	96 542		13 375	9 062	4 313		.
1955 [5]	309 971	195 519	114 452		15 488	10 063	5 425		.
1956 [5]	304 198	180 298	123 900		16 129	10 061	6 060		.
1957 [5]	286 391	174 078	88 877	23 436	16 404	10 459	3 877	2 068	.
1958 [5]	311 254	193 297	89 514	28 443	19 208	12 386	4 209	2 612	.
1959 [5]	343 689	210 904	103 353	29 432	22 136	14 321	4 940	2 875	.
1960	392 427	234 427	124 073	33 927	27 491	17 253	6 624	3 614	.
1961	422 657	248 592	135 029	39 046	31 685	19 851	7 527	4 307	.
1962	427 301	253 459	133 795	40 047	34 675	22 176	7 445	5 055	57,5
1963	383 726	229 774	113 144	40 808	34 189	21 836	6 768	5 586	60,4
1964	429 635	246 181	136 895	46 559	40 738	25 397	8 676	6 665	63,0
1965	441 163	259 257	134 819	47 087	44 879	28 534	9 140	7 205	70,7
1966	421 309	245 143	135 531	40 635	44 680	28 555	9 617	6 508	65,1
1967	378 533	219 319	119 593	39 621	41 483	26 062	8 898	6 523	70,4
1968	400 265	226 408	131 122	42 736	43 187	27 031	9 351	6 805	85,9
1969	470 178	242 236	183 995	43 947	49 521	29 541	12 992	6 988	102,3
1970	497 264	266 573	182 286	48 405	59 058	35 529	14 874	8 655	100
1971	542 783	313 124	178 438	50 815	73 588	47 011	16 620	9 957	88,0
1972	567 237	343 057	176 569	47 611	87 234	57 221	19 421	10 592	107,9
1973	520 450	303 315	171 785	45 350	85 939	55 732	19 362	10 846	111,0
1974	388 207	209 250	122 615	56 342	72 217	41 964	15 128	15 125	125,8
1975	384 504	190 694	139 608	54 201	74 271	40 482	18 371	15 418	127,5
1976	374 090	210 227	127 063	36 800	72 857	46 338	16 172	10 347	125,6
1977	353 042	205 056	117 944	30 042	71 309	46 773	15 396	9 140	138,9
1975 1. Vj.	75 812	39 691	23 886	12 235	14 576	8 243	3 077	3 257	91,1
2. Vj.	91 483	40 019	29 189	13 275	14 994	10 426	3 998	3 570	135,0
3. Vj.	107 658	51 868	40 256	15 535	20 556	11 189	5 062	4 304	142,2
4. Vj.	108 868	49 750	45 849	13 269	20 651	10 618	6 201	3 832	141,6
1976 1. Vj.	90 941	50 117	30 492	10 332	18 001	10 960	4 386	2 655	90,2
2. Vj.	101 189	59 724	32 819	8 646	19 606	13 196	4 110	2 300	117,8
3. Vj.	96 963	54 646	32 566	9 751	18 944	12 087	4 013	2 844	153,8
4. Vj.	83 052	45 245	29 135	8 672	16 164	10 041	3 606	2 517	140,5
1977 1. Vj.	71 840	41 683	23 494	6 663	14 482	9 391	3 047	2 044	82,7
2. Vj.	92 062	54 123	30 629	7 310	18 175	12 288	3 756	2 131	143,1
3. Vj.	96 782	56 827	32 467	7 488	19 479	12 995	4 245	2 239	165,7
4. Vj.	91 212	51 831	30 574	8 807	19 039	12 012	4 136	2 891	164,1
1978 1. Vj.	82 157	48 135	27 024	6 998	16 914	11 235	3 517	2 162	110,0
2. Vj.	111 549	67 297	35 316	8 936	23 054	16 007	4 574	2 473	162,6
3. Vj.	116 161	67 470	38 970	9 721	24 410	16 232	5 259	2 919	184,4

[1]) Die Vierteljahreszahlen umfassen, da die Meldungen der Baugenehmigungsbehörden teilweise nicht termingerecht eingehen, nicht immer alle Baugenehmigungen des Berichtsvierteljahres.
[2]) Ab 1963 nur Neu- und Wiederaufbau (einschließlich Umbau ganzer Gebäude).
[3]) Alle Baumaßnahmen.
[4]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.
[5]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 40*

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe

a) Wertindex 1971 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau				Tiefbau			
		zusammen	Wohnungsbau	sonstiger Hochbau – Auftraggeber		zusammen	Straßenbau	sonstiger Tiefbau	
				private [1])	öffentliche [2])			zusammen	darunter öffentlicher Tiefbau [2])
1972	104,9	109,6	121,4	100,7	99,9	97,1	98,1	96,5	100,7
1973	100,7	101,6	99,0	100,1	110,1	99,2	102,6	97,3	100,3
1974	90,1	86,0	75,1	79,7	121,4	97,0	104,7	92,4	99,8
1975	96,2	90,9	78,5	93,2	114,3	105,1	107,8	103,4	111,8
1976	90,3	87,4	83,2	87,8	95,4	95,2	106,2	88,7	95,3
1977	104,4	97,4	100,1	94,1	96,7	116,8	132,6	107,5	112,8
1971 1. Vj.	90,0	92,6	91,5	94,1	92,2	85,8	78,0	90,5	87,1
2. Vj.	120,0	115,3	109,0	119,7	121,4	127,8	134,8	123,6	131,6
3. Vj.	106,1	105,8	105,2	107,4	104,2	106,6	115,1	101,6	102,0
4. Vj.	83,8	86,2	94,3	78,8	82,2	79,8	72,1	84,4	79,3
1972 1. Vj.	93,9	101,5	118,0	93,4	80,3	81,4	75,2	85,1	83,2
2. Vj.	117,2	119,3	131,5	107,0	114,9	113,9	123,2	108,3	114,1
3. Vj.	114,5	117,9	125,2	113,1	110,8	108,8	120,6	101,8	108,7
4. Vj.	93,7	99,5	110,7	89,1	93,8	84,2	73,4	90,6	96,8
1973 1. Vj.	98,2	106,6	113,8	103,8	96,0	84,1	74,8	89,6	85,2
2. Vj.	119,0	118,5	123,4	119,3	105,9	120,0	124,3	117,5	117,7
3. Vj.	107,2	104,3	88,2	109,9	129,4	111,8	132,4	99,6	106,1
4. Vj.	78,4	76,9	70,4	67,5	108,9	80,9	78,8	82,1	92,4
1974 1. Vj.	75,6	78,9	71,8	79,9	92,8	70,1	64,7	73,2	71,3
2. Vj.	103,2	96,6	93,5	89,8	115,7	114,1	125,3	107,5	121,6
3. Vj.	98,6	87,7	73,2	75,9	141,6	116,6	136,5	104,7	112,0
4. Vj.	82,8	80,4	61,7	73,1	135,3	86,9	92,0	83,9	93,9
1975 1. Vj.	78,3	76,9	64,2	84,2	91,7	80,6	68,8	87,7	92,2
2. Vj.	110,4	100,2	86,3	101,1	129,3	127,5	132,3	124,6	130,7
3. Vj.	103,1	97,5	82,2	105,6	116,3	112,3	134,7	99,0	107,7
4. Vj.	93,1	89,1	81,4	81,8	119,8	99,8	95,5	102,3	116,6
1976 1. Vj.	80,0	82,8	84,1	77,4	89,7	75,2	64,1	81,8	87,4
2. Vj.	99,0	96,6	92,1	102,9	94,5	103,0	119,5	93,2	98,7
3. Vj.	96,2	86,4	83,7	85,4	94,0	112,6	142,4	94,9	104,7
4. Vj.	86,0	83,6	72,8	85,6	103,5	90,1	98,9	84,9	90,4
1977 1. Vj.	82,0	82,3	85,3	84,6	70,8	81,4	78,9	82,9	79,7
2. Vj.	114,1	104,1	107,9	97,7	106,7	131,5	161,9	113,5	119,0
3. Vj.	115,9	102,1	102,5	96,1	112,1	140,0	175,3	119,2	125,6
4. Vj.	105,7	100,9	104,6	97,9	97,1	114,1	114,2	114,2	126,7
1978 1. Vj.	102,5	101,8	116,1	91,2	87,2	103,5	96,3	107,8	113,3
2. Vj.	142,0	127,5	141,8	111,5	122,8	167,3	184,4	157,2	173,7
3. Vj. [3])	145,3	131,2	138,5	112,6	147,8	170,1	205,9	148,9	163,7

[1]) Gewerblicher und industrieller Bau für Unternehmen (einschließlich Bundesbahn und Bundespost), landwirtschaftlicher Bau.
[2]) Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbscharakter, sonstige öffentliche Auftraggeber.
[3]) Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 40*

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe

b) Volumenindex 1971 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau			Tiefbau		
		zusammen	Wohnungsbau	sonstiger Hochbau	zusammen	Straßenbau	sonstiger Tiefbau
1972	100,4	103,7	114,0	95,6	95,0	96,8	93,8
1973	91,8	91,0	87,8	93,5	93,2	97,8	90,6
1974	77,6	73,6	63,5	81,7	84,2	91,1	80,1
1975	81,7	77,1	65,5	86,3	89,5	91,8	88,3
1976	74,6	71,7	67,3	75,1	79,8	89,2	74,2
1977	82,7	76,0	77,0	75,1	95,0	108,6	87,0
1971 1. Vj.	93,2	96,2	95,3	96,7	88,5	80,3	93,4
2. Vj.	119,3	114,8	108,7	119,6	126,7	133,7	122,7
3. Vj.	104,6	104,1	103,4	104,7	105,4	114,0	100,3
4. Vj.	82,7	84,7	92,4	78,8	79,3	72,0	83,7
1972 1. Vj.	91,6	98,2	113,5	86,5	80,7	75,0	84,0
2. Vj.	112,1	112,7	123,4	104,4	111,4	121,4	105,3
3. Vj.	108,9	110,6	116,5	106,0	106,0	118,6	98,5
4. Vj.	88,9	93,1	102,7	85,5	81,8	72,0	87,4
1973 1. Vj.	91,9	98,1	103,6	93,8	80,9	72,9	85,5
2. Vj.	107,7	105,3	108,7	102,5	112,3	118,3	108,8
3. Vj.	96,5	92,2	77,1	104,0	104,1	125,5	91,9
4. Vj.	71,0	68,5	61,9	73,8	75,5	74,6	76,1
1974 1. Vj.	67,1	69,5	62,2	75,3	62,8	58,1	65,6
2. Vj.	88,4	82,2	78,7	85,1	98,9	108,9	93,0
3. Vj.	84,0	74,4	61,2	84,9	100,2	117,8	89,8
4. Vj.	70,8	68,5	51,8	81,7	74,7	79,5	71,9
1975 1. Vj.	67,1	65,8	53,9	75,3	69,2	59,1	75,2
2. Vj.	93,6	84,8	71,8	95,1	108,2	112,3	105,7
3. Vj.	87,3	82,4	68,4	93,5	95,6	114,5	84,8
4. Vj.	79,0	75,4	67,8	81,3	85,1	81,4	87,3
1976 1. Vj.	67,4	69,5	69,7	69,4	63,9	54,5	69,5
2. Vj.	82,0	79,6	74,9	83,3	86,3	100,3	78,0
3. Vj.	78,8	70,0	66,9	72,5	93,8	119,1	78,9
4. Vj.	70,3	67,5	57,9	75,1	75,1	82,9	70,5
1977 1. Vj.	66,5	65,9	67,3	64,7	67,6	65,9	68,5
2. Vj.	90,6	81,4	83,3	79,9	107,4	133,2	92,2
3. Vj.	91,1	78,9	78,0	79,6	113,2	142,8	95,9
4. Vj.	82,7	77,7	79,3	76,1	91,8	92,5	91,4
1978 1. Vj.	79,2	77,4	87,3	69,2	82,4	77,3	85,4
2. Vj.	107,7	95,1	104,0	87,3	130,7	145,3	122,2
3. Vj. [1]	107,6	95,5	99,4	92,1	129,7	158,4	113,0

[1]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 41*

Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe

Wertindex 1971 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau				Tiefbau			
		zusammen	Wohnungsbau	sonstiger Hochbau (Auftraggeber)		zusammen	Straßenbau	sonstiger Tiefbau	
				private [1]	öffentliche [2]			zusammen	darunter öffentlicher Tiefbau [2]
1972	105,0	110,8	126,4	101,0	93,8	93,8	98,8	91,0	88,1
1973	104,7	107,6	115,2	103,3	98,6	99,3	108,0	94,5	92,6
1974	89,9	83,8	70,3	85,7	107,2	101,8	119,2	92,0	96,7
1975	88,9	83,3	64,9	92,0	106,8	99,6	110,0	93,8	100,7
1976	89,5	84,3	76,0	92,1	89,5	99,6	101,0	98,8	105,8
1977	84,7	76,7	68,4	86,8	80,4	101,0	114,4	93,5	100,5
1971 Mär	104,1	98,7	94,9	101,3	102,3	114,7	117,0	113,4	114,7
Jun	105,7	102,9	99,7	107,1	103,5	111,0	113,9	109,3	108,6
Sep	99,7	102,4	102,9	103,3	100,2	94,4	93,2	95,1	96,5
Dez	90,6	96,0	102,6	88,3	94,0	79,9	75,8	82,2	80,2
1972 Mär	101,7	106,0	120,6	96,0	91,5	93,5	98,1	90,9	86,2
Jun	106,6	110,6	128,1	98,5	93,2	98,8	105,2	95,3	91,7
Sep	107,8	114,2	129,1	104,8	98,2	95,4	101,9	91,7	88,6
Dez	103,8	112,2	127,7	105,0	92,3	87,4	89,9	86,0	85,7
1973 Mär	114,8	123,2	142,3	114,9	97,9	98,6	106,3	94,2	90,4
Jun	115,1	119,4	135,6	112,9	97,2	106,7	114,2	102,6	99,4
Sep	98,8	98,8	99,2	100,1	96,2	98,8	108,7	93,3	90,3
Dez	90,2	88,8	83,6	85,2	103,0	93,1	102,6	87,8	90,2
1974 Mär	90,1	86,7	79,3	83,6	104,9	96,7	109,5	89,6	89,9
Jun	92,9	86,6	72,7	89,9	108,8	105,1	123,4	94,8	100,1
Sep	91,7	83,3	66,9	89,9	105,7	108,2	131,6	95,1	100,7
Dez	84,9	78,7	62,1	79,3	109,5	97,0	112,2	88,5	96,0
1975 Mär	86,3	80,1	57,3	88,9	111,7	98,4	110,9	91,5	98,0
Jun	93,1	86,2	66,8	96,2	109,6	106,5	119,6	99,1	103,2
Sep	89,0	84,3	66,8	95,4	103,0	98,1	111,7	90,5	97,3
Dez	87,0	82,7	68,8	87,6	102,9	95,2	97,6	93,9	104,1
1976 Mär	94,2	88,2	74,7	95,8	103,6	106,0	100,8	108,9	117,9
Jun	94,7	89,6	84,7	97,1	88,9	104,6	105,5	104,1	108,7
Sep	88,6	83,5	76,2	91,4	86,7	98,5	104,6	95,1	102,2
Dez	80,3	75,7	68,2	84,1	78,9	89,2	92,9	87,2	94,3
1977 Mär	81,7	75,5	65,4	89,4	77,7	94,5	101,8	90,5	96,0
Jun	83,7	75,3	66,8	86,4	77,9	101,0	117,9	91,6	98,0
Sep	88,1	79,3	70,8	89,3	83,8	105,9	125,4	95,0	102,7
Dez	85,2	76,7	70,7	82,1	82,0	102,5	112,5	96,9	105,3
1978 Mär	97,2	86,9	84,7	90,1	87,1	118,4	129,2	112,4	120,7
Jun	106,8	93,4	90,5	97,4	94,2	134,2	149,7	125,5	132,4

[1]) Gewerblicher und industrieller Bau für Unternehmen (einschließlich Bundesbahn und Bundespost), landwirtschaftlicher Bau.
[2]) Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbscharakter, sonstige öffentliche Auftraggeber.

Tabelle 42*

Umsatz, Beschäftigte und Produktion im Bauhauptgewerbe [1])

Zeitraum	Umsatz [2]) insgesamt	Umsatz [2]) Wohnungsbau	Umsatz [2]) landwirtschaftlicher und gewerblicher Bau	Umsatz [2]) öffentlicher und Verkehrsbau	Beschäftigte [3])	Geleistete Arbeitsstunden [4])	Nettoproduktionsindex [5])
	Mio DM				1 000	Mio	1970 = 100
1950 [6])	6 182	.	.	.	913	1 811	.
1951 [6])	7 783	.	.	.	922	1 862	.
1952 [6])	9 237	.	.	.	945	1 899	.
1953 [6])	10 690	.	.	.	1 051	2 179	.
1954 [6])	11 722	5 470	2 827	3 424	1 095	2 262	.
1955 [6])	14 172	6 236	3 582	4 354	1 209	2 498	.
1956 [6])	15 638	6 695	4 026	4 918	1 217	2 551	.
1957 [6])	15 978	6 811	4 078	5 089	1 201	2 379	.
1958 [6])	17 172	7 366	4 101	5 705	1 206	2 340	.
1959 [6])	21 057	8 479	4 969	7 609	1 287	2 494	.
1960	25 018	9 706	6 411	8 882	1 406	2 604	.
1961	28 650	10 860	7 212	10 564	1 447	2 668	.
1962	33 359	12 149	7 665	13 532	1 526	2 706	76,0
1963	36 420	13 016	7 738	15 654	1 604	2 660	76,7
1964	42 617	15 097	8 872	18 649	1 643	2 908	84,9
1965	44 375	15 906	9 717	18 753	1 643	2 800	86,4
1966	46 878	16 896	10 312	19 670	1 619	2 793	87,2
1967	46 358	18 088	9 164	19 105	1 503	2 561	82,9
1968	29 711	11 451	6 487	11 772	1 524	2 556	86,7
1969	44 648	16 606	10 078	17 964	1 543	2 520	94,8
1970	57 578	20 092	13 794	23 692	1 567	2 606	100
1971	70 004	25 562	17 880	26 562	1 583	2 627	103,0
1972	77 560	30 959	18 651	27 950	1 571	2 614	110,3
1973	81 078	32 963	19 914	28 201	1 546	2 435	111,6
1974	78 794	29 984	18 490	30 320	1 387	2 139	104,1
1975	75 370	26 697	17 570	31 103	1 242	1 890	92,4
1976	78 398	28 326	19 359	30 712	1 222	1 844	95,2
1977	85 876	32 712	20 318	32 846	1 168	1 721	95,2
1976 1. Vj.	14 180	5 043	3 682	5 455	1 165	354	75,7
2. Vj.	17 324	6 437	4 493	6 394	1 235	508	109,3
3. Vj.	19 558	6 921	4 981	7 656	1 256	504	99,5
4. Vj.	27 335	9 925	6 203	11 207	1 233	478	97,1
1977 1. Vj.	13 740	5 388	3 592	4 760	1 128	374	78,2
2. Vj.	17 892	6 971	4 724	6 196	1 180	471	107,3
3. Vj.	20 593	7 825	5 078	7 690	1 192	454	97,5
4. Vj.	33 651	12 527	6 924	14 200	1 171	423	98,5
1978 1. Vj.	12 309	4 545	3 227	4 538	1 111	322	78,5
2. Vj.	15 539	5 935	4 030	5 574	1 169	470	113,4
3. Vj.	18 800	6 782	4 780	7 238	1 198	445	107,2

[1]) Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1967 (Nettoproduktionsindex bis 1969). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.
[2]) Nur baugewerblicher Umsatz. Ab 1968 ohne Umsatzsteuer; bis 1967 vorwiegend Zahlungseingang, ab 1968 vorwiegend vereinbarte Entgelte.
[3]) Bis 1976 ohne, ab 1977 einschließlich der unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen.
[4]) Von Inhabern, Angestellten, Arbeitern und Auszubildenden auf Bauhöfen und Baustellen geleistete Arbeitsstunden.
[5]) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt.
[6]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 43*

Einzelhandelsumsatz
1970 = 100

Zeitraum	Insgesamt [1])	darunter Einzelhandel mit: Waren verschiedener Art [2])	Nahrungs- und Genußmitteln	Textilwaren und Schuhen	Hausrat und Wohnbedarf	elektrotechnischen und optischen Erzeugnissen, Uhren	Papierwaren und Druckerzeugnissen	pharmazeutischen, kosmetischen u. ä. Erzeugnissen	Kohle und Mineralölerzeugnissen	Fahrzeugen, Maschinen, Büroeinrichtungen
	in jeweiligen Preisen									
1967	78,1	73,4	82,3	78,8	75,8	75,7	81,6	79,0	77,2	70,3
1968	81,5	80,2	86,1	80,6	77,7	78,6	85,2	85,1	83,8	68,5
1969	89,8	87,2	92,5	89,7	87,4	87,5	93,8	93,6	88,1	84,9
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	110,4	113,4	109,7	111,2	114,9	111,9	110,8	110,3	105,2	106,0
1972	121,0	126,4	120,0	122,7	130,0	126,1	119,9	119,6	107,0	110,9
1973	129,9	137,8	130,1	127,4	138,2	134,5	129,3	130,2	148,9	110,2
1974	136,9	151,5	137,0	134,1	144,5	148,0	141,4	142,3	160,7	103,5
1975	149,2	165,6	147,1	144,6	150,9	156,3	154,5	154,4	165,4	129,4
1976	159,8	172,4	159,1	149,3	157,9	163,3	162,5	162,9	191,5	148,4
1977	170,7	180,7	168,9	159,4	175,3	176,5	172,9	168,7	183,1	169,1
1977 1. Vj.	153,0	158,6	152,6	137,3	148,0	138,3	150,8	160,3	180,1	164,9
2. Vj.	166,6	166,2	173,0	148,3	161,4	145,3	147,0	169,1	180,2	181,7
3. Vj.	164,3	169,3	170,9	146,8	169,5	159,6	173,8	164,5	183,7	154,3
4. Vj.	201,5	229,7	185,2	205,2	223,9	263,0	219,5	182,7	189,1	176,5
1978 1. Vj.	163,9	168,4	167,1	145,8	156,5	151,1	159,7	169,3	200,5	172,1
2. Vj.	176,8	171,6	183,8	158,2	173,2	158,4	157,0	177,0	187,8	203,2
3. Vj. [3])	172,3	171,1	178,4	158,2	176,5	164,6	182,9	175,0	185,8	170,0
	in Preisen von 1970									
1967	81,2	76,2	84,4	82,3	79,1	77,3	88,3	84,7	80,8	75,3
1968	84,9	83,4	89,1	84,3	81,4	80,3	90,5	89,1	86,7	72,7
1969	92,6	90,0	94,2	93,1	91,1	88,9	97,8	96,4	93,7	89,2
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105,5	108,2	106,1	104,8	108,8	108,6	103,4	105,6	97,1	100,0
1972	110,4	115,4	110,4	109,2	118,5	118,5	108,9	109,9	97,8	100,5
1973	111,2	118,9	112,3	105,6	120,0	119,6	111,6	114,8	106,4	96,3
1974	109,3	121,6	112,7	103,2	115,9	120,3	113,0	118,7	93,3	84,4
1975	113,0	125,8	114,6	106,2	114,8	122,6	115,4	122,7	93,7	98,8
1976	117,0	128,0	118,9	106,1	116,9	127,1	117,1	126,0	100,9	110,0
1977	120,4	129,9	120,2	108,1	124,9	136,2	121,3	126,7	96,4	121,6
1977 1. Vj.	109,1	115,5	109,6	94,9	107,1	107,4	106,6	121,4	93,8	120,7
2. Vj.	117,2	119,7	121,7	101,3	115,5	112,3	103,2	127,3	95,1	130,1
3. Vj.	115,6	121,5	121,3	99,5	120,1	123,2	121,6	123,4	97,3	110,2
4. Vj.	141,5	163,6	132,7	137,0	157,8	202,0	153,1	136,0	99,3	126,0
1978 1. Vj.	113,8	118,6	118,4	96,0	108,6	114,8	110,1	125,9	104,3	121,8
2. Vj.	122,2	119,8	128,5	103,2	119,1	119,6	107,4	130,9	98,9	141,6
3. Vj. [3])	118,5	119,2	125,9	102,6	120,8	123,9	124,7	128,6	97,6	117,4

[1]) Einschließlich Einzelhandel mit sonstigen Waren.
[2]) Einschließlich Warenhäuser, Verbrauchermärkte.
[3]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 44*

Zahlungs

Mio

Zeitraum	Devisenbilanz [1])	Leistungsbilanz				
		insgesamt	Waren- und Dienstleistungsverkehr			Übertragungsbilanz [4])
			zusammen	Handelsbilanz [2])	Dienstleistungsbilanz [3])	
1950	− 564	− 427	− 2 492	− 3 012	+ 520	+ 2 065
1951	+ 2 038	+ 2 301	+ 772	− 149	+ 921	+ 1 529
1952	+ 2 900	+ 2 478	+ 2 318	+ 706	+ 1 612	+ 160
1953	+ 3 646	+ 3 873	+ 4 324	+ 2 516	+ 1 808	− 451
1954	+ 2 971	+ 3 669	+ 4 143	+ 2 698	+ 1 445	− 474
1955	+ 1 851	+ 2 235	+ 3 069	+ 1 245	+ 1 824	− 834
1956	+ 5 010	+ 4 459	+ 5 680	+ 2 897	+ 2 783	− 1 221
1957	+ 5 122	+ 5 901	+ 7 783	+ 4 083	+ 3 700	− 1 882
1958	+ 3 444	+ 5 998	+ 7 998	+ 4 954	+ 3 044	− 2 000
1959	− 1 692	+ 4 152	+ 7 431	+ 5 361	+ 2 070	− 3 279
1960	+ 8 019	+ 4 783	+ 8 271	+ 5 223	+ 3 048	− 3 488
1961	− 2 297	+ 3 193	+ 7 623	+ 6 615	+ 1 008	− 4 430
1962	− 877	− 1 580	+ 3 630	+ 3 477	+ 153	− 5 210
1963	+ 2 740	+ 991	+ 6 086	+ 6 032	+ 54	− 5 095
1964	+ 435	+ 524	+ 5 835	+ 6 081	− 246	− 5 311
1965	− 1 283	− 6 223	+ 154	+ 1 203	− 1 049	− 6 377
1966	+ 1 952	+ 488	+ 6 783	+ 7 958	− 1 175	− 6 295
1967	− 140	+10 006	+16 428	+16 862	− 434	− 6 422
1968	+ 7 009	+11 856	+19 168	+18 372	+ 796	− 7 312
1969	−14 361	+ 7 498	+16 248	+15 584	+ 664	− 8 750
1970	+22 650	+ 3 183	+12 942	+15 670	− 2 728	− 9 759
1971	+10 986	+ 3 082	+14 578	+15 892	− 1 314	−11 497
1972	+15 195	+ 2 474	+16 483	+20 278	− 3 795	−14 009
1973	+16 149	+11 496	+27 338	+32 979	− 5 641	−15 842
1974	− 9 137	+25 365	+41 718	+50 846	− 9 128	−16 353
1975	+ 3 260	+ 9 801	+27 290	+37 276	− 9 986	−17 489
1976	+ 1 301	+ 9 690	+27 675	+34 469	− 6 794	−17 985
1977	+ 2 570	+ 8 583	+26 799	+38 436	−11 637	−18 217
1975 1. Vj.	+ 4 998	+ 5 271	+ 9 036	+10 555	− 1 519	− 3 765
2. Vj.	− 3 953	+ 1 927	+ 6 029	+ 9 208	− 3 179	− 4 102
3. Vj.	− 2 686	− 971	+ 3 529	+ 8 270	− 4 741	− 4 500
4. Vj.	+ 4 901	+ 3 574	+ 8 695	+ 9 243	− 548	− 5 122
1976 1. Vj.	+ 9 781	+ 3 494	+ 7 565	+ 8 626	− 1 061	− 4 071
2. Vj.	− 3 581	+ 2 334	+ 6 950	+ 7 600	− 650	− 4 615
3. Vj.	+ 3 463	− 868	+ 3 856	+ 8 453	− 4 597	− 4 725
4. Vj.	− 8 362	+ 4 730	+ 9 304	+ 9 790	− 486	− 4 574
1977 1. Vj.	+ 596	+ 2 265	+ 6 274	+ 8 905	− 2 631	− 4 009
2. Vj.	− 1 408	+ 2 598	+ 7 152	+ 9 462	− 2 310	− 4 553
3. Vj.	− 68	− 4 716	+ 489	+ 7 958	− 7 469	− 5 205
4. Vj.	+ 3 451	+ 8 436	+12 886	+12 112	+ 774	− 4 450
1978 1. Vj.	+ 4 546	+ 3 270	+ 8 507	+ 8 687	− 180	− 5 237
2. Vj.	− 4 123	+ 4 058	+ 8 961	+10 255	− 1 294	− 4 902
3. Vj.	+ 6 320	− 707	+ 3 341	+ 9 596	− 6 255	− 4 048

[1]) Veränderung der Netto-Auslandsaktiva der Bundesbank einschließlich der deutschen Reserveposition im IWF und der Sonderziehungsrechte (Zunahme: +).

[2]) Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik; Einfuhr cif, Ausfuhr fob.

[3]) Ohne die bereits im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten; jedoch einschließlich des Saldos des Transithandels sowie einschließlich sonstiger, den Warenverkehr betreffenden Ergänzungen.

[4]) Eigene Leistungen: —.

Tabelle 44*

bilanz

DM

Saldo des gesamten Kapitalverkehrs	Kapitalbilanz [5] langfristiger	kurzfristiger	Saldo der statistisch erfaßten Transaktionen	Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen [6]	Ausgleichsposten zur Auslandsposition der Bundesbank [7]	Zeitraum
	Kapitalverkehr					
+ 637	+ 488	+ 149	+ 210	− 774	—	1950
− 543	− 79	− 464	+ 1 758	+ 280	—	1951
+ 6	− 357	+ 363	+ 2 484	+ 416	—	1952
− 698	− 378	− 320	+ 3 175	+ 471	—	1953
− 106	− 438	+ 332	+ 3 563	− 592	—	1954
− 640	− 271	− 369	+ 1 595	+ 256	—	1955
− 162	− 365	+ 203	+ 4 297	+ 713	—	1956
− 2 655	− 390	− 2 265	+ 3 246	+ 1 876	—	1957
− 2 329	− 1 437	− 892	+ 3 669	− 225	—	1958
− 6 398	− 3 629	− 2 769	− 2 246	+ 554	—	1959
+ 1 272	− 81	+ 1 353	+ 6 055	+ 1 964	—	1960
− 5 009	− 4 053	− 956	− 1 816	+ 994	− 1 475	1961
− 597	− 183	− 414	− 2 177	+ 1 300	—	1962
+ 620	+ 1 806	− 1 186	+ 1 611	+ 1 129	—	1963
− 1 325	− 894	− 431	− 801	+ 1 236	—	1964
+ 2 142	+ 1 137	+ 1 005	− 4 081	+ 2 798	—	1965
− 599	− 342	− 257	− 111	+ 2 063	—	1966
−11 848	− 2 930	− 8 918	− 1 842	+ 1 702	—	1967
− 6 125	−11 201	+ 5 076	+ 5 731	+ 1 278	—	1968
−18 679	−23 040	+ 4 361	−11 181	+ 919	− 4 099	1969
+15 113	− 934	+16 047	+18 296	+ 3 616	+ 738	1970
+10 614	+ 6 293	+ 4 322	+13 696	+ 2 659	− 5 370	1971
+12 017	+15 551	− 3 535	+14 490	+ 1 200	− 495	1972
+13 226	+12 950	+ 277	+24 722	+ 1 706	−10 279	1973
−24 835	− 5 782	−19 052	+ 530	− 2 437	− 7 231	1974
−11 879	−16 831	+ 4 952	− 2 078	− 141	+ 5 480	1975
+ 211	− 317	+ 528	+ 9 901	− 1 112	− 7 489	1976
+ 34	−12 876	+12 910	+ 8 617	+ 1 834	− 7 880	1977
− 1 475	− 3 311	+ 1 836	+ 3 797	+ 1 202	—	1975 1. Vj.
− 7 441	− 5 301	− 2 140	− 5 514	+ 1 561	—	2. Vj.
+ 1 279	− 5 483	+ 6 762	+ 308	− 2 994	—	3. Vj.
− 4 242	− 2 735	− 1 507	− 669	+ 90	+ 5 480	4. Vj.
+ 6 593	− 855	+ 7 448	+10 087	− 306	—	1976 1. Vj.
− 5 997	− 38	− 5 958	− 3 662	+ 81	—	2. Vj.
+ 4 663	+ 2 628	+ 2 035	+ 3 794	− 331	—	3. Vj.
− 5 048	− 2 052	− 2 996	− 318	− 556	− 7 489	4. Vj.
− 3 673	− 1 170	− 2 503	− 1 408	+ 2 004	—	1977 1. Vj.
− 5 672	− 6 878	+ 1 206	− 3 074	+ 1 666	—	2. Vj.
+ 4 862	− 3 000	+ 7 862	+ 147	− 215	—	3. Vj.
+ 4 517	− 1 828	+ 6 345	+12 952	− 1 621	− 7 880	4. Vj.
+ 1 570	+ 3 151	− 1 581	+ 4 841	− 295	—	1978 1. Vj.
− 6 084	− 5 028	− 1 056	− 2 025	− 2 098	—	2. Vj.
+10 534	+ 1 968	+ 8 565	+ 9 828	− 3 508	—	3. Vj.

[5] Kapitalexport: —.
[6] Saldo der nicht erfaßten Posten und statistischen Ermittlungsfehler im Leistungs- und Kapitalverkehr (= Restposten).
[7] Gegenposten zu Veränderungen der Auslandsposition der Bundesbank, die nicht auf den Leistungs- und Kapitalverkehr mit dem Ausland zurückgehen: Hauptsächlich Zuteilung von IWF-Sonderziehungsrechten und Änderungen des DM-Wertes der Auslandsposition der Bundesbank auf Grund von Paritätsänderungen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 45*

Kapitalverkehr

(Kapital

Mio

Zeitraum	Langfristiger Kapitalver							
	insgesamt [2])	privat [1])						
		zusammen [2])	deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: —)			ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)		
			zusammen [2])	Direktinvestitionen [3]) und privater Grundbesitz	Kredite und Darlehen [4]) [5]), Portfolioinvestitionen	zusammen [2])	Direktinvestitionen [3]) und privater Grundbesitz	Kredite und Darlehen [4]) [5]), Portfolioinvestitionen [6])
1960	— 81	+ 1 230	— 1 494	— 733	— 783	+ 2 724	+ 807	+ 2 033
1961	— 4 053	+ 1 035	— 1 268	—1 002	— 268	+ 2 303	+1 178	+ 1 253
1962	— 183	+ 1 107	— 1 740	—1 335	— 374	+ 2 847	+1 338	+ 1 541
1963	+ 1 806	+ 3 253	— 1 663	—1 033	— 633	+ 4 916	+1 931	+ 3 009
1964	— 894	+ 421	— 2 377	—1 372	— 1 022	+ 2 798	+2 444	+ 367
1965	+ 1 137	+ 2 428	— 2 199	—1 448	— 741	+ 4 627	+3 557	+ 1 087
1966	— 342	+ 2 189	— 2 815	—1 616	— 1 187	+ 5 004	+3 953	+ 1 064
1967	— 2 930	— 1 440	— 3 663	—1 502	— 2 150	+ 2 223	+3 285	— 1 010
1968	—11 201	— 9 872	—12 223	—2 185	—10 020	+ 2 351	+2 087	+ 323
1969	—23 040	—21 203	—22 706	—3 142	—19 541	+ 1 503	+1 989	— 465
1970	— 934	+ 1 454	— 8 648	—3 580	— 5 048	+10 102	+2 073	+ 8 064
1971	+ 6 293	+ 8 458	— 4 027	—4 230	+ 219	+12 485	+3 827	+ 8 666
1972	+15 551	+17 029	+ 315	—5 760	+ 6 115	+16 714	+6 054	+10 703
1973	+12 950	+15 153	— 710	—5 186	+ 4 470	+15 863	+5 465	+10 411
1974	— 5 782	— 4 905	— 9 484	—5 482	— 3 918	+ 4 578	+6 709	— 2 123
1975	—16 831	—17 993	—21 875	—5 353	—16 434	+ 3 882	+3 051	+ 834
1976	— 317	— 2 726	—17 556	—6 576	—10 880	+14 830	+3 798	+11 040
1977	—12 876	—11 205	—22 236	—6 841	—15 263	+11 031	+3 284	+ 7 749
1974 1. Vj.	— 197	+ 13	— 1 985	—1 288	— 671	+ 1 998	+1 459	+ 541
2. Vj.	— 484	— 161	— 1 874	—1 185	— 671	+ 1 713	+1 664	+ 48
3. Vj.	— 2 120	— 2 100	— 2 390	—1 468	— 903	+ 289	+1 516	— 1 225
4. Vj.	— 2 982	— 2 657	— 3 235	—1 540	— 1 671	+ 578	+2 070	— 1 487
1975 1. Vj.	— 3 311	— 2 936	— 4 212	—1 504	— 2 686	+ 1 276	+1 141	+ 135
2. Vj.	— 5 301	— 5 116	— 5 205	—1 212	— 3 987	+ 88	+ 886	— 796
3. Vj.	— 5 483	— 5 546	— 5 612	—1 174	— 4 411	+ 66	+ 644	— 577
4. Vj.	— 2 735	— 4 394	— 6 846	—1 462	— 5 351	+ 2 451	+ 380	+ 2 071
1976 1. Vj.	— 855	— 1 326	— 5 477	—1 723	— 3 718	+ 4 151	+1 483	+ 2 668
2. Vj.	— 38	— 941	— 3 744	—1 654	— 2 065	+ 2 803	+ 641	+ 2 163
3. Vj.	+ 2 628	+ 757	— 3 446	—1 806	— 1 612	+ 4 202	+ 801	+ 3 403
4. Vj.	— 2 052	— 1 215	— 4 890	—1 394	— 3 485	+ 3 674	+ 873	+ 2 805
1977 1. Vj.	— 1 170	— 1 477	— 3 489	—1 572	— 1 898	+ 2 012	+ 740	+ 1 274
2. Vj.	— 6 878	— 6 584	— 8 085	—1 204	— 6 821	+ 1 501	+ 690	+ 812
3. Vj.	— 3 000	— 2 717	— 5 304	—1 872	— 3 411	+ 2 586	+ 963	+ 1 624
4. Vj.	— 1 828	— 427	— 5 359	—2 191	— 3 132	+ 4 932	+ 893	+ 4 040
1978 1. Vj.	+ 3 151	+ 3 905	— 3 798	—1 299	— 2 469	+ 7 702	+1 081	+ 6 620
2. Vj.	— 5 028	— 4 363	— 6 672	—2 225	— 4 434	+ 2 309	+ 356	+ 1 953
3. Vj.	+ 1 968	+ 2 582	— 3 126	—1 594	— 1 524	+ 5 708	+1 130	+ 4 578

[1]) Für die Aufgliederung in „Privat" und „Öffentlich" ist maßgebend, welchem der beiden Sektoren die beteiligte inländische Stelle angehört.
[2]) Einschließlich „sonstige Nettokapitalanlagen".
[3]) Soweit erkennbar. Einschließlich geschätzter reinvestierter Gewinne.

Tabelle 45*

mit dem Ausland

export: —)

DM

kehr	Kurzfristiger Kapitalverkehr					Zeitraum
		privat [1])				
öffentlich [1])	insgesamt	zusammen	Kreditinstitute	Wirtschaftsunternehmen und Private	öffentlich [1])	
−1 311	+ 1 353	+ 2 359	+2 369	− 10	−1 006	1960
−5 088	− 956	− 735	− 380	− 355	− 221	1961
−1 290	− 414	− 254	− 259	+ 5	− 160	1962
−1 447	− 1 186	− 1 177	+ 684	−1 861	− 9	1963
−1 315	− 431	+ 610	+ 85	+ 525	−1 041	1964
−1 291	+ 1 005	− 47	− 478	+ 431	+1 052	1965
−2 531	− 257	− 594	− 574	− 20	+ 337	1966
−1 490	− 8 918	− 8 557	−4 823	−3 734	− 361	1967
−1 329	+ 5 076	+ 3 891	+2 455	+1 436	+1 185	1968
−1 837	+ 4 361	+ 4 390	+4 325	+ 65	− 29	1969
−2 388	+16 047	+16 344	+7 927	+8 417	− 297	1970
−2 166	+ 4 322	+ 3 179	+1 172	+2 007	+1 142	1971
−1 478	− 3 535	− 4 012	− 420	−3 592	+ 478	1972
−2 203	+ 277	+ 26	−5 149	+5 175	+ 251	1973
− 877	−19 052	−19 020	−9 733	−9 287	− 32	1974
+1 162	+ 4 952	+ 4 263	−2 261	+6 524	+ 688	1975
+2 408	+ 528	+ 1 046	+6 731	−5 685	− 517	1976
−1 670	+12 910	+13 419	+8 855	+4 564	− 508	1977
− 209	− 9 646	−10 066	− 523	−9 543	+ 420	1974 1. Vj.
− 323	− 1 836	− 2 512	−1 553	− 959	+ 676	2. Vj.
− 20	− 5 200	− 4 845	−3 580	−1 265	− 355	3. Vj.
− 325	− 2 371	− 1 599	−4 077	+2 478	− 772	4. Vj.
− 375	+ 1 836	+ 1 769	− 763	+2 531	+ 68	1975 1. Vj.
− 185	− 2 140	− 2 953	−4 113	+1 161	+ 813	2. Vj.
+ 63	+ 6 762	+ 6 530	− 348	+6 878	+ 232	3. Vj.
+1 659	− 1 507	− 1 082	+2 964	−4 046	− 425	4. Vj.
+ 471	+ 7 448	+ 7 302	+5 761	+1 541	+ 146	1976 1. Vj.
+ 903	− 5 958	− 6 259	−3 192	−3 067	+ 301	2. Vj.
+1 871	+ 2 035	+ 2 216	+3 549	−1 333	− 181	3. Vj.
− 837	− 2 996	− 2 213	+ 613	−2 826	− 784	4. Vj.
+ 307	− 2 503	− 2 597	−2 170	− 427	+ 94	1977 1. Vj.
− 294	+ 1 206	+ 917	+2 639	−1 722	+ 289	2. Vj.
− 282	+ 7 862	+ 7 571	+3 724	+3 847	+ 290	3. Vj.
−1 401	+ 6 345	+ 7 527	+4 662	+2 865	−1 182	4. Vj.
− 753	− 1 581	− 3 027	−3 145	+ 118	+1 446	1978 1. Vj.
− 664	− 1 056	− 1 550	+ 332	−1 882	+ 494	2. Vj.
− 614	+ 8 565	+ 8 435	+5 408	+3 027	+ 130	3. Vj.

[4]) Nur Kredite und Darlehen, für die bei Vertragsabschluß eine Laufzeit von mehr als zwölf Monaten vereinbart wurde.
[5]) Ohne Direktinvestitionen.
[6]) Einschließlich der Transaktionen in deutschen Auslandsbonds.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 46*

Außenhandel (Spezialhandel)

Tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte

Zeitraum	Tatsächliche Werte		Volumen [1]		Index der Durchschnittswerte		Terms of Trade [2]
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	
	Mio DM				1970 = 100		
1950 [3]	8 362	11 374	.	.	.	.	.
1951 [3]	14 577	14 726	.	.	.	.	.
1952 [3]	16 909	16 203	20 198	13 620	83,7	119,0	70,3
1953 [3]	18 526	16 010	22 337	14 933	82,9	107,2	77,3
1954 [3]	22 035	19 337	26 725	18 750	83,5	103,1	80,0
1955 [3]	25 717	24 472	30 986	23 346	83,0	104,8	79,2
1956 [3]	30 861	27 964	35 820	25 908	86,2	107,9	79,9
1957 [3]	35 968	31 697	40 706	28 798	88,4	110,1	80,3
1958 [3]	36 998	31 133	42 603	31 341	86,8	99,3	87,4
1959 [3]	41 184	35 823	47 147	37 082	87,4	96,6	90,5
1960	47 946	42 723	53 895	43 155	89,0	99,0	89,9
1961	50 978	44 363	57 063	46 185	89,3	96,1	92,9
1962	52 975	49 498	58 874	52 158	90,0	94,9	94,8
1963	58 310	52 277	63 972	55 381	91,1	94,4	96,5
1964	64 920	58 839	70 659	62 060	91,9	94,8	96,9
1965	71 651	70 448	76 301	71 936	93,9	97,9	95,9
1966	80 628	72 670	84 308	72 304	95,6	100,5	95,1
1967	87 045	70 183	91 465	70 289	95,2	99,8	95,4
1968	99 551	81 179	104 873	82 749	94,9	98,1	96,7
1969	113 557	97 972	116 634	97 971	97,4	100,0	97,4
1970	125 276	109 606	125 276	109 606	100	100	100
1971	136 011	120 119	132 642	121 278	102,5	99,0	103,5
1972	149 023	128 744	144 343	133 471	103,2	96,5	106,9
1973	178 396	145 417	166 995	141 646	106,8	102,7	104,0
1974	230 578	179 733	187 789	139 636	122,8	128,7	95,4
1975	221 589	184 313	168 273	143 283	131,7	128,6	102,4
1976	256 642	222 173	191 156	166 959	134,3	133,1	100,9
1977	273 614	235 178	200 555	174 222	136,4	135,0	101,0
1975 1. Vj.	52 681	42 126	40 059	33 007	131,5	127,6	103,1
2. Vj.	55 734	46 525	42 323	36 657	131,7	126,9	103,8
3. Vj.	53 019	44 748	40 147	34 853	132,1	128,4	102,9
4. Vj.	60 155	50 913	45 744	38 765	131,5	131,3	100,2
1976 1. Vj.	60 588	51 962	45 795	39 390	132,3	131,9	100,3
2. Vj.	62 922	55 321	47 295	41 887	133,0	132,1	100,7
3. Vj.	63 736	55 283	46 846	40 656	136,1	136,0	100,1
4. Vj.	69 396	59 606	51 220	45 026	135,5	132,4	102,3
1977 1. Vj.	66 619	57 714	48 753	42 586	136,6	135,5	100,8
2. Vj.	68 016	58 555	49 949	42 800	136,2	136,8	99,6
3. Vj.	65 325	57 367	47 910	42 377	136,4	135,4	100,7
4. Vj.	73 654	61 542	53 944	46 458	136,5	132,5	103,0
1978 1. Vj.	67 286	58 599	50 638	44 621	132,9	131,3	101,9
2. Vj.	72 030	61 775	53 629	48 048	134,3	128,5	104,5
3. Vj.	68 174	58 577	50 504	44 795	135,0	130,8	103,2

[1] Mengen bewertet mit den Durchschnittswerten des Jahres 1970.
[2] Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr in vH des Index der Durchschnittswerte der Einfuhr.
[3] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 47*

Ausfuhr und Einfuhr nach Warengruppen der Produktionsstatistik [1])

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt [2])	Bergbauliche Erzeugnisse	Erzeugnisse der Grundstoff- und Produktionsgüter-industrien	Erzeugnisse der Investitionsgüter-industrien	Erzeugnisse der Verbrauchsgüter-industrien	Erzeugnisse der Nahrungs- und Genußmittel-industrien	Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	Investitionsgüter [3])	Verbrauchsgüter [3])
				Ausfuhr					
1967	87 045	2 282	24 813	46 434	9 248	1 974	874	24 714	11 039
1968	99 551	2 536	27 840	53 525	10 736	2 385	989	28 338	13 504
1969	113 557	2 416	31 040	61 620	12 753	2 792	1 257	32 531	14 312
1970	125 276	2 839	33 813	67 867	13 993	3 069	1 664	31 746	17 252
1971	136 011	3 008	35 248	75 479	15 581	3 975	1 505	34 877	19 388
1972	149 023	2 964	37 392	82 775	17 261	4 449	1 959	40 165	20 898
1973	178 396	3 308	47 340	96 121	20 705	6 145	2 491	45 527	24 428
1974	230 578	5 243	73 902	113 460	24 350	8 406	2 290	53 706	26 120
1975	221 589	4 903	60 894	118 115	22 774	8 553	2 402	58 526	26 198
1976	256 642	4 660	67 095	139 511	28 635	9 250	2 956	67 940	32 754
1977	273 614	4 588	67 931	150 290	30 607	11 573	2 973	72 254	36 585
1977 1. Vj.	66 619	940	17 064	36 200	7 715	2 754	800	17 236	9 078
2. Vj.	68 016	1 107	17 535	36 929	7 411	2 928	700	17 371	8 699
3. Vj.	65 325	1 134	16 305	35 324	7 482	2 899	742	17 115	8 515
4. Vj.	73 654	1 407	17 027	41 837	8 000	2 993	731	20 532	10 294
1978 1. Vj.	67 286	1 490	16 862	36 419	7 810	2 697	755	17 121	9 306
2. Vj.	72 030	1 712	18 657	38 346	7 975	3 138	742	18 081	9 192
3. Vj.	68 174	1 649	17 698	35 892	7 997	2 887	671	17 141	8 785
				Einfuhr					
1967	70 183	7 432	19 406	12 047	8 461	6 328	13 134	5 333	6 433
1968	81 179	8 832	24 503	14 090	10 613	7 015	13 281	5 809	7 879
1969	97 972	9 424	30 346	18 526	13 293	7 968	14 788	7 614	10 250
1970	109 606	10 166	32 824	24 556	14 744	9 034	14 953	9 873	14 576
1971	120 119	11 502	32 244	28 075	17 821	10 169	15 627	11 304	18 602
1972	128 744	11 396	33 756	30 013	21 556	11 481	16 637	11 655	21 349
1973	145 417	13 894	40 911	31 855	23 561	12 951	18 508	11 236	24 940
1974	179 733	29 942	52 985	33 114	25 773	13 335	19 638	11 413	27 772
1975	184 313	27 227	49 183	39 643	28 002	14 106	20 052	13 789	32 521
1976	222 173	32 410	60 456	48 775	32 916	16 368	23 687	16 891	37 906
1977	235 178	32 425	61 531	54 919	36 275	17 271	25 993	19 029	40 919
1977 1. Vj.	57 714	8 272	15 069	12 839	9 355	4 045	6 636	4 201	9 944
2. Vj.	58 555	7 872	15 780	13 745	8 368	4 175	7 039	4 689	9 494
3. Vj.	57 367	8 002	15 210	13 146	9 286	4 282	5 844	4 731	10 573
4. Vj.	61 542	8 279	15 472	15 189	9 266	4 769	6 474	5 408	10 909
1978 1. Vj.	58 599	7 775	15 146	13 770	9 633	4 335	6 282	4 611	10 891
2. Vj.	61 775	7 158	16 283	15 991	9 305	4 552	6 651	5 590	10 673
3. Vj.	58 577	7 281	15 717	13 947	9 988	4 525	5 511	4 926	11 202

[1]) Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Industriestatistik, ab 1970 nach dem revidierten Stand von 1970.
[2]) Einschließlich Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.
[3]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert; ab 1970 geänderter Warenkorb.

Tabelle 48*

Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt [1]	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vorerzeugnisse	Enderzeugnisse
1950 [2]	8 362	196	8 166	1 168	1 576	5 422	1 862	3 560
1951	14 577	489	14 088	1 318	2 110	10 660	3 678	6 982
1952	16 909	379	16 529	1 281	2 544	12 704	3 488	9 216
1953	18 526	376	18 050	1 488	2 724	13 839	3 384	10 455
1954	22 035	515	21 521	1 694	2 883	16 943	4 109	12 834
1955	25 717	683	25 034	1 568	3 268	20 198	4 769	15 429
1956	30 861	834	29 945	1 715	3 819	24 412	5 945	18 467
1957	35 968	829	35 044	1 939	4 153	28 951	7 135	21 816
1958	36 998	882	35 998	1 710	3 890	30 398	6 769	23 630
1959	41 184	1 005	40 057	1 968	4 309	33 780	7 970	25 810
1960	47 946	1 091	46 696	2 182	5 007	39 506	9 672	29 834
1961	50 978	1 075	49 705	2 175	5 282	42 248	9 731	32 517
1962	52 975	1 143	51 616	2 362	4 982	44 273	9 876	34 397
1963	58 310	1 317	56 742	2 489	5 446	48 807	10 450	38 357
1964	64 920	1 614	63 039	2 518	5 733	54 788	11 847	42 941
1965	71 651	1 981	69 361	2 555	6 254	60 552	13 312	47 240
1966	80 628	1 968	78 301	2 835	7 152	68 314	14 727	53 587
1967	87 045	2 476	84 166	2 880	7 573	73 713	16 570	57 143
1968	99 551	2 985	96 098	3 163	8 563	84 373	18 264	66 109
1969	113 557	3 657	109 308	3 080	8 900	97 328	21 141	76 187
1970	125 276	4 380	120 194	3 188	9 577	107 430	23 034	84 395
1971	136 011	5 097	130 145	3 258	10 480	116 407	23 874	92 533
1972	149 023	5 946	142 184	3 388	10 445	128 351	25 861	102 490
1973	178 396	8 016	169 392	4 071	13 244	152 078	33 334	118 744
1974	230 578	9 953	219 387	5 516	20 596	193 275	51 133	142 142
1975	221 589	10 397	209 784	5 304	16 129	188 350	40 334	148 016
1976	256 642	11 412	243 775	5 692	18 688	219 396	45 638	173 758
1977	273 614	13 723	258 243	5 657	18 281	234 305	46 579	187 726
1975 1. Vj.	52 681	2 559	49 792	1 292	4 405	44 095	10 615	33 480
2. Vj.	55 734	2 420	52 969	1 366	3 947	47 657	10 315	37 342
3. Vj.	53 019	2 540	50 150	1 241	3 582	45 327	9 135	36 192
4. Vj.	60 155	2 878	56 872	1 405	4 196	51 271	10 269	41 002
1976 1. Vj.	60 588	2 932	57 311	1 331	4 357	51 624	10 759	40 865
2. Vj.	62 922	2 538	60 044	1 436	4 856	53 753	11 457	42 296
3. Vj.	63 736	2 842	60 548	1 438	4 816	54 295	11 443	42 852
4. Vj.	69 396	3 101	65 871	1 487	4 660	59 724	11 979	47 746
1977 1. Vj.	66 619	3 337	62 865	1 337	4 376	57 152	11 650	45 503
2. Vj.	68 016	3 400	64 225	1 457	4 846	57 923	11 904	46 019
3. Vj.	65 325	3 455	61 494	1 330	4 356	55 809	11 184	44 624
4. Vj.	73 654	3 531	69 658	1 533	4 703	63 422	11 841	51 581
1978 1. Vj.	67 286	3 243	63 602	1 480	4 666	57 456	11 627	45 829
2. Vj.	72 030	3 651	67 925	1 588	5 154	61 184	12 700	48 484
3. Vj.	68 174	3 372	64 391	1 441	5 065	57 886	12 157	45 729

[1] Einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.
[2] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland. (gilt für 1950 bis 1959)

Tabelle 49*

Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt [1]	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vorerzeugnisse	Enderzeugnisse
1950 [2]	11 374	5 013	6 360	3 368	1 564	1 429	714	714
1951 [2]	14 726	5 876	8 850	5 249	2 012	1 588	848	740
1952 [2]	16 203	6 065	10 138	5 635	2 357	2 146	1 175	970
1953 [2]	16 010	5 852	10 158	5 224	2 438	2 497	1 450	1 046
1954 [2]	19 337	7 151	12 186	5 502	3 476	3 208	1 894	1 314
1955 [2]	24 472	7 635	16 837	7 281	4 916	4 640	2 764	1 876
1956 [2]	27 964	9 162	18 657	8 225	5 236	5 196	2 910	2 286
1957 [2]	31 697	9 975	21 569	9 376	5 741	6 452	3 338	3 114
1958 [2]	31 133	9 408	21 438	7 685	5 252	8 500	3 845	4 655
1959 [2]	35 823	10 731	24 755	7 749	5 977	11 030	4 719	6 311
1960	42 723	11 246	31 076	9 269	8 061	13 746	5 773	7 973
1961	44 363	11 677	32 186	9 095	7 542	15 550	6 028	9 522
1962	49 498	13 684	35 371	8 821	7 863	18 688	6 689	11 999
1963	52 277	12 779	38 987	9 362	8 049	21 575	7 142	14 433
1964	58 839	14 035	44 214	10 916	9 779	23 519	8 548	14 971
1965	70 448	16 852	52 917	11 431	10 807	30 679	10 424	20 256
1966	72 670	17 451	54 425	11 819	10 814	31 792	10 556	21 236
1967	70 183	16 599	52 648	11 828	10 961	29 859	9 454	20 406
1968	81 179	17 083	63 035	13 645	13 630	35 761	12 649	23 111
1969	97 972	19 331	77 404	14 487	16 720	46 196	15 767	30 429
1970	109 606	20 924	87 233	14 809	17 660	54 763	16 999	37 764
1971	120 119	22 829	95 636	15 868	16 327	63 442	18 686	44 755
1972	128 744	24 959	102 162	15 857	16 439	69 865	20 726	49 139
1973	145 417	28 029	115 702	18 754	21 578	75 370	22 873	52 498
1974	179 733	29 348	148 300	34 653	30 406	83 241	25 703	57 538
1975	184 313	31 127	150 746	30 144	27 648	92 953	25 202	67 752
1976	222 173	36 037	183 274	36 097	34 689	112 488	31 423	81 064
1977	235 178	39 306	192 776	35 154	35 454	122 168	33 256	88 912
1975 1. Vj.	42 126	7 384	34 240	6 870	6 483	20 887	5 988	14 899
2. Vj.	46 525	8 129	37 795	7 437	6 797	23 561	6 476	17 085
3. Vj.	44 748	7 300	36 820	7 317	6 842	22 661	5 923	16 738
4. Vj.	50 913	8 314	41 890	8 521	7 526	25 844	6 814	19 030
1976 1. Vj.	51 962	8 175	43 170	8 109	8 402	26 660	7 237	19 423
2. Vj.	55 321	8 965	45 568	8 680	8 731	28 157	8 085	20 072
3. Vj.	55 283	8 776	45 854	9 683	8 831	27 339	7 828	19 511
4. Vj.	59 606	10 121	48 683	9 626	8 725	30 332	8 273	22 059
1977 1. Vj.	57 714	9 501	47 539	9 129	8 288	30 122	8 589	21 533
2. Vj.	58 555	10 169	47 622	8 715	9 061	29 845	8 425	21 420
3. Vj.	57 367	9 313	47 359	8 833	8 673	29 852	7 893	21 959
4. Vj.	61 542	10 322	50 256	8 476	9 431	32 349	8 349	24 000
1978 1. Vj.	58 599	9 540	48 385	7 635	9 311	31 439	8 566	22 872
2. Vj.	61 775	10 176	50 665	7 657	9 105	33 903	9 123	24 780
3. Vj.	58 577	9 253	48 580	7 599	9 217	31 765	8 158	23 607

[1] Einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.
[2] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 50*

Warenausfuhr nach Ländergruppen

Verbrauchsländer

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt [1]	EG-Länder [2]	EFTA-Länder [2] [3]	Übrige europäische Länder [4]	Staatshandelsländer [5]	Außereuropäische Industrieländer zusammen [6]	Außereuropäische Industrieländer Vereinigte Staaten	Übrige Länder [7]
1950 [8]	8 362	3 102	2 213	703	361	714	433	1 244
1951 [8]	14 577	4 326	4 109	1 190	284	1 611	992	3 027
1952 [8]	16 909	4 782	5 046	1 797	223	1 609	1 048	3 415
1953 [8]	18 526	5 528	5 187	1 449	330	2 028	1 249	3 928
1954 [8]	22 035	6 432	6 381	1 439	435	2 167	1 237	5 048
1955 [8]	25 717	7 409	7 419	1 829	643	2 723	1 625	5 511
1956 [8]	30 861	9 095	8 656	1 930	1 120	3 446	2 089	6 383
1957 [8]	35 968	10 502	9 803	1 954	1 263	4 332	2 521	7 873
1958 [8]	36 998	10 102	10 162	2 145	1 889	4 603	2 699	7 895
1959 [8]	41 184	11 463	11 107	2 477	1 915	5 914	3 835	8 072
1960	47 946	14 148	13 436	2 873	2 304	6 111	3 767	8 930
1961	50 978	16 180	14 422	3 178	2 124	5 875	3 497	9 051
1962	52 975	18 012	14 712	3 367	2 177	6 334	3 858	8 208
1963	58 310	21 754	15 795	3 518	1 839	6 862	4 195	8 356
1964	64 920	23 630	17 686	3 998	2 350	7 873	4 785	9 160
1965	71 651	25 220	19 342	4 779	2 740	9 070	5 741	10 267
1966	80 628	29 281	20 303	5 494	3 381	10 744	7 178	11 173
1967	87 045	32 007	20 623	5 922	4 421	12 191	7 859	11 626
1968	99 551	37 368	22 587	6 154	4 556	15 759	10 835	12 856
1969	113 557	45 177	25 602	7 201	5 145	16 201	10 633	13 973
1970	125 276	50 259	28 344	8 364	5 448	17 747	11 437	14 857
1971	136 011	54 530	30 428	8 988	5 865	19 578	13 140	16 308
1972	149 023	59 441	34 333	10 045	7 686	20 222	13 798	16 977
1973	178 396	84 066	28 062	11 392	10 836	23 174	15 089	20 509
1974	230 578	103 516	34 380	15 513	15 903	28 454	17 343	32 088
1975	221 589	96 542	32 093	15 880	17 425	22 515	13 146	36 442
1976	256 642	117 311	38 547	16 305	17 432	24 435	14 413	41 835
1977	273 614	122 815	41 437	16 671	17 425	28 385	18 199	46 777
1975 1. Vj.	52 681	22 952	7 984	3 951	3 940	5 358	3 169	8 337
2. Vj.	55 734	24 307	8 211	4 068	4 466	5 290	2 952	9 228
3. Vj.	53 019	22 837	7 423	3 670	4 268	5 281	3 049	9 372
4. Vj.	60 155	26 447	8 475	4 191	4 751	6 587	3 976	9 520
1976 1. Vj.	60 588	28 640	8 619	3 746	4 414	5 842	3 434	9 164
2. Vj.	62 922	29 265	9 394	3 974	4 227	5 962	3 522	9 931
3. Vj.	63 736	28 332	9 628	4 024	4 368	6 098	3 542	11 053
4. Vj.	69 396	31 074	10 906	4 561	4 423	6 534	3 915	11 686
1977 1. Vj.	66 619	31 305	10 235	3 941	4 070	6 229	3 744	10 631
2. Vj.	68 016	30 948	9 933	4 435	3 824	7 075	4 547	11 598
3. Vj.	65 325	28 379	10 044	3 955	4 087	7 164	4 721	11 475
4. Vj.	73 654	32 183	11 225	4 340	4 723	7 917	5 186	13 073
1978 1. Vj.	67 286	31 428	9 674	3 474	4 043	7 327	4 698	11 171
2. Vj.	72 030	33 223	10 470	3 843	4 656	7 744	5 056	11 905
3. Vj.	68 174	30 283	10 118	3 703	4 221	7 848	4 920	11 795

[1] Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und „Nicht ermittelte Länder".
[2] Ab 1973 neuer Gebietsstand.
[3] Ab März 1970 einschließlich Island.
[4] Ohne Staatshandelsländer.
[5] Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Vietnam, Mongolische Volksrepublik, Volksrepublik China, Nord-Korea.
[6] Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Vereinigte Staaten.
[7] Außereuropäische Entwicklungsländer.
[8] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 51*

Wareneinfuhr nach Ländergruppen

Herstellungsländer

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt [1]	EG-Länder [2]	EFTA-Länder [2] [3]	Übrige europäische Länder [4]	Staatshandelsländer [5]	Außereuropäische Industrieländer zusammen [6]	Außereuropäische Industrieländer Vereinigte Staaten	Übrige Länder [7]
1950 [8]	11 374	3 031	2 390	537	352	2 372	1 811	2 677
1951 [8]	14 726	2 986	2 644	1 012	429	3 636	2 722	4 019
1952 [8]	16 203	3 686	3 121	1 340	313	3 667	2 507	4 076
1953 [8]	16 010	4 027	3 205	1 148	419	2 931	1 658	4 259
1954 [8]	19 337	4 724	3 903	1 212	512	3 444	2 237	5 521
1955 [8]	24 472	6 317	4 687	1 418	733	4 683	3 209	6 610
1956 [8]	27 964	6 590	5 550	1 519	1 121	5 798	3 997	7 347
1957 [8]	31 697	7 404	6 019	1 584	1 235	7 789	5 671	7 633
1958 [8]	31 133	7 969	6 487	1 597	1 451	6 191	4 219	7 407
1959 [8]	35 823	10 334	7 420	1 771	1 687	6 421	4 595	8 152
1960	42 723	12 708	8 392	1 989	2 037	8 034	5 977	9 461
1961	44 363	13 778	8 592	2 249	2 074	8 241	6 100	9 335
1962	49 498	15 966	9 396	2 277	2 191	9 379	7 033	10 202
1963	52 277	17 342	9 646	2 285	2 185	10 206	7 941	10 533
1964	58 839	20 393	10 686	2 612	2 442	10 609	8 066	12 012
1965	70 448	26 648	12 133	2 905	2 943	12 296	9 196	13 425
1966	72 670	27 774	11 955	2 993	3 163	12 576	9 177	14 110
1967	70 183	27 636	10 993	2 694	3 023	12 055	8 556	13 694
1968	81 179	33 453	12 666	3 186	3 414	12 790	8 850	15 579
1969	97 972	42 431	15 222	4 139	3 976	15 115	10 253	16 992
1970	109 606	48 437	16 634	4 422	4 397	17 934	12 066	17 681
1971	120 119	56 017	16 987	4 707	4 769	18 363	12 420	19 149
1972	128 744	62 598	17 669	5 837	5 325	17 569	10 765	19 633
1973	145 417	75 539	12 748	6 657	6 619	19 801	12 223	23 937
1974	179 733	86 147	15 058	7 170	8 409	22 590	13 972	40 188
1975	148 313	91 246	15 981	7 491	8 661	23 864	14 226	36 835
1976	222 173	107 079	19 856	9 267	10 977	29 289	17 556	45 443
1977	235 178	113 320	22 302	9 881	11 370	30 010	17 020	48 055
1975 1. Vj.	42 126	20 631	3 696	1 785	1 889	5 677	3 483	8 394
2. Vj.	46 525	23 555	4 002	1 819	2 002	5 976	3 528	9 126
3. Vj.	44 748	22 075	3 872	1 798	4 008	5 758	3 320	9 064
4. Vj.	50 913	24 984	4 411	2 089	4 653	6 452	3 896	10 256
1976 1. Vj.	51 962	25 443	4 521	2 138	2 471	6 863	4 440	10 480
2. Vj.	55 321	27 567	5 071	2 119	2 696	7 049	4 180	10 754
3. Vj.	55 283	26 216	4 836	2 343	2 845	7 021	3 898	11 934
4. Vj.	59 606	27 853	5 428	2 667	2 964	8 356	5 038	12 277
1977 1. Vj.	57 714	27 605	5 226	2 529	2 508	7 218	4 303	12 586
2. Vj.	58 555	28 563	5 097	2 330	2 661	7 925	4 587	11 918
3. Vj.	57 367	27 383	5 634	2 318	2 814	7 282	3 853	11 862
4. Vj.	61 542	29 770	6 344	2 704	3 388	7 585	4 277	11 689
1978 1. Vj.	58 599	28 786	6 225	2 603	2 874	7 005	3 978	11 067
2. Vj.	61 775	30 935	6 687	2 633	2 899	7 720	4 460	10 852
3. Vj.	58 577	28 519	6 419	2 395	3 204	7 110	3 972	10 870

[1] Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und „Nicht ermittelte Länder".
[2] Ab 1973 neuer Gebietsstand.
[3] Ab März 1970 einschließlich Island.
[4] Ohne Staatshandelsländer.
[5] Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Vietnam, Mongolische Volksrepublik, Volksrepublik China, Nord-Korea.
[6] Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Vereinigte Staaten.
[7] Außereuropäische Entwicklungsländer.
[8] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 52*

Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

1970 = 100

Zeitraum	Bruttosozialprodukt	Einfuhr [1]	Letzte Verwendung	Ausfuhr [1]	Letzte inländische Verwendung			Bruttoanlageinvestitionen		
					insgesamt	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	zusammen	Ausrüstungen	Bauten
1960	70,5	91,9	73,1	83,9	71,2	75,9	58,6	67,4	79,7	61,8
1961	73,6	89,3	75,5	84,4	74,0	78,5	62,2	71,3	82,1	66,1
1962	76,7	89,0	78,2	85,7	77,0	80,9	65,0	75,9	84,9	71,3
1963	78,9	91,3	80,5	86,6	79,5	83,3	68,4	78,9	86,1	75,3
1964	81,3	93,2	82,8	88,8	81,8	85,4	70,8	81,1	87,8	77,8
1965	84,1	95,8	85,8	91,0	84,8	88,2	75,7	83,0	90,1	79,4
1966	87,2	97,6	88,7	93,1	87,8	91,5	80,1	84,9	92,5	81,2
1967	88,5	96,9	89,7	93,8	88,8	93,1	82,0	83,8	93,3	79,2
1968	90,0	97,3	91,1	93,5	90,6	94,8	85,1	84,7	92,0	81,1
1969	93,2	99,7	94,2	96,3	93,8	96,6	91,2	89,1	93,9	86,2
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	107,7	101,3	106,6	103,9	107,2	105,4	112,4	108,0	105,4	109,6
1972	113,7	102,3	111,7	106,4	112,9	111,3	119,8	112,0	107,0	115,1
1973	120,6	111,8	119,0	111,8	120,9	119,2	131,4	117,6	110,3	122,0
1974	128,9	135,2	130,0	128,6	130,5	127,5	146,6	125,4	117,8	129,9
1975	137,6	136,3	137,3	135,0	138,0	135,4	155,7	129,7	126,4	131,9
1976 [2]	142,2	142,7	142,3	138,9	143,3	141,4	160,4	133,9	130,8	136,0
1977 [2]	147,3	145,7	147,0	141,1	148,7	146,8	167,8	138,4	133,7	141,7
1969 1. Hj.	91,5	100,1	92,8	95,4	92,2	95,9	87,7	86,9	92,7	83,4
2. Hj.	94,7	99,4	95,5	97,1	95,1	97,2	94,4	90,8	94,9	88,4
1970 1. Hj.	98,2	100,1	98,5	98,8	98,4	99,1	96,9	98,3	98,7	98,0
2. Hj.	101,7	99,9	101,4	101,1	101,4	100,8	102,7	101,4	101,2	101,5
1971 1. Hj.	105,9	102,2	105,2	103,5	105,6	104,2	108,9	106,8	105,0	108,0
2. Hj.	109,5	100,6	107,9	104,3	108,7	106,6	115,7	109,0	105,8	110,9
1972 1. Hj.	112,1	100,9	110,1	105,9	111,1	109,7	115,5	111,0	106,5	113,8
2. Hj.	115,2	103,6	113,1	106,9	114,6	112,8	123,8	113,0	107,4	116,1
1973 1. Hj.	118,5	107,6	116,5	109,3	118,4	117,1	125,0	116,3	109,3	120,7
2. Hj.	122,5	115,9	121,3	114,2	123,2	121,2	137,3	118,9	111,3	123,3
1974 1. Hj.	125,4	134,4	127,0	125,0	127,7	125,3	139,0	123,7	115,6	128,6
2. Hj.	132,2	136,0	132,9	132,1	133,1	129,5	153,6	126,9	119,9	131,1
1975 1. Hj.	135,6	133,6	135,2	134,5	135,5	133,3	149,3	128,9	125,2	131,4
2. Hj.	139,4	138,8	139,3	135,4	140,3	137,2	161,6	130,4	127,5	132,4
1976 1. Hj. [2]	140,2	141,2	140,4	137,9	141,1	140,0	153,4	132,8	130,6	134,3
2. Hj. [2]	144,1	144,0	144,0	139,8	145,3	142,7	167,1	134,9	130,9	137,5
1977 1. Hj. [2]	144,8	146,6	145,2	140,9	146,5	145,5	160,7	137,2	133,7	139,6
2. Hj. [2]	149,6	144,8	148,6	141,4	150,8	148,0	174,4	139,5	133,7	143,6
1978 1. Hj. [2]	150,3	142,1	148,6	141,8	150,7	149,6	163,8	142,5	136,1	147,2

[1] Waren- und Dienstleistungsverkehr.
[2] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 53*

Index der Grundstoffpreise [1])

1970 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Bergbauliche Erzeugnisse, Erzeugnisse der Energiewirtschaft, Wasser	Grundstoffe des Verarbeitenden Gewerbes							Grundstoffe des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes
			zusammen	darunter						
				Steine und Erden	Eisen, Stahl, NE-Metalle und -Metallhalbzeug	chemische Erzeugnisse	bearbeitetes Holz	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	Textilien	
1964	93,1	91,8	93,1	94,3	84,8	103,3	93,5	95,3	102,5	98,6
1965	95,3	92,6	95,4	95,4	89,7	103,6	95,8	97,2	101,7	102,7
1966	96,5	92,8	97,0	96,2	93,4	102,0	95,0	96,6	101,1	104,1
1967	93,8	94,8	93,1	95,2	87,2	100,9	89,6	95,5	97,7	98,4
1968	93,8	95,1	93,2	93,2	89,1	99,6	87,9	94,2	98,6	94,8
1969	96,0	93,4	96,4	93,6	95,2	99,6	94,0	95,7	99,5	99,3
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	101,5	109,0	99,3	109,6	94,8	100,7	101,3	100,9	99,9	99,3
1972	102,9	110,1	100,5	114,4	94,0	100,0	100,8	96,5	105,5	103,8
1973	113,9	120,0	111,6	118,3	106,5	105,4	120,0	100,1	126,0	116,4
1974	142,3	177,7	132,9	128,5	131,2	137,7	138,2	135,3	137,7	126,6
1975	141,8	195,9	126,6	134,0	118,2	136,8	123,6	152,3	124,8	126,2
1976	149,5	209,0	133,1	136,9	125,6	137,4	133,7	146,2	140,0	128,1
1977	149,5	208,8	132,8	143,2	121,4	137,6	143,7	142,2	140,5	132,2
1973 1. Vj.	108,2	113,9	106,0	116,5	99,6	101,7	107,7	98,7	116,4	111,4
2. Vj.	111,3	115,3	109,6	118,2	104,3	102,1	117,3	99,3	123,1	115,2
3. Vj.	114,5	118,2	112,8	119,1	107,3	106,3	125,3	99,7	128,4	118,4
4. Vj.	121,5	132,6	118,2	119,4	114,6	111,6	129,7	102,8	136,0	120,6
1974 1. Vj.	137,3	166,9	129,2	123,4	129,0	128,7	137,8	114,3	141,9	126,4
2. Vj.	143,7	174,6	136,2	128,5	138,7	137,5	142,0	127,5	140,1	124,4
3. Vj.	144,2	182,2	134,2	131,2	130,0	142,5	139,8	147,1	137,1	126,0
4. Vj.	144,1	187,3	132,1	131,0	127,0	142,1	133,0	152,0	131,8	129,6
1975 1. Vj.	142,8	192,9	129,1	132,4	122,8	139,1	127,1	156,5	125,4	124,4
2. Vj.	141,0	192,2	126,8	134,4	118,2	137,8	123,3	154,3	124,1	124,3
3. Vj.	141,2	195,0	125,8	134,8	117,2	135,9	121,7	150,1	123,9	127,5
4. Vj.	142,3	203,4	124,6	134,3	114,3	134,4	122,4	148,3	125,8	128,6
1976 1. Vj.	146,4	209,5	128,3	134,9	119,6	135,7	126,4	145,9	132,2	129,6
2. Vj.	149,6	209,6	133,4	136,1	127,7	136,9	132,8	146,1	137,8	126,5
3. Vj.	151,7	209,5	136,2	137,9	130,0	139,0	136,3	146,4	144,4	127,5
4. Vj.	150,2	207,3	134,5	138,6	125,3	138,1	139,1	146,4	145,6	128,8
1977 1. Vj	150,9	211,2	134,2	140,4	123,6	138,5	142,9	145,9	144,5	130,7
2. Vj.	150,9	209,5	134,1	143,4	122,4	139,4	145,4	144,4	143,1	134,0
3. Vj.	148,9	207,4	132,2	144,4	120,3	137,0	144,5	141,6	139,0	132,6
4. Vj.	147,6	207,1	130,7	144,6	119,4	135,6	142,0	136,8	135,5	131,4
1978 1. Vj.	146,8	205,5	130,2	145,2	119,5	134,8	140,6	132,8	133,9	129,9
2. Vj.	147,1	204,3	131,2	148,0	121,6	134,1	141,1	130,8	134,0	127,7
3. Vj.	147,3	202,9	132,2	149,5	123,0	134,0	141,6	130,3	135,0	125,9

[1]) Grundstoffe industrieller Herkunft aus inländischer und ausländischer Produktion; ohne Umsatzsteuer; umbasiert von Originalbasis 1962 = 100.

Tabelle 54*

Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte

(Inlandsabsatz) [1])

1970 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Bergbauliche Erzeugnisse	Elektrischer Strom, Gas, Wasser	Erzeugnisse der Verarbeitenden Industrie					Investitionsgüter [2])	Verbrauchsgüter [2])
				zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	Investitionsgüterindustrien	Verbrauchsgüterindustrien	Nahrungs- und Genußmittelindustrien		
1962	89,9	81,3	95,2	89,8	95,0	85,1	87,8	92,1	81,3	90,2
1963	90,3	82,7	95,1	90,2	94,3	85,4	89,3	93,1	82,1	91,2
1964	91,3	82,4	95,9	91,2	95,0	86,5	91,0	93,9	83,6	92,0
1965	93,5	85,8	98,5	93,4	97,0	89,0	93,1	95,2	86,1	94,2
1966	95,1	85,6	99,7	95,1	98,1	90,7	95,5	97,3	88,3	96,3
1967	94,3	85,5	100,7	94,1	95,6	89,8	94,9	98,1	88,1	96,8
1968	93,6	85,6	101,0	93,3	94,4	89,8	94,6	96,9	88,2	95,9
1969	95,3	88,2	99,7	95,2	95,8	92,7	96,4	97,8	91,7	95,8
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	104,3	110,7	103,3	104,2	102,5	106,2	103,8	103,6	107,9	104,7
1972	107,0	117,0	110,3	106,6	102,5	109,1	107,5	107,7	111,9	108,4
1973	114,1	123,1	115,1	113,9	111,5	113,7	115,5	116,6	117,0	116,7
1974	129,4	158,0	124,3	129,1	137,7	124,3	129,0	123,4	127,6	130,4
1975	135,5	197,2	148,3	133,3	136,4	133,4	132,5	128,1	138,6	137,6
1976	140,8	210,9	158,5	138,0	141,9	138,0	136,7	132,6	144,6	142,5
1977	144,5	212,4	161,4	141,8	140,8	143,3	140,9	141,9	150,6	145,2
1973 1. Vj.	111,1	121,4	114,1	110,7	106,4	111,7	112,3	114,5	115,0	113,0
2. Vj.	113,1	119,7	114,6	112,9	109,3	113,5	114,7	116,3	116,9	114,9
3. Vj.	115,1	123,6	115,1	114,9	112,6	114,4	116,7	117,7	117,7	117,7
4. Vj.	117,2	127,8	116,6	117,0	117,8	115,1	118,3	118,0	118,5	121,0
1974 1. Vj.	124,5	134,5	118,4	124,7	132,5	119,9	124,3	121,1	122,9	127,5
2. Vj.	128,8	146,4	121,2	128,9	138,7	124,1	128,0	122,1	127,0	128,8
3. Vj.	131,3	171,0	125,0	130,9	139,7	126,1	131,4	123,6	129,4	131,8
4. Vj.	133,0	180,2	132,5	132,0	139,8	127,3	132,5	126,6	131,3	133,5
1975 1. Vj.	134,6	196,3	139,1	133,0	138,3	131,4	132,8	126,6	136,5	134,9
2. Vj.	135,4	195,1	147,8	133,2	136,3	133,7	132,5	127,2	138,8	136,6
3. Vj.	135,7	197,9	151,2	133,3	135,6	134,1	132,2	128,8	139,4	138,7
4. Vj.	136,1	199,2	155,2	133,5	135,2	134,2	132,6	129,7	139,7	140,0
1976 1. Vj.	138,3	209,4	157,3	135,4	138,5	135,7	134,2	130,6	142,0	140,8
2. Vj.	140,5	210,2	158,3	137,9	142,3	138,0	136,0	131,4	144,7	142,6
3. Vj.	142,0	211,1	158,4	139,4	144,0	138,8	137,9	133,8	145,6	143,5
4. Vj.	142,2	213,0	159,9	139,4	142,6	139,2	138,7	134,8	146,1	143,0
1977 1. Vj.	143,7	213,1	160,4	141,1	141,6	141,7	140,1	140,0	148,6	144,3
2. Vj.	144,8	211,5	161,1	142,2	141,3	143,7	141,0	142,4	150,8	145,2
3. Vj.	144,7	212,1	161,4	142,1	140,5	143,9	141,3	142,6	151,3	145,5
4. Vj.	144,6	212,9	162,5	141,9	139,9	144,0	141,1	142,3	151,6	145,8
1978 1. Vj.	145,3	224,5	163,6	142,3	139,3	145,3	142,1	141,9	153,1	146,5
2. Vj.	146,2	221,5	166,6	143,1	139,8	146,9	142,9	141,7	155,1	147,6
3. Vj.	146,5	220,9	168,0	143,4	139,7	147,6	143,7	141,3	155,9	148,4

[1]) Ohne Umsatzsteuer.

[2]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 55*

Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise [1])

1970 = 100

Zeitraum	Neubau: Bauleistungen am Bauwerk für: Wohngebäude	gemischt genutzte Gebäude	Bürogebäude	Betriebsgebäude: gewerbliche	Betriebsgebäude: landwirtschaftliche	Straßenbauleistungen insgesamt	Instandhaltung von Mehrfamiliengebäuden [2])	Baureifes Land
1960 [3])	57,7	58,4	58,5	58,5	58,7	77,7	.	.
1961 [3])	62,1	62,5	62,5	62,2	62,7	81,6	.	.
1962 [3])	67,2	67,5	67,5	66,9	67,6	87,1	.	48,2
1963 [3])	70,7	70,9	70,9	69,9	71,1	90,4	.	55,0
1964 [3])	74,0	74,1	73,9	72,7	74,1	89,6	.	60,1
1965 [3])	77,1	77,2	76,7	75,5	76,8	84,9	.	71,2
1966	79,6	79,8	79,2	77,5	79,3	83,9	.	76,8
1967	77,9	77,8	77,3	73,8	77,5	80,0	.	83,6
1968	81,2	81,1	80,4	77,7	80,7	83,6	85,3	92,3
1969	85,9	85,9	85,4	84,5	85,3	87,3	89,2	97,1
1970	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	110,3	110,1	110,1	110,8	110,5	107,9	110,7	109,2
1972	117,8	117,0	117,2	116,2	118,1	109,3	117,7	130,9
1973	126,4	125,4	125,5	123,2	126,3	112,8	126,1	132,6
1974	135,6	134,0	134,0	130,5	134,9	123,6	138,3	131,2
1975	138,9	137,1	136,8	134,1	137,9	126,5	144,8	143,4
1976	143,7	141,6	141,5	139,5	143,3	128,3	150,2	158,8
1977	150,7	148,1	148,2	146,6	151,7	131,4	157,4	172,6
1973 Feb	122,0	121,3	121,2	119,2	121,5	110,1	121,5	132,4
Mai	127,3	126,3	126,5	124,4	127,4	113,7	126,5	138,4
Aug	128,3	127,1	127,3	124,9	128,3	113,9	127,8	122,0
Nov	128,1	126,8	126,9	124,1	127,9	113,3	128,5	124,3
1974 Feb	130,9	129,5	129,5	125,7	130,4	119,9	132,3	123,3
Mai	136,7	135,0	135,1	132,2	136,1	124,5	139,1	127,4
Aug	137,6	135,8	135,9	132,1	136,8	125,2	140,7	127,0
Nov	137,3	135,7	135,6	132,1	136,4	124,7	141,1	136,6
1975 Feb	137,3	135,6	135,4	132,0	136,1	125,2	142,3	128,7
Mai	139,3	137,5	137,2	134,4	138,4	127,3	145,2	140,0
Aug	139,4	137,6	137,3	134,9	138,5	126,9	145,9	140,4
Nov	139,4	137,5	137,2	135,2	138,5	126,6	145,8	152,8
1976 Feb	140,2	138,4	138,1	136,2	139,3	126,8	146,7	147,6
Mai	143,7	141,6	141,5	138,8	143,3	128,7	150,3	152,7
Aug	145,0	142,9	142,8	141,4	144,7	128,9	151,5	158,1
Nov	145,7	143,6	143,5	141,5	145,7	128,8	152,3	166,7
1977 Feb	146,9	144,7	144,5	142,8	147,2	128,8	153,6	160,1
Mai	150,9	148,3	148,4	146,7	152,1	131,2	157,4	170,9
Aug	152,2	149,5	149,7	148,2	153,5	132,5	159,1	170,3
Nov	152,7	150,0	150,2	148,5	154,1	133,1	159,3	189,2
1978 Feb	155,5	152,9	153,1	151,2	157,0	135,3	162,1	178,8
Mai	158,6	155,8	156,2	153,7	160,7	138,0	164,6	...
Aug	161,7	158,6	159,3	157,6	164,2	141,8	167,4	...

[1]) Einschließlich Umsatzsteuer.
[2]) Einschließlich Schönheitsreparaturen.
[3]) Ohne Berlin.

Tabelle 56*

Index der Ausfuhrpreise

1970 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Güter der Ernährungswirtschaft [1]	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen [1]	Rohstoffe [1]	Halbwaren [1]	Fertigwaren [1]	Investitionsgüter [2]	Verbrauchsgüter [2]
1962	88,2	88,3	88,1	98,2	88,1	87,8	81,9	88,1
1963	88,3	96,7	88,1	99,1	87,0	87,8	82,8	88,6
1964	90,4	97,4	90,1	103,0	90,4	89,7	84,6	90,1
1965	92,4	98,1	92,2	102,8	92,7	91,9	87,3	92,3
1966	94,4	100,5	94,1	102,9	95,2	93,8	89,8	95,5
1967	94,3	98,9	94,1	99,3	95,2	93,9	90,8	96,9
1968	93,3	96,9	93,2	97,7	94,6	92,9	90,3	96,5
1969	97,0	98,8	97,0	98,6	97,1	96,9	95,1	98,2
1970	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	103,4	102,5	103,4	107,3	99,8	103,6	106,8	104,7
1972	105,5	107,4	105,5	112,7	96,3	106,1	111,3	108,0
1973	112,3	119,5	112,1	118,3	113,0	111,8	116,8	113,8
1974	131,4	132,1	131,4	138,4	167,4	127,8	127,1	128,2
1975	136,5	132,2	136,6	158,1	156,8	134,1	138,1	135,8
1976	141,7	136,5	141,9	169,4	162,6	139,2	145,7	142,9
1977	143,6	142,2	143,7	167,2	156,7	141,8	151,4	146,7
1973 1. Vj.	109,6	116,4	109,4	119,2	103,7	109,6	115,1	111,8
2. Vj.	111,6	119,3	111,3	116,8	109,3	111,3	116,6	113,3
3. Vj.	112,6	119,9	112,3	117,5	113,4	112,0	117,4	113,6
4. Vj.	115,5	122,6	115,3	119,7	125,5	114,2	118,2	116,3
1974 1. Vj.	125,6	132,6	125,4	125,6	160,5	122,1	122,7	124,9
2. Vj.	130,7	125,3	130,9	133,9	169,9	127,2	126,3	127,7
3. Vj.	134,1	131,2	134,2	144,3	171,4	130,4	128,6	129,1
4. Vj.	135,1	139,0	135,0	149,8	167,7	131,5	130,8	130,9
1975 1. Vj.	135,9	130,6	136,1	155,7	161,2	133,2	135,5	133,7
2. Vj.	136,2	128,8	136,5	157,5	156,6	134,0	137,6	134,6
3. Vj.	136,5	133,5	136,6	158,0	154,2	134,4	138,8	136,5
4. Vj.	137,2	135,8	137,3	161,1	155,3	134,9	140,2	138,5
1976 1. Vj.	140,1	135,4	140,3	167,0	160,2	137,7	144,0	141,1
2. Vj.	141,9	136,0	142,1	169,1	164,1	139,2	145,7	142,9
3. Vj.	142,8	137,8	143,0	171,0	165,5	140,2	146,3	144,0
4. Vj.	141,9	136,8	142,1	170,6	160,6	139,5	146,7	143,7
1977 1. Vj.	143,3	141,2	143,3	170,2	159,5	141,0	149,9	146,0
2. Vj.	144,1	145,1	144,1	168,7	158,2	142,0	151,5	146,7
3. Vj.	143,8	141,2	143,9	166,4	155,2	142,2	151,9	146,8
4. Vj.	143,3	141,4	143,4	163,5	153,8	141,8	152,4	147,2
1978 1. Vj.	144,1	141,2	144,3	165,0	151,4	143,0	154,3	148,1
2. Vj.	145,2	142,1	145,4	161,5	151,5	144,3	155,8	149,2
3. Vj.	145,9	140,3	146,1	161,1	153,5	144,9	156,5	149,9

[1]) Nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik gruppiert.
[2]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 57*

Index der Einfuhrpreise

1970 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Güter der Ernährungswirtschaft [1]	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen [1]	Rohstoffe [1]	Halbwaren [1]	Fertigwaren [1]	Investitionsgüter [2]	Verbrauchsgüter [2]
1962	94,6	94,4	94,5	104,7	84,5	95,8	94,1	97,7
1963	96,4	98,6	95,3	105,2	85,1	96,9	96,4	99,8
1964	98,1	100,0	97,2	106,2	88,2	98,4	97,9	96,4
1965	100,6	104,6	98,6	105,6	92,2	99,4	99,7	94,8
1966	102,3	104,6	101,1	107,3	96,2	101,5	102,6	96,8
1967	100,1	101,1	99,6	104,4	94,7	100,6	101,3	99,6
1968	99,4	97,4	99,9	104,7	96,5	99,6	102,0	101,3
1969	101,0	100,6	101,1	102,8	100,1	101,0	102,3	100,3
1970	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	100,4	98,4	100,9	109,5	93,9	100,8	102,2	103,7
1972	99,8	101,1	99,5	106,4	89,6	100,9	102,0	104,3
1973	112,6	121,7	110,4	125,0	114,5	104,7	102,4	119,7
1974	144,8	132,6	147,8	234,4	161,1	118,0	108,0	137,3
1975	142,3	124,7	146,7	227,1	147,4	123,0	118,6	142,3
1976	151,8	136,8	155,5	248,3	157,0	127,9	125,2	149,6
1977	154,1	149,5	155,2	247,1	153,4	129,0	125,8	152,9
1973 1. Vj.	108,2	118,0	105,8	116,0	100,7	104,6	104,1	112,6
2. Vj.	111,2	125,1	107,7	116,8	108,0	105,0	103,1	115,8
3. Vj.	110,6	120,0	108,2	118,6	112,0	103,8	100,4	116,0
4. Vj.	120,6	123,8	119,9	148,5	137,2	105,5	102,1	134,3
1974 1. Vj.	144,1	137,0	145,9	236,6	164,3	113,1	105,1	140,3
2. Vj.	144,0	128,4	147,9	233,1	166,0	116,9	105,7	135,0
3. Vj.	145,2	129,1	149,2	235,1	160,3	120,3	109,4	136,6
4. Vj.	145,6	135,9	148,1	232,8	153,6	121,5	111,6	137,1
1975 1. Vj.	141,1	127,0	144,6	222,0	143,5	122,4	114,9	135,8
2. Vj.	139,2	120,7	143,8	217,9	143,6	122,2	117,4	138,7
3. Vj.	142,5	124,5	147,0	225,3	150,1	123,1	120,0	145,1
4. Vj.	146,4	126,7	151,3	243,2	152,2	124,2	122,0	149,5
1976 1. Vj.	149,5	133,2	153,6	248,3	152,9	126,2	124,2	148,4
2. Vj.	152,0	135,4	156,2	249,6	159,5	127,8	125,1	149,6
3. Vj.	153,8	138,1	157,6	251,6	161,9	129,1	125,8	150,8
4. Vj.	151,8	140,7	154,5	243,7	154,5	128,6	125,7	149,6
1977 1. Vj.	156,8	155,9	157,1	252,7	158,1	128,9	125,7	152,4
2. Vj.	157,2	159,2	156,7	250,8	157,3	129,1	125,7	153,3
3. Vj.	152,1	142,3	154,5	245,3	151,7	129,0	125,8	152,9
4. Vj.	150,1	140,6	152,4	239,4	146,6	129,1	126,0	152,8
1978 1. Vj.	147,2	139,6	149,1	225,3	141,2	129,6	127,7	151,6
2. Vj.	147,0	137,0	149,6	222,6	144,2	130,1	128,5	152,9
3. Vj.	145,5	127,5	150,1	218,7	146,3	131,4	130,2	154,0

[1]) Nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik gruppiert.
[2]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 58*

Preisindex für die Lebenshaltung [1]

4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte [2]

1970 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung einschl. Ernährung	Gesamtlebenshaltung ohne Ernährung	Ernährung	Getränke und Tabakwaren	Wohnung	Heizung und Beleuchtung	Hausrat	Bekleidung	Reinigung und Körperpflege	Bildung, Unterhaltung und Erholung	Verkehr
1950 [3]	64,5	65,7	64,6	103,5	41,4	56,0	84,2	76,4	65,2	55,2	61,2
1951 [3]	69,6	70,2	70,6	101,5	42,1	60,6	93,1	84,7	70,1	59,8	68,6
1952 [3]	71,0	70,1	73,7	103,1	42,8	65,1	92,3	78,9	69,6	61,4	71,6
1953 [3]	69,8	68,8	72,5	96,6	44,3	67,2	87,6	74,8	67,7	60,6	72,2
1954 [3]	69,9	68,2	73,4	89,6	44,3	70,9	86,1	73,8	42,1	59,6	72,7
1955 [3]	71,0	69,1	74,9	88,8	45,6	72,6	86,7	73,8	43,2	60,9	73,1
1956 [3]	72,8	70,7	77,1	88,6	48,6	74,0	88,5	74,5	44,0	62,5	72,4
1957 [3]	74,4	72,3	78,4	88,5	49,2	75,9	91,8	77,3	71,6	64,5	73,0
1958 [3]	75,9	73,9	80,0	88,3	50,0	79,1	92,3	79,6	73,2	66,2	78,5
1959 [3]	76,7	74,2	81,4	87,4	51,3	79,8	91,1	79,3	74,0	67,3	79,7
1960 [4]	77,8	75,7	81,9	87,3	54,4	80,7	91,0	80,8	75,1	69,1	80,9
1961 [4]	79,6	78,1	82,8	87,3	59,1	82,1	92,9	82,6	77,1	71,6	83,2
1962	81,9	80,1	86,1	88,1	61,1	83,6	94,4	84,8	79,9	74,8	84,2
1963	84,4	82,3	88,9	88,9	64,6	85,8	94,8	86,8	81,8	77,6	87,8
1964	86,4	84,2	91,0	89,5	68,6	87,0	95,5	88,5	83,3	80,2	88,7
1965	89,3	86,5	95,2	89,7	72,6	88,6	97,2	90,9	85,9	83,3	89,6
1966	92,4	90,1	97,5	93,3	79,2	89,7	98,4	93,8	89,7	86,6	93,1
1967	93,8	92,4	96,9	95,9	84,1	90,6	97,8	95,1	91,1	89,6	96,0
1968	95,0	95,0	95,0	97,5	89,5	96,9	96,6	95,1	95,7	93,9	97,9
1969	96,9	96,6	97,7	97,4	96,1	97,1	96,7	96,0	96,9	95,5	97,5
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105,1	105,4	104,3	102,5	105,9	103,4	104,1	106,0	105,0	104,4	109,2
1972	110,7	101,9	110,3	108,0	112,1	107,3	107,8	112,5	109,7	108,9	115,9
1973	118,2	118,1	118,5	115,4	119,4	120,1	111,7	121,1	115,0	115,6	123,2
1974	126,3	126,6	125,4	118,2	126,3	137,0	119,5	130,0	122,7	126,3	134,0
1975	134,0	134,4	132,9	121,8	135,8	154,0	125,7	136,6	130,2	135,5	140,9
1976	140,2	140,0	140,5	125,8	143,3	163,4	128,9	141,3	134,6	142,0	147,0
1977	145,3	146,0	143,4	140,4	148,0	165,3	132,5	147,8	138,8	147,1	151,5
1975 1. Vj.	131,2	131,7	129,7	119,9	131,0	147,7	125,4	135,1	128,3	132,8	138,7
2. Vj.	133,7	133,7	133,9	120,9	135,7	150,2	125,8	136,1	129,8	134,2	140,6
3. Vj.	134,8	135,2	133,8	122,8	137,7	156,4	125,1	136,8	130,7	136,5	141,5
4. Vj.	136,1	136,7	134,3	123,4	138,9	161,6	126,5	138,2	131,9	138,4	143,1
1976 1. Vj.	138,5	138,3	138,9	123,9	141,0	162,9	128,6	139,5	133,2	139,9	144,6
2. Vj.	140,5	139,7	142,6	124,6	143,1	162,9	129,0	140,6	134,3	140,9	147,4
3. Vj.	140,5	140,5	140,5	126,0	144,1	163,6	128,3	141,4	135,0	142,8	148,2
4. Vj.	141,2	141,7	140,0	128,6	144,9	164,3	129,5	143,5	135,8	144,3	147,9
1977 1. Vj.	143,8	144,1	142,9	137,1	146,4	165,7	131,7	145,4	137,2	145,6	148,9
2. Vj.	145,5	145,7	145,0	140,0	147,6	164,6	132,6	147,1	138,4	146,6	151,8
3. Vj.	145,7	146,7	143,2	142,7	148,6	164,8	132,3	148,2	139,2	147,7	152,5
4. Vj.	146,1	147,5	142,5	141,7	149,5	166,2	133,3	150,4	140,3	148,6	152,9
1978 1. Vj.	148,0	149,1	144,9	141,4	150,8	169,6	136,2	152,6	141,7	149,9	154,5
2. Vj.	149,3	150,1	147,2	141,0	151,8	169,6	137,1	154,0	142,7	150,9	156,3
3. Vj.	149,1	150,5	145,5	140,6	152,7	170,4	136,4	154,8	143,7	152,3	156,8

[1] Gliederung nach Bedarfsgruppen (alte Systematik).
[2] Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes.
[3] Ohne Saarland und Berlin.
[4] Ohne Berlin.

Tabelle 59*

Preisindex für die Lebenshaltung [1]

4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte [2]

1970 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung einschl. Nahrungs- und Genußmittel [3]	Gesamtlebenshaltung ohne Nahrungs- und Genußmittel [3]	Nahrungs- und Genußmittel [3]	Kleidung, Schuhe	Wohnungsmiete	Elektrizität, Gas, Brennstoffe	Übrige Haushaltsführung	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	Körper- und Gesundheitspflege	Bildung und Unterhaltung	Persönliche Ausstattung u. ä.
1962	81,9	78,9	86,4	85,0	60,7	83,3	89,4	84,1	75,7	82,0	78,4
1963	84,4	81,4	88,9	86,9	64,1	85,5	91,1	87,9	77,9	83,2	81,0
1964	86,4	83,4	90,7	88,6	68,0	86,8	92,4	88,9	80,0	84,8	83,7
1965	89,3	86,0	94,2	91,0	71,9	88,4	94,9	89,8	82,7	87,1	86,1
1966	92,4	89,5	96,8	93,9	78,6	89,6	96,8	93,5	87,2	89,5	88,9
1967	93,8	91,8	96,8	95,3	83,9	90,4	96,8	96,1	89,1	91,5	92,4
1968	95,0	94,6	95,7	95,1	89,5	96,9	96,4	98,0	94,8	94,3	96,3
1969	96,9	96,5	97,6	96,1	96,2	97,1	96,6	97,3	96,2	95,3	98,0
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105,1	105,8	103,8	106,1	105,8	103,4	104,6	106,3	105,6	104,7	110,6
1972	110,7	111,3	109,7	112,5	112,0	107,3	108,6	112,9	111,0	108,5	115,8
1973	118,2	118,6	117,7	120,9	119,4	120,4	112,6	120,6	117,5	114,3	122,3
1974	126,3	127,9	123,5	129,9	126,1	137,5	120,8	132,6	126,1	124,3	128,8
1975	134,0	136,3	130,0	136,4	135,7	154,7	127,9	141,1	134,1	132,2	133,2
1976	140,2	142,2	136,6	141,0	143,2	164,3	131,5	148,2	139,3	137,0	137,7
1977	145,3	146,9	142,6	147,5	147,9	166,2	135,6	151,7	144,5	140,6	145,1
1973 1. Vj.	115,6	115,7	115,4	117,6	117,0	113,4	112,0	117,1	115,0	112,2	118,6
2. Vj.	117,7	117,3	118,3	120,0	118,6	114,7	112,5	119,4	116,8	113,7	119,1
3. Vj.	118,8	119,3	117,9	121,7	120,1	119,4	111,9	122,5	118,3	114,9	124,9
4. Vj.	120,9	121,9	119,3	124,3	121,7	133,8	114,1	123,2	119,8	116,3	126,2
1974 1. Vj.	123,7	124,7	121,8	126,4	124,1	137,9	117,6	126,8	121,9	120,4	127,3
2. Vj.	125,8	126,8	123,9	129,0	125,6	132,9	119,8	132,2	124,8	123,3	128,2
3. Vj.	126,9	128,9	123,4	130,6	126,8	137,3	120,9	135,5	127,6	125,5	129,4
4. Vj.	128,7	130,9	124,9	133,4	128,0	141,8	124,9	135,8	130,0	128,0	130,4
1975 1. Vj.	131,2	133,6	127,1	134,9	130,9	148,3	127,4	138,6	132,2	130,2	131,3
2. Vj.	133,7	135,7	130,5	135,9	135,5	150,9	127,9	140,8	133,7	131,6	132,0
3. Vj.	134,8	137,1	130,9	136,6	137,6	157,1	127,3	141,8	134,7	132,8	134,2
4. Vj.	136,1	138,8	131,4	138,0	138,8	162,5	129,0	143,3	135,9	134,1	135,5
1976 1. Vj.	138,5	140,5	135,0	139,3	140,9	163,8	131,2	145,4	137,6	135,5	136,0
2. Vj.	140,5	142,0	137,8	140,3	143,0	163,8	131,6	148,7	139,0	136,7	136,4
3. Vj.	140,5	142,7	136,6	141,1	144,0	164,4	131,0	149,5	139,9	137,4	138,6
4. Vj.	141,2	143,7	137,0	143,3	144,8	165,2	132,3	149,2	140,8	138,4	139,7
1977 1. Vj.	143,8	145,2	141,3	145,1	146,3	166,5	134,6	149,3	142,6	139,5	142,6
2. Vj.	145,5	146,6	143,7	146,8	147,5	165,5	135,6	151,9	144,1	140,3	145,0
3. Vj.	145,7	147,3	143,1	147,9	148,4	165,7	135,5	152,7	145,0	140,9	145,9
4. Vj.	146,1	148,4	142,3	150,2	149,4	167,1	136,7	153,1	146,3	141,6	146,7
1978 1. Vj.	148,0	150,3	144,0	152,3	150,7	170,6	139,6	155,0	147,9	142,8	147,5
2. Vj.	149,3	151,4	145,6	153,7	151,7	170,6	140,5	157,1	149,3	143,8	148,0
3. Vj.	149,1	152,0	144,2	154,5	152,5	171,3	139,9	157,7	150,3	144,4	149,6

[1] Gliederung nach Hauptgruppen (neue Systematik).
[2] Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes.
[3] Einschließlich Verzehr in Gaststätten.

Tabelle 60*

Preisindex für die Lebenshaltung [1])
Alle privaten Haushalte
1970 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung einschl. Nahrungs- und Genußmittel [2])	Gesamtlebenshaltung ohne Nahrungs- und Genußmittel [2])	Nahrungs- und Genußmittel [2])	Kleidung, Schuhe	Wohnungsmiete	Elektrizität, Gas, Brennstoffe	Übrige Haushaltsführung	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	Körper- und Gesundheitspflege	Bildung und Unterhaltung	Persönliche Ausstattung u. ä.
1962	81,6	79,1	86,0	86,5	61,9	82,4	88,9	84,1	71,0	78,1	84,2
1963	84,0	81,5	88,4	88,4	65,3	85,0	90,6	86,9	73,2	80,3	85,9
1964	85,9	83,5	90,3	89,6	69,0	86,5	91,5	87,8	75,9	83,2	87,3
1965	88,7	85,9	93,6	91,6	72,9	88,2	93,2	88,5	79,7	86,1	89,3
1966	91,9	89,3	96,4	94,0	78,7	89,3	95,2	92,1	84,8	89,0	81,6
1967	93,4	91,9	96,4	95,2	84,0	90,5	95,2	95,0	87,7	92,0	93,8
1968	94,9	94,6	95,5	95,2	90,1	95,8	95,5	97,7	92,5	94,4	96,5
1969	96,7	96,2	97,7	96,2	95,8	95,7	96,0	97,1	94,7	95,4	98,1
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105,3	106,0	103,8	105,9	106,1	105,4	105,3	106,7	106,9	104,5	107,3
1972	111,1	111,7	109,7	112,3	112,5	110,1	109,7	114,0	113,8	108,1	111,9
1973	118,8	119,2	118,0	120,7	119,2	128,2	114,3	122,6	121,6	113,7	117,8
1974	127,1	128,9	123,6	129,7	125,1	149,8	123,1	134,9	131,8	123,4	124,4
1975	134,7	137,0	130,1	136,3	133,2	165,5	131,0	143,4	141,3	130,8	129,4
1976	140,8	142,8	136,8	140,9	140,0	176,4	135,5	150,1	148,1	135,8	133,6
1977	146,3	147,6	143,7	147,3	144,7	178,4	140,2	153,6	154,4	139,3	139,7
1973 1. Vj.	116,0	116,2	115,6	117,3	117,0	118,1	113,5	119,0	118,6	111,7	114,7
2. Vj.	118,2	117,9	119,0	119,9	118,6	119,8	114,1	121,4	120,8	113,1	115,6
3. Vj.	119,3	119,9	118,3	121,5	119,8	126,7	113,6	124,5	122,7	114,2	119,8
4. Vj.	121,7	122,9	119,0	124,1	121,2	148,3	116,2	125,3	124,4	115,7	121,0
1974 1. Vj.	124,6	125,9	121,8	126,3	123,2	153,2	119,8	129,1	127,2	119,8	122,4
2. Vj.	126,6	127,8	124,2	128,9	124,6	144,4	122,1	134,5	130,5	122,5	123,5
3. Vj.	127,8	129,9	123,6	130,5	125,8	148,6	123,3	138,0	133,5	124,4	125,3
4. Vj.	129,5	131,9	124,7	133,3	126,8	153,2	127,2	137,9	135,9	126,8	126,5
1975 1. Vj.	132,0	134,4	127,1	134,9	129,4	158,2	129,9	140,8	138,4	128,9	127,7
2. Vj.	134,5	136,2	131,0	135,8	132,9	160,1	130,9	143,1	140,7	130,2	128,3
3. Vj.	135,5	137,7	131,1	136,5	134,6	168,1	130,5	144,2	142,2	131,4	130,3
4. Vj.	136,7	139,5	131,1	137,9	135,8	175,4	132,6	145,4	143,9	132,9	131,4
1976 1. Vj.	139,0	141,2	134,7	139,2	137,8	176,3	134,9	147,4	145,8	134,3	132,1
2. Vj.	141,1	142,5	138,1	140,3	139,8	176,6	135,4	150,5	147,7	135,5	132,5
3. Vj.	141,2	143,3	137,0	141,0	140,7	176,5	135,1	151,5	148,9	136,2	134,4
4. Vj.	141,9	144,3	137,2	143,1	141,6	177,2	136,6	151,0	150,0	137,2	135,4
1977 1. Vj.	144,6	145,9	141,8	144,9	143,1	179,1	138,9	151,2	152,0	138,3	137,6
2. Vj.	146,5	147,2	145,2	146,7	144,2	177,4	140,0	153,7	153,8	138,9	139,2
3. Vj.	146,9	148,0	144,5	147,8	145,3	177,6	140,2	154,5	155,1	139,6	140,5
4. Vj.	147,2	149,2	143,2	150,0	146,3	179,4	141,6	155,0	156,6	140,3	141,3
1978 1. Vj.	149,1	151,1	145,0	152,1	147,6	182,7	144,6	156,9	158,5	141,5	142,2
2. Vj.	150,5	152,3	146,9	153,6	148,6	181,8	145,5	159,1	160,0	142,4	142,7
3. Vj.	150,4	152,8	145,4	154,4	149,4	182,5	145,1	159,2	161,5	142,9	144,3

[1]) Gliederung nach Hauptgruppen (neue Systematik).
[2]) Einschließlich Verzehr in Gaststätten.

Tabelle 61*

Preisindex für die Lebenshaltung [1]

1970 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung	Nahrungsmittel [2]	Wohnungsnutzung [3]	Dienstleistungen [4]	Sonstige Waren [5]	Gesamtlebenshaltung	Nahrungsmittel [2]	Wohnungsnutzung [3]	Dienstleistungen [4]	Sonstige Waren [5]
	alle privaten Haushalte					4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte [6]				
1962	81,6	86,9	62,2	71,1	90,0	81,9	87,0	61,0	73,2	88,7
1963	84,0	89,6	65,6	74,7	91,2	84,4	89,9	64,4	76,8	89,9
1964	85,9	91,7	69,3	77,6	92,0	86,4	91,9	68,3	79,5	90,9
1965	88,7	95,6	73,2	80,7	93,2	89,3	96,1	72,2	82,2	92,6
1966	91,9	98,1	79,0	85,9	95,0	92,4	98,3	79,0	86,7	94,7
1967	93,4	97,2	84,2	88,9	96,0	93,8	97,5	84,1	89,2	96,0
1968	94,9	95,0	90,3	93,6	96,8	95,0	95,2	89,8	93,9	96,9
1969	96,7	98,1	95,8	95,6	96,8	96,9	97,9	96,2	95,7	97,0
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105,3	104,0	106,0	107,6	104,6	105,1	104,2	105,7	108,1	104,4
1972	111,1	110,2	112,4	115,0	109,3	110,7	110,1	111,8	115,3	109,2
1973	118,8	119,0	118,9	123,1	116,8	118,2	118,3	119,0	123,3	116,2
1974	127,1	125,4	124,8	132,5	126,2	126,3	125,1	125,6	132,7	124,9
1975	134,7	133,1	132,7	141,1	133,1	134,0	132,7	135,0	140,7	132,1
1976	140,8	140,7	139,5	147,9	138,1	140,2	140,3	142,3	147,3	137,0
1977	146,3	144,2	144,1	154,9	144,1	145,3	142,9	146,9	154,4	143,1
1973 1. Vj.	116,0	116,2	116,8	120,1	113,8	115,6	115,6	116,7	120,1	113,6
2. Vj.	118,2	120,7	118,4	121,8	115,4	117,7	119,3	118,3	121,9	115,2
3. Vj.	119,3	119,1	119,6	124,5	117,2	118,8	118,4	119,7	124,9	116,7
4. Vj.	121,7	119,9	120,9	126,1	120,7	120,9	120,1	121,3	126,3	119,4
1974 1. Vj.	124,6	123,7	122,9	128,8	123,6	123,7	123,5	123,6	129,1	121,9
2. Vj.	126,6	126,6	124,3	131,2	125,1	125,8	125,9	125,2	131,4	124,0
3. Vj.	127,8	125,1	125,5	134,2	126,9	126,9	124,7	126,3	134,2	125,8
4. Vj.	129,5	126,3	126,5	135,8	129,2	128,7	126,4	127,5	135,8	128,1
1975 1. Vj.	132,0	129,7	129,0	138,1	131,2	131,2	129,5	130,3	138,0	130,2
2. Vj.	134,5	134,9	132,5	140,2	132,2	133,7	133,8	134,9	139,7	131,4
3. Vj.	135,5	134,2	134,1	142,2	133,5	134,8	133,6	136,8	141,7	132,6
4. Vj.	136,7	133,7	135,4	143,9	135,4	136,1	134,0	138,0	143,3	134,2
1976 1. Vj.	139,0	138,8	137,3	145,6	136,7	138,5	138,8	140,1	145,2	135,5
2. Vj.	141,1	143,4	139,3	147,0	137,8	140,5	142,6	142,2	146,4	136,7
3. Vj.	141,2	140,8	140,2	148,8	138,4	140,5	140,1	143,2	148,2	137,2
4. Vj.	141,9	139,8	141,1	150,0	139,6	141,2	139,6	143,9	149,4	138,6
1977 1. Vj.	144,6	143,4	142,5	152,1	142,4	143,8	142,5	145,4	151,5	141,3
2. Vj.	146,5	146,7	143,6	154,1	143,9	145,5	144,6	146,5	153,8	142,9
3. Vj.	146,9	144,2	144,7	155,9	144,7	145,7	142,6	147,5	155,5	143,7
4. Vj.	147,2	142,5	145,7	157,4	145,3	146,1	141,7	148,4	156,8	144,3
1978 1. Vj.	149,1	145,2	147,0	159,1	147,1	148,0	144,0	149,7	158,7	146,0
2. Vj.	150,5	148,1	148,0	160,4	147,9	149,3	146,4	150,7	160,0	146,8
3. Vj.	150,4	146,0	148,8	161,4	148,1	149,1	144,4	151,5	161,0	147,1

[1] Gliederung nach Waren, Leistungen und Wohnungsnutzung (alte Systematik, Zusatzdarstellung).
[2] Ohne Gaststättenleistungen.
[3] Einschließlich Garagennutzung.
[4] Einschließlich Reparaturen, Gaststätten- und Beherbergungsleistungen.
[5] Verbrauchs- und Gebrauchsgüter ohne Nahrungsmittel.
[6] Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes.

Tabelle 62*

Löhne und Gehälter

1970 = 100

Zeitraum	Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Abhängigen	Bruttostundenverdienste Industrie [1]	Bruttowochenverdienste Industrie [1]	Bruttomonatsverdienste Industrie [1] und Handel [2]	Tarifliche Stundenlöhne Produzierendes Gewerbe [1]	Tarifliche Stundenlöhne gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften	Tarifliche Wochenlöhne Produzierendes Gewerbe [1]	Tarifliche Wochenlöhne gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften	Tarifliche Monatsgehälter Produzierendes Gewerbe [1]	Tarifliche Monatsgehälter gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften
1960	44,6	44,3	45,3	48,7	48,6	48,7	53,0	52,8	54,4	55,4
1961	49,2	48,8	49,9	52,9	52,5	52,6	57,1	56,9	59,0	59,7
1962	53,7	54,4	55,0	57,4	58,0	57,9	61,9	61,7	64,0	64,2
1963	57,0	58,5	58,7	61,2	61,8	61,7	65,4	65,2	67,4	67,9
1964	62,1	63,4	63,4	65,2	66,0	65,8	68,6	68,4	70,6	71,0
1965	67,8	69,6	69,8	70,6	71,0	70,9	73,4	73,2	75,4	75,7
1966	72,7	74,2	73,8	75,7	76,0	76,1	78,2	78,2	80,1	80,3
1967	75,1	76,6	73,4	78,7	79,6	79,4	80,6	80,5	82,2	82,8
1968	79,8	80,0	78,4	82,4	83,0	82,7	83,7	83,6	84,9	85,5
1969	87,1	87,1	86,9	88,9	88,4	88,3	89,0	88,9	90,4	90,7
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	111,8	111,0	108,8	110,2	113,0	113,7	112,8	113,2	111,7	111,3
1972	121,8	120,9	117,4	119,9	122,8	124,5	122,5	123,6	120,9	121,0
1973	136,4	133,5	129,7	132,1	134,5	136,9	134,0	135,7	132,4	132,9
1974	151,9	147,1	140,0	145,7	150,4	153,2	149,7	151,4	147,5	148,1
1975	162,8	158,7	146,3	157,5	163,9	167,2	162,9	164,6	160,4	160,4
1976	174,1	168,8	158,6	167,6	173,2	176,5	172,1	173,6	169,5	168,9
1977	186,1	180,8	170,3	179,1	185,6	188,8	184,5	185,8	181,5	179,9
1974 Jan [3]	144,7	138,7	131,1	137,7	144,5	147,2	143,9	145,7	142,5	142,5
Apr		146,4	139,8	145,1	148,1	151,0	147,5	149,5	146,4	147,5
Jul	159,3	151,6	145,2	149,5	153,8	156,4	153,0	154,7	150,1	150,7
Okt		151,8	143,9	150,3	155,0	158,2	154,2	155,8	151,1	151,5
1975 Jan	156,5	153,5	138,8	152,0	160,4	163,6	159,4	161,1	157,1	156,9
Apr		158,0	145,9	157,4	162,4	165,9	161,4	163,4	159,7	160,3
Jul	169,1	161,5	150,5	160,1	166,2	169,4	165,2	166,9	162,2	162,0
Okt		161,6	150,0	160,5	166,5	169,8	165,5	167,1	162,6	162,3
1976 Jan	166,9	163,3	148,8	162,0	169,3	172,1	168,3	169,3	165,6	163,9
Apr		167,5	157,0	166,5	172,5	175,5	171,0	172,7	169,1	169,1
Jul	181,3	171,6	163,1	170,5	175,5	178,9	174,4	176,0	171,5	171,7
Okt		172,7	165,5	171,4	175,9	179,3	174,8	176,4	171,9	171,3
1977 Jan	178,8	175,0	161,4	173,1	181,3	183,8	180,2	180,9	177,7	174,5
Apr		179,6	169,6	178,3	183,9	187,5	182,8	184,5	180,9	180,2
Jul	193,3	184,1	174,5	182,1	188,4	191,7	187,3	188,6	183,5	182,3
Okt		184,4	175,5	183,0	188,9	192,1	187,8	189,0	183,9	182,6
1978 Jan	187,9	184,3	170,6	184,3	190,3	193,5	189,2	190,4	185,3	183,7
Apr		189,1	178,9	187,5	192,9	196,9	191,7	193,7	188,5	188,8
Jul		194,0	183,5	192,4	198,8	202,3	197,6	198,9	192,7	191,5

[1]) Einschließlich Hoch- und Tiefbau.
[2]) Einschließlich Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.
[3]) Für Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Abhängigen: Halbjahre.

SACHREGISTER

(Die Zahlenangaben beziehen sich auf die Textziffern)